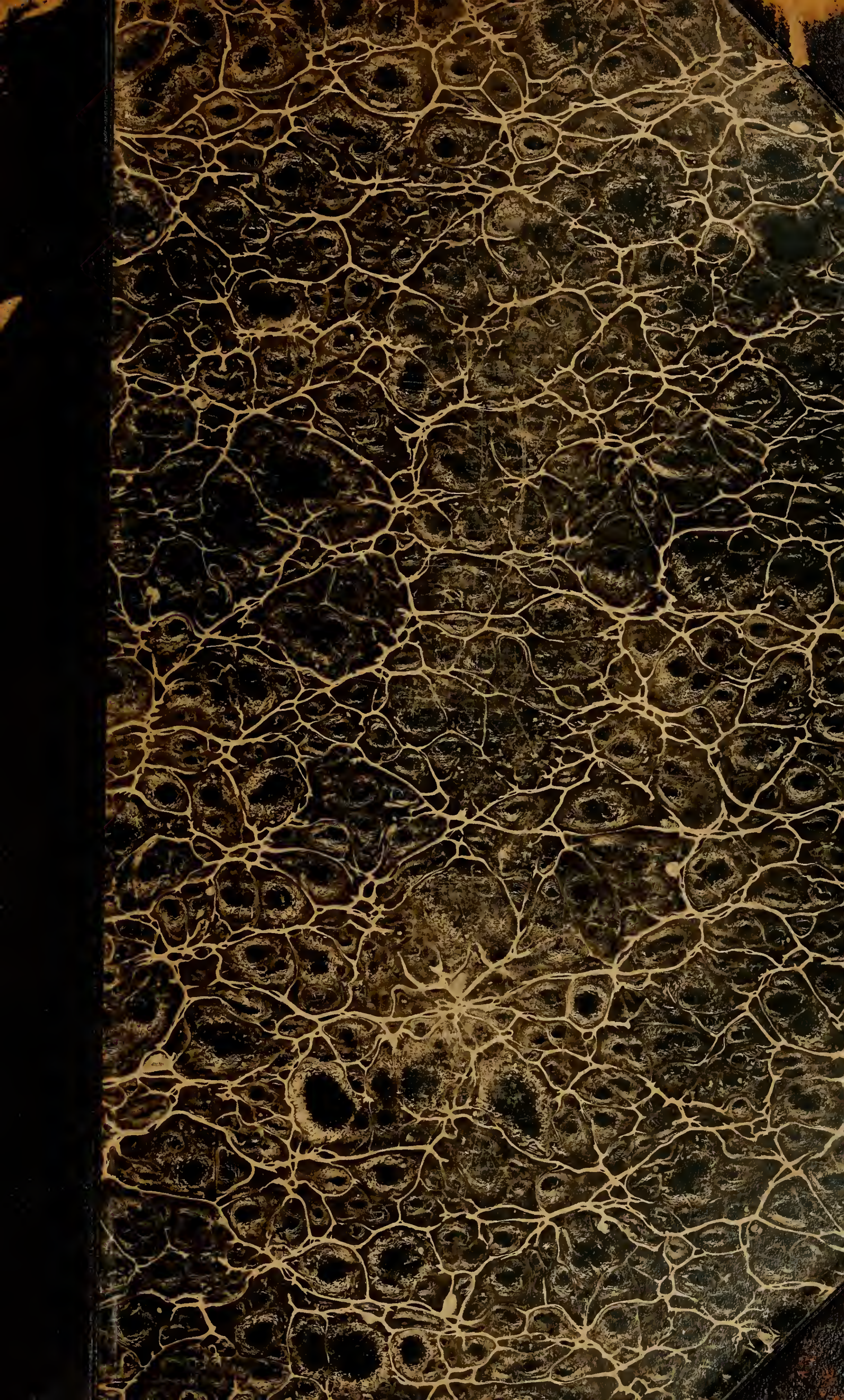
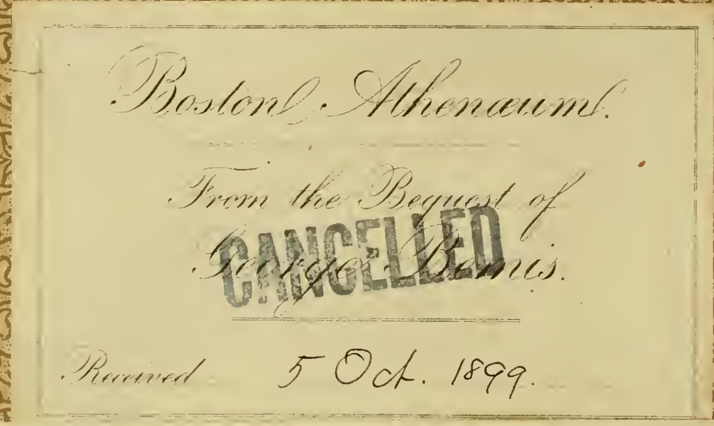







University of Florida
1853



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Zweiundsechzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.



Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

1893. Septbr. 7. Niederlande und Argentinien. Auslieferungsvertrag . . . 11956.

1895. Juni 7. Belgien und Mexiko. Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrag . . . . 11664.

„ Dezbr. 31. Norwegen und Portugal. Handels- und Schiffahrtsvertrag . 11665.

1897. Jan. 11. Grofsbritannien und Vereinigte Staaten. Vertrag über die Einsetzung eines allgemeinen Schiedsgerichts . . . . 11951.

„ April 23. Niederlande und Belgien. Eisenbahnvertrag . . . . . . 11957.

„ Mai 14. Grofsbritannien und Ethiopien. Handels- und Freundschaftsvertrag. Mit Beilagen . . . . 11955.

„ Juni 28. Deutsches Reich und Peru. Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und Peru, betreffend die Stellung der deutschen Konsuln in Peru und der peruanischen Konsuln in Deutschland . . . . 11949.

„ Oktbr. 31. Schweiz und Chile. Handelsvertrag . . . . 11958.

„ Dezbr. 4. Türkei und Griechenland. Definitiver Friedensvertrag . . 11944.

„ „ 5. Österreich-Ungarn und Japan. Handels- und Schiffahrtsvertrag 11668.

1898. Febr. 23. Deutsches Reich und Niederlande. Übereinkunft zwischen Deutschland und den Niederlanden, betreffend die Ausdehnung der über die gegenseitige Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Ärzte, Wundärzte und Hebammen zur Ausübung der Praxis unter dem 11. Dezember 1873 getroffenen Übereinkunft auf die Tierärzte. Vom 23. Februar 1898 . . . . 11667.

„ „ 25. Japan und Siam. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag . . . . 11663.

„ März 29. Grofsbritannien, Frankreich, Griechenland, Rufsland. Vertrag zur Begünstigung einer griechischen Anleihe . . 11952.

„ Juni 3. Schweiz. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung, betreffend den am 31. Oktober 1897 mit Chile abgeschlossenen Handelsvertrag . . . . 11959.

„ „ 9. Grofsbritannien und China. Vertrag über Ausdehnung des Hongkong-Territoriums . . . . 11953.

„ „ 16. Vertragsstaaten. Zusatzübereinkommen zu dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890. (Nr. 10356. Bd. 54) . . . . . . 11666.

„ Juli 1. Grofsbritannien und China. Vertrag über Wei Hai Wei . 11954.

„ Septbr. 22. Frankreich und Luxemburg. Abkommen über den Austausch von Zeitungstelegrammen . . . . 11669.

„ Oktbr. 5. Belgien und Luxemburg. Abkommen über die Regelung des Fernsprechwesens . . . . 11670.

„ „ 18. Italien und Montenegro. Postvertrag . . . . 11960.

1898. Oktbr. 30. Deutsches Reich. Vertrag über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffs-Verbindungen mit Ostasien und Australien . . . . 11948.
„ Novbr. 27. Österreich und Sachsen. Vertrag betreffend mehrere Eisenbahnanschlüsse an der österreichisch-sächischen Grenze 11950.
1899. Febr. 12. Deutsches Reich und Spanien. Vertrag über die Abtretung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln an das Deutsche Reich und die Regelung der Handelsbeziehungen. — Notenwechsel und Denkschriften als Anlagen . . . 11961.

Der griechisch-türkische Krieg 1897.

1897. Jan. 7. Grofsbritannien. Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Kämpfe auf Kreta . . . . 11710.
„ „ 23. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten über Kreta und die griechischen Waffensendungen . . 11711.
„ „ 25. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte hat Deutschland vergeblich um Beamte und Offiziere gebeten . . . . 11712.
„ „ 30. Türkei. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Die Muselmanen auf Kreta werden von den Christen angegriffen . . . . 11713.
„ Febr. 4. Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Bürgerkrieg auf Kreta . . . . . . 11714.
„ „ 5. — Derselbe an Denselben. Dasselbe . . . . 11715.
„ „ 5. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Die Christen sind für den kretischen Bürgerkrieg mit verantwortlich . . . . 11716.
„ „ 5. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Hat die Sendung von Truppen nach Kreta widerraten . . . . 11717.
„ „ 6. Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Teilt Berichte französischer Konsuln über die kretischen Dinge mit . . . . 11718.
„ „ 8. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland soll in Athen zum Frieden raten . . . . 11719.
„ „ 8. Griechenland. Proklamation des Kretischen Central-Komités 11720.
„ „ 9. Grofsbritannien. Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte protestiert gegen die Sendung griechischer Schiffe nach Kreta . . . . 11721.
„ „ 9. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew hat dem griechischen Gesandten Vorstellungen gemacht . . . . 11722.
„ „ 9. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Frankreich hat eine gemeinsame Note Englands, Frankreichs und Rufslands vorgeschlagen . . . . 11723.
„ „ 10. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Konstantinopel, Paris, Berlin, Wien, Rom, Petersburg und den Gesandten in Athen. Die europäischen Admirale sollen Feindseligkeiten der griechischen Marine verhindern 11724.
„ „ 10. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen soll sich mit seinen Kollegen verständigen . . . . 11726.
„ „ 11. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Soll mit seinen Kollegen auf die Heimberufung der griechischen Torpedos dringen . . . . 11725.
„ „ 11. Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Motive zur Absendung der Flotte. Kreta kann nicht unter türkischer Souveränetät bleiben . . . 11727.
„ „ 12. Grofsbritannien. Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Vorstellungen an die griechische Regierung wegen der Flottensendung . . . . 11728.

Jahr	Monat	Tag	Inhalt	Nr.
1897.	Febr.	12.	Großbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland schlägt Vertreibung der griechischen Schiffe von Kreta vor	11729.
„	„	13.	— Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien wünscht eine Verständigung mit England . . .	11730.
„	„	13.	Großmächte. Die Gesandten der Großmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Protest gegen die Absendung von Truppen nach Kreta	11731.
„	„	13.	Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Großmächte. Antwort auf das Vorige . . .	11732.
„	„	13.	Türkei. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Fordert Intervention der Großmächte gegen das Vorgehen Griechenlands	11733.
„	„	14.	Großbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Der Deutsche Kaiser schlägt eine Blockade des Piräus vor	11734.
„	„	14.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Soll sich mit seinen Kollegen über undiplomatisches Vorgehen verständigen	11735.
„	„	14.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rußland hat Verhinderung der griechischen Landungen vorgeschlagen	11736.
„	„	14.	Griechenland. Proklamation des Obersten Vassos an die Kreter	11737.
„	„	15.	Großbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland will bei der Verhinderung einer griechischen Landung mitwirken	11738.
„	„	15.	— Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew billigt die Landung internationaler Mannschaften auf Kreta	11739.
„	„	16.	— Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Österreich-Ungarn ist für die Blockade des Piräus . .	11740.
„	„	16.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux über die Blockade des Piräus	11741.
„	„	16.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Soll sich mit dem russischen und französischen Gesandten verständigen	11742.
„	„	17.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem Deutschen Kaiser	11743.
„	„	17.	— Derselbe an Denselben. Deutschland schlägt eine Blockade der griechischen Küste vor	11744
„	„	17.	— Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Berlin, Rom, Paris, Petersburg, Wien. Der Blockade Griechenlands muß ein Abkommen über Kreta vorausgehen . .	11745.
„	„	18.	Türkei. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Mitteilung über Niedermetzelung der Muselmanen auf Kreta	11746.
„	„	18.	Großbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland fordert die Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta vor jeder Beratung über Kretas Zukunft	11747.
„	„	18.	— Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Goluchowski über die Zukunft Kretas	11748.
„	„	19.	— Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rußland ist dem deutschen Vorschlage geneigt	11749
„	„	20.	Türkei. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Mitteilung über die Lage in Kreta .	11750.
„	„	20.	Großbritannien. Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die italienische Regierung über den deutschen Vorschlag	11751.
„	„	22.	Türkei. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Griechische Waffensendungen nach Kreta	11752.

1897. Febr. 22. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Ansicht der russischen Regierung über gegen Griechenland zu ergreifende Zwangsmafsregeln 11753.

„ „ 23. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland will die griechischen Truppen mit Gewalt von Kreta entfernen . . . . 11754.

„ „ 24. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Die Ansicht Rufslands über Kretas Zukunft. Gemeinsames Vorgehen der Grofsmächte in Konstantinopel und Athen . . . . 11755.

„ „ 24. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Wien, Petersburg, Rom. Erklärung über die englische Politik . . . . 11756.

„ „ 25. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland wünscht Antwort auf seinen Vorschlag . 11757.

„ „ 25. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux will die türkischen Truppen nach Einrichtung einer Gendarmerie von Kreta entfernen . . . . . . 11758.

„ „ 25. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Marschall verlangt Zurückziehung der griechischen Truppen 11759.

„ „ 25. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Goluchowski will keinen Zwang gegen die Türken anwenden . . . . 11760.

„ „ 25. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien ist mit der englischen Politik einverstanden . . 11761.

„ „ 25. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew will keine Entfernung der türkischen Truppen . . . . 11762.

„ „ 25. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Zustimmung zu Rufslands Vorschlägen in Nr. 11753 . . . . 11763.

„ „ 26. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Instruktionen des deutschen, russischen und österreichungarischen Gesandten in Athen . . . . 11764.

„ „ 26. Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Protest gegen die Haltung der Grofsmächte . . . . 11765.

„ März 1. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Gemeinsame Zwangsmafsregeln gegen Griechenland, wenn es seine Truppen nicht zurückzieht . . . 11766.

„ „ 2. Grofsmächte. Die Vertreter der Grofsmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Aufforderung, die griechischen Truppen zurückzuziehen . . . . . . 11767.

„ „ 2. — Die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Kreta soll eine autonome Verfassung erhalten . . . . 11768.

„ „ 5. — Dieselben an Denselben. Konzentration der türkischen Truppen auf Kreta . . . . 11769.

„ „ 7. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel. Die Pforte genehmigt die Autonomie Kretas . . . . 11770.

„ „ 8. Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte in Athen. Antwort auf Nr. 11767 11771.

„ „ 8. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland hält ein Abkommen für ein gemeinsames Vorgehen in Griechenland und Kreta für nötig . . . . 11772.

„ „ 9. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Rom, Petersburg, Berlin, Wien. Über die Aufrechthaltung der Ruhe in Kreta. Vergl. Nr. 11772 . . . . 11773.

„ „ 10. Griechenland. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Ergänzung zu Nr. 11771 . 11774.

1897. März 10. **Ruſsland.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Wünscht die Ansicht Salisburys über die griechische Antwort zu kennen . . . . 11775.

„ „ 10. **Deutsches Reich.** Der Botschafter in London an das auswärtige Amt. Unterredung mit Lord Salisbury über Kreta und Griechenland . . . . 11779.

„ „ 11. **Groſsbritannien.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien legt hohen Wert auf das europäische Konzert . . . . 11776.

„ „ 11. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux über die englischen und russischen Vorschläge Nr. 11772, 11773 . . . . 11777.

„ „ 11. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Petersburg, Paris, Rom, Wien, Berlin. England will 600 Mann zur Blockade Kretas stellen . . . . 11778.

„ „ 13. **Österreich-Ungarn.** Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Goluchowski will keine Verhandlungen mehr mit Griechenland . . . . 11780.

„ „ 15. **Türkei.** Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Groſsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11768 11781.

„ „ 16. **Deutsches Reich.** Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Wichtigkeit des europäischen Konzerts . . . . 11782.

„ „ 16. **Groſsbritannien.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Vorschläge über die Besetzung Kretas . . . . 11783.

„ „ 18. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Ruſsland ist für eine Blockade Volos und Verstärkung der Streitkräfte vor Kreta. . . . . 11784.

„ „ 19. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew rät England dringend zum Anschluſs an das europäische Konzert . . . . 11785.

„ „ 20. **Groſsmächte.** Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Kreta wird in Blockadezustand erklärt . . . . 11786.

„ „ 20. **Groſsbritannien.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Wien, Rom, Petersburg. Griechenland und die Türkei sollen ihre Truppen von den Grenzen zurückziehen . . . . 11787.

„ „ 21. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux fürchtet die Überschreitung der türkischen Grenze durch griechische Irreguläre . . . . 11788.

„ „ 22. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Übersendet die türkische Antwort auf Nr. 11786 . . . . 11789.

„ „ 22. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Ruſsland ist einer Entfernung der griechischen und türkischen Truppen von der Grenze geneigt . . . 11790.

„ „ 25. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Admirale fordern einen europäischen Gouverneur für Kreta . . . . 11791.

„ „ 27. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Petersburg, Berlin, Wien, Rom. Es muſs ein europäischer Gouverneur für Kreta ernannt werden . . . . 11792.

„ „ 28. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Instruktionen für den österreich-ungarischen Gesandten in Petersburg . . . . 11793.

„ „ 29. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Salisbury stimmt den österreichischen Vorschlägen zu . . . . 11794.

„ „ 30. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Ruſsland ist für die Ernennung eines kretischen Gouverneurs . . . . 11795.

1897.	März	30.	**Grofsbritannien.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland ist für eine Blockade des Piräus	11796.
„	„	31.	**Türkei.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte mufs sich gegen die griechischen Rüstungen schützen	11797.
„	„	31.	**Grofsbritannien.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. England stimmt der Blockade des Piräus zu	11798.
„	April	2.	— Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Alle Mächte stimmen der Blockade des Piräus zu	11799.
„	„	2.	**Rufsland.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Schlägt eine Verwarnung in Athen und Konstantinopel gegen einen Angriffskrieg vor	11800.
„	„	6.	**Grofsmächte.** Die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Warnung gegen einen Angriffskrieg	11801.
„	„	6.	— Die Vertreter der Grofsmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Dasselbe	11802.
„	„	13.	**Grofsbritannien.** Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter in Paris, Wien, Berlin, Rom, Petersburg, Athen. Frankreich schlägt eine gemeinsame Vorstellung in Athen vor	11803.
„	„	13.	**Türkei.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11801. Die Pforte denkt nicht an einen Angriffskrieg	11804.
„	„	17.	**Grofsbritannien.** Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Der französische Vorschlag (Nr. 11803) ist von Deutschland abgelehnt	11805.
„	„	18.	**Türkei.** Der Botschafter in London an das englische Ministerium des Auswärtigen. Die Pforte ist zur Verteidigung ihrer Grenzen gezwungen	11806.
„	„	18.	— Der Gesandte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Kriegserklärung	11807.
„	„	18.	**Griechenland.** Der Minister des Auswärtigen an den türkischen Gesandten in Athen. Antwort auf das Vorige	11808.
„	„	21.	**Grofsbritannien.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte weist die griechischen Unterthanen aus	11809.
„	„	21.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Ansichten Englands und Rufslands über die weitere Blockade Kretas	11810.
„	„	23.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Schlägt eine Friedensvermittlung vor . .	11811.
„	„	24.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige	11812.
„	„	25.	— Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Friedensvermittlung ist verfrüht	11813.
„	„	26.	— Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland stimmt einer Botschafterkonferenz in Paris zu	11814.
„	„	28.	**Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien.** Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Sie übernehmen den Schutz der griechischen Unterthanen	11815.
„	„	28.	— Dieselben an Denselben. Fordern Aufschub des Termins für die Ausweisung der griechischen Unterthanen . . .	11816.
„	„	29.	**Grofsbritannien.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Der Vorschlag einer Friedenskonferenz ist nicht allgemein angenommen	11817.
„	Mai	1.	— Der Gesandte in Griechenland an den Minister des Auswärtigen. Die griechische Regierung wünscht die Vermittlung der Mächte	11818.

1897. Mai 2. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Grofsmächte sollen die Initiative zur Friedensvermittlung ergreifen . . . . 11819.

„ „ 2. — Derselbe an Denselben. Instruktion an den Gesandten in Athen . . . . 11820.

„ „ 3. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter von Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien. Antwort auf Nr. 11816 . . . . 11822.

„ „ 4. Grofsbritannien. Die Botschaft in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland macht die Friedensvermittlung von der Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta abhängig . . . . 11821.

„ „ 4. Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien. Die Botschafter in Konstantinopel an den türk. Minister des Auswärtigen. Über die Ausweisung der griechischen Unterthanen . . 11823.

„ „ 5. Grofsbritannien. Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Die österreichischen Bedingungen für die Friedensvermittlung . . . . 11824.

„ „ 7. — Derselbe an Denselben. Dasselbe . . . . 11825.

„ „ 9. Rufsland. Der Minister der Auswärtigen an den Botschafter in London. Der Waffenstillstand soll beschleunigt werden 11826.

„ „ 10. Grofsbritannien. Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Gesandte hat noch keine Instruktion . . . . 11827.

„ „ 10. — Derselbe an Denselben. Beschlüsse der Gesandten . . 11828.

„ „ 11. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Soll mit seinen Kollegen für einen Waffenstillstand wirken . . . . 11829.

„ „ 12. Grofsbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland stimmt der Vermittlung zu 11830.

„ „ 12. Grofsmächte. Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Schlagen einen Waffenstillstand vor . . . . 11831.

„ „ 13. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte. Antwort auf das Vorige . . . . . 11832.

„ „ 15. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Friedensbedingungen der Türkei . . . . 11833.

„ „ 15. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Beschlüsse der Botschafter über die Friedensbedingungen . . . . 11834.

„ „ 18. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der Sultan hat den Waffenstillstandsvorschlag angenommen . . . . 11835.

„ „ 19. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Konstantinopel, Rom, Berlin, Wien, Petersburg, Paris. Über die Friedensbedingungen . . . . 11836.

„ „ 22. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung des russischen Botschafters mit dem Sultan . . . . 11837.

„ „ 22. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Teilt ihm eine an die Pforte zu richtende Denkschrift über die Friedensbedingungen mit . . . . 11838.

„ „ 24. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Die deutsche Regierung will die türkischen Friedensbedingungen an Griechenland mitteilen . . . . . 11839.

„ „ 24. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu dem Vorigen . . . . . 11840.

„ „ 25. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter hat der Note an die Pforte (Nr. 11838) mit Vorbehalt zugestimmt . . . 11841.

„ „ 25. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung des österreichischen Botschafters mit dem türkischen Minister . . . . 11842.

1897. Mai 25. Grofsmächte. Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Antwort auf die Note der Pforte vom 14. Mai (Nr. 11834) 11843.

„ „ 27. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11843. Griechenland soll einen Bevollmächtigten ins türkische Hauptquartier schicken . . . . 11844.

„ „ 28. Grofsbritannien. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux fürchtet Austritt Englands aus dem europäischen Konzert . . . . 11845.

„ „ 29. Grofsmächte. Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Waffenstillstandsfrage 11846.

„ „ 29. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte ist zur Verlängerung der Waffenruhe geneigt . . . . 11847.

„ „ 29. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Griechenland wünscht aus finanziellen Rücksichten einen schnellen Frieden . . . . 11848.

„ „ 30. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Waffenstillstands- und Friedensfrage . . . . 11849.

„ „ 31. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Vorschläge der Pforte für die Verlängerung des Waffenstillstandes . . . . . . 11850.

„ „ 31. — Derselbe an Denselben. Beschlüsse der Botschafter über die Vorschläge der Pforte . . . . 11851.

„ Juni 1. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Empfiehlt Untersuchung der Lage in Thessalien . . . . 11852.

„ „ 2. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Griechenland soll Instruktionen für die Verlängerung der Waffenruhe schicken . . . . 11853.

„ „ 3. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Erste Konferenz der Botschafter mit dem türkischen Minister über die Friedensbedingungen . . 11854.

„ 3. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Denkschrift über die Friedensbedingungen . . . . 11855.

„ „ 5. Grofsmächte. Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Kapitulationen . . . . 11856.

„ „ 5. — Dieselben an Denselben. Denkschrift über die Höhe der Kriegsentschädigung. Griechische Finanzen . . . . . 11857.

„ „ 5. — Dieselben an Denselben. Denkschrift über die Grenzberichtigung. Abtretung Thessaliens abgelehnt . . . . 11858.

„ „ 5. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Beratung der Botschafter über die Kriegsentschädigung . . . . 11859.

„ „ 8. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Kapitulationen und Kriegsentschädigung . 11860.

„ „ 10. Grofsmächte. Denkschrift der Militärbevollmächtigten in Konstantinopel über die Grenzberichtigung . . . . . 11868.

„ „ 12. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Grenzberichtigung in Thessalien . . . . 11861.

„ „ 12. Griechenland. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Protest gegen die Konfiskation der Güter thessalischer Flüchtlinge durch die Pforte . . . . . 11862.

„ „ 15. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Kapitulationsfrage . . 11863.

„ „ — Derselbe an Denselben. Bericht über die Zustände in Thessalien . . . . 11864.

1897. Juni 19. Grofsmächte. Die Botschafter der Grofsmächte an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Kapitulationen . . . . 11869.
" " 19. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Denkschrift über die Notwendigkeit, die Kapitulationsbestimmungen abzuändern 11870.
" " 21. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die türkischen Militärs über die Grenzfrage . . . . 11865.
" " 21. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Vorschläge für eine neue Abkunft über die Kapitulationen . . . . 11871.
" " 22. Grofsmächte. Zweite Denkschrift der Militärbevollmächtigten in Konstantinopel über die Grenzberichtigung. Vgl. Nr. 11868 11872.
" " 23. Grofsbritannien. Der Untersuchungskommissar in Thessalien an den Botschafter in Konstantinopel. Bericht über die Zustände bei Pharsalos . . . . 11866.
" " 28. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verhandlungen der Botschafter mit der Pforte über die Höhe der Entschädigung . . . . 11867.
" Juli 2. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Ansicht der deutschen Regierung über die Kriegsentschädigung und griechische Finanzkontrolle . . . . 11873.
" " 3. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Frage der Räumung Thessaliens . . . 11874.
" " 3. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Grofsmächte sollten über die Grenzberichtigung offiziell beschliefsen . . . . 11875.
" " 4. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in London. Antwort auf das Vorige . 11877.
" " 5. Österreich-Ungarn. Der Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Die Botschafter fordern eine bestimmtere Antwort . . . . 11878.
" " 6. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Antwort auf den russischen Vorschlag Nr. 11875 . . . . 11879.
" " 7. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11878 . . . . 11880.
" " 7. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die türkische Regierung fordert den Peneus als Grenze . . . . 11881.
" " 8. Grofsmächte. Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Grenzberichtigung . . . . 11876.
" " 8. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Kategorische Aufforderung der Grofsmächte an die Pforte . . . . 11882.
" " 9. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Kritik von Nr. 11880 . . . . 11883.
" " 9. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Kritik von Nr. 11880 . . . . 11884.
" " 13. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Erneute kategorische Aufforderung an die Pforte . . . . 11885.
" " 14. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Allgemeine Einigkeit der Mächte in der Grenzfrage . . 11886.
" " 14. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte verspricht eine bestimmte Antwort . . . . 11887.
" " 15. — Derselbe an Denselben. Deutschland rät der Pforte dringend zur Annahme der Grenzberichtigung . . . . 11888.
" " 15. — Derselbe an Denselben. Die Pforte hat der Grenzlinie zugestimmt . . . . 11889.

1897.	Juli	21.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter über die griechische Kriegsentschädigung und Finanzkontrolle	11890.
„	„	22.	— Derselbe an Denselben. Die Pforte nimmt die Grenzlinie definitiv an	11891.
„	„	22.	Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Mächte in Konstantinopel. Entwurf zu einem Präliminarfrieden	11901.
„	„	24	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Türken sollen bei dem Friedensschlusse sich auf wenige Punkte konzentrieren .	11892.
„	„	24.	— Derselbe an Denselben. Widerspruch der deutschen Regierung gegen Nr. 11892	11893.
„	„	26.	— Derselbe an Denselben. Deutschland verlangt eine internationale Kontrolle der griechischen Finanzen	11894.
„	„	27.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11892	11895.
„	„	28.	Grofsmächte. Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Gegenentwurf zu einem Präliminarfrieden	11902.
„	„	28.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Österreich und Rufsland stimmen dem deutschen Vorschlage (Nr. 11894) zu . .	11896.
„	„	29.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland und England über die griechische Finanzkontrolle	11897.
„	„	29.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Frankreich und Italien stimmen dem deutschen Vorschlage zu	11898.
„	„	31.	— Derselbe an Denselben. Artikel 2 und 6 des Präliminarfriedens sind angenommen	11899.
„	Aug.	2.	— Derselbe an Denselben. Aufnahme des Friedensentwurfs durch die Pforte	11900.
„	„	4.	— Derselbe an Denselben. Übersendet den Artikel 6 nach der Fassung der Botschafter und den Gegenvorschlag der Pforte	11904.
„	„	5.	Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte. Entwurf für Artikel 6	11908.
„	„	7.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verhandlungen mit der Pforte über Artikel 6	11903.
„	„	7.	Grofsmächte. Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Gegenentwurf zu Nr. 11908	11909.
„	„	10.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Mehrzahl der Botschafter will die Räumung Thessaliens von der Bezahlung abhängig machen	11905.
„	„	10.	Grofsmächte. Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Neuer Vorschlag für Artikel 6	11910.
„	„	13.	Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Die englische Regierung kann Nr. 11905 nicht zustimmen	11906.
„	„	14.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Gründe für die Annahme von Nr. 11905	11907.
„	„	17.	— Derselbe an Denselben. Die Pforte hat Nr. 11910 offiziell angenommen	11912.
„	„	19.	— Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Petersburg, Berlin, Wien, Rom. Zu Nr. 11910. Die Zahlungsfähigkeit Griechenlands mufs zuerst festgestellt sein	11911.

1897.	Aug.	20.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow über die Notwendigkeit einer griechischen Finanzkontrolle	11913.
„	„	21.	— Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Wien, Berlin, Petersburg, Rom. Die griechische Regierung soll sich über ihre Finanzen äufsern	11914.
„	„	23.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow will Griechenland nicht befragen . .	11915.
„	„	23.	— Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die italienische Regierung stimmt der Befragung Griechenlands zu	11916.
„	„	24.	— Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris und Petersburg. Schlägt die Garantie einer griechischen Anleihe vor	11917.
„	„	25.	— Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland und Frankreich nehmen den englischen Vorschlag Nr. 11914 an	11918.
„	„	26.	Türkei. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Verzögerung des Friedens ist schädlich	11921.
„	„	27.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew ist nicht für Garantie der Kriegsanleihe	11919.
„	„	27.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow erklärt die Unterzeichnung der Präliminarien für das Wichtigste	11920.
„	„	27.	— Derselbe an Denselben. Bülow über die Notwendigkeit der Finanzkontrolle	11922.
„	Septbr.	3.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Schlägt eine internationale Finanzkommission in Athen vor	11923.
„	„	4.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux stimmt der internationalen Kommission zu	11924.
„	„	6.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Vorschlag der Botschafter über Artikel 2 und 6	11925.
„	„	8.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Verhandlung mit dem deutschen Botschafter über die Fassung des Artikel 6	11926.
„	„	9.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter hat noch keine Instruktionen	11927.
„	„	13.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Verständigung mit Deutschland und Rufsland	11928.
„	„	13.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verständigung der Botschafter über Artikel 2 und 6	11929.
„	„	14.	— Derselbe an Denselben. Antwort auf Nr. 11928 . . .	11930.
„	Oktbr.	6.	— Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Griechenland hat einen Unterhändler in Konstantinopel ernannt	11931.
„	„	19.	— Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die griechisch-türkischen Verhandlungen haben begonnen	11932.
„	„	23.	— Derselbe an Denselben. Die Kapitulationsfrage macht Schwierigkeiten	11933.
„	„	23.	Türkei und Griechenland. Entwurf eines definitiven Friedensvertrages	11934.
„	„	25.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Übersendet eine gemeinsame griechisch-türkische Proklamation, um die geflüchteten Thessalier zurückzurufen	11935.

1897. Nov. 4. Grofsbritannien. Derselbe an Denselben. Die Kapitulationsfrage macht Schwierigkeiten . . . . 11936.

„ „ 5. — Griechenland. Der Bevollmächtigte in Konstantinopel an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Denkschrift über die Differenzen zwischen der Pforte und Griechenland . . . . 11937.

„ „ 19. Grofsbritannien. Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Rückkehr der thessalischen Flüchtlinge . . . . 11938.

„ „ 19. — Derselbe an Denselben. Übersendet ein Protokoll der Kommission für die Heimkehr thessalischer Flüchtlinge. 11940.

„ „ 19. — Protokoll der Bevollmächtigten in Konstantinopel über eine Beratung der Konsularfrage . . . . 11941.

„ „ 20. — Derselbe an Denselben. Fortgang der Friedensverhandlungen . . . . 11939.

„ „ 24. Türkei. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte und die griechischen Bevollmächtigten. Differenz über den Abschlufs eines Handels- und Schiffahrtsvertrags . . . . 11942.

„ „ 27. Griechenland. Der Bevollmächtigte in Konstantinopel an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Derselbe Gegenstand . . . . 11943.

„ Dez. 4. Türkei und Griechenland. Definitiver Friedensvertrag . . 11944.

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und Frankreich über Madagaskar.

1898. Febr. 11. Grofsbritannien. Der Konsul in Tamatave an den französischen Generalgouverneur. Beschwerden englischer Kaufleute über Beschränkung ihres Handels durch die französische Verwaltung . . . . 11671.

„ „ 25. Frankreich. Der Generalgouverneur von Madagaskar an den englischen Konsul in Tamatave. Antwort auf das Vorige . . . . 11672.

„ „ 25. Grofsbritannien. Die englische Firma Trouchet & Co. teilt dem Konsul folgenden an sie gerichteten Brief ihres Agenten mit . . . . 11674.

„ März 24. Frankreich. Der Generalgouverneur von Madagaskar an den englischen Konsul in Tamatave. Die englischen Beschwerden sind unbegründet . . . . 11673.

„ Mai 26. Grofsbritannien. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Übersendet folgenden Auszug aus der „Dépêche Coloniale“ vom 26. Mai 1898 . . . . 11675.

„ „ 31. Frankreich. Dekret über Abänderung des Zolltarifs für Madagaskar . . . . 11676.

„ Juni 16. Grofsbritannien. Das Haus Procter Brothers an den Minister des Auswärtigen. Neue Beschwerden über die französische Verwaltung von Madagaskar. Übersendet eine Zeitung aus Tamatave als Beweisstück . . . . . . 11677.

„ Juli 9. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Rückblick auf die Verhandlungen mit Frankreich über den englischen Handel auf Madagaskar. Protest gegen das Dekret vom 31. Mai . . . . 11678.

„ „ 9. Frankreich. Dekret über die Verwandlung von Erbpachtverträgen auf Madagaskar in Kaufverträge . . . . . 11682.

„ „ 20. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll gegen die Bedrückung des britischen Handels auf Madagaskar protestieren . . . . 11679.

„ „ 22. — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Beschwerden über die Bedrückung des englischen Handels . . . . 11680.

„ „ 22. — Derselbe an Denselben. Derselbe Gegenstand. Protest gegen das Dekret vom 31. Mai . . . . 11681.

Jahr	Monat	Tag	Inhalt	Nr.
1897.	Aug.	13.	Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll gegen den Artikel 4 des Dekretes vom 9. Juli protestieren	11683.
„	Nov.	15.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll Vorstellungen erheben gegen die geplanten Mafsregeln gegen den indischen Handel auf Madagaskar	11684.
„	„	26.	— Derselbe an Denselben. Soll gegen Ausschlufs der fremden Küstenschiffahrt von Madagaskar protestieren	11685.
„	Dezbr.	28.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Das Dekret über die Küstenschiffahrt in Madagaskar ist widerrufen	11686.

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und Frankreich über das Thal des Oberen Nil und die Besetzung Faschodas. 1894 bis 1898.

Jahr	Monat	Tag	Inhalt	Nr.
1894.	Aug.	7.	Frankreich. Denkschrift über das Abkommen zwischen Grofsbritannien und dem Kongostaat vom 12. Mai 1894. Frankreich wahrt seine Ansprüche am Oberen Nil . .	11687.
„	„	14.	Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Bemerkungen zum Vorigen . . .	11688.
1895.	März	28.	— Rede des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Sir E. Grey im Unterhause über die Besitzverhältnisse am Obern Nil. (Auszug)	11689.
„	April	5.	Frankreich. Rede des Ministers des Auswärtigen im Senat über denselben Gegenstand. (Auszug)	11690.
„	Dezbr.	10.	Grofsbritannien. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hat Hanotaux mitgeteilt, dafs Grofsbritannien keiner anderen Macht einen Anspruch auf den Oberen Nil zuerkennt	11691.
„	„	24.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Antwort auf das Vorige. Protest gegen den englischen Anspruch	11692.
1898.	Aug.	2.	Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an Lord Cromer, den englischen Kommissar in Kairo. Instruktionen für weiteres Vorgehen nach der Besetzung Khartums	11693.
„	Septbr.	7.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterhaltung mit dem französischen Minister über die englischen Erfolge im Sudan	11694.
„	„	7.	— Mr. Rodd, ein britischer Agent in Kairo, an den Minister des Auswärtigen. In Faschoda ist die französische Flagge gehifst	11695.
„	„	9.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Antwort auf Nr. 11694	11696.
„	„	18.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterhaltung mit Delcassé über Faschoda. Frankreich will den englischen Anspruch nicht anerkennen . . .	11697.
„	„	21.	— Der Sirdar an den englischen Kommissar in Egypten .	11698.
„	„	22.	— Mr. Rodd an den Minister des Auswärtigen. Kitchener glaubt, dafs Marchand in Faschoda ist.	11699.
„	„	25.	— Derselbe an Denselben. Kitchener ist in Faschoda mit Marchand zusammengetroffen und hat gegen die Besetzung Faschodas protestiert	11700.
„	„	25.	— Derselbe an Denselben. Dasselbe	11701.
„	„	25.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll Rodds Depeschen der französischen Regierung mitteilen	11702.
„	„	26.	— Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hat den Auftrag ausgeführt	11703.
„	„	27.	— Derselbe an Denselben. Delcassé will den Bericht Marchands abwarten und ihm telegraphisch Instruktionen schicken	11704.

1898. Aug. 28. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die englische Regierung gewährt die Absendung der Instruktion an Marchand . . . . . . 11705.
„ Oktbr. 3. — Derselbe an Denselben. Dasselbe . . . . 11706.
„ „ 6. — Derselbe an Denselben. Besprechung mit dem französischen Botschafter über Faschoda. Frankreich wünscht ein baldiges friedliches Abkommen . . . . 11707.
„ „ 9. Egypten. Der Minister des Auswärtigen an den britischen Kommissar. Egypten will seine Ansprüche auf den Oberen Nil nicht aufgeben . . . . 11708.
„ „ 12. Grofsbritannien. Derselbe an Denselben. Besprechung mit dem französischen Botschafter. Frankreich wünscht einen Zugang zum Nil für seine Ubangiprovinz . . . . . . 11709.

Die Vorgänge auf Samoa Anfang 1899.

1899. Jan. 23. Deutsches Reich. Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia über die politischen Ereignisse in Samoa von Erlafs der Entscheidung in der Königswahl bis zur Errichtung der provisorischen Regierung (31. Dezember 1898 bis 4. Januar 1899) . . . . 11945.
„ „ 24. — Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia über die Vorgänge vom 4. bis 9. Januar 1899 . . . . . . 11946.
„ „ 25. — Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia, betreffend den Fall Grevsmühl . . . . 11947.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 11663. JAPAN und SIAM. — Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Bangkok, 25. Februar 1898.

Nr. 11663. Japan und Siam. 25. Feb. 1898.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the King of Siam, being equally animated by a desire to promote the relations of Friendship, Commerce and Navigation which happily exist between Their respective States and subjects, have resolved to conclude a Treaty for that purpose, and have named as Their Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the Emperor of Japan, Inagaki Manjiro, Shogoi, His Majesty's Minister Resident at the Court of His Majesty the King of Siam, and His Majesty the King of Siam His Royal Highness Prince Krom Luang Devawongse Varoprakar, Knight of the Order Chakrakri, First Class of the Order of Rising Sun, &c., Minister for Foreign Affairs of His Majesty the King of Siam; || Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following articles:

Article I.

There shall be constant peace and perpetual friendship between Japan and Siam, and the subjects of each of the High Contracting Parties, shall enjoy in the dominions and possessions of the other, full and entire protection for their persons and property according to established law of the country.

Article II.

It shall be free to each of the Contracting Parties to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside in the towns and ports of the dominions and possessions of the other, where similar officers of other Powers are permitted to reside. Such Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been approved and admitted in the usual form by the Government to which they are sent. They shall enjoy all the honours, privileges, exemptions and immunities of every kind which are or may be granted to Consuls of the most favoured nation.

Nr. 11663.
Japan und Siam.
25. Feb. 1898.

Article III.

The subjects of each of the High Contracting Parties may enter, remain and reside in any part of the dominions and possessions of the other, where the subjects and citizens of the nation most favoured in those respects, are permitted to enter, remain and reside; they may there hire and occupy houses, manufactories, shops and warehouses, and they may there engage in trade by wholesale and retail in all kinds of produce, manufactures and merchandise, paying no other or higher taxes, imposts, charges or exactions of any kind than are now or may hereafter be paid by the subjects or citizens of the most favoured nation. || In all that relates to travel, trade and residence; to the acquisition, possession and disposal of property of all kinds and to the right to engage in all kinds of business, occupation and enterprise, the subjects of each of the Contracting Parties in the dominions and possessions of the other, shall at all times enjoy the treatment accorded to the subjects or citizens of the most favoured nation.

Article IV.

There shall be reciprocally full and entire freedom of commerce and navigation between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties. The subjects of each of the Contracting Parties shall have liberty freely and securely to come and go with their ships and cargoes to and from all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other, which are now or may hereafter be opened to foreign commerce and navigation.

Article V.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other, a perfect equality of treatment with the subjects or citizens of the most favoured nation in all that relates to transit duties, warehousing, bounties, facilities, the examination and appraisement of merchandise and drawbacks.

Article VI.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the King of Siam of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, from whatever place arriving, and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the King of Siam, from whatever place arriving, than on the like article produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of the either of the High Contracting Parties

into the dominions and possessions of the other from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like article being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons, or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Nr. 11663. Japan und Siam. 25. Feb. 1898.

Article VII.

No other or higher duties, taxes, or charges of any kind shall be imposed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties in respect of any article exported to the dominions and possessions of the other, than such as are or may be payable in respect of the like article exported to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other, which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Article VIII.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels or vessels of the most favoured nation, may likewise be imported into those ports in Siamese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels or vessels of the most favoured nation; and reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the King of Siam in Siamese vessels or in vessels of the most favoured nation, may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Siamese vessels or vessels of the most favoured nation. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same internal and export duties shall be paid and the same bounties and drawbacks allowed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Japanese or Siamese vessels or in vessels of a third Power and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties or of any third Power.

Article IX.

No other or higher duties or charges on account of tonnage, light or harbour dues, pilotage, quarantine, salvage in case of damage or shipwreck or any other local charges, shall be imposed in any ports of Japan on Siamese

Nr. 11663. Japan und Siam. 25. Feb. 1898.

vessels nor in any of the ports of Siam on Japanese vessels than are now or may hereafter be payable in like cases in the same ports on national vessels in general or vessels of the most favoured nation. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels from whatever port or place they may arrive and whatever may be their place of destination.

Article X.

In all that concerns the entering, clearing, stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted by one country to national vessels or vessels of any third Power, which shall not be equally granted in similar cases to vessels of the other country.

Article XI.

Any ship-of-war or merchant-vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any duties other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come. || If any ship-of-war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, such ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandise saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners, master or their agents, when claimed by them. If such owners, master or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls or Consular Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such consular officers, owners, master or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandise saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || In the case of a ship or vessel belonging to the subjects of either of the Contracting Parties being driven in by stress of weather, run aground or wrecked in the dominions and possessions of the other, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall, if the owner or master or other agent of the owner is not pre-

sent, or is present but requires it, be authorized to interpose in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States.

Article XII.

The vessels of war of each of the High Contracting Parties may enter, remain and make repairs in those ports and places of the other, to which the vessels of war of the most favoured nation are accorded access; they shall there submit to the same regulations and enjoy the same honours, advantages, privileges and exemptions as are now or may hereafter be conceded to vessels of war of the most favoured nation.

Article XIII.

The High Contracting Parties agree that, in all that concerns commerce industry and navigation, any privilege, favour or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, subjects, citizens, ships or merchandise of any other State shall be extended immediately and unconditionally to the Government, subjects, ships or merchandise of the other Contracting Party; it being their intention that the trade, industry and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured nation.

Article XIV.

The present Treaty shall come into force immediately after the exchange of ratifications and shall remain in force for ten years, and thereafter until the expiration of a year from the day on which one or the other of the Contracting Parties shall have repudiated it.

Article XV.

The present Treaty is signed in duplicate in the Japanese, Siamese and English languages and in case there should be found any discrepancy between the Japanese and Siamese texts, such discrepancy shall be decided in conformity with the English text.

Article XVI.

The present Treaty shall be ratified and the ratifications thereof shall be exchanged at Bangkok as soon as possible. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Bangkok in sextuplicate, this twenty-fifth day of the second month of the thirty-first year of Meiji, corresponding to the twenty-fifth day of February of the one hundred and sixteenth year of Ratanakosindr Sok and the eigtheen hundred and ninety-eighth year of the Christian era.

Inagaki Manjiro. (L. S.)
Devawongse Varoprakar. (L. S.)

Nr. 11663. Japan und Siam. 25. Feb. 1898.

Protokoll.

At the moment of proceeding this day to the signature of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Japan and Siam, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties have declared as follows:

1. The Siamese Government consent that Japanese Consular officers shall exercise jurisdiction over Japanese subjects in Siam until the judical reforms of Siam shall have been completed; that is, until a Criminal Code, a Code of Criminal Procedure, a Civil Code (with exception of Law of Marriage and Succession), a Code of Civil Procedure and a Law of Constitution of the Courts of Justice will come into force.

2. The Japanese Government accept as binding upon Japanese subjects and vessels resorting to Siam the Trade Regulations and Customs Tariffs now in force in Siam in respect of the subjects, citizens and vessels of the other Powers having Treaties with Siam. || Such Regulations and Tariffs shall be subject to revision at any time upon 12 months' previous notice, on demand of either Japan or Siam. || All fines and penalties imposed for infractions of the said Regulations or of the Treaty signed this day, shall be paid to the Siamese Government.

3. Any controversies which may arise respecting the interpretation or the execution of the Treaty signed this day or the consequences of any violation thereof, shall be submitted, when the means of settling them directly by amicable agreement are exhausted, to the decision of Commissions of Arbitration, and that the result of such arbitration shall be binding upon both Governments. || The members of such Commissions shall be selected by the two Governments by common consent, failing which each of the Parties shall nominate an Arbitrator or an equal number of Arbitrators and the Arbitrators thus appointed shall select an Umpire. || The procedure of the Arbitration shall in each case be determined by the Contracting Parties, failing which the Commission of Arbitration shall be itself entitled to determine it beforehand. || The undersigned Plenipotentiaries have agreed that this Protocol shall be submitted to the High Contracting Parties at the same time as the Treaty, and that when the Treaty is ratified, the agreements contained in this Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Protocol and have affixed thereto their seals.

Done at Bangkok in sextuplicate, this twenty-fifth day of the second month of the thirty-first year of Meiji, corresponding to the twenty-fifth day of February of the one hundred and sixteenth year of Ratanakosindr Sok and the eighteen hundred and ninety-eighth year of the Christian era.

Inagaki Manjiro. (L. S.)
Devawongse Varoprakar. (L. S.)

Erklärungen.

Japanese Legation,

Bangkok, February 25, 1898.

Monsieur le Ministre,

Nr. 11663. Japan und Siam. 25. Feb. 1898.

I have the honour to communicate to Your Royal Highness the following proposals, which the Imperial Government hope, will be accepted by the Royal Government; that as the Japanese Government is ready to give their adhesion to the arrangements concluded by Siam with the several Treaty Powers in 1883, 1884 and 1885 for the Regulation of the Traffic in Spirituous Liquors and also to agree to the Law of 1887, designed to carry those arrangements into full effect, the Siamese Government on their part will engage that the Japanese subjects shall at all times enjoy the same rights and privileges in regard to the importation and sale of spirits, beer, wines and spirituous liquors in Siam as the subjects or citizens of the most favoured nation; that spirits, beer, wines and spirituous liquors imported into Siam from Japan shall enjoy the same privileges in all respects as similar articles imported from the most favoured nation; and that the exception contained in Section 4 of said Law in favour of wine and beer made in Europe and in the United States of America shall equally apply to wine and beer made in Japan. || I avail myself of this opportunity to renew to Your Royal Highness the assurances of my highest consideration. (Signed.) Manjiro Inagaki.

Foreign Office, Bangkok, February 25th, 1898.

Monsieur le Ministre,

I have the honour to acknowledge the receipt of your note of this day's date relating to the Traffic of Spirituous Liquors in Siam, and I am happy to state that His Majesty's Government accept the proposals of the Imperial Government of Japan as contained in your note under reply. || I avail myself of this occasion to express to you, Monsieur le Ministre, the assurance of my high consideration. (Signed.) Devawongse Varoprakar,

Minister for Foreign Affairs.

Nr. 11664. BELGIEN und MEXIKO. — Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrag.

Mexiko, 7. Juni 1895.

Nr. 11664. Belgien und Mexiko. 7. Juni 1895.

Sa Majesté le Roi des Belges et Son Excellence le Président des Etats-Unis du Mexique, animés du même désir de maintenir les relations cordiales qui existent entre les deux pays, de resserrer, s'il est possible, leurs liens d'amitié, et de développer les rapports commerciaux entre leurs nationaux respectifs, ont décidé de conclure un traité d'amitié, de commerce et de navigation, sur la base d'une équitable réciprocité, et ont nommé, à cet effet, pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges

Nr. 11664. Belgien und Mexiko. 7. Juni 1895.

Monsieur le Comte du Bois d'Aische, Chevalier de l'Ordre de Léopold, Commandeur des Ordres de Takovo de Serbie et de l'Etoile polaire de Suède, Officier des Ordres de la Couronne de Chène et de l'Etoile de Roumanie, décoré de 4e Classe de l'Ordre du Medjïdié de Turquie, Ministre Résident de Belgique à Mexico. || Et Son Excellence le Président des Etats-Unis du Mexique, Monsieur Joseph M. Gamboa, Avocat, Député au Congrès de l'Union des dits Etats, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté, ad referendum, les articles suivants:

Article I.

Il y aura paix parfaite et amitié sincère entre le Royaume de Belgique et les Etats-Unis du Mexique. Les deux Hautes Parties contractantes feront tous leurs efforts pour que cette amitié et cette bonne harmonie se maintiennent constantes et perpétuelles entre les deux nations, ainsi qu'entre leurs citoyens respectifs, sans exception de personnes ni de lieux.

Article II.

Il y aura réciproquement pleine et entière liberté de commerce et de navigation pour les nationaux et les bâtiments des Hautes Parties contractantes, dans les villes, ports, rivières ou lieux quelconques des deux Etats, dont l'entrée est actuellement permise ou pourra l'être à l'avenir aux sujets et aux navires de toute nation étrangère. || Les Belges dans les Etats-Unis du Mexique et les Mexicains en Belgique pourront, dans quelque partie que ce soit des territoires respectifs, séjourner et s'établir, occuper et louer, pour faire le commerce en gros et en détail, les maisons, magasins ou autres locaux; ils jouiront à cet égard des droits, libertés et exemptions dont jouissent ou jouiront à l'avenir les citoyens ou sujets de la nation la plus favorisée, et se soumettront aux lois et règlements en vigueur dans le pays de leur résidence.

Article III.

Les produits du sol et de l'industrie de la Belgique qui seront importés au Mexique, et les produits du sol et de l'industrie du Mexique qui seront importés en Belgique pour la consommation, l'entreposage, la réexportation ou le transit, seront soumis au même traitement, et notamment ne seront passibles de droits autres ni plus élevés, soit généraux, soit municipaux ou locaux, que les produits du sol et de l'industrie de la nation la plus favorisée sous ce rapport. || Il ne sera pas établi en Belgique sur l'exportation de marchandises quelconques vers le Mexique, et au Mexique sur l'exportation de marchandises quelconques vers la Belgique, de droits autres ou plus élevés que ceux imposés à l'exportation des mêmes marchandises vers le pays le plus favorisé à cet égard. || Aucune prohibition ou restriction d'importation, d'exportation ou de transit n'aura lieu dans le commerce réciproque des deux pays, qu'elle ne soit également appliquée à toutes les autres nations, sauf pour des motifs

sanitaires ou pour empêcher soit la propagation d'épizooties, soit la destruction de récoltes, ou bien en vue d'événements de guerre. || Les marchandises de toute nature venant de l'un des deux Etats ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre Etat de tous droits de transit, à moins qu'ils ne soient imposés sur les marchandises des autres nations. || Il est entendu que la législation particulière de chacun des Etats est maintenue pour les articles dont le transit est ou pourra être interdit, et que les deux Hautes Parties contractantes se réservent le droit de soumettre à des autorisations spéciales le transit des armes et des munitions de guerre. || Pour tout ce qui concerne les taxes locales, les droits de douane, les formalités, les courtages, et pour tout ce qui, en un mot, est relatif au commerce, les citoyens belges au Mexique et les citoyens mexicains en Belgique jouiront du traitement de la nation la plus favorisée.

Article IV.

Les négociants, les fabricants et autres industriels, exerçant une industrie ou un commerce dans l'Etat où ils ont leur domicile pourront, soit personnellement, soit par des commis-voyageurs à leur service, faire des achats et, même en portant des échantillons avec eux, rechercher des commandes dans le territoire de l'autre Partie contractante. || Aussi longtemps que les négociants, fabricants et autres industriels ou commis-voyageurs établis en Belgique, voyageant au Mexique pour le compte d'une maison belge, seront exempts du paiement de tout droit de patente ou de l'impôt sur le revenu, par réciprocité il en sera de même pour les négociants, fabricants et autres industriels ou commis-voyageurs établis au Mexique, voyageant en Belgique pour le compte d'une maison mexicaine. Toute concession accordée à cet égard à un autre Etat par l'une des Parties contractantes devra d'ailleurs être étendue à l'autre Partie. || Les objets qui seront importés en qualité d'échantillons par les dits voyageurs seront, de part et d'autre, admis en franchise temporaire, moyennant l'accomplissement des règlements et des formalités douanières nécessaires pour en assurer la réexportation ou le payement des droits d'importation établis par la loi, dans le cas où ces objets ne seraient pas réexportés dans un terme de six mois. || La franchise mentionnée ne s'étendra pas aux objets qui par leur quantité et valeur ne pourraient être considérés comme échantillons ou qui, par leur nature, ne pourraient être identifiés pour leur réexportation. || La qualification dans l'un et l'autre cas sera de la compétence exclusive de la Partie sur le territoire de laquelle aura lieu l'importation. || Les voyageurs de commerce des deux pays jouiront d'ailleurs du traitement de la nation la plus favorisée à cet égard.

Article V.

Les citoyens de chacune des deux Hautes Parties contractantes auront dans le territoire de l'autre les mêmes droits que les nationaux, en ce qui concerne la protection de la propriété industrielle. Pour ce qui est de la propriété littéraire et artistique, les citoyens de chacune des deux Hautes

Nr. 11664. Belgien und Mexiko. 7. Juni 1895.

Parties contractantes jouiront réciproquement dans le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée.

Article VI.

Seront considérés comme belges au Mexique et comme mexicains en Belgique, les navires qui navigueront sous les pavillons respectifs et seront porteurs des papiers de bord, ainsi que des documents exigés par les lois de chacun des deux Etats pour la justification de la nationalité des bâtiments de commerce.

Article VII.

Les navires belges venant dans les ports du Mexique et les navires mexicains venant dans les ports de Belgique, avec chargement ou sur lest, ne paieront d'autres ni de plus forts droits de tonnage, de port, de phare, de pilotage, de quarantaine ou autres affectant la coque du navire, que ceux auxquels sont ou seraient assujettis les navires de la nation la plus favorisée.

Article VIII.

Les dispositions du présent Traité ne sont point applicables à la navigation de côte ou cabotage, dont le régime demeure soumis aux lois respectives des Etats contractants. || Toutefois, les bâtiments belges au Mexique et les bâtiments mexicains en Belgique pourront décharger une partie de leur cargaison dans le port de prime-abord, et se rendre ensuite avec le reste de cette cargaison dans d'autres ports du même Etat, soit pour y achever de débarquer leur chargement d'arrivée, soit pour y compléter leur chargement de retour, en ne payant dans chaque port d'autres ni de plus forts droits que ceux que paient en pareil cas les bâtiments de la nation la plus favorisée.

Article IX.

Seront complètement affranchis des droits de tonnage et d'expédition, mais non de ceux de pilotage: || 1er Les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en repartiront sur lest; || 2e Les navires qui, passant d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même Etat, soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison, soit pour y composer ou compléter leur chargement, justifieront avoir déjà acquitté ces droits; || 3e Les bateaux à vapeur affectés au service de la poste, des voyageurs et des bagages, ne faisant aucune autre opération de commerce. || 4° Les navires qui, entrés avec chargement dans un port, soit volontairement, soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || Toutefois, en ce qui concerne les navires mentinonnés aux deux derniers paragraphes ci-dessus, les capitaines seront tenus de présenter à la douane, dans les trente-six heures à partir de leur admission en libre pratique, une caution agréée par la dite douane, pour répondre de l'acquittement des droits de tonnage et d'expédition en cas où les navires dont il s'agit feraient opération de commerce. || Ne sont

pas considérées, en cas de relâche forcée, comme opérations de commerce: le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire ou sa purification, quand il est mis en quarantaine; le transbordement sur un autre navire en cas d'innavigabilité du premier; les dépenses nécessaires au ravitaillement de l'équipage et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation.

Article X.

Les citoyens des deux nations jouiront dans l'un et l'autre Etat de la plus complète et constante protection pour leurs personnes et leurs propriétés. Ils pourront avoir recours aux Tribunaux de justice pour la poursuite et la défense de leurs droits, dans toutes les instances et à tous les degrés de juridiction établis par les lois. Ils seront libres d'employer les avocats, avoués ou agents de toutes classes, auxquels ils jugeront à propos de recourir pour les représenter et agir en leur nom, le tout conformément aux lois du pays; enfin, ils jouiront sous ce rapport des mêmes droits et privilèges qui sont ou seront accordés aux nationaux, et ils seront soumis pour la jouissance de ces franchises aux mêmes conditions que ces derniers.

Article XI.

Les Hautes Parties contractantes déclarent reconnaître mutuellement à toutes les compagnies et autres associations commerciales, industrielles ou financières, constituées ou autorisées suivant les lois particulières de l'un des deux pays, la faculté d'exercer tous les droits et d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour y défendre dans toute l'étendue du territoire de l'autre Etat, sans autre condition que de se conformer aux lois de cet Etat. Ces compagnies et associations, établis dans le territoire de l'une des Hautes Parties contractantes, pourront exercer dans le territoire de l'autre Partie des droits qui seront reconnus aux sociétés analogues de tous les autres pays. || Il est entendu que les dispositions qui précèdent s'appliquent aussi bien aux compagnies et associations constituées ou autorisées antérieurement à la signature du présent Traité, qu'à celles qui le seraient ultérieurement.

Article XII.

Les Belges au Mexique et les Mexicains en Belgique pourront, comme les nationaux, acquérir, posséder et transmettre par succession, testament, donation ou de quelque autre manière que ce soit, les biens meubles situés dans les territoires respectifs, sans qu'ils puissent être tenus à acquitter des droits de succession ou de mutation autres ni plus élevés que ceux qui seraient imposés, dans des cas semblables, aux nationaux eux-mêmes. || En ce qui concerne l'acquisition ou la possession des immeubles, les Belges au Mexique et les Mexicains en Belgique seront traités comme les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Leurs héritiers et représentants légaux pourront leur

Nr. 11664 Belgien und Mexiko. 7. Juni 1895.

succéder en ces biens meubles et immeubles et en prendre possession, soit personnellement, soit par procuration, de la même manière et dans les mêmes formes légales que les nationaux. || Les citoyens de chacune des Parties contractantes, qui résident temporairement ou d'une façon permanente dans les territoires ou possessions de l'autre, seront soumis aux lois du pays de leur résidence, spécialement à celles qui déterminent les droits et obligations des étrangers, dans les mêmes limites que le sont les citoyens ou sujets de la nation la plus favorisée.

Article XIII.

Les Belges au Mexique et les Mexicains en Belgique seront exempts de tout service personnel, tant dans les armées de terre ou de mer que dans les gardes ou milices nationales, ainsi que de toutes réquisitions ou contributions de guerre, de prêts et emprunts forcés, à moins que ses réquisitions, emprunts ou contributions ne soient imposés sur la propriété foncière, auquel cas ils devront les payer comme les nationaux. || Dans aucun cas, ils ne pourront être assujettis pour leurs propriétés, soit mobilières, soit immobilières, à d'autres charges ou impôts que ceux auxquels seraient soumis les citoyens de la nation la plus favorisée.

Article XIV.

Les citoyens de chacune des Parties contractantes jouiront respectivement dans le territoire de l'autre d'une entière liberté de conscience, et pourront exercer leur culte de la manière que leur permettront la constitution et les lois du pays.

Article XV.

Les Parties contractantes sont convenues d'accorder réciproquement à leurs envoyés, ministres et agents respectifs, les mêmes privilèges, faveurs et franchises dont jouissent ou jouiront à l'avenir les envoyés, ministres et agents publics de la nation la plus favorisée. || Il est en outre convenu entre les deux Parties contractantes, que leurs Gouvernements respectifs, excepté les cas dans lesquels il y aura faute ou manque de surveillance de la part des autorités du pays ou de ses agents, ne se rendront pas réciproquement responsables pour les dommages, oppressions ou exactions que les citoyens de l'une viendraient à subir sur le territoire de l'autre, de la part des insurgés en temps d'insurrection ou de guerre civile, ou par le fait de tribus ou de hordes sauvages, non soumises à l'autorité du Gouvernement.

Article XVI.

En attendant la conclusion d'une Convention consulaire, les deux Hautes Parties contractantes conviennent que les Consuls généraux, Vice-Consuls et Agents consulaires des deux pays jouiront respectivement des mêmes droits, privilèges et immunités qui ont été ou qui seraient concédés aux Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents consulaires de la nation la plus favorisée.

Article XVII.

Nr. 11664. Belgien und Mexiko. 7. Juni 1895.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra. || Il restera en vigueur pendant dix années, à partir du dixième jour après l'échange des ratifications. Dans le cas où aucune des deux Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la fin de la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, le Traité demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncé. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Mexico, en double expédition, le sept Juin mil huit cent quatre-vingt-quinze.

(L. S.) Comte du Bois d'Aische.
(L. S.) José M. Gamboa.

Nr. 11665. NORWEGEN und PORTUGAL. — Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Lissabon, 31. Dezember 1895.

Nr. 11665. Norwegen u. Portugal. 31. Dez. 1895.

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, également animés du désir d'assurer les relations de commerce et de navigation entre la Norvège et le Portugal, ont résolu de conclure à cet effet un traité, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, le comte Axel Cronhielm, son chargé d'affaires et consul général, par intérim, à Lisbonne, chevalier de l'ordre de l'Étoile Polaire et de l'ordre de Saint Olave, première classe, commandeur de l'ordre de la Conception, etc., etc., et mr. Joachim Konow, négociant, plénipotentiaire spécial, chevalier de l'ordre de Saint Olave, première classe, commandeur de l'ordre du Christ, etc. etc. || Et Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, le conseiller Luiz Maria Pinto do Soveral, ministre et secrétaire d'état des affaires étrangères, grand cordon de l'ordre du Christ et de l'ordre de Ernest Pie de Saxe-Cobourg-Gotha, etc. etc. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Il y aura liberté réciproque de commerce et de navigation entre la Norvège et le Portugal. Les sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront dans le territoire de l'autre des mêmes faveurs en matière de commerce et d'industrie qui sont ou seront accordées aux sujets de toute autre nation, et ne pourront être assujettis à d'autres ou plus fortes contributions, restrictions ou obligations générales ou locales que celles qui seront imposées aux sujets de la nation la plus favorisée.

Article 2.

Les ressortissants des Hautes Parties Contractantes pourront disposer à leur volonté, par donation, vente, échange, testament, ou de toute autre manière, de tous les biens qu'ils posséderaient dans les territoires respectifs, et retirer intégralement leurs capitaux du pays. || De même les ressortissants de l'un des états respectifs, habiles à hériter des biens situés dans l'autre, pourront prendre possession des biens qui leur seraient dévolus même ab intestat, en observant les formalités prescrites par la loi, et les dits héritiers ne seront pas tenus à acquitter des droits de succession autres ni plus élevés que ceux qui seraient imposés dans des cas semblables aux nationaux eux-mêmes.

Article 3.

La Norvège et le Portugal se garantissent réciproquement qu'aucun autre pays ne jouira à l'avenir d'un traitement plus avantageux en ce qui concerne la consommation, le dépôt, la réexportation, le transit, le transbordement des marchandises, les drawbacks, l'exercice du commerce et la navigation en général.

Article 4.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'importation ou d'exportation qui ne soit en même temps applicable aux autres nations. || Ce principe ne sera pas appliqué aux marchandises qui sont ou qui seront l'objet de monopole de l'État ou de prohibition ou restriction temporaire pour motifs sanitaires ou dans la prévision d'événements de guerre.

Article 5.

Les produits d'origine portugaise énumérés dans le tarif*) A, joint au présent traité, lorsqu'ils seront importés directement en Norvège, y seront admis en acquittant les droits fixés par le dit tarif.

Article 6.

Les produits d'origine norvégienne énumérés dans le tarif B, joint au présent traité, lorsqu'ils seront importés directement en Portugal, y seront admis en acquittant les droits fixés par le dit tarif.

Article 7.

Les produits d'origine portugaise énumérés dans le tarif A et la table I, joints au présent traité, lorsqu'ils seront importés directement en Norvège, y seront traités sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article 8.

Les produits d'origine norvégienne énumérés dans le tarif B et la table II, joints au présent traité, lorsqu'ils seront importés directement en Portugal, y seront traités sur le pied de la nation la plus favorisée.

---

*) Die Tarife sind hier fortgelassen. Red.

Article 9.

L'importation directe dont il est question dans les articles précédents, consiste dans l'embarquement des marchandises dans un port de l'une des Hautes Parties Contractantes et dans leur débarquement, durant le même voyage, dans un port de l'autre Partie Contractante, quelle que soit la nationalité du navire, et bien que celui-ci fasse escale ou relâche dans un ou plusieurs ports d'une tierce puissance. Elle est démontrée par le manifeste et les connaissements. || Est assimilée à l'importation directe l'importation sous connaissement direct (through bill of lading), quand bien même les marchandises spécifiées sur le dit connaissement auraient été transbordées ou déposées dans les entrepôts d'une tierce puissance. Dans ce cas il sera exigé le certificat d'origine.

Article 10.

Les manifestes présentés à la douane du pays d'importation doivent contenir l'indication de l'origine des marchandises. Comme preuve de cette origine, les Hautes Parties Contractantes se réservent néanmoins le droit d'exiger des certificats délivrés par l'autorité locale du port d'exportation, ou simplement les factures, tous ces documents devant être visés par l'agent consulaire compétent. || L'émolument pour le visa consulaire n'excédera pas 1000 réis ou 4 kroner.

Article 11.

Pour le cas où le gouvernement portugais accorderait en termes généraux à un pays tiers le traitement de la nation la plus favorisée en matière de commerce, ce traitement sera, du fait même et sans autres stipulations, applicable à la Norvège, moyennant réciprocité dans le même traitement.

Article 12.

Les droits intérieurs perçus pour le compte de l'État, des municipalités ou d'autres corporations, dont est ou sera grevée la production, la fabrication ou la consommation de n'importe quel genre de marchandises sur le territoire de l'une des Hautes Parties Contractantes ne pourront être appliqués aux produits originaires de l'autre Partie d'une manière différente ou plus onéreuse qu'aux produits similaires indigènes ou de toute autre provenance. Toutefois rien ne s'opposera à ce que le blé portugais qui serait employé en Norvège à la fabrication du malt puisse être grevé d'un droit intérieur spécial, de même que le blé importé d'autres pays étrangers.

Article 13.

Le gouvernement norvégien et le gouvernement portugais empêcheront par tous les moyens que leurs législations respectives admettent, soit la vente soit l'importation dans l'un ou l'autre des deux États, des produits agricoles ou industriels qui présentent une fausse indication de provenance, indiquant directement ou indirectement comme pays ou localité d'origine, la Norvège ou le Portugal ou une région ou localité, norvégienne ou portugaise.

Nr. 11665. Norwegen u. Portugal. 31. Dez. 1895.

Article 14.

Les voyageurs de commerce norvégiens voyageant en Portugal pour le compte d'une maison établie en Norvège seront traités sous tous les rapports comme les voyageurs de commerce de toute autre nation, et réciproquement il en sera de même pour les voyageurs de commerce portugais en Norvège.

Article 15.

Le présent traité sera exécutoire, pour ce qui concerne le Portugal, exclusivement dans la métropole et dans les îles adjacentes: Madère, Porto Santo et Açores.

Article 16.

Dans le cas où un différend sur l'interprétation ou l'application du présent traité s'élèverait entre les deux Parties Contractantes et ne pourrait être réglé à l'amiable par voie de correspondance diplomatique, celles-ci conviennent de le soumettre au jugement d'un tribunal arbitral, dont elles s'engagent à respecter et à exécuter loyalement la décision. || Le tribunal arbitral sera composé de trois membres. Chacune des Parties Contractantes en désignera un, choisi en dehors de ses nationaux et des habitants du pays. Ces deux arbitres nommeront le troisième. S'ils ne peuvent s'entendre sur le choix de celui-ci, le troisième arbitre sera nommé par un gouvernement désigné par les deux arbitres ou, à défaut d'entente, par le sort.

Article 17.

Le présent traité, après avoir été approuvé par les représentations nationales respectives, sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Lisbonne aussitôt que faire se pourra.

Article 18.

Sept jours après l'échange des ratifications le présent traité entrera en vigueur et il restera exécutoire pendant cinq années á partir du jour où il aura été mis en vigueur. || Dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la dite période, son intention d'en faire cesser les effets, le traité demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes l'aura dénoncé.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Lisbonne, les 31 decembre 1895.

(L. S.) (signé) A. Cronhielm.
(L. S.) (signé) J. Konow.
(L. S.) (signé) Luiz de Soveral.

Nr. 11665. Norwegen u. Portugal. 31. Dez. 1895.

Protocole.

Les plénipotentiaires soussignés, ayant jugé nécessaire l'établissement de communications maritimes régulières entre les deux pays, sont convenus de ce qui suit: || Tant que le gouvernement norvégien continuera à maintenir une ligne de bateaux à vapeur sur la Méditerranée, il est entendu qu'un bateau de cette ligne fera une fois par mois, au retour en Norvège escale à Lisbonne et à Oporto. Pour le cas où il serait trop difficile de remonter jusqu'à Oporto, le bateau pourra aborder à Leixoes. || Les dates des départs des bateux de Lisbonne et de Oporto (ou Leixoes) doivent être annoncées de la manière usuelle et avec anticipation de huit à dix jours. || Il est entendu que des irrégularités dans le service, occasionnées par des accidents casuels ou par des événements imprévus, n'auront pas pour effet d'invalider le traité de commerce et de navigation conclu ce jour, ou d'attirer au gouvernement de Norvège des responsabilités d'aucune nature. || Les susdits bateaux jouiront des privilèges accordés par les lois portugaises aux paquebots-postaux.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Lisbonne, le 31 décembre 1895.

(L. S.) (signé) A. Cronhielm.
(L. S.) (signé) J. Konow.
(L. S.) (signé) Luiz de Soveral.

Protocole Final.

Au moment de procéder à la signature du traité de commerce et de navigation conclu ce jour à Lisbonne, entre la Norvège et le Portugal, les plénipotentiaires soussignés ont énoncé les déclarations et réserves suivantes: || 1. Les dispositions des articles 1, 3, 4, 6, 8, 11 et 12 du traité signé à la date d'aujourd'hui ne s'appliquent pas aux faveurs que le Portugal a accordées ou accordera à titre exclusif à l'Espagne et au Brésil; et le Portugal n'a pas le droit de jouir, en vertu des articles 1, 3, 4, 5, 7, 11 et 12 du même traité, des faveurs accordées ou à accorder par la Norvège à la Suède et au Danemark, ni des avantages spéciaux dont jouit la Russie dans ses relations avec la Norvège. || Néanmoins, le Portugal accordera à la Norvège les faveurs qu'il a accordées à l'Espagne dans le traité du 27 mars 1893, article 20, et la convention du 29 juin 1894, articles 2, 3, 4, 12 et 13 du règlement III. || 2. Dans l'application du traitement de la nation la plus favorisée par rapport à la navigation, la Norvège ne pourra pas invoquer les traités que le Portugal a conclus avec la République de l'Afrique du Sud, le 11 décembre 1875, et avec l'État Libre d'Orange le 10 mars 1876. || 3. En vertu de l'article 4 du susdit traité, les marchandises non originaires de Portugal importées de ce royaume en Norvège, soit par terre soit par mer, ne pourront pas être grevées de surtaxes supérieures à celles dont seront passibles les marchandises de

Nr. 11665. Norwegen u. Portugal. 31. Dez. 1895.

même nature importées en Norvège de tout autre pays européen autrement qu'en droiture par navire norvégien; et réciproquement les marchandises non originaires de Norvège importées de ce royaume en Portugal, soit par terre soit par mer, ne pourront pas être grevées des surtaxes supérieures à celles dont seront passibles les marchandises de même nature importées en Portugal de tout autre pays européen autrement qu'en droiture par navire portugais. || 4. Le traitement stipulé dans les articles 5, 7 et 12 du susdit traité est applicable aux produits des colonies portugaises exportés de la métropole pour la Norvège. || 5. Toute réduction accordée par la Norvège aux vins d'autre provenance que le Portugal, et dont le titrage serait fixè à moins de 23 degrés, sera applicable aux vins portugais ne dépassant pas cette dernière limite. || 6. Le certificat d'origine pour la morue importée directement de Norvège en Portugal ne sera pas exigé, tant que tous les autres pays exportateurs de ce produit jouiront de droits égaux à ceux accordés à la Norvège. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Lisbonne, le 31 décembre 1895.

(L. S.) (signé) A. Cronhielm.
(L. S.) (signé) J. Konow.
(L. S.) (signé) Luiz de Soveral.

Nr. 11666. VERTRAGSSTAATEN. — Zusatzübereinkommen zu dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890. (Nr. 10356. Bd. 54.)

Paris, 16. Juni 1898.

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, agissant également au nom de son Altesse sérénissime le Prince de Liechtenstein, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, le Président de la République Française, Sa Majesté le Roi d'Italie, son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume, Sa Majesté l'Empereur des toutes les Russies et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse, ayant jugé utile d'apporter certaines modifications aux dispositions de la Convention internationale du 14 octobre 1890 sur le transport de marchandises par chemins de fer et à l'arrangement y relatif du 16 juillet 1895, ont décidé de conclure à cet effet une Convention additionnelle et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemage, Roi de Prusse: || Son Excellence le Comte de Münster, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc., et Roi Apostolique de Hongrie: || Son Excellence le Comte de Wolkenstein-Trostbourg, son Ambassa-

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898

deur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Sa Majesté le Roi des Belges: || M. le Baron d'Anethan, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Sa Majesté le Roi de Danemark: || M. de Hegermann-Lindencrone, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Le Président de la République Française: || Son Excellence M. Gabriel Hanotaux, Ministre des Affaires Étrangères de la République Française. || Sa Majesté le Roi d'Italie: || Son Excellence le Comte Tornielli Brusati di Vergano, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg: || M. Vannerus, Chargé d'Affaires du Luxembourg à Paris. || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et, en son nom, Sa Majesté la Reine Régente du Royaume: || M. le Chevalier de Stuers, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || Son Excellence le Prince Ourousoff, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Président de la République Française. || Et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse: || M. Lardy, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Confédération Suisse près le Président de la République Française. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont arrêté les articles ci-après:

Article Premier.

La Convention internationale du 14 octobre 1890 est modifiée comme il suit: || I. Article 6. Il est ajouté à la lettre *l* un 4e alinéa ainsi conçu: || Si la gare d'expédition a choisi une autre voie, elle doit en aviser l'expéditeur.

II. — Article 7. || Le 4e alinéa aura la teneur suivante: || Les Dispositions réglementaires fixeront la surtaxe qui, en cas de déclaration inexacte du contenu ou d'indication d'un poids inférieur ou poids réel, ainsi qu'en cas de surcharge d'un wagon chargé par l'expéditeur, devra être payée aux chemins de fer ayant pris part au transport, sans préjudice, s'il y a lieu, du payement complémentaire de la différence des frais de transport et de toute indemnité pour le dommage qui en résulterait, ainsi que de la peine encourue en vertu des dispositions pénales ou des règlements de police. || Il est en outre ajouté une 5e alinéa ainsi conçu: || La surtaxe n'est pas due: || a) En cas d'indication inexacte du poids, lorsque le pesage par le chemin de fer est obligatoire d'après les prescriptions en vigueur à la station expéditrice. || b) En cas d'indication inexacte du poids ou de surcharge d'un wagon, lorsque l'expéditeur a demandé dans la lettre de voiture que le pesage soit effectué par le chemin de fer. || c) En cas de surcharge occasionnée, au cours du transport, par des influences atmosphériques, si l'expéditeur prouve qu'il s'est conformé, en chargeant le wagon, aux prescriptions en vigueur à la station expéditrice.

2*

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16 Juni 1898.

III. — Article 12. Le 4e alinéa aura la teneur suivante: || En cas d'application irrégulière du tarif ou d'erreurs de calcul dans la fixation des frais de transport et des frais accessoires, la différence en plus ou en moins devra être remboursée. L'action en rectification est prescrite par un an à partir du jour du payement, lorsqu'il n'est pas intervenu entre les parties une reconnaissance de la dette, une transaction ou un jugement. Les dispositions contenues dans l'article 45, alinéas 3 et 4, sont applicables à la prescription mentionnée ci-dessus. La disposition de l'alinéa 1 de l'article 44 ne s'applique pas dans ce cas.

IV. — Article 13. Le 1er alinéa aura la teneur suivante: || L'expéditeur pourra grever la marchandise d'un remboursement jusqu'à concurrence de sa valeur. Le remboursement peut être refusé pour les marchandises dont le prix de transport peut être réclamé d'avance par le chemin de fer (article 12, alinéa 2).

V. — Article 15. Le 1er alinéa aura la teneur suivante: || L'expéditeur a seul le droit de disposer de la marchandise, soit en la retirant à la gare de départ, soit en l'arrêtant en cours de route, soit en la faisant délivrer, au lieu de destination, ou en cours de route, ou encore à une station située soit au delà du point de destination, soit sur un embranchement, à une personne autre que celle du destinataire indiqué sur la lettre de voiture. Le chemin de fer peut à son gré, à la demande de l'expéditeur, accepter des dispositions ultérieures tendant à l'établissement, à l'augmentation, à la diminution ou au retrait de remboursements, ou bien à l'affranchissement des envois. Des dispositions ultérieures autres que celles indiquées ci-dessus ne sont pas admises.

VI. — Article 26. Le 2e alinéa aura la teneur suivante: || Si le duplicata n'est pas représenté par l'expéditeur, celuici ne pourra intenter l'action que si le destinataire l'a autorisé à le faire à moins qu'il n'apporte la preuve que le destinataire a refusé la marchandise.

VII. — Article 31. Les chiffres 1°, 3° et 6° auront la teneur suivante: || 1° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou de conventions passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, sont transportées en wagons découverts, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à ce mode de transport; || 3° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou des conventions passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, en tant que de telles conventions sont autorisées sur le territoire de l'Etat où elles sont appliquées, ont été chargées par l'expéditeur ou dechargées par le destinataire, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à l'opération du chargement et du déchargement, ou d'un chargement défectueux; || 6° De l'avarie survenue aux marchandises et bestiaux dont le transport, aux termes des tarifs ou des conventions passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, ne s'effectue que sous escorte, || en tant que l'avarie est résultée du danger que l'escorte a pour but d'éearter.

VIII. — Article 36. Le 1er alinéa sera complété par l'adjonction suivante: || Il sera donné acte par écrit de cette réserve.

IX. — Article 38. Dans le 2e alinéa, les mots „que l'expéditeur aura à payer“ seront remplacés par les mots „qui devra être payée“.

X. — Article 40. Les mots „délai de transport“ seront, dans le texte français, remplacés partout par les mots „délai de livraison“.

XI. — Article 44. Le mot „sept“ qui figure au chiffre 2 sera remplacé par le mot „quatorze“.

XII. — Article 45. Cest article sera complété par l'adjonction d'un 4e alinéa ainsi conçu: || En cas de réclamation écrite, adressée au chemin de fer par l'ayant droit, la prescription cesse de courir tant que la réclamation est en suspens. Si la réclamation est repoussée, la prescription reprend son cours à partir du jour où le chemin de fer a notifié par écrit sa réponse au réclamant et restitué les pièces justificatives qui auraient été jointes à la réclamation. La preuve de la réception de la réclamation ou de la réponse et celle de la restitution des pièces sont à la charge de celui qui invoque ce fait. Les réclamations ultérieures adressées au chemin de fer ou autorités supérieures ne suspendent pas la prescription.

Article 2.

Les dispositions réglementaires de la Convention du 14 octobre 1890 et leurs annexes sont modifiées comme il suit:

I. — Paragraphe 2. Le 1er alinéa aura la teneur suivante: || Sont obligatoires pour les lettres de voiture internationales les formulaires prescrits par l'annexe 2. Ces formulaires doivent être imprimés pour la petite vitesse sur papier blanc, pour la grande vitesse sur papier blanc avec une bande rouge au bord supérieur et au bord inférieur, au recto et au verso. Les lettres de voiture seront certifiées conformes aux prescriptions de la présente Convention par l'apposition du timbre d'un chemin de fer ou d'un groupe de chemins de fer du pays expéditeur. || Au 3e alinéa, les mots „der geschriebenen Worte“ qui figurent dans le texte allemand seront supprimés. || Il est ajouté un 8e et un 9e alinéa ainsi conçus: || Il est permis d'insérer dans la lettre de voiture, mais à titre de simple information et sans qu'il en résulte ni obligation, ni responsabilité pour le chemin de fer, les mentions suivantes: || Envoi de N. N. Par ordre de N. N. || A la disposition de N. N. || Pour être réexpédié à N. N. || Assuré auprès de N. N. || Ces mentions ne peuvent s'appliquer qu'à l'ensemble de l'expédition et doivent être insérées au bas du verso de la lettre de voiture.

II. — Paragraphe 3. Ce paragraphe aura la teneur suivante: || Lorsque des marchandises désignées au 4° du parapraphe 1er et dans l'annexe 1 auront été remises au transport avec une déclaration inexacte ou incomplète, ou que les prescriptions de sûreté indiquées dans l'annexe 1 n'auront pas été observées, la surtaxe sera de 15 francs par kilogramme du poids brut du colis

Nr. 11666 Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

entier. || Dans tous les autres cas, la surtaxe prévue par l'article 7 de la Convention pour déclaration inexacte du contenu d'une expédition sera de 1 franc par lettre de voiture, lorsque cette déclaration ne sera pas de nature à entraîner une réduction du prix de transport; sinon, elle sera du double de la différence entre le prix de transport du contenu déclaré et celui du contenu constaté, calculé du point d'expédition au point de destination, et en tout cas elle sera au minimum de 1 franc. || En cas d'indication d'un poids inférieur au poids réel d'une expédition, la surtaxe sera de double de la différence entre le prix de transport du poids déclaré et celui du poids constaté, depuis le point d'expédition jusqu'au point de destination. || En cas de surcharge d'un wagon chargé par l'expéditeur, la surtaxe sera de 6 fois le prix de transport du poids dépassant la charge permise, du point d'expédition au point de destination. Lorsqu'il y aura en même temps indication d'un poids inférieur au poids réel et surcharge, la surtaxe pour indication d'un poids inférieur au poids réel et la surtaxe afférente à la surcharge seront perçus cumulativement. || La surtaxe pour surcharge (alinéa 4) est perçue: || a) En cas d'emploi de wagons qui ne portent qu'une seule inscription indiquant le poids du chargement qu'ils peuvent recevoir, lorsque le poids normal de chargement ou la capacité de chargement indiqué est dépassé de plus de 5 p. 100 lors du chargement. || b) En cas d'emploi de wagons portant deux inscriptions, dont l'une se rapporte au poids normal de chargement (Ladegewicht), et l'autre au poids maximum de chargement (Tragfähigkeit), lorsque la surcharge dépasse d'une manière quelconque le poids maximum de chargement.

III. — Paragraphe 4. Ce paragraphe sera complété par un 2ᵉ alinéa ainsi conçu: || Lorsqu'un expéditeur a l'habitude d'expédier, à la même station, des marchandises de même nature nécessitant un emballage et que ces marchandises sont remises sans emballage ou avec un emballage présentant toujours les mêmes défauts, il peut, à la place de la déclaration spéciale à chaque expédition, se servir, une fois pour toutes, du formulaire de déclaration générale prévu à l'annexe 3a. Dans ce cas, la lettre de voiture doit contenir, en sus de la reconnaissance prévue à l'alinéa 2 de l'article 9, la mention de la déclaration générale remise à la station expéditrice.

IV. — Paragraphe 5. Le paragraphe 5 des Dispositions réglementaires se rapportant à l'article 13 de la Convention est supprimé; il est remplacé par un nouveau paragraphe 5 visant l'article 12 de ladite Convention et ainsi conçu: || La station expéditrice devra spécifier, dans le duplicata de la lettre de voiture, les frais perçus en port payé inscrits par elle dans la lettre de voiture. || La production du duplicata de la lettre de voiture suffit pour introduire la réclamation prévue à l'article 12, alinéa 4, de la Convention, lorsque les frais de transport ont été liquidés au moment de la remise de la marchandise au transport.

V. — Paragraphe 9. Les alinéas 2 et 3 auront la teneur suivante: || Dans ce cas, il est permis de percevoir une taxe supplémentaire calculée par

fraction indivisible de 10 francs et de 10 kilomètres, qui ne pourra pas dépasser 0 fr. 025 par 1000 francs et par kilomètre, sur le montant réel de la somme déclarée. || Le minimum de la perception est fixé à 0 fr. 50 pour le parcours total.

VI. — Annexe 1 des Dispositions réglementaires. Le texte français recevra les modifications suivantes:

N° I.	Remplacer	0,06 mètre cube par 60 décimètres cubes.
N° III.	„	1,2 mètre cube 1 mètre cube 200 décimètres cubes.
N° VIIIa.	„	par 1,55 litre, pour 1 litre 55 centilitres.
		15,50 litres, 15 litres 50 centilitres.
N° X.	„	par 0,825 litre, pour 825 millilitres.
N° XXXVI.	„	0,015 mètre, 15 millimètres.
		0,010 mètre, 10 millimètres.
N° XXXVIII.	„	2,5 kilogrammes, 2 kilogrammes 500 grammes.
		1,2 mètre cube, 1 mètre cube 200 décimètres cubes.
N° XLII.	„	1,2 mètre cube, 1 mètre cube 200 décimètres cubes.
N° XLIII.	„	0,5 gramme, 50 centigrammes.
		0,5 mètre cube, 500 décimètres cubes.
N° XLIV.	„	par 1,34 litre, pour 1 litre 34 centilitres.
		13,40 litres, 13 litres 40 centilitres.
		par 1,86 litre, pour 1 litre 86 centilitres.
		par 0,9 litre, pour 90 centilitres.
		par 0,8 litre, pour 80 centilitres.

VII. — Annexe I. Le chiffre XII est modifié comme il suit: || La chaux d'épuration du gaz (chaux verte) n'est transportée que dans des wagons découverts. || Annexe 1. Le texte français du premier paragraphe du 3° du N° XXVII est modifié ainsi qu'il suit: || De renoncer à toute indemnité pour avaries et pertes soit des récipients, soit de leur contenu, résultant du transport dans des récipients fermés hermétiquement.

VIII. — Annexe 2. Outre la modification visée par l'alinéa 1er du paragraphe 2 des Dipositions réglementaires (chiffre I ci-dessus), le formulaire de la lettre de voiture et du duplicata est modifié comme il suit: || 1° Une première rubrique sera introduite pour indiquer la capacité de chargement ou, le cas échéant, la surface de plancher du wagon employé pour le transport, lorsqu'il s'agit d'expéditions par wagons complets: || 2° Il sera inséré un nota d'après lequel l'expéditeur aura à inscrire dans la lettre de voiture les numéros des wagons chargés par ses soins: || 3° Le verso du duplicata recevra une partie imprimée identique au verso de la lettre de voiture. || En conséquence, l'annexe 2 des Dispositions réglementaires est remplacée par la nouvelle annexe 2 ci-jointe. || Il est imparti un délai d'une année, à dater de l'entrée en vigueur des présentes diposition, pendant lequel les lettres de voiture et les duplicata conformes au modèle de 1890 pourront encore être employés

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

dans le trafic international. Ce délai expiré, les lettres et duplicata établis d'après le nouveau formulaire seront seuls admis.

IX. — Il sera ajouté au paragraphe 4 des Dispositions réglementaires une annexe 3a ainsi conçue:

Annexe 3a.

Déclaration générale.

Le bureau de marchandises du chemin de fer . . . . à . . . . sur ma (notre) demande, accepte au transport toutes les marchandises ci après désignées, qui à partir de ce jour lui seront remises par moi (nous) dans ce but, savoir:

. . . .

Je (nous) reconnais (sons) formellement par la présente que ces marchandises ont été remises au transport
sans emballage*)
avec un emballage défectueux notamment*):

. . . .

en tant qu'il aura été fait mention de cette déclaration générale dans la lettre de voiture respective.

. . . . le . . . . 18 . . . .

X. — Annexe 4. Cette annexe est modifiée ainsi qu'il est indiqué ci-après:

Annexe 4.

Disposition ultérieure.

. . . . le . . . . 18 . . . .

La gare de . . . . du chemin de fer de . . . . est priée de ne pas livrer au destinataire M . . . . à . . . . désigné dans la lettre de voiture du . . . . 18 . . . . l'expédition ci-après specifiée:

Marques et Numéros	Nombre	Nature de l'emballage	Désignation de la marchandise	Poids en kilogr.

mais de

1° La faire retourner à mon adresse.

2° L'envoyer à M . . . . à . . . . station du chemin de fer de . . , ...

*) On rayera, selon le conditionnement de la marchandise, les mots „sans emballage" ou „avec un emballage défectueux notamment".

3° Livrer seulement contre payement du montant du remboursement, soit ══════════ (En toutes lettres.)

4° Ne pas livrer contre payement du remboursement indiqué dans la lettre de voiture, mais d'un remboursement de ══════════ (En toutes lettres.)

5° Livrer sans recouvrer le montant du remboursement.

6° Livrer franco.

(Signature.)

Observation. — On rayera la disposition qui ne convient pas à chaque cas particulier.

Article 3.

Le Protocole du 14 octobre 1890 est modifié comme il suit:

I. Le 1er alinéa du 1° sera complété par l'addition suivante: ‖ Si les lignes intermédiaires de transit ne sont pas exploitées par une administration de cet État, les Gouvernements intéressés peuvent néanmoins convenir, par des arrangements particuliers, de ne pas considérer comme internationaux les transports dont il s'agit.

II. Il est ajouté un alinéa 5° de la teneur suivante: ‖ Au sujet de l'article 60, il est entendu que la Convention internationale engage chaque État contractant pour une durée de trois ans à partir du jour de son entrée en vigueur et pour de nouvelles périodes successives de trois années, tant qu'un État n'aura pas annoncé aux autres États, un an au plus tard avant l'expiration de l'une de ces périodes, son intention de se retirer de la Convention.

Article 4.

La présente Convention additionnelle aura la même durée et vigueur que la Convention du 14 octobre 1890 dont elle devient partie intégrante. Elle sera ratifiée et le dépôt des ratifications aura lieu aussitôt que faire se pourra, dans la forme adoptée pour la Convention elle-même et les actes additionnels à ladite Convention. Elle entrera en vigueur trois mois après ce dépôt. ‖ En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention additionnelle, et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à Paris, en dix exemplaires, le 16 juin 1898.

(Unterschriften.)

Procès-verbal de Signature.

Les soussignés, Plénipotentiaires des États qui ont signé la Convention internationale du 14 octobre 1890, sur le transport de marchandises par chemins de fer, ou qui y ont adhéré, se sont réunis aujourd'hui, le 16 juin 1898. au Ministère des Affaires étrangères pour procéder à la signature de la Convention additionnelle audit Acte international dont les termes ont été arrêtés entre leurs Gouvernements respectifs. ‖ Après avoir collationné les instruments

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

diplomatiques de ladite Convention additionnelle qui ont été préparés en nombre égal à celui des États contractants, ils ont constaté que ces actes étaient en bonne et due forme et y ont apposé leurs signatures et leurs cachets. || Un texte allemand est annexé au présent procès-verbal, et il est entendu que ce texte aura la même valeur que le texte français en tant qu'il s'agit de transports par chemins de fer intéressant un pays où l'allemand est employé exclusivement ou à côté d'autres langues comme langue d'affaires.

Fait à Paris, en dix exemplaires, le 16 juin 1898. (Unterschriften.)

Anlage I.

Denkschrift, dem Deutschen Reichstage bei Einbringung vorstehenden Vertrages vorgelegt.

7. Dezember 1898.

Das seit dem 1. Januar 1893 in Kraft stehende internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 793 ff.) bestimmt in seinem Artikel 59 Absatz 1: „Wenigstens alle drei Jahre wird eine aus Delegierten der vertragschliefsenden Staaten bestehende Konferenz zusammentreten, um zu dem gegenwärtigen Übereinkommen die für notwendig erachteten Abänderungen und Verbesserungen in Vorschlag zu bringen.“ Im Absatz 2 desselben Artikels ist weiter vorgesehen, dafs auf Begehren von wenigstens einem Viertel der beteiligten Staaten solche Konferenzen auch schon früher stattfinden können. Nachdem aufserordentliche Konferenzen der letzteren Art bereits im Jahre 1893 abgehalten worden sind und zu der Zusatzerklärung vom 20. September 1893, betreffend den Beitritt neuer Staaten (Reichs-Gesetzbl. von 1896, S. 707, vergl. 1897 S. 723), sowie zu der Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1895, betreffend vom Transport ausgeschlossene oder nur bedingungsweise zugelassene Gegenstände (Reichs-Gesetzbl. 1895 S. 465 ff.), geführt haben, ist die Vorschrift des Artikels 59 Absatz 1 im Frühjahr 1896 zur Ausführung gelangt. || Um dies vorzubereiten, hatte das Centralamt für den internationalen Eisenbahn-Transport eine als „Memoranda“ bezeichnete Zusammenstellung der Fragen, welche möglicherweise die Revisions-Konferenz beschäftigen könnten, ausgearbeitet und schon Ende August 1894 den Regierungen der Vertragsstaaten vorgelegt. Diese haben demnächst ihre Anträge nebst kurzer Begründung formuliert, und das Centralamt hat sämtliche Vorschläge zusammengestellt und den beteiligten Regierungen unterbreitet. Die deutschen Anträge waren zum gröfsten Teil hervorgegangen aus einer Besprechung von Kommissaren der beteiligten Ressorts des Reichs und der Bundesregierungen, unter Zuziehung von Vertretern des Handels und der Industrie, sowie der Land- und Forstwirtschaft, die am 5. April 1895 unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amts stattgefunden hat. In der Annahme, die Revisions-Konferenz werde, wie die früheren Verhandlungen, wieder in Bern abgehalten werden, waren die diesseitigen Mitteilungen an den schweizerischen Bundesrat gerichtet worden, der auch eine Einladung

nach Bern in Aussicht gestellt hatte. Bevor eine solche indes ergangen war, hat die französische Regierung den Wunsch geäufsert, die Verhandlungen, über deren Ort im internationalen Übereinkommen eine Bestimmung nicht getroffen ist, möchten in Paris stattfinden. Nachdem die übrigen Vertragsstaaten sich hiermit einverstanden erklärt hatten, ist die Revisions-Konferenz am 16. März 1896 in Paris zusammengetreten und hat bis zum 2. April getagt. Über den Gang der Verhandlungen geben die beigefügten Protokolle Aufschlufs.*) Das dabei befindliche Schlufsprotokoll enthält den Entwurf des Zusatzübereinkommens, wie er — mit geringfügigen, im Wege diplomatischen Schriftwechsels herbeigeführten Verbesserungen — dem späteren Abschlufs zu Grunde gelegt worden ist.

Bei den Beratungen ist man im allgemeinen davon ausgegangen, nur solche Bestimmungen abzuändern, deren Anwendung zu praktischen Schwierigkeiten geführt hat. Die meisten der von der Konferenz beschlossenen Änderungen sind einmütig zustande gekommen; zum grofsen Teil geben sie die diesseitigen Anträge, die infolge kommissarischer Verständigung in vielen Beziehungen mit den von Österreich und Ungarn gestellten zusammentreffen, unverändert oder mit durchaus annehmbaren Modifikationen wieder. || Nur wenige der deutschen Vorschläge sind von der Konferenz abgelehnt worden, darunter allerdings auch solche, auf deren Annahme von seiten des deutschen Handelsstandes besonderes Gewicht gelegt worden war. Hierzu gehört namentlich || der Antrag auf Beseitigung des im Artikel 10 Absatz 3 des internationalen Übereinkommens vorgesehenen ausschliefslichen Rechts der Eisenbahn, die Zollbehandlung des unterwegs befindlichen Gutes vorzunehmen, eine Frage, die auch im Reichstage wiederholt erörtert worden ist (Sitzungen vom 30. April 1891 S. 2637 ff. der stenographischen Berichte und vom 2. Mai 1891 S. 2708, ferner vom 21. März 1895 S. 1635, vom 21. Februar 1896 S. 1140 und vom 24. Februar 1897 S. 4907). Obschon von den diesseitigen sowie von den österreichischen Delegierten unter Zustimmung der Vertreter Ungarns und der Schweiz die Gründe für die Beseitigung dieser, seinerzeit auf den Wunsch von Rufsland aufgenommenen Bestimmung nachdrücklich und erschöpfend geltend gemacht wurden, ist es nicht gelungen, den von Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden unterstützten Widerstand Rufslands gegen eine Änderung der zur Zeit geltenden Bestimmungen zu überwinden. Der von Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam gestellte Antrag wurde vielmehr, nachdem Luxemburg infolge der zeitweisen Verhinderung seines Vertreters sich der Abstimmung enthalten hatte, mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt. || Ebensowenig haben die folgenden Anträge Deutschlands die Zustimmung der Konferenz gefunden:

Zu Artikel 6 lit. 1 Absatz 2: mangels einer Routenvorschrift von seiten des Absenders die Eisenbahn zu verpflichten, das Gut auf demjenigen Wege zu befördern, welcher nach den veröffentlichten Tarifen den billigsten Fracht-

*) Die Protokolle der einzelnen Sitzungen sind hier fortgelassen. Red.

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

satz und die günstigsten Transportbedingungen darbietet; ferner || zu Artikel 8 Absatz 5 und einigen konnexen Artikeln: die Ausstellung eines Frachtbriefduplikats dem Belieben des Absenders zu überlassen; || zu Artikel 44 Absatz 2 Ziffer 4a: die Erstreckung der dort vorgesehenen 7tägigen Frist auf 14 Tage. || Obschon nun die Annahme auch dieser Vorschläge, namentlich des ersterwähnten, erwünscht gewesen wäre, so schien es sich doch, im Hinblick auf die bei den Verhandlungen der Pariser Konferenz hervorgetretenen Anschauungen der Mehrheit der Vertragsstaaten, nicht zu empfehlen, bei der Umwandlung der Konferenzbeschlüsse in einen Staatsvertrag auf die abgelehnten Anträge zurückzukommen. Vielmehr ist dem positiven Ergebnisse der fachmännischen Beratungen, das durchweg mehr oder weniger erhebliche Verbesserungen darstellt und in keiner Hinsicht zu Bedenken Anlafs giebt, abgesehen von der Berichtigung einiger kleiner Versehen, vom Bundesrat einfach zugestimmt worden. || Nachdem auch die übrigen Vertragsstaaten, denen inzwischen noch Dänemark hinzugetreten war, sich bereit erklärt hatten, die Beschlüsse der Pariser Konferenz in einen Staatsvertrag umzuwandeln, ist auf Grund dieser Verhandlungen am 16. Juni d. Js. in Paris das Zusatzübereinkommen vorbehaltlich der Ratifikation abgeschlossen worden. Der Bundesrat hat diesem Abkommen zugestimmt. Zu seiner Gültigkeit bedarf es, soweit nicht lediglich Ausführungsbestimmungen (Artikel 2) in Frage kommen, auch der Genehmigung des Reichstages. || Zu den einzelnen Bestimmungen ist nachsteheudes zu bemerken:

Zu Artikel 1.

(Änderungen am internationalen Übereinkommen selbst.)

I. Der Zusatz zu Artikel 6 lit. l. des internationalen Übereinkommens entspricht einem von Deutschland auf Wunsch der Interessenvertreter gestellten Antrage. Für den Absender ist es unter Umständen wichtig, von der Äuderung des vorgeschriebenen Beförderungsweges durch die Eisenbahn Kenntnis zu erhalten, und die dieser erwachsende Mehrarbeit kann demgegenüber nicht ausschlaggebend sein.

II. Die neuen Bestimmungen am Schlusse des Artikels 7 sind, in Verbindung mit den zu § 2 der Ausführungsbestimmungen vorgesehenen — vergl. unten zu Art. 2 II des Schlufsprotokolls — im wesentlichen den neuen Vorschriften des § 53 Absatz 6, 8 ff. der Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands nachgebildet und entsprechen der Hauptsache nach den diesseitigen Anträgen.

III. Die Änderung in der Fassung des Artikels 12 Absatz 4 hat den Zweck, klarzustellen, dafs es sich auch hier, wie in den Fällen des Artikels 45, um eine Verjährung und nicht um eine Präklusivfrist handelt. Vergl. unten Nr. XII.

IV. Die auf den Vorschlag von Deutschland, Österreich-Ungarn und anderen Staaten beschlossene Fassungsänderung im Artikel 13 Absatz 1, der-

zufolge den Bahnen gestattet wird, auch auf leicht verderbliche und geringwertige Gegenstände Nachnahmen zuzulassen, entspricht den Interessen des Verkehrs und einer schon bisher vielfach beobachteten Übung. || Die von Österreich-Ungarn angeregte weitere Änderung, wonach die Beschränkung der Nachnahme auf einen in den Ausführungsbestimmungen vorgesehenen Höchstbetrag wegfällt, entspricht den Wünschen des Handelsstandes und ist für die Eisenbahnen unbedenklich, weil die Nachnahme erst nach Eingang ausbezahlt zu werden braucht. Hierdurch entfällt auch der bisherige § 5 der Ausführungsbestimmungen.

V. Die hier vorgesehenen Erweiterungen des Verfügungsrechts des Absenders (Artikel 15) sind auf dringenden Wunsch des Handelsstandes von Deutschland, wie auch von Österreich-Ungarn und von Belgien beantragt. Sie gelten bereits für den inneren deutschen Verkehr gemäfs Verkehrs-Ordnung § 64 Absatz 9 und Formularanlage F (Anmerkung) in Verbindung mit der Zusatzbestimmung I Absatz 2 des deutschen Gütertarifs Teil I zu dem erwähnten Paragraphen. Vergl. unten zu Artikel 2 Nr. X des Schlufsprotokolls.

VI. Die Änderung in der Fassung des Artikels 26 Absatz 2 sanktioniert die richtige Auslegung der bestehenden Vorschrift in dem Sinne, dafs es zur Aktivlegitimation für den Absender, der das Frachtbriefduplikat nicht beizubringen vermag, der Zustimmung des Empfängers zur Klageerhebung dann nicht bedarf, wenn dieser die Annahme des Gutes verweigert hat.

VII. Von Deutschland und Österreich-Ungarn war zur Vermeidung von Streitigkeiten eine Einschaltung zu Artikel 31 Ziffer 1 beantragt worden, wonach die dort erwähnte Vereinbarung in den Frachtbrief aufgenommen sein mufs. Dies wurde von der Konferenz angenommen und gleichzeitig die Einfügung einer ähnlichen Vorschrift in die Nummern 3 und 6 des Artikels 31 beschlossen.

VIII. Der von Österreich-Ungarn beantragte Zusatz zu Artikel 36, wonach über den darin erwähnten Vorbehalt eine Bescheinigung zu erteilen ist, entspricht der Vorschrift im § 82 Absatz 1 a. E. der Verkehrs-Ordnung.

IX. Entsprechend den Anträgen Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz ist dem Artikel 38 Absatz 2 eine seinem Sinne mehr entsprechende Fassung gegeben.

X. Diese Änderung betrifft lediglich eine Richtigstellung des französischen Ausdrucks délai de transport in délai de livraison im Artikel 40, nach Mafsgabe des deutschen Textes.

XI. Die Erstreckung der im Artikel 44 Ziffer 2 vorgesehenen Frist auf 14 Tage entspricht einem Wunsche der deutschen Verkehrsinteressenten.

XII. Aus demselben Anlasse war von Deutschland zu Artikel 45 eine Bestimmung des Inhalts vorgeschlagen worden, dafs die Verjährung auch durch aufsergerichtliche schriftliche Reklamation unterbrochen wird. Es wurde auch allgemein für billig erachtet, den Ablauf der Verjährung während der Dauer des Reklamationsverfahrens nicht eintreten zu lassen. Indes war die Mehr-

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

heit der Ansicht, dafs diesem Vorgang nur hemmende Wirkung beizumessen sei, was dem praktischen Bedürfnisse genügen dürfte. Die neue Vorschrift ist im Art. 12 auch auf die Verjährung von Frachterstattungsansprüchen anwendbar erklärt.

Zu Artikel 2.

(Änderungen an den Ausführungsbestimmungen.)

I. Zu § 2 der Ausführungsbestimmungen.

Die Änderung im Absatz 1 wegen der Farbe des Eilfrachtbriefes ist auf Antrag Deutschlands und Österreich-Ungarns den Vorschriften der Verkehrs-Ordnung nachgebildet. Vergleiche unten, Nr. VIII Ziffer 1. || Im Absatz 3 ist auf Antrag Frankreichs und der Niederlande die Konformierung des deutschen Textes mit dem französischen in der Art vorgesehen, dafs auch dem Vordruck des Frachtbriefes, sofern er in der Landessprache der Versandstation abgefafst ist, eine Übersetzung ins Deutsche oder ins Französische beigefügt sein mufs. Dies entspricht einem praktischen Bedürfnis und einer schon bisher vielfach beobachteten Übung. || Die neuen Absätze 8 und 9, betreffend die Zulassung gewisser, dem Handelsstande erwünschter nachrichtlicher Vermerke im Frachtbriefe, sind im wesentlichen der Bestimmung im § 52 Absatz 5 der Verkehrs-Ordnung nachgebildet. Vergl. unten, Nr. VIII 5.

II. Die neue Fassung des von Frachtzuschlägen für unrichtige Inhalts- und Gewichtsangaben und für Wagenüberlastungen handelnden § 3 der Ausführungsbestimmungen folgt — im wesentlichen dem deutschen Antrage entsprechend — dem Vorgange der kürzlich revidierten Vorschriften des § 53 Absatz 6, 8 ff. der Verkehrs-Ordnung. Vergl. oben, zu Artikel 1 Nr. II des Schlufsprotokolls.

III und IX. Die auf den Antrag Deutschlands und Österreich-Ungarns beschlossene Ergänzung des § 4 der Ausführungsbestimmungen nebst dem zugehörigen Formular Anlage 3a (sogenannten Generalrevers) entspricht einer im inneren Verkehr längst bestehenden Übung und einem Bedürfnisse auch des internationalen Verkehrs.

IV. Der neue § 5 der Ausführungsbestimmungen befriedigt einen Wunsch des Handelsstandes Österreichs und Ungarns. Er verfolgt den Zweck, die Berichtigung irrig berechneter Frankaturbeträge zu erleichtern. Wegen der damit in Verbindung stehenden Änderung des Frachtbrief-Formulars siehe unten, Nr. VIII Ziffer 4.

V. Die im Sinne der Vorschläge von Deutschland und von Österreich-Ungarn beschlossene neue Fassung des § 9 Absatz 2 und 3, wodurch die Berechnung des Frachtzuschlages bei Deklaration des Interesses an der Lieferung zweckmäfsiger geregelt wird, entspricht einem bei Anwendung der bisherigen Vorschriften hervorgetretenen Bedürfnis.

VI. Die von Frankreich beantragten Änderungen verschiedener Mafs- und Gewichtsausdrücke im französischen Text der Anlage 1 bezwecken, diese Aus-

drücke mit dem bestehenden Sprachgebrauch in Einklang zu bringen und enthalten keine sachliche Änderung.

VII. Betrifft eine durch die bisherige Unstimmigkeit des deutschen und des französischen Textes notwendig gewordene Begriffsbestimmung für den Artikel „Grünkalk" in Anlage 1 Nr. XII.

VIII. Die hier vorgesehenen Änderungen im Formular des Frachtbriefes und des Duplikates entsprechen praktischen Bedürfnissen. Sie betreffen: 1. die Farbe des Eilfrachtbriefes: siehe oben zu Artikel 2 Nr. I Absatz 1 des Schlufsprotokolls, || 2. eine neue Rubrik für das Ladegewicht und die Ladefläche bei Wagenladungen, || 3. eine Anmerkung wegen Verpflichtung des Absenders zur Eintragung der Nummern der von ihm beladenen Wagen, || 4. die Aufnahme der „Note" für die Frachtberechnung auch in den Duplikat-Frachtbrief siehe oben Nr. IV, || 5. die Freilassung eines Raumes für die oben unter I a. E. erwähnten Vermerke.

IX. Siehe oben bei III.

X. Die Änderungen im Formular für nachträgliche Anweisungen sind durch die Erweiterung des im Artikel 15 vorgesehenen Verfügungsrechts (siehe oben zu Artikel 1 Nr. V des Schlufsprotokolls) nötig geworden und mit diesen neuen Bestimmungen von Deutschland und Österreich-Ungarn beantragt.

Zu Artikel 3.

(Änderungen am Protokoll vom 14. Oktober 1890.)

I. Nach der bisherigen Fassung des ersten Absatzes der Ziffer I des Protokolls vom 14. Oktober 1890 sind Sendungen, deren Abgangs- und Endstation im Gebiete desselben Staates liegen, nicht als internationale Transporte im Sinne des Übereinkommens zu betrachten, wenn dieselben auf einer Linie, deren Betrieb einer Verwaltung dieses Staates angehört, das fremde Gebiet transitieren. Alle übrigen, das Gebiet anderer Vertragsstaaten auch nur transitierenden Sendungen sind somit der Herrschaft des internationalen Übereinkommens unterworfen. Letzteres hat zu Unzuträglichkeiten geführt. Nicht selten können nämlich Sendungen zwischen zwei auf demselben Gebiete liegenden Stationen je nach Wahl des Transportweges ausschliefslich im Inlande oder im Transit durch das Ausland befördert werden, und wird in solchen Fällen häufig von den konkurrierenden Bahnen der Verkehr derartig geteilt, dafs er nach vereinbarten Leitungsvorschriften periodisch bald über die eine, bald über die andere Route gelenkt wird. Zu den Vorbedingen derartiger Abmachungen, die unter Umständen ebensosehr im Interesse des Publikums und eines regelmäfsigen und stetigen Verkehrs, als in dem der beteiligten Bahnen liegen, gehört aber, dafs nicht nur die Transportpreise, sondern auch die Transportvorschriften für die verschiedenen Wege gleichgestellt werden. Um letzteres zu ermöglichen, ist — einem von Deutschland gestellten Antrage im wesentlichen entsprechend — ein Zusatz aufgenommen worden, wonach für Transitsendungen nach dem gleichen Staatsgebiete auch dann, wenn die

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

transportierende Verwaltung nicht demselben Staate angehört, wie die Abgangs- und die Bestimmungsstation, die Anwendung des internationalen Übereinkommens wenigstens ausgeschlossen werden kann. Dazu soll es indes eines besonderen Abkommens unter den beteiligten Staaten bedürfen.

II. Durch die beigefügte Ziffer V ist auf den Wunsch von Österreich-Ungarn die richtige Auslegung des Artikels 60 über die Dauer des Übereinkommens ausdrücklich als solche anerkannt.

Zu Artikel 4.

Die hier vorgesehenen Bestimmungen über Dauer, Wirksamkeit und Inkrafttreten des Zusatz-Übereinkommens entsprechen den bisherigen Vorgängen.

Anlage II.

Procès-verbal final

de la Ire conférence de revision de la convention interationale sur le transport de marchandises par chemins de fer.

Les soussignés, Délégués des Gouvernements de l'Allemagne, de l'Autriche de la Belgique, de la France, de la Hongrie, de l'Italie, du Luxembourg, des Pays-Bas, de la Russie et de la Suisse, se sont réunis à Paris le 16 mars 1896, afin d'examiner, aux termes de l'article 59 de la Convention du 14 octobre 1890 sur le transport de marchandises par chemins de fer, les améliorations des modifications jugées nécessaires à ladite Convention. ‖ A la suite des délibérations consignées dans les procès-verbaux des séances, les soussignés ont arrêté le projet de Convention additionnelle ci-après, qu'ils s'engagent à soumettre à l'approbation de leurs Gouvernements respectifs:

Article premier.

La Convention internationale du 14 octobre 1890 est modifiée comme il suit:

I. — Article 6. Il est ajouté à la lettre *l* de l'article 6 un 4e alinéa ainsi conçu: ‖ Si la gare d'expédition a choisi une autre voie, elle doit en aviser l'expéditeur.

II. — Article 7. ‖ Le 4e alinéa aura la teneur suivante: ‖ Les Dispositions réglementaires fixeront la surtaxe qui, en cas de déclaration inexacte du contenu ou d'indication d'un poids inférieur au poids réel, ainsi qu'en cas de surcharge d'un wagon chargé par l'expéditeur, devra être payée aux chemins de fer ayant pris part au transport, sans préjudice, s'il y a lieu, du payement complémentaire de la différence des frais de transport et de toute indemnité pour le dommage qui en résulterait, ainsi que de la peine encourue en vertu des dispositions pénales ou des règlements de police. ‖ Il est en outre ajouté un 5e alinéa ainsi conçu: ‖ La surtaxe n'est pas due: ‖ a) En cas d'indication inexacte du poids, lorsque le pesage par le chemin de fer est obligatoire

d'après les prescriptions en vigueur à la station expéditrice. || b) En cas d'indication inexacte du poids ou de surcharge d'un wagon, lorsque l'expéditeur a demandé dans la lettre de voiture que le pesage soit effectué par le chemin de fer. || c) En cas de surcharge occasionnée, au cours du transport, par des influences atmosphériques, si l'expéditeur prouve qu'il s'est conformé, en chargeant le wagon, aux prescriptions en vigueur à la station expéditrice.

III. — Article 12. Le 4[e] alinéa aura la teneur suivante: || En cas d'application irrégulière du tarif ou d'erreurs de calcul dans la fixation des frais de transport et des frais accessoires, la différence en plus ou en moins devra être remboursée. L'action en rectification est prescrite par un an à partir du jour du payement, lorsqu'il n'est pas intervenu entre les parties une reconnaissance de la dette, une transaction ou un jugement. Les dispositions contenues dans l'article 45, alinéas 3 et 4, sont applicables à la prescription mentionnée ci-dessus. La disposition de l'alinéa 1 de l'article 44 ne s'applique pas dans ce cas.

IV. — Article 13. Le 1[er] alinéa aura la teneur suivante: || L'expéditeur pourra grever la marchandise d'un remboursement jusqu'à concurrence de sa valeur. Le remboursement peut être refusé pour les marchandises dont le prix de transport peut être réclamé d'avance par le chemin de fer (article 12, alinéa 2).

V. — Article 15. Le 1[er] alinéa aura la teneur suivante: || L'expéditeur a seul le droit de disposer de la marchandise, soit en la retirant à la gare de départ, soit en l'arrêtant en cours de route, soit en la faisant délivrer, au lieu de destination, ou en cours de route, ou encore à une station située soit au delà de point de destination, soit sur en embranchement, à une personne autre que celle du destinataire indiquée sur la lettre de voiture. Le chemin de fer peut à son gré, à la demande de l'expéditeur, accepter des dispositions ultérieures tendant à l'établissement, à l'augmentation, à la diminution ou au retrait de remboursements, ou bien à l'affranchissement des envois. Des dispositions ultérieures autres que celles indiquées ci-dessus ne sont pas admises.

VI. — Article 26. Le 2[e] alinéa aura la teneur suivante: || Si le duplicata n'est pas représenté par l'expéditeur, celui-ci ne pourra intenter l'action que si le destinataire l'a autorisé à le faire, à moins qu'il n'apporte la preuve que le destinataire a refusé la marchandise.

VII. — Article 31. Les chiffres 1°, 3° et 6° auront la teneur suivante: 1° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou de conventions passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, sont transportées en wagons découverts, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à ce mode de transport; || 3° De l'avarie survenue aux marchandises qui, en vertu des prescriptions des tarifs ou des conventions spéciales passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, en tant que de telles conventions sont autorisées sur le territoire de l'État

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

où elles sont appliquées, ont été chargées par l'expéditeur ou déchargées par le destinataire, || en tant que l'avarie sera résultée du danger inhérent à l'opération du chargement et du déchargement, ou d'un chargement défectueux:|| 6° De l'avarie survenue aux marchandises et bestiaux dont le transport, aux termes des tarifs ou des conventions passées avec l'expéditeur et mentionnées dans la lettre de voiture, ne s'effectue que sous escorte, || en tant que l'avarie est résultée du danger que l'escorte a pour but d'écarter.

VIII. — Article 36. Le 1er alinéa sera complété par l'adjonction suivante: Il sera donné acte par écrit de cette réserve.

IX. — Article 38. Dans le 2e alinéa du texte français, les mots „que l'expéditeur aura à payer“ seront remplacés par les mots „qui devra être payée“.

X. — Article 40. Les mots „délai de transport“ seront, dans le texte français, remplacés partout par les mots „délai de livraison“.

XI. — Article 44. Le mot „sept“ qui figure au chiffre 2 sera remplacé par le mot „quatorze“.

XII. — Article 45. Cet article sera complété par l'adjonction d'un 4e alinéa ainsi conçu: || En cas de réclamation écrite, adressée au chemin de fer par l'ayant droit, la prescription cesse de courir tant que la réclamation est en suspens. Si la réclamation est repoussée, la prescription reprend son cours à partir du jour où le chemin de fer a notifié par écrit sa réponse au réclamant et restitué les pièces justificatives qui auraient été jointes à la réclamation. La preuve de la réception de la réclamation ou de la réponse et celle de la restitution des pièces sont à la charge de celui qui invoque ce fait. Les réclamations ultérieures adressées au chemin de fer ou aux autorités supérieures ne suspendent pas la prescription.

Article 2.

Les Dispositions réglementaires de la Convention du 14 octobre 1890 et leurs annexes sont modifiées comme il suit:

I. — Paragraphe 2. || Le 1er alinéa aura la teneur suivante: || Sont obligatoires pour les lettres de voiture internationales les formulaires prescrits par l'annexe 2. Ces formulaires doivent être imprimés pour la petite vitesse sur papier blanc, pour la grande vitesse sur papier blanc avec une bande rouge au bord supérieur et au bord inférier, au recto et au verso. Les lettres de voiture seront certifiées conformes aux prescriptions de la présente Convention par l'apposition du timbre d'un chemin de fer ou d'un groupe de chemins de fer du pays expéditeur. || Au 3e alinéa, les mots „der geschriebenen Worte“ qui figurent dans le texte allemand seront supprimés. || Il est ajouté un 8e et un 9e alinéa ainsi conçus: || Il est permis d'insérer dans la lettre de voiture, mais à titre de simple information et sans qu'il en résulte ni obligation, ni responsabilité pour le chemin de fer, les mentions suivantes: || „Envoi de N. N.“ || „Par ordre de N. N.“ || „A la disposition de N. N.“ || „Pour

être réexpédié à N. N.“ || „Assuré auprès de N. N.“ || Ces mentions ne peuvent s'appliquer qu'à l'ensemble de l'expédition et doivent être insérées au bas du verso de la lettre de voiture.

II. — Paragraphe 3. Ce paragraphe aura la teneur suivante: || Lorsque des marchandises désignées au paragraphe 1er (alinéa 4) et dans l'annexe 1 auront été remises au transport avec une déclaration inexacte ou incomplète, ou que les prescriptions de sûreté indiquées dans l'annexe 1 n'auront pas été observées, la surtaxe sera de 15 francs par kilogramme du poids brut du colis entier. || Dans tous les autres cas, la surtaxe prévue par l'article 7 de la Convention pour déclaration inexacte du contenue d'une expédition sera de 1 franc par lettre de voiture lorsque cette déclaration ne sera pas de nature à entraîner une réduction du prix de transport; sinon, elle sera du double de la différence entre le prix de transport du contenu déclaré et celui du contenu constaté, calculé du point d'expédition au point de destination, et en tout cas elle sera au minimum de 1 franc. || En cas d'indication d'un poids inférieur au poids réel d'une expédition, la surtaxe sera le double de la différence entre le prix de transport du poids déclaré et celui du poids constaté, depuis le point d'expédition jusqu'au point de destination. || En cas de surcharge d'un wagon chargé par l'expéditeur, la surtaxe sera de 6 fois le prix de transport du poids dépassant la charge permise, du point d'expédition au point de destination. Lorsqu'il y aura en même temps indication d'un poids inférieur au poids réel et surcharge, la surtaxe pour indication d'un poids inférieur au poids réel et la turtaxe afférente à la surcharge seront perçues cumulativement. || La surtaxe pour surcharge (alinéa 4) est perçue: || a) En cas d'emploi de wagons qui ne portent qu'une seule inscription indiquant le poids du chargement qu'ils peuvent recevoir, lorsque le poids normal de chargement ou la capacité de chargement indiqués est dépassé du plus de 5 p. 100 lors du chargement. || b) En cas d'emploi de wagons portant deux inscriptions dont l'une se rapporte au poids normal de chargement (Ladegewicht), et l'autre au poids maximum de chargement (Tragfähigkeit), lorsque la surcharge dépasse d'une manière quelconque le poids maximum de chargement.

III. — Paragraphe 4. Ce paragraphe sera complété par un 2e alinéa ainsi conçu: || Lorsqu'un expéditeur a l'habitude d'expédier, à la même station, des marchandises de même nature nécessitant un emballage et que ces marchandises sont remises sans emballage ou avec un emballage présentant toujours les mêmes défauts, il peut, à la place de la déclaration spéciale à chaque expédition, se servir, une fois pour toutes, du formulaire de déclaration générale prévu à l'annexe 3a. Dans ce cas, la lettre de voiture doit contenir, en sus de la reconnaissance prévue à l'alinéa 2 de l'article 9, la mention de la déclaration générale remise à la station expéditrice.

IV. — Paragraphe 5. Le paragraphe 5 des Dispositions réglementaires se rapportant à l'article 13 de la Convention est supprimé; il est remplacé par un nouveau paragraphe 5 visant l'article 12 de ladite Convention et ainsi

Nr. 11666. Vertrags-staaten. 16. Juni 1898.

conçu: || La station expéditrice devra spécifier, dans le duplicata de la lettre de voiture, les frais perçus en port payé inscrits par elle dans la lettre de voiture. || La production du duplicata de la lettre de voiture suffit pour introduire la réclamation prévue à l'article 12 alinéa 4, de la Convention, lorsque les frais de transport ont été liquidés au moment de la remise de la marchandise au transport.

V. — Paragraphe 9. Les alinéas 2 et 3 auront la teneur suivante: Dans ce cas, il est permis de percevoir une taxe supplémentaire calculée par fraction indivisible de 10 francs et de 10 kilomètres, qui ne pourra pas dépasser 0 fr. 025 par 1000 francs et par kilomètre, sur le montant réel de la somme déclarée. || Le minimum de la perception est fixé à 0 fr. 50 pour le parcours total.

VI. — Annexe 1 des Dispositions réglementaires. Le texte français recevra les modifications suivantes:

N° I. Remplacer 0,06 mètre cube par 0 mètre cube, 060 décimètres cubes.
N° III. „ 1,2 mètre cube par 1 mètre cube, 200 décimètres cubes.
N° VIII. „ 1,55 litre par 1 litre, 55 centilitres.
„ 15,50 litres par 15 litres, 50 centilitres.
N° X. „ 0,825 litre par 0 litre, 825 millilitres.
N° XXXVI. „ 0,015 mètre par 0 mètre, 015 millimètres.
N° XXXVIII. „ 2,5 kilogrammes par 2 kilogrammes, 500 grammes.
1,2 mètre cube par 1 mètre cube, 200 décimètres cubes.
N° XLII. „ 1,2 mètre cube par 1 mètre cube, 200 décimètres cubes.
N° XLIII. „ 0,5 gramme par 0 gramme, 50 centigrammes.
0,5 mètre cube par 0 mètre cube, 500 décimètres cubes.
N° XLIV. „ 1,34 litre par 1 litre, 34 centilitres.
13,40 litres par 13 litres, 40 centrilitres.
1,86 litre par 1 litre, 86 centilitres.
0,9 litre par 0 litre, 90 centilitres.
0,8 litre par 0 litre, 80 centilitres.

VII. — Annexe 1. Le chiffre XII est modifié comme il suit: || La chaux d'épuraton du gaz (chaux verte) n'est transportée que dans des wagons découverts.

VIII. — Annexe 2. Outre la modification visée par l'alinéa 1er du paragraphe 2 des Dispositions réglementaires (chiffre I ci-dessus), le formulaire de la lettre de voiture et du duplicata est modifié comme il suit: || 1° Une première rubrique sera introduite pour indiquer la capacité de chargement ou, le cas échéant, la surface de plancher du wagon employé pour le transport, lorsqu'il s'agit d'expéditions par wagons complets. || 2° Il sera inséré un nota d'aprés lequel l'expéditeur aura à inscrire dans la lettre de voiture les numéros des wagons chargés par ses soins.

3° Le verso du duplicata recevra une partie imprimée identique au verso de la lettre de voiture. || En conséquence, l'annexe 2 des Dispositions régle-

mentaires est remplacée par la nouvelle annexe 2 ci-jointe. ‖ Il est imparti un délai d'une année, à dater de l'entrée en vigueur des présentes dispositions, pendant lequel les lettres de voiture et les duplicatas conformes au modèle de 1890 pourront encore être employés dans le trafic international. Ce délai expiré, les lettres et duplicatas établis d'après le nouveau formulaire seront seuls admis.

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

IX. — Il sera ajouté au paragraphe 4 des Dispositions réglementaires une annexe 3a ainsi conçue:

Annexe 3a.

Déclaration générale.

Le bureau de marchandises du chemin de fer . . . . à . . . . sur ma (notre) demande, accepte au transport toutes les marchandises ci-après désignées, qui à partir de ce jour lui seront remises par moi (nous) dans ce but, savoir:

. . . .

Je (nous) reconnais (sons) formellement par la présente que ces marchandises ont été remises au transport
sans emballage*)
avec un emballage déféctueux notamment*):

. . . .

en tant qu'il aura été fait mention de cette déclaration générale dans la lettre de voiture respective.

. . . . le . . . . 18 . . . .

X. — Annexe 4. Cette annexe est modifiée ainsi qu'il est indiqué ci-après:

Annexe 4.

Disposition ultérieure.

. . . . le . . . . 18 . . . .

La gare de . . . . du chemin de fer de . . . . est priée de ne pas livrer au destinataire M . . . . à . . . . , . . . désigné dans la lettre de voiture du . . . . 18 . . . . l'expédition ci-après spécifiée:

Marques et Numéros	Nombre	Nature de l'emballage	Désignation de la marchandise	Poids en kilogr.

mais de

*) On rayera, selon le conditionnement de la marchandise, les mots „sans emballage" ou „avec un emballage défectueux notamment".

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

1° La faire retourner à mon adresse.

2° L'envoyer à M . . . . à . . . . station du chemin de fer de . . . .

3° Livrer seulement contre payement du montant du remboursement, soit ══════════ (En toutes lettres.)

4° Ne pas livrer contre payement du remboursement indiqué dans la lettre de voiture, mais d'un remboursement de ══════════ (En toutes lettres.)

5° Livrer sans recouvrer le montant du remboursement.

6° Livrer franco.

(Signature.)

Observation. — On rayera la disposition qui ne convient pas à chaque cas particulier.

Article 3.

Le Protocole du 14 octobre 1890 est modifié comme il suit:

I. Le 1er alinéa du 1° sera complété par l'addition suivante: || Si les lignes intermédiaires de transit ne sont pas exploitées par une administration de cet État, les Gouvernements intéressés peuvent néanmoins convenir, par des arrangements particuliers, de ne pas considérer comme internationaux les transports dont il s'agit.

II. Il est ajouté un alinéa 5° de la teneur suivante: || Au sujet de l'article 60, il est entendu que la Convention internationale engage chaque État contractant pour une durée de trois ans à partir du jour de son entrée en vigueur et pour de nouvelles périodes successives de trois années, tant qu'un État n'aura pas annoncé aux autres États, un an au plus tard avant l'expiration de l'une de ces périodes, son intention de se retirer de la Convention.

Article 4.

La présente Convention additionnelle aura la même durée et vigueur que la Convention du 14 octobre 1890 dont elle devient partie intégrante. Elle sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu aussitôt que faire se pourra, dans la forme adoptée pour la Convention elle-même et les actes additonnels à ladite Convention. Elle entrera en vigueur trois mois après cet échange.

Les soussignés expriment le vœu qu'une édition de la Convention du 14 octobre 1890, telle qu'elle est complétée par le projet de Convention additionelle ci-dessus, ainsi que par la Déclaration du 20 septembre 1893 et par l'Arrangement du 16 juillet 1895, soit imprimée par les soins de l'Office central, aussitôt que ces trois derniers actes auront été ratifiés par tous les États contractants.

En foi de quoi, les Délégués soussignés ont arrêté le présent procès-verbal final dont un exemplaire, certifié conforme, sera remis à chacun des Gouvernements représentés.

Fait à Paris, le 2 avril 1896.

(Unterschriften.)

Anlage III.

Übersicht der Abweichungen des Zusatzübereinkommens vom 16. Juni 1898 von dem Entwurf im Schlufsprotokoll der Pariser Konferenz vom 2. April 1896.

Nr. 11666. Vertragsstaaten. 16. Juni 1898.

1. Im Artikel 1 Ziffer VII ist im französischen Texte zu Artikel 31 Ziffer 3 hinter den Worten „de conventions“ das Wort „spéciales“ dem deutschen Texte entsprechend gestrichen worden.

2. Artikel 1 Ziffer IX lautet nunmehr im deutschen Texte: Artikel 38. Im Absatz 2 werden die Worte: „welchen der Absender zu zahlen hat“ ersetzt durch die Worte: „welcher zu zahlen ist.“ Im französischen Texte sind die Worte: „du texte français“ gestrichen. Dies entspricht dem Beschlusse des Bundesrats vom 4. März 1897.

3. Im Artikel 2 Ziffer II ist zur neuen Fassung des § 3 der Ausführungsbestimmungen im deutschen Texte der Ausdruck „§ 1 Absatz 4“ berichtigt in § 1 Ziffer 4“, und im französischen Texte dementsprechend die Worte „au paragraphe 1er (alinéa 4)“ in „au 4° du paragraphe 1er“ abgeändert.

4. Im Artikel 2 Ziffer VI beider Texte des Zusatzübereinkommens sind verschiedene rein formelle Änderungen am französischen Texte der Ausführungsbestimmungen vorgenommen, die teils durch den französischen Sprachgebrauch bedingt sind, teils die Berichtigung von Druckfehlern enthalten.

Im Artikel 2 Ziffer VII ist in beiden Texten ein zweiter Absatz eingeschaltet worden, wodurch ein Fehler im französischen Texte des ersten Absatzes von Ziffer 3 der Nr. XXVII der Anlage 1, dem deutschen Text entsprechend, dahin verbessert wird, dafs das vor den Schlufsworten „fermés hermétiquement“ bisher beigefügte Wort „non“ weggelassen ist.

6. Im Artikel 4 ist, den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend, im deutschen Text anstatt des zweimal vorkommenden Wortes „Austausch“ gesetzt worden „Niederlegung“, und im französischen Texte statt der Ausdrücke „l’échange“ und „cet échange“ die Worte „le dépôt“ und „ce dépôt“.

Nr. 11667. DEUTSCHES REICH und NIEDERLANDE. — Übereinkunft zwischen Deutschland und den Niederlanden, betreffend die Ausdehnung der über die gegenseitige Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Ärzte, Wundärzte und Hebammen zur Ausübung der Praxis unter dem 11. Dezember 1873 getroffenen Übereinkunft auf die Tierärzte. Vom 23. Februar 1898.

Sa Majesté l’Empereur d’Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l’Empire Allemand, d’une part, et Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, et en Son nom la Reine-Régente du Royaume des Pays-Bas, d’autre part, ayant jugé utile d’autoriser réciproquement à l’exercice de leur art les vétérinaires résidant

Nr. 11667. Deutsches Reich u. Niederlande. 23. Feb. 1898.

Nr. 11667. Deutsches Reich u. Niederlande. 23. Feb. 1898.

dans les communes limitrophes, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont nommé dans ce but pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Monsieur le Baron François Egon de Brincken, Conseiller intime actuel, chevalier de l'ordre de l'Aigle Rouge, première Classe etc., etc., etc., Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Cour Royale des Pays-Bas; || Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume des Pays-Bas: || Monsieur Guillaume Henri de Beaufort, chevalier de l'ordre du Lion Néerlandais etc., etc., etc., Ministre des Affaires Etrangères; || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Les vétérinaires allemands établis dans les communes allemandes limitrophes des Pays-Bas, et les vétérinaires néerlandais établis dans les communes néerlandaises limitrophes de l'Allemagne jouiront en ce qui concerne l'exercice de leur art — y compris, dans le cas où aucun pharmacien ne serait établi dans la commune, la préparation et la délivrance de médicaments destinés au bétail soumis à leur traitement —, des avantages stipulés par la convention, conclue le 11 décembre 1873 entre l'Allemagne et les Pays-Bas, sous les conditions énoncées aux articles 3 et 4 de ladite convention.

Article 2.

Sont exclus du bénéfice de l'article précédent: dans les Pays-Bas, les vétérinaires allemands, qui ne possèdent pas un diplôme délivré en conformité des dispositions du § 29 de la „Reichs-Gewerbeordnung" et des ordonnances réglementaires concernant l'exercice de l'art vétérinaire, et en Allemagne, les vétérinaires néerlandais qui ne jouissent de la faculté d'exercer l'art vétérinaire, qu'en vertu des articles 15 et 16 de la loi néerlandaise du 8 juillet 1874, modifiée par celles du 4 avril 1875 et du 15 avril 1886.

Article 3.

Les vétérinaires allemands, qui feraient usage de l'autorisation accordée par cette convention, seront exempts dans les Pays-Bas de toute contribution directe, qui pourrait leur être imposée en vue de l'exercice de leur art dans les communes limitrophes ou des revenus, qui en proviennent. || Les vétérinaires néerlandais seront, sous les mêmes conditions, exempts en Allemagne de toute contribution analogue.

Article 4.

La présente Convention sera ratifiée et l'échange des ratifications se fera à la Haye, le plus tôt possible. || Elle entrera en vigueur six semaines après l'échange des ratifications et aura la même durée que la Convention du

11. décembre 1873 à laquelle elle se rapporte. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Nr. 11667 Deutsches Reich u. Niederlande. 23. Feb. 1898.

Fait, en double, à la Haye le 23 février 1898.

(L. S.) Brincken. (L. S.) W. H. de Beaufort.

Denkschrift,
dem Deutschen Reichstage bei Einbringung des vorstehenden Vertrages vorgelegt. 9. Dezember 1898.

In dem mit den Niederlanden wegen gegenseitiger Zulassung von Medizinalpersonen zur Praxis in den Grenzgemeinden abgeschlossenen Übereinkommen vom 11. Dezember 1873 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 99) haben die Tierärzte keine Erwähnung gefunden. Nachdem inzwischen in den Niederlanden gesetzliche Bestimmungen über die Erlangung des Tierarztdiploms erlassen worden sind, erschien es zweckmäfsig, einer Anregung der niederländischen Regierung entsprechend, die bezeichnete Übereinkunft auf die beiderseitigen approbierten Tierärzte zu erstrecken. Demzufolge ist die vorliegende Übereinkunft abgeschlossen worden, zu der im einzelnen folgendes zu bemerken ist:

Durch die im Artikel 2 bezüglich der niederländischen Tierärzte enthaltene Bestimmung wird die Übereinkunft auf solche niederländischen Tierärzte beschränkt, welche das Diplom als „Veearts" besitzen.

Zu Artikel 3 Absatz 2 ist zu erwähnen, dafs eine besondere Besteuerung der tierärztlichen Praxis als solcher in Preufsen nicht stattfindet.

Von dem Erfordernis einer jährlichen gegenseitigen Mitteilung eines Verzeichnisses der betreffenden Tierärzte (Artikel 6 der Übereinkunft vom 11. Dezember 1873) konnte abgesehen werden.

Nr. 11668. ÖSTERREICH-UNGARN und JAPAN. — Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Wien, 5. Dezember 1897.

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

Sa Majesté l'Empereur du Japon et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc. et Roi Apostolique de Hongrie, animés d'un égal désir de maintenir les bons rapports déjà heureusement établis entre Eux en étendant et en augmentant les relations entre leurs Etats respectifs, et persuadés que ce but ne saurait être mieux atteint que par la révision du Traité jusqu'ici en vigueur entre leurs Pays ont résolu de procéder à cette révision sur les bases de l'équité et de l'intérêt mutuels et ont nommé à cet effet, pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon: || Le Sieur Takahira Kogoro, Shoshii, 2ème classe de l'Ordre Impérial du Soleil levant, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Vienne, || et || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc. et Roi Apostolique de Hongrie: || Le Sieur Agenor Goluchowski de Goluchowo, Son Conseiller intime

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

actuel, Chambellan, Ministre de la Maison Impériale et Royale et des affaires étrangères, Chevalier de l'Ordre de la Toison d'Or et Chevalier de 1ère classe de l'Ordre Impérial de la Couronne de fer, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont conclu le présent Traité de commerce et de navigation.

Article I.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes auront toute liberté d'entrer, de voyager ou de résider en un lieu quelconque des territoires de l'autre, et y jouiront d'une pleine et entière protection pour leurs personnes et leurs propriétés. || Ils auront un libre et facile accès auprès des tribunaux de justice tant pour réclamer que pour défendre leurs droits; ils seront, sur le même pied que les nationaux, libres de choisir et d'employer des avoués, avocats et mandataires afin de poursuivre et de défendre leurs droits devant ces tribunaux. Quant aux autres matières qui se rapportent à l'administration de la justice, ils jouiront de tous les droits et privilèges dont jouissent les nationaux. || Pour tout ce qui concerne le droit de résider et de voyager, de posséder des biens et effets mobiliers quelconques, de disposer de quelque manière que ce soit des biens de toutes sortes qu'ils peuvent légalement acquérir, et transmettre par succession, par testament ou autre manière, les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, dans les territoires de l'autre, des mêmes privilèges, libertés et droits que les nationaux ou les sujets de la nation la plus favorisée sans pouvoir être tenus à acquitter des impôts ou taxes autres ou plus élevés. Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, dans les territoires de l'autre, d'une entière liberté de conscience et pourront, en se conformant aux lois, ordonnances et règlements du pays, se livrer à l'exercice privé ou public de leur culte; ils jouiront aussi du droit d'inhumer leurs nationaux respectifs, suivant leurs coutumes religieuses, dans des lieux convenables et appropriés qui seront établis et entretenus à cet effet. || Ils ne seront contraints, sous aucun prétexte, à subir des charges ou à payer des taxes autres ou plus élevées que celles qui sont ou seront perçues sur les nationaux ou les sujets de la nation la plus favorisée.

Article II.

Les sujets de chacune des Parties contractantes qui résident dans les territoires de l'autre, ne seront astreints à aucun service militaire obligatoire, soit dans l'armée ou la marine, soit dans la garde nationale ou la milice; ils seront exempts de toutes contributions imposées en lieu et place du service personnel, et de tous emprunts forcés, de toutes exactions ou de contributions militaires. || Sont toutefois exceptées les charges qui sont attachées à la possession d'un bien-fonds, ainsi que les prestations et réquisitions militaires auxquelles tous les nationaux peuvent être appelés à se soumettre comme propriétaires, fermiers ou locataires d'immeubles en tant que la possession d'un bien-fonds ou d'immeubles sera permise.

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897

Article III.

Il y aura réciproquement pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre les territoires des Hautes Parties contractantes. || Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes pourront, en quelque lieu que ce soit des territoires de l'autre, faire le commerce tant en gros qu'en détail de tous produits, objets fabriqués, tous articles de commerce licite, soit en personne, soit par leurs agents, seuls ou en entrant en société avec des étrangers ou avec des nationaux; ils pourront y posséder, louer et occuper des maisons et boutiques, des fabriques, des magasins, louer des terres à l'effet d'y résider ou d'y exercer une industrie ou faire le commerce, le tout en se conformant comme les nationaux eux-mêmes aux lois, aux règlements de police et de douane du pays. || Ils auront pleine liberté d'entrer avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les ports et rivières de leurs territoires respectifs, qui sont ou pourront être ouverts au commerce extérieur, et jouiront, en matière de commerce, d'industrie et de navigation, du même traitement que les nationaux ou les sujets de la nation la plus favorisée, sans avoir à payer aucun impôt, taxe ou droit de quelque nature ou de quelque dénomination que ce soit, perçu au nom ou au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou établissements quelconques, autres ou plus élevés que ceux imposés aux nationaux ou aux sujets de la nation la plus favorisée; le tout en se conformant aux lois, ordonnances et règlements des pays respectifs.

Article IV.

Les habitations, fabriques, magasins et boutiques des sujets de chacune des Hautes Parties contractantes dans les territoires de l'autre, ainsi que leurs dépendances, servant soit à la demeure, soit à l'industrie ou au commerce, seront respectés. || Il ne sera point permis d'y procéder à des perquisitions ou visites domiciliaires non plus que d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois, ordonnances et règlements applicables aux nationaux ou aux sujets de la nation la plus favorisée.

Article V.

Il ne sera imposé à l'importation dans la Monarchie austro-hongroise de tous articles produits ou fabriqués dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de quelque endroit qu'ils viennent, et à l'importation dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de tous articles produits ou fabriqués dans la Monarchie austro-hongroise de quelque endroit qu'ils viennent, aucun droit autre ou plus élevé que celui imposé aux articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays étranger. || De même, aucune prohibition d'importation ne sera établie dans les territoires de l'une des Hautes Parties contractantes sur un article quelconque produit ou fabriqué dans les territoires de l'autre, de quelque endroit qu'il vienne, à moins que cette prohibition ne soit appliquée en même temps à l'importation des articles similaires

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

produits ou fabriqués dans tout autre pays. Cette dernière disposition n'est pas applicable aux prohibitions sanitaires ou autres provenant de la nécessité de protéger la sécurité des personnes, ainsi que la conversation du bétail et des plantes utiles à l'agriculture.

Article VI.

Il ne sera imposé dans les territoires de chacune des Hautes Parties contractantes, à l'exportation d'un article quelconque à destination des territoires de l'autre, aucun droit ou charge autre ou plus élevé que ceux qui sont ou seront payables à l'exportation des articles similaires à destination d'un autre pays étranger quel qu'il soit; de même, aucune prohibition ne sera imposée à l'exportation d'aucun article des territoires de l'une des Parties contractantes à destination des territoires de l'autre sans que cette prohibition soit également étendue à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays.

Article VII.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront dans les territoires de l'autre, de l'exemption de tous droits de transit, et d'une parfaite égalité de traitement avec les nationaux pour tout ce qui concerne le magasinage, les primes, les facilités et les drawbacks.

Article VIII.

Les objets passibles d'un droit d'entrée qui sont importés comme échantillons par des marchands, des industriels ou des commis-voyageurs seront, de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie à la condition que ces objets soient réexportés, sans avoir été vendus, dans le délai fixé par les lois du pays respectif et sous réserve de l'accomplissement des formalités de douane pour en assurer la réexportation ou la réintégration en entrepôt. La réexportation des échantillons devra être garantie dans les territoires des Hautes Parties contractantes immédiatement au premier lieu d'entrée soit par dépôt du montant des droits de douane respectifs soit par cautionnement. || Seront de même exempts de part et d'autre des droits d'entrée, les cartes d'échantillons, les échantillons en morceaux coupés de la pièce ou les échantillons représentant les marchandises en tant qu'ils ne peuvent servir à aucun autre usage, même lorsqu'ils seront importés d'une manière autre que celle prévue dans l'alinéa précédent.

Article IX.

S'il est prélevé dans les territoires de l'une des Hautes Parties contractantes dans le pays entier ou dans une circonscription restreinte un droit interne, soit pour le compte de l'Etat, soit pour celui d'une commune ou d'une corporation, de la production, de la fabrication ou de la consommation d'un article, l'article similaire qui serait importé des territoires de l'autre Partie

contractante ne pourra, dans ce pays ou dans cette circonscription être grevé que du droit égal et non d'un droit plus élevé, ni plus onéreux. || Il ne pourra être prélevé des droits internes quelconques dans le cas où les articles de même nature ne seraient pas produits ou fabriqués ou ne seraient pas frappés des mêmes droits dans ce pays ou dans cette circonscription.

Article X.

Tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports du territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon sur des navires japonais pourront, de même, être importés dans ces ports sur des navires autrichiens ou hongrois; dans ce cas, ces articles n'auront à payer aucun droit ou charge, de quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires japonais. Réciproquement, tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports autrichiens ou hongrois sur des navires autrichiens ou hongrois pourront, de même, être importés dans ces ports sur des navires japonais; dans ce cas, ces articles n'auront à payer aucun droit ou charge de quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires autrichiens ou hongrois. Cette égalité réciproque de traitement sera accordée indistinctement, soit que ces articles viennent directement des pays d'origine, soit qu'ils viennent de tout autre lieu. || De même, il y aura parfaite égalité de traitement relativement à l'exportation; ainsi, les mêmes droits d'exportation seront payés, et les mêmes primes et drawbacks seront accordés, dans les territoires de chacune des Hautes Parties contractantes, sur l'exportation de tout article qui est ou pourra être légalement exporté, que cette exportation ait lieu sur des navires japonais ou sur des navires autrichiens ou hongrois et quel que soit le lieu de destination, qu'il soit un des ports de chacune des Hautes Parties contractantes ou un des ports d'une Puissance tierce.

Article XI.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine ou autres droits similaires ou analogues, de quelque nature ou sous quelque dénomination que ce soit, levés au nom ou au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers, de corporations ou d'établissements quelconques qui ne seraient également et sous les mêmes conditions en pareil cas sur les navires nationaux ou sur les navires de la nation la plus favorisée, ne seront imposés dans les ports des territoires de chacune des Hautes Parties contractantes, sur les navires de l'autre. Cette égalité de traitement sera appliquée réciproquement aux navires respectifs de quelque endroit qu'ils arrivent et quel que soit le lieu de destination.

Article XII.

En ce qui concerne le placement des navires, leur chargement, leur déchargement dans les ports, bassins, docks, rades, havres ou rivières des

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

territoires des Hautes Parties contractantes, il ne sera accordé aux navires nationaux aucun privilège ni aucune faveur qui ne le soit également aux navires de l'autre Partie, la volonté des Hautes Parties contractantes étant que, sous ce rapport aussi, les navires respectifs soient traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Article XIII.

Il est fait exception aux dispositions du présent Traité pour le cabotage dans les territoires de l'une ou de l'autre des Hautes Parties contractantes, dont le régime reste soumis aux lois, ordonnances et règlements des pays respectifs. Il est entendu toutefois que les sujets japonais dans la Monarchie austro-hongroise, et les sujets autrichiens ou hongrois dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon jouiront, pour tout ce qui concerne le cabotage, des droits et privilèges qui sont ou seront accordés par ces mêmes lois, ordonnances et règlements aux sujets de tout autre pays. || Tout navire japonais chargé à l'étranger d'une cargaison destinée en tout ou en partie à deux ou plusieurs ports de l'Autriche ou de la Hongrie et tout navire autrichien ou hongrois chargé à l'étranger d'une cargaison destinée en tout ou en partie à deux ou plusieurs ports du territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon pourra, en se conformant aux lois et aux réglements de douane du pays, décharger une partie de sa cargaison dans un port, et continuer son voyage pour l'autre ou les autres ports de destination où le commerce étranger est admis, dans le but d'y décharger une autre partie ou le reste de sa cargaison d'origine. || Le Gouvernement japonais concède en outre aux navires autrichiens et hongrois de continuer, comme par le passé, et pour toute la durée du présent Traité à transporter des cargaisons entre les ports ouverts de l'Empire, à l'exception des ports d'Osaka, de Niigata et d'Ebisu-Minato.

Article XIV.

Tout vaisseau de guerre ou navire de commerce de l'une ou de l'autre des Hautes Parties contractantes qui serait forcé par le mauvais temps ou pour toute autre raison de se réfugier dans un port de l'autre, aura la liberté de s'y faire réparer, de s'y pourvoir de tous le approvisionnements dont il aura besoin et de reprendre la mer sans payer d'autres taxes que celles qui seraient acquittées en pareille circonstance par les navires nationaux. Dans le cas cependant où le capitaine d'un navire de commerce se trouverait dans la nécessité de vendre une partie de sa cargaison pour payer les frais, il sera obligé de se conformer aux réglements et tarifs du lieu où il aurait relâché. || S'il arrive qu'un vaisseau de guerre ou un navire de commerce de l'une des Hautes Parties contractantes échoue ou fasse naufrage sur les côtes de l'autre, les autorités locales en informeront sans retard le Consul-Général, le Consul, le Vice-Consul ou l'Agent consulaire le plus voisin. || Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires japonais naufragés ou échoués dans le eaux territoriales de l'Autriche ou de la Hongrie auront lieu conformément aux lois,

ordonnances et réglements de l'Autriche et de la Hongrie et, réciproquement, toutes les mesures de sauvetage relatives aux navires autrichiens ou hongrois naufragés ou échoués dans les eaux territoriales de Sa Majesté l'Empereur du Japon, auront lieu conformément aux lois, ordonnances et réglements du Japon. || Tous navires ou vaisseaux ainsi échoués ou naufragés, tous débris et accessoires, toutes fournitures leur appartenant, et tous effets et marchandises sauvés des dits navires ou vaisseaux, y compris ceux qui auraient été jetés à la mer ou les produits des dits objets, s'ils sont vendus, ainsi que tous papiers trouvés à bord de ces navires ou vaisseaux échoués ou naufragés, seront remis aux propriétaires ou à leurs représentants quand ils les réclameront. Dans le cas où ces propriétaires ou représentants ne se trouveraient pas sur les lieux, les dits produits ou objets seront remis aux Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents consulaires respectifs, sur leur réclamation, dans le délai fixé par les lois du pays, et ces officiers consulaires, propriétaires ou représentants payeront seulement les dépenses occasionnées pour la conservation des dits objets ainsi que les frais de sauvetage ou autres dépenses auxquels seraient soumis, en cas de naufrage, les navires nationaux. || Les effets et marchandises sauvés du naufrage seront exempts de tous droits de douane, à moins qu'ils n'entrent dans la consommation intérieure, auquel cas ils payeront les droits ordinaires. || Dans le cas où un navire appartenant aux sujets d'une des Hautes Parties contractantes ferait naufrage ou échouerait sur les territoires de l'autre, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents consulaires respectifs seront autorisés, en l'absence du propriétaire, capitaine ou autre représentant du propriétaire, à prêter leur appui officiel pour procurer toute l'assistance nécessaire aux sujets des Etats respectifs. Il en sera de même dans le cas où le propriétaire, capitaine ou autre représentant serait présent, et demanderait une telle assistance.

Article XV.

Tous les navires qui, conformément aux lois japonaises, sont considérés comme navires japonais et tous les navires qui, conformément aux lois autrichiennes ou hongroises sont considérés comme navires autrichiens ou hongrois seront respectivement considérés comme navires japonais et autrichiens ou hongrois pour l'application du présent Traité.

Article XVI.

Si un marin déserte d'un vaisseau de guerre ou d'un navire de commerce appartenant à l'une ou à l'autre des Hautes Parties contractantes sur les territoires le l'autre, les autorités locales seront tenues de prêter toute assistance en leur pouvoir pour l'arrestation et la remise de ce déserteur, sur la demande qui leur sera adressée par le Consul du pays auquel appartient le navire ou vaisseau du déserteur ou par le représentant du dit Consul. || Il est entendu que cette stipulation ne s'appliquera pas aux sujets du pays où la désertion a eu lieu.

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

Article XVII.

Les Hautes Parties contractantes conviennent que, dans toutes les matières relatives au commerce et à la navigation, tout privilège, faveur ou immunité quelconque que l'une d'Elles a déjà accordés ou accorderait à l'avenir au Gouvernement, aux navires ou aux sujets de tout autre Etat, seront étendus immédiatement et sans condition à l'autre Partie contractante, leur intention étant que, pour ce qui concerne le commerce et la navigation, les Hautes Parties contractantes jouissent, sous tous les rapports, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article XVIII.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, sur les territoires de l'autre, de la même protection que les nationaux relativement aux patentes, aux dessins et modèles, aux marques de fabrique ou de commerce, aux raisons sociales et aux noms, en remplissant les formalités prescrites par la loi.

Article XIX.

Chacune des Hautes Parties contractantes pourra nommer des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro Consuls et Agents consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre Partie, sauf dans les localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels officiers consulaires. || Cette exception ne sera cependant pas faite à l'égard de l'une des Parties contractantes, sans l'être également à l'égard de toutes les autres Puissances. || Les Consul-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls et Agents consulaires exerceront toutes leurs fonctions et jouiront de tous les privilèges, exemptions et immunités qui sont ou seront accordés aux officiers consulaires de la nation la plus favorisée.

Article XX.

Les Hautes Parties contractantes sont convenues de ce qui suit. || Les divers quartiers étrangers qui existent au Japon seront incorporés aux communes respectives japonaises et feront dès lors partie du système municipal du Japon. || Les autorités japonaises compétentes assumeront en conséquence toutes les obligations municipales qui résultent de ce nouvel état de choses et les fonds et biens municipaux qui pourraient appartenir à ces quartiers seront, de plein droit, transférés aux dites autorités japonaises. || Lorsque les changements ci-dessus indiqués auront été effectués, les baux à perpétuité, en vertu desquels les étrangers possèdent actuellement des propriétés dans les dits quartiers seront confirmés et les propriétés de cette nature ne donneront lieu à aucuns impôts, taxes, charges, contributions ou conditions quelconques autres que ceux expressément stipulés dans les baux en question. Il est entendu toutefois qu'aux autorités consulaires dont il y est fait mention seront substituées les autorités japonaises. || Les droits de possession sur les dits bien fonciers pourront être librement aliénés à l'avenir par leurs possesseurs à des indigènes ou étrangers sans qu'ils soient tenus de demander comme à présent pour

certains cas l'approbation des autorités consulaires ou japonaises. || Les terrains que le gouvernement japonais aurait concédés exempts de rentes vu l'usage public auquel ils étaient affectés, resteront sous la réserve des droits de la souveraineté territoriale, affranchis d'une manière permanente de tous impôts, taxes et charges et ils ne seront point détournés de l'usage auquel ils étaient primitivement destinés.

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

Article XXI.

Les dispositions du présent Traité sont applicables aux pays qui appartiennent à présent ou appartiendront à l'avenir au territoire douanier de l'une des Hautes Parties contractantes.

Article XXII.

A dater de la mise en vigueur du présent Traité dans toutes ses parties, seront abrogés le Traité du quatorzième jour du neuvième mois de la deuxième année de Meiji correspondant au 18 octobre 1869 et tous les Arrangements et Conventions conclus entre les Hautes Parties contractantes existant antérieurement à cette date. En conséquence, la juridiction exercée par les tribunaux consulaires austro-hongrois au Japon et les privilèges, exemptions et immunités exceptionnels dont les sujets autrichiens ou hongrois jouissaient en matière juridictionnelle seront supprimés de plein droit et sans qu'il soit besoin de notification du jour de la mise en vigueur du présent Traité; et les Autrichiens et les Hongrois seront dès lors soumis à la juridiction des tribunaux japonais.

Article XXIII.

Le présent Traité, à l'exception de l'article XVIII n'entrera en vigueur qu'une année après que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon aura notifié à la Monarchie austro-hongroise son intention de le voir mis à exécution, mais en aucun cas avant le 17 juillet 1899. Le présent Traité restera obligatoire pendant une période de douze ans à partir du jour où il aura été mis à exécution. || Chacune des Hautes Parties contractantes aura le droit, à un moment quelconque après que onze années se seront écoulées depuis l'entrée en vigueur du présent Traité, de notifier à l'autre Partie, son intention d'y mettre fin, et à l'expiration du douzième mois qui suivra cette notification, le Traité cessera et expirera entièrement. || L'article XVIII du présent Traité sera mis en vigueur au moment de l'échange des ratifications dudit Traité et restera valable — à moins que les Hautes Parties contractantes ne conviennent pas d'une disposition contraire — jusqu'à ce que les autres articles du Traité cesseront d'être obligatoires. || Toutefois l'alinéa 1 de l'article V du Traité pourra être dénoncé à toute époque par l'Autriche-Hongrie et dans ce cas la dite disposition de cet article cessera d'être en vigueur douze mois après sa dénonciation.

Article XXIV.

Le présent Traité sera ratifié par les Hautes Parties contractantes et les ratifications en seront échangées à Vienne ou à Tokio aussitôt que faire se

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan, 5. Dez. 1897.

pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signé et l'ont revêtu de leurs cachets respectifs. || Fait en double expédition à Vienne le cinquième jour du douzième mois de la trentième année de Meiji correspondant au cinq décembre mil huit cent quatre-vingt-dix-sept.

(L. S.) K. Takahira m. p. (L. S.) Goluchowski m. p.

Anlagen.

Protocole Final.

Au moment de procéder à la signature du Traité de commerce et de navigation conclu en date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus des dispositions suivantes:

1. Ad Article I du Traité.

Le Gouvernement japonais consent, en attendant l'ouverture complète du pays aux sujets autrichiens et hongrois, d'étendre le système existant des passeports de façon à permettre aux dits sujets, sur la production d'un certificat favorable émanant de la Légation austro-hongroise à Tokio ou de l'un quelconque des Consulats austro-hongrois dans les ports japonais ouverts, d'obtenir sur leur demande du Département Impérial des affaires étrangères à Tokio ou des autorités principales de la Préfecture dans laquelle est situé un port ouvert, des passeports valables pour toute période n'excédant pas douze mois. Il est bien entendu que, sous cette réserve, les lois et règlements existants et applicables aux sujets autrichiens ou hongrois qui voyagent dans l'Empire du Japon sont maintenus.

2. Ad Article I et III.

Il est convenu que les sujets du l'une des Hautes Parties contractantes seront admis dans les territoires de l'autre, de la même manière que les nationaux, à l'acquisition et à la possession d'hypothèques sur des immeubles.

3. Ad Article I et XIX.

En ce qui concerne la compétence des fonctionnaires consulaires ainsi que l'assistance judiciaire en matière civile et pénale et l'extradition des criminels, les Hautes Parties contractantes s'accorderont, sous réserve de pleine réciprocité, le traitement de la nation la plus favorisée aussi longtemps qu'elles n'auront pas réglé cette matière par un arrangement spécial.

4. Ad Article V.

Un mois après l'échange des ratifications du Traité de commerce et de navigation signé ce jour, le tarif d'importation actuellement appliqué aux articles importés de la Monarchie austro-hongroise au Japon cessera d'être en vigueur. A partir du même moment, le nouveau tarif de douane japonais ainsi que les

droits de faveur stipulés dans les autres Traités conclus entre le Japon et les Etats étangers seront applicables aux articles produits ou fabriqués en Autriche-Hongrie à leur importation au Japon, tout en maintenant le traitement de la nation la plus favorisée garanti par les stipulations de l'article XX du Traité existant entre les Hautes Parties contractantes aussi longtemps que les dites stipulations resteront en vigueur, puis subséquemment des articles V et XVII du Traité signé ce jourd'hui. || Toutefois il est entendu que les modifications qui seraient apportées ultérieurement au tarif douanier japonais devront être publiées six mois avant leur application aux articles produits ou fabriqués dans la Monarchie austro-hongroise. || Rien de ce qui est contenu dans le Traité, dans ce Protocole ou dans la Convention additionnelle signée ce jourd'hui ne pourra être tenu comme limitant ou déterminant le droit de l'Autriche-Hongrie et du Japon de restreindre ou de prohiber l'importation des drogues, médecines, aliments ou breuvages falsifiés, d'imprimés, peintures, livres, cartes, lithographies, gravures indécentes ou obscènes, ou d'autres objets pouvant offrir quelque danger pour la sécurité ou la morale publique, d'articles fabriqués en violation des lois qui, en Autriche, en Hongrie et au Japon, réglementent les brevets d'invention, les marques de fabrique ou la propriété littéraire. Ce droit réciproque s'étendra également aux prohibitions sanitaires ou autres provenant de la nécessité de protéger la santé des personnes, ainsi que la conservation du bétail et des plantes utiles à l'agriculture. || Il est convenu que, dans le cas où l'application du principe de la nation la plus favorisée en matière des droits de douane garanti par le Traité signé ce jourd'hui et par le présent Protocole serait reconnue non satisfaisante dans la pratique, les Hautes Parties contractantes s'entendront sur des droits de faveur applicables aux articles ayant un intérêt spécial pour chacune d'Elles. || Tout en se réservant l'exécution ultérieure de cette clause Hautes Parties contractantes sont convenues déjà actuellement d'une Convention additionelle signée ce jourd'hui qui détermine jusqu'au 31 décembre 1903 le régime d'importation applicable à certains articles d'un pareil intérêt. || Sous tout autre rapport, les dispositions du Traité actuel ainsi que des Arrangements et Conventions subsidiairement conclus entre les Hautes Parties contractantes resteront obligatoires jusqu'à la mise en vigueur du Traité de commerce et de navigation signé ce jourd'hui.

5. Ad Article XVIII.

Les Hautes Parties contractantes se réservent de régler par une Convention spéciale la protection des patentes, dessins et modèles et entameront en son temps les négociations nécessaires. || Le Gouvernement japonais s'engage à adhérer, avant la cessation de la juridiction consulaire austro-hongroise au Japon, à l'Union internationale de Paris concernant la protection de la propriété industrielle.

6. Ad Article XXII.

Il est convenu que, malgré la cessation de la juridiction consulaire austro-hongroise au Japon, amenée ipso facto par l'entrée en vigueur entière du

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

Traité de commerce et de navigation signé ce jourd'hui, cette juridiction sera maintenue par rapport à toutes les affaires déjà pendantes au moment de la mise en vigueur complète du Traité et restera obligatoire jusqu'a leur décision définitive. || Le présent protocole sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Hautes Parties contractantes sans autre ratification spéciale par le seul fait de l'échange des ratifications du Traité auquel il se rapporte. || Ce protocole prendra fin en même temps que ledit Traité cessera d'être obligatoire. || En foi de quoi les Plenipotentiaires des Hautes Parties contractantes ont signé le présent Protocole et l'ont revêtu du chachet de leurs armes. || Fait en double expédition à Vienne le cinquième jour du douzième mois de la trentième année Meiji correspondant au cinq décembre 1897.

(L. S.) K. Takahira m. p. (L. S.) Goluchowski m. p.

Déclaration concernant l'interprétation des Articles XVIII et XXIII du Traité de commerce et de navigation conclu ce jourd'hui.

Au moment de procéder à la signature du Traité de commerce et de navigation conclu ce jourd'hui entre le Japon et l'Autriche-Hongrie, les Soussignés déclarent qu'il est bien entendu que le règlement des questions, tant au point de vue de l'action privée que sous le rapport de l'action publique, qui surgiraient au Japon en matière de la propriété industrielle ou commerciale dans la période transitoire s'écoulant depuis le moment où l'article XVIII entrera en vigueur jusqu'à celui où le dit Traité recevra la pleine exécution, appartiendra à la juridiction japonaise, pourvu que cette juridiction soit appliquée également aux sujets des autres Etats ayant conclu des Traités avec le Japon. || Fait à Vienne en double expédition le cinquième jour du douzième mois de la trentième année de Meiji correspondant au cinq décembre 1897.

(L. S.) K. Takahira m. p. (L. S.) Goluchowski m. p.

Convention additionnelle.

Les Soussignés, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon à Vienne, et Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, etc., et Roi Apostolique de Hongrie, en vertu de la disposition du Protocole final annexé au Traité de commerce et de navigation conclu ce jourd'hui, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

En même temps que le nouveau tarif de douane japonais (alinéa 1 de la section 4 du Protocole final ad article V du Traité de commerce et de navigation ci-dessus mentionné) entrera en vigueur, les articles ci-après mentionnés, produits ou fabriqués dans la Monarchie austro-hongroise seront soumis à leur importation au Japon aux droits suivants:

Les ustensiles de cuisine ou vaisselles, ainsi que les autres ouvrages en tôle de fer ou d'acier, émailles, décorés ou non; Les lampes, parties et accessoires le lampes en métal ou en verre; Les meubles de toute sorte en bois courbé; La bijouterie fausse; Les boutons de toute sorte; Les objets en verre, le cristaux et la vitrification, excepté le verre à vitres;	10% *ad valorem.*
La poudre insecticide	5% *ad valorem.*
Les chevaux	exempts.

Les droits ad valorem seront calculés sur le prix réel des marchandises au lieu d'achat, de production ou de fabrication, augmenté des frais de transport et d'assurance dudit lieu jusqu'au port de déchargement, ainsi que des frais de commission, s'il en existe.

Article II.

A partir du jour où les articles de l'Autriche-Hongrie seront traités au Japon de la manière stipulée ci-dessus, les articles produits ou fabriqués dans l'Empire du Japon, jouiront à leur importation dans le territoire douanier austro-hongrois du traitement de la nation la plus favorisée.

Les articles produits ou fabriqués au Japon ci-dessous mentionnés seront soumis à leur importation dans le territoire douanier austro-hongrois aux droits d'entrée suivants:

	florins en or les 100 Kg.
Soie en cocons, déchets de soie, non filés	exempts
Soie dévidée ou filée, écrue	exempte
Bourre de soie (déchets de soie filés), écrue	exempte
Tissus de soie pure, unis	200.—
Tresses de paille (en forme de rubans de toute sorte), non combinées avec d'autres matières	2.—
Papier de tenture	18.—
Porcelaine	
blanche	5.—
de couleur, lisérée, peinte, imprimée, dorée, argentée . . .	10.—
Cuivre brut, même vieux en morceaux, et débris	exempt.

Article III.

Dans le cas où, pendant la durée de la présente Convention, il serait accordé par le Japon à un tiers Etat pour les marchandises dénommées dans l'article I de la présente Convention un traitement plus favorable, ce traitement profitera également, en vertu des dispositions contenues dans la section 4 ad article V du protocole final annexé au Traité de commerce et de navigation

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

signé ce jourd'hui aux marchandises similaires produites ou fabriquées dans la Monarchie austro-hongroise.

De même il est entendu que, dans le cas où l'Autriche-Hongrie accorderait pendant la durée de la présente Convention à un tiers Etat pour les marchandises dénommées dans l'article II de la présente Convention des droits d'entrée plus réduits, ces droits seront appliqués également aux marchandises similaires produites ou fabriquées au Japon.

Article IV.

La présente Convention entrera en vigueur le jour où le nouveau tarif de douane japonais sera appliqué et restera exécutoire jusqu'au 31 décembre 1903.

Dans le cas où l'Autriche-Hongrie aurait notifié en vertu de la disposition contenue dans l'article XXIII du Traité de commerce et de navigation signé ce jourd'hui son intention de faire cesser les effets de l'alinéa 1 de l'article V du dit Traité, la présente Convention sera mise hors de vigueur douze mois après cette notification.

Elle sera considérée comme approuvée et sanctionnée par les Hautes Parties contractantes sans autre ratification spéciale par le seul fait de l'échange des ratifications du Traité signé ce jourd'hui.

En foi de quoi les Plénipotentiares des Hautes Parties contractantes ont signé la présente Convention et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne en double expédition le cinquième jour du douzième mois de la trentième année de Meiji correspondant au cinq décembre 1897.

(L. S.) K. Takahira m. p. (L. S.) Goluchowski m. p.

Au moment de procéder à la signature du Traité de commerce et de navigation conclu, en date de ce jour, entre l'Autriche-Hongrie et le Japon, le soussigné Ministre Impérial et Royal des affaires étrangères de l'Autriche-Hongrie, désirant mettre hors de doute plusieurs questions traitées dans le courant des négociations, déclare qu'il a signé le dit Traité dans le suppositions suivantes; savoir que:

1) bien que la législation japonaise actuellement en vigueur n'admette pas encore les sujets étrangers à l'acquisition de la propriété d'un immeuble au Japon, cette disposition ne déroge pas à la faculté des sujets autrichiens ou hongrois d'acquérir, dans les buts visés par les articles I et III du Traité, aux mêmes conditions que les nationaux et en conformité des lois régissant cette matière, le droit d'emphytéose, de superficie et tout autre droit réel sur des immeubles et d'assurer aux droits personnels résultant des contrats de bail et de fermage de caractère d'un droit réel par l'inscription dans les régistres y affectés;

2) que le Gouvernement Impérial du Japon prendra en considération de faire construire selon l'exigence du commerce des magasins et des entrepôts

Nr. 11668. Österreich-Ungarn und Japan. 5. Dez. 1897.

réels dans toutes les places du pays qui ont une importance spéciale pour le commerce;

3) que, l'Etat japonais restant propriétaire des concédés pour l'usage des quartiers étrangers visés dans l'article XX du Traité, leurs possesseurs ou leurs ayants cause n'auront à payer pour ces immeubles, à l'exception de la rente qu'ils ont à verser en vertu du contrat, aucune taxe ou imposition;

4) que les droits légalement acquis avant la mise en vigueur ou pendant la durée du Traité par les sujets de l'une des Hautes Parties contractantes dans les territoires de l'autre resteront valables sans qu'une modification y puisse être apportée après l'expiration du Traité.

Le Soussigné, en priant M. l'Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empéreur du Japon, M. Takahira, de vouloir bien prendre acte de ce qui précède, a l'honneur d'ajouter qu'il attacherait du prix à être informé sur l'époque que choisira le Gouvernement Impérial japonais pour la notification prévue dans l'alinéa 1 de l'article XXIII du Traité.

Le Soussigné saisit cette occasion pour renouveler à M. Takahira l'assurance de sa haute considération.

Vienne, le cinq décembre 1897.

(L. S.) Goluchowski m. p.

Le Soussigné, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, a l'honneur d'informer Son Excellence Monsieur le Comte Goluchowski, Ministre Impérial et Royal des affaires étrangères de l'Autriche-Hongrie, en réponse à Sa Note en date d'aujourd'hui, que les suppositions y énoncées sous les Nos. 1—4 et qui ont pour objet l'acquisition des droits réels sur les biens-fonds, l'établissement de magasins et d'entrepôts réels, l'exemption des terrains dans les concessions étrangères et la conservation des droits acquis à l'expiration du Traité, sont exactes en tous les points.

Pour ce qui concerne la demande de Son Excellence Monsieur le Comte Goluchowski, énoncée à la fin de la dite Note, le Soussigné a l'honneur de faire la communication suivante:

Le Gouvernement Impérial japonais, jugeant désirable que les codes de l'Empire du Japon soient effectivement en vigueur au moment où le Traité existant entre le Japon et l'Autriche-Hongrie cessera d'être obligatoire, s'engage à ne pas faire la notification prévue dans le premier alinéa de l'article XXIII du Traité signé ce jourd'hui avant que les parties des dits codes qui sont soumises à un nouvel examen ne soient entièrement mises en vigueur.

Le Soussigné saisit cette occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur le Comte Goluchowski les assurances de ses sentiments de la plus haute considération.

Vienne, le cinq décembre 1897.

(L. S.) K. Takahira m. p.

Nr. 11669. FRANKREICH und LUXEMBURG. — Abkommen über den Austausch von Zeitungstelegrammen.

Luxemburg, 22. September 1898.

Nr. 11669. Frankreich und Luxemburg. 22.Sept.1898.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République Française, jugeant utile d'user de la faculté concédée par l'art. 17 de la Convention télégraphique internationale de St.-Pétersbourg, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1er. — Le tarif applicable aux correspondances télégraphiques échangées directement entre le Grand-Duché de Luxembourg et la France (Continent et Corse) et celui des correspondances télégraphiques échangées entre le Grand-Duché de Luxembourg et l'Algerie ou la Tunisie par les lignes de la France continentale sont réduits de 50 pCt. pour les télégrammes dits „de presse“ destinés à être publiés dans les journaux. Toutefois, la taxe d'un télégramme de presse ne peut être inférieure à quatre-vingts centimes (0 fr. 80.).

Art. 2. — La réduction de tarif fixée par l'art. 1er ci-dessus est subordonnée aux conditions suivantes: || Les télégrammes doivent être adressés à un journal ou à une agence de publicité par un correspondant autorisé et ne contenir que des nouvelles ou des renseignements destinés à être publiés par un journal aussitôt après réception. || Ils doivent être rédigés en langage clair, français ou allemand. L'emploi simultané du français et de l'allemand dans un même télégramme est autorisé. || Les télégrammes de presse ne comportent qu'une seule indication éventuelle: celle relative aux télégrammes multiples. La taxe applicable aux copies à établir à l'arrivée est la même que celle des copies des télégrammes privés ordinaires. || Art. 3. — Les télégrammes qui ne remplissent pas les conditions susindiquées sont taxés d'après le tarif ordinaire. || Le tarif normal des correspondances privées est également applicable aux télégrammes qui ne sont pas publiés par le journal auquel ils sont adressés ou qui sont communiqués à des tiers avant d'être publiés par la presse. Le complément de taxe est perçu sur le destinataire ou, en cas de refus de ce dernier, sur l'expéditeur; il reste acquis à l'Administration qui l'a perçu.

Art. 4. — Les télégrammes qui bénéficient de la réduction de tarif prevue par l'art. 1er sont transmis avec l'indice Z, placé au commencement du préambule et inscrits dans les comptes avec le même indice. || La transmission de ces télégrammes peut être interrompue ou retardée jusqu'à complet écoulement des correspondances taxées à plein tarif.

Art. 5. — Pour tout ce qui n'est pas prévu par le présent arrangement, les télégrammes de presse sont soumis aux dispositions du règlement international et de l'arrangement luxembourgo-français du 21 juin 1890, prorogé par la Déclaration du 25 janvier 1897.

Art. 6. — Le présent arrangement sera mis à exécution dans le plus bref délai possible et à partir de la date dont conviendront les administrations

télégraphiques des deux pays après que la promulgation en aura été faite selon les lois particulières à chacun des deux États. Il restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite par l'une des parties contractantes. || En foi de quoi, les soussignés, savoir S. Exc. M. le Ministre d'État, Président du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, et M. le Ministre Résident de la République Française à Luxembourg, dûment autorisés à cet effet, ont dressé le présent arrangement, qu'ils ont revêtu de leurs cachets.

Nr. 11669 Frankreich und Luxemburg. 22. Sept. 1898.

Fait en double expédition, à Luxembourg, le 22 septembre 1898.

(L. S.) Eyschen. (L. S.) Denaut.

Nr. 11670. BELGIEN und LUXEMBURG. — Abkommen über die Regelung des Fernsprechwesens.

Luxemburg, 5. Oktober 1898.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg et Sa Majesté le Roi des Belges, désirant régler le service de la correspondance téléphonique entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Belgique, et usant de la faculté qui leur est accordée par l'art. 17 de la Convention télégraphique internationale signée le 10—22 juillet 1875 à St.-Pétersbourg, ont résolu de conclure une convention générale à ce sujet et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg, M. Paul Eyschen, Ministre d'État, Président du Gouvernement, Chevalier du Lion d'or de la Maison de Nassau, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne de chêne et de l'Ordre d'Adolphe de Nassau, Grand-Croix de l'Ordre Léopold de Belgique etc.; | Sa Majesté le Roi des Belges, M. Frédéric Hoorickx, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Chargé d'affaires dans le Grand-Duché de Luxembourg, Commandeur de l'Ordre Léopold de Belgique, Grand-Croix de l'Ordre de la Couronne de chêne, etc.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Nr. 11670. Belgien und Luxemburg. 5. Okt. 1898.

Art. 1er. — Le service de la correspondance téléphonique entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Belgique est exploité par les administrations télégraphiques des deux pays. Il est assuré par les agents de ces administrations, chacune sur son territoire, ou par d'autres agents qu'elles ont agréés.

Art. 2. — Il est fait usage, dans le service téléphonique, de fils conducteurs dont le diamètre, la conductibilité et l'isolement sont en rapport avec les conditions où la correspondance doit s'effectuer. || Ces fils sont disposés de façon à éviter, dans la mesure la plus large possible, les effets d'induction. ||

Chacune des deux administrations fait exécuter à ses frais, sur son territoire, les travaux d'établissement et d'entretien des lignes téléphoniques.

Art. 3. — Les circuits spécialement constitués pour servir à la correspondance téléphonique seront exclusivement affectés à ce service, à moins

Nr. 11670. Belgien und Luxemburg. 5. Okt. 1898.

qu'il n'en soit décidé autrement par les deux administrations. || Les administrations peuvent, après accord entre elles, utiliser à l'échange des communications téléphoniques des fils déjà affectés à la transmission télégraphique.

Art. 4. — Les circuits téléphoniques aboutissent à des bureaux centraux qui établissent la communication entre les postes des abonnés ou les bureaux publics reliés de part et d'autre.

Art. 5. — La durée unitaire des conversations ordinaires est uniformément fixée à trois minutes.

Art. 6. — Il ne peut être accordé entre les deux mêmes correspondants plus de deux conversations ordinaires consécutives que si aucune autre demande n'est en instance à l'expiration de ces deux conversations. || L'emploi du téléphone, l'ordre dans lequel s'échangent les conversations, les diverses règles du service sont arrêtés d'un commun accord entre les deux administrations. || Les communications d'État jouissent de la priorité attribuée aux télégrammes d'État par l'art. 5 de la convention internationale de St.-Pétersbourg du 10—22 juillet 1875. La durée des communications d'État n'est pas limitée.

Art. 7. — Les taxes des correspondances sont établies d'après la distance à vol d'oiseau entre la ville de Luxembourg et les bureaux téléphoniques, centre des réseaux ou des groupes belges à mettre en communication. || Jouissent de la taxe ainsi établie: || a) Tous les postes d'abonnés et les bureaux publics du Grand-Duché de Luxembourg; || b) Tous les postes d'abonnés et les bureaux publics faisant, en Belgique, partie du réseau ou groupe téléphonique considéré. || Les taxes à payer par unité de conversation ordinaire internationale sont fixées comme suit: || 1 fr. 25 dans les relations entre le Grand-Duché de Luxembourg et les réseaux et groupes de la province de Luxembourg, à l'exception des réseaux attachés à un groupe belge dont le centre principal se trouve dans une autre province (première zone); || 2 fr. pour toute distance au-delà de la première zone jusqu'à 200 kilomètres (deuxième zone); || 2 fr. 50 pour toutes les autres distances (troisième zone). La taxe est acquittée par la personne qui demande la communication, sauf les exceptions admises par les administrations dans des cas particuliers.

Art. 8. — Des séances d'abonnement à heures fixes, comportant au minimum une durée double de l'unité de conversation, peuvent être concédées dans le service de la correspondance téléphonique entre la Belgique et le Grand-Duché de Luxembourg. || La durée de l'abonnement est d'un mois au moins; elle se prolonge de mois en mois par tacite reconduction. Le montant de l'abonnement est perçu par anticipation. || L'abonnement peut être résilié de part et d'autre moyennant avis donné quinze jours avant l'expiration de la période mensuelle.

Art. 9. — Le tarif mensuel des conversations échangées sous le régime de l'abonnement est établi comme il suit, savoir:

a) Par période quotidienne de six minutes consécutives:

Dans la première zone . . . . fr. 37 50,
dans la deuxième zone . . . . „ 60 00,
dans la troisième zone . . . . „ 75 00.

b) Par période quotidienne de neuf minutes consécutives:

Dans la première zone . . . . fr. 56 25,
dans la deuxième zone . . . . „ 90 00,
dans la troisième zone. . . . . „ 112 50.

Art. 10. — Les abonnés obtiennent la communication au moment précis, arrêté de commun accord, à moins qu'il n'y ait une conversation déjà engagée entre deux autres personnes. || Les minutes inutilisées dans une séance ne peuvent être reportées à une autre séance. || Toutefois, si la non-utilisation est due à une interruption du service, la compensation est, autant que possible, accordée à l'abonné dans la même journée de minuit à minuit.

Art. 11. — Il n'est fait aucun décompte de taxe à raison d'une interruption de service d'une durée de moins de vingt-quatre heures. || Passé ce délai de vingt-quatre heures, il est remboursé à l'abonné, pour chaque période nouvelle de vingt-quatre heures d'interruption, un trentième ($^1/_{30}$) du montant mensuel de l'abonnement.

Art. 12. — Les administrations désignent, de commun accord, les circuits qui sont affectés aux correspondances d'abonnement ainsi que les heures auxquelles sont admises les correspondances de ce régime.

Art. 13. — Les administrations pourront, de commun accord, modifier le tarif des correspondances ordinaires et celui des abonnements.

Art. 14. — Chaque administration tient compte des taxes et en opère le recouvrement suivant le mode qu'elle juge convenable.. || Le produit des correspondances téléphoniques se partage par moitié entre les deux administrations dans les relations de la première zone et suivant le rapport de 3 pour la Belgique et 2 pour le Grand-Duché dans les relations de la deuxième et de la troisième zone. || Les recettes provenant du service téléphonique font de la part de chaque administration l'objet d'un compte spécial, indépendant du compte des recettes télégraphiques.

Art. 15. — Chacune des deux parties contractantes se réserve de suspendre totalement ou partiellement le service téléphonique, pour une raison d'ordre public, sans être tenue à aucune indemnité.

Art. 16. — Les deux admiuistrations ne sont soumises à aucune responsabilité à raison du service de la correspondance privée par voie téléphonique.

Art. 17. — Les dispositions de la présente convention seront complétées par un règlement de service qui peut, à toute époque, être modifié d'un commun accord par les administrations télégraphiques des deux pays.

Art. 18. — La convention provisoire conclue à Luxembourg le 22 octobre 1897 sera abrogée à la date à laquelle les deux administrations fixeront

Nr. 11670. Belgien und Luxemburg. 5. Okt. 1898.

la mise à exécution de la présente convention; celle-ci restera en vigueur pendant une année après la dénonciation qui pourra toujours en être faite par l'une ou l'autre des parties contractantes. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention, qu'ils ont revêtue de leurs cachets.

Fait en double à Luxembourg, le 5 octobre 1898.

(L. S.) Eyschen. (L. S.) Frédéric Hoorícks.

Anlage.

Règlement de service arrêté en exécution de l'art. 17 de la convention conclue le 5 octobre 1898, concernant la correspondance téléphonique entre le Grand-Duché et la Belgique.

I. *Essais journaliers.* — Chaque matin, à l'ouverture du service de jour, les bureaux centraux télephoniques en relation vérifient les communications entre eux. || Les résultats des essais sont consignés aux procés-verbaux de chacun des bureaux centraux.

II. *Indications horaires.* — Les indications horaires sont réglées, pour la Belgique, sur l'heure de l'Europe occidentale qui est en retard de 25 minutes sur celle du Grand-Duché. || Les bureaux téléphoniques en relation directe se donnent l'heure à l'ouverture et à la cloture du service de jour et plus souvent s'il est nécessaire.

III. *Vacations des bureaux téléphoniques.* — Les jours et les heures du fonctionnement des bureaux centraux pour le service belge-grand-ducal sont déterminés par les administrations chacune en ce qui la concerne. || Chaque administration fixe également les jours et les heures auxquels les bureaux publics de ses réseaux sont accessibles à la correspondance internationale.

IV. *Moyens de correspondance. — Secret.* — La correspondance téléphonique s'établit: 1° entre deux personnes utilisant respectivement une installation particulière; 2° entre deux personnes placées de part et d'autre dans une cabine publique; 3° entre une personne placée d'une part dans une cabine publique et une autre personne utilisant d'autre part une installation particulière, le tout pour autant que le conditionnement des circuits et des appareils se prête à cette correspondance. || Les deux administrations prennent toutes les dispositions utiles pour assurer le secret des correspondances.

V. *Tarifs: mode d'application, durée des séances, abonnements.* — La taxe des communications entre postes particuliers s'applique à partir du moment où la correspondance est établie entre ces postes, que la personne demandée soit présente ou non. Il en est de même des communications des bureaux publics avec les postes particuliers. La taxe des communications en destination d'un bureau public est due à partir du moment où le destinataire est mis en relation avec le poste demandeur. || La taxe doit, en règle générale,

être acquittée par la personne qui a demandé la communication. Les administrations s'entendent pour admettre une dérogation à cette règle dans des cas particuliers. || Toute demande de correspondance qui n'est pas suivie de la mise en communication est exempte de la taxe, sauf l'exception prévue aux 4e et 5e alinéas de l'art. VIII suivant. Si le montant de la taxe a été versé, il est remboursé suivant les règles de service spéciales à chaque office. || Il ne peut être accordé de dégrèvement de taxe que si, par le fait des installations téléphoniques, les postes mis en communication se sont trouvés dans l'impossibilité d'entrer en conversation et pour autant que les bureaux centraux aient été appelés à constater immédiatement cette impossibilité. || Tout dégrèvement de taxe est concerté entre les deux Administrations. || La durée de l'appel adressé par les bureaux centraux aux postes particuliers ou aux agents desservant les cabines publiques est limitée à deux minutes le jour et à cinq minutes la nuit. L'appel s'effectue par intermittences. Le temps de l'appel n'est pas soumis à la taxe. || Les communications sont données dans l'ordre des demandes, sauf les exceptions de priorité de transmission accordées aux fonctionnaires et autorités ayant la faculté d'émettre des dépêches télégraphiques d'Etat. || Sauf pour les correspondances d'Etat, dont la durée n'est pas limitée la durée effective d'une correspondance ordinaire des postes particuliers et des bureaux publics ne peut excéder six minutes lorsqu'il y a une autre demande en instance. Dans ce cas, la communication et interrompue d'office et les correspondants ne peuvent obtenir une nouvelle communication que dans l'ordre des demandes. || Les demandes d'abonnement doivent être adressées au moins huit jours à l'avance à la direction des postes et des télégraphes, à Luxembourg, ou à la direction technique des télégraphes, à Bruxelles. || Les séances d'abonnement ont une durée consécutive de six minutes au moins et de neuf minutes au plus. || Un intervalle libre de deux minutes au moins est, autant que possible, réservé entre deux séances consécutives d'abonnement. || Les abonnements font l'objet de contrats ou d'engagements, qui sont dressés en double expédition par l'administration qui doit opérer le recouvrement de la taxe; l'autre office reçoit une copie du contrat ou de l'engagement. || L'abonnement est conclu pour un mois indivisible; le prix en est payable par anticipation. || La durée des abonnements mensuels se prolonge de mois en mois par tacite reconduction. Les abonnements peuvent être résiliés soit par les abonnés, soit par les administrations, moyennant avis donné, sous recommandation postale, quinze jours avant l'expiration de la période mensuelle. || Le prix de l'abonnement est indivisible; toute cotisation est rigoureusement interdite. Les correspondances d'abonnement doivent avoir exclusivement pour objet les affaires personnelles de l'abonné ou celles de son établissement. || Les abonnés au service local ne peuvent communiquer sous le régime de l'abonnement au service international qu'à partir de leur poste d'abonnement local ou à partir de l'un des bureaux publics du groupe dont fait partie le bureau central auquel est raccordé leur poste d'abonnement. ||

Nr. 11670. Belgien und Luxemburg. 5. Okt. 1898.

Les personnes non abonnées à un réseau ou groupe téléphonique local déterminé ne peuvent obtenir un abonnement international à partir de ce réseau ou groupe qu'à la condition de pendre leurs communications d'abonnement dans les bureaux publics de ce réseau ou groupe, à l'exclusion de tout autre poste.

VI. *Liste générale des abonnés et des bureaux publics.* — Chaque administration se charge de faire connaître à ses abonnés les réseaux et les bureaux publics du pays voisin avec lesquels la correspondance téléphonique peut être établie. Les bureaux centraux importants et les principaux bureaux publics doivent posséder les listes générales des postes en relation. Chaque office fournit à l'autre, à titre gratuit, les exemplaires de ses propres listes, y compris les suppléments et modifications, nécessaires au service des bureaux de l'administration étrangère.

VII. *Service des bureaux centraux.* — *a*) Les communications téléphoniques sont établies par l'intermédiaire des bureaux centraux. || Après avoir reconnu que la personne ou le bureau public demandé dispose des moyens de correspondance requis, le bureau central de départ réclame au bureau central d'arrivée la communication avec le poste téléphonique destinataire et, aussitôt qu'il l'a obtenue, il en avise la personne ou le bureau public demandeur en l'invitant à parler. || Lorsqu'un bureau a plusieurs demandes en instance, il les comunique au bureau en relation dans l'ordre des inscriptions. || Les deux bureaux intéressés maintiennent pendant quelques instants leur téléphone dans le circuit ou en dérivation, afin de s'assurer si la correspondance s'effectue dans des conditions convenables. L'heure du commencement et de la cessation de l'entretien est inscrite aux procès-verbaux des communications par les deux bureaux centraux. Si ces procès-verbaux ne concordent pas entre eux, et si les bureaux ne parviennent pas à redresser les différences, les Administrations admettent de plein droit les inscriptions du bureau central de départ. b) Les bureaux centraux répondent sans délai appels qui leur sont adressés. || Lorsque le bureau central ne répond pas au bout d'une minute à l'autre bureau central, l'appelant prévient le premier par un autre circuit. Si ce moyen ne peut être employé ou ne réussit pas, le bureau appelant a recours au télégraphe pour informer de la situation le bureau central appelé inutilement par voie téléphonique.

VIII. *Service des bureaux publics.* — Sauf dans des cas spéciaux ou exceptionnels, une seule personne à la fois est admise dans les cabines publiques et il est interdit à l'occupant de communiquer avec l'extérieur pour donner ou recevoir des instructions. || Les communications demandées à destination d'un bureau public où un service spécial de messagers n'est pas organisé, ne sont établies que si, par une entente préalable entre les personnes intéressées, le correspondant est présent dans ce bureau. || Afin d'eviter tout travail inutile, les bureaux centraux et les préposés aux cabines ont soin de se renseigner sur ce point auprès de la personne qui désire entrer en correspondance. || Lorsque la personne demandée, déclarée présente dans un bureau

public, ne répond pas dans un délai de trois minutes, la communication ne peut être maintenue que moyennant l'application de la taxe réglementaire, à compter de l'expiration de ce délai d'attente. || La même règle est applicable aux communications avec les Bourses où les offices contractantes auront organisé un service de messagers chargés de prévenir les personnes présentes aux heures de réunion. || Les préposés aux cabines indiquent au public les précautions à prendre dans l'usage des appareils pour obtenir les meilleurs résultats. || Le préposé à la cabine appelante tient note de l'instant précis de la mise en communication des correspondants et de la fin de la conversation. || Il est en droit d'exiger l'acquit préalable de la taxe. Dès que la première unité de conversation est épuisée, il en prévient l'occupant, qui doit interrompre immédiatement sa conversation à moins qu'il ne consente à payer la taxe réglementaire.

IX. *Suspension et clôture du service.* — Nul bureau ne peut suspendre ou clôturer le service, aux heures réglementaires, aussi longtemps qu'il y a des conversations en cours. || Les conversations qui sont demandées avant la suspension ou la clôture du service et qui n'ont pu avoir lieu, sont échangées dans l'ordre des demandes, les séances concédées à heure fixe par voie d'abonnement qui auraient été retardées y prenant rang d'office par ordre de priorité sur les conversations ordinaires. || A moins d'un ordre spécial, à concerter par les deux administrations, nul bureau, pour satisfaire à des demandes de conversation formulées avant l'heure de suspension ou de clôture, ne peut être tenu sur pied plus de 30 minutes après cette heure.

X. *Correspondance de service.* — Des correspondances verbales relatives exclusivement au service téléphonique belge-grand-ducal peuvent être échangées en franchise de taxe entre les fonctionnaires des deux administrations spécialement autorisés à cette fin. || En réclamant la gratuité, ces personnes sont tenues de déclarer leurs nom et qualité. Si elles négligent de le faire, le bureau central ou, le cas échéant, le bureau public d'origine réclame ces renseignements avant de livrer la communication, à moins qu'il ne soit certain de l'identité du demandeur. || Les correspondances en franchise sont annoncées d'un bureau central à l'autre par le mot „service". || Les administrations prennent toutes les mesures utiles en vue de restreindre autant que possible, chacune en ce qui la concerne, le nombre des communications de service. En général, la voie télégraphique doit être adoptée de préférence.

XI. *Priorité et rang de transmission.* — Les correspondances ayant droit à la priorité de transmission sont: || 1° celles qui émanent des autorités et fonctionnaires qui ont la faculté d'expédier des dépêches télégraphiques d'Etat; elles sont soumises à la taxe ordinaire: || 2° celles des fonctionnaires des deux administrations autorisées à correspondre en service, lorsqu'ils réclament l'urgence. || L'ordre d'échange des correspondances téléphoniques est établi comme il suit: || 1er rang: correspondances d'Etat; 2e rang: communications de service urgentes; 3e rang: correspondances privées; 4e rang: correspondances de ser-

Nr. 11670. Belgien und Luxemburg. 5. Okt. 1898.

vice non urgentes. || Pour les correspondances de même rang, les communications sont livrées dans l'ordre des demandes. || Les correspondances de même rang s'échangent dans l'ordre alternatif. Les correspondances de rang supérieur ne sont pas comprises dans l'ordre alternatif.

XII. *Dérangements; difficultés de correspondancc.* — Dès qu'une difficulté de correspondance ou un dérangement est constaté, les administrations prennent immédiatement, chacune en ce qui la concerne, les mesures requises pour y remédier. || Les bureaux centraux se préviennent, au besoin, par la voie télégraphique de tous défauts ou circonstances qui seraient de nature à entraver ou à compromettre le service téléphonique.

XIII. *Procès-verbaux; partage des taxes et décomptes.* — Chaque administration fait tenir un procès-verbal mentionnant, outre les incidents de service, sous les éléments nécessaires à l'etablissement des comptes internationaux et à la perception des taxes. || Les comptes sont arrêtés mensuellement et l'échange en est fait entre les deux administrations dans la même forme et en même temps que celui des comptes des taxes télégraphiques, dont ils constitueront une annexe sous la rubrique spéciale „compte des communications téléphoniques belges-grand-ducales".

Approuvé:

A Luxembourg, le 5 novembre 1898.	A Bruxelles, 18 octobre 1898.
Le Directeur général des finances,	*Le Directeur général des télégraphes.*
M. Mongenast.	F. Delarge.

(La mise à exécution de la convention ci-dessus a été fixée par les deux administrations au 1er décembre 1898.)

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und Frankreich über Madagaskar 1898.*)

Nr. 11671. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Konsul in Tamatave an den französischen Generalgouverneur. Beschwerden englischer Kaufleute über Beschränkung ihres Handels durch die französische Verwaltung.**)

Tamatave, February 11, 1898.

Nr. 11671. Grofsbritannien. 11. Feb. 1898.

M. le Gouverneur-Général. || I have the honour to bring to your notice the serious complaints of Messrs. Procter Brothers and L. Trouchet and Co., British merchants of this town, who have also agencies at Mananjary, where they carry on a pretty large business, and where, by the sudden action of M. l'Administrateur Compérat, they are prohibited from carrying on their usual trade and are therefore placed in an invidious position. || The facts are very simple. On the 28th January last M. l'Administrateur Compérat caused a public „kabary" of the native traders to be called and, through the interpretation of M. Liger, the native Governor, informed them that though they had been warned before by him not to buy any goods from foreign firms, they were now advised that they could only buy from and sell goods to three firms, viz., Messrs. Lauratet, Venot, and Bernard, and unless they dealt with these three persons only they would be put in chains and cast into prison.| I need scarcely point out, M. le Gouverneur-Général, the very baneful effect which the words of M. l'Administrateur Compérat bad on the native traders, not only with reference to the foreign firms established at Mananjary, but also with regard to those French firms who have agencies there and who have been carefully and systematically excluded by him. || I beg to submit that freedom of commerce should be perfect, and that no distinction of nationality amongst merchants should exist, especially as regards the natives, and that all foreigners have the same rights and privileges in such matters as the French. || M. l'Administrateur Compérat having convened a public meeting of

---

*) Anmerkung. Die folgenden Aktenstücke entstammen dem Blaubuch France 1. (1899). 9091. Vgl. Bd. 61 Nr. 11528. Red.

**) Anmerkung. Am 24. Februar teilte der Konsul die Beschwerde nach London mit. Am 28. März erhielt sie Lord Salisbury.

Nr. 11671. Grofsbritannien. 11. Feb. 1898. the native traders, I thake the liberty of suggesting that the same publicity should be given in order that the native population should fully know that their perfect right is to trade with whomsoever they please, and that there is no nationality among merchants. || I beg to forward, herewith inclosed, extracts from the letters received by Messrs. Procter Brothers and L. Trouchet and Co. from their agents at Mananjary, which will explain the present state of matters, and request that you be good enough, M. le Gouverneur-Général, to look into their grievances. Anatole Sauzier.

Nr. 11672. FRANKREICH. — Der Generalgouverneur von Madagaskar an den englischen Konsul in Tamatave. Antwort auf das Vorige.

Tananarive, le 25. Février, 1898.

Nr. 11672. Frankreich. 25. Feb. 1898. M. le Consul, || Vous avez bien voulu appeler mon attention sur une réclamation de MM. Procter Brothers et Trouchet relative aux paroles qui auraient été prononcées par M. l'Administrateur de Mananjary dans un "kabary" récemment tenu dans cette ville. || M. Compérat auraient déclaré aux indigènes qu'ils n'étaient autorisés à traiter qu'avec les trois maisons de commerce Lauratet, Venot, et Bernard, les menaçant de sévères répressions s'ils s'adressaient, pour les besoins de leur trafic, aux autres négociants de la place. || J'ai l'honneur de vous faire connaître que j'ai déjà prié M. Compérat de me renseigner sur les incidents qui ont motivé votre plainte et que, par dépêche de ce jour, je l'invite, si les faits que vous alléguez sont exacts, à prendre les mesures nécessaires pour assurer la liberté complète des transactions.

Gallieni.

Nr. 11673. FRANKREICH. — Derselbe an Denselben. Die englischen Beschwerden sind unbegründet.*)

Tananarive, le 24 Mars, 1898.

Nr. 11673. Frankreich. 24. März 1898. M. le Vice-Consul, || J'ai l'honneur de vous informer, comme suite à ma lettre du 25 Février dernier, adressée à M. le Consul d'Angleterre à Tamatave, que j'ai procédé à une enquête minutieuse sur les faits qui m'ont été signalés par Mr. Sauzier, le 11 Février dernier, au sujet des paroles qui auraient été prononcées par M. l'Administrateur de Mananjary dans un "kabary" récemment tenu dans cette ville. || Il résulte nettement de cette enquête que les plaintes qui ont été portées à ma connaissance par le Consulat de Sa Majesté Britannique sont absolument dénuées de fondement. || Jamais, en effet, M. Compérat

---

*) Anmerkung. Lord Salisbury erhielt am 25. April davon Kenntnis. Red.

n'a tenu le langage qui lui a été prêté par vos nationaux. || Sans doute, cet Administrateur s'efforce chaque fois qu'il en a l'occasion, de développer le commerce des produits Français et c'est là une attitude dont personne n'oserait le blâmer; mais il a trop de tact et d'esprit de justice pour provoquer, à bon droit, des réclamations de la nature de celles qui m'ont été transmises.

Nr. 11673. Frankreich. 24. März 1898.

Gallieni.

Nr. 11674. GROSSBRITANNIEN. — Die engl. Firma Trouchet & Co. teilt dem Konsul folgenden an sie gerichteten Brief ihres Agenten mit.*)

Mananjary, le 25 Février 1898.

Chers Messieurs, || Mercredi, 23 Février dernier, M. l'Administrateur Compérat réunissait de nouveau les traitants indigènes à 11 heures du matin; le "kabary" dura deux heures et demie de temps. Il leur dit le 28 Janvier dernier: "Je vous ai appelé ici en 'kabary' et vous avez été dire ce que je vous ai dit. Pourtant je vous ai bien dit que ce que je vous disais était privé. Je ne sais ce qui me retient de vous mettre tous à le geole ou de vous expulser de ma province. A l'avenir, si vous répétez ce que je vous dis, je le ferai. || "Ainsi, ce que je vais vous dire aujourd'hui est privé; vous êtes douze ici, et si cela se sait je vous fourrerai tous à la geole ou vous expulserai. || "Je suis maître de la province; il faut que vous m'obéissiez. Je ne veux voir chez vous que des marchandises Françaises. Vous m'avez tous bien compris?" || Il donna ensuite des ordres à M. Liger, le Gouverneur indigène, de prendre les noms des douze traitants présents et les congédia.

Nr. 11674. Grofsbritannien. 25. Feb. 1898.

Nr. 11675. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Übersendet folgenden Auszug aus der „Dépêche Coloniale" vom 26. Mai 1898.

Le journal officiel Malgache, autrement dit le "Vaovao," est mis à la disposition des industriels, commerçants et colons Français, pour faire de la réclame illustrée à leurs articles. Ils n'ont qu'à s'adresser pour cela au Gouvernement Général (Bureau Affaires Civiles). || Le but de cette réclame officielle est indiqué par le Général Gallieni dans une Circulaire qu'il a adressée le 22 Avril aux Chefs de provinces et qui figure au "Journal Officiel."

Nr. 11675. Grofsbritannien. 26. Mai 1898.

Nous relevons dans cette Circulaire le passage suivant: || "Je vous prie également de charger les autorités indigènes d'user de toute leur influence pour concourir au but que nous poursuivons. Il leur sera facile, au point de vue

---

*) Anmerkung. Lord Salisbury erhielt am 25. April davon Kenntnis. Red.

Nr. 11675. Grofsbritannien. 26. Mai 1898.

spécial qui nous occupe, de représenter à leurs administrés que les tissus de nos manufactures valent les sortes étrangères similaires, qu'il est convenable que les Malgaches, devenus sujets Français, obéissent aux coutumes nationales en se servant de nos produits; que leur vêtement devient ainsi une marque distinctive de leur nouvelle qualité et qu'il doit être composé de tissus Français. || "Il va de soi que les autorités indigènes de vos circonscriptions devront se borner à agir sur leurs administrés par des conseils servant à leur démontrer les qualités de prix et de façon de nos produits nationaux protégés à l'entrée dans l'île par les droits importants dont sont frappés les produits similaires étrangers. Mais elles devront se rappeler, cependant, qu'aucune entrave ne doit être mise à la vente et à la circulation des marchandises étrangères. Votre rôle, comme celui de vos fonctionnaires indigènes, consiste simplement à éclairer nos nouveaux sujets sur les avantages qui résulteront pour eux de l'achat des produits Français convenant mieux, désormais, à leurs habitudes et à leurs besoins, modifiés depuis deux ans par l'introduction des lois et coutumes Françaises dans l'île. Cela est notre droit absolu et personne n'a le droit d'y trouver à redire."

La ligne de conduite tracée par le Gouverneur-Général à ses subordonnés est correcte en même temps que patriotique. Peut-être faut-il y voir le désir d'éviter le renouvellement de certaines mesures d'ostracisme qui n'ont pas toujours atteint uniquement les marchandises et les maisons étrangères.

Nr. 11676. FRANKREICH. — Dekret über Abänderung des Zolltarifs für Madagaskar.

Rapport au Président de la République Française.

Paris, le 31 Mai, 1898.

Nr. 11676. Frankreich. 31. Mai 1898.

M. le Président, || A la suite des réclamations formulées tant auprès de mon Département qu'auprès de l'Administration Locale de Madagascar par plusieurs fabricants de tissus de coton Français au sujet du préjudice que leur causerait l'insuffisance des droits dont, en vertu du Décret du 28 Juillet 1897, sont frappés les produits étrangers de même nature importés dans notre nouvelle Colonie, j'ai été amené à examiner s'il y avait lieu de reviser le Tarif actuel. || Le Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes, consulté à ce sujet, m'a fait connaître qui'l lui paraissait de toute nécessité, pour protéger nos tissus contre la concurrence étrangère, de remanier dans son ensemble le Tarif des cotonnades fixé par le Décret du 28 Juillet, 1897, en prenant dans chaque catégorie de tissus de coton, non plus la première et la troisième taxe du Tarif, mais la deuxième et la quatrième du dit Tarif. || D'autre part, mon collègue a été d'avis de modifier également, et conformément au désir exprimé par l'Administration Locale de Mada-

gascar, le régime douanier appliqué aux bestiaux destinés à la reproduction et aux sacs de jute nécessaires à l'emballage du sel indigène. || J'ai en conséquence, l'honneur de soumettre à votre signature le projet de Décret ci-joint qui a été communiqué pour examen et avis au Conseil d'État, et qui a pour objet de modifier dans le sens de considérations qui précèdent, le Tableau annexé au Décret du 28 Juillet, 1897.

Nr. 11676. Frankreich. 31. Mai 1898.

Je vous prie, &c.
Le Ministre des Colonies,
(Signé) André Lebon.

Le Président de la République Française, || Sur le rapport du Ministre des Colonies, || Vu le Décret du 11 Décembre, 1895, fixant les pouvoirs du Résident-Général de France à Madagascar, modifié par le Décret du 30 Juillet, 1897, instituant un Gouverneur-Général de Madagascar et dépendances; || Vu la Loi du 6 Août, 1896, déclarant Colonie Française l'Ile de Madagascar et ses dépendances; || Vu la Loi du 16 Avril, 1897, rendant applicable à Madagascar et dépendances la Loi du 11 Janvier, 1892, relative à l'établissement du Tarif Général des Douanes; || Vu le Décret du 28 Juillet, 1897, portant fixation des exceptions au Tarif Général des Douanes, en ce qui concerne les produits étrangers importés à Madagascar; || Vu les avis émis par le Gouverneur-Général de Madagascar et dépendances et par le Conseil d'Administration de la Colonie, dans sa séance du 31 Janvier, 1898; || Vu l'avis du Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes; || Le Conseil d'État entendu,

Décrète:

Article 1er. Le Tableau annexé au Décret du 28 Juillet, 1897, portant fixation des exceptions au Tarif Général des Douanes; en ce qui concerne les produits étrangers importés à Madagascar, est modifié comme suit:

Art. 2. Sont abrogées les dispositions contraires au présent Décret.

Art. 3. Le Ministre des Colonies est chargé de l'exécution du présent Décret, qui sera publié au "Journal Officiel" de la République Française et inséré au "Bulletin Officiel" du Ministère des Colonies et au "Journal Officiel" de la Colonie de Madagascar.

Fait à Paris, le 31 Mai, 1898.

(Signé) Félix Faure.

Par le Président de la République:
Le Ministre des Colonies,
(Signé) André Lebon.

Nr. 11676.
Frankreich.
31. Mai 1898.

Désignation des Produits.		Unités sur lesquelles portent les Droits.	Droits.
I. — *Animaux Vivants.*			
Bétail destiné à la reproduction		. . .	Exempt.
XXV. — *Tissus.*			
Sacs de jute neufs et vieux		. . .	Exempts.
XXXII. — *Tissus et Cotons et Coutils.*			
Tissus de coton pur, unis, croisés, et coutils écrus, présentant en chaîne et en trame*) dans un carré de 5 millim. de côté, ceux pesant :—			Fr. c.
13 kilog. et plus les 100 mètres carrés . . .	35 fils et moins	100 kilog.	77 00
	36 fils et plus	„	118 00
11 kilog. inclusivement à 13 kilog. exclusivement	35 fils et moins	„	87 00
	36 fils et plus	„	131 00
9 kilog. „ à 11 kilog. „	35 fils et moins	„	111 00
	36 fils et plus	„	172 00
7 kilog. „ à 9 kilog. „	35 fils et moins	„	131 00
	36 fils et plus	„	230 00
5 kilog. „ à 7 kilog. „	35 fils et moins	„	139 00
	36 fils et plus	„	300 00
3 kilog. „ à 5 kilog. „	35 fils et moins	„	287 00
	36 fils et plus	„	550 00
Moins de 3 kilog. les 100 mètres carrés		„	620 00

Nr. 11677. GROSSBRITANNIRN. — Das Haus Procter Brothers an den Minister des Auswärtigen. Neue Beschwerden über die französische Verwaltung von Madagaskar. Übersendet eine Zeitung aus Tamatave als Beweisstück.

22, Leadenhall Street, London, June 16, 1898. (Received June 18.)

Nr. 11677.
Grofsbritannien.
16. Juni 1898.

My Lord, || We beg to lay before your Lordship the following complaint, and to beg that you will take such steps as will prevent a recurrence of the matter complained about. || In February last the French Resident at Mananjary, Madagascar, called a „kabary“ and told the natives that they were not to deal with any firms but three whose names were mentioned—all French. Our business at that port has suffered considerably in consequence. Our Madagascar house complained to the British Consul, who immediately addressed the Governor-General. This official replied at once, stating that the matter should be investigated. Afterwards he wrote saying that the Consul had been misinformed; that the Resident denied absolutely the charge made against him. In spite of this denial our Representatives in Madagascar main-

*) Dans le compte des fils de chaîne et de trame les fractions sont négligées.

tain the charge; but without other testimony than theirs we should have hesitated to bring the matter to your Lordship's notice. However, the mail which has arrived to-day has brought us a copy of a French newspaper, called „Le Madagascar," published at Tamatave on the 15th May, in which appears an article quoting verbatim the speech complained of. This we trust your Lordship will consider sufficient evidence to enable you to take the matter up. || It is sufficiently difficult for an English merchant now to carry on his trade in Madagascar under the new fiscal arrangements there; but if French officials, who go out of their way to obstruct us in our legitimate trade, are to be supported in such actions by their superiors, it will become impossible for us to conduct our business. || We are loth to make complaints, but the interests we have at stake in the island are very large, and it behoves us to protect them, and we trust we may rely upon your Lordship's help in this.

We have, &c.

(Signed) Procter Bros.

Beilage.

Auszug aus „Le Madagascar" vom 14. Mai 1895.

Leur façon de coloniser. — Feuilletant au hazard dans l'épaisse liasse de documents qui me sont parvenus depuis des mois j'ai facilement découvert des choses bien intéressantes, et bien instructives, relativement aux procédés de colonisation employés, non seulement à Tamatave, mais partout, dans le nord comme dans le sud, à l'est comme à l'ouest. || Le plus souvent, ces documents revêtent la forme d'une lettre naïve et simple, fournis qu'ils sont par des colons à l'instruction rudimentaire et pour lesquels les fleurs de réthorique sont loin d'avoir le parfum, 'ou la beauté, des fleurs de vanille par exemple ou des baies de café. || Ils n'en sont pas moins édifiants pour cela, ces documents, qui vous montrent des faits tellement extraordinaires qu'ils seraient invraisemblables en tout autre lieu que Madagascar. || Et, il y en a, il y en a, il y en a encore, il y en a toujours, de telle sorte que le journaliste abasourdi, ne sait plus par quel bout commencer la monumentale besogne! || Ainsi, le long de toute la côte, il faudrait, et une façon de voyage de la plume, s'arrêter à chaque village, séjourner longuement dans chaque chef-lieu de district où réside un Administrateur, civil ou militaire, et vous verriez alors, lecteurs, combien l'intéressant voyage durerait! . . . . || Tenez, par exemple, voici de nombreuses lettres de Maroancetra. Les faits qu'elles racontent sont probants, quant à la façon dont les choses marchent là-bas. Ecoutez-en ce résumé: —

L'Administrateur, M. Rossi, un militaire, y a commis une foule d'actes arbitraires qui ont eu pour résultat immédiat de faire d'abord le désert dans l'arrondissement, et nécessairement de consommer la ruine des quelques colons qui y étaient établis. || Maroncetra était un des centres producteurs de caoutchouc les plus importants. || Or, M. Rossi obligeait les indigènes à vendre non

Nr. 11677. Grofsbritannien. 16. Juni 1898.

seulement leurs produits à un prix fixe, désigné par lui, mais encore à ne les porter chez certains négociants, objet, plutôt que d'autres, de sa bienveillante sollicitude. || Tout indigène surpris vendant du caoutchouc à quelqu'un frappé de l'ostracisme administratif était immédiatement incarcéré, et dûment condamné à une peine quelconque pour avoir osé transgresser aux ordres du grand chef tout-puissant. || Est-ce que de telles choses ne vous laissent pas rêveur et ne vous font-elles pas involontairement songer à la bienheureuse époque de l'Inquisition et du Servage? || Mais ce n'est pas tout. M. Rossi veut obliger l'indigène à ne récolter ses produits qu'à un endroit déterminé, dans un rayon nettement établi, tant et si bien que l'indigène, pour qui la liberté est le plus grand des biens, a complètement déserté le pays pour se retirer dans l'inaccessible intérieur où, du moins, il ne sera plus l'objet de lois, de règlements, ou d'ordres, qu'il trouve nécessairement étranges quoiqu'ils aient la prétention de constituer le progrès et d'émaner d'une autorité représentant, avant tout, la civilisation. || Quant au colon récalcitrant, à celui qui seulement proteste, voire d'une façon timide, eh bien, trois jours de prison lui apprendront bien vite à se taire! . . . . || Qu'en pensez-vous? || Voici maintenant un autre paquet de lettres venant de Mananjary. Celui-là est plus volumineux que l'autre parce que, sans doute, le centre est plus important ou plus grande l'activité de son Administrateur. M. Compérat, qui fut quelque temps Résident de Tamatave! || Je lis, et c'est bien toujours la même chose, au fond. Les variantes ne portent que sur de petites questions de détail qu'il est cependant assez curieux de noter, en passant. || M. Compérat, de Mananjary, est également militaire comme M. Rossi, de Maroancetra. Ses procédés sont aussi, sinon plus, radicaux que ceux de ce dernier. Voici les faits — || Un grand kabary assemble toute la population de l'endroit et des environs, et M. Compérat lui tient le langage suivant: — || „Je ne veux pas qu'aucun de vous achète la moindre marchandise dans les magasins de MM. un Tel, un Tel, un Tel et un Tel autre. Celui qui sera surpris en train de faire le moindre achat, ou d'opérer la moindre transaction avec les maisons que je vous cite, sera de suite incarcéré, sans préjudice de peines graves.“ || „Mais,“ essaye de répliquer un indigène moins moutonneux que les autres,“ il peut arriver que ce dont nous avons besoin ne se trouve que dans les magasins dont l'accès nous est interdit!“ || „Eh bien, vous vous en passerez.“ || „*Vahaza Léhibe,*“ murmure doucement un autre indigène, „parmi les maisons que vous nous défendez, se trouve précisément une maison Française, la maison „B. . . .“ || „M. B. est un mauvais Français; vous ne devez pas aller chez lui. || „C'est bien compris, bien entendu, rompez! . . . .“

Je n'ai voulu faire aujourd'hui qu'un résumé rapide de ce qui se passe dans deux endroits de la côte. S'il m'avait fallu, pour chacun des deux, rapporter les menus faits, citer des noms et des dates, préciser enfin et donner au récit le dévelloppement qu'il comporte, les dix colonnes du journal n'y eussent pas suffi. || Et puis, pourquoi ne pas le dire, de pareils sujets me sont

pénibles à traiter, encore qu'ils soient scrupuleusement vrais; aussi vrais que la pénible histoire du Bourjane Français que l'on a pourtant eu l'audace de nier. || Comment voulez-vous, après de tels actes, que la colonisation progresse et que les colons soient satisfaits? || Est-il, d'autre part, admissible que le Général Gallieni, que ses subordonnés s'efforcent de rendre aussi impopulaire qu'il était populaire auparavant, ait donné des instructions expliquant et approuvant pareilles façons de faire? || Personne ne le croira. Mais alors. . . . .

Nr. 11677. Grofs-britannien. 16. Juni 1898.

Nr. 11678. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Rückblick auf die Verhandlungen mit Frankreich über den englischen Handel auf Madagaskar. Protest gegen das Dekret vom 31. Mai.

Foreign Office. July 9, 1898.

Sir, || Among the first subjects to which I should wish the attention of M. Delcassé to be called is the position in which our respective countries stand in respect to Madagascar. || Some of the most recent acts of the Government which preceded that of M. Brisson have invested the question with an importance greater than that which it previously possessed. In the year 1890 the French Ambassador at this Court, M. Waddington, signed an engagement by which the Protectorate of France in Madagascar was recognized by Great Britain, and to this recognition the following condition was attached: — || „It is unterstood that the establishment of this Protectorate will not affect any rights or immunities enjoyed by British subjects in that island.“ || The rights, which were among the most important, and which were principally contemplated by these words, were the fiscal rights secured to British trade by the Treaty of 1865 with the Queen of Madagascar, under which the most-favoured-nation treatment was secured to British commerce, and it was stipulated that the duty upon imports should never exceed an *ad valorem* duty of 10 per cent. || This engagement left no doubt that so long as the Protectorate of Madagascar was maintained the fiscal privileges of Great Britain would be secure.

Nr. 11678. Grofs-britannien. 9. Juli 1898.

In the years 1894 and 1895 differences arose between the French Republic and the Government of Madagascar, which led to a hostile expedition being sent from France against the island. Her Majesty's Government observed a strict neutrality during the course of this war, and avowed their desire to observe that neutrality in the manner most favourable to France. If they had been aware that the end of the expedition was to be, not the maintenance of the Protectorate but the annexation of the island, they might have foreseen that its success would threaten not only the independence of Madagascar, but also the fiscal rights of British commerce. But the Government of the Republic used language which thoroughly convinced the British Government that

Nr. 11678. Grofsbritannien. 9 Juli 1898.

nothing more than the enforcement of the Protectorate was in view. || When the critical question of issuing a Declaration of Neutrality was under consideration, Lord Kimberley abstained from recommending to Her Majesty the issue of such a Proclamation in deference to the representations of the French Ambassador, who pointed out that the „case of Protectorates was peculiar and somewhat novel," and that in other cases of wars with a protected country such a Proclamation had not been issued. || M. Hanotaux in the French Chamber on the 12th November, 1894, placed upon a similar footing the Protectorate of Madagascar and the Protectorate of Zanzibar under the Agreement of 1890, and declared that that Agreement established between Zanzibar and Madagascar an absolute parallelism („parallélisme qui existe dans la forme comme dans le fond"). || On the 27th November, 1895, M. Berthelot stated in the Chamber, with reference to the occupation of the island: „Il ne peut en résulter aucune difficulté extérieure; nous n'avons pas besoin de déclarer que nous respecterons les engagements que nous avons contractés vis-à-vis de certaines Puissances étrangères." On the 11th February, 1896, M. de Courcel, the Ambassador of the Republic, stated in a note to me," that, in consequence of the difficulties which arose in Madagascar in the exercise of the French Protectorate, the Government of the Republic was obliged to take military action in order to enforce respect for its rights, and to secure guarantees for the future." || This was the language which was consistently employed throughout. The Protectorate was to be maintained and enforced. No hint was ever dropped that the Protectorate was to be destroyed, and it resulted that the fiscal rights which had been confirmed in 1890 appeared to be exposed to no risk whatever by the expedition. It was viewed, in consequence, without apprehension by the Government and commerce of Great Britain.

If they could have known that the expedition was to abolish the rights of English commerce, and to expose it at discretion to duties which would exclude it from the markets of the island, the projected campaign would have excited serious and outspoken apprehensions in this country, and even admiting that the cause of difference might not have been sufficient to cause them to depart from the policy they had elected to follow, the prospect of the sacrifice of our commercial rights in Madagascar would have drawn forth very earnest remonstrances from Her Majesty's Government and from public opinion in Great Britain. The difficulties which naturally attached to the French undertaking would have been increased to a formidable degree if from the first it had been known in the island that England was protesting earnestly against the war, and regarded it as a measure calculated to inflict a great wrong upon her commerce. || In the course of the last month a Decree was issued by the President of the French Republic, greatly increasing the import duties upon the principal articles of British manufacture, and therefore carrying still further the infraction of the rights which British merchants possessed

under the Treaty of 1865 between Great Britain and Madagascar, and the Convention of 1890 between Great Britain and France. The annexation by which these rights have been set aside was carried out by an expedition commenced and completed under the assurance that the object in view was the enforcement of the Protectorate, and therefore the maintenance of British commercial privileges. It has already been my duty to place in the hands of M. Hanotaux, the late Minister of Foreign Affairs, a protest against the wrong which has been done, and in our judgment, continues to be done, to the commerce of Great Britain. Partly because the legislation of which we complain has recently been made more injurious, partly because these proceedings are now subjected for the first time to the judgment and decision of another Ministry, I have the honour, on behalf of Her Majesty's Government, to repeat my protest against action which, in their opinion, is inconsistent with the international rights of this country, and with the assurances given by the Government of the Republic. || I request you to communicate the substance of this despatch to M. Delcassé, and to furnish him with a copy of it.

Nr. 11678. Grofsbritannien. 9. Juli 1898.

Salisbury.

Nr. 11679. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Soll gegen die Bedrückung des britischen Handels auf Madagaskar protestieren.

Foreign Office, July 20, 1898.

Sir, || I transmit herewith, for your Excellency's information, copy of a despatch from the Acting British Consul at Tamatave, drawing my attention to a Circular recently issued by General Gallieni to French local authorities in the island. || Your Excellency's despatch of the 26th May inclosed and commented upon an extract from that Circular. Its character and probable effects are, however, more apparent when the complete text forwarded by Mr. McMillan is perused. || The Circular expresses the determination of the Governor-General to promote to the utmost of his power the advance of French commerce in Madagascar, and with this object he urges his subordinates to impress on the natives in their districts the merits and advantages of French fabrics, and to urge their use in preference to other foreign makes as a mark of patriotism and an act of duty on the part of the Malagasies, who have recently become French subjects. || It is true that General Gallieni explains that no absolute obstacle should be placed in the way of foreign trade, but the whole tenour of the Circular is a strong recommendation, amounting almost to an injunction, to the local authorities to discourage foreign commerce and productions other than French, and there is incidental evidence that these authorities have not been slow to follow this advice. || In this connection, I inclose copy of a letter from Messrs. Procter calling attention to similar action on the part of the French authorities in other parts of the island. || The action of the Governor-

Nr. 11679. Grofsbritannien. 20. Juli 1898.

Nr. 11679. Grofsbritannien. 20. Juli 1898.

General in distributing copies of the official journal (the „Vaovao") containing illustrations of French trade-marks, and warnings to avoid goods bearing any others, is, moreover, as an official act, one which seems to go beyond the usually recognized limits of fair promotion of trade, and certainly appears inconsistent with the repeated assurances given to Her Majesty's Governement that the rights and immunities enjoyed by British subjects in the island would continue to be respected. || It seems clear that the imposition of the heavy preferential duties to which foreign goods are subjected by the recent Decree, coupled with such official support as is given in the Governor-General's Circular, and followed, as it is sure to be, by similar, if not greater, assistance on the part of the subordinate officials, must inevitably have a tendency, not merely to cripple, but ultimately even to extinguish British trade. || I should wish your Excellency to speak in this sense to M. Delcassé.

Salisbury.

Nr. 11680. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Beschwerden über die Bedrückung des engl. Handels.

Paris, July 22, 1898.

Nr. 11680. Grofsbritannien. 22. Juli 1898.

M. le Ministre, || I have received instructions from Her Majesty's Government to call your Excellency's serious attention to a Circular recently issued by the Governor-General of Madagascar, which, in their opinion, is calculated to inflict direct injury upon British trade, and is in contravention of the rights assured to Great Britain by Treaty. || The Circular in question, which is published in the Madagascar „Official Journal" of the 23rd April last, gives instructions to the native authorities to use all their influence in favour of the extension of French trade and industry, and with this object to impress upon the natives to use only goods of French manufacture as a mark of patriotism and an act of duty. || It is true that General Gallieni thinks it advisable to remind the authorities that no obstacle shall be placed on the sale and circulation of foreign goods, but it is difficult to see how his warning can be compatible with the due execution of the Governor-General's instructions; and the whole tenour of the Circular is a strong recommendation amounting almost to an injunction to them to discourage all foreign commerce and industries. || There is incidental evidence that the authorities have not been slow to follow this advice, and from information which has reached Her Majesty's Government, it appears that action has been taken in the provinces to prevent the native traders dealing with any but French merchants. || The action of the Governor-General has, moreover, not been confined to the publication of this Circular, for copies of the "Official Journal" have been widely distributed containing illustrations of French trade-marks, and warning the natives to avoid goods bearing any other. || Such action, in the opinion of

Her Majesty's Government, exceeds all the limits of fair competition, and is inconsistent with the repeated assurances given to them by the Government of the Republic, that the rights and immunities enjoyed by British subjects in Madagascar and its dependencies will continue to be respected. || In calling your Excellency's urgent and earnest attention to this matter, I trust I may rely upon your support in putting a stop to a system which cannot but give rise to serious difficulties in connection with the trade of Great Britain with Madagascar. || I need hardly remind your Excellency of the conversation which I had the honour to hold with you the day before yesterday, when, by the instruction of Lord Salisbury, I handed to your Excellency a copy of a despatch which his Lordship had addressed to me recapitulating the various assurances given to Her Majesty's Government by that of the Republic before the annexation of the island to France, that the Treaty rights of Great Britain should be respected; and protesting against the manner in which they have been subsequently ignored. || I gathered from your Excellency's language that you were ready to give these representations a prompt and impartial consideration, and I cannot but believe that your study of the question will lead you to the conclusion that they are fully justified by the facts adduced.

Nr. 11680. Grofsbritannien. 22. Juli 1898.

Edmund Monson.

Nr. 11681. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Derselbe Gegenstand. Protest gegen das Dekret vom 31. Mai.

Paris, July 22, 1898.

M. le Ministre, || In a previous note of this day's date I have called your Excellency's attention, under instructions from Her Majesty's Government, to a Circular issued by the Governor-General of Madagascar, of which the propable effect will be to put a stop to all British trade in Madagascar, in contravention of the Treaty rights of Great Britain. || I have now to call your Excellency's further attention to the new duties imposed by the Decree of the 31st May last upon certain classes of cotton tissues. || Her Majesty's Government directed that a careful inquiry should be made into their incidence, and this inquiry shows that the new rates will involve a very material increase in the duties levied in the class of cotton goods which form the bulk of the exports from Great Britain to Madagascar. || To cite one or two instances, I may state that on grey sheeting, (which is the most important class of the goods in question), the duty under the Tariff in question was equivalent to 45 per cent *ad valorem*, and the new duty to 56 per cent., or a rise of 11 per cent. *ad valorem*. On grey shirtings (the next most important class), the former duty ranged from about 44 to 64 per cent. *ad valorem*, and the new duty from 54 to as much as 79 per cent., a rise of from 10 to 15 per cent. *ad valorem*. || The general result of the new Tariff on cotton

Nr. 11681. Grofsbritannien. 22. Juli 1898.

Nr. 11681. Grofsbritannien. 22. Juli 1898.

will be to put a stop to the greater part of British trade with Madagascar, and I am instructed by Her Majesty's Government to protest formally against the increase of the former Tariff, which is at present being pursued in Madagascar with a view to the exclusion of foreign manufacturers.

Edmund Monson.

Nr. 11682. FRANKREICH. — Dekret über die Verwandlung von Erbpachtverträgen auf Madagaskar in Kaufverträge.

Rapport au Président de la République Française.

Paris, le 9 Juillet, 1898.

Nr. 11682. Frankreich. 9. Juli 1898.

M. le Président. || L'article 85 de la Loi Malgache de 1881 interdisant la vente des terres aux étrangers, le Gouvernement Hova et de nombreux indigènes ont consenti aux colons installés dans la Grande Ile des baux à longs termes, que les locataires actuels auraient aujourd'hui intérêt à faire transformer en aliénations définitives. || Le Gouverneur-Général de Madagascar, en appelant l'attention de mon Département sur cette situation, m'a soumis les dispositions qu'après avis du Conseil d'Administration de la Colonie il avait cru devoir prendre pour déterminer les conditions de la transformation des baux emphytéotiques dont il s'agit en contrats de vente. || Ces dispositions sont consignées dans le projet de Décret ci-après, que j'ai l'honneur de soumettre à votre haute sanction.

Je vous prie, &c.
Le Ministre des Colonies,
(Signé) Georges Trouillot.

Décret.

Le Président de la République Française, || Vu l'Article 18 du Sénatus-Consulte du 3 Mai, 1854; || Vu le Décret du 11 Décembre, 1895, fixant les pouvoirs du Résident-Général de France à Madagascar, modifié par Décret du 30 Juillet, 1897, instituant un Gouverneur-Général de la Colonie de Madagascar et dépendances; || Vu le Décret du 6 Août, 1896, déclarant Colonie Française l'Ile de Madagascar et dépendances; || Vu le Décret du 16 Juillet, 1897, sur la propriété foncière à Madagascar; || Le Conseil d'Administration de la Colonie entendu, et après avis du Gouverneur-Général de Madagascar et dépendances; || Sur le rapport du Ministre des Colonies, || Décrète: || Article 1er. Les détenteurs d'immeubles en vertu de baux emphytéotiques consentis par le Gouvernement Malgache, pourront, sous réserve des besoins de la Colonie et après assentiment du Gouverneur-Général, demander la transformation de leurs baux en contrats de vente définitive, en ce qui concerne les immeubles qui auront été mis en valeur. || Toute personne désirant bénéficier de cet avantage adressera au Chef de la Province une demande dans laquelle elle spécifiera

l'étendue, les limites, et la situation de l'immeuble; elle joindra à sa demande l'acte en vertu duquel elle détient la propriété.

Art. 2. Une Commission, composée du Chef de la Province ou de son Délégué, d'un Délégué du Chef du Service des Domaines et d'un Représentant du locataire, constatera que l'immeuble a été mis en valeur et déterminera le prix qui doit être réclamé au locataire pour la transformation de son acte de bail en contract de vente définitive.

Art. 3. En cas d'entente entre l'Administration et le demandeur, Il sera établi, après avis du Conseil d'Administration, par les soins du service des Domaines, un acte de vente définitive et l'immatriculation de la propriété sera effectuée aux frais de l'intéressé. || A défaut, l'Administration suivra le recouvrement des termes échus ou à échoir et l'exécution des Conventions anciennes.

Art. 4. Cependant, tout Français qui justifiera d'une mise en valeur de l'immeuble pourra obtenir, après avis du Conseil d'Administration, la concession définitive de cet immeuble, sans autre dépense que les frais de constitution du plan par le service topographique et des titres par la conservation de la propriété foncière.

Art. 5. Les titulaires de baux emphytéotiques consentis, soit par des indigènes qui ne peuvent justifier de leur droit de propriété, soit par des indigènes qui ont disparu sans laisser d'héritiers au degré successible suivant les coutumes Malgaches, ou dont les héritiers sont inconnus, pourront, sous réserve des besoins de la Colonie, et après assentiment du Gouverneur-Général, se faire délivrer des titres de vente définitive par la Colonie en ce qui concerne les immeubles qui auront été mis en valeur.

Art. 6. Dans ce but, ils adresseront au Chef de la Province où se trouve situé l'immeuble une déclaration qui contiendra: || 1. Les nom, prénoms, surnoms, et domicile du déclarant. || 2. La description de l'immeuble et l'indication de la situation, c'est-à-dire de la province, de la ville ou du village de ses tenants et aboutissants, la date du bail emphytéotique, le nom du bailleur, ainsi que tous les renseignements qui seraient à leur connaissance au sujet de ce dernier. || 3. La mention que le propriétaire de l'immeuble a disparu et que les recherches faites sont restées infructueuses. Ils joindront à leur déclaration l'acte de bail dont il leur sera donné récépissé.

Art. 7. Dans le plus bref délai possible, le Chef de la Province fera afficher dans le lieu destiné aux annonces officielles et dans les marchés de sa circonscription, par les soins des autorités Françaises ou indigènes, une publication dans laquelle il invitera le propriétaire, ses héritiers ou ayants droit, à se faire connaître dans le délai de trois mois, faute de quoi la propriété fera retour à la Colonie. || L'accomplissement de toutes ces formalités sera constaté par un procès-verbal de l'autorité qui y aura procédé.

Art. 8. A l'expiration du délai de trois mois, et après avoir fait toutes les enquêtes qui lui paraîtraient nécessaires, le Chef de la Province adressera au Gouverneur-Général, avec son avis personnel, les pièces de l'enquête et le

Nr. 11682. Frankreich. 9. Juli 1898.

procès-verbal dressé par la Commission prévue à l'Article 2. || Le Gouverneur-Général statuera en Conseil d'Administration et ordonnera, s'il y a lieu, le retour de l'immeuble à la Colonie.

Art. 9. La concession définitive de l'immeuble sera accordée à titre onéreux, ou à titre gratuit, à l'emphytéote, dans les conditions prévues aux Articles 2, 3, et 4 du présent Décret.

Art. 10. Le Ministre des Colonies est chargé de l'exécution du présent Décret, qui sera inséré aux journaux officiels de la République Française, de Madagascar et dépendances, au "Bulletin des Lois" et au "Bulletin Officiel" Ministère des Colonies.

Fait à Paris, le 9 Juillet, 1898.

(Signé) Félix Faure.

Par le Président de la République:
Le Ministre des Colonies,
(Signé) Georges Trouillot.

Nr. 11683. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll gegen den Artikel 4 des Dekretes vom 9. Juli protestieren.

Foreign Office, August 13, 1898.

Nr. 11683. Grofsbritannien. 13. Aug. 1898.

Sir, I have received your Excellency's despatch of the 22nd July, transmitting a Decree stating the conditions under which occupiers of real estate on long lease in Madagascar may convert their holdings into freehold. Article 4 of the Decree, as your Excellency points out, would seem to confer special privileges in the matter of expenses on French colonists as compared with British subjects. || As this appears to be a fresh instance of the inequality of treatment to which British subjects are being exposed under the new system now being introduced into Madagascar, I should wish your Excellency to call M. Delcassé's attention to this subject as a further illustration of the grievance of which Her Majesty's Government are complaining, and to repeat their protest against action which is, in their opinion, inconsistent with the international rights of this country and with the repeated assurances given to Her Majesty's Government by the Government of the Republic.

Salisbury.

Nr. 11684. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll Vorstellungen erheben gegen die geplanten Mafsregeln gegen den indischen Handel auf Madagaskar.

Foreign Office, November 15, 1898.

Nr. 11684. Grofsbritannien. 15. Nov. 1898.

Sir, with reference to the measures which the French Government are said to contemplate in consequence of the trade in arms alleged to be carried on by Indian and Arab merchants with the Sakalavas inhabiting the west

coast of Madagascar, I transmit to your Excellency herewith copy of a letter from the India Office, from which it will be seen that, so far as the Government of Bombay can ascertain, there is no ground for the allegation that any trade in arms is carried on by Indian traders. || On the other hand, it appears that legitimate trade is suffering a check by reason of the heavy import duties recently imposed by the French Government on the commercial operations of British Indian subjects. || I therefore request your Excellency to make a representation on the subject to the French Government on behalf of the legitimate trade with Madagascar carried on by Indian traders or with Indian ports.

Nr. 11684. Grofsbritannien. 15. Nov. 1898.

Salisbury.

Nr. 11685. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Soll gegen Ausschlufs der fremden Küstenschiffahrt von Madagaskar protestieren.

Foreign Office, November 26, 1898.

Sir, in my despatch of the 15th instant, I instructed your Excellency to make a representation to the French Government with regard to the heavy import duties recently imposed in Madagascar upon the legitimate commercial operations of British Indian subjects. || I now transmit to your Excellency herewith a copy of a despatch from Her Majesty's Consul at Tamatave, inclosing a copy of a Decree issued by the Governor-General of Madagascar on the 14th September last, by which the coasting trade between Malagasy ports, and between Madagascar and the neighbouring islands, is confined to vessels flying the French flag. || This application of the French coasting trade regulations to Madagascar deals a severe blow to the rights hitherto injoyed and exercised by British trade in the island, and falls principally on the British Indian traders, by whom the coasting trade in those waters is mainly carried on. || I have therefore to request your Excellency to address a representation to the French Government on the subject, protesting on behalf of Her Majesty's Government against the action which is, in their opinion, a further infringement of the interests of British trade in Madagascar, inconsistent alike with the international rights of this country and with the repeated assurances of the Government of the Republic to which I have already, on several occasions, specifically called attention.

Nr. 11685. Grofsbritannien. 26. Nov. 1898.

Salisbury.

Nr. 11686. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Das Dekret über die Küstenschiffahrt in Madagaskar ist widerrufen.

Paris, le 28 Décembre, 1898.

M. l'Ambassadeur, || par deux lettres en date des 17 et 28 Novembre dernier, votre Excellence m'a fait l'honneur de m'entretenir d'un Arrêté que le Gouverneur-Général de Madagascar a pris le 14 Septembre dernier en vue

Nr. 11686. Frankreich. 28. Dez. 1898.

Nr. 11686. Frankreich. 28. Dez. 1898.

de réserver au pavillon Français le cabotage entre les ports de l'île et entre Madagascar et les îles avoisinantes. || M. le Ministre des Colonies, à qui j'avais transmis ces communications, me fait savoir qu'il n'a pas été donné suite à la mesure dont il s'agit. Mon collègue a été, en effet, informé que le Gouverneur-Général de Madagascar, en raison de l'insuffisance du nombre et du tonnage des navires Français pour les besoins du commerce et du ravitaillement du corps d'occupation, a cru devoir rapporter l'Arrêté qui'l avait pris pour réglementer le cabotage sur les côtes de la Grande Ile. || J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence cette information, qui est de nature à dissiper les inquiétudes qui s'étaient fait jour chez les négociants étrangers.

Delcassé.

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und Frankreich über das Thal des Oberen Nil und die Besetzung Faschodas. 1894 bis 1898.*)

Nr. 11687. **FRANKREICH.** — Denkschrift über das Abkommen zwischen Grofsbritannien und dem Kongostaat vom 12. Mai 1894**). Frankreich wahrt seine Ansprüche am Oberen Nil.

Paris, le 7 août, 1894.

Nr. 11687. Frankreich. 7. Aug. 1894.

Le Ministre des Affaires Étrangères a exposé à la tribune de la Chambre des Députés (séance du 7 Juin, 1894) les objections fondamentales que soulève aux yeux du Gouvernement Français, l'Arrangement conclu le 12 Mai dernier entre le Gouvernement de la Grande-Bretagne et le Gouvernement de l'État Indépendant du Congo. || Il a établi, en premier lieu, que les stipulations contenues à l'Article 2 de cet accord portent atteinte aux droits du Sultan et du Khédive sur les provinces du Bassin du Haut-Nil, et sont inconciliables tant avec les Firmans relatifs à l'Égypte qu'avec les Actes internationaux qui ont consacré l'intégrité de l'Empire Ottoman. || Il a rappelé d'autre part, que l'État Indépendant du Congo, en sa qualité d'État neutre, constitué par un Acte conventionnel et enfermé dans des frontières déterminées ne saurait, de son plein gré, étendre son action sur des régions situées en dehors des limites fixées soit par sa propre déclaration de neutralité, soit par les Conventions conclues avec les Puissances limitrophes, notamment avec la France, et à plus forte raison, chercher à porter son activité au delà même du Bassin Conventionnel du Congo; que, dans tous les cas, aucune modification à sa constitution territoriale ne pourrait avoir lieu sans l'assentiment des Puissances intéressées, et que toute stipulation non revêtue de cette sanction constituait une infraction aux dispositions de l'Acte Général qui lie les Puissances entre elles. || Il semble inutile de rien ajouter à la démonstration qui a été faite sur ces deux points. || Les droits du Sultan et du Khédive sur les territoires visés à l'Article 2 de l'Arrangement sont, d'ailleurs, si peu

*) Engl. Blaubücher Egypt. 2. 3. 1898. 90, 54, 55. Vgl. Europäischer Geschichtskalender 1894, 95, 98. Red.

**) Staats-Archiv Bd. 57, Nr. 10569.

Nr. 11687. Frankreich. 7. Aug. 1894.

douteux que les deux Parties Contractantes n'ont pas cru pouvoir se dispenser d'en faire mention dans un échange de notes qui a suivi la signature du dit Acte, et où il est dit que le Gouvernement Britannique et le Gouvernement de l'État Indépendant "n'ignorent pas" les revendications de la Turquie et de l'Égypte dans le Bassin du Haut-Nil. Cette formule de prétérition n'en constitue pas moins la reconnaissance des droits dont il s'agit. || Est-il besoin de rappeler que pendant de longues années ces provinces ont été occupées et administrées par l'Égypte, et que si à une date toute récente les Agents du Khédive ont dû, par suite d'événements de force majeure, les abandonner momentanément, le Gouvernement Khédivial n'a jamais cessé d'affirmer sa volonté d'y rétablir son autorité? La protestation de la Turquie vient d'ailleurs confirmer, de la façon la plus précise cette situation de droit. || La Province Équatoriale n'est-elle pas, à ce point de vue, dans une condition toute semblable à celle de la Province de Kassala, où les forces Égyptiennes n'ont pas réussi à se maintenir? Et cependant la Grande-Bretagae elle-même à pris soin de réserver expressément les droits de l'Égypte sur la Province de Kassala, en faisant remarquer que ces régions ne pouvaient être considérées comme inoccupées et vacantes par le seul fait qu'une révolution intestine les avait soustraites temporairement à l'autorité Khédiviale. Tel a été l'objet de la disposition insérée dans l'accord Anglo-Italien du 15 Avril, 1891, d'après laquelle || "Il est convenu entre les deux Gouvernements que toute occupation militaire temporaire du territoire additionnel spécifié dans cet Article (il s'agit de la Province de Kassala) n'abrogera pas les droits du Gouvernement Égyptien sur le dit territoire, mais ces droits demeureront seulement en suspens jusqu'à ce que le Gouvernement Égyptien soit en mesure de réoccuper le district en question . . . . et d'y maintenir l'ordre et la sécurité."

En vain voudrait-on prétendre que la souveraineté du Sultan et du Khédive n'est pas atteinte par l'Arrangement du 12 Mai, parce que les territoires visés à l'Article II sont, non pas cédés en toute propriété à l'État Indépendant, mais simplement donnés à bail. Outre qu'on ne comprend pas comment il est possible à quelqu'un de donner à bail des territoires sur lesquels il ne possède aucun droit de souveraineté ni de propriété, on ne saurait manquer d'être frappé de ce que présente de singulier la conception d'un bail fait, à titre précaire, qui doit cesser à la mort de l'un des Souverains contractants, lequel devient ainsi une sorte de détenteur, à titre personnel et provisoire, des pays et des peuples qui lui sont remis en location. C'est la première fois, semble-t-il, qu'on voit apparaître dans un Traité une stipulation de cette nature et il paraît impossible d'en déterminer la véritable portée. Quel est le véritable maître de ces régions et de ces peuples? Qu'arrivera-t-il en cas de décès subit du locataire? Qui sera responsable en cas de conflit ou de difficultés? Sera-ce le Souverain qui n'a pas renoncé à son droit ou le locataire qui n'a pas fait reconnaître le sien? || Faut-il rappeler également que l'Arrangement du 12 Mai soulève une question qui tend à

prendre une importance de plus en plus considérable dans ce qu'on a cru pouvoir appeler "le droit international Africain," celle de l'occupation effective des territoires sur lesquels une Puissance prétend exercer des droits de souveraineté. Le fait de l'occupation réelle, en dehors des cas où le droit est nettement établi par des Actes conclus entre les Puissances intéressées paraît être le seul moyen pratiqué de prévenir les difficultés et les conflits. Or, il n'est pas douteux que la Grande-Bretagne n'a jamais fait acte d'occupation effective sur les territoires cédés à bail et n'y a jamais établi son autorité. A ce point de vue encore, les stipulations de l'Article II manquent de toute base légale ou pratique. || Enfin l'attention du Gouvernement Français avait été particulièrement attirée sur la disposition contenue à l'Article III de l'Arrangement du 12 Mai, d'après laquelle l'État Indépendant donnait à bail à la Grande-Bretagne une bande de terre d'une étendue de 25 kilom. en largeur se prolongeant du port le plus septentrional sur le Lac Tanganika, jusqu'au point le plus méridional du Lac Albert Édouard. || Il lui avait paru qu'une pareille disposition était en contradiction avec le principe de l'égalité de traitement proclamé par l'Article V de l'Acte Général de Berlin et inconciliable avec le droit de préférence reconnu à la France par les accords de 1884 et de 1887. || Cet Article étant aujourd'hui abandonné, il paraît inutile d'insister davantage sur les questions qu'il soulevait. || On fera remarquer toutefois que la situation spéciale de l'État du Congo à l'égard de la France lui imposait, dans les engagements qu'il croyait devoir prendre, une réserve particulière, sous peine de soulever les réclamations d'une Puissance qui, comme Signataire des Actes de Berlin et des Traités antérieurs, et en raison de son voisinage, à défendre des intérêts et des droits qu'un arrangement auquel elle n'a pas pris part ne peut faire disparaître. || Ces différents points de vue ont, d'ailleurs, été développés tant à la tribune de la Chambre des Députés, que dans les entretiens que le Ministre des Affaires Étrangères a eus avec Lord Dufferin, l'Ambassadeur d'Angleterre, et le Gouvernement Britannique luimême n'ont jusqu'ici présenté aucune réponse topique à la critique que le Gouvernement Français a opposée à la Convention du 12 Mai et notamment à son Article II. On peut dire, au contraire, que dans les entretiens auxquels il vient d'être fait allusion, Lord Dufferin a reconnu le bien fondé de la plupart des observations qui lui étaient soumises. || Cependant les négociations, engagées sur la demande du Gouvernement Britannique n'ayant abouti jusqu'ici à aucun résultat, le Gouvernement de la République ne peut que maintenir les réserves et les protestations qu'il a formulées, dès l'origine, contre l'Arrangement du 12 Mai. Il n'en reste pas moins disposé à rechercher, dans l'esprit le plus amical, de concert avec le Gouvernement de la Reine, les conditions dans lesquelles il serait possible de régler les difficultés auxquelles a donné lieu l'Acte dont il s'agit.

Nr. 11688. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Bemerkungen zum Vorigen.

Foreign Office, August 14, 1894.

Nr. 11688. Grofsbritannien. 14. Aug. 1894.

My Lord, || Her Majesty's Government have given their careful attention to M. Hanotaux' Memorandum of the 7th instant, stating the objections entertained by the French Government to the Agreement concluded on the 12th May between Great Britain and the King of the Belgians as Sovereign of the Independent State of the Congo. || Before proceeding to discuss those objections, they must acknowledge the friendly tone of the note, and the desire expressed at its conclusion to arrive at a solution of the differences between the two Governments to which the Agreement has given rise. That desire is entirely shared by Her Majesty's Government. || The objections of the French Government are based on three separate grounds: Firstly, that the Agreement is in contravention of the rights of the Sultan and the Khedive in the provinces of the Upper Nile; secondly, that it is inconsistent with the Conventional limitations placed on the action of the Congo State as a neutral State under the Act of Berlin of 1885; and, thirdly, that it is beyond the competence of Great Britain to grant a lease to another Power of territory which she has never herself effectively occupied. || With regard to the first of these objections, M. Hanotaux does not appear to have fully appreciated the force of the declaration, made at the signature of the Agreement, that the two Parties did not ignore the claims of Turkey and Egypt in the basin of the Upper Nile. That declaration is considered by Her Majesty's Government to be tantamount to an assurance that the claims in question will not be disregarded whenever Turkey and Egypt may be in a position to assert them. Her Majesty's Government are, however, perfectly ready to consider whether any more explicit form of recognition can be placed on record by which the rights of the Porte may be more effectually safeguarded. They have already made an intimation to this effect to the Porte, which is the party primarily interested. But they have no objection to discussing the matter with the French Government. || In alluding to the guarantee of the integrity of the Ottoman Empire contained in the Treaty of Paris of 1856, the French Minister for Foreign Affairs appears to have overlooked the fact that it can only be construed as applying to the territories then belonging to the Ottoman Empire. The Porte has claimed that it included Tunis, as being at the time an integral part of the Sultan's dominions, but it cannot be considered as having been intended to apply to the Equatorial Provinces of Egypt, which were not acquired until many years afterwards. The Treaties of London and Berlin of 1870 and 1878 each contained a provision confirming all the stipulations of the Treaty of 1856, which were not annulled or modified by these subsequent Treaties. But there is nothing to suggest an extension of the guarantee to provinces acquired by Turkey or Egypt subsequently to 1856. ||

Nr. 11688. Grossbritannien. 14. Aug. 1894.

But Her Majesty's Government do not wish to raise a discussion on this point; they are in accord with the Government of France in desiring to preserve intact the possessions of the Sultan, and they are ready to give their careful consideration to any well-substantiated claims of the Porte, whenever and wherever they may be put forward. || With regard to the limitations which the French Government consider to be placed by international agreement on the action of the Independent State of the Congo, the expressions used in M. Hanotaux' note appear to Her Majesty's Government to be of a more positive character than the circumstances justify. The State of the Congo has not, as far as Her Majesty's Government are aware, been constituted by a Conventional Act, or restricted within certain defined frontiers. The General Act of the Conference of Berlin of the 26th February, 1885, laid down, in Article I, the limits of the Conventional Basin of the Congo. By Article X of the same Act the Signatory Powers bound themselves to respect the neutrality of the territories belonging to the countries comprised in those limits, so long as the Powers exercising rights of sovereignty or protectorate over these territories, "using their option of proclaiming themselves neutral, shall fulfil the duties which neutrality requires." || There is nothing in these stipulations to prevent a Power which has proclaimed itself neutral from extending its territories either within or beyond the limits assigned to the Conventional Basin of the Congo, provided always that it continues to fulfil the duties which neutrality requires. || As a matter of fact, the limits of the Congo State have not been laid down in any general International Convention. A Circular was addressed by it to the various Powers in August 1885, in which it proclaimed its neutrality, and stated its limits as they then existed. But it neither entered into any undertaking not to extend or modify its frontiers, nor was any such obligation imposed on it by the other Powers Signatories of the General Act. Indeed, in a series of Conventions concluded separately with different Powers before and after the date of that Circular, those frontiers have been very variously defined, and constantly modified, principally in the way of augmentation of territory; for instance, unless Her Majesty's Government have been incorrectly informed, a Protocol was concluded with France on the 29th April, 1887, by which the frontiers of the Congo State were extended considerably beyond those given in the Circular of August 1885. This Protocol has never been formally brought by France or the Congo State to the notice of the other Powers, but Her Majesty's Government do not suppose that the French Government can have considered it to be contrary to the Conventional obligations of the Congo State. || M. Hanotaux proceeds to advert to the singular nature of a lease on a precarious title which is to cease on the death of one of the Contracting Sovereigns, to the complicated questions of international law to which, in certain eventualities, it would give rise, and to the difficulty of deciding who is the real Sovereign of the leased territories, and who would be responsible in case of conflicts or difficulties.

Nr. 11688. Grofs-britannien. 14. Aug. 1894.

He further questions the right of any Power to exercise sovereignty over, or to dispose of, territories which it has not effectively occupied. || Her Majesty's Government do not deny that the state of things which has arisen in regard to Africa must necessarily bring in its train a series of new and somewhat perplexing questions of international law. This seems to them the inevitable outcome of a situation without precedent. But they think it useless to attempt to discuss and solve by anticipation the various problems attaching to the creation of spheres of influence—a phrase which has only recently found a place in international law, and which in its turn has suggested the form of lease recognized by the Agreement of the 12th May. || Both terms are no doubt of recent use in diplomatic documents. In the view of Her Majesty's Government they are both convenient. But the idea of occupation by mutual agreement for a fixed or uncertain period is by no means unknown to European international law. There are equally in Europe territories for which it would be difficult to apportion the exact measure of responsibility between the Suzerain or Sovereign and the authority in more immediate occupation. Questions similar to those put by M. Hanotaux with regard to the territories under lease might equally be asked in regard to Bulgaria, to Cyprus, to Bosnia and Herzegovina, or to Savoy when occupied by Switzerland for the preservation of its neutrality. || Nor does it seem to Her Majesty's Government that it would be convenient to push too far the obligation of effective occupation of all territory within the spheres of influence of the several European Powers. Effective occupation is a vague and relative term, and it may be asked how much of the territory now claimed by those Powers can be said to be effectively occupied in what would be considered the true meaning of the term in Europe.

Her Majesty's Government had already entered into Conventional Agreements with Germany and Italy as conterminous Powers providing for the recognition of the British sphere of influence. || In pursuance of their rights thus recognized, which have, moreover, been publicly announced and hitherto uncontested, Her Majesty's Government assigned to the Sovereign of a neutral State the temporary privilege of effective occupation of certain territory within the British sphere. As a matter of fact, the lessee has already occupied a portion of the territory in question. Her Majesty's Government do not perceive that there is in this proceeding anything to which exception can legitimately be taken by France whose sphere of influence in that direction is undefined, but who has never claimed any portion of the territories in question, and whose effective occupation has not hitherto approached within a considerable distance of them. || With regard to the objections advanced by the French Government to Article III of the Agreement of the 12th May, Her Majesty's Government willingly agree that as the Article has been abandoned it is no longer necessary to enter on a discussion with regard to it. They have already made public the observations addressed by them to the Govern-

ment of Germany, with the object of showing that the lease granted to Great Britain of a strip of territory between Lake Albert Edward and Lake Tanganyka was subordinated to conditions which precluded any injury to the interests of other Powers. But they would wish to point out that those conditions, and the period assigned to the lease, equally precluded any contravention of rights which France might claim under her Agreement of 1884 with the International Association of the Congo. It seems to them questionable whether the claims of priority and preference which the French Government base upon this latter instrument are altogether compatible with the position of the Congo State as a neutral, and whether the Declaration of Neutrality addressed to and accepted by the Signatories of the Act of Berlin does not entitle those Signatories to make their own reservation in regard to rights of reversion or pre-emption claimed by non-neutral Power in virtue of a previous Agreement which has not received their sanction, of which, indeed they have no official cognizance, and which was made, not with the Congo State or its Sovereign, but with the International Association that preceded it. || Her Majesty's Government think it right thus frankly to explain their reasons for dissenting from the views of the French Government set forth in M. Hanotaux' note. They believe that those reasons have already been at least partially placed before M. Hanotaux in the course of the conversations which you have had with his Excellency on the subject. If they have refrained hitherto from stating them in a formal and complete shape, it has not been from any want of attention, but because a speech to a Legislative Assembly cannot properly be regarded as a diplomatic communication, and indeed the arguments contained in M. Hanotaux' address to the Chamber did not seem to them sufficiently definite and precise to admit of an official statement in reply. The present observations are not made for the purpose of raising a controversy upon the juridical aspects of the Agreement of the 12th May, but with the object of assisting your Excellency in your discussions with the French Minister for Foreign Affairs on the points at issue.

Nr. 11688. Großbritannien. 14. Aug. 1894.

I am, &c.

(Signed) Kimberley.

Nr. 11689. **GROSSBRITANNIEN.** — Rede des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Sir E. Grey im Unterhause über die Besitzverhältnisse am Obern Nil. (Auszug.)

March 28, 1895.

Nr. 11689. Großbritannien. 28. März 1895.

The honourable Member opposite began his speech by claiming for himself and the leaders of the Opposition, that they had not during the two and a-half years that the present Government have been in power, done anything to inconvenience the Government in their foreign policy by making party capital out of any questions or incidents which had arisen. I freely and gladly recognize that that is a perfectly just claim for him to make; and personally

Nr. 11689. Grofs-britannien. 28. März 1895. I have benefited a great deal by that attitude on the part of the leaders of the Opposition. I freely recognize that the claim which the honourable Member for Sheffield has made to-night is one which is justified. I will pass to the particular questions which have been raised in the debate. There is, first of all, the question of the Agreement made last year with the Congo State. The honourable Member for Sheffield said the policy of that Agreement had been to try to shove forward the Congo State to occupy British territory. No description of that Agreement, of the motives and policy of it, could have been more inaccurate. The Government did not try to shove the Congo State forward at all. When we came into office we found a large force had already shoved itself forward, and was in part of the territory, at any rate, which was subsequently dealt with by that Agreement. There was no anxiety on her part to be shoved forward. What I am asked is, how is British territory affected by that Agreement, and the position in which it now stands? || Under that Agreement the Congo State have recognized British interests. I do not say that recognition is necessary to our claim, but at any rate it is right and it is useful that we should have it, and that undoubtedly has been one outcome of the Agreement with the Congo State. I pass from that to the position which this country occupies, and is to occupy, in the future with regard to the Valley of the Nile, and that part of the British sphere of influence touched, upon by the honourable Member for Penrith. The greater number of speeches that have been made have been devoted to explaining the importance of this question. I have no wish to dispute its importance. On the contrary, I am sensible that it is most important. I am asked, how do we stand with regard to this matter at the present time? As the honourable Member for Penrith has already shown, there was an Agreement made in 1890 with Germany and another with Italy defining the British sphere of influence, and obtaining from these two great countries a recognition of the British sphere of influence. The honourable and gallant Member for Lichfield asked whether any effective occupation is necessary to establish the validity of our claims in Africa. A great deal of rearrangement would have to take place, not in the British sphere only, but in the spheres of other Powers also, if the question of effective occupation is gone into, and its effect on the validity of claims. (Hear, hear.) I am not at all sure that the Power most intimately concerned in that matter is Great Britain. I should say, at all events, that the proportion of our effective occupation to our clams is at least as large as that of other Powers. These Agreements have now been before the world for five years, and though they have not been formally recognized by more than the two Powers concerned, except by the Congo State, they are at the same time well known to all the other Powers, and have not been disputed during five years. Besides this, there is the question of the claims of Egypt. Towards Egypt this country stands in a special position of trust, as regards the maintenance of the interests of Egypt, and the claims

of Egypt have not only been admitted by us, but they have been admitted and emphasized lately by the Government of France. || I stated the other day that, in consequence of these claims of ours, and in consequence of the claims of Egypt in the Nile Valley, the British sphere of influence covered the whole Nile waterway. That is a statement following logically upon what has happened in past years, and of what has been in the knowledge of the world for the last two years. I am asked whether or not it is the case that a French expedition is coming from the west of Africa with the intention of entering the Nile Valley, and occupying up to the Nile. I will ask the Committee to be careful in giving credence to the rumours of the movement of expeditions in Africa. Even places in Africa are apt to shift about and it is sometimes found that some place supposed to occupy a particular position does not in fact occuppy that position. || Rumours have come with greater or less freedom with regard to the movements of expeditions in various parts of Africa, but at the Foreign Office we have no reason to suppose that any French expedition has instructions to enter, or the intention of entering, the Nile Valley; and I will go further and say that, after all I have explained about the claims we consider we have under past Agreements, and the claims which we consider Egypt may have in the Nile Valley, and adding to that the fact that those claims and the view of the Government with regard to them are fully and clearly known to the French Government, I cannot think it is possible that these rumours deserve credence because the advance of a French expedition under secret instructions right from the other side of Africa into a territory over which our claims have been known for so long would be not merely an inconsistent and unexpected act, but it must be perfectly well known to the French Government that it would be an unfriendly act, and would be so viewed by England. (Hear, hear.)

Nr. 11689 Grofsbritannien. 28. März 1895.

Nr. 11690. FRANKREICH. — Rede des Ministers des Auswärtigen im Senat über denselben Gegenstand. (Auszug.)

April 5, 1895.

J'arrive maintenant, Messieurs, à la question du Haut-Nil. || J'expliquerai, en quelques mots, la situation au Sénat; car je crois utile de compléter les explications qu'a déjà données à ce sujet M. de Lamarzelle. || Entre le pays des Lacs et le point de Wady-Halfa, sur le cours du Nil, s'étend une vaste région mesurant 20 degrés de latitude — soit 2000 kilom. — c'est-à-dire plus que la largeur de l'Europe Occidentale, de Gibraltar à Dunkerque || Dans cette région, il n'y a peut-être pas, à l'heure présente, un seul Européen; en tout cas il n'existe aucun pouvoir relevant à un titre quelconque d'une autorité Européenne. C'est le pays du Mahdi! || Or, Messieurs, ce sont les destinées de ce pays qui remplissent d'une inquiétude, qu'on peut qualifier au moins de prématurée, l'esprit d'un certain nombre d'Africanistes. || Les Egyptiens, qui

Nr. 11690. Frankreich. 5. April 1895.

Nr. 11690. Frankreich. 5. April 1895.

ont occupé pendant assez longtemps ce vaste domaine, se sont repliés vers le nord. Émin Pacha a dû lui-même abandonner la place. Les droits du Sultan et du Khédive, seuls, planent encore sur ces régions du Soudan et de l'Afrique Équatoriale. (Tres bien!) || Cependant, en 1890, l'Angleterre, se partageant avec l'Allemagne les États du Sultan de Zanzibar, procédait, dans l'arrangement qui consacrait ce partage, à une de ces annexions sur le papier qu'une diplomatie persévérante cultive ensuite, comme des germes de réclamation et de titre pour l'avenir. (Nouvelles marques d'assentiment.) || L'Allemagne, n'ayant, d'aillieurs, aucun droit ni aucune revendication à exercer dans ces régions, donnait son assentiment à une prétention qui ne la gênait guère. || D'après cette nouvelle Convention, la sphère d'influence Anglaise s'étendrait sur la rive droite du Nil „jusqu'aux confins de l'Egypte.“ Sur la rive gauche, aucune limite n'est indiquée vers le nord. A la rigueur, la nouvelle sphère d'influence pouvait embrasser tout le bassin, ou du moins toute la Vallée du Haut-Nil; car on se sert alternativement de l'un ou de l'autre terme! En tout cas on était bien loin des États du Sultan de Zanzibar! || Or, en ce qui concernait ces États, les droits de la France étaient lésés directement. Elle protesta, et, après une discussion entre les deux Gouvernements, un accord sur ce point spécial intervint à la date du 5 Août, 1890. || Mais la France n'avait pas à discuter les Articles de la Convention Anglo-Allemande qui se rapportaient à d'autres parties de l'Afrique. Par le fait qu'elle donnait uniquement son adhésion à certains Articles, elle réservait son assentiment en ce qui concernait les autres. (Marques d'assentiment.) || C'est, d'ailleurs, ce qui est apparu nettement par la suite.

Le 12 Mai, 1894, le Gouvernement Anglais procédait avec l'État du Congo à une nouvelle Convention, de laquelle il résulta que l'Angleterre cédait à bail, soit perpétuel, soit temporaire, une partie des vastes territoires mentionnés ci-dessus. Si cette Convention eût été suivie d'effet, elle eût pu, selon la remarque de Sir Edward Grey, créer à la rigueur une sorte d'argument nouveau en faveur des prétentions de l'Angleterre. || Mais ici, encore, la France est intervenue, et je n'ai pas à rappeler dans quelles conditions l'Arrangement du 14 Août a succédé à celui dn 12 Mai, 1894. Le Congo Belge renonçait au bail qui lui était attribué, et la France faisait reconnaître ses droits sur le Bassin du Haut-Oubanghi. (Très bien! très bien!) || C'est alors que l'Angleterre crut devoir poser de nouveau la question de sa sphère d'influence dans le Haut-Nil, telle qu'elle était inscrite dans la Convention de 1890. || Pour la première fois, on demandait nettement à la France son assentiment. La France ne se refusa pas à la négociation, et, sur la demande du Cabinet de Londres, elle se prêta à l'étude en commun du réglement de l'ensemble des questions pendantes en Afrique. || Ces pourparlers, il est vrai, n'ont pas encore abouti, mais il est aisé de se rendre compte des difficultés que présentent de telles discussions, si l'on envisage à la fois l'ampleur du programme, la rareté des renseignements exacts, et la précison exigée par les formules définitives. || Quoi

qu'il en soit, la position prise par la France est la suivante:— || Les régions dont il s'agit sont sous la haute souveraineté du Sultan. Elles ont un maître légitime, c'est le Khédive. (Vive approbation.) || Ceci posé, nous disons au Gouvernement Anglais: — || „Vous déclarez qu'en vertu de la Convention de 1890, l'Angleterre a placé une partie de ces territoires dans sa sphère d'influence. Eh bien! Faites-nous savoir du moins à quels territoires s'appliquent vos revendications. Dites-nous jusqu'où s'étend cette sphère d'influence, qui, d'après vous, s'ouvrirait sur la rive gauche du Nil, et se prolongerait on ne sait où vers le nord. || „En un mot, vous nous présentez une réclamation vague, incertaine, formulée dans des termes qui prêtent à des interprétations diverses. Vous réunissez dans une seule phrase la sphère d'influence d'Égypte et la sphère d'influence de l'Angleterre. Dites-nous alors où s'arrête l'Égypte, où commence cette sphère que vous réclamez. || „Vous désirez qu'à l'heure présente, et prématurément, à mon avis, nous réglions l'avenir de ces régions. Vous voulez obtenir notre adhésion sans même nous expliquer à quoi nous devons adhérer. Dans de telles conditions ne vous étonnez pas que nous refusions notre acquiescement, et que nous réservions notre entière liberté.“ (Très bien! très bien!) || Or, Messieurs, le Gouvernement Français n'a pu obtenir jusqu'ici aucune réponse précise à des questions si nettes et si légitimes. || Quand, au cours des négociations récentes, j'ai pressé le Gouvernement Britannique de me répondre, les pourparlers se sont interrompus, et je puis affirmer ici que ce n'est pas du fait du Gouvernement Français.

Nr. 11690. Frankreich. 5. April 1895.

Je dois ajouter, d'ailleurs, que d'un commun accord les deux Gouvernements ont porté immédiatement leur attention sur d'autres points de l'Afrique, et que nous avons eu la satisfaction de voir sortir de nos négociations cet arrangement de Sierra-Leone, auquel je faisais allusion tout à l'heure, arrangement signé il y a deux mois à peine, et qui prouve, du moins, que si complexes qui soient ces questions, elles peuvent se régler quand on met un bon vouloir mutuel à les résoudre. || Mais, Messieurs, si l'on veut obtenir un résultat semblable pour les points qui restent encore en suspens, il importe de conserver aux difficultés leur véritable caractère. Ne vaudrait-il pas mieux s'abstenir d'affirmations publiques qui, je le veux bien, ne sont que l'exposé de la thèse de l'une des deux parties, mais qui pourraient rendre un accord impossible en fermant d'avance toute issue à la discussion! (Très bien!) || Sir Edward Grey lui-même, dans l'exposé qu'il a fait devant le Parlement Anglais, a dit qu'il s'agissait „non pas d'événements accomplis, mais seulement de la prévision de ceux qui pourraient arriver.“ || Quand je pense á l'immensité des territoires qui sont en jeu, à l'obscurité absolue des renseignements que nous avons sur ce qui s'y passe, je me demande si vraiment ce n'est pas prévoir de bien loin que de vouloir tout régler d'avance par des lignes tirées sur les cartes, par une de ces „delimitations sur le papier“, dont parle Lord Salisbury, et qui, d'ailleurs, dans sa pensée, étaient destinées „à prévenir les conflits et non à les faire naître.“ || Quant à moi, Messieurs, au moment où

Nr. 11690. Frankreich. 5. April 1895. je défends des droits précis, fondés sur des titres incontestables, je me reprocherais, comme un procédé peu amical, d'enfermer d'avance la disscussion dans un cercle étroit d'où elle ne pourrait sortir. Entre deux Puissances qui se respectent, et dont les relations sont toujours courtoises, entre la France et l'Angleterre, il ne peut être question ni d'aggression ni d'injonction, alors qu'il s'agit de problèmes complexes, et où tant de solutions différentes peuvent être utilement envisagées. (Très bien! très bien!) || Personne, notamment, ne peut songer à donner à ces premières délimitations, vaguement esquissées sur des cartes incertaines, le caractère pressant et imprescriptible que des sanctions traditionnelles ont assuré aux frontières des États Européens. Personne non plus ne peut prétendre entraver l'initiative des hommes courageux qui vont à la découverte de ces pays nouveaux. (Marques d'assentiment.) || Mais, quand l'heure sera venue de fixer les destinées définitives de ces contrées lointaines, je suis de ceux qui pensent qu'en assurant le respect des droits du Sultan et du Khédive, en réservant à chacun ce qui lui appartiendra selon ses œuvres, deux grandes nations sauront trouver les formules propres à concilier leurs intérêts et à satisfaire leurs communes aspirations vers la civilisation et le progrès.

Nr. 11691. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hat Hanotaux mitgeteilt, dafs Grofsbritannien keiner anderen Macht einen Anspruch auf den Oberen Nil zuerkennt.

Paris, December 10, 1897. (December 11.)*)

Nr. 11691. Grofsbritannien. 10. Dez. 1897. (Extract.) || I had the honour to receive this morning, by special messenger, your Lordship's despatch of yesterday's date, in which you communicated to me the views of Her Majesty's Government on the proposals made by M. Hanotaux with respect to the Valley of the Niger and certain adjacent territory, as reported in my despatch of the 27th ultimo. || I have lost no time in recording, in official form, all the views of Her Majesty's Government as embodied in the despatch form your Lordship under consideration; and I have the honour to inclose copy of the note in which I have communicated them to the Government of the Republic. || The despatches which I have recently addressed to your Lordship respecting the reports of the massacre of the Marchand expedition, and the comments made in connection with this rumoured disaster by the French press will have already shown your Lordship how necessary it has become to remind the French Government of the views held by that of Her Majesty as to their sphere of influence in the Upper Nile Valley; and it has been with great satisfaction that I have found myself so promtly authorized to make a communi-

*) Die eingeklammerten Daten geben das Datum des Empfanges an. Red.

cation upon the subject to M. Hanotaux. Made in the way in which it has been suggested by your Lordship, I see no reason why this communication should prejudice the chances of our coming to a satisfactory arrangement upon the question with which we are dealing in connection with the situation in West Africa.

Nr. 11691. Grofs-britannien. 10. Dez. 1897.

Beilage.

Der englische Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, December 10, 1897.

(Extract.) || The other point to which it is necessary to advert is the proposed recognition of the French claim to the northern and eastern shores of Lake Chad. If other questions are adjusted, Her Majesty's Government will make no difficulty about this condition. But in doing so they cannot forget that the possession of this territory may in the future open up a road to the Nile; and they must not be understood to admit that any other European Power than Great Britain has any claim to occupy any part of the Valley of the Nile. The views of the British Government upon this matter were plainly stated in Parliament by Sir Edward Grey some years ago during the Administration of the Earl of Rosebery, and were formally communicated to the French Government at the time. Her Majesty's present Government entirely adhere to the language that was on this occasion employed by their predecessors.

Nr. 11692. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Antwort auf das Vorige. Protest gegen den englischen Anspruch.

Paris, le 24 Décembre, 1897.

(Extrait.) || Votre Excellence a cru devoir ajouter qu'en reconnaissant les droits de la France sur la rive nord et est du Lac Tschad et sur les territoires situés en arrière, le Gouvernement Britannique n'entend pas admettre qu'une Puissance autre que la Grand-Bretagne puisse prétendre à occuper une portion quelconque de la Vallée du Nil. || La situation réciproque de la France et de la Grand-Bretagne dans les régions du Lac Tschad a donné déjà lieu en 1894 à des pourparlers qui avaient abouti à l'Article 5 des bases d'arrangement remises par Mr. Phipps le 9 Octobre de la même année. || Les termes dans lesquel était concu ce projet semblaient impliquer le réglement des difficultés pendantes à l'ouest comme à l'est du Niger, abstraction faite des questions du Haut-Nil. C'est dans cet ordre d'idées et en reproduisant la substance de l'Article précité ainsi que des passages y relatifs des deux lettres échangées entre Mr. Phipps et moi le 10 Octobre, 1894, qu'il a été

Nr. 11692. Frankreich. 24. Dez. 1897.

Nr. 11692. Frankreich. 24. Dez. 1897.

répondu à la question posée par les Commissaires Britanniques. || En tout cas le Gouvernement Français ne saurait, en la circonstance présente, se dispenser de reproduire les réserves qu'il n'a jamais manqué d'exprimer toutes les fois que les questions afférentes à la Vallée du Nil ont pu être mises en cause. C'est ainsi notamment que les déclarations de Sir Edward Grey auxquelles vient de se reporter le Gouvernement Britannique, ont motivé de la part de notre Représentant à Londres une protestation immédiate, dont il a repris et développé les termes dans les entretiens ultérieurs qu'il a eus ensuite sur ce sujet au Foreign Office. J'ai eu moi-même occasion, au cours de la séance du Sénat du 5 Avril, 1895, de faire au nom du Gouvernement des déclarations auxquelles je crois être d'autant plus fondé à me référer qu'elles n'ont amené aucune réponse de la part du Gouvernement Britannique. || Ainsi que je l'ai déjà spécifié, les Commissaires Français, pour répondre à une demande d'éclaircissements de leurs collègues, n'ont fait que se reporter aux bases d'arrangement posées en 1894 par le Plénipotentiaire Britannique. La position prise par le Cabinet de Londres dans la lettre à laquelles je réponds tendrait à avoir pour conséquence depréjuger des questions d'ordre tout différent et qui sont complètement étrangères aux difficultés dont la Commission du Niger a pour mandat de poursuivre le réglement. || C'est pourquoi j'ai pensé que pour le bon ordre d'une discussion que les deux Parties ont un égal désir de voir se terminer par un arrangement equitable, ces explications étaient nécessaires, et je les fais parvenir à votre Excellence dans le même esprit de conciliation et d'entente qu'elle a bien voulu invoquer dans sa propre communication.

Nr. 11693. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an Lord Cromer, den englischen Kommissar in Kairo. Instruktionen für weiteres Vorgehen nach der Besetzung Khartums.

Foreign Office, August 2, 1898.

Nr. 11693. Grofsbritannien. 2. Aug. 1898.

My Lord. || It is desirable that you should by placed in possession of the views of Her Majesty's Government in respect to the line of action to be followed in the event of Khartoum being occupied at an early date by the forces now operating in the Soudan under the command of Sir Herbert Kitchener. || Her Majesty's Government do not contemplate that after the occupation of Khartoum any further military operations on a large scale, or involving any considerable expense, will be undertaken for the occupation of the provinces to the south. But the Sirdar is authorized to send two flotillas, one up the White and the other up the Blue Nile. || You are authorized to settle the composition of these two forces in consultation with the Sirdar. || Sir Herbert Kitchener should in person command the White Nile Flotilla as far as Fashoda: and may take with him a small body of British troops,

should you concur with him in thinking such a course desirable. || The officer in command of the Blue Nile flottilla is authorized to go as far as the foot of the cataract, which is believed to commence about Roseires. He is not to land troops with a view to marching beyond the point on the river navigable for steamers. Should he, before reaching Roseires, encounter any Abyssinian outposts, he is to halt, report the circumstance, and wait for further instructions. || In dealing with any French or Abyssinian authorities who may be encountered, nothing should be said or done which would in any way imply a recognition on behalf of Her Majesty's Government of a title to possession on behalf of France or Abyssinia to any portion of the Nile Valley. As regards France, the following extract form a note addressed by Sir Edmund Monson to M. Hanotaux on 10th December, 1897, sets forth the view held by Her Majesty's Government on this subject: "Her Majesty's Government," Sir Edmund Monson said, "must not be understood to admit that any other European Power than Great Britain has any claim to occupy any part of the Valley of the Nile. The views of the British Government upon this matter were plainly stated in Parliament by Sir Edward Grey some years ago, during the administration of the Earl of Rosebery, and were formally cummunicated to the French Government at the time. Her Majesty's present Government entirely adhere to the language that was on this occasion employed by their predecessors."

Nr. 11693. Grofsbritannien. 2. Aug. 1898.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11694. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterhaltung mit dem französischen Minister über die englischen Erfolge im Sudan.

Paris, September 7, 1898, 5 P. M. (September 7.)

(Telegraphic.) || In a conversation which I had to-day with the Minister for Foreign Affairs, his Excellency expressed the desire, notwithstanding the differences between our two Governments about Egypt, to offer his sincere congratulations on the success of our arms at Khartoum. || He then went on to observe that he supposed that the British flotilla would continue its course up the river at once, and in the event of that supposition proving correct he was anxious to state that it was probable that they would fall in before long with Captain Marchand. Should he be met with, his Excellency said that he had received instructions to be most careful to abstain from all action which might cause local difficulties, and that he had been enjoined to consider himself as an "emissary of civilization" without any authority whatever to decide upon questions of right, which must properly form the subject of discussion between Her Majesty's Government and that of the French Republic. || M. Delcassé therefore begged me to inform your Lordship of this fact, and

Nr. 11694. Grofsbritannien. 7. Sept. 1898.

Nr. 11694. Grofs-britannien. 7. Sept. 1898. expressed the hope that the Commander of Her Majesty's naval forces on the river might be instructed to take no steps which might lead to a local conflict with regard to such questions of right. || I thanked his Excellency for his congratulations respecting Khartoum, and undertoock to convey at once to your Lordship his messages respecting Captain Marchand. I asked, however, whether the French Government had any recent news of the latter, and said I should like to know where he was. || M. Delcassé replied that, as a matter of fact, news had been received yesterday, but that it was impossible to determine where the expedition was at this moment, as news took such a long time to arrive. It was, however, quite probable that Captain Marchand had by this time reached the Nile, and the French Government consequently could not be otherwise than anxious that no local dispute should arise. || His Excellency respeated his desire that all causes of difference between the two Governments should be amicably settled, and again expressed the conviction that this result could be achieved by means of frank discussion.

Nr. 11695. GROSSBRITANNIEN. — Mr. Rodd, ein britischer Agent in Kairo, an den Minister des Auswärtigen. In Faschoda ist die französische Flagge gehifst.

Cairo, September 7, 1898. (September 7.)

Nr. 11695. Grofs-britannien. 7. Sept. 1898. (Telegraphic.) || Investigations which the Sirdar has made go to show that there is now at Fashoda, where the French flag has been hoisted, a force of eight European officers and eighty Senegalese troops. It does not appear that there are any Abyssinians there or at Sobat, though they are reported to have been in that neighbourhood some time back. The steamers sent by the Khalifa were fired upon at Fashoda; one of them remained south, while the other retourned to Khartoum to report to the Khalifa.

Nr. 11696. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Antwort auf Nr. 11694.

Schlucht, September 9, 1898.

Nr. 11696. Grofs-britannien. 9. Sept. 1898. (Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of the 7th instant, reporting a conversation with the French Minister for Foreign Affairs, in the course of which he alluded to the possibility of the British flotilla, in the course of its voyage up the Nile, meeting with the French expedition under Captain Marchand. || If M. Delcassé should revert to this subject, I request you to point out to him that, by the military events of last week, all the territories which were subject to the Khalifa passed by right of conquest to the British and Egyptian Governments. Her Majesty's Government do not consider that this right is open to discussion, but they

would be prepared to deal in the manner suggested by his Excellency with any territorial controversies now existing in regard to those regions which are not affected by this assertion.

Nr. 11696. Grofs-britannien. 9. Sept. 1898.

Nr. 11697. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterhaltung mit Delcassé über Faschoda. Frankreich will den englischen Anspruch nicht anerkennen.

Paris, September 18, 1898. (September 19, 8 A. M.)

Nr. 11697. Grofs-britannien. 18. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || Fashoda. M. Delcassé to-day said that he must repeat that he had no knowledge of the position of M. Marchand; but let it be assumed that he is at Fashoda, as the English newspapers assert, are the French Government to understand that Her Majesty's Government say that he has no right to be there? || I answered that while there was no doubt in my mind as to the wish of Her Majesty's Government to live in perfect amity with that of France, I had equally no hesitation in saying that they consider that Fashoda, as a dependency of the Khalifate, has now passed into the hands of Great Britain and Egypt. || As to the question of M. Marchand's right to be there, M. Delcassé was as well aware as I that Her Majesty's Government had very openly let France understand that any incursion of them into the Upper Nile Basin would be considered by us as an unfriendly act. Why, then, did they send this Mission, when they must know what serious results its success in reaching this point must inevitably produce? || M. Delcassé said that he must remind me that France hat not only never recognized the British sphere of influence in the Upper Nile region, but that M. Hanotaux had in the Senate openly protested against it. He added that the very day after Sir E. Grey's declaration was made, *i. e.*, on the 29th March, 1895, M. de Courcel protested on his side in a letter to the Earl of Kimberley. But, as a matter of fact, there is no Marchand Mission. In 1892 and 1893 M. Liotard was sent to the Upper Ubanghi as Commissioner, with instructions to secure French interests in the North-East. M. Marchand had been appointed one of his subordinates, and received all his orders from M. Liotard. There could be no doubt that for a long time past the whole region of the Bahr-el-Ghazal had been out of the influence of Egypt. If the newspapers' stories were true, Fashoda itself had not been an occupied post of the Egyptian Government when taken possession of by the (supposed) Marchand expedition. || I said to his Excellency that I must tell him very frankly that the situation on the Upper Nile is a dangerous one. I must refer him again to your Lordship's telegram of the 9th instant; and I must state distinctly that Fashoda falls within the territories therein designated as the Khalifate, and that Her Majesty's Government are determined to hold to the decision already announced to him. It was right that I should state to him categori-

Nr. 11697. Grofsbritannien. 18. Sept. 1898.

cally that they would not consent to a compromise ("on ne consentira jamais à transiger") on this point. || For the rest we had no wish to pick a quarrel; but having long ago given a warning, I could not see how we could now cause surprise if we resent a step which we had cautioned France not to take. || These were the essential points of our conversation, which was conducted on both sides with perfect calmness.

Nr. 11698. GROSSBRITANNIEN. — Der Sirdar an den englischen Kommissar in Egypten.*)

„Dal", White Nile, September 21, 1898.

Nr. 11698. Grofsbritannien. 21. Sept. 1898.

My Lord || I have the honour to inform your Lordship that on the 10th instant I left Omdurman with five gun-boats carrying a detachment of the Cameron Highlanders, two Soudanese battalions of Infantry, a battery of Egyptian artillery and Maxims, and steamed up the White Nile. || On the morning of the 15th September I arrived off the Dervish camp at Renkh, some 300 miles south of Khartoum, and after a short resistance the position was captured, as well as the steamer "Safia" and eleven large boats; the Emir in command, Saïd Sogheir, was taken prisoner, and he informed me that, in accordance with the Khalifa's orders, he had proceeded with two steamers and 500 men to the Shilluk country to collect grain; on the 25th August he had had a fight with a small body of Europeans who had entrenched themselves around the old Government buildings at Fashoda, over which a large unknown flag was flying; he had immediately dispatched one of his steamers to the Khalifa for reinforcements in order to drive the Europeans out of the country, and had himself retired to Renkh to await their arrival when we attacked and captured the Dervish position. || On the same day I left Renkh and stopped on the night of the 18th instant at the village of Babiu, some 12 miles north of Fashoda. Here we where met by a large number of Shilluks, including the uncle, brother, and son of the Mek (Chief). In answer to my inquiries regarding the Europeans at Fashoda, they informed me that they believed them to be a small body of our Government troops that hat come from the West, but as they had no Shilluk interpreter, and did not go outside the old Egyptian Mudirieh buildings, they knew very little about them. They were utterly astonished when told they were not Government officials, and reiterated their great desire that we should stay and administer their country. They expressed great delight at the destruction of the Khalifa's army. || From this village I dispatched a letter addressed to the Chief of the European expedition at Fashoda (copy inclosed). || The following morning, when steaming towards Fashoda, I was met by a small steel boat carrying a French flag, and propelled by a crew of blacks with roughly

*) Lord Salisbury erhielt hiervon am 7. Oktober Kenntnis. Red.

Nr. 11698. Grofsbritannien. 21. Sept. 1898.

cut paddles. A native sergeant came on board and handed me a reply to my letter from M. Marchand at Fashoda (original inclosed).

On reaching the old Government buildings, over which the French flag was flying, M. Marchand, accompanied by Captain Germain, came on board. After complimenting them on their long and arduous journey, I proceeded at once to inform M. Marchand that I was authorized to state that the presence of the French at Fashoda and in the Valley of the Nile was regarded as a direct violation of the rights of Egypt and Great Britain, and that, in accordance with my instructions, I must protest in the strongest terms against their occupation of Fashoda, and their hoisting of the French flag in the dominions of His Highness the Khedive. || In reply, M. Marchand stated that as a soldier he hat to obey orders; the instructions of his Government to occupy the Bahr-el-Ghazal and the Mudirieh of Fashoda were precise, and, having carried them out, he must await the orders of his Government as to his subsequent action and movements. || I then pointed out that I had the instructions of the Government to re-establish Egyptian authority in the Fashoda Mudirieh, and I asked M. Marchand whether he was prepared—on behalf of the French Government—to resist the execution of these orders; he must be fully aware, I said, that the Egyptian and British forces were very much more powerful than those at his disposal, but, at the same time, I was very averse to creating a situation which might lead to hostilities. I therefore begged M. Marchand to most carefully consider his final decision on this matter. I further informed him that I should be pleased to place one of the gun-boats at his disposal to convey him and his expedition north. || In answer to this, M. Marchand did not hesitate to admit the preponderating forces at my disposal, and his inability to offer effective armed resistance; if, however, he said, I felt obliged to take any such action, he could only submit to the inevitable, which would mean that he and his companions would die at their posts. He begged, therefore, that I would consider his position, and would allow the question of his remaining at Fashoda to be referred to his Government, as, without their orders, he could not retire from his position or haul down his flag; at the same time, he said he felt sure that, under the circumstances, the orders for his retirement would not be delayed by his Government, and that then he hoped to avail himself of the offer I had made him. || I then said to him: "Do I understand that you are authorized by the French Government to resist Egypt in putting up its flag and reasserting its authority in its former possessions—such as the Mudirieh of Fashoda?" M. Marchand hesitated, and then said that he could not resist the Egyptian flag being hoisted. || I replied that my instructions were to hoist the flag, and that I intended to do so. I then asked M. Marchand what part of Fashoda would be suitable for this purpose and it was arranged that Colonel Whingate, accompanied by Captain Germain, should at once visit the locality and decide on a position. I eventually approved of the selection of a ruined bastion on

Nr. 11698. Grofs-britannien. 21. Sept. 1898.

the south portion of the old Fashoda fortifications, about 500 yards from the French flag, and on the only road leading from Fashoda to the interior, as deep and impassable marches exist both north and west of the old Mudirieh. The Egyptian flag was hoisted on this position a 1 P.M. with due ceremony in the presence of the British and Egyptian troops, and a salute of twenty-one guns was fired. || I should add that, in the course of the conversation, I informed M. Marchand that, in addition to my verbal protest, I intended to make a formal protest in writing, and this I duly handed him before leaving Fashoda (copy inclosed.) || During these somewhat delicate proceedings nothing could have exceeded the politeness and courtesy of the French officers. || Having officially appointed Major Jackson Commandant of the Fashoda district, and leaving with him a battalion of infantry, four guns, and a gun-boat, I proceeded south with the remainder of the troops and four gun-boats. || At 4 P.M. on the 20th instant the junction of the Sobat with the White Nile was reached, and here, amidst general rejoicings of the villagers, the flag was hoisted and half a battalion of infantry, the remainder of the artillery and Maxims and a gun-boat, were left as garrison of the station which lies on the left bank of the Sobat. || On ascertaining that the Bahr-el-Jebel was completely closed by the sudd, I left orders that gun-boat patrols should proceed south up the Bahr-el-Ghazal towards Meshra-er- Rek with instructions to form the necessary posts in these districts, and having completed the arrangements for the maintenance of the stations, I steamed north with the remaining gun-boats. || Considering that regulations were necessary regarding the transport of war material on the Nile, I gave prohibitive instructions on the subject, and when passing Fashoda on my return north, I sent a letter to M. Marchand, informing him of the regulation (copy inclosed).*) || The Mek of the Shilluks had by this time arrived in the Egyptian camp at Fashoda with a large contingent of his followers; he utterly denied that he had made any Treaty whatever with M. Marchand's expedition, and expressed his great satisfaction that the Government had taken over the administration of his country. || I had no opportunity for a further interview with M. Marchand, who, I venture to think, holds at Fashoda a most anomalous position—encamped with 120 men on a narrow strip of land, surrounded by marshes, cut off from access to the interior, possessing only three small boats without oars or sails and an inefficient steamlaunch which has lately been dispatched on a long journey south, short of ammunition and supplies, his followers exhausted by years of continuous hardship, yet still persisting in the prosecution of his impracticable undertaking in the face of the effective occupation and administration of the country I have been able to establish. || It is impossible not to entertain the highest admiration for the courage, devotion, and indomitable spirit displayed by M. Marchand's expedition, but our general

*) Die Beilagen sind hier fortgelassen. Red.

impression was one of astonishment that an attempt should have been made to carry out a project of such magnitude and danger by the dispatch of so small and illequipped a force which—as their Commander remarked to me, was neither in a position to resist a second Dervish attack nor to retire—indeed, had our destruction of the Khalifa's power at Omdurman been delayed a fortnight, in all probability he and his companions would have been massacred. || The claims of M. Marchand to have occupied the Bahr-el-Ghazal and Fashoda Provinces with the force at his disposal would be ludicrous did not the sufferings and privations his expedition endured during their two years arduous journey render the futility of their efforts pathetic.

Nr. 11698. Grofsbritannien. 21. Sept. 1898.

Herbert Kitchener, Sirdar.

Nr. 11699. GROSSBRITANNIEN. — Mr. Rodd an den Minister des Auswärtigen. Kitchener glaubt, dafs Marchand in Faschoda ist.

Cairo, September 22, 1898. (September 22.)

(Telegraphic) || A Report has reached me from the Sirdar. It has come by boat from Rungh, which is about 310 miles to the south of Khartoum, but bears no date. || The Sirdar considers that there is little or no room for doubt that the forces stated to be now at Fashoda are M. Marchand's expedition. His information goes to show that there are no Abyssinians on the Sobat or at any point on the White Nile. || It would seem that the Dinka and Shilluk tribes rendered assistance to the expedition under the impression that it was a British force supporting the Egyptian Government. These tribes now state their intention of withdrawing their support. The Ssilluk tribes had been summoned by the Sirdar to meet him, and he hoped to reach Fashoda in three days. || The Sirdar's force surprised the Dervishes, who were awaiting the arrival of reinforcements from Khartoum to attack the French, and drove them off after a determined resistance. He captured their steamer and eleven boats, but the steamer was disabled by the explosion of a shell in the boiler. || The Sirdar states that he will do his utmost to bring M. Marchand and his party down the Nile with him. He hears that fortifications and shelter-trenches have been constructed by them at Fashoda.

Nr. 11699. Grofsbritannien. 22. Sept. 1898.

Nr. 11700. GROSSBRITANNIEN. — Mr. Rodd an den Minister des Auswärtigen. Kitchener ist in Fashoda mit Marchand zusammengetroffen und hat gegen die Besetzung Faschodas protestiert.

Cairo, September 25, 1898. (September 25.)

(Telegraphic.) || I have received this morning the following telegram from the Sirdar:— || „I found at Fashoda, whence I have just returned, M. Marchand with eight officers and 120 men. The French flag had been hoisted

Nr. 11700. Grofsbritannien. 25. Sept. 1898.

Nr. 11700. Grofs-britannien. 25. Sept. 1898.

over the old Government buildings in which they were located. I sent a letter announcing my approach on the day before my arrival at Fashoda, On the following morning, 19th September, a reply was brought to me from M. Marchand, by a small rowing-boat carrying the French flag. It stated that he had arrived at Fashoda on 10th July, having been instructed by his Government to occupy the Bahr-el-Ghazal up to the confluence of the Bahr-el-Jebel, and also the Shilluk country on the left bank of the White Nile as far as Fashoda. It went on to say that he had concluded a Treaty with the Shilluk Chiefs by which they placed the country under the protection of France, and that he had sent this Treaty to his Government for ratification by way of Abyssinia, as well as by the Bahr-el-Ghazal. He described his fight with the Dervishes on the 25th August, and stated that, in anticipation of a second and more serious attack, he had sent his steamer south for reinforcements, but that our arrival had prevented a further attack. || „When we arrived at Fashoda, M. Marchand and M. Germain came on board our steamer, and I at once informed them that the presence of a French party at Fashoda and in the Nile Valley must be considered as a direct infringement of the rights of Egypt and of the British Government, and I protested in the strongest terms against the occupation of Fashoda by M. Marchand and his party, and the hoisting of the French flag in the dominions of His Highness the Khedive. M. Marchand stated, in reply, that he had received precise orders for the occupation of the country and the hoisting of the French flag over the Government buildings at Fashoda, and added that, without the orders of his Government, which, however, he expected would not be delayed, it was impossible for him to retire from the place. I then inquired of him whether, in view of the fact that I was accompanied by a superior force, he was prepared to resist the hoisting of the Egyptian flag at Fashoda. He hesitated, and replied that he could not resist. The Egyptian flag was then hoisted, about 500 yards south of the French flag, on a ruined bastion of the old Egyptian fortifications, commanding the only road which leads into the interior from the French position. The latter is entirely surrounded to the north by impassable marshes. || "Before leaving for the south I handed to M. Marchand a formal written protest on the part of the Governments of Great Britain and Egypt against any occupation of any part of the Nile Valley by France, as being an infringement of the rights of those Governments. I added that I could not recognize the occupation by France of any part of the Nile Valley. || "I left at Fashoda a garrison of one Soudanese battalion, four guns and a gun-boat under Major Jackson, whom I appointed Commandant of the Fashoda district, and I proceeded to Sobat, where the flag was hoisted and a post established, on the 20th September. We did not see or hear anything of the Abyssinians on the Sobat, but were informed that their nearest post was about 350 miles up that river. The Bahr-el-Jebel being entirely blocked by floating weed, I gave orders for a gun-boat to patrol up the Bahr-el-Ghazal in the

direction of Meshra-er-Rek. As we passed Fashoda on the retourn journey north, I sent M. Marchand a letter stating that all transport of war material on the Nile was absolutely prohibited, as the country was under military law. The Chief of the Shilluk tribe accompanied by a large number of followers, has come into Major Jackson's camp. He entirely denies having made any Treaty with the French, and the entire tribe express the greatest delight at returning to allegiance to us. || "M. Marchand is in want of ammunition and supplies, and any that may be sent to him must take months to arrive at their destination. He is cut off from the interior, and is quite inadequately provided with water transport. Moreover, he has no following in the country, and nothing could have saved his expedition from being annihilated by the Dervishes if we had been a fortnight later in crushing the Khalifa."

Nr. 11700. Grofsbritannien. 25.Sept.1898.

Nr. 11701. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Cairo, September 25, 1898. (September 25.)

(Telegraphic.) || I have received the following further telegram from the Sirdar: —

"If telegraphic instructions can be at once given by the French Government for the explorer, M. Marchand, and his expedition to quit Fashoda and come down the Nile, a special steamer can now be sent with these orders, and with instructions to bring down the whole party. || "In view of the unpleasant position in which M. Marchand and his officers are at present placed, I am quite sure that no one would be more pleased at this arrangement for their release than they would themselves be." || The Sirdar suggests that M. Marchand's boats and launch should be taken over at a valuation.

Nr. 11701. Grofsbritannien. 25.Sept.1898.

Nr. 11702. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Soll Rodds Depeschen der französischen Regierung mitteilen.

Foreign Office, September 25, 1898, midnight.

(Telegraphic.) || I request your Excellency to read Mr. Rodd's telegrams just repeated to you to the French Minister for Foreign Affairs, but without leaving copies with him. || You will at the same time inform him that the Sirdar's proceedings and language are entirely approved by Her Majesty's Government.

Nr. 11702. Grofsbritannien. 25.Sept.1898.

Nr. 11703. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hat den Auftrag ausgeführt.

Paris, September 26, 1898, 5.45 P. M. (September 26, 7 P. M.)

Nr. 11703. Grofsbritannien. 26. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || Fashoda. || I allowed Minister for Foreign Affairs to read carefully, twice over, French versions of your telegrams of 25th September, but I would not let him keep them. I spoke to him also in the exact words of your further telegram of the same date. || His Excellency said that naturally he could say nothing without consulting his colleagues, and as there will be a Ministerial Council to-morrow his Excellency would like to receive, as soon as possible, the French paraphrase, which I informed him I had already asked your Lordship's permission to communicate to him. He would be, of course, expected to furnish at the Council something else than his own recollections of the telegrams which I had shown him. Personally, he could but express his gratification that the meeting between the Sirdar and M. Marchand had passed off in a manner creditable to the chivalrous sentiments of the Representatives of the two nations. I promised that as soon as I received your Lordship's permission I would send him the French paraphrase, and I hope I may be authorized to do this at once in time for to-morrow's Cabinet Council, which will be held in the forenoon.

Nr. 11704. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Delcassé will den Bericht Marchands abwarten und ihm telegraphisch Instruktionen schicken.

Paris, September 27, 1898, 7.15 P. M. (September 27.)

Nr. 11704. Grofsbritannien. 27. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || M. Delcassé requested me to call upon him to-day in connection with the question of Fashoda. || His Excellency informed me that a Cabinet Council to-day, which had been presided over by the President of the Republic, he had communicated to his celleagues the *aide-mémoire* which I had given him, and had repeated to them all that he remembered of the telegrams on the subject, with the contents of which I had acquainted him. || He went on to say that it is stated in those telegrams that a Report had been addressed by M. Marchand to the French Government, of which he had sent home one copy by the French Congo and another by way of Abyssinia. || It was obvious, M. Delcassé said, that some time must elapse before these Reports could reach Paris; but it was only natural that the Government of the Republic should desire so receive M. Marchand's own reports. || To gain time M. Delcassé therefore wished that I should request your Lordship to consent to a telegram (which might be *en clair* if so desired) being sent by the French Agent at Cairo to Khartoum, to be forwarded from thence up the Nile to Fashoda. The telegram would contain instructions to

M. Marchand to send at once one of the French officiers serving on his mission to Cairo with a copy of his above-mentioned Report, so that the French Government might learn its contents as soon as possible. They were, of course, ready to bear all the expense. || Stress was laid by M. Delcassé upon the great desire entertained at Paris to prevent any serious difficulty from arising; at the same time, he felt convinced, especially in view of the conduct of the Sirdar at Fashoda, acting as he undoubtedly was under instructions, that Her Majesty's Government were as anxious as the French Government to avoid a conflict. || I told M. Delcassé in reply that I must conclude from the language which he had held that the French Government had decided that they would not recall M. Marchand before receiving his Report, and I asked if I was right in this conclusion. I pointed out to his Excellency that M. Marchand himself is stated to be desirous of retiring from his position, which appeared to be a disagreeable one. Such being the case, I must urgently press him to tell me whether he refused at once to recall M. Marchand. || After considering his reply for some few minutes, his Excellency said that he himself was ready to discuss the question in the most conciliatory spirit, but I must not ask him for the impossible. || I pointed out that your Lordship's telegram of the 9th instant, which I had communicated to him at the time, had made him aware that Her Majesty's Government considered that there could be no discussion upon such questions as the right of Egypt to Fashoda.

Nr. 11704. Grofsbritannien. 27. Sept. 1898.

Nr. 11705. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die englische Regierung gewährt die Absendung der Instruktion an Marchand.

Foreign Office, September 28, 1898, 3 P. M.

(Telegraphic.) || Fashoda. || I have received your telegram of yesterday. || Her Majesty's Government cannot decline to assist in forwarding a message from the French Agent in Egypt to a French explorer who is on the Upper Nile in a difficult position, and your Excellency is authorized to inform M. Delcassé that Her Majesty's Acting Agent at Cairo will be instructed to transmit to Omdurman immediately any such message, and at the same time to request Sir H. Kitchener to forward it thence to its destination by any opportunity which may be available. || Her Majesty's Government do not desire to be made acquainted with the purport of the message. But you must explain that they are unable to accept any responsibility for the results to the safety or health of the explorer which the delay in quitting his present situation may bring about. || Your Excellency should further explain that much uneasiness will be created here by a prolongation of the existing state of affairs, and it will become necessary for Her Majesty's Government to make some publication of the facts without delay.

Nr. 11705. Grofsbritannien. 28. Sept. 1898.

Nr. 11706. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Foreign Office, October 3, 1898.

Nr. 11706. Grofs- britannien. 3. Okt. 1898.

(Telegraphic.) ‖ I request your Excellency to inform the French Minister for Foreign Affaires that, in accordance with his wish, his message for M. Marchand has been transmitted to Khartoum, and will be forwarded thence to its destination. In order to avoid any misunderstanding, you should state to M. Delcassé that the fact of Her Majesty's Government having complied with his Excellency's request in regard to the transmission of the message does not imply the slightest modifications of the views previously expressed by them. You should add that, whether in times of Egyptian or Dervish dominion, the region in which M. Marchand was found has never been without an owner, and that, in the view of Her Majesty's Government, his expedition into it with an escort of 100 Senegalese troops has no political effect, nor can any political significance be attached to it.

Nr. 11707. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Besprechung mit dem französischen Botschafter über Faschoda. Frankreich wünscht ein baldiges friedliches Abkommen.

Foreign Office, October 6, 1898.

Nr. 11707. Grofs- britannien. 6. Okt. 1898.

Sir, ‖ the French Ambassador called upon me yesterday at the Foreign Office. His interview was a long one, lasting nearly two hours. The greater part of it was occupied by observation on his part upon the question of Fashoda, which he introduced himself. His argument principally dwelt upon the fact that the country bordering the White Nile, though it was formerly under the Government of Egypt, had become *res nullius* by its abandonment on the part of the Eygptian Government; that the French hat a right to a position on the Nile as much as the Germans or the Belgians; and that the French Government, by the reserves which they had uniformly made when the subject was mentioned, hat retained for themselves the rhight to occupy the banks of the Nile when they thought fit. ‖ In reply to his Excellency's observations I repeated the arguments on the British side of the case, which are already familiar. I pointed out to him that the Egyptian title to the banks of the Nile had certainly been rendered dormant by the military successes of the Mahdi; but that the amount of right, whatever it was, which by those events had been alienated from Egypt, had been entirely transferred to the conqueror. How much title remained to Egypt, and how much was transferred to the Mahdi and the Khalifa, was, of course, a question which could practically be only settled, as it was settled, on the field of battle. But their controversy did not authorize a third party to claim the disputed land

as derelict. There is no ground in international law for asserting that the dispute of title between them, which had been inclined one day by military superiority in one direction, and a few years later had been inclined in the other, could give any authority or title to another Power to come in and seize the disputed region as vacant or relinquished territory. To the last the power of the Dervishes was extended as far south as Bor, and their effective occupation did not cease till their title passed by the victory of Omdurman without diminution into the hands of the conquering armies. I pointed out to him that such an occupation as that of M. Marchand, with an escort of 100 troops, could give no title to the occupying force, and that, in point of fact, but for the arrival of the British flotilla, M. Marchand's escort would have been destroyed by the Dervishes. M. Marchand's was a secret expedition into a territory already owned and occupied, and concerning which France had received repeated warnings that a seizure of land in that locality could not be accepted by Great Britain. The first warning was the Anglo-German Agreement, which was communicated to the French Government, and the provisions of which, as regards the Nile, were never formally contested. The next warning was given by the Agreement with the King of the Belgians, which gave him for his lifetime occupation up to Fashoda, and which Agreement is in existence and full force still. It has never been cancelled and never been repudiated by this country. It is true that the King of the Belgians was persuaded, without any assent on the part of Great Britain, to promise the French Government that he would not take advantage of it beyond a certain limit; but that concession on his part did not diminish the significance of the act as an assertion of her rights by England. In the objections raised by the French Government to that arrangement, the rights of the Khedive over these territories were expressly asserted as still existing. Then came Sir Edward Grey's speech in 1895, which was followed in 1897 by a formal note from your Excellency, informing the French Foreign Minister that Her Majesty's Government adhered to the statements made by their predecessors by that speech. If France had throughout intended to challenge our claims, and to occupy a portion of this territory for herself, she was bound to have broken silence. At all events, if she thought fit to try, in face of these warnings, to establish a title over the vast territory to which they applied by a secret expedition of a handful of men, she must not be surprised that the claim would not be recognized by us. || His Excellency dwelt at great length on the importance of an agreement between the two nations on this matter, and pressed that such an agreement should be arrived at without delay. He insisted on the strength of the feeling that prevailed in France on the subject. I assured him the strength of feeling that prevailed in England was not less remarkable. He made no definite proposition; but he vaguely indicated a whis that both sides should give out that negotiations were going on upon the question of delimitation between the territories clai-

Nr. 11707. Großbritannien. 6. Okt. 1898.

med by the two Powers; and he thought it possible that if we did so, M. Marchand would return by the way that he came. He did not, however, make any such proposal, and he indicated pretty clearly that the delimitation must be one which would give a considerable stretch of the left bank of the Nile to France. I gave no countenance to this suggestion. He dwelt more than once upon the injustice of France being excluded from the Nile, while Germany and Belgium were admitted. I pointed out to him that the possession of a portion of the shores of Lake Victoria Nyanza could hardly be called a position on the banks of the Nile; and that whatever rights the Congo State possessed below Lado, where the navigable Nile commenced, were only given to the King of the Belgians during his life. || We separated without coming to any conclusion; for I had no communication to make, except the reiteration of our claim of right; and he made no suggestion of any arrangement by which that right could be reconciled with the present pretensions or desires of France.

I am &c.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11708. EGYPTEN. — Der Minister des Auswärtigen an den britischen Kommissar. Egypten will seine Ansprüche auf den Oberen Nil nicht aufgeben.*)

Le Caire, le 9 October 1898.

Nr. 11708. Egypten. 9. Okt. 1898.

Mon cher Lord, || SON Excellence le Sirdar vient d'informer son Excellence Moustapha Pacha Fehmy que, s'étant rendu à Fachoda pour rétablir l'autorité de Son Altesse le Khédive dans les anciens Gouvernorats et Moudiriehs du Soudan, il y a trouvé une expédition Française, qu'il a invitée à quitter les lieux. Sur son refus, son Excellence le Sirdar a protesté d'abord verbalement, ensuite par écrit, contre cette violation du territoire Égyptien. Il a arboré le pavillon Égyptien et nommé un Gouverneur. || Le Gouvernement de Son Altesse, ainsi que le sait votre Seigneurie, n'a jamais perdu de vue la réoccupation des provinces du Soudan, qui sont les sources mêmes de la vitalité de l'Egypte et dont il ne s'était retiré qu'à la suite de circonstances de force majeure. || La reconquête de Khartoum manquerait donc son effet si la Vallée du Nil, pour laquelle l'Egypte a fait jadis tant de sacrifices, ne lui était pas restituée. || Sachant que la question de Fachoda est à l'heure qu'il est l'objet de pourparlers entre la Grande-Bretagne et la France, le Gouvernement Egyptien me charge de prier votre Seigneurie de nous prêter ses bons offices auprès de sa Seigneurie Lord Salisbury afin que les droits incontestables de l'Egypte lui soient reconnus, et que toutes les provinces qu'elle occupait jusqu'à la rébellion de Mohamed Ahmed lui soient rendues. ||

---

*) Salisbury erhielt am 17. Oktober von dieser Note Kenntnis. Red.

En envoyant ci-joint à votre Seigneurie copie de la dépêche de son Excellence le Sirdar, ainsi que de la réponse de son Excellence Moustapha Pacha Fehmy, je saisis, &c.

Nr. 11708. Egypten. 9. Okt. 1898.

(Signé) Boutros Ghali.

Nr. 11709. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Besprechung mit dem französischen Botschafter. Frankreich wünscht einen Zugang zum Nil für seine Ubangiprovinz.

Foreign Office, October 12, 1898.

Nr. 11709. Grofsbritannien. 12. Okt. 1898.

Sir, The French Ambassador had a long conversation with me this afternoon on the state of things in the Upper Nile. ‖ During the early part of the interview he insisted that he had no instructions; that he only wished by conversation with me to explore the question, and ascertain, if possible, a solution which would be acceptable to England and France. I declined, howewer, to make any proposal or suggestion under those conditions, for I drew his attention to the fact that anything that he said would not bind his Government, while anything that I said would bind mine. ‖ Later on in the interview his Excellency somewhat receded from this position, and said that although he had no special instructions, still he had general instructions, and that on those he could base his efforts to ascertain the most satisfactory mode of proceeding. ‖ We traversed most of the field of argument which we had gone over before, and with which I will not trouble your Excellency again. I generally insisted on the view that the Valley of the Nile had belonged and still belonged to Egypt, and that whatever impediment or diminution that title might have suffered through the conquest and occupation of the Mahdi had been removed by the victory of the Anglo-Egyptian army on the 2nd September. There was no pretence, therefore, for the contention that the region was open to the enterprises or the occupation of a third Power. But even if it had been so, no title or right of occupation could be created by a secret expedition across unknown and unexplored wastes, at a distance from the French border, by M. Marchand and a scanty escort. ‖ I then called M. de Courcel's attention to the fact that M. Marchand was in an impossible position, because I had good reason to believe that he himself admitted that he could not return westward, and that his own Government forbade him to make use of the Nile, which was the only existing mode of escape. His Excellency traversed this assertion, and said that M. Marchand could perfectly retreat by the west if we would allow him to do so. I replied that we offered no sort of impediment to his doing so. "Yes, but," said his Excellency, "he cannot do so without food, and you will not let us take him food." I said that if want of food was the only impediment that prevented him returning to the dominions of France, the English Gouvern-

Nr. 11709. Grofs-britannien. 12. Okt. 1898.

ment would see that he was able to procure the food necessary for that purpose.

His Excellency went on to say: "But that is not enough; he is traversing a hostile and dangerous country; no one can travel in those countries except with adequate protection and fully armed, and M. Marchand's munitions of war are believed to be exhausted." I replied that the English Government would not object to furnish him with the munitions of war that were necessary to protect him and his party from massacre by savage tribes during his return, but it would have to be on two conditions: first, that he would engage only to use such munitions of war for his own protection against the indigenous tribes; and, secondly, that he would retire to that which we admitted to be French territory, namely, the region lying beyond the watershed which separates the Ubanghi from the affluents of the Nile. I said that we could not assign to him any limit to his retreat short of that position without giving ground for saying that we admitted the title of France to some portions of the territory traversed by te affluents of the Nile. I was in no position to discuss that question, and therefore I could not acquiesce in an arrangement which might seem tho prejudge it. I thought, however, that the French Government might sufficiently guard themselves against any inference which they had cause to deprecate by simply saying that in accepting such an arrangement no admission would be made with respect to any pending controversy. I did no believe that any practical disadvantage would follow to them from withdrawing M. Marchand to the Ubanghi on those terms; but if there were, it was a necessary consequence of their having placed M. Marchand in so false and unreasonable a position. || To this suggestion, however, his Excellency dit not assent. He passed from it suddenly, and stated that the object of the French Government was to have an outlet to the Nile for their Ubanghi province, and he asked for such a territorial delimitation as would place France upon the navigable portion of the Bahr-el-Ghazal, so that no frontier could intervene between her commerce and the Nile. He stated that posts had been for a considerable time established by France in the upper portions of the province, and that they had every right to them which could arise from long and undisputed occupation. || I replied that these were questions which I was not in a position to discuss. I did not possess as yet the requisite knowledge to enter satisfactorily upon the points that he had raised, and any proposals affecting a general delimitation were of too grave a character to be disposed of except by the submission of definite proposals to the Cabinet, furnished with such information as was necessary for the consideration of the subject. He intimated that if I could give him a satisfactory answer on this question, M. Marchand might be allowed to return down the Nile. I did not, however, enter upon this idea, which was only indicated in a vague and superficial way. I pointed out to him that both with respect to the means of M. Marchand's retreat and any

other stipulations which it was his object to suggest, it would be very difficult to deal with them satisfactorily unless he was good enough to let me have them in a written form. || The extreme indefiniteness of his language, and the rhetorical character, he gave to it by the great earnestness with which he addressed himself to the subject, made it impossible for me to express or to form any definite opinion upon the various propositions which he seemed to desire to convey. I thought it better to wait until they were submitted either to me or to your Excellency in a more precise and tangible form rather than enter upon a discussion which, under the circumstances, would have been fruitful of misapprehension. This appeared to me especially to be the case with respect to the allusions which he made from time to time to what considered to be the territory to which France had a just right. I informed him that it was no part of my duty to discuss these claims now, but that in abstaining from doing so I must not be understood to be in any degree admitting their validity.

Nr. 11709. Grofsbritannien. 12. Okt. 1898.

SALISBURY.

Der griechisch-türkische Krieg 1897*.)

Nr. 11710. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Kämpfe auf Kreta.

Athenes, January 7, 1897. (January 7.)**)

Nr. 11710. Grofsbritannien. 7. Jan. 1897.

(Telegraphic.) || The Greek Minister for Foreign Affairs considers that the murders and disturbances in Crete are due to the determination of the Mussulmans to prevent the reforms being carried out. He thinks that it is essential that the gendarmerie should be formed immediately. Even if the money for the proposed large force is not forthcoming, there should be 40,000*l.* in hand which would suffice to pay a force large enough to cope with the immediate danger.

Nr. 11711. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten über Kreta und die griechischen Waffensendungen.

Athenes, January 23, 1897. (January 29.)

Nr. 11711. Grofsbritannien. 23. Jan. 1897.

My Lord. || Since writing my despatch of to-day's date, mentioning the alarming reports from Crete in the "Acropolis" newspaper, I went to M. Delyanni to question him on the subject, and to express my anxiety, as I gave him credit for a serious desire to save his country from European reproach, and to quiet the elements which threaten disorder in Crete and the neighbouring Turkish provinces. || He began by saying that, beyond insisting on the urgency of the organization of the gendarmerie, which he considered should insure the tranquillity of the island, he had nothing to say now about Crete—there was no fresh news of importance received from the Consul-General. || As for the mission of M. Athos Manos, and his friends, it was on the part of all, excepting M. Manos a very young man, simply a political move for the purpose of embarrassing the Government, and all the Greek Consuls in the island had been warned against any encouragement of them or of the Revolutionary Committee. || His Excellency did not apparently

*) Engl. Blaubücher Turkey 11. 1897 und 2. 1898. 8664, 8851. Vgl. Staatsarchiv Bd. 61 und Europ. Geschichtskalender Jahrg. 1897.

**) Die eingeklammerten Daten geben das Datum des Empfangs an. Red.

attach any great importance to their mission; it was a matter of internal Greek politics. || As to the arms supplied, his Excellency does not seem to have had full information; he only mentioned the dispatch of about 200 rifles, which were reported to him be the harbourmaster as having been sent from Piræus viâ Volo to Crete.

Nr. 11711. Grofsbritannien. 23. Jan. 1897.

I told him that my information was to the effect that some thousands of Gras rifles had been sent by Syra both to Crete and Thessaly or Macedonia, and I then asked him what he was doing to stop the sale of arms. || His Excellency answered that he had just ordered the Procureur Royal to take action against those who sold arms and explosives without previous authorization of the Government in accordance with Article 621 of the code, which had hitherto been overlooked. It was no true, then — as generally believed — that the sale of arms in Greece was free to all. || He had, moreover, embargoed in a bank, some weeks ago, a sum of 18,000 dollars, which were placed there by the Cretan Commitee, over which M. Korneo presided (There are two Cretan Committees here.) || On the whole, my conversation with M. Delyanni somewhat relieves my apprehensions of the extent of the power of the party of action in this country, has he appears to consider it to mean little more than the party of political opposition now in such hopeless minority in the Chamber. But he is evidently anxious that no time should be lost in forming the gendarmerie in Crete, and as I was leaving he begged me to express, by telegraph, to Sir Philip Currie his anxiety on the subject, which I have done.

Edwin H. Egerton.

Nr. 11712. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte hat Deutschland vergeblich um Beamte und Offiziere gebeten.

Constantinople, January 25, 1897, 8.15 P. M. (January 25.)

Nr. 11712. Grofsbritannien. 25. Jan. 1897.

(Telegraphic.) || The German Government have been asked by Porte for a financial administrator and gendarmerie officers. || They declined, on the ground that, by entertaining any such isolated proposals, they would interrupt the deliberations of the Ambassadors, which would be undesirable.

Nr. 11713. **TÜRKEI.** — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Die Muselmanen auf Kreta werden von den Christen angegriffen.

30. Januar 1897. (February 1.)

Nr. 11713. Türkei. 30. Jan. 1897.

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à sa Seigneurie le Marquis de Salisbury, et a l'honneur, de lui communiquer ce qui suit: — || Sa Seigneurie n'est pas sans connaître les efforts déployés par le Gouvernement Impérial en vue de rétablir la paix et la tranquillité en Crète, et les facilités

Nr. 11713. Türkei. 30. Jan. 1897. accordées pour l'organisation de la gendarmerie et de la justice dans cette île. Grâce aux mesures sages adoptées, tout les habitants Musulmans et Chrétiens jouissent déjà depuis plusieurs mois d'une tranquillité absolue. || Cependant, le Comité Révolutionnaire Crétois, dont les visées ne peuvent être satisfaites par le *statu quo*, cherche, par tous les moyens, à créer un état de choses incompatible avec les intérêts du Gouvernement Impérial, et le désir sincère des Grandes Puissances de sauvegarder la paix générale. || Ainsi, un des agitateurs les plus en vue de ce Comité, le Dr. Haralambos Papazaki, demeurant à l'heure qu'il est à Athènes, entretient, d'après les informations parvenues de Créte à la Sublime Porte, une correspondance des plus actives avec ses acolytes, se trouvant dans l'île, afin d'y faire éclater une nouvelle insurrection. || Par suite de ces menées subversives, les Chrétiens d'Abadia, ceux d'Aglibadia, du Sandjak de Candie, et ceux d'Agligorias ont forcé, les armes à la mains, les Musulmans de ces parages à quitter la campagne, et à se réfugier en ville, et ont tiré des coups de feu contre les Musulmans de deux autres villages qui, se rendant en ville, ont rencontré les dits Chrétiens en embuscade à l'endroit désigné sous le nom de Kakiskala. || Les Musulmans ont dû, devant cette attaque, rebrousser chemin, et se trouvent actuellement dans une situation des plus critiques. || D'autres désordres isolés se produisent sur d'autres points du Sandjak de la Canée. || Ces faits venant à l'appui du fait que le Comité Révolutionnaire constitutionnel ne cesse de faire agiter les esprits en vue de la reprise d'armes dans l'île, le Gouvernement Impérial tient à faire ressortir la situation qui lui est faite par ces menées révolutionnaires venant du dehors par l'entremise d'agitateurs de profession tel que Papazaki, et qui sont de nature à amener une effervescence dangereuse alors que le maintien de la tranquillité de l'île est l'objet de la sollicitude constante du Gouvernement Impérial. || Anthopoulo Pacha serait reconnaissant à sa Seigneurie de vouloir bien lui faire connaître les appréciations du Gouvernement de Sa Majesté la Reine en ce qui concerne l'objet de cette communication.

Ambassade Impériale de Turquie, Londres,
le 30 Janvier, 1897.

Nr. 11714. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Bürgerkrieg auf Kreta.

Athènes, le 4 Février, 1897.

Nr. 11714. Griechenland. 4. Febr. 1897. (Télégraphique.) || D'apres un télégramme reçu aujourd'hui de notre Consul-Général à la Canée, le Gouverneur-Général et les Consuls d'Angleterre, d'Autriche, et d'Italie, ainsi que notre Consul-Général, se sont rendus hier sur les lieux. Ils sont rentrés sans avoir pu approcher les Chrétiens occupant toutes les hauteurs. La plaine était tout en feu, et les propriétés des Chrétiens brûlaient. Les Consuls entrés dans le Monastère Chrysopigi ont trouvé 300 femmes et enfants affamés; leur état est pitoyable, s'y étant

réfugiés à la suite du feu qui a été mis dans leurs maisons. On se battait dans différents endroits. L'Évêque, les Conseillers d'Administration, et les Notables ont remis une Pétition aux Consuls dénonçant la conduite des Turcs, demandant que les Puissances prennent décision pour l'application des réformes, déclarant qu'en cas contraire ils proclameront union par tous les moyens possibles. || Le Consul à Rethymo télégraphie que les mesures décidées, en vue de l'organisation mixte et les détachements mixtes, échouèrent contre le refus des Turcs d'y prendre les dispositions nécessaires dans la ville et les environs. La vie des Chrétiens est compromise.

Nr. 11714. Griechenland. 4. Febr. 1897.

Nr. 11715. **GRIECHENLAND.** — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Athènes, le 5 Février, 1897.

(Télégraphique.) L'Interprète du Consulat-Général à la Canée nous a adressé le télégramme suivant: — || "A 3 heures et quart les Turcs ont commencé feu en ville; milliers coups de fusil. || "Les Consuls sont empêchés à Halepa. Impossible de communiquer. Les barques Européennes se trouvent dans le port sans pouvoir débarquer. || "Les coups de feu continuent sans cesse. Le résultat est inconnu."

Nr. 11715. Griechenland. 5. Febr. 1897.

Nr. 11716. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Die Christen sind für den kretischen Bürgerkrieg mit verantwortlich.

Foreign Office, February 5, 1897, 4.45 P. M.

(Telegraphic.) || I have received your telegrams of to-day relative to the attitude of the Greek Government in connection with the disturbances at Canea. || It is clear from the reports received from Colonel Chermside, which have been telegraphed to you, and the impartiality of which cannot be doubted, that the intelligence furnished to the Greek Government is exaggerated, and that the Christians are at least as much to blame as the Moslems for the disorders which have occurred at Canea. || Colonel Chermside reports that the Turkish troops have behaved well. || There is an ample naval force of the Great Powers now in Cretan waters, and it can, if necessary, be increased. || The dispatch of ships of war to Crete by the Greek Gouvernment would be a very unwise act.

Nr. 11716. Grofsbritannien. 5. Febr. 1897.

Nr. 11717. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Hat die Sendung von Truppen nach Kreta widerraten.

Constantinople, February 5, 1897, 11.35 A. M. (February 5, 2.10 P. M.)

(Telegraphic.) || In absence of Sir A. Biliotti, who is at Halepa with the Vali, Colonel Chermside telegraphed from Canea yesterday that firing had

Nr. 11717. Grofsbritannien. 5. Febr. 1897

Nr. 11717. Grofsbritannien. 5. Febr. 1897.

been going on in the town since 3·30 yesterday. || Troops, of whom there are only four companies and one squadron were behaving well, in spite of several soldiers having been killed. || The firing towards evening became desultory, and foreign naval officers and Consuls were making efforts to stop it. || Several villages in neighbourhood have been burnt. || In answer to the Foreign Minister, who sent yesterday to ask my advice as to sending more men to Crete, I replied that a dispatch of troops would probably result in a general insurrection of the Christians throughout the island.

Nr. 11718. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Teilt Berichte französischer Konsuln über die kretischen Dinge mit.

Paris, le 6 Février, 1897.

Nr. 11718. Frankreich. 6. Febr. 1897.

M. l'Ambassadeur, || en prévision du cas où le Consul de France à la Canée aurait été dans l'impossibilité de me faire connaître les derniers événements survenus en Crète, le Principal Secrétaire d'État de la Reine pour les Affaires Étrangères a bien voulu charger votre Excellence de me communiquer deux télégrammes envoyés de la Canée par le Colonel Chermside, Attaché Militaire à l'Ambassade Britannique à Constantinople. || En vous accusant réception de la communication que vous m'avez adressée d'après ces instructions, je vous serais très obligé de faire parvenir à ce sujet mes remercîments au Marquis de Salisbury. || J'ai l'honneur de vous communiquer de mon côté, pour être portés à la connaissance du Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté, les trois télégrammes suivants que j'ai reçus du Consul de France à la Canée sous la date du 5 de ce mois:— || "Des combats ont eu lieu depuis deux jours autour de la Canée et de Halepa. J'ai dû évacuer hier soir mon Consulat de Halepa avec les Français habitant ce village et les Chrétiens qui s'y étaient réfugiés. Tous ont été embarqués à bord du 'Suchet'. Je me suis installé avec le Chancelier à ma Chancellerie de la Canée. Un incendie épouvantable est venu s'ajouter à la fusillade continuelle qui a lieu dans les rues. Je suis allé la nuit avec le Commandant du 'Suchet' rassurer notre Mission, qui compte plus de mille réfugiés. Nous comptons la faire évacuer ce matin. L'incendie devient de plus en plus terrible. En ce moment je réunis les Français de la Canée à la Chancellerie pour les faire embarquer." || "Des gardes de marine Français occupent la Mission et la Chancellerie; un détachement a été également envoyé au bureau télégraphique. Des détachements de marins de toute nationalité circulent dans les rues et combattent l'incendie. Les autorités Ottomanes, en présence de la gravité du péril, réclament de nouveaux détachements de marins pour combattre l'incendie. Tous les Français sont embarqués sains et saufs. La confusion et la panique sont extrêmes. Les bateaux étrangers recueillent tous les réfugiés Chrétiens, mais les moyens commencent à manquer. La situation à Rethymo est menaçante

pour les Chrétiens." || "Toute la population Chrétienne est recueillie à bord des navires de guerre étrangers. La Mission Catholique a été évacuée. Tous les Français sont embarqués. Il ne reste plus que quelques centaines de Chrétiens qui passent la nuit sur les quais attendant les navires qui doivent arriver demain. La moitié du quartier Chrétien est déjà brûlée. Jusqu'à présent la Mission Catholique, bien qu'entourée par les flammes, n'est pas envore incendiée. Je reste à la Chancellerie, protégé par des marins Français, avec M. Leca, Chancelier." G. Hanotaux.

Nr. 11718. Frankreich. 6. Febr. 1897.

Nr. 11719. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland soll in Athen zum Frieden raten.

Foreign Office, February 8, 1897, 6.20 P. M.

(Telegraphic.) || Disturbances in Crete. || I have repeated to you a telegram dated to-day, received from Her Majesty's Consul at Canea this afternoon. || The Greek Naval Commander is, in the opinion of the Captain of Her Majesty's ship "Barfleur", trying to bring about war. I believe that such a course is quite as opposed to the wishes of the Emperor of Russia as to those of Her Majesty's Government. Your Excellency should represent to the Russian Minister for Foreign Affairs that at this moment Russian counsels would receive more attention from the Greek Government than those coming from any other quarter, and that it would be of great value if a strong recommendation for enforcing caution and pacific conduct on the Greek Naval Commanders in Cretan waters were made to the Hellenic Government.

Nr. 11719. Grofsbritannien. 8. Febr. 1897

Nr. 11720. GRIECHENLAND. — Proklamation des Kretischen Central-Komités.

Athens, February 8, 1897.

(Translation.) || The Cretan people, waiting for the introduction of the municipal reforms imposed and guaranteed by the European Powers, have suddenly seen, instead of them, massacres and incendiarism, the overturning and laying waste of towns and villages, and everything given over to fire and sword by cruel and barbarous enemies. They have seen all this occurring before the eyes of civilized Europe, in obedience to whose decision but a short time ago they laid down their glorious and victorious arms. || To-day, when Turkey violated every pledge, and has replied to the mediation and guarantee of Europe by prodigious unheard-of destruction, the Cretan people take up the common struggle, trusting in the help of the Most High, in their imprescriptible rights, and in the aid of all liberty-loving peoples. Under the standard of their secular national aspiration—the union of Crete with Greece—the nation calls for help and aid to see this aspiration fulfilled, for

Nr. 11720. Griechenland. 8. Febr. 1897.

Nr. 11720. Griechenland. 8. Febr. 1897.

which rivers of blood have been poured out and innumerable massacres perpetrated. || The Central Cretan Committee, following up for the fourth time its work, proceeds bravely to the accomplishment of its high duties, and calls for the assistance of every Hellene, of every friend of liberty and civilization to send powder and arms for those who are combating, and bread for the women, children, or old men. || Contributions may be sent to M. Mark Renieri, 4, Odos Peirdos, or to the National Bank.

Athens, January 27, 1897 (o. s.).

Nr. 11721. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte protestiert gegen die Sendung griechischer Schiffe nach Kreta.

Athens, February 9, 1897. (February 9.)

Nr. 11721. Grofsbritannien. 9. Febr. 1897.

(Telegraphic.) || The Turkish Minister, according to instructions, protested, on the 7th February, to the Hellenic Government, against the dispatch of two Greek Government vessels to Crete, and requested that they should be withdrawn. || M. Skousés told him that they were not sent for military purposes, but merely to assist suffering Greeks.

Nr. 11722. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew hat dem griechischen Gesandten Vorstellungen gemacht.

St. Petersburgh, February 9, 1897. (February 9.)

Nr. 11722. Grofsbritannien. 9. Febr. 1897.

(Telegraphic.) || Count Mouravieff, to whom I communicated the substance of your Lordship's telegram of yesterday, told me that he had informed the Greek Chargé d'Affaires that the dispatch to Crete of Greek vessels was greatly deplored by the Russian Government, as making it difficult to restrain Turkey from shipping troops there, and complicating both the Ambassadors' efforts at Constantinople and also the general situation. Count Mouravieff had also told the Greek Chargé d'Affaires that he regretted his inability to accept the Greek Government's assurances with regard to the action taken by them in Crete, and that he strongly advised a policy of peace. His Excellency was telegraphing to the Governments of France and Germany the language he had held to the Greek Chargé d'Affaires, and promised to dispatch a similar telegram, for communication to your Lordship, to the Russian Ambassador in London. || The German Government had, so Count Mouravieff informed me, thrown out a feeler for a joint remonstrance at Athens of the Powers, but they did not care to take the lead. The Imperial Government were equally unwilling to do this, but they would make a separate remonstrance if this was agreed to by the other Powers.

Nr. 11723. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Frankreich hat eine gemeinsame Note Englands, Frankreichs und Rufslands vorgeschlagen.

Foreign Office, February 9, 1897, 9 P. M.

Nr. 11723. Grofsbritannien. 9. Febr. 1897.

(Telegraphic.) || Disturbances in Crete. || I am informed by the French Government that they have received a report from their Minister at Athens that the "Miaoulis", another Greek ship of war, has been dispatched to the island, and that arms and other munitions of war are being sent by the Cretan Committee in vessels which have been chartered for this purpose. || Instructions have been issued to the French Minister to enter into communication with you and the Russian Representative, and to make a joint endeavour to dissuade the Greek Government from adopting precipitate decisions without previous consultation with the Great Powers. || I authorize you to act in the manner indicated in conjunction with such of your colleagues as may receive similar instructions.

Nr. 11724. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Konstantinopel, Paris, Berlin, Wien, Rom, Petersburg und den Gesandten in Athen. Die europäischen Admirale sollen Feindseligkeiten der griechischen Marine verhindern.

Foreign Office, February 10, 1897, 8.20 P. M.

Nr. 11724. Grofsbritannien. 10. Febr. 1897.

(Telegraphic.) || The French Ambassador has suggested to me, and I have agreed, that instructions should be sent to our Naval Commanders in Cretan waters to concert, in case of need, with the Naval Commanders of the other Great Powers for preventing the Greek ships of war from taking any aggressive action, and for taking such measures as seem to be required by the circumstances which may arise.

Nr. 11725. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Soll mit seinen Kollegen auf die Heimberufung der griechischen Torpedos dringen.

Foreign Office, February 11, 1897, 8 P. M.

Nr. 11725. Grofsbritannien. 11. Febr. 1897.

(Telegraphic.) || Disturbances in Crete. || You are authorized to join in the representations of your colleagues if any of them have received instructions from their Governments to urge the Greek Government to withdraw their flotilla of torpedo-boats. || The pretext advanced by the Greek Government for sending these vessels is unfounded, for no reinforcements have been sent

Nr. 11725. Grofsbritannien. 11.Febr.1897.

to Crete by the Turkish Government. || The excitement which prevails in Crete and at Athens can only receive a fresh impulse from such action as that taken by the Greek Government.

Nr. 11726. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen soll sich mit seinen Kollegen verständigen.

Vienna, February 10, 1897. (February 12.)

Nr. 11726. Grofsbritannien. 10.Febr.1897.

My Lord, || I called at the Foreign Office this afternoon and imparted to Count Goluchowski the contents of your Lordship's instructions to Mr. Egerton, telegraphed to me to-day. His Excellency at once expressed his readiness to charge the Austrian Representative at Athens to join his colleagues in endeavouring to dissuade the Hellenic Government from taking any precipitate resolutions without first consulting the Great Powers. || In a short conversation which ensued, Count Goluchowski observed, among other things, that he feared the Government at Athens had now gone so far that they could scarcely risk recalling their ships even if so minded. His Excellency also gave me some account of what had passed between him and the Greek Chargé d'Affaires on the subject of Crete. He had, he said, pointed out how unfortunate the action of his Government was in contributing to precipitate an acute crisis in Crete on the eve of the reforms being carried into execution there. || His Excellency seems, however, to have held still plainer language to the Turkish Ambassador, who had been charged by his Government to request that the strongest pressure should be used at Athens to procure the recall of the Greek squadron, and at the same time to ask the advice of the Imperial Government as to what course the Turkish Government should take for the suppression of the insurrection, and wheter they should or not reinforce their troops in the island. In reply, he had told Mahmoud Nedim Bey that he did not believe it would be possible to obtain the recall of their ships from the Greek Government, while as to the advice he sought for in regard to the suppression of the insurrection, he could not take upon himself to counsel an independent Government in such a matter, but that he must warn him that if the same means were adopted in Crete as had been made use of in Anatolia and elsewhere by employing Bashi-Bazouks, and committing massacres and other atrocities, the consequences to his Government would be certain to be most serious. || On leaving Count Goluchowski, I met M. Lozé, the French Ambassador, who had come to ask for the support of this Government in the restraining action to be attempted at Athens. Horace Rumbold.

Nr. 11727. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Motive zur Absendung der Flotte. Kreta kann nicht unter türkischer Souveränetät bleiben.

Athènes, le 11 Février, 1897. (Communicated February 12.)

Nr. 11727. Griechenland. 11. Febr. 1897.

(Télégraphique.) || Il est inutile de faire ici l'historique de Crète. Les faits parlent et il est clair que ce que nous voyons aujourd'hui en Crète est le résultat non seulement de la mauvaise administration mais aussi du manque complet de bonne foi de la population Musulmane, qui ne veut pas l'introduction des réformes. Quand l'année dernière la révolution éclata en Crète les Puissances s'en sont émues d'un état de choses impossible dont la continuation aurait certainement amené la prolongation d'une lutte acharnée des Crétois pour leur existence et leurs foyers. Les Puissances désirant calmer les esprits ainsi que de montrer leur bienveillance pour la population de Créte demandèrent au Sultan certaines concessions qui, grâce à la ferme volonté des Puissances, furent données. Ces réformes avaient été acceptées avec reconnaissance par les Crétois. Six mois presque étaient passés quand enfin une partie de ces réformes devait entrer en exécution; les Turcs pour empêcher la réalisation, prirent les armes et attaquèrent les Chrétiens de la Canée par un feu meurtrier, incendiant en même temps les quartiers Chrétiens de la ville. Le Gouvernement Royal, profondément ému d'un tel état de choses, voyant l'Ile de Crète en flammes, les habitants en détresse, donna l'ordre à quelques navires d'aller secourir ces malheureuses familles sans abri et protection, les sujets Hellènes et les intérêts nationaux. Mais comment sera mis un terme à la révolution? Est-ce par l'envoi de troupes que peut expédier la Puissance Souveraine? Si un tel moyen était mis en exécution, nous avons le devoir d'annoncer aux Puissances que répondant aux sentiments de tout l'Hellénisme nous nous opposerons par tous les moyens, car nous savons que l'arrivée de troupes Turques serait le signal des cruautés dont l'Europe a été témoin l'été dernier. Devant cet état de choses la Grèce ne peut rester impassible. Elle croit avoir donné aux Puissances la preuve du respect qu'elle professe pour leurs conseils. Mais d'un autre côté, ayant conscience des devoirs qu'elle a envers l'île-sœur et dans l'intérêt juste du maintien de la paix que nous désirons, autant que tout le monde civilisé, nous venons faire appel aux Grandes Puissances. L'Ile de Crète ne peut plus rester sous la souveraineté Ottomane. Qu'on lui rende la liberte pour voir l'ordre et la tranquillité régner là-bas. Tout essai de remédier à l'état actuel par d'autres mesures ne serait que l'ouverture d'une nouvelle page des cruautés contraires aux sentiments de l'humanité. Les Crétois ont déclaré leur indépendance et leur ferme décision de s'unir à la Grèce en se faisant tuer jusqu'au dernier pour obtenir l'accomplissement de leurs vœux. || Veuillez donner lecture de la présente à son Excellence M. le Ministre des Affaires et lui en laisser copie.

Skousés.

Nr. 11728. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Vorstellungen an die griechische Regierung wegen der Flottensendung.

Athens, February 12. 1897. (February 12.)

Nr. 11728. Grofsbritannion. 12. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || None of my colleagues have yet received instructions respecting the return of the Greek torpedo-boats, but I to-day sent a message to M. Skousés in the sense of your Lordship's telegram of yesterday. || I said that as the Turkish Government hat not sent vessels to Crete, the excuse for the dispatch of the torpedo flotilla was groundless. || His Excellency said, in reply, that it was no use waiting for events until it was too late. The measures that had been taken were precautionary in consequence of the news that torpedo-boats had left Constantinople, and that the Turkish Government was on the point of dispatching reinforcements to Crete. || His Excellency's language in answer to my serious warning was to the effect that Greek patience had been exhausted by six months of delay and deception, and that the time for more decided action may have come.

Nr. 11729. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland schlägt Vertreibung der griechischen Schiffe von Kreta vor.

Berlin, February 12, 1897, 3.30 P. M. (February 12.)

Nr. 11729. Grofsbritannien. 12. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || A most serious view is taken by Baron von Marschall of the state of affairs in Crete. His Excellency is afraid that, unless energetic and immediate action is taken by the Great Powers, the Greek Government will proclaim the annexation of Crete to Greece, and will thus commence the dismemberment of the Ottoman Empire. || If the Powers prevented the Sultan from sending troops, it was their duty to prevent Greece from proclaiming the annexation. The remonstrate was useless, and his Excellency thought that considerable latitude should be allowed to the Naval Commanders in dealing with the Greek ships. I communicated confidentially to Baron von Marschall the substance of your Lordship's telegram of the 10th instant, and his Excellency stated that he was gratified to observe that your Lordship took the same view. He was of opinion that all the Great Powers were in accord, but that none of them desired to take the initiative. His Excellency did not, however, consider this point to be one of great importance, if instructions could be sent to the Naval Commanders to prevent not only aggressive action on the part of the Greek men-of-war, but any action on their part calculated to encourage the insurrection. The Naval Commanders should, in his Excellency's opinion, be authorized, if they thought it necessary, to drive the Greek ships from Cretan waters; and he believed that the position of the King and Government would be rather improved than weakened if it could be shown that they had yielded to force.

Nr. 11730. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien wünscht eine Verständigung mit England.

Rome, February 13, 1897. (February 13.)

Nr. 11730. Grofsbritannien. 13. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || The news of a Greek vessel having fired upon a transport conveying Turkish troops from one part of the Island of Crete to another has just reached the Minister for Foreign Affairs, who informed me of it today. || His Excellency said he was most anxious that the Italian Government should act in entire accord with that of Great Britain, and that he therefore hoped that I might be placed in a position to exchange views with him respecting the situation, which appeared to him very serious.

Nr. 11731. GROSSMÄCHTE. — Die Gesandten der Grofsmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Protest gegen die Absendung von Truppen nach Kreta.

Nr. 11731. Grofsmächte. 13. Feb. 1897.

Après l'envoi des bâtiments de guerre Helléniques en Crète suivi de l'expédition des torpilleurs, nous n'avons pas dissimulé au Gouvernement Royal la désapprobation que rencontraient de la part des Puissances des actes aussi contraires à leur commun désir de maintenir la paix de l'Orient. || Nous apprenons aujourd'hui que les choses prennent une tournure autrement grave; que des troupes régulières de la Grèce se disposeraient à pénétrer à main armée sur un point du territoire Ottoman. Si cette nouvelle est fondée notre devoir dans de telles conjonctures, en attendant les instructions qui ne peuvent manquer de nous arriver à bref délai, est d'insister sur la désapprobation que des actes semblables recontrent de la part de tous nos Gouvernements, et de déclarer au Gouvernement Hellénique que les Puissances ne peuvent que laisser peser sur lui les conséquences d'une action qui éveille à juste titre la vive anxiété des Cabinets Européens.

Athènes, le 1er (13) Février, 1897.

Nr. 11732. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte. Antwort auf das Vorige.

Nr. 11732. Griechenland. 13. Feb. 1897.

Les événements qui ont eu lieu en Crète ont amené une anarchie dans laquelle les familles Chrétiennes ont été exposées, ainsi que leur fortune, à la merci et au pillage de la populace fanatique et sans frein. || Le Gouvernement Royal ne pouvait plus supporter cet état lamentable dans lequel se sont trouvés les habitants de l'île auxquels nous sommes liés par la religion et par des liens sacrés. || Il a pris par conséquent la décision d'envoyer des troupes pour occuper l'île et ramener l'ordre et la paix là-bas.

Athènes, le 1er (13) Février, 1897.

Nr. 11733. TÜRKEI. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Fordert Intervention der Grofsmächte gegen das Vorgehen Griechenlands.

Nr. 11733. Türkei. 13. Feb. 1897.

L'ambassadeur de Turquie présente ses compliments à sa Seigneurie le Marquis de Salisbury, et a l'honneur de porter à sa connaissance ce qui suit. || D'après les derniers renseignements de la Sublime Porte, l'un des deux bâtiments Hellènes qui s'étaient rendus en Crète contenait plusieurs milliers de fusils Gras et des munitions de guerre destinés à être distribués aux insurgés. En outre, le bateau de guerre "Laurium," ayant à bord 1 250 Crétois avec 3 000 fusils Gras, 8 000 cartouches, ainsi que six canons, est parti pour la Crète, et 1 500 soldats Hellènes s'y sont aussi rendus par les navires Grecs affectés au transport des réfugiés. Le Gouvernement Impérial est informé aussi que six torpilleurs et le "Sphakteria," sous le commandement du Prince George, viennent également de quitter les eaux Helléniques pour la Crète, et que M. Delyanni a déclaré à la Chambre que l'envoi de ces troupes et bâtiments avait pour but d'empêcher tout débarquement de troupes Ottomanes dans l'île. || Interpellé par le Ministre Impérial Ottoman à Athènes sur ces expéditions de forces et d'armes qui constituent non seulement un encouragement et une excitation aux rebelles, mais aussi une provocation directe à l'adresse du Gouvernement Impérial, M. Delyanni a cherché à les expliquer en alléguant que son Gouvernement avait dû s'y décider sous la pression de l'opinion publique; que les bâtiments expédiés n'avaient pour mission que d'évoluer autour de l'île, et d'autres prétextes aussi inadmissibles. Il est superflu de faire ressortir combien cette attitude de la Grèce est de nature à compliquer la situation en fomentant l'agitation Crétoise, et en jetant un défi aussi bien au Gouvernement Impérial qu'aux Grandes Puissances, qui ont bien voulu assumer la tâche de collaborer avec le Gouvernement Impérial pour assurer à l'île une tranquillité durable. || La Sublime Porte ne peut croire que les Cabinets Européens puissent rester inactifs en présence d'un pareil état de choses; mais les circonstances pressent et elle est elle-même entraînée par les événements. Il est évident que si les Puissances n'interviennent pas de la manière la plus énergique, et, au besoin, par des moyens coercitifs pour obliger la Grèce à cesser ses provocations et à se tenir tranquille, le Gouvernement Impérial se verra lui-même dans la pénible extrémité d'y aviser. Mais, il aime toujours à espérer que le concours bienveillant des Puissances et leur ferme volonté de maintenir la paix lui épargneront une pareille éventualité. || Anthopoulo Pacha a l'honneur par conséquent d'attirer la plus sérieuse attention du Cabinet de Sa Majesté Britannique sur l'urgence qu'il y a d'agir, et il serait reconnaissant à sa Seigneurie si elle voulait bien lui faire parvenir dans le plus bref délai une réponse à sa présente communication.

Ambassade Impériale de Turquie, Londres,
le 13 Février, 1897.

Nr. 11734. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Der Deutsche Kaiser schlägt eine Blockade des Piräus vor.

Berlin, February 14, 1897, 5 P. M. (February 14.)

(Telegraphic.) || I have just received a visit from the Emperor, who called in order to speak about Cretan affairs. His Majesty said that a conflict had taken place between a Turkish transport and Greek ships, in which the former had been forced to retire. Further, that Prince George had telegraphed asking for the dispatch of a Greek regiment to Crete on the ground that the insurgents had declared that they would not surrender their arms to the Great Powers or to Turkey, but would give up their arms to Greece alone. His Majesty expressed the strongest opinion that the Powers should adopt vigorous measures against the Greek ships, and that the Piraeus should be blockaded if such a step was necessary. The German Representatives at Athens and Constantinople, and the Commanders of the German ships, had received orders to render every assistance in their power to the Great Powers in taking strong measures against Greece, but if the Great Powers are inactive, and allow Greece to pursue her course in regard to Crete, His Majesty said that he would withdraw his flag from Cretan waters at once.

Nr. 11734. Grofsbritannien. 14. Feb. 1897.

Nr. 11735. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Soll sich mit seinen Kollegen über undiplomatisches Vorgehen verständigen.

Foreign Office, February 14, 1897, 1 A. M.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government authorize you to take any diplomatic action in regard to the present disturbances in Crete in which your colleagues are disposed to join with you. || Should they propose to bring material pressure to bear on the Greek Government, you should ascertain what Powers propose to take part in so doing and in what manner they intend to proceed. || The French Government, with whom I have been in consultation, have not given any clear expression of their views on this point.

Nr. 11735. Grofsbritannien. 14. Feb. 1897.

Nr. 11736. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland hat Verhinderung der griechischen Landungen vorgeschlagen.

Foreign Office, February 14, 1897, 3.15 P. M.

(Telegraphic.) || Disturbances in Crete. || A telegram from the Russian Government had been communicated to me by the Russian Ambassador, in which it is stated that Admiral Andréeff is being sent to Crete with instruc-

Nr. 11736. Grofsbritannien. 14. Feb. 1897.

Nr. 11736. Grofsbritannien. 14. Feb. 1897. tions to come to an agreement with the foreign Naval Commanders with regard to the action which should be taken for preventing the Greeks from resorting to aggressive action. || In the opinion of the Russian Government, if the emergency arises, all the Naval Commanders should decide upon landing detachments from their vessels and upon coming to arrangements with the Turkish authorities for restoring tranquillity to the island, which would thus be held, so to speak, in trust by European forces until such time as the Cretan question had been settled by the concert of European Powers. || I have to request you to inform the Russian Minister for Foreign Affairs, in reply to this communication, that if Her Majesty's Government learn that the Russian Government have sent instructions to take this step, they will be ready to give similar instructions to the British naval officers, but that Her Majesty's Government do not propose to adopt any such measures except in conjunction with other Powers.

Nr. 11737. GRIECHENLAND. — Proklamation des Obersten Vassos an die Kreter.

Nr. 11737. Griechenland. 14. Feb. 1897. (Translation.) || The sufferings which you have endured for many years, and which you still endure owing to the complete anarchy prevailing, the ruin to your families and properties placed at the mercy of an unbridled fanaticism, and the pillage of a barbarous mob, have roused the national feeling, and moved the whole of Hellenism. || The lamentable condition of a people of the same race and religion, who have the same destiny and history as ourselves, could no longer be tolerated. || His Majesty the King of the Hellenes, my Sovereign, decided to put an end to this state of things by the military occupation of the island. || In the name of His Majesty, George I, King of the Hellenes, I occupy the Island of Crete, and, in proclaiming this to its inhabitants, without distinction of religion or nationality, I promise, in the name of His Majesty, that I will protect the honour, life and property of the inhabitants, respect their religious convictions, and give them peace and equal justice.

Issued from the Monastery of Gonia on the 2nd (14th) February, 1897.

The Commander of the Army of Occupation,

(Signed) Colonel T. VASSOS.

Nr. 11738. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland will bei der Verhinderung einer griechischen Landung mitwirken.

Berlin, February 15, 1897, 1.40 P. M. (February 15.)

Nr. 11738. Grofsbritannien. 15. Feb. 1897. (Telegraphic.) || The Imperial Secretary of State for Foreign Affairs informs me that the Commanders of the German men-of-war have been instructed to co-operate with other Naval Commanders to prevent the Greek

ships from taking any hostile action in Crete, and to land men in the Cretan ports to restore order if necessary. || Baron von Marschall is of opinion that the Greek ships would be forced to withdraw without firing a shot if energetic action were taken. His Excellency states that all the Powers are agreed, and that Greece should not be allowed to endanger the peace of Europe.*)

Nr. 11738. Grofsbritannien. 15. Feb. 1897.

Nr. 11739. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew billigt die Landung internationaler Mannschaften auf Kreta.

St. Petersburgh, February 15, 1897. (February 15.)

(Telegraphic.) || Count Lamsdorff, to whom, in Count Mouravieff's absence, I communicated your Lordship's telegram of yesterday, informed me that your Lordship would to-day receive communication from M. de Staal of another Circular telegram, in which the Russian Government notifies its approval of the proposals made by the Consuls (similar to those contained in Consul Biliotti's telegram of the 11th), and urges that the Naval Commanders in Cretan waters should come to an immediate understanding.

Nr. 11739. Grofsbritannien. 15. Feb. 1897.

Nr. 11740. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Österreich-Ungarn ist für die Blockade des Piräus.

Vienna, February 16, 1897. (February 16.)

(Telegraphic.) || Count Goluchowski informs me that the Imperial Government has given its adherence to a proposal emanating from Berlin that a naval demonstration should be made by the Great Powers before the Piræus, and that a demand should be put forward for the withdrawal of Greek ships

Nr. 11740. Grofsbritannien. 16. Feb. 1897.

*) An demselben Tage veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger" folgende Notiz: Die Vorstellungen, welche die Vertreter sämtlicher Grofsmächte in Athen unter Hinweis auf die aus der völkerrechtswidrigen Haltung Griechenlands für den europäischen Frieden sich ergebende Gefahr gemacht haben, sind von dem griechischen Minister des Äufsern mit der Erwiderung beantwortet worden, dafs Griechenland Kreta besetzen werde. Nach diesem Vorgange erachtet es die Kaiserliche Regierung zunächst nicht mehr ihrer Würde entsprechend, weitere diplomatische Schritte in Athen zu thun. Nach vorherigem Meinungsaustausch mit den Kabinetten der übrigen Grofsmächte erhielt der Kommandant von S. M. S. „Kaiserin Augusta", welches in den nächsten Tagen vor Kanea eintrifft, den Befehl, im Einvernehmen mit den kommandierenden Offizieren der übrigen in den kretensischen Gewässern versammelten Seestreitkräfte der Grofsmächte jeden feindseligen Akt Griechenlands zu verhindern und aufserdem zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Vermeidung weiteren Blutvergiefsens thunlichst mitzuwirken.

Nr. 11740. Grofsbritannien. 16. Feb. 1897. from Crete and for the abandonment of all military operations. In the event of the Greek Government remaining obdurate a blockade of the Piraeus would ensue. || This proposal has, I understand, been agreed to by the French and Italian Governments.

Nr. 11741. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux über die Blockade des Piräus.

Paris, February 16, 1897, 3.5 P. M. (February 16.)

Nr. 11741. Grofsbritannien. 16. Feb. 1897. (Telegraphic.) || M. Lozé has telegraphed to M. Hanotaux that he has been informed by the Austro-Hungarian Minister for Foreign Affairs that his Government adhere to the suggestion put forward by Germany, viz., that if Greece persists in the course on which she has entered, the Powers shall combine in employing measures of coercion against her. || On this point, M. Hanotaux would like to know your Lordship's opinion. || His own view is that the Piraeus should be blockaded if coercion is to be employed, and he believes that, if the consent of the other Powers is obtained, he will be able to obtain the assent of the French Government to such a course. || Some deliberation will be necessary before this step can be taken, and without the material participation of Germany it should not, in M. Hanotaux' opinion, be effected.

Nr. 11742. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Soll sich mit dem russischen und französ. Gesandten verständigen.

Foreign Office, February 16, 1897.

Nr. 11742. Grofsbritannien. 16. Feb. 1897. (Telegraphic.) || With reference to my telegram of yesterday's date, respecting the instructions sent to the Russian Minister at Athens, I have to inform you that Her Majesty's Government have now been requested by the French Government to join in the remonstrance which they propose to make to the Greek Government. You should arrange to join with your French and Russian colleagues, or to give them your support in whatever may be the most effective manner. You should not, however, threaten any specific measures in your communication, nor word it as a personal appeal from the Queen. || You should inform your Austrian, German, and Italian colleagues, in case they should desire to associate themselves in this remonstrance.

Nr. 11743. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auwärtigen. Unterredung mit dem Deutschen Kaiser.

Berlin, February 17, 1897. (February 17.)

Nr. 11743. Grofsbritannien. 17. Feb. 1897

(Telegraphic.) || I have just received a visit from the Emperor, who asked whether an answer to my telegram of the 14th instant had been received. || I replied that no definite reply had been received, but that we might consider as such the action of Her Majesty's Government; upon which His Majesty said that the proposal to blockade Athens had been accepted by Austria, by whom a naval force had been prepared to do so, if agreed to by the other Powers. || From St. Petersburgh and Paris he had not yet received a reply, but these two Powers had instructed their Ministers to demand from King George the withdrawal from Crete of his naval and military forces. That a grave breach of international law, which would lead to a general war, should be allowed to be committed by Greece, whose defiance of the Great Powers made them the laughing-stock of Europe, was insupportable. Her Treaty engagements were violated by any Power who countenanced Greece. He had received from St. Petersburgh a satisfactory assurance to the effect that, if troubles broke out in the Balkan States, Russia would not interfere. || I observed that it was difficult to see how the Powers could help the Sultan if he himself declined to move. The Emperor replied that this might have to be considered, but that it was another question, and that Greece ought to be compelled, in the meantime, to withdraw from Crete.

Nr. 11744. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Deutschland schlägt eine Blockade der griechischen Küste vor.

Berlin, February 17, 1897. (February 17.)

Nr. 11744. Grofsbritannien. 17. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || Baron von Marschall has stated to me that the steps taken by the Powers to compel the Greeks to retire from Crete having failed, a formal proposal to blockade the Greek coast, as in 1886, would now be made to the Powers by the Imperial Government. Baron von Marschall expressed the hope that this measure would have the active support of Her Majesty's Government.

Nr. 11745. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Berlin, Rom, Paris, Petersburg, Wien. Der Blockade Griechenlands mufs ein Abkommen über Kreta vorausgehen.

Foreign Office, February 17, 1897, 5.30 M. P.

Nr. 11745. Grofsbritannien. 17. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || Crete and Greece. || Her Majesty's Government have received from the German Government proposals in the direction of a policy for blockading Greece. In the view of Her Majesty's Government, it is not

Nr. 11745. Grofsbritannien. 17. Feb. 1897.

possible usefully to consider a proposal of this kind until the Powers have resolved upon a course of action as regards the island of Crete, which is now occupied by them. || A strong feeling is entertained by Her Majesty's Government that though Crete may continue to form a part of the Ottoman Empire, it cannot continue subject to the administration of Turkey, but must be converted into a privileged province of the Empire. || Inquire of the Minister for Foreign Affairs if the Government to which you are accredited is disposed to express their views on this suggestion for dealing with the question.

Nr. 11746. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Mitteilung über Niedermetzelung der Muselmanen auf Kreta.

Sublime Porte, le 18 Février, 1897. (Communicated February 18.)

Nr. 11746. Türkei. 18. Feb. 1897.

(Télégraphique.) || D'après les dernières nouvelles que nous recevons de Crète, pendant les massacres de Sitia que je vous ai signalés par mon télégramme No. 20, à l'exception de vingt-huit individus qui avaient réussi à s'échapper, tous les autres Musulmans de ces parages ont été tués de la façon la plus barbare; les plus horribles atrocités ont été commises durant ces boucheries; à l'heure qu'il est huit autres villages Musulmans du même district se trouvent assiégés par les insurgés et l'on ignore le sort de leurs habitants. || Les Gouvernements Européens, dans leurs sentiments d'humanité, ne sauraient certes rester impassibles devant de pareilles horreurs et tolérer plus longtemps un état de choses qui est manifestement provoqué par la présence des navires de guerre et des troupes Helléniques et dont la continuation, ne fût-ce que pendant quelques jours encore, causerait infailliblement, comme je vous l'ai déjà dit, la complète extermination de l'élément Musulman dans l'île, qui se chiffre par plus de 70 000 âmes. || Je vous prie donc de voir immédiatement M. le Ministre des Affaires Étrangères pour attirer sa plus sérieuse attention sur cette situation, qui se prolonge déjà depuis trop longtemps, et insister de la façon la plus pressante sur l'urgence qu'il y a d'aviser à des mesures énergiques et efficaces et propres à y mettre au plus vite un terme.

Nr. 11747. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland fordert die Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta vor jeder Beratung über Kretas Zukunft.

Berlin, February 18, 1897.

Nr. 11747. Grofsbritannien. 18. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || I was told this morning by the imperial Secretary of State for Foreign Affairs, with reference to your Lordship's telegram of the 17th instant, that he was able to give an immediate reply to the proposals

contained therein. || When the Greeks shall have ceased their military operations, the Imperial Government will be ready to take the future condition of Crete into consideration; they must, however, decline to enter into discussion on the subject while Greece, having openly violated the law of nations and defied the orders and advice of the Great Powers, persists in her warlike action. The Imperial Government are particularly afraid of the precedent which would thereby be established. If a breach of international law for the satisfaction of national ambition suffices to force the acceptance of accomplished facts on the Great Powers, the example set by Greece will be followed by other States. Baron von Marschall will be ready to consider the question of the future condition of Crete as soon as Greece shall have recalled her troops; but, meanwhile, it is the belief of the Imperial Government that they had chosen the best means for the restoration of order by proposing a blockade, whereby the Greeks would be forced to withdraw, and a situation would be created on which the Great Powers would be able to enter into discussion on the question which your Lordship has raised.

Nr. 11747. Grofsbritannien. 18. Feb. 1897.

Nr. 11748. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Goluchowski über die Zukunft Kretas.

Vienna, February 18, 1897. (February 18.)

(Telegraphic.) || I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's telegram of yesterday. || In a conversation which I had with Count Goluchowski this afternoon, I spoke to him in the sense of the instructions sent to me. || His Excellency, after expressing his thanks for the communication, said that he was prepared to examine the question of the future fate of Crete on the understanding that the principle of the *status quo* should be respected, and that the ill-considered action of Greece should not contribute to benefit that country in the immediate present. He admitted that a solution of the difficulty might be obtained by constituting Crete a privileged province, like, for example, Samos; and he did not raise any objection to the point I dwelt on, namely, that Her Majesty's Government were of opinion that the island could no longer remain under direct Turkish rule. || Count Goluchowsky said he would let me know his views after careful consideration of the entire question.

Nr. 11748. Grofsbritannien. 18. Feb. 1897.

Nr. 11749. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland ist dem deutschen Vorschlage geneigt.

St. Petersburgh, February 19, 1897. (February 19.)

(Telegraphic.) || Count Mouravieff has just favoured me with a copy of a telegram sent by him to the Russian Ambassador at Berlin, to the following effect:— || „No official communication as to the proposal made by the German

Nr. 11749. Grofsbritannien. 19. Feb. 1897.

Nr. 11749. Grofsbritannien. 18. Feb. 1897.

Emperor for a blockade of Greece has reached us. The Great Powers are unable to tolerate such acts as the presence in Crete of an armed Greek force, and the declaration made in the name of the King by the officer in command of the troops, which can be considered in the light of an infringement of the integrity of the Turkish Empire. || We should certainly take an active part in the event of the Powers deciding upon energetic action of their fleets, on the proposal of the German Emperor."

Nr. 11750. TÜRKEI. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Mitteilung über die Lage in Kreta.

February 20, 1897.

Nr. 11750. Türkei. 20. Feb. 1897.

Le 3 (15) courant 1500 insurgés Crétois, portant six drapeaux Helléniques, ont assiégé le village Musulman d'Askalani et ouvert le feu. Les troupes Impériales qui s'y trouvaient et les habitants ayant riposté, un combat s'ensuivit, pendant lequel trois de ces derniers furent tués et dix blessés. D'autre part, les insurgés Crétois ont massacré 140 Musulmans—hommes, femmes, et enfants—des villages de Plakano, Sarakina, Kazros, Arghira, et Astratos, et cernent les habitants Musulmans des villages sis aux environs de Fedato, où des engagements ont lieu. La situation empirant de jour en jour et les Musulmans se trouvant sans cesse exposés à être massacrés, je vous prie d'y attirer de nouveau la plus sérieuse attention de M. le Ministre des Affaires Étrangères et de réitérer de la façon la plus instante vos démarches pour l'adoption de mesures efficaces propres à faire cesser au plus tôt cette situation.

Nr. 11751. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die italienische Regierung über den deutschen Vorschlag.

Rome, February 20, 1897. (February 20.)

Nr. 11751. Grofsbritannien. 20. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || The Minister for Foreign Affairs has informed me that he had an interview last night with the German Ambassador concerning the answer given by the Italian Government to the proposal of Germany, during which he gave him to understand that, after having consulted the President of the Council, the definite answer of the Italian Government must be reserved until such time at the Government of Germany should inform his Government that all the Powers were unanimous in their acceptance of the proposal. || Should the Powers come to such an agreement, the answer of the Italian Government will, I gather, be an affirmative one.

Nr. 11752. TÜRKEI. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Griechische Waffensendungen nach Kreta.

Received February 22. 1897.

Nr. 11752. Türkei. 22. Feb. 1897.

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à sa Seigneurie le Marquis de Salisbury, et a l'honneur de lui communiquer qu'un bâtiment de guerre Hellénique vient de débarquer à Kalos Tonos, dans le district de Kénourio, Créte, l'officier d'Etat-Major Helène et agitateur Caraka, le meneur Navalo Aristoneli avec 300 artilleurs, 6 canons, 4,000 fusils Gras, 3,000 caisses de cartouches, et un grande quantité de biscuits qui ont été distribués aux insurgés. En outre, trois bataillons de soldats Hellènes avec six canons seraient arrivés au Monastère de Gonia, près de forts des la Canée. Avant-hier, le Prince Nicolas s'est rendu avec un régiment d'artillerie à Larisse. Dans cette ville, ainsi qu'à Tricala, à Carditza, et à Calabaca se trouvent masses de grandes forces. Le Commandant de Tricala s'est rendu sur la frontière vers laquelle les réservistes mobilisés sont dirigés. Plus de 2,000 hommes sont passés ces derniers jours à Calcis et un bataillon est arrivé à Prouranda où se trouvaient déjà 400 evzones et 600 hommes d'infanterie; 709 autres sont en route pour Larisse. Le cuirassé "Spetzia" a recu l'ordre de partir pour la Crète où se rendraient également cinq autres torpilleurs. Le nombre des fusils envoyés jusqu'à présent dans l'île est de 8,500. Le Comité a expédié plusieurs milliers de fusils à Chio; 10,000 fusils Manlicher arrivés de Vienne au Comité d'Athènes seraient aussi destinées à être envoyés clandestinement en Macédoine et à Janina. || Nonobstant la gravité de cette situation et l'urgence d'une action énergique des Puissances, les Commandants des escadres Anglaise et Italienne dans les eaux de Crète ont déclaré aux autorités Impériales de l'île qu'ils étaient autorisés à s'opposer à toute attaque de la part des bâtiments de guerre Helléniques, mais que leurs instructions ne leur permettaient de rien faire pour empêcher les hostilités exercées sur terre par les insurgés et les soldats Hellènes débarqués contre les Musulmans ou les troupes Impériales. || Anthopoulo Pacha en signalant ce qui précède, est invité par son Gouvernement à insister auprès du Gouvernement de Sa Majesté la Reine pour hâter l'adoption des mesures par les Grandes Puissances en vue de l'éloignement des bâtiments et des troupes Helléniques de l'île, ce moyen étant le seul de nature à rémedier à la situation actuelle et à prévenir les plus grands dangers.

Ambassade Impériale de Turquie, Londres,
le 22. Févier, 1897.

Nr. 11753. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Ansicht der russischen Regierung über gegen Griechenland zu ergreifende Zwangsmafsregeln.

Foreign Office, February 22, 1897.

Nr. 11753. Grofsbritannien. 22. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || A telegram from the Russian Government has been communicated to me by M. de Staal, replying to the message in which I stated that Her Majesty's Government could not consent to Crete being replaced under the absolute authority of the Sultan, and proposed that, before the blockade of Greek ports was discussed, the Powers should agree on de future of the island. || The following is the text: —

"Sir N. O'Conor a été chargé par le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères de me communiquer les scrupules qu'éprouvait le Gouvernement de la Reine à répondre à la proposition du blocus de la Grèce, faite par l'Empereur Allemand, avant que les Puissances ne soient tombées d'accord sur le sort ultérieur de la Crète. Gouvernement Anglais trouve impossible de replacer île sous autorité absolue du Sultan, et, sans vouloir porter atteinte à intégrité Empire Turc, se prononce en faveur d'établissement en Crète d'un régime privilégié. Nous n'aurions rien contre d'assurer, de commun accord avec autres Puissances, des conditions d'existence aussi favorables que possible à la Crète dès qu'elle aura été pacifiée. Mais aucun apaisement ne nous semble possible tant que troupes et vaisseaux Grecs n'auront été éloignés. Mesures les plus énergiques pour atteindre ce but immédiatement nous semblent malheureusement inévitables en vue de mettre terme aux provocations de la Grèce et de maintenir, aussi bien à Constantinople que sur toute la presqu'île Balcanique, l'autorité des Grandes Puissances." *)

---

*) (Translation.) February 7 (19), 1897.

"Sir N. O'Conor has been instructed by the Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform me of the hesitation felt by the Queen's Government as to replying to the proposal to blockade Greece made by the German Emperor, before the Powers have come to an agreement with regard to the future state of Crete. The British Government consider it impossible that the island should be replaced under the absolute authority of the Sultan, and without wishing to interfere with the integrity of the Turkish Empire, declare themselves in favour of the establishment in Crete of a privileged Administration. We should have no objection to insuring, in agreement with the other Powers, conditions of existence as favourable as possible for Crete when peace is restored. But no tranquillity seems to us possible before the removal of the Greek troops and ships. The most energetic steps to effect this object immediately seem to us unfortunately inevitable, with a view to putting an end to the provocations of Greece, and to maintaining the authority of the Great Powers at Constantinople, as well as throughout the whole Balkan Peninsula."

Nr. 11754. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland will die griechischen Truppen mit Gewalt von Kreta entfernen.

Berlin, February 23, 1897. (February 23.)

Nr. 11754. Grofsbritannien. 23. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || Report from officer Commanding German vessel at Crete states that Admirals of Great Powers are unanimous in believing that the disorder and anarchical condition of the island have been increased by the presence of the Greek troops, and that while they remain the task of pacification is hopeless. || Baron von Marschall, in making the above communication to me this morning, observed that the Powers appeared to be in tacit aggrement on two points. In the first place, Greece would not be allowed to annex Crete. Secondly, Crete should not be restored to the Sultan, but some form of authonomy, like that which existed in Samos or Eastern Roumelia, should be granted to her. However, this would demand several weeks, and possibly months, and the pacification of Crete, which Greece was unable to effect, was the question of most urgent necessity. It was manifest that the Greeks would not withdraw except under compulsion, an Baron von Marschall trusts that instructions may be issued to the Admirals to employ such force as will be requisite to effect the withdrawal of the Greeks from the island.

Nr. 11755. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Die Ansicht Rufslands über Kretas Zukunft. Gemeinsames Vorgehen der Grofsmächte in Konstantinopel und Athen.

Foreign Office, February 24, 1897.

Nr. 11755. Grofsbritannien. 24. Feb. 1897.

Sir, || The Russian Ambassador has communicated to me to-day two telegramms which he has received from his Government dated the 23rd instant. The first of these messages is to the following effect: — || "As the British Government seem opposed to any action against Greece so long as no decision has been arrived at with regard to the future condition of Crete, the Russian Government have proposed to the Great Continental Powers to agree to the two following principles: || 1. Crete shall in no case be annexed to Greece under present circumstances. || 2. As Turkey has delayed the application of the reforms agreed upon, they no longer meet the requirements of the present situation. The Powers have resolved, while maintaining the integrity of the Ottoman Empire, to bestow on Crete an autonomous administration.

The two points should be collectively notified by all the Powers both at Constantinople and Athens. At the same time the Greek Government should be required by an ultimatum to withdraw immediately its troops and

Nr. 11755. Grofsbritannien. 24. Feb. 1897. ships from Crete, which is in the occupation of the Powers. In the event of resistance the threat should be followed up by suitable rigorous measures. || The Russian Government hope that Great Britain will assent to this agreement, which appears to them to be in perfect conformity with her views. || The second telegram states that, as all the Governments recognize the absolute necessity of a speedy solution of Cretan affairs, the Russian Government propose, in conformity with the views put forward in the first telegram —

1. That the Ambassadors at Constantinople should be instructed to notify to the Porte the two points agread upon. || 2. That the Greek Government should be informed of these same two points by the Representatives at Athens, who should call upon it by an ultimatum to withdraw its troops and ships from Crete within a term of three or four days. After the expiration of this term, if Greece should not comply with the summons, the Powers should proceed immediately to measures of extreme rigour — either a blockade of the Piræus according to the German proposal, or direct action in Crete against the naval and land forces of Greece.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11756. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Wien, Petersburg, Rom. Erklärung über die englische Politik.

Foreign Office, February, 24, 1897, 7.45 P. M.

Nr. 11756. Grofsbritannien. 24. Feb. 1897. (Telegraphic.) || Inform Government to which you are accredited that Her Majesty's Government propose to make the following public declaration of the policy which they are prepared to pursue, and which they believe to be in accordane with the views of their allies: — || 1. That the establishment of administrative autonomy in Crete is, in their judgment, a necessary condition to the termination of the international occupation. || 2. That, subject to the above provision, Crete ougth, in their judgment, to remain a portion of the Turkish Empire. || 3. That Turkey and Greece ougth to be informed by the Powers of this resolution. || 4. That if either Turkey or Greece persistently refuse when required to withdraw their naval and military forces from the island, the Powers should impose their decision by force upon the State so refusing.

Nr. 11757. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland wünscht Antwort auf seinen Vorschlag.

Foreign Office, February 25, 1897.

Nr. 11757. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897. Sir, || The Russian Ambassador has communicated to me a telegram which has reached him to-day from his Government, the substance of which is as follows: — || The Governements of France, Germany, Austria-Hungary, and Italy

having notified their entire adhesion to the Russian proposals, and having sent instructions accordingly to their Representatives at Athens and Constantinople, the Russian Government anxiously awaits the reply of the British Cabinet, in order to proceed with the unanimous action calculated to put an end to the situation in Crete, which daily becomes more dangerous.

Nr. 11757. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

Salisbury.

Nr. 11758. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux will die türkischen Truppen nach Einrichtung einer Gendarmerie von Kreta entfernen.

Paris, February 25, 1897, 1.15 P. M.

(Telegraphic.) || I have just seen M. Hanotaux, and have communicated to him the substance of your Lordship's telegrams of yesterday respecting Crete. || His Excellency thinks it would be better to modify point 4, so as to allow the Turkish troops that were in Crete before the outbreak to remain at certain places where the Mussulman population are in danger of their lives, until the organization of the local Gendarmerie is completed. || Except on this one point M. Hanotaux agrees entirely with your Lordship's proposed plan, provided that all the Powers support it, and he will do all in his power to insure its acceptance. || He hopes that your Lordship will embody his suggestion in the declaration to be made in Parliament to-day. || In a despatch received this morning from Baron de Courcel, it was stated that your Lordship had admitted to him yesterday that the one difficulty in the situation was point 4.

Nr. 11758. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

Nr. 11759. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Marschall verlangt Zurückziehung der griechischen Truppen.

Berlin, February 25, 1897, 2.15 P. M. (February 25)

(Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of yesterday, the substance of which I have communicated to Baron von Marschall, his Excellency's observation was that it did not in general contain anything in opposition to the views of the German Government, except where it is said in paragraph 4, that in the event of Greece or Turkey refusing to withdraw their forces, force should be used by the Powers to impose their decision. In his Excellency's oponion, Greece and Turkey cannot be treated on the same footing, and the demand that they should withdraw their forces should not be made simultaneously. The former have no right to be in Crete while the latter have. || To force Greece to evacuate the island would be the first thing to be done. After the accomplishment of this, and when the island shall

Nr. 11759. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

Nr. 11759. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

be in the occupation of the Great Powers, Turkey might then be called upon by them to withdraw her troops, in view of the proposed grant of autonomy to Crete, but to demand the withdrawal of the Turkish troops is not within the right of the Great Powers until after the island shall have been left by the Greeks. || His Excellency observed, further, that it seemed to him that the words in paragraph 4, "when required," admitted of the course indicated above being followed, as they did not imply necessarily that the demand for the withdrawal of the troops should be simultaneously made to Greece and Turkey.

Nr. 11760. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Goluchowski will keinen Zwang gegen die Türken anwenden.

Vienna, February 25, 1897. (February 25)

Nr. 11760. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || While carrying out the instructions contained in your Lordship's telegram of yesterday, I at the same time explained the circumstances by which Her Majesty's Government have been induced to publicly declare their policy with regard to the Cretan question before coming to a formal aggreement on the subject. || The Minister for Foreign Affairs only offered one objection,which referred to mention of the coercion which would possibly have to be applied to Turkey. It seemed to his Excellency unnecessary, in view of the critical position of the few remaining Turkish troops, and he also did not think it quite in accordance with the maintenance of the suzerainty of the Sultan. He did not wish, however, that he should be tought to dissent from the policy stated by your Lordship, which seemed to him to agree with that which the other Powers have adopted.

Nr. 11761. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien ist mit der englischen Politik einverstanden.

Rome, February 25, 1897. (February 25.)

Nr. 11761. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || I saw the Minister for Foreign Affairs to-day, and carried out the instructions contained in your Lordship's telegram of the 24th instant, and his Excellency informed me that he entirely agreed with the declarations which your Lordship proposed to make as to the policy of Her Majesty's Government with regard to Crete. || The Russian Ambassador, his Excellency further stated, had communicated to him a proposition on the part of his Government, and his Excellency had learnt from the Italian Ambassador in London that a similar proposition had been addressed to your Lordship. || His Excellency had informed the Russian Ambassador that the Italian Government were ready to accept the proposition on condition that it met with the

unanimous consent of all the Powers. He further stated that the measures of coercion which were indicated in the proposition, and which might have to be applied to Greece, was an eventuality the effects of which the Powers would have to take into consideration, and that, in his opinion, the best way of avoiding such measures would be that in formulating the Decree for the autonomy of Crete, it should be clearly stipulated that such autonomy would be a real and effective autonomy under the suzerainty of the Sultan of Turkey. || The Minister for Foreign Affairs said that the Italian Government were willing to co-operate with Her Mayesty's Government in this matter.

Nr. 11761. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

Nr. 11762. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew will keine Entfernung der türkischen Truppen.

St. Petersburgh, February 25, 1897. (February 25.)

(Telegraphic.) || I have ascertained from Count Mouravieff that he has no objection to the public statement your Lordship proposes to make, except to that part of it which relates to the withdrawal of the Turkish troops. That point, his Excellency stated, had never been raised before or discussed, and he considers it will cause delay. || All the Powers, except England, have answered his Circular despatch of Tuesday last with regard to the action to be taken by the Powers at Constantinople and Athens. Count Mouravieff says that the Representatives of the Powers at those places are in receipt of the necessary instructions, and his Excellency has informed the Russian Representatives at Athens and Constantinople that it was only the formal Agreement of Her Majesty's Government for which he was now waiting. || Count Mouravieff is anxious to receive the reply of Her Majesty's Government.

Nr. 11762. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897.

Nr. 11763. GROSSBRITANNIEN. — Der Minster des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Zustimmung zu Rufslands Vorschlägen in Nr. 11755.

Foreign Office, February 25, 1897.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government have assented to the proposals for a settlement of the Cretan question contained in Count Mouravieff's two telegrams of the 23rd instant, only demurring to the words "immediately" and "extreme rigour" at the end of the second telegram.

Nr. 11763. Grofsbritannien. 25. Feb. 1897

Nr. 11764. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Instruktionen des deutschen, russischen und österreich-ungarischen Gesandten in Athen.

Berlin, February 26, 1897. (February 26.)

Nr. 11764. Grofsbritannien. 26. Feb. 1897.

(Telegraphic.) || I am informed by Baron von Marschall that the German, Russian, and Austrian Ministers at Athens have received instructions to summon the Greek Government, as soon as the other Great Powers shall have issued similar instructions to their Representatives, to withdraw their forces from Crete within three days.

Nr. 11765. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Protest gegen die Haltung der Grofsmächte.

Athènes, le 26 Février, 1897. (Communicated to Foreign Office, February 27.)

Nr. 11765. Griechenland. 26. Feb. 1897.

(Télégraphique.) || En prenant sous leur protection la ville de Canée les Amiraux ont proclamé que but d'occupation était rechercher la solution de la question de Crète sans effusion de sang. Ils ont donné preuve de la manière qu'ils entendent exécuter leur mission par le bombardement d'Acrotiri contre les Chrétiens, mais leur conduite envers nos troupes d'occupation est-elle plus justifiée? Ils leur font un blocus des plus étroits, défendant même ravitaillement. Sous quelle raison s'arrogent-ils ce droit de défendre de vivres à une troupe qui est la garante de l'ordre et de la tranquillité? Est-ce un moyen pour la forcer de quitter l'île? Ils se trompent, car appelée par la volonté du peuple Crétois la force Hellénique trouvera dans leur sein fraternel moyen existence. Cet acte, qui n'est usité que parmi belligérants, n'est expliqué que par la force et nous protestons énergiquement devant cette nouvelle preuve des dispositions des forces Chrétiennes réunies sous prétexte amener paix et ordre.

Nr. 11766. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Gemeinsame Zwangsmafsregeln gegen Griechenland, wenn es seine Truppen nicht zurückzieht.

Le 17 Février (1er Mars), 1897. (Communicated March 2.)

Nr. 11766. Rufsland. 17. Feb. 1897.

(Télégraphique.) || En prévision d'une résistance possible du Gouvernement Grec aux sommations des Grandes Puissances de retirer ses troupes et ses forces navales de la Crète, les Amiraux devraient être munis d'avance d'instructions en vue de l'action coercitive destinée à l'y obliger. Nous proposons en conséquence de charger sans retard les Amiraux d'arrêter de commun

accord et de faire connaître à leurs Governements les mesures qu'ils trouvent nécessaires: (1) pour procéder immédiatement, à l'expiration du terme assigné aux Grecs, au blocus du Pirée ou des autres ports Grecs; (2) pour intercepter toute communication entre la flotille Grecque et l'île, empêcher toute tentative de ravitaillement des troupes débarquées et maintenir ordre sur les points que les Grandes Puissances occupent actuellement.

Nr. 11766. Rufsland. 17. Feb. 1897.

Nr. 11767. GROSSMÄCHTE. — Die Vertreter der Grofsmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Aufforderung, die griechischen Truppen zurückzuziehen.

Athènes, le 2 mars 1897.

Nr. 11767. Grofsmächte. 2. März 1897.

M. le Ministre, || J'ai reçu de mon Gouvernment l'ordre de porter à la connaissance de votre Excellence que les Grandes Puissances se sont entendues pour arrêter une ligne de conduite commune destinée à mettre fin à une situation qu'il n'a pas dépendu d'elles de prévenir, mais dont la prolongation serait de nature à compromettre gravement la paix de l'Europe. || A cet effet les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, et de Russie sont tombés d'accord sur les deux points suivants:—

1. La Crète ne pourra en aucun cas dans les conjonctures actuelles être annexée à la Grèce. || 2. Vu les retards apportés par la Turquie dans l'application des réformes arrêtées de concert avec elles, et qui n'en permettent plus l'adaptation à un état de choses transformé, les Puissances sont résolues, tout en maintenant l'intégrité de l'Émpire Ottoman, à doter la Crète d'un régime autonome absolument effectif et destiné à lui assurer un Gouvernement séparé sous la haute souveraineté du Sultan.

La réalisation de ces vues ne saurait dans la conviction des Cabinets s'obtenir que par le retrait des navires et des troupes Helléniques qui sont actuellement dans les eaux ou sur le territoire de l'île occupée par les Puissances. Aussi attendons-nous avec confiance cette détermination de la sagesse du Gouvernement de Sa Majesté, qui ne voudra pas persister dans une voie opposée à la résolution des Puissances, décidées à poursuivre un prompt apaisement aussi indispensable à la Crète qu'au maintien de la paix générale. || Je ne dissimulerai pas toutefois à votre Excellence que mes instructions me prescrivent de vous prévenir qu'en cas de refus du Gouvernement Royal les Grandes Puissances sont irrévocablement déterminées à ne reculer devant aucun moyen de contrainte si à l'expiration de six jours le rappel des navires et des troupes Helléniques de Crète n'était pas effectué.

Nr. 11768. GROSSMÄCHTE. — Die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Kreta soll eine autonome Verfassung erhalten.

Constantinople, le 2 Mars, 1897.

Nr. 11768. Grofsmächte. 2. März 1897.

Les Grandes Puissances, animées du désir d'assurer le maintien de la paix et de voir respecter l'intégrité de l'Empire Ottoman, ont recherché les moyens de mettre un terme aux désordres qui ont amené leur intervention armée en Crète, ainsi qu'à la présence dans l'île des forces Helléniques. Elles ont reconnu que par suite du retard apporté à leur application, les réformes prévues dans l'Arrangement du 25 Août, 1896, ne répondaient plus aux nécessités de la situation actuelle, et elles sont tombées d'accord sur les points suivants:—

1. La Crète ne pourra en aucun cas être annexée à la Grèce dans les conjonctions présentes.

2. Elle sera dotée par les Puissances d'un régime autonome.

En notifiant, d'ordre de leurs Gouvernements, ces décisions à la Sublime Porte, les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople croient devoir lui faire part de la résolution qu'ont adoptée leurs Gouvernements, d'adresser à la Grèce la sommation de retirer de Crète ses troupes et ses forces navales.

Nr. 11769. GROSSMÄCHTE. — Dieselben an Denselben. Konzentration der türkischen Truppen auf Kreta.

Constantinople, le 5 Mars, 1897.

Nr 11769. Grofsmächte. 5. März 1897.

Se référant à leur communication du 2 Mars, les Ambassadeurs croient devoir y ajouter que, l'autonomie prévue pour la Crète impliquant la réduction progressive des forces Ottomanes, il conviendra, dès l'évacuation de l'île par tes troupes Helléniques, de prendre les mesures nécessaires pour la concentration des troupes Impériales dans les places fortes qui sont actuellement occupées par des détachements Européens.

Nr. 11770. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel. Die Pforte genehmigt die Autonomie Kretas.

Constantinople, March 7, 1897, 11.55 A. M.

Nr. 11770. Türkei. 7. März 1897.

La Sublime Porte a eu l'honneur de recevoir la note que les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont bien voulu lui adresser en date du 2 Mars relativement à la Crète. || Le Gouvernement Impérial prend acte avec satisfaction des assurances que les Grandes Puissances veulent bien lui donner

quant à leur désir de respecter l'intégrité de l'Empire, et de la décision qu'elles ont prise de faire retirer les bâtiments de guerre es les troupes Helléniques de la Crète. Confiante dans leurs sentiments bienveillants et dans leur ferme volonté de ne point porter atteinte aux droits de souveraineté du Sultan, la Sublime Porte, désireuse elle-même d'assurer le maintien de la paix, accepte le principe d'une autonomie à accorder à la Crète en se réservant la faculté de s'entendre avec les Ambassadeurs sur la forme et les détails du régime dont l'île sera dotée.

Nr. 11770. Türkei. 7. März 1897.

Nr. 11771. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte in Athen. Antwort auf Nr. 11767.

Athènes, le 24 Février (8 Mars), 1897.

M. le Ministre, || j'ai reçu la note que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser d'ordre du Gouvernment Britannique en date du 18 Février (2 Mars). || Le Gouvernement Royal a examiné avec toute l'attention qu'ils méritent, les points sur lesquels les Grandes Puissances sont tombés d'accord. Vu leur gravité extraordinaire pour les résultats qui en seront la conséquence, le Gouvernement de Sa Majesté le Roi croit de son devoir, M. le Ministre, de soumettre aux Grandes Puissances son opinion sur les mesures édictées— opinion qui est le résultat d'une longue expérience et d'une connaissance approfondie de la situation de la Crète. || Pénétré des sentiments qui animent les Grandes Puissances, et de leur sollicitude pour la paix générale, le Gouvernement Hellénique ne manquera pas à ce devoir parce que la Grèce aussi désire ardemment contribuer au maintien de là paix et préserver de la ruine complète la population de l'île si durement éprouvée, et tant de fois décimée. || Nous croyons que le nouveau régime autonome que les Grandes Puissances viennent d'adopter, ne pourra répondre malheureusement aux nobles intentions qui l'inspirent, et subira le sort des différents systèmes administratifs qui ont été à différentes reprises et sans succès expérimentés en Crète. || Ce n'est pas pour la première fois que la Crète se trouve dans cet état de soulèvement. Dans ces derniers temps plus que six fois les horreurs de l'anarchie ont ébranlé et mis en péril son existence. Si donc le nouveau régime dont il s'agit de la doter n'est pas de nature à y rétablir l'ordre d'une manière définitive, le Gouvernement Hellénique n'a aucun doute sur l'impossibilité de mettre un terme à l'état révolutionnaire actuel; l'anarchie continuera à ravager le pays, le feu et le fer dans les mains d'un fanatisme aveuglé continueront leur œuvre de destruction et d'extermination d'un peuple qui assurément ne méritent pas un tel sort. || Devant une telle perspective notre responsabilité serait énorme si nous ne venions pas prier instamment les Grandes Puissances de ne pas insister sur le système d'autonomie édicté, mais de rendre à la Crète ce qu'elle avait déjà eu lors de l'affranchissement

Nr. 11771. Griechenland. 24. Feb. 1897.

Nr. 11771. Griechenland. 24. Feb. 1897.

des autres provinces, qui forment le Royaume Hellénique, et de la ramener à la Grèce, à laquelle elle appartenait déjà du temps de la Présidence de Capodistria. || En présence des récentes scènes de massacres, de pillages, et d'incendies dans la ville de La Canée; en présence des épouvantables angoisses auxquelles se trouvaient exposés les habitants de Candie, menacés par la fureur sans frein de la populace Musulmane, qui s'opposait au départ des familles Chrétiennes pour la Grèce, devenue de tout temps le refuge providentiel de toutes ces malheureuses existences, le remords tourmentait notre pays tout entier pour la responsabilité qu'il avait prise l'an dernier, de décider par ses conseils les Crétois a déposer les armes. Les malheurs qui s'en sont suivis ne nous permettent plus d'entreprendre encore une fois une telle tâche, et, l'eussions nous entreprise, notre voix serait certainement très faible et son écho n'arriverait pas jusqu'au peuple Crétois. || Étant donné que le nouveau régime d'autonomie ne pourrait, à notre avis, répondre au noble but des Puissances, il est évident quelle serait la situation de la malheureuse île de ce jour jusqu'à l'établissement de ce régime, si les Grandes Puissances croyaient devoir persévérer dans leurs résolutions. || Dans cet ordre d'idées, et au nom de l'humanité, comme aussi dans l'intérêt de la pacification de l'île—pacification qui fait l'unique objet de la sollicitude des Grandes Puissances, nous n'hésitons pas à faire appel auprès d'elles au sujet de l'autre mesure relative au rappel de nos forces militaires. || En effet, si par la présence des escadres réunies des Grandes Puissances dans les eaux Crétoises, et sur la conviction que ces flottes ne permettent pas le débarquement sur l'île de troupes Ottomanes, la présence aussi de tous les navires de la flotte Hellénique se trouvant en Crète n'y était pas jugée nécessaire, le séjour cependant de l'armée Hellénique dans l'île est par contre indiqué par le sentiment d'humanité aussi bien que par l'interêt même du rétablissement définitif de l'ordre. Notre devoir notamment nous impose de ne pas abandonner le peuple Crétois à la merci du fanatisme Musulman et de l'armée Turque, qui de tout temps sciemment et de connivence a participé aux actes agressifs de la populace contre les Chrétiens. || Surtout, si nos troupes sur l'île, dignes de toute la confiance des Grandes Puissances, recevaient le mandat de pacifier ce pays, leurs intentions auraient reçus promptement la plus parfaite satisfaction. C'est alors, après le rétablissement de l'ordre, qu'il serait possible de connaître les voeux librement exprimés du peuple Crétois pour décider de son sort. || Les horreurs qui se répètent en Crète périodiquement depuis plusieurs dizaines d'années, ne se commettent pas seulement sans émouvoir profondément le peuple Hellène, mais elles interrompent aussi l'activité sociale et troublent gravement l'économie et les finances de l'État. En admettant même qu'il nous serait possible d'oublier pour un instant que nous sommes coreligionnaires avec le peuple Crétois, que nous sommes de la même race, et liés par le sang, nous ne pouvons passer sous silence devant les Grandes Puissances que l'État Hellénique ne saurait résister plus longtemps

à de semblables secousses. || C'est pourquoi nous faisons appel aux sentiments généreux qui animent les Grandes Puissances, en les priant de permettre au peuple Crétois de se prononcer comment il désire être gouverné.

Nr. 11771. Griechenland. 24. Feb. 1897.

Veuillez agréer, &c.
(Signé) A. Skousès.

Nr. 11772. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland hält ein Abkommen für ein gemeinsames Vorgehen in Griechenland und Kreta für nötig.

Foreign Office, March 8, 1897, midnight.

Nr. 11772. Grofsbritannien. 8. März 1897.

(Telegraphic.) || The Russian Ambassador has communicated to me the following statements:—

"In the view of the Russian Government, it is a matter of urgent necessity that an agreement should be arrived at between the Powers as to the measures to be taken in Crete so soon as the term allowed to the Hellenic Government for the recall of their vessels and troops has expired. Is it not desirable that a solemn announcement should be made by the Admirals that the island has been transferred to a regime of autonomy, which the Powers guarantee jointly to introduce, and that administrative measures should forthwith be taken for the restoration of confidence and order? In the meanwhile, it would be necessary to summon the Turkish troops to concentrate themselves at such points of Crete as the European forces already occupy. With regard to the Greek forces, if orders be not issued by the Hellenic Governmeut for their recall, it would be necessary to compel their withdrawal, or to beleaguer them and deprive them of the power of provisioning themselves. It follows that no Greek vessel of war would be permitted to venture within Cretan waters." || In reply, I expressed to the Russian Ambassador my general concurrence in this view, and particularly as regards the question of autonomy and the arrangements regarding the Turkish troops, and with respect to the proposal for a blockade of Crete in preference to a blockade of the Piraeus. || I further expressed agreement as to the importance of resorting to measures for the restoration of order in the island. || The nomination of some Governor will, I think, be necessary, who would represent the Powers pending the provisional period during which their occupation of the island may continue. It is not desirable that he should be an Ottoman subject, nor should he be of British nationality.

Nr. 11773. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Rom, Petersburg, Berlin, Wien. Über die Aufrechthaltung der Ruhe in Kreta. Vergl. Nr. 11772.

Foreign Office, March 9, 1897, midnight.

Nr. 11773. Grofsbritannien. 9. März 1897.

(Telegraphic.) || In order to maintain order in Crete it has been recommended by the Admirals that each of the Great Powers should send a battalion to the island. || The views expressed in the Russian communication of the 8th instant, as to the necessity of adopting measures to that end, meet with the cordial concurrence of Her Majesty's Government; but even if the proposed dispatch of troops be accepted unanimously, they doubt whether the measure will be adequate for the purpose in view. || In the note of the Greek Government the advantage of employing their troops to preserve order in the island is emphasized. The Greek Government have in view the concentration of their troops under the Greek flag with a Commander of Greek nationality, as well as a plébiscite after the restoration of order. || The Powers will not find these conditions acceptable. It is however worthy of consideration, whether it is not practicable to adopt the suggestion while rejecting the conditions with which it is coupled, by dividing the force or a portion of it among the Great Powers, and by placing the Greek detachments under superior European officers, and under the flag of the Powers to which they may be allotted. The Greek troops as a body of police would be more effective than any others, and in this way the subsequent restoration of Crete to the Sultan's suzerainty would not be endangered. Whether the Greeks would accept the offer is, of course, a matter of doubt, but they would by this means be spared the unpleasant necessity of having forthwith to recall their troops. || It is in the hope of facilitating a settlement that Her Majesty's Government offer this suggestion; but while doing so they give full adherence to the policy adopted by the European Powers, that Greece shall not annex Crete, and that the island though forming part of the Ottoman Empire, shall enjoy the privileges of an autonomous province.

Nr. 11774. GRIECHENLAND. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Ergänzung zu Nr. 11771.

Légation Hellénique, Londres, le 10 Mars, 1897.

Nr. 11774. Griechenland. 10. März 1897.

Le Chargé d'Affaires de Grèce a été autorisé par son Gouvernement, par un télégramme en date du 8 Mars, de faire part au Gouvernement auprès duquel il est accrédité de la communication suivante:— || “Faisant suite à la réponse à la note adressée aux Grandes Puissances par le Gouvernement du Roi, je crois de mon devoir de vous annoncer que— || 1. Le Gouvernement

Royal en proposant que les Grandes Puissances donnent aux troupes Helléniques, se trouvant en Crète, mandat, Sa Majesté verrait volontiers détachements marines des Puissances coopérer à cette mission avec nos troupes si les Puissances voulaient bien admettre cette mesure. || 2. Si le principe du plébiscite du peuple Crétois était admis, nous n'aurions pas contredit à ce que Crète reste sous la suzeraineté du Sultan jusqu'à ce que cette mesure soit exécutée.—Skousès."

Nr. 11774. Griechenland. 10. März 1897.

Nr. 11775. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Wünscht die Ansicht Salisburys über die griechische Antwort zu kennen.

Le 26 Février (10 Mars), 1897.

(Télégraphique.) || Nous aimerions être renseignés aussitôt que possible au sujet de l'avis du Cabinet de Londres sur réponse du Gouvernement Grec à la note collective des Puissances. Bien que cette réponse n'indique l'adhésion que sur un seul point, nommément sur le rappel des vaisseaux Grecs, elle ne nous paraît pas exclure possibilité d'une soumission complète. Puissances pourraient notifier à la Grèce que les considérations et les vœux exposés dans réponse du Cabinet d'Athènes ne peuvent influer sur leur irrévocable décision de ne pas admettre l'annexion de la Crète à la Grèce dans les conjonctures actuelles. Quant à la sécurité intérieure de l'île, elles sauront y veiller par l'envoi de détachements bien plus considérables que celui commandé par le Colonel Vassos. Dès lors, tout comme la Grèce reconnaît l'inutilité du maintien de ses vaisseaux en présence des escadres Européennes, elle devrait comprendre l'inutilité de ses forces militaires en présence de celles des Grandes Puissances. Si après cette notification complémentaire la Grèce hésitait encore à se rendre à nos injonctions, les Amiraux devraient appliquer dans toute leur rigueur les mesures qu'ils ont arrêtées.

Nr. 11775. Rufsland. 26. Feb. 1897.

Nr. 11776. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien legt hohen Wert auf das europäische Konzert.

Rome, March 11 1897. (March 11.)

(Telegraphic.) || To-day I saw the Minister for Foreign Affairs, and communicated to him the substance of your Lordship's telegram of yesterday's date, repeating your telegram of the 9th instant to Sir N. O'Conor. || His Excellency, without entering into the details regarding it, assured me that the policy of the Italian Government consisted in a strict maintenance of the concord of the European Powers, and, when practicable, the adoption of conciliatory measures, but that they were ready to join in more vigorous measures if all the Great Powers unanimously approved of such a course. || His Ex-

Nr. 11776. Grofsbritannien. 11. März 1897.

Nr. 11776. Grofsbritannien. 11. März 1897.

cellency added that the firm adhesion of England to the European concert was of the greatest importance, as, should England withdraw, the peace of Europe would be in great danger.

Nr. 11777. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux über die englischen und russischen Vorschläge Nr. 11772, 11773.

Paris, March 11, 1897. (March 11.)

Nr. 11777. Grofsbritannien. 11. März 1897.

(Telegraphic.) || I saw M. Hanotaux this morning, and spoke to him on the subject of your Lordship's telegram of yesterday, repeating your telegram of 9th instant to Sir N. O'Conor. || His Excellency tells me that the Greek Government has more than once suggested to him that Greek troops might be employed in policing Crete, but he is sure that the majority of the Powers hold the same view as himself, viz., that any variation from the decision of the Powers that those troops shall evacuate the island is entirely inadmissible. || He is willing, however, to facilitate the withdrawal of the Greeks by arranging for the gradual and simultaneous departure of their troops and of the Turkish forces, as already suggested by him. || He is especially desirous that your Lordship should accept the Admirals' programme as Russia has again proposed, but modified in so far that the separate measures should be taken gradually, as may be required by circumstances, commencing with the blockade of Crete. His Excellency believes that evacuation would be the speedy result of a strict blockade. || He also thinks that the régime of autonomy should be immediately proclaimed.

Nr. 11778. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Petersburg, Paris, Rom, Wien, Berlin. England will 600 Mann zur Blockade Kretas stellen.

Foreign Office, March 11, 1897, 4.45 P. M.

Nr. 11778. Grofsbritannien. 11. März 1897.

(Telegraphic.) || In conversation this afternoon with the Russian Ambassador I informed his Excellency that, while adhering to my recommendation for the employment of the Greek troops in Crete for the purpose of preserving order, I naturally did not anticipate its adoption if, as was apparently the case, it met with resistance from Austria, Germany, and Russia. || Her Majesty's Government were willing to join, as regards operations at sea, in a blockade of Crete, and also to furnish a battalion, consisting of 600 men, from the Malta garrison, if similar steps were taken by the other Great Powers.

Nr. 11779. DEUTSCHES REICH. — Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt. Unterredung mit Lord Salisbury über Kreta und Griechenland.

Londres, le 10 mars 1897.

Nr. 11779. Deutsches Reich. 10. März 1897.

En commençant notre conversation aujourd'hui, Lord Salisbury m'a dit qu'il avait adressé une dépêche au Gouvernement Russe en réponse à celle que M. de Staal avait remise ici l'autre jour pour communiquer une nouvelle proposition Russe, et qu'il avait accepté cette dernière en principe. || En causant ensuite de la situation dans l'Ile de Crète, le Premier Ministre est revenu avec insistance sur l'idée qu'il m'avait exprimée l'autre jour, qu'il fallait avant tout prendre des mesures pour assurer provisoirement l'ordre et la sécurité en installant un Gouverneur-Général provisoire, nommé par les Puissances et auquel chacune d'elles remettrait une somme de 10 000 l., cet argent étant destiné à lui fournir les moyens d'engager et d'entretenir une police suffisante. Lord Salisbury a ajouté qu'il n'attachait aucune valeur à la nationalité de ce fonctionnaire pourvu qu'il ne soit ni Grec, ni Turc, ni Anglais. Si cette mesure ne paraissait pas suffisante on pourrait recourir à la proposition déjà acceptée par plusieurs Gouvernements que chaque Puissance aurait à envoyer un bataillon de soldats qui seraient mis à la disposition du Gouvernement Général. Lord Salisbury a ajouté expressément que le Gouvernement Anglais était tout prêt si les Puissances voulaient agir dans ce sens, à donner ordre qu'un bataillon Anglais se rende immédiatement de Malte à Crète. Lord Salisbury serait d'accord qu'on informât le Sultan du caractère *absolument provisoire* de la nomination d'un Gouverneur-Général par les Puissances. || Revenant ensuite sur la note Grecque, le Ministre a exprimé l'opinion que la rédaction permettrait à supposer qu'à Athènes on inclinait maintenant à faire des concessions considérables, surtout si les Puissances ne se refuseraient pas absolument à construire un pont qui leur permettrait une retraite honorable. || Il m'a expliqué ce dernier point en ajoutant qu'à son avis on pourrait permettre à quelques troupes Grecques de rester provisoirement dans l'île, mais à la condition expresse qu'elles seraient mises absolument sous les ordres du Gouverneur-Général, qui les placerait par fractions où bon lui semblerait sous les pavillons de quelques-unes des Puissances, s'en servirait comme troupes de police, et aurait toute autorité sur elles. || Sur ce point j'ai répondu à Lord Salisbury qu'une telle concession aux Grecs me semblait impossible et qu'elle ne serait certainement pas admise par plusieurs des Puissances. Lord Salisbury m'a dit alors qu'il n'émettait cette idée que parce qu'elle lui semblait la plus pratique, mais qu'il n'insisterait pas à cet égard si les Puissances ne voulaient pas l'admettre. || Nous avons passé alors à la question du blocus en général et spécialement à celui des côtes de la Crète. Lord Salisbury m'a dit à ce sujet qu'il croyait que le blocus de l'île était déjà effectif depuis un ou deux jours, mais que si cela n'était pas encore le cas, le Gouvernement Anglais était tout prêt à le mettre en vigueur sans retard avec les autres Puissances.

Nr. 11780. ÖSTERREICH-UNGARN. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Goluchowski will keine Verhandlungen mehr mit Griechenland.

Londres, le 13 mars 1897.

Nr. 11780. Österreich-Ungarn. 13. März 1897.

Le Comte Goluchowski n'a pas jusqu'ici énoncé son opinion au sujet des propositions de Lord Salisbury parce qu'il s'attendait à en être informé officiellement par Sir Horace Rumbold. || Le Comte Goluchowski est tout disposé d'entrer en pourparlers avec les autres Puissances au sujet de la proposition de nommer un Gouverneur Militaire provisoire pour la Crète ainsi qu'au sujet de la proposition d'une certaine somme à allouer au Gouverneur. || Quant à la proposition de l'emploi des troupes Grecques sous commandement international pour rétablir l'ordre sur l'île, elle ne lui semble déjà à première vue nullement pratique. || En acceptant cette proposition le Comte Goluchowski se mettrait en contradiction avec le point de vue qu'il a adopté vis-à-vis des propositions Russes, et d'après lequel la signature et la remise de l'ultimatum au Gouvernement Grec imposeraient aux Puissances le devoir d'en tirer toutes les conséquences. De nouvelles négociations avec la Grèce ainsi que la proposition de faire coopérer éventuellement les troupes Grecques avec celles des Grandes Puissances affaibliraient infailliblement l'autorité du concert Européen, dont le maintien lui paraît absolument nécessaire non seulement dans la crise actuelle mais aussi en vue de nouveaux incidents et de complications qui pourraient survenir éventuellement.

Nr. 11781. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11768.

Constantinople, March 15, 1897. (March 15.)

Nr. 11781. Türkei. 15. März 1897.

'Par leur *pro-memoriâ* en date du 5 Mars, leurs Excellences MM. les Représentants des Grandes Puissances ont recommandé l'adoption de mesures pour la concentration, dès l'évacuation de la Crète par les troupes Helléniques, des troupes Impériales de l'île dans les places fortes où se trouvent actuellement les détachements Européens. || 'Leurs Excellences les Ambassadeurs savent que, dès le début de cette question, le Gouvernement Impérial, partageant les sentiments des Grandes Puissances, en vue du maintien de la paix générale, a fait preuve de la plus grande conciliation. || 'Toutes les mesures conseillées par leurs Excellences, telles que le retour à l'Acte d'Halepa, et l'application de larges réformes en Crète, ont été acceptées; et, en dernier lieu, le principe même d'une autonomie à accorder à la Crète a eté admis, le Gouvernement Impérial s'étant seulement réservé d'en discuter la forme et les détails avec MM. les Ambassadeurs; or, la concentration des troupes Impériales dans

les places fortes constituant un de ces détails pourra être discutée lors de l'entente à intervenir à ce sujet après le retrait de Crète des bâtiments de guerre et des troupes Helléniques, auquel elle est subordonnée.'

Nr. 11781. Türkei. 15. März 1897.

Nr. 11782. DEUTSCHES REICH. — Der Botschafter in London an den engl. Minister des Auswärtigen. Wichtigkeit des europäischen Konzerts.

Londres, le 16 Mars, 1897. (March 16.)

Nr. 11782. Deutsches Reich. 16. März 1897.

M. le Marquis, || vous avez bien voulu me permettre à différentes occasions de faire ressortir verbalement l'importance des mesures auxquelles les Puissances ont l'intention de recourir pour obliger le Gouvernement Hellénique à rappeler ses troupes de l'Ile de Crète. || Votre Excellence connaît l'importance que le Gouvernement Impérial attache dans cette occasion importante à la coopération du Gouvernement Britannique et vous voudrez bien m'autoriser de vous entretenir encore une fois à ce sujet. || Si je me permets d'insister de nouveau sur la nécessité d'une mesure coercitive s'étendant aux ports de la Grèce, je ne doute pas que les motifs graves de cette démarche seront appréciés par votre Excellence. || Il est permis d'affirmer que le seul remède contre les éléments qui menacent actuellement la paix générale, se trouve dans l'accord unanime de toutes les Grandes Puissances. Il ne semble pas moins douteux qu'il suffirait pour entraver tous leurs efforts, que le moindre désaccord se produise parmi elles, ne fût-ce que sur une question de détail. Au lieu d'apaiser la crise, comme le désirent également tous les Gouvernements, il est certain que le moindre trouble porté dans le concert Européen ne ferait qu'encourager les résistances de la Grèce et prolonger un état de choses dangereux que tous les Gouvernements désirent sincèrement terminer sans retard. En partant de ce point de vue il est évident que, plus les mesures de rigueur imposées par la situation seront énergiques, générales, et instantanées, plus elles seront d'accord, non seulement avec le désir général d'une solution pacifique, mais même avec les intérêts réels et bien entendus de la Grèce. Il sera infiniment plus facile pour le Gouvernement Hellénique de revenir sur ses pas sans aucun sentiment d'humiliation, s'il se trouve en présence d'une résolution inébranlable de l'Europe entière. De plus, il n'y a probablement pas d'autre moyen d'empêcher la Grèce de se laisser entraîner à d'autres complications, plus regrettables encore, et dont il serait impossible de calculer les conséquences. || Par suite de ces considérations importantes que je renonce à développer plus longuement ici, mais qui semblent résulter de la situation elle-même, je prends la liberté d'insister auprès de votre Excellence sur la nécessité de faire parvenir à l'Amiral Britannique dans les eaux de La Canée des instructions conformes à celles que les Commandants des escadres de l'Allemagne, de la Russie, et de l'Autriche-Hongrie ont déjà reçues de leurs Gouvernements.

P. Hatzfeldt.

Nr. 11783. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Vorschläge über die Besetzung Kretas.

Foreign Office, March 16, 1897.

Nr. 11783. Grofs-britannien. 16. März 1897.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government, while recognizing that most of the Powers reject the proposal to use Greek troops for restoring order in Crete, consider that, until the Powers themselves take measures for this purpose, the Greek contention is not unreasonable that no means exist of restoring order without Greek troops, and that it is difficult to justify the exercise of force against Greece as a punishment for insisting on that contention. The adoption of some such measures is, therefore, indispensable. || In your telegram of the 10th instant you reported the following proposal for dealing with the Cretan question as having been made in a Circular from the Russian Foreign Minister:—

"Count Mouravieff informed me that he had already sent to the Russian Representatives a Circular telegram, conveying a proposal for the military occupation of Crete by a force numbering 10 000 or 12 000 men, on behalf of the Powers.

"His Excellency thought that this force should be furnished by France and Italy conjointly, and that the withdrawal by degrees of the Greek and Turkish troops should be insisted on by the Powers. In this manner the pretext of the Greek Government for keeping their troops in Crete would be removed.

"Under present conditions there could be no question of an appeal to a plébiscite to which great opposition would be made."

To that proposal Her Majesty's Government entirely adhere, but, if the idea of occupying Crete is given up, public opinion in England will not permit of their taking part in the blockade of ports on the mainland of Greece. || The idea of sending a large body of Austrian or German troops to the island is, we understand, unalterably opposed by the Governments of those countries. Her Majesty's Government are, however, willing to consent to the occupation of Crete by 5000 British and 5000 Russian troops, or by 5000 French and 5000 Italian troops, or by 10 000 troops of any one of those four Powers alone. || Should the Powers agree upon an occupation of this kind, Her Majesty's Government will, if necessary, join in the blockade of the Piraeus, but, in the contrary event, Her Majest'ys Government will be compelled to limit their action to a blockade of Crete.

Nr. 11784. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Rufsland ist für eine Blockade Volos und Verstärkung der Streitkräfte vor Kreta.

Foreign Office, March 18, 1897.

Nr. 11784. Grofsbritannien. 18.März1897.

Sir, || the Russian Ambassador has this day communicated to me two telegrams from his Government, dated the 17th instant, which are to the following effect: || 1. In view of the serious situation on the Turco-Greek frontier, and the imminent risk of an armed conflict which must absolutely be prevented, it is in the opinion of the Russian Government most urgently important to proceed, without any delay, to the blockade of the Port of Volo. The Russian Government hopes that in this matter England will not separate herself from all the other Great Powers. || 2. With reference to the English proposals, the Russian Government have not lost sight of the necessity for the Powers to have sufficient forces in Crete for the maintenance of order and security. The Admirals, who were instructed to draw up a plan of operations, and to indicate the measures which should be taken, have asked for a contingent of 600 men from each Power. If this force should not meet the requirements of the situation, each Power could easily double or quadruple its detachment, thus rendering unnecessary a mandate of occupation for any one of them. But as the Powers have guaranteed the re-establishment of order in Crete by means of their own forces, the presence there of the Greek troops can not be tolerated, more especially as far from promoting pacification, their presence forms the chief obstacle. After their collective summons to the Cabinet of Athens, the Great Powers cannot withdraw their demands without loss of dignity and compromising their authority.

I am, &c.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11785. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew rät England dringend zum Anschlufs an das europäische Konzert.

St. Petersburgh, March 19, 1897. (March 19.)

Nr. 11785. Grofsbritannien. 19.März1897.

(Telegraphic.) || I called on Count Mouravieff this morning, at his request. || His Excellency told me that he was desired by the Emperor to say how much a matter of surprise it was to His Imperial Majesty to learn that the blockade of the Greek ports was objected to by Her Majesty's Government, especially as regards Volo. || Count Mouravieff continued to say that, if England abstained at this juncture, the concert of the Powers would be broken up; it would lead probably to war breaking out between Turkey and Greece, and to a general conflagration in Macedonia. The responsibility of this would

Nr. 11785. Grofsbritannien. 19.März 1897.

fall on Her Majesty's Government. || In view of the assent given by your Lordship in substance to his Circular of the 23rd February, the Powers were justified in expecting England to co-operate. He failed to understand why the landing in Crete of a foreign force of 10 000 or 12 000 men should now be made a condition of the co-operation of Her Majesty's Government. || Under any circumstances, the 3 600 men furnished by the Powers were of more account than the Greek troops now in Crete. The Russian contingent had started this morning for Crete. || In the most earnest terms, he deprecated the abstention from common action of Her Majesty's Government, and begged that his remarks might at once be conveyed by telegraph to your Lordship, as he spoke by order of the Emperor.

Nr. 11786. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Kreta wird in Blockadezustand erklärt.

Pera, March 20, 1897.

Nr. 11786. Grofsmächte. 20.März 1897.

Telegraphic. || To-day addressed to the Porte:—

"Les Ambassadeurs soussignés des Grandes Puissances à Constantinople ont l'honneur de notifier à la Sublime Porte que les Amiraux et Commandants des forces navales des Six Grandes Puissances en Crète on décidé de mettre cette île en état de blocus à partir du 9 (21) à 8 heures du matin; ce blocus sera général pour tour les navires sous pavillon Grec; les navires des autres Puissances pourront venir dans les ports occupés par les Puissances et débarquer leurs marchandises si elles ne sont destinées ni aux troupes Grecques ni à l'intérieur de l'île; ces navires pourront être visités par les bâtiments de la flotte internationale. Les limites du blocus sont comprises entre les 23° 24′ et 26° 30′ longitude est méridien de Greenwich, et les 35° 48′ et 34° 45′ de latitude nord."

Nr. 11787. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Wien, Rom, Petersburg. Griechenland und die Türkei sollen ihre Truppen von den Grenzen zurückziehen.

Foreign Office, March 20, 1897.

Nr. 11787. Grofsbritannien. 20.März 1897.

(Telegraphic). || Inform the Minister for Foreign Affairs that, in the opinion of the Cabinet, the steps which are now being taken for the pacification of Crete are all that can be done for that purpose. They do not think that it would be efficiently promoted by the blockade of either the Piræus or of Volo. || The apprehension of the Powers lest war should break out on the Greek frontier is one with which Her Majesty's Government sympathize acutely, and in order, if possible, to avert that calamity, they are prepared

to join the other Powers in calling upon the Government of Turkey and Greece respectively to withdraw their forces to a distance of 50 miles on either side from the frontier. || Her Majesty's Government would be willing to join in the blockade of Volo if the Greek Government should refuse to give the pledge to retire at the same time as the Turks. || They would similarly join in any appropriate measure of coercion against Turkey if the Turks should refuse to give such a pledge. || It must, however, in their opinion, lie with Russia and Austria to bring the Turkish Government to comply with the demand of the Powers.

Nr. 11787. Grofsbritannien. 20. März 1897.

Nr. 11788. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux fürchtet die Überschreitung der türkischen Grenze durch griechische Irreguläre.

Paris, March 21, 1897. (March 21.)

(Telegraphic.) || In the opinion of M. Hanotaux, it would be most advantageous to obtain the withdrawal of the Greek and Turkish forces from the close vicinity of the frontier, as suggested in your Lordship's telegram of yesterday; his Excellency, however, especially fears an incursion of Greek irregulars into Turkish territory, and he therefore thinks that 50 miles is too great a distance. || His Excellency will send to the French Ambassador at St. Petersbourgh, a telegram proposing the adoption of measures to prevent the outbreak of hostilities on the frontier, and has received a telegram from the Ambassador to the effect that a Circular would perhaps be issued by Count Mouravieff yesterday, one of the points of which would have this object. || The project of making the blockade of Volo dependent on any special contingency does not, however, meet with M. Hanotaux' approval, and his Excellency desires to know why it cannot be adopted by Great Britain, with the simple reserve employed by the French Government, and contained in the formula, "if necessary."

Nr. 11788. Grofsbritannien. 21. März 1897.

Nr. 11789. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Übersendet die türkische Antwort auf Nr. 11786.

Constantinople, March 22, 1897. (March 22.)

(Telegraphic.) || Following just received, dated 20th instant, and signed Tewfik:— || „Le Ministre des Affaires Étrangères a eu l'honneur de recevoir la note collective que leurs Excellences MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont bien voulu lui adresser en date du 20 de ce mois pour lui notifier le blocus de la Crête. Le Ministre des Affairs Étrangères se fait un devoir d'exprimer à leurs Excellences MM. les Ambassadeurs les remerciements du Gouvernement Impérial pour cette communication."

Nr. 11789. Grofsbritannien. 22. März 1897.

Nr. 11790. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland ist einer Entfernung der griechischen und türk. Truppen von der Grenze geneigt.

St. Petersburgh. March 22, 1897. (March 23.)

Nr. 11790. Grofsbritannien. 22.März1897.

(Telegraphic.) || Crete: Your Lordship's telegram of the 20 th instant. || Count Mouravieff appears to think that the Russian Gouvernment will accept the proposal made by your Lordship if the zone between the two armies so as to prevent excursions of armed Greek bands is limited to 20 miles or about 20 miles; but he fears to meet with unwillingness on the part of the German and Austrian Governments to address a further communication to the Cabinet at Athens. || Count Mouravieff, however, hopes that he will be able to give a definite answer the day after to-morrow. Time might be saved if I can be informed meanwhile whether the suggested distance between the Greek and Turkish armies meets with any objection on the part of your Lordship.

Nr. 11791. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Admirale fordern einen europäischen Gouverneur für Kreta.

Constantinople, March 25, 1897. (March 25.)

Nr. 11791. Grofsbritannien. 25.März1897.

(Telegraphic.) || The following telegram has been received from the Admirals at Suda, dated the 24th March:— || "Chaque jour les Amiraux se voient obligés de constater que les autorités Ottomanes, soit par impuissance, soit par inertie, ne sont pas capables d'administrer. La famine est imminente, les vols et les pillages augmentent, et aucune mesure sérieuse n'est prise pour remédier à cet état de choses. Les Amiraux ont assumé la charge de défendre les villes occupées et d'y maintenir l'ordre, mais ils se considèrent incompétents pour se substituer à l'Administration Ottomane. Ils demandent aux Puissances d'envoyer au plus tôt en Crète un Gouverneur-Général Chrétien Européen avec des pleins pouvoirs et accompagné des fonctionnaires nécessaires. Ils demandent aussi que la Porte soit invitée à retirer peu à peu ses troupes à mesure que les Amiraux le jugeront nécessaire. L'arrivée du Gouverneur-Général et le rappel des troupes Turques sont les deux mesures qui montreront le mieux aux Crétois que l'Europe a la ferme volonté d'établir sans plus de retard l'autonomie. Si la situation actuelle se prolonge, les Amiraux se verront dans la nécessité de déclarer l'état de siège dans les villes occupées."

The Ambassadors meet this afternoon to discuss this telegram, and I shall take the opportunity to raise the question of the withdrawal of the Turkish troops, and urge on my colleagues the importance of hastening this step.

Nr. 11792. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Petersburg, Berlin, Wien, Rom. Es mufs ein europäischer Gouverneur für Kreta ernannt werden.

Foreign Office, March 27, 1897.

Nr. 11792. Grofs-britannien. 28. März 1897.

(Telegraphic.) || It appears to Her Majesty's Government, equally with the other Powers, to be of vital importance that a governing authority should be immediately appointed for Crete. || They are accordingly ready to assent to the appointment to that post of any Belgian or Dutchman whom the French Government may recommend, and they will be glad to entertain proposals for supplying the Governor with the requisite staff and funds for civil government, especially for the creation of a gendarmerie. Until a more regular civil organization can be introduced into the island, which may take a little time, Her Majesty's Government will agree to the appointment either of any selected Admiral or of the Admirals collectively as provisional Governors with the authority belonging to a state of siege.

Nr. 11793. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Instruktionen für den österr.-ungar. Gesandten in Petersburg.

Vienna, March 28, 1897. (March 28.)

Nr. 11793. Grofs-britannien. 28. März 1897.

(Telegraphic.) || The following proposals were telegraphed by Count Goluchowski yesterday to Austro-Hungarian Ambassador at St. Petersbourgh:— || 1. That instructions should be sent to all the Admirals in Cretan waters to concert measures for the blockade of the Greek Littoral. Such instructions have already been sent to the Austrian Admiral. || 2. That a Military Governor of Crete should be at once appointed, with authority to decree a state of siege. || 3. That a scheme for the organization of the island should be drawn up as soon as possible by the Ambassadors at Constantinople.

Nr. 11794. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Salisbury stimmt den österreichischen Vorschlägen zu.

Foreign Office, March 29, 1897.

Nr. 11794. Grofs-britannien. 29. März 1897.

(Telegraphic.) || I have to instruct you to support the proposal made by the Austrian Government for the immediate appointment of a Governor for Crete. Your Excellency should say that Her Majesty's Government consider promptitude to be of urgent importance, and will accept either a civilian or military or naval Governor, as the other Powers may think best. It is in my opinion doubtful whether the Ambassadors of the Powers at Constantinople are be body best suited to draw up the details of the constitution, and I

Nr. 11794. Grofsbritannien. 29. März 1897.

think the consideration of this point might be deferred. The Governor should exercise the powers belonging to a state of siege until order is restored in the island.

Nr. 11795. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland ist für die Ernennung eines kretischen Gouverneurs.

St. Petersburgh, March 30, 1897. (March 30.)

Nr. 11795. Grofsbritannien. 30. März 1897.

(Telegraphic.) || Crete. || The Russian Government agree to a Governor of Crete, naval or orther, being immediately appointed, to a state of siege being proclaimed, and to a reinforcemeut of 600 men being sent. || Count Mouravieff told me that he was in favour of blockading the Piræus. From information which has reached him from Paris, he counts on Her Majesty's Government participating in it. The concurrence of the Austrian Government has already been signified.

Nr. 11796. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland ist für eine Blockade des Piräus.

Berlin, March 30, 1897. (March 30.)

Nr. 11796. Grofsbritannien. 30. März 1897.

(Telegraphic.) || With Reference to your Lordship's telegram of yesterday, the substance of which I have communicated to Baron von Marschall, his Excellency tells me that the blockade of the Gulf of Athens is strongly recommended by the Admirals. The Great Powers are placed by their action in Crete, which is not sufficient to pacify the island, in the invidious position of having to support the Turks by firing upon the Christians. The increase of the number of their troops in Crete will not improve this situation. War has practically been declared against the Powers by Vassos, and it is necessary that the King of Greece should have pressure put upon him to recall him. The blockade of the Gulf of Athens would, his Excellency is convinced, be sufficient for this purpose, and his Excellency is strongly of opinion, as he has informed the Russian Government, that instructions to blockade the Gulf of Athens should be issued to the Admirals; for the latter, who are on the spot, must best be able to judge of what is necessary. It is his Excellency's strong opinion that this pressure will make the King yield, that Vassos will be recalled, and that thereby the pacification of the island will be made possible.

Nr. 11797. TÜRKEI. — Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte mufs sich gegen die griechischen Rüstungen schützen.

Received March 31.

Nr. 11797. Türkei. 31. März 1897.

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à M. le Sous-Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères et a l'honneur, d'ordre de son Gouvernement, de porter à sa connaissance ce qui suit. || Ainsi que le Gouvernement Impérial a plus d'une fois déclaré, son unique préoccupation, depuis le début de la question Crétoise, a été le maintien de la paix, et ses efforts dans ce sens sont trop connus pour qu'il y ait besoin d'y insister. Il a veillé scrupuleusement à ce que rien ne se produisit de nature à provoquer un conflit et s'est conformé à tous les conseils des Grandes Puissances qui ont assumé la tâche de rétablir l'ordre dans l'île et d'assurer une solution conforme aux droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan. || Néanmoins, les dispositions qu'elles ont adoptées jusqu'ici dans ce but ne semblent pas de nature à réaliser leurs intensions pacifiques et bienveillantes: la situation en Crète, d'où les troupes Hellènes ne semblent point vouloir se retirer, est plus troublée que jamais; l'audace des rebelles ne connaît plus de bornes; ils s'attaquent en grand nombre aux faibles détachements des troupes Ottomanes disséminés dans l'intérieur, qu'ils ont déjà délogés de plusieurs de leurs positions telle que Malaxa, sis à une heure de la Canée, et vont jusqu'à menacer les villes mêmes occupées par les troupes des Puissances. || La concentration continuelle des troupes sur la frontière où le Prince Héritier vient d'arriver, produit dans toute la Grèce une surexcitation, qui, étant donnée l'effervescence qui se manifeste par contre-coup dans l'Empire, peut provoquer à tout moment un conflit que l'Europe veut à toute force prévenir. || D'autre part, il revient à la Sublime Porte que les autorités Helléniques continuent à former des bandes armées pour faire des incursions et commettre comme en Crète des massacres et des actes de pillage sur notre territoire, alors que le Gouvernement Impérial s'abstient même d'admettre des volontaires dans les rangs de l'armée régulière. La Turquie ne craint certes pas de se mesurer avec la Grèce et a le pouvoir de lui faire entendre raison; mais, encore il lui répugne de recourir aux moyens violents surtout en présence des efforts des Grandes Puissances pour maintenir la paix. || Mais cet état de choses ne peut se prolonger sans le plus grand danger. Aussi, en y appelant derechef l'attention la plus sérieuse du Cabinet de Sa Majesté Britannique, le Gouvernement Impérial pense qu'il n'y a plus moyen d'éviter l'une des deux seules solutions qui s'imposent: ou laisser le Gouvernement Impérial libre d'user des forces dont il dispose sur sa frontière pour obliger la Grèce à se soumettre à la volonté de l'Europe, ou bien inviter les Amiraux à adopter, sans plus de délai, des mesures des coercition efficaces pour assurer le même résultat. || Anthopoulo Pacha serait reconnaissant à Sir Thomas Sanderson de lui faire

Nr. 11797. Türkei. 31. März 1897.

connaître, aussitôt que possible, la réponse que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine voudra bien donner à cette communication.

Ambassade Impériale de Turquie, Londres,
le 31 Mars, 1897.

Nr. 11798. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. England stimmt der Blockade des Piräus zu.

Foreign Office, March 31, 1897.

Nr. 11798. Grofsbritannien. 31. März 1897.

(Telegraphic.) || With reference to your Excellency's telegram of yesterday's date, I have to inform you that if the blockade of the Piræus is approved by the other Powers, Her Mayesty's Government agree to the proposal. We also agree to the immediate appointment of a Governor of Crete, naval or other, on the same condition; also to send a reinforcement of 600 men to Crete, which will raise the number of British troops to 1,200.

Nr. 11799. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Alle Mächte stimmen der Blockade des Piräus zu.

St. Petersburgh, April 2, 1897. (April 2.)

Nr. 11799. Grofsbritannien. 2. April 1897.

(Telegraphic.) || Blockade of the Piræus. || All the Powers have now notified their consent to the Russian Government. || "French Government adhere if the other Powers adhere and participate" is the wording of the French communication.

Nr. 11800. **RUSSLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Schlägt eine Verwarnung in Athen und Konstantinopel gegen einen Angriffskrieg vor.

Saint-Pétersbourg, le 21 Mars (2 Avril), 1897.

Nr. 11800. Rufsland. 21. März 1897.

(Télégraphique.) || En vue du prochain blocus de la Grèce, et avant anniversaire du 25 Mars (6 Avril), auquel exaltation Grecque pourrait rattacher de nouveaux excès, nous pensons que Représentants des Grandes Puissances devraient être chargés de déclarer nettement à Constantinople et à Athènes qu'en cas de conflit sur la frontière Gréco-Turque, l'agresseur serait rendu responsable de toutes les conséquences du trouble porté à la paix générale que les Puissances sont fermement résolues de maintenir. Aussi quelle que soit l'issue de la lutte, elles n'admettraient en aucun cas que l'agresseur en retire le moindre avantage. Cette déclaration devrait être faite ouvertement et livrée à la presse.

Nr. 11801. GROSSMÄCHTE. — Die Vertreter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Warnung gegen einen Angriffskrieg.

Constantinople, April 6, 1897.

Nr. 11801. Grofsmächte. 6. April 1897.

En présence du danger qui résulte de la concentration des forces considérables des deux côtés de la frontière Turco-Hellénique, les Gouvernements des Grandes Puissances, s'inspirant du désir de sauvegarder la paix générale, ont chargé leurs Ambassadeurs à Constantinople de déclarer à la Sublime Porte qu'en cas de conflit entre la Turquie et la Grèce, l'agresseur en porterait toute la responsabilité. Aussi, quelle que soit l'issue de la lutte, les Grandes Puissances n'admettront en aucun cas que l'agresseur en retire le moindre avantage. Une déclaration analogue est faite au Cabinet d'Athènes.

Nr. 11802. GROSSMÄCHTE. — Die Vertreter der Grofsmächte in Athen an den griechischen Minister des Auswärtigen. Dasselbe.

Athens, April 6, 1897.

Nr. 11802. Grofsmächte 6. April 1897.

Le Soussigné, &c., d'ordre de son Gouvernement, a l'honneur de déclarer à son Excellence, &c., qu'en cas de conflit armé à la frontière Greco-Turque les responsabilités qui en découleront peseront sur l'agresseur. || Le Soussigné doit en outre ajouter que, quelle que puisse être l'issue de la lutte, les Puissances, fermement résolues à maintenir la paix générale, sont décidées à n'admettre dans aucun cas que l'agresseur retire le moindre avantage de son agression. || Le Soussigné, &c.

Nr. 11803. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter in Paris, Wien, Berlin, Rom, Petersburg, Athen. Frankreich schlägt eine gemeinsame Vorstellung in Athen vor.

Foreign Office, April 13, 1897.

Nr. 11803. Grofsbritannien. 13. Apr. 1897

(Telegraphic.) || A telegram from the French Minister for Foreign Affairs has been communicated to me by the French Ambassador. || The French Ambassador at Constantinople is reported in this telegram to be of opinion that there is a danger of the Turkish troops crossing the frontier of Thessaly; he considers that great prudence is necessary on the part of the Greeks, and that if their troops could be withdrawn to a distance of some kilometres from the frontier, the Ambassadors of the Powers at Constantinople might press the Turkish Government to withdraw their troops also. || The French Minister for Foreign Affairs is not indisposed to recommend this course officiously to the Greek Government if all the other Powers agree to it, and has authorized the French Minister at Athens to consult the Representatives of the other Powers on the point.

Nr. 11804. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11801. Die Pforte denkt nicht an einen Angriffskrieg.

Nr. 11804. Türkei. 8. April 1897.

La Sublime Porte a eu l'honneur de recevoir la note verbale que leurs Excellences MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont bien voulu lui adresser le 6 de ce mois, pour l'informer qu'en présence du danger qui résulte de la concentration de forces considérables des deux côtés de la frontière Turco-Hellénique, les Gouvernements des Grandes Puissances, s'inspirant du désir de sauvegarder la paix générale, ont chargé leurs Ambassadeurs à Constantinople de lui déclarer qu'en cas de conflit entre la Turquie et la Grèce l'agresseur en porterait toute la responsabilité et que quelle que soit l'issue de la lutte, les Grandes Puissances n'admettraient en aucun cas que l'agresseur en retire le moindre avantage et qu'une déclaration analogue a été faite au Cabinet d'Athènes. || Le Gouvernement Impérial partage entièrement les intentions pacifiques dont sont animées les Grandes Puissances et il n'a pas cessé d'en donner les preuves, surtout depuis le début des affaires Crétoises. S'il a dû former un corps d'armée spécial sur la frontiére, ce n'est point dans le but de prendre l'initiative d'une attaque contre la Grèce mais bien en vue de protéger ses frontières contre toute agression du Gouvernement Hellénique, qui a fait acte d'hostilité en envoyant en Crête, contrairement à toutes les règles du droit des gens, des troupes régulières et en massant le premier des forces armées sur la frontière. || Le télégramme qu'il a adressé à ses Ambassadeurs auprès des Grandes Puissances donne la mesure exacte de l'attitude pacifique qu'il a observée depuis le commencement des événements actuels ainsi que des conséquences qu'a entraînées la nécessité de mobiliser ses armées sur la frontière. Il s'en est remis par le dit télégramme aux Cabinets des Grandes Puissances du soin de mettre sans retard un terme aux actes du Gouvernement Hellénique, qui portent atteinte à ses droits de souveraineté et compromettent la tranquillité publique. || Dans son désir d'édifier mieux encore leurs Excellences MM. les Ambassadeurs sur la sincérité des intentions du Gouvernement Impérial, le Ministre des Affaires Étrangères croit devoir leur transmettre ci-près copie du dit télégramme. || Le Gouvernement Hellénique en débarquant ses troupes en Crète ayant déjà commis une agression sur une partie de l'Empire, le Gouvernement Impérial prend acte de la déclaration expresse contenue dans la note verbale précitée comme quoi l'agresseur sera tenu responsable et que les Grandes Puissances n'admettront en aucun cas qu'il en retire le moindre avantage. Enfin, le Gouvernement Impérial, qui a dès le principe manifesté son désir sincère de voir la paix générale maintenue et a comme confirmation de ce désir transmis à ses Commandants Militaires des instructions catégoriques leur prescrivant de ne point donner lieu à des actes de nature à compromettre la paix, ne demande aujourd'hui des Grandes Puissances

que l'adoption de mesures propres à empêcher les empiètements des Hellènes et les concentrations de forces Helléniques, qui l'ont obligé à mobiliser son armée et lui ont créé un état de choses dont la prolongation offre de graves inconvénients au point de vue de la situation générale et des intérêts économiques du pays. || Il est évident qu'aussitôt que les troupes Helléniques évacueront l'Ile de Crète et que l'armée Hellénique sur la frontière sera licenciée, les raisons qui ont motivé la mobilisation de l'armée Impériale auront disparu. || Le Ministre Impérial prie leurs Excellences MM. les Représentants des Grandes Puissances de vouloir bien informer leurs Gouvernements que la Sublime Porte est sincèrement désireuse de voir ce résultat réalisé et attend un effet salutaire des communications qui ont été faites à ce sujet au Cabinet d'Athènes.

Nr. 11804. Türkei. 8. April 1897.

Sublime Porte, le 8 Avril, 1897.

Nr. 11805. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Der französische Vorschlag (Nr. 11803) ist von Deutschland abgelehnt.

Athens, April 17, 1897. (April 17.)

(Telegraphic.) || French proposal, that a collective representation be made to the Greek Government, warning them against permitting irregular bands to cross the frontier, fell through owing to the German Minister's refusal to participate in any collective representation to the Hellenic Government. || A similar view, he believes, is held by the Austrian Government.

Nr. 11805. Grofsbritannien. 17. Apr. 1897.

Nr. 11806. TÜRKEI. — Der Botschafter in London an das engl. Ministerium des Auswärtigen. Die Pforte ist zur Verteidigung ihrer Grenzen gezwungen.

(Received April 18.)

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à M. le Sous-Secrétaire d'État au Foreign Office, et a l'honneur de lui communiquer, d'ordre de son Gouvernement, ce qui suit. || Ainsi que l'Ambassade Impériale en avait informé, en son temps, le Foreign Office, les Hellènes avaient franchi la frontière dans la matinée du 9 courant, occupé le sommet de Krania, à deux heures de distance de la ligne de démarcation, détruit à coups de canon le blockhaus de Baltino et brûlé le corps de garde de Phonika Kipli et Strounga. Les ordres d'attaque leur étaient donnés au son du clairon. || Après avoir affirmé encore une fois les efforts déployés par le Gouvernement Impérial pour le maintien de la paix et son droit de prendre les mesures nécessaires pour la défense de son territoire, la Sublime Porte rejetait toute la responsabilité de cette situation sur le Gouvernement Hellénique, qui était l'agresseur. Par la réserve dont il n'a cessé de faire preuve et l'attitude patiente qu'il a observée, malgré son droit évident de se défendre, le Gouvernement Impérial

Nr. 11806. Türkei. 18. Apr. 1897.

Nr. 11806. Türkei. 18. Apr. 1897.

a prouvé au monde entier combien il avait à cœur le maintien de la paix. || Néanmoins, des troupes régulières Hellènes en nombre considérable, et avec des canons ont franchi la frontière, dans la nuit d'avant-hier, du côté de Bairakdar, Kodoman, et Perdika, et ouvert les hostilités qui continuent encore. || En présence de ces attaques, le Gouvernement Impérial s'est vu dans l'obligation de donner au Commandant-en-chef de ses troupes l'ordre formel d'aviser à toutes les mesures militaires propres à assurer la défense de ses droits et de son territoire contre les empiètements des Hellènes. || Il est connu que soit dans la question Crétoise, soit dans les événements qui en ont été la conséquence, le Gouvernement Impérial a fait jusqu'au dernier moment tout ce que dépendait de lui pour le maintien de la paix et ne s'est jamais écarté des vues et dispositions pacifiques manifestées en cette occasion par les Grandes Puissances. Mais au mépris du droit international, la Grèce, après avoir expédié des troupes en Crète et fait de grands préparatifs militaires sur la frontière, ayant commencé les hostilités, le Gouvernement Impérial ne pouvait faire autrement que d'appeler sous les armes une grande partie de ses Rédifs en s'imposant de très lourds sacrifices pour leur mobilisation et en portant une grave atteinte à son agriculture et à son commerce. Aussi, la Sublime Porte a-t-elle la ferme conviction que, en égard aux considérations qui précèdent, le Cabinet de Sa Majesté Britannique voudra bien reconnaître, dans ses sentiments de justice, que toute la responsabilité de la guerre doit exclusivement retomber sur la Grèce. Le Gouvernement Impérial ne nourrit, comme il l'a, à maintes reprises, déclaré, aucune idée de conquête contre la Grèce, et s'il est aujourd'hui dans l'obligation d'accepter la guerre, se trouvant dans le cas de légitime défense par suite des hostilités ouvertes par les Hellènes, c'est simplement pour la sauvegarde de ses droits les plus sacrés et de son intégrité. || Si dans un bref délai le Gouvernement Hellénique retire ses troupes de la Crète et de ses frontières le Gouvernement Impérial, pour donner une nouvelle preuve de ses intentions pacifiques, ne manquera pas, de son côté, d'arrêter ses mouvements militaires. || Telle est l'intention sincère du Gouvernement Impérial, qui compte toujours sur l'esprit de haute équité et de justice des Grandes Puissances.

Ambassade Impériale de Turquie, Londres,
le 18 April, 1897.

Nr. 11807. TÜRKEI. — Der Gesandte in Athen an den griech. Minister des Auswärtigen. Kriegserklärung.

Athènes, le 18 Avril, 1897.

Nr. 11807. Türkei. 18. Apr. 1897.

Le Ministre de Turquie a l'honneur d'informer le Gouvernement Royal que par suite des hostilités ouvertes par la Grèce contre le Gouvernement Impérial Ottoman, les relations diplomatiques se trouvant rompues entre les deux pays, la Légation de Sa Majesté le Roi à Constantinople et les Consulats de Grèce dans l'Empire ont été invités à se retirer. De même, la Légation

Impériale de Turquie à Athènes et les Consuls Ottomans en Grèce ont été autorisés à se retirer à Constantinople. || Conformément à la décision arrêtée les négociants et sujets Hellènes se trouvant en Turquie devant quitter le territoire Ottoman dans un délai de quinze jours, les sujets Ottomans se trouvant en Grèce ont été également autorisés à quitter le territoire du royaume dans le même délai.

Nr. 11807. Türkei. 18. Apr. 1897.

Nr. 11808. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den türkischen Gesandten in Athen. Antwort auf das Vorige.

Athènes, le 6 (18) Avril, 1897.

Nr. 11808. Griechenland. 6. April 1897.

Le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Hellènes a eu l'honneur de recevoir la note que le Ministre de Turquie à Athènes lui a adressée à la date d'aujourd'hui pour l'informer que par suite des hostilités ouvertes par la Grèce contre la Turquie les relations diplomatiques entre les deux pays se trouvent rompues. || En voulant faire peser sur la Grèce la responsabilité de la rupture des relations diplomatiques entre les deux pays, le Gouvernement Impérial semble perdre de vue que la Grèce, loin de procéder à des actes d'hostilité contre la Turquie, a eu, au contraire, à subir, ces jours derniers, sur plusieurs points de la ligne-frontière, les agressions répétées de l'armée Turque. || A la suite du conflit armé qui s'est produit dans la journée du 28 Mars sur le point Profiti Elie, le Gouvernement Royal, par sa note verbale en date du 30 du même mois, a cru devoir attirer l'attention du Gouvernement Impérial sur l'attitude des troupes Ottomanes et avait en même temps exprimé l'espoir de voir la Sublime Porte adopter des mesures promptes et efficaces pour en prévenir le renouvellement. Mais loin de vouloir se rendre à l'esprit de modération qui a dicté cette démarche, le Gouvernement Impérial a paru, tout au contraire, disposé à précipiter la marche des événements. Ainsi, sans aucune provocation de la part des troupes Royales, il a cherché à s'emparer du point de la ligne-frontière Analipsis, qui, d'un commun accord, était considérée neutre; ce n'est qu'à la résistance qu'elle y a rencontrée que cette tentative de violation d'un territoire neutre à échouée. || Le Gouvernement Royal ne saurait passer encore sous silence, qu'aujourd'hui même, à partir de 5 heures du matin, avant qu'il ne fut officiellement avisé par la Légation Impériale de la rupture des relations diplomatiques entre les deux pays et tandis que le Ministre du Roi à Constantinople n'en avait reçu la notification que dans une heure avancée de la nuit, les forts de Prevesa ont ouvert le feu contre les positions Helléniques d'Actium et ont fait couler bas le bateau de la Compagnie Pan-Hellénique "La Macédoine" à sa sortie du Golfe Ambracique. || En présence de ces faits, qui démontrent combien peu fondée est l'assertion de la Sublime Porte comme quoi la Grèce aurait commis

Nr. 11808. Griechenland. 6. April 1897. des actes d'hostilité contre la Turquie la responsabilité des conséquences qui pourrait résulter d'un état de choses aussi grave, ne saurait nullement peser sur le Gouvernement du Roi. || M. Skousès saisit cette occasion pour réitérer à Assim Bey les assurances, &c.

Nr. 11809. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte weist die griechischen Unterthanen aus.

Pera, April 21, 1897. (April 21.)

Nr. 11809. Grofsbritannien. 21. Apr. 1897. (Telegraphic.) || Greek ships and subjects are allowed a delay of fifteen days from date of declaration of hostilities to leave the ports of the Ottoman Empire. Those, however, that have no special reason for delay are expected to leave sooner.

Nr. 11810. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg, Ansichten Englands und Rufslands über die weitere Blockade Kretas.

Foreign Office, April 21, 1897.

Nr. 11810. Grofsbritannien. 21. Apr. 1897. (Telegraphic). || The Russian Ambassador has communicated to me a telegram from the Russian Minister for Foreign Affairs, the purport of which corresponds with the first paragraph of your Excellency's telegram of the 19th instant. || Count Mouravieff proceeds to say that in his opinion the Powers should therefore prevent the landing of any belligerent troops in Crete, and maintain the blockade of the island, while continuing their efforts for providing it with a definitive organization when the present conflict is brought to a close. || In reply M. de Staal was told that Her Majesty's Government agreed generally with the views expressed by the Russian Government in the above communication, but considered that the new state of things might necessitate some modification in the details of the blockade.

Nr. 11811. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Schlägt eine Friedensvermittlung vor.

Foreign Office, April 23, 1897.

Nr. 11811. Grofsbritannien. 23. Apr. 1897. (Telegraphic.) || The time seems to be near at hand when the Powers may with advantage propose terms of peace to the Governments of Greece and Turkey. || Suggest this to the Minister for Foreign Affairs, and ask whether the Russian Government would approve of this matter being considered as speedily as possible by a Conference of Ambassadors to be held at Paris. ||

Such a Conference, if held at a neutral city, will possess more authority, and be in a better position to judje what terms are practicable, than if held in one of the belligerent countries. If accepted, the Conference should, in my opinion, not wait for an armistice, which, though of course desirable, may be difficult to obtain, but should commence its deliberations at once.

Nr. 11811. Grofsbritannien. 23. Apr. 1897.

Nr. 11812. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige.

St. Petersburgh, April 24, 1897. (April 24.)

(Telegraphic.) || Count Mouravieff will submit to the Emperor at once the suggestion made in your Lordship's telegram of yesterday with regard to a Conference of Ambassadors at Paris. His Excellency promises me an answer, at latest, on Monday. || Count Mouravieff told me that the idea hat not occurred to him, owing to his thinking that the best course would be to wait until mediation was asked for by one or other of the belligerents. I made the remark to his Excellency that if, meanwhile, the one or the other obtained a very decided success in the war, greater difficulty would be experienced in arranging the conditions of peace, and in obtaining that the declaration of the Powers, to the effect that neither side should derive any advantage from the war, should be observed. || Count Mouravieff agreed with me. It was arranged that I should send him, in an unofficial note, the substance of your Lordship's above-mentioned telegram, which he would send on to-night to His Imperial Majesty.

Nr. 11812. Grofsbritannien. 24. Apr. 1897.

Nr. 11813. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Friedensvermittlung ist verfrüht.

Vienna, April 25, 1897. (April 25.)

(Telegraphic.) || Proposed Conference at Paris. || Your Lordship's telegram of 23rd instant to Sir N. O'Conor. || I fear that any intervention between the belligerents would be looked upon as premature here, and even still more so at Berlin.

Nr. 11813. Grofsbritannien. 25. Apr. 1897.

Nr. 11814. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland stimmt einer Botschafterkonferenz in Paris zu.

St. Petersburgh, April 26, 1897. (April 27.)

(Telegraphic.) || I saw Count Mouravieff this morning. His Excellency informed me that I could telegraph to your Lordship that your suggestion that a conference of Ambassadors should be held at Paris with a view to the proposal of terms of peace to the belligerents was accepted in principle by the Imperial Government, without, however, absolutely binding themselves.

Nr. 11814. Grofsbritannien. 26. Apr. 1897

Nr. 11815. **RUSSLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN.** — Die Botschafter in Konstantinopel an den türk. Minister des Auswärtigen. Sie übernehmen den Schutz der griechischen Unterthanen.

Pera, April 28, 1897.

Nr. 11815. Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien. 28. Apr. 1897.

'Les Ambassades de Russie, de France, et d'Angleterre ont l'honneur de faire connaître à la Sublime Porte qu'elles sont chargées de la protection des intérêts Hellènes en territoire Ottoman. || 'La protection des sujets Hellènes de religion Catholique continuera à être exercée par l'Ambassade de France. La direction des affaires Consulaires Grecques à Constantinople sera confiée au Consulat-Général de France. Dans les provinces les Consuls des trois Puissances s'entendront pour faire connaître aux autorités locales celui d'entre eux qui assumera l'exercice de cette protection avec le concours de ses collègues. Les Ambassades de Russie, de France, et d'Angleterre prient en conséquence la Sublime Porte de vouloir bien adresser par le télégraphe aux autorités Ottomanes les instructions nécessaires.'

Nr. 11816. **RUSSLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN.** — Dieselben an Denselben. Fordern Aufschub des Termins für die Ausweisung der griechischen Unterthanen.

Pera, April 28, 1897.

Nr. 11816. Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien. 28. Apr. 1897.

'Les Ambassadeurs de Russie, de France, et d'Angleterre, qui viennent d'être chargés des intérêts Hellènes, croient devoir renouveler auprès de la Sublime Porte les observations contenues dans leurs notes verbales du 23 Avril courant relativement à une prolongation du délai de quinze jours imparti aux sujets Hellènes pour quitter le territoire Ottoman. Aucune protection n'ayant été accordée jusqu'ici aux sujets Hellènes les Ambassadeurs de Russie, de France, et d'Angleterre se sont rendu compte de l'impossibilité de régler leurs affaires dans le délai de quatre jours qui leur reste. Une exécution immédiate et rigoureuse des mesures d'expulsion paraît donc impossible. Elle causerait le plus grave préjudice aux nombreux intérêts Ottomans et Européens engagés avec les sujets Grecs établis dans l'Empire. || 'Les Ambassadeurs de Russie, de France, et d'Angleterre insistent en conséquence auprès du Gouvernement Impérial sur une prolongation indispensable, et prient la Sublime Porte de donner aux autorités Ottomanes des instructions précises afin qu'elles s'abstiennent de tout procédé inutilement vexatoire.

Nr. 11817. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Der Vorschlag einer Friedenskonferenz ist nicht allgemein angenommen.

St. Petersburgh, April 29, 1897. (April 30.)

Nr. 11817. Grofsbritannien. 29. Apr. 1897.

(Telegraphic.) || I was informed to-day by Count Lamsdorff that the proposal of a Conference has not been generally approved, and that the Russian Government were of opinion that the Powers should continue to treat directly between themselves respecting the steps to be taken for the establishment of peace. || The Russian Government also wish to ascertain whether an armistice is really desired by the Greek Government, and they learn from the Russian Ambassador at Constantinople, that Turkey would prefer to enter into direct negotiations with Greece. || Count Lamsdorff added that the Russian Minister at Athens has not reported that any overtures for mediation have been made to him, but that he has been instructed to inquire, in concert with his colleagues, if an armistice is desired by the Greek Government.

Nr. 11818. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Gesandte in Griechenland an den Minister des Ausw. Die griechische Regierung wünscht die Vermittlung der Mächte.

Athens, May 1, 1897. (May 1.)

Nr. 11818. Grofsbritannien. 1. Mai 1897.

(Telegraphic.) || The Minister for Foreign Affairs has informed both the Russian Minister and myself that personally he would welcome the mediation of the Powers with a view to an armistice of some weeks. || As the Ministers of the Interior and of War are now in Thessaly, he cannot yet speak in the name of his colleagues.

Nr. 11819. **RUSSLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Grofsmächte sollen die Initiative zur Friedensvermittlung ergreifen.

Saint-Pétersbourg, le 20 Avril (2 Mai), 1897.

Nr. 11819. Rufsland. 20. April / 2. Mai 1897.

(Télégraphique.) || Notre Ministre à Athènes nous informe que l'Assemblée Grecque avoue urgence d'armistice et affirme qu'il serait accepté avec reconnaissance. Mais le Cabinet d'Athènes demande instamment que l'initiative de cette proposition émane des Grandes Puissances afin de raffermir dynastie. Nous sommes d'avis que dans ces conditions les Puissances pourraient charger leurs Représentants des propositions de médiation au Gouvernement Grec. Onou est invité à s'entendre avec ses collègues et de procéder à cette démarche dès que ces derniers auront reçu semblables instructions.

Nr. 11820. **RUSSLAND.** — Derselbe an Denselben. Instruktion an den Gesandten in Athen.*)

Saint-Pétersbourg, le 20 Avril (2 Mai), 1897.

Nr. 11820. Rufsland. 20. April / 2. Mai 1897.

(Télégraphique.) || Je réponds au télégramme d'Onou. Si les Puissances tombaient d'accord sur propositions de médiation à faire à Athènes, vous pourriez vous entendre avec vos collègues sur mode de procéder qui, sans humilier à l'excès Gouvernement Grec lui ferait comprendre nécessité, dans la situation où il se trouve, d'accepter sans réserve les recommandations des Grandes Puissances, répondant ainsi à leur généreuse initiative.

Nr. 11821. **GROSSBRITANNIEN.** — Die Botschaft in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland macht die Friedensvermittlung von der Zurückziehung der griechischen Truppen aus Kreta abhängig.

Berlin, May 4, 1897. (May 4.)

Nr. 11821. Grofsbritannien. 4. Mai 1897.

(Telegraphic.) || With reference to the proposals that have been made for mediation at Athens, Baron von Marschall informs me that the German Minister at Athens has been instructed to associate himself in taking steps for mediation with his Russian colleague, always subject to the condition that the Greek troops and Colonel Vassos retire from Crete. || Baron von Marschall considers that mediation is, subject to this condition, eminently desirable. || A report was yesterday received from the German Minister at Athens that their danger is not yet realized by the Greeks, who actually still talk of the frontier being rectified in their favour.

Nr. 11822. **TÜRKEI.** — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter von Rufsland, Frankreich, Grofsbritannnien. Antwort auf Nr. 11815.

Constantinople, le 3 May 1897.

Nr. 11822. Türkei. 3. Mai 1897.

(Telegraphic.) || 'En réponse à la note verbale que les Ambassades d'Angleterre, de France, et de Russie ont bien voulu lui adresser le 28 Avril, le Ministre des Affaires Étrangères a l'honneur de les informer que la Sublime Porte consent à ce que la protection des intérêts Helléniques en territoire Ottoman soit assumée par elles, à la condition que cette protection n'aura point pour effet d'assurer aux sujets Hellènes la jouissance des droits et immunités dont ils bénéficiaient jusqu'à l'ouverture des hostilités, et qu'elle sera limitée au délai fixe pour leur départ de l'Empire. Il va sans dire que par suite de l'état de guerre, tous les Traités en vigueur entre la Turquie et la Grèce se trouvant abolis, tous les Hellènes restent assujettis aux lois et règlements de l'Empire. Le Ministre Impérial prie les Ambassades d'Angleterre, de France, et de Russie de vouloir bien munir leurs Consuls en Turquie d'instructions en conséquence.'

*) England, Italien und Frankreich erlassen analoge Instruktionen.

Nr. 11823. **RUSSLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN.** — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Über die Ausweisung der griechischen Unterthanen.

Constantinople, May 4, 1897.

Nr. 11823. Rufsland, Frankreich, Grofsbritannien. 4. Mai 1897.

The Ambassadors wish to make the following observations on the Porte's note consenting to the protection of Greek subjects by Russia, France, and England. This protection, although not conferring on them the full privileges they enjoyed before the war, gives them greater rights for the protection of their interests and persons, and must be exercised without restriction during the whole period of the war. Although the expulsion of certain individual Greeks may be thought necessary by the Porte, their expulsion *en masse* cannot be accepted by the Ambassadors. A general measure of this kind might be the cause of disturbances. The Ambassadors cannot but express their surprise at the official notice published by the Porte on 2nd Mai respecting the position of Greek subjects during hostilities. It appears to be a contradiction of their note of the 3rd instant, and should therefore be corrected. The Ambassadors consider indispensable the special protection of the Greek subjects employed by foreign Missions, Consulates, and privileged establishments who are entitled to direct protection as much as the subjects of any other nation in the same position. The Ambassadors beg that a correction of this notice may be sent without delay to the authorities at Constantinople and in the provinces, in order to prevent misunderstandings between them and the Consulates of the three Powers.

Nr. 11824. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Die österreichischen Bedingungen für die Friedensvermittlung.

Vienna, May 5, 1897. (May 6.)

Nr. 11824. Grofsbritannien. 5. Mai 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 3rd instant: || It appears that Count Goluchowski's meaning was not quite correctly apprehended by me. He does not oppose initiative in mediation being taken by the Powers, but considers it indispensable that they should previously receive a written assurance from the Greek Government that mediation and the conditions attaching thereto will be accepted by them. || This assurance might be given to the Doyen of the Representatives of the Great Powers privately. || The Austro-Hungarian Chargé d'Affaires at Athens has been instructed by his Excellency in this sense. || I have communicated the substance of this telegram to Mr. Egerton.

Nr. 11825. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Vienna, May 7, 1897. (May 7.)

Nr. 11825. Grofsbritannien. 7. Mai 1897.

(Telegraphic.) || With reference to Sir N. O'Conor's telegram of the 5th May: || A written declaration is not insisted upon by Count Goluchowski, but both his Excellency and the Emperor maintain, as an indispensable condition of mediation, that the Greek Government should give a formal engagement to recall their troops from Crete. According to him, without this condition the concert would be broken, as Germany makes her joining in the mediation dependent on it. He thinks the Greek Government may be prepared to see the Turks march on Athens if they do not yield.

Nr. 11826. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Der Waffenstillstand soll beschleunigt werden.

Saint-Pétersbourg, le 27 Avril (9 Mai), 1897.

Nr. 11826. Rufsland. 27. April / 9. Mai 1897.

(Télégraphique.) || Le Gouvernement Grec a donné aux Représentants des Grandes Puissances une Déclaration officielle écrite annonçant la décision de rappeler les troupes de Crète et de commencer l'évacuation en faisant partir immédiatement un contingent de 400 hommes. Nous trouvons cette Déclaration satisfaisante. La Grèce n'étant pas Signataire des Traités, les Grandes Puissances n'ont pas besoin de son assentiment pour appliquer l'autonomie en Crète. L'Empereur a daigné ordonner à MM. Nélidow et Onou de s'entendre avec leurs collègues pour procéder sans le moindre retard aux démarches de médiation en vue de hâter l'armistice et la paix définitive. Nous ne doutons pas que le Gouvernement Anglais donne des instructions analogues à ses Représentants à Athènes et à Constantinople en présence de la déclaration formelle du Gouvernement Grec.

Nr. 11827. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Gesandte hat noch keine Instruktion.

Athens, May 10, 1897. (May 10.)

Nr. 11827. Grofsbritannien. 10. Mai 1897.

(Telegraphic. || Having found that all my other colleagues had received their instructions, and were ready to join at once in offers of mediation, but that the German Minister had received no other instructions beyond those directing him to insist not only on the withdrawal of the troops, but also on the recognition by Greece of the autonomy of Crete, and none of my colleagues being justified by their instructions to make the latter demand, I ventured, with a view to saving time, to privately urge the Greek Minister to see Baron Plessen, and offer to recognize Cretan autonomy, as well as consent tó the withdrawal of the troops if he, on his part, would immediately assent to join his colleagues in mediation.

Nr. 11828. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Beschlüsse der Gesandten.

Athens, May 10, 1897. (May 10.)

Nr. 11828. Grofsbritannien. 10. Mai 1897.

(Telegraphic.) || It has been agreed by the Representatives of the Powers that immediately the German Minister receives his instructions the Russian Minister — the doyen of the Diplomatic Corps — will present the offer of mediation of which my telegram of the 6th instant contained the text; and it will be suggested to the Hellenic Minister for Foreign Affairs to formally adhere to the proposal made, and his Excellency will also request that steps may be taken by the Powers to obtain that Edhem Pasha should receive orders to stop all further advance of the Turkish army with a view to facilitate the conclusion of peace.

I hope, therefore, that this may be finished this evening or to-morrow morning.

Nr. 11829. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Soll mit seinen Kollegen für einen Waffenstillstand wirken.

Saint-Pétersbourg, le 29 Avril (11 Mai), 1897.

Nr. 11829. Rufsland. 29. April / 11. Mai 1897.

(Télégraphique.) || Grèce, ayant adhéré formellement au contenu communication des Représentants des Grandes Puissances entre les mains desquelles elle a remis soin de ses intérêts, notre Auguste Maître vous charge de vous entendre avec vos collègues pour aborder négociations pour conclusion de la paix et demander immédiatement suspension de tout mouvement offensif de la part des troupes Turques.

Nr. 11830. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland stimmt der Vermittlung zu.

Berlin, May 12, 1897. (May 12.)

Nr. 11830. Grofsbritannien. 12. Mai 1897.

(Telegraphic.) || I am informed by the Imperial Secretary of State for Foreign Affairs that as the Greek Government have agreed to the withdrawal from Crete of their troops, and to the recognition of autonomy, instructions have been issued to the German Ambassador at Constantinople to consult with his colleagues as to a joint application to be adressed to the Sultan, with the object of ascertaining the conditions he will require, both for peace and for an armistice. || In his Excellency's opinion the Great Powers should not attempt themselves to impose any terms of peace, but should ascertain what conditions the Porte would demand, thus providing material for mediation.

Nr. 11831. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Schlagen einen Waffenstillstand vor.

Constantinople, May 12, 1897, midnight. (May 13.)

Nr. 11831. Grofsmächte. 12. Mai 1897.

Le Cabinet d'Athènes ayant réclamé le concours des Grandes Puissances pour obtenir un armistice, les six Gouvernements lui ont offert leur médiation à la condition que le Gouvernement Hellénique remettrait aux Puissances le soin de ses intérêts, qu'il procéderait dans le plus bref délai à l'évacuation de la Crète, et reconnaîtrait le régime autonome de l'île. Le Gouvernement Hellénique ayant adhéré sans réserves à ces conditions, qui ont déjà reçu un commencement d'exécution, les Puissances se sont mises d'accord pour prier le Gouvernement Impérial de suspendre les hostilités en vue d'arrêter les bases d'un armistice et d'aborder le plus tôt possible les négociations pour la conclusion de la paix définitive. Les Ambassadeurs des Six Puissances prient en conséquence son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères de vouloir bien soumettre au Gouvernement Impérial Ottoman une demande de suspension immédiate d'hostilités. Ils font appel aux sentiments pacifiques du Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan, et ils espèrent que des ordres pourront être donnés sans retard aux Commandants des troupes Ottomanes pour arrêter tout mouvement offensif. Les Ambassadeurs se tiennent à la disposition de son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères pour l'étude des questions que peut comporter l'exercice de leur médiation.

Nr. 11832. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte. Antwort auf das Vorige.

Constantinople, May 13, 1897.

Nr. 11832. Türkei. 13. Mai 1897.

Le Ministre des Affaires Étrangères a eu l'honneur de recevoir le Mémorandum que leurs Excellences les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont bien voulu lui adresser, en date du 12 Mai, pour interposer leur médiation en vue d'arrêter les bases d'une armistice et d'aborder la négociation de la paix. En remerciant de cette communication leurs Excellences les Ambassadeurs des Grandes Puissances le Ministre des Affaires Étrangères s'empresse de les informer que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan pourra entrer dans l'étude de ces questions après les fêtes de Baïram.

Nr. 11833. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Friedensbedingungen der Türkei.

Constantinople, May 15, 1897. (May 15.)

Nr. 11833. Grofsbritannien. 15. Mai 1897.

(Telegraphic.) || In reply to our Memorandum of the 12th May the Porte lay down the following conditions for the suspension of hostilities preparatory to an armistice on the Treaty of Peace:— || 1. The conclusion of an armistice

and free communication between the Imperial authorities and the Turkish forces by sea, viâ Volo and Prevesa, are necessary conditions of the suspension of hostilities. || 2. The old frontier line to be restored, Turkey recovering the territory ceded in consequence of the Treaty of Berlin. This cession of territory was, according to the Porte, based on assurances that it would put an end to brigandage, but the very cause of the present war shows that this reasoning was erroneous, and that the cession merely rendered possible more serious attacks on the integrity of the Empire. || These considerations and the propriety of giving Turkey some equivalent for the victories which have cost so much blood and money justify a return to the original frontier. || 3. An indemnity of 10,000,000 Turkish liras. || 4. A revision of the Treaties between Greece and Turkey in conformity with the general principles of international law. || 5. An Extradition Treaty for criminals at common law. || The Plenipotentiaries of the belligerens to meet at Pharsala to negotiate the armistice and afterwards the Treaty of Peace. || Orders for the immediate suspension of hostilities will be sent to the Commanders of the Imperial troops as soon as the above conditions have been accepted by the Greek Gouvernment.

Nr. 11833. Grofsbritannien 15. Mai 1897.

Nr. 11834. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Beschlüsse der Botschafter über die Friedensbedingungen.

Constantinople, May 15, 1897. (May 15.)

(Telegraphic.) || I have the honour to state that my colleagues and myself this afternoon had under discussion the note of the 14th instant received from the Porte, and decided to submit to our respective Gouvernment the following statement of our views, in the hope that it might afford them assistance in deciding upon the instructions to be sent to us:—

Nr. 11834. Grofsbritannien. 15. Mai 1897.

"1. Insister sur la suspension immédiate des hostilités de part et d'autre. Cette suspension doit impliquer la cessation du blocus des ports Ottomans. Elle ne devrait pas être subordonnée à la conclusion d'un armistice ni à l'adoption des Préliminaires de la Paix. Elle devrait au contraire les précéder. || "2. Il ne peut être question d'une rétrocession de la Thessalie. Tout au plus pourrait-on admettre une rectification stratégique de la frontière sur certains points. || "3. On ne peut pas contester le principe d'une indemnité, mais le chiffre demandé est exorbitant. Si en cas d'impossibilité pour les Grecs de se libérer immédiatement, la Turquie demanderait à détenir en gage une partie du territoire, cette occupation devrait être purement militaire, limitée à certains points et à un nombre déterminé de troupes, de manière à laisser se réinstaller et fonctionner librement l'Administration Hellénique. || "4. Ce serait un précédent dangereux d'admettre la suppression des Capitulations pour une nationalité Chrétienne qui en a joui jusqu'à présent. On doit

Nr. 11834. Grofsbritannien. 15. Mai 1897. cependant reconnaître dans l'exercice de la protection par les Consulats Grecs l'existence de certains abus qui pourraient être utilement réformés. || "5. La proposition de la Sublime Porte de réunir à Pharsala des Plénipotentiaires Ottomans et Hellènes indiquant l'intention [de soustraire] les négociations à l'action des Puissances, il convient d'insister pour que ces négociations aient lieu dans des conditions permettant aux Gouvernements d'exercer leur médiation jusqu'à la conclusion de la paix."

Nr. 11835. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der Sultan hat den Waffenstillstandsvorschlag angenommen.

Constantinople, May 18, 1897. (May 18.)

Nr. 11835. Grofsbritannien. 18. Mai 1897. (Telegraphic.) || I have the honour to inform your Lordship that the Minister for Foreign Affairs called this morning upon the Austrian Ambassador, and stated officially that the Sultan had sent orders to the Turkish military Commanders to arrange for an immediate suspension of hostilities with the Hellenic Commanders. His Excellency added that His Imperial Majesty had acted in deference to the unanimously expressed desire of the Powers in thus giving up his previous views that the acceptance in principle by the Hellenic Government of the conditions of peace must precede the suspension of hostilities. This desire had also been embodied in a telegram received from the Emperor of Russia by the Sultan last night. The Emperor appealed strongly to the Sultan's generous sentiments, and on his side the Sultan relied on the Powers for support. || The Minister for Foreign Affairs further expressed his regret that he should have given incorrect news a few days ago on the subject of Domoko, which was only captured yesterday. The Greek troops had been at the same time entirely expelled from Epirus. There had been no important fighting at Domoko but the struggle had been severe near Arta. The Greek losses were estimated at not less than 2000 killed at the latter place. || I have telegraphed this intelligence to Her Majesty's Minister at Athens.

Nr. 11836. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Konstantinopel, Rom, Berlin, Wien, Petersburg, Paris. Über die Friedensbedingungen.

Foreign Office, May 19, 1897.

Nr. 11836. Grofsbritannien. 19. Mai 1897. (Telegraphic.) || I have informed the various Ambassadors with whom I have spoken on the terms of peace between Turkey and Greece, that while strongly opposed to the retrocession of settled territory to Turkey and to the

abolition of the Capitulations of regards Greek subjects, Her Majesty's Government are in favour of the payment of an indemnity to Turkey and of a strategic rectification of the Turkish frontier. I observed that Her Majesty's Government were fully alive to the difficulty of providing security for the payment of the indemnity in the present state of Greek credit, but that, in my opinion, the most hopeful expedient was the establishment of some international control over some branches of the Greek revenue.

Nr. 11836. Grofsbritannien. 19. Mai 1897.

Nr. 11837. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung des russischen Botschafters mit dem Sultan.

Constantinople, May 22, 1897. (May 22.)

(Telegraphic.) || I have the honour to state that a meeting of Ambassadors was held this morning, at which M. Nélidow said that he had expressed to the Sultan at his audience yesterday the hope of the Czar, that the Turkish Government would be moderate in its demands as to the terms of peace. || The reply of His Imperial Majesty was couched in general terms, no mention being made as to the terms of peace; he had, he said, been guided throughout this Greek business by the counsels of the Great Powers, and he proposed to continue in the same path. || We then entered into a discussion of the form which our communication to the Porte should take, and a further meeting is to be held this afternoon to draw it up. But we shall be unable to present it until the German Ambassador has telegraphed it to Berlin and received a reply authorizing him to agree to it.

Nr. 11837. Grofsbritannien. 22. Mai 1897.

Nr. 11838. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Teilt ihm eine an die Pforte zu richtende Denkschrift über die Friedensbedingungen mit.

Constantinople, May 22, 1897. (May 22.)

(Telegraphic.) || The following is the Memorandum respecting the proposed peace negotiations, to which I alluded in my telegram of to-day, and which will be sent to the Sublime Porte as soon as the German Government have expressed their approval of the text:—

Nr. 11838. Grofsbritannien. 22. Mai 1897.

"Les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont l'honneur d'accuser réception à son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères du Mémorandum qu'il a bien voulu leur adresser le 14 de ce mois, et dans lequel se trouvaient énoncées les conditions auxquelles le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan subordonnait la suspension des hostilités avec la Grèce. || Cette suspension ayant été, depuis lors, décidée, les Ambassadeurs des Grandes Puissances prient son Excellence Tewfik Pacha de vouloir bien remercier Sa

Nr. 11838. Grofsbritannien. 22. Mai 1897.

Majesté le Sultan d'avoir, en déférant à leur demande, donné la preuve de ses intentions pacifiques. || Les Grandes Puissances ont invité leurs Ambassadeurs à exercer leur médiation, en vue d'arriver, le plus tôt possible, à la conclusion de la paix, et les ont autorisés à entrer en pourparlers avec le Gouvernement Ottoman. || En se mettant dans ce but à la disposition de la Sublime Porte les Ambassadeurs croient cependant devoir présenter dès maintenant au nom de leurs Gouvernements quelques observations suggérées par la lecture du Mémorandum du 14 Mai. || Ils ne méconnaissent pas l'intérêt de la Turquie à garantir la sécurité de ses frontières contre les entreprises attentatoires à l'intégrité de l'Empire Ottoman et considèrent comme justifiée une certaine rectification de frontière basée sur des considérations stratégiques. || Ils ne contestent pas davantage le droit du vainqueur de réclamer une indemnité pour les dépenses et les pertes causées par la guerre, mais ils estiment que cette indemnité ne doit pas dépasser les limites des forces financières de la Grèce, qui ne paraissent pas susceptibles de supporter la charge dont le chiffre est indiqué dans le Mémorandum de la Sublime Porte. || En outre, en ce qui concerne les Traités entre la Turquie et la Grèce les Gouvernements des Grandes Puissances sont d'avis que, si les Traités existants entre deux belligérants sont, en principe, annulés par l'état de guerre et demandent à être renouvelés, certains privilèges et immunités ont été concédés aux sujets Hellènes en vertu d'arrangements conclus avec les Grandes Puissances et ne sauraient en conséquence être atteints par la rupture des relations entre la Turquie et la Grèce. || Les Ambassadeurs recommandent ces considérations à l'attention de la Sublime Porte et se déclarent prêts à entrer dans la discussion de ces différents points et des bases de la paix définitive avec son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères ou avec les personnes que Sa Majesté Impériale le Sultan désignerait à cet effet au jour et à l'heure qui leur seront fixés.

Nr. 11839. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Die deutsche Regierung will die türkischen Friedensbedingungen an Griechenland mitteilen.

Berlin, May 24, 1897. (May 24.)

Nr. 11839. Grofsbritannien. 24. Mai 1897.

(Telegraphic.) || I am informed by the Imperial Secretary of State for Foreign Affairs that in the opinion of the German Government the Turkish Memorandum respecting the conditions of peace should, together with the Ambassadors' observations on it, be communicated to the Hellenic Government. If all the other Powers agree, the Russian Government will consent, but they consider that loss of time might result from it, and that the step is rendered unnecessary by the Greek Government's last declaration that they place their interests in the hands of the Great Powers. If the opinion of the Russian

Government is shared by the other Powers, the question will not be pressed by the German Government, but his Excellency believes in the necessity for great prudence, as it is possible that the terms agreed upon by the Great Powers may be refused by the Greek Government on the ground that no opportunity had been given to them to express an opinion respecting them.

Nr. 11839. Grofsbritannien. 24. Mai 1897.

Nr. 11840. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu dem Vorigen.

Foreign Office, May 24, 1897.

(Telegraphic.) || With regard to the proposal made by the German Government that the conditions of peace drawn up by the Turkish Government, and the modifications agreed on by the Powers should be communicated to the Greek Government before the reply of the Ambassadors to the Turkish Memorandum is presented to the Porte, the Russian Ambassador has communicated a telegram from Count Mouravieff giving the views of the Russian Government. || They do not object to the proposal if all the other Powers agree, but fear that it may entail a dangerous loss of time, and it does not seem to them absolutely necessary to consult Greece in this manner, since she has confided her interests to the Powers. || In reply, I have informed M. de Staal that the view of the Russian Government is shared by that of Her Majesty.

Nr. 11840. Grofsbritannien. 24. Mai 1897.

Nr. 11841. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter hat der Note an die Pforte (Nr. 11838) mit Vorbehalt zugestimmt.

Constantinople, May 25, 1897. (May 25.)

(Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of yesterday to Sir N. O'Conor, I have the honour to report that the note drafted on the 22nd May, of which I communicated the substance to your Lordship in my telegram of the 22nd instant, was dispatched to the Porte after the meeting of the Ambassadors this morning, in consequence of the declaration of the German Ambassador that his Government had now authorized him to adhere to it. || His Excellency stated that this adherence was conditional on his obtaining an assurance from each one of his colleagues that his Government considered Greece to have accepted the conditions of peace which the Powers may arrange for, in view of the fact that he has confided her interests to them. || This assurance was given.

Nr. 11841. Grofsbritannien. 25. Mai 1897.

Nr. 11842. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung des österreichischen Botschafters mit dem türkischen Minister.

Constantinople, May 25 1897. (May 25.)

Nr. 11842. Grofsbritannien. 25. Mai 1897.

(Telegraphic.) || The Minister for Foreign Affairs told the Austrian Ambassador, who paid him a visit this afternoon on behalf of his colleagues to discuss our Memorandum of to-day, that the Porte would probably arrive at a decision on the subject to-morrow. || He said that at present there was merely a suspension of hostilities which Edhem Pasha had granted, and he complained of the conduct of the Greek Commander-in-chief in not sending officers to arrange an armistice in due form. His Excellency said that, as the Powers had undertaken to mediate, he could understand reluctance on the part of the Greeks to send Delegates for the conclusion of a peace, but it seemed to him that in the case of an armistice this excuse could not be put forward. || The paragraph relating to the Capitulations also appeared objectionable to him. || In reply to Tewfik Pasha's final question, whether the Six Powers could state with certainty that any arrangement come to between themselves and the Porte would find acceptance at the hands of the Greeks, Baron Calice stated that on this point there was no question of a different interpretation on the declaration of the Hellenic Government, but that he would reserve his opinion on the subject for the conversations of the Ambassadors with the Minister, which they trusted would shortly take place.

Nr. 11843. **GROSSMÄCHTE.** — Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Antwort auf die Note der Pforte vom 14. Mai (Nr. 11834).

Nr. 11843. Grofsmächte. 25. Mai 1897.

Les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont l'honneur d'accuser réception à son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères du Mémorandum qu'il a bien voulu leur adresser le 14 de ce mois, et dans lequel se trouvaient énoncées les conditions auxquelles le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan subordonnait la suspension des hostilités avec la Grèce. || Cette suspension ayant été, depuis lors, décidée, les Ambassadeurs des Grandes Puissances prient son Excellence Tewfik Pacha de vouloir bien remercier Sa Majesté le Sultan d'avoir, en déférant à leur demande, donné la preuve de ses intentions pacifiques. || Les Grandes Puissances ont invité leurs Ambassadeurs à exercer leur médiation, en vue d'arriver, le plus tôt possible, à la conclusion de la paix, et les ont autorisés à entrer en pourparlers avec le Gouvernement Ottoman. || En se mettant dans ce but à la disposition de la Sublime Porte les Ambassadeurs croient cependant devoir présenterd ès mainte-

nant au nom de leurs Gouvernements quelques observations suggérées par la lecture du Mémorandum du 14 Mai. || Ils ne méconnaissent pas l'intérêt de la Turquie à garantir la sécurité de ses frontières contre les entreprises attentatoires à l'intégrité de l'Empire Ottoman et considèrent comme justifiée une certaine rectification de frontière basée sur des considérations stratégiques. || Ils ne contestent pas davantage le droit du vainqueur de réclamer une indemnité pour les dépenses et les pertes causées par la guerre, mais ils estiment que cette indemnité ne doit pas dépasser les limites des forces financières de la Grèce, qui ne paraissent pas susceptibles de supporter la charge dont le chiffre est indiqué dans le Mémorandum de la Sublime Porte. || En outre, en ce qui concerne les Traités entre la Turquie et la Grèce les Gouvernements des Grandes Puissances sont d'avis que, si les Traités existants entre deux belligérants sont, en principe, annulés par l'état de guerre et demandent à être renouvelés, certains privilèges et immunités ont été concédés aux sujets Hellènes en vertu d'arrangements conclus avec les Grandes Puissances et ne sauraient en conséquence être atteints par la rupture des relations entre la Turquie es la Grèce. || Les Ambassadeurs recommandent ces considérations à l'attention de la Sublime Porte et se déclarent prêts à entrer dans la discussion de ces différents points et des bases de la paix définitive avec son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères ou avec les personnes que Sa Majesté Impériale le Sultan désignerait à cet effet au jour et à l'heure qui leur seront fixés.

Nr. 11843. Grofsmächte. 25. Mai 1897

Péra, le 25 Mai, 1897.

Nr. 11844. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11843. Griechenland soll einen Bevollmächtigten ins türkische Hauptquartier schicken.

La Sublime Porte a eu l'honneur de recevoir le Mémorandum en date du 25 Mai de leurs Excellences MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances, qui, mues par leurs sentiments pacifiques, ont bien voulu interposer leur médiation pour arriver le plus tôt possible à la conclusion de la paix entre le Gouvernement Impérial ét la Grèce. Elle n'a pas manqué de soumettre à Sa Majesté Impériale le Sultan les remerciements de leurs Excellences pour les ordres que Sa Majesté a bien voulu, par déférence au voeu exprimé par les Puissances, donner en vue de la suspension des hostilités. || Le Gouvernement Impérial ne se refuse point d'entrer en discussion avec MM. les Représentants des Puissances Médiatrices au sujet des observations contenues dans leur Mémorandum précité concernant les conditions de paix qu'il a formulées par rapport à son intégrité territoriale, à ses droits, et à ses intérêts légitimes, observations qui confirment du reste en principe ces droits et intérêts. || Mais il croit de son devoir de faire remarquer que, bien qu'en cédant au voeu

Nr. 11844. Türkei. 27. Mai 1897.

Nr. 11844. Türkei. 27. Mai 1897.

pacifique des Puissances il eût subordonné, ainsi qu'il est dit dans son Mémorandum du 14 Mai concernant l'acceptation de l'offre de médiation, la suspension des opérations militaires à la conclusion d'un armistice qui d'après les règles en vigueur doit avoir une durée déterminée, et qu'en arrêtant les hostilités il eût donne une preuve palpable de sa déférence envers les Grandes Puissances, le Commandant des forces Helléniques, en réponse aux communications que le Commandant de l'armée Impériale lui avait adressées pour demander l'envoi d'un Délégué pour la conclusion d'un armistice de deux semaines, a fait savoir qu'il n'avait reçu d'Athènes aucun ordre spécial à ce sujet. || Cette réponse étant de nature à empêcher la continuation de la trève sans un armistice limité, le Gouvernement Impérial s'en remet aux bienveillants offices de leurs Excellences les Ambassadeurs du soin de faire comprendre au Cabinet d'Athènes la nécessité d'envoyer immédiatement au quartier-général Ottoman un Délégué pour conclure tout d'abord un armistice afin que le désir exprimé également par les Puissances pour le rétablissement de la paix puisse être réalisé sans retard.

Sublime Porte, le 27 Mai, 1897.

Nr. 11845. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux fürchtet Austritt Englands aus dem europäischen Konzert.

Paris, May 28, 1897, 1 P. M. (May 28.)

Nr. 11845. Grofsbritannien. 28. Mai 1897.

(Telegraphic.) || M. Hanotaux showed some anxiety to-day as to the report, which has appeared in the newspapers, that England will withdraw from the concert of the Powers unless the Turks undertake to evacuate Thessaly on the conclusion of the Treaty of Peace. At the same time, he assured me that he did not attach much importance to it. || I told his Excellency that, for my part, I believed the rumour to be a simple "canard."

Nr. 11846. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter in Konstantinopel an den türk. Minister des Auswärtigen. Waffenstillstandsfrage.

Nr. 11846. Grofsmächte. 29. Mai 1897.

Les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont eu l'honneur de recevoir la note du 27 Mai par laquelle la Sublime Porte a bien voulu répondre à leur Mémorandum du 25 Mai. || Ils pensent que l'hésitation des Commandants Helléniques à signer un armistice en règle s'explique par le fait que le Commandant-en-chef Ottoman semblait vouloir y rattacher une entente sur les bases de la paix. Or, le Gouvernement Hellénique ayant confié le soin de ses intérêts aux Grandes Puissances, et la Sublime Porte ayant accepté leur mediation, c'est avec elles que les négociations de paix doivent se poursuivre. || Les Ambassadeurs sont donc prêts à inviter le Cabinet d'Athènes à donner

sans retard aux Commandants des forces Helléniques l'ordre de signer un armistice purement militaire. Toutefois, comme le terme de quinze jours assigné d'abord pour la suspension d'hostilités est près d'expirer, et que les négociations de paix sont déjà entamées, il y aurait lieu de conclure l'armistice pour la durée de ces négociations. || Ayant à coeur de hâter l'oeuvre de pacification qu'ils poursuivent en commun, les Ambassadeurs renouvellent à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères la proposition de se réunir avec eux dans ce but le plus tôt possible.

Nr. 11846. Grofsmächte. 29. Mai 1897.

Constantinople, le 29 Mai, 1897.

Nr. 11847. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte ist zur Verlängerung der Waffenruhe geneigt.

Constantinople, May 29, 1897, 7.50 P. M. (May 29.)

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of yesterday's date to your Lordship, I have the honour to state that we sent our answer to the Sublime Porte this morning, being enabled to do so by the fact that the German Government have now authorized their Ambassador to adhere. || The Austrian Ambassador receivid a visit from the Minister for Foreign Affairs during which Tewfik Pasha made the following declarations: || The immediate signature of the armistice to which the Commanders-in-chief have agreed is, in the eyes of the Imperial Government, a matter of paramount importance. || He is willing to negotiate for the extension of the armistice and for the conclusion of a definitive peace as soon as the signature has taken place, and also to permit the prolongation of the armistice, even for the entire period occupied by the negotiations, should the Ambassadors wish it. || In reply to these declarations, it has been arranged that the Austrian Ambassador should request the Porte to give immediately a formal assurance that the armistice shall continue so long as the negotiations last. This assurance, in the opinion of the Ambassadors, is necessary to enable them to recommend to the Government of Athens the conclusion of an armistice for a definite period. || As soon as the above assurance has been received from the Porte, it is most important that the Hellenic Government should instruct their Commander, by telegraph, to sign the armistice. No further discussion as to whether it has already been signed or not is desirable. || I have communicated the above to Her Majesty's Minister at Athens.

Nr. 11847. Grofsbritannien. 29. Mai 1897.

Nr. 11848. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Griechenland wünscht aus finanziellen Rücksichten einen schnellen Frieden.

Athens, May 29, 1897. (May 30.)

Nr. 11848. Grofsbritannien. 29. Mai 1897.

(Telegraphic.) || The Government here implore that the Representatives of the Great Powers at Constantinople may bring about peace rapidly; more than 300,000 drachmas is the cost to this Government for each day of delay, and this expenditure cannot be borne for many days longer. || The June coupon will be paid. || In Volo the Turkish authorities are officially making exactions, and if the inhabitants cannot return to Thessaly within a fortnight to gather the crops it will mean entire ruin to that district.

Nr. 11849. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Nr. 11849. Türkei. 30. Mai 1897.

Le Ministre des Affaires Étrangères a eu l'honneur de recevoir la note que leurs Excellences MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances ont bien voulu lui adresser le 29 Mai en réponse à celle de la Sublime Porte en date du 27 du même mois. || Ce que le Gouvernement Impérial désire avant tout; c'est que le Commandant des troupes Helléniques s'adresse au Commandant de l'armée Impériale pour la signature de l'armistice déjà proposé dont les effets doivent s'étendre tant sur terre que sur mer, et il attend l'avis que cette formalité a été accomplie. || Il est à espérer que les négociations de paix pourront dans le délai fixé de quinze jour aboutir au résultat désiré, mais dans le cas où ce terme ne suffirait pas, il serait possible de le prolonger pour une période égale à celle qui se serait écoulée depuis le jour où l'armistice a été proposé au Commandant Héllenique jusqu'au jour de sa signature. || Le Gouvernement Impérial partage entièrement le désir de leurs Excellences les Ambassadeurs de hâter le rétablissement de la paix, et s'il demande à ce que l'armistice soit de courte durée, c'est précisément pour assurer ce résultat dans un bref délai. Du reste, il ne saurait être de son intérêt de prolonger cette situation, qui l'oblige à entretenir sur un pied de guerre une grande armée et lui impose de ce chef des charges considérables. || En attirant la bienvaillante attention de leurs Excellences les Ambassadeurs sur les considérations qui précèdent, le Ministre des Affaires Étrangères ne doute pas qu'ils ne veuillent bien faire d'urgence à Athènes les communications nécessaires pour que le Commandant de l'armée Hellénique reçoive l'ordre formel de signer l'armistice sans plus de retard.

Sublime Porte, le 30 Mai 1897.

Nr. 11850. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Vorschläge der Pforte für die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Constantinople, May 31, 1897, 11.25 A. M. (May 31.)

Nr. 11850. Grofsbritannien. 31. Mai 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 29th instant, I have the honour to report that the Ambassadors have received an obscurely-worded note from the Sublime Porte, of which the following appears to be the meaning. || The paramount desire of the Imperial Ottoman Government is that an application should be made by the Greek to the Ottoman Commander for the signature of the armistice (fifteen days) which was suggested in the beginning, to take effect both by sea and land. The Porte hopes to receive a communication notifying the fact that the armistice has been signed. || If the original term of fifteen days fixed for the conclusion of the peace prove insufficient for this purpose, which the note hopes will not be the case, the Porte would be willing to extend that term for a space of time which should be equal to that which elapsed between the 20th instant, when the armistice was first proposed to the Greek Commander, and the day when that armistice may be finally concluded. || The Porte wishes for a short armistice in order to secure the prompt conclusion of a definitive peace, for which it is no less desirous than are the Ambassadors, as the prolongation of the present state of affairs can be in no way advantageous to the Empire, which is thereby compelled to expend large sums of money, and to maintain a great army on a war footing. || Finally, the Ambassadors are begged to lose no time in taking the requisite steps for communication with Athens, with a view of securing the dispatch of a formal order to the Greek Commander for the immediate signature of the armistice. || This afternoon, another meeting of the Ambassadors will take place to consider what reply should be sent.

Nr. 11851. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Beschlüsse der Botschafter über die Vorschläge der Pforte.

Constantinople, May 31, 1897,8.15 P. M. (May 31.)

Nr. 11851. Grofsbritannien. 31. Mai 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my immediately preceding telegram to your Lordship of to day's date, I have the honour to report that a meeting of the Ambassadors was held this afternoon. || After some conversation, during which the Porte's note on the subject of the armistice was discussed, we drafted a reply to it, and a collective telegram, saying that we were ready to recommend the Hellenic Government to authorize the signature of the armistice for a period of fifteen days. These documents had just been drafted when the Dragoman of the Austrian Embassy returned from the Sublime Porte, whither he had gone to request Tewfik Pasha to give some explanation of the ambiguous passages in the Porte's note. The Dragoman informed us that the

Nr 11851. Grofsbritannien. 31. Mai 1897.

Porte meant the armistice to date from the day on which the proposal for it was originally made, viz., the 20th instant. There were therefore left only four days, some of which must pass before the armistice could be actually signed. || The Porte proposed to deduct from the promised prolongation of the armistice the remaining few days which would reduce it to not more than a fortnight in all. If the terms proposed by the Porte were not accepted by the Greek Government, the former would thus be enabled to renew hostilities. || The Ambassadors immediately wrote to the Minister for Foreign Affairs, as such an attempt to evade the assurances which he had given appeared most serious, and informed him that they considered the situation very grave, and asked for an appointment for the discussion of the matter with his Excellency.

Nr. 11852. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Empfiehlt Untersuchung der Lage in Thessalien.*)

Constantinople, June 1, 1897, 1 P. M. (June 1.)

Nr. 11852. Grofsbritannien. 1. Juni 1897.

(Telegraphic.) || In view of the very contradictory accounts of the state of Thessaly and of the ravages of the Turkish soldiers, I propose, with your Lordship's concurrence, to send Mr. Eliot to report on the subject. || A Delegate will in all probability be sent by the Italian and Russian Embassies as well.

Nr. 11853. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Athen. Griechenland soll Instruktionen für die Verlängerung der Waffenruhe schicken.

Foreign Office, June 2, 1897, 1.20 P. M.

Nr. 11853. Grofsbritannien. 2. Juni 1897.

(Telegraphic.) || With reference to Sir Philip Currie's telegrams of the 31st ultimo and 1st instant respectively, which were repeated to you by his Excellency, Her Majesty's Government desire you to join with the Representatives of the other Great Powers in urging the Greek Government to send instructions, with as little delay as possible, to their Commander-in-chief authorizing the immediate signature of the armistice.

Nr. 11854. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Erste Konferenz der Botschafter mit dem türkischen Minister über die Friedensbedingungen.

Constantinople, June 3, 1897, 8 P. M. (June 3.)

Nr. 11854. Grofsbritannien. 3. Juni 1897.

(Telegraphic.) || This afternoon the Ambassadors held their first meeting with Tewfik Pasha at Tophané for discussing the terms of peace. || His Excellency recapitulated the demands of the Turkish Government, as communicated

*) Am folgenden Tage gab Salisbury die Ermächtigung dazu. Red.

to your Lordship in my telegram of the 15th May, and then proceeded to read a Memorandum in support of them. The Ambassadors replied, enumerating the objections to such terms in the sense of my telegram of the 15th May (Articles 2, 3, and 4); and we requested his Excellency to communicate to us the Memorandum which he had read, with a view to draw up in writing answers to the three points raised therein of indemnity, frontier, and Capitulations. || The French and Italian Ambassadors had received the same instructions as myself on the subject of placing Christian communities under Turkish rule, and we informed Tewfik Pasha of the views of our Governments on this point. || That Minister, however, had no authority to modify the demands of his Government; he will refer to the Sultan for instructions, and our next meeting is to be held on Saturday.

Nr. 11855. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Denkschrift über die Friedensbedingungen.

Konstantinopel, 3. Juni 1897.

Le Gouvernement Impérial, qui attache la plus grande importance à la question territoriale, ne saurait, se contentant d'une simple rectification de frontières qui serait nuisible à ses intérêts présents et à venir, consentir à la rétrocession des territoires qui viennent d'être réoccupées grâce aux victoires remportées par les armées Ottomanes au prix de tant de sacrifices. || Il y a lieu de remarquer que les conclusions de la Conférence de Londres que la Turquie avait acceptées par le Traité d'Andrinople, n'accordaient à la Grèce qu'un Gouvernement autonome tributaire de la Turquie (1828). Mais les trois Puissances médiatrices ayant donné l'assurane que la question Hellénique serait close d'une façon définitive par la Constitution d'un royaume indépendant, la Sublime Porte, se basant sur cette déclaration des Puissances, avait accepté l'indépendance proposée et n'avait même pas soulevé d'objections à l'annexion du territoire de Lamia au nouveau royaume dans le but unique de lui assigner des frontières naturelles et de prévenir toute revendication future. || Malheureusement ces prévisions ont été déçues et la Grèce n'a cessé d'élever des prétentions inadmissibles et d'organiser des incursions de brigands dans les provinces limitrophes de l'Empire pour faire accroire à une prétendue agitation dans ces parages. || C'est cette situation qui avait motivé la Résolution insérée au Protocole No. 13 du Congrès de Berlin, en vertu de laquelle la Thessalie avait été cédée à la Grèce. Cette cession avait été décidée sur les assurances données par les Plénipotentiaires des Puissances comme quoi une pareille rectification de frontière, en mettant pour toujours un terme aux désordres qui se produisaient périodiquement sur la ligne de démarcation, serait de nature à prévenir désormais ces conflits, qui menaçaient la paix de l'Europe. || Il avait été affirmé aussi que le consentement de la Turquie à une pareille

Nr. 11855. Türkei. 3. Juni 1897.

rectification de frontière mettrait un terme aux prétentions excessives du Gouvernement Hellénique et assurerait une paix durable entre les deux États. C'est donc sur ces assurances réitérées émises au sein du Congrès que les territoires dont il s'agit avaient été cédés à la Grèce. || Or, bien qu'en vertu des dispositions formelles de la Convention conclue entre la Turquie et la Grèce conformément à l'Article XXIV du Traité de Berlin, le Gouvernement Hellénique fût tenu de respecter la vie, les biens, la religion, et les coutumes des habitants des pays cédés; de leur assurer l'entière jouissance des mêmes droits civils et politiques qu'aux sujets Hellènes d'origine; de reconnaître les Vakoufs Musulmans et de ne porter aucune atteinte à l'autonomie et à l'organisation des communautés Musulmanes il n'a observé aucun de ces engagements. || La clause de l'Article X, par laquelle il avait assumé une part de la Dette Publique Ottomane proportionelle aux revenus des territoires cédés, n'a pas non plus reçu son exécution.

Quant aux complications qui se produisaient sur la frontière il est à noter qu'alors qu'autrefois ces incidents se limitaient à de simples incursions de brigands, la cession territoriale dont la Grèce a bénéficié l'a mise à même, comme les derniers événements l'ont prouvé, de poursuivre par le moyen de ses troupes régulières, la réalisation de ses visées agressives contre l'Empire. Au surplus, les assurances susvisées comme quoi une cession de territoire à la Grèce devait avoir pour effet de l'amener à renoncer à ses revendications exagérées ne se trouvent-elles pas infirmées par la tentative récente du Cabinet d'Athènes d'annexer la Crète, ainsi que par les dernières agressions dirigées contre nos frontières en vue de l'occupation de la Macédoine? Dans ces circonstances le Gouvernement Impérial considère avec raison, et ce point de vue ne saurait soulever aucune objection, que le seul moyen de préserver désormais de toute atteinte ses droits et son intégrité territoriale formellement reconnus par les Grandes Puissances est de laisser en sa possession les territoires qu'il vient de réoccuper par la force des armes. Le fait que les assurances données solennellement dans un Congrès ou siégeraient les Plénipotentiaires des Grandes Puissances, sont restées lettres mortes, suffit à prouver combien cette demande du Gouvernement Impérial est juste et légitime. La conservation par la Turquie des territoires actuellement occupés par les troupes Ottomanes ne constitue pas une conquête proprement dite. En effet, comme il est dit plus haut, ces territoires n'avaient été cédés à la Grèce que par déférence pour le désir de l'Europe et à la condition formelle que cette cession mettrait fin pour toujours aux revendications Helléniques et assurerait une paix durable entre les deux pays. Or, on sait le cas que le Gouvernement Hellénique a fait de cette double condition. D'autre part, la Thessalie, loin de trouver dans son annexion à la Grèce, comme on se plaisait à l'affirmer, de nouveaux éléments de prospérité, n'a fait que s'appauvrir graduellement: les projets de nouvelles Lois agraires élaborés par le Gouvernement Hellénique y menacent les droits les plus vitaux des propriétaires

Musulmans, contrairement à l'Article VII de la Convention de 1881, et les paysans de race Grecque eux-mêmes se plaignent du régime Hellénique et demandent leur retour à la Turquie, sans compter que les populations de race Valaque, qui s'y trouvent en grand nombre, n'aient jamais cessé de regretter la domination Ottomane et d'en désirer ardemment le rétablissement. || Quant au Gouvernement Ottoman lui-même, pour lequel les Plénipotentiaires des Puissances au Congrès de Berlin voyaient dans cette cession une nouvelle condition de sécurité et de prospérité intérieure, il est superflu de faire ressortir toutes les conséquences fâcheuses qui en sont résultées pour lui. || Il va sans dire que par suite du maintien en la possession de la Turquie des territoires dont il s'agit, la part de la Dette Publique Ottomane qui, en vertu de la dite Convention, devait incomber à la Grèce, mais dont le paiement n'avait point été jusqu'ici assuré, fera de nouveau retour à l'Empire. || Allant encore plus loin, le Gouvernement Impérial est prêt, dans le cas où la Grèce aurait conclu après la cession de la Thessalie quelque emprunt avec des capitalistes Européens, à en assumer une part correspondante aux revenus de cette contrée, part dont le service serait dévolu à l'Administration de la Dette Publique. ||

Quant à l'indemnité de guerre, la somme réclamée à ce titre par la Turquie ne saurait être considérée comme exagérée étant donnés les frais et les pertes que la guerre lui a occasionnés. En effet, les indemnités touchées à la suite des guerres qui ont eu lieu en Europe à différentes époques étaient toujours calculées sur les dépenses et dommages supportés par les parties victorieuses. Il suffit de jeter un coup d'œil sur le Budget de la Grèce pour se convaincre que si le Gouvernement Hellénique renonçait à l'entretien d'une armée et d'une flotte en disproportion avec les exigences de sa situation politique, ses ressources financières suffiraient amplement à faire face à ses engagements envers ses créanciers Européens et à payer l'indemnité demandée. || Du reste, comme la Grèce n'est et n'a jamais été menacée par aucune Puissance ni par terre ni par mer, l'entretien par elle de forces si considérables ne peut évidemment avoir d'autre but que celui de poursuivre systematiquement une politique agressive à l'egard de l'Empire Ottoman. || En ce qui concerne le renouvellement sur la base des principes du droit international des Traités entre la Turquie et la Grèce qui se trouvent abolis par suite de l'état de guerre, le Mémorandum de leurs Excellences les Ambassadeurs fait ressortir la nécessité de maintenir certains privilèges et immunités concédés aux Hellénes en vertu d'arrangements conclus avec les Grandes Puissances. || Comme cependant l'Acte International qui a confirmé l'indépendance Hellénique, dont en accordant aux deux Parties la faculté de s'entendre pour régler leurs relations de commerce et de navigation sur un pied de réciprocité, ne contient aucune clause accordant à la Grèce le traitement de la nation la plus favorisée, il est évident que ce droit ne lui revenait qu'en vertu du Traité de Canlidja qui, étant un Acte bilatéral, se trouve naturellement annulé par le fait de la guerre. || Or, le Gouvernement Hellénique et ses Consuls dans l'Empire ont

Nr. 11855. Türkei. 3. Juni 1897.

tellement abusé les faveurs qui leur avaient été accordées par le Traité de Canlidja et causé ainsi tant de préjudices aux droits et intérêts politiques et commerciaux de l'Empire et des sujets Ottomans, que le Gouvernement Impérial ne saurait aujourd'hui, afin de prévenir le retour de ces abus, renouveler le dit Traité que sur la base des principes du droit international conformément aux précédents existants. || Pour toutes ces considérations, le Gouvernement Impérial, confiant dans les sentiments de haute équité et de justice des Grandes Puissances et persuadé qu'elles voudront bien convenir de la légitimité de ses demandes et obliger le Gouvernement Hellénique à s'y soumettre, ce réglement étant le seul de nature à assurer le maintien de la paix générale et à établir une situation normale entre la Turquie et la Grèce.

Nr. 11856. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Kapitulationen.

Konstantinopel, 5. Juni 1897.

Nr. 11856. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

En ce qui concerne le renouvellement des Traités entre la Turquie et la Gréce, il résulte tant du Mémoire présenté aux Ambassadeurs que des déclarations verbales faites par son Excellence Tewfik Pacha, dans la séance tenue au Kiosk de Tophané le 3 Juin, 1897, que le Gouvernement Impérial entend subordonner le rétablissement de la paix avec la Grèce à la suppression des Capitulations pour les sujets Hellènes résidant en Turquie. || Dans l'opinion de la Sublime Porte le bénéfice des Capitulations résulterait seulement pour eux de l'insertion de la clause de la nation la plus favorisée au Traité de Canlidja du 27 Mai (6 Juin), 1855; le Traité étant d'après elle un Acte bilatéral, toutes ses dispositions se trouveraient annulées par le fait de la guerre, et les Ambassadeurs ne seraient pas fondés à les considérer comme des privilèges et immunités concédés aux Hellènes en vertu d'arrangements conclus avec les Grandes Puissances, arrangements que l'état de guerre entre la Turquie et la Grèce ne saurait affecter. || La théorie émise sur ce point par le Gouvernement Impérial Ottoman repose à la fois sur une inexactitude de fait et sur une méconnaissance du texte des accords internationaux qui ont depuis 1830 successivement réglé la situation du Royaume de Grèce à l'égard de la Turquie. || Tout d'abord, si les immunités résultant pour les Hellènes des Capitulations ne sont fondées que sur le Traité de Canlidja de 1855, comment se fait-il qu'ils en aient jamais joui pendant vingt-cinq ans, avant la signature de ce Traité, et que depuis la Proclamation de l'indépendance de la Grèce en 1830 jusqu'à cette date, le Gouvernement Impérial n'ait jamais songé à leur en contester l'usage? || C'est qu'en réalité ce n'est pas seulement par suite du Traité de Canlidja que les Hellènes résidants sur le territoire de l'Empire jouissent des Capitulations, mais bien en vertu des Actes Internationaux mêmes qui ont présidé à la fondation du Royaume Hellénique. || En

effet, le Protocole signé à Londres le 3 Février, 1830, par la Russie, la Grande-Bretagne, et la France, porte, dans son Article I, que— || „La Grèce formera un État indépendant et jouira de tous les droits politiques, administratifs et commerciaux attachés à une indépendance complète“, et ajoute dans son Article IV que— || „Les sujets des deux États (Turquie et Grèce) seront traités réciproquement sous le rapport des droits de commerce et de navigation, *comme ceux des autres États en paix avec l'Empire Ottoman et la Grèce.*“

Or, les Représentants des trois Puissances communiquèrent ce Protocole à la Turquie qui y adhéra le 24 Avril, 1830, et reconnut, ainsi que le disaient les trois Cours alliées, qu'elles avaient accordé au nouvel État une indépendance complète et tous les droits qui en dérivent. || Le Gouvernement Impérial est donc obligé de reconnaître que le droit des Hellènes au bénéfice des Capitulations dans l'Empire Ottoman est antérieur au Traité de Canlidja et rentre dans la catégorie des immunités concédées aux Grecs en vertu d'arrangements avec les Grandes Puissances sur lesquels l'état de guerre entre la Turquie et la Grèce demeure sans effet. || Du reste, alors même, ce qui n'est pas, que le Traité de Canlidja serait le seul titre que les Hellènes pourraient invoquer en faveur de leur droit aux privilèges découlant des Capitulations, il n'est pas douteux que les stipulations de cet accord lient la Turquie vis-à-vis d'autres Puissances que la Grèce. C'est à tort, en effet, que ce Traité est qualifié de convention bilatérale, car, s'il n'est revêtu que des signatures des Plénipotentiaires Ottomans et Hellènes, il n'en est pas moins vrai qu'il a été exclusivement négocié entre la Sublime Porte et les Représentants de la Grande-Bretagne et de la France, et que le Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Grèce ne fut appelé à y opposer sa signature que lorsque toutes ses dispositions eurent été arrêtées entre Fuad Pacha, Lord Stratford de Redcliffe et le Comte Benedetti. Les stipulations de ce Traité engagent aussi le Gouvernement Impérial envers les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de la France, et l'état de guerre entre la Turquie et la Grèce ne suffit pas à les faire tomber. || Des observations qui précèdent il résulte clairement que l'assimilation des Hellènes aux nationaux des autres Puissances Européennes découle non pas d'une Convention librement débattue entre la Turquie et la Grèce, mais de l'intervention directe des Puissances Garantes de l'indépendance du Royaume Hellénique. || Les Ambassadeurs des Grandes Puissances ne peuvent donc admettre la prétention du Gouvernement Impérial à déclarer les Capitulations abolies en Turquie pour les Hellènes depuis que les hostilités ont éclaté entre l'Empire Ottoman et le Royaume de Grèce. || Néanmoins, tout en considérant leur maintien comme fondé en droit et nécessaire pour l'avenir, les Ambassadeurs ne se refusent pas à examiner, d'accord avec son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères, si sur certains points une réglementation plus précise ne serait pas de nature à assurer l'irréprochable interprétation des Capitulations en ce qui concerne les Hellènes et à prévenir le retour des

Nr. 11856. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

difficultés qui ont pu parfois s'élever à ce sujet entre les autorités Impériales et les Consuls de Grèce en Turquie.

Nr. 11857. GROSSMÄCHTE. — Dieselben an Denselben. Denkschrift über die Höhe der Kriegsentschädigung. Griechische Finanzen.

Konstantinopel, 5. Juni 1897.

Nr. 11857. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

La seule base pour computer exactement les ressources dont dispose la Grèce pour le paiement d'une indemnité se trouve dans les chiffres qui représentent la situation financière de ce pays avant la guerre. || Tout calcul basé sur ces chiffres sera évidemment sujet à des modifications considérables quand les pertes causées par la guerre sont prises en considération. || Tout en tenant compte de cette réserve, le *revenu annuel moyen* (à l'exclusion de certaines contributions communales pour la Police et l'Instruction Publique) peut-être estimé à 91 000 000 drachmes. Les *dépenses moyennes* pour la même période sont:—

	Drachmes.
Frais généraux d'administration	45 000 000
Armée de terre et de mer	21 000 000
Service de la Dette Publique	21 500 000
Soit un total de	87 500 000

On considère qu'aucune diminution ne saurait être effectuée sur les dépenses pour l'Administration Générale et l'armée sans préjudice au maintien d'un Gouvernement stable. || Le budget pour l'armée et la marine est remarquablement modique si on le compare à celui d'autres pays; il prévoit l'emploi de la flotille de torpilleurs au service de la Police Douanière Maritime, ainsi qu'un corps de gendarmerie militaire, tout en maintenant un personnel de 15 000 hommes en temps de paix.

Dette Publique.

Le capital total de la dette avant la guerre était:—

	Drachmes.
Dette Permanente, or	624 135 000
„ „ papier	66 580 000
Dette Flottante, or	14 194 000
„ „ papier	118 800 000
Total	823 709 000

Un examen attentif des ressources disponibles pour la création d'un nouvel emprunt prouve que ces ressources ne sont que trois:—

	Drachmes.
1. Un surplus possible de revenu, évalué à . . .	3 000 000
2. Une augmentation de revenu que donnerait une administration plus efficace, évaluée à . . .	2 000 000
3. Consolidation de la dette ancienne et réduction d'intérêts sur les emprunts intérieurs au même taux que celui de la dette extérieure en or, évaluée à	2 000 000
Total	7 000 000

Il serait impossible de calculer le changement dans la situation par la guerre sans une enquête minutieuse sur les lieux; mais il est clair que l'on ne saurait compter pour le moment sur aucun revenu provenant de la Thessalie, et que le pays entier aura besoin que l'on surseoit à la perception des taxes pendant l'année courante. || Le montant du revenu à l'avenir dépendra en grande mesure de la rapidité avec laquelle on procédera à l'évacuation de la Thessalie, afin de permettre le retour de la population et le recommencement des travaux d'agriculture. || En résumé il resulte des études faites avant la guerre au moment où il était question de réorganiser les finances Helléniques que la Grèce ne pouvait affecter au gage d'un emprunt une ressource annuelle supérieure à 7 000 000 de drachmes, et encore la conclusion de cet emprunt était-elle subordonnée à l'établissement d'un certain contrôle étranger. || Depuis lors les charges de la guerre et les variations du change ont dû diminuer encore l'importance éventuelle de cette ressource. || Il est donc avéré dès à présent qu'une indemnité de 10 000 000 de livres ne pourrait être raisonnablement exigée de la Grèce, et il y a lieu d'examiner les bases sur lesquelles peut être fondée une demande pratiquement réalisable.

Nr. 11857. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

Nr. 11858. GROSSMÄCHTE. — Dieselben an Denselben. Denkschrift über die Grenzberichtigung. Abtretung Thessaliens abgelehnt.

Konstantinopel, 5. Juni 1897.

Son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères en posant comme première condition du rétablissement de la paix avec la Grèce la rétrocession de la Thessalie à la Turquie, a, dans son exposé, fait valoir à l'appui de cette demande, que les motifs qui avaient été mis en avant au Congrès de Berlin en faveur de l'augmentation du territoire de la Grèce ne se seraient pas trouvés justifiés par les événements postérieurs, et que les conditions auxquelles l'annexion de la Thessalie avaient été subordonnée n'ont pas été remplies par le Royaume. || Quant aux motifs, les Grandes Puissances sont d'avis qu'ils subsistent toujours, que de plus grandes difficultés encore auraient immanquablement surgi dans le cas où la rectification de frontière effectuée en 1881 n'aurait pas eu lieu, ou si l'état des choses antérieur était rétabli. Bien que des agitations se soient produites encore sur la frontière Gréco-Turque, et des infractions y aient été commises, cela n'a été que le contrecoup ou la conséquence d'autres évènements résultant de violations ou d'applications défectueuses des stipulations du Traité de Berlin connexes avec celles relatives à la Grèce. || Pour ce qui est des obligations rattachées à la cession territoriale qui a été faite au Royaume Hellénique, elles ne sont pas toutes de même nature. Si les charges pécuniaires assumées par la Grèce n'ont pas été exactement remplies par elle, tant par rapport aux Vakoufs que pour la part qui devrait lui revenir dans la dette Ottomane, cela constitue une question

Nr. 11858. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

Nr. 11858. Grofsmächte. 5. Juni 1897.

spéciale exclusivement financière, indépendante de considérations politiques et qui peut être réglée séparément, sans toucher aux principes supérieurs que les Puissances avaient en vue. Tandis que les obligations de nature administrative semblent avoir été scrupuleusement exécutées par le Royaume Hellénique; la liberté de conscience et une égalité absolue devant la loi forment le principe fondamental de la Constitution Grecque: des Députés Musulmans siègent dans la Chambre d'Athènes à l'égal des Chrétiens; les sujets Ottomans ont continué à posséder et à exploiter librement leurs propriétés en Thessalie, et si la prospérité de cette province ne s'est pas accrue dans la mesure que l'on pouvait espérer, c'est qu'une partie notable de la population Musulmane ne pouvant s'accommoder au régime d'un État Constitutionnel moderne, a émigré, privant ainsi le pays de cultivateurs. Mais là où les habitants sont restés, et notamment dans les villes, le progrès a été patent et la richesse a considérablement augmentée. || Enfin le Gouvernement Hellénique a pris des mesures énergiques pour la répression du brigandage sur la frontière, qui a, en effet, beaucoup diminué, et s'il n'a pas pu être entièrement extirpé, la faute n'en retombe certainement pas sur la Grèce seule. || Les Puissances estiment donc qu'il n'est point nécessaire de défaire l'oeuvre qu'elles avaient accomplie en 1881 pour garantir efficacement la sécurité et la tranquillité des provinces méridionales de l'Empire Ottoman en Europe. La mesure radicale qui est proposée ne ferait qu'y perpétuer une agitation dont les conséquences seraient désastreuses pour la Turquie et obligeraient à y entretenir en permanence des forces armées considérables. Tandis qu'il suffirait d'une rectification de frontière stratégique pour garantir le territoire de l'Empire de toute incursion de bandes armées et même décourager toute entreprise militaire dont, du reste, il y a tout lieu d'en être sûr, le Gouvernement Hellénique ne se laissera plus entraîner à tenter la répétition, après l'expérience malheureuse qu'il vient de faire avec de si désastreuses conséquences. || Les Ambassadeurs ont donc l'ordre de proposer que la rectification de frontière qui serait faite du côté de la Thessalie soit purement stratégique et se borne à laisser au pouvoir de la Turquie les points stratégiques dominants de manière à assurer la sécurité de son territoire contre des incursions de bandes armées ou de coups de main militaires.

Nr. 11859. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Beratung der Botschafter über die Kriegsentschädigung.

Constantinople, June 5, 1897, 8.30 P. M. (June 5.)

Nr. 11859. Grofsbritannien. 5. Juni 1897.

(Telegraphic.) || I have informed Mr. Egerton that the Ambassadors have not as yet come to any decision as to the amount of the indemnity, nor has any fixed sum been mentioned to the Turkish Government. The general opinion, however, is that it will not be possible to induce the Turks to accept

less than £ T. 4 000 000, as they declare that the expenses of the war and the losses they have sustained amount to the sum they originally claimed, namely, £ T. 10 000 000. || The Ambassadors have stated in reply that before the war the result of an inquiry held into the financial state of Greece showed that £ T. 7 000 000 was the utmost available for a loan, the amount of the indemnity must be regulated by the ability of the Greeks to pay, and not by the estimate of the Turkish losses, and consequently if this principle is accepted by the Turkish Government, we are ready to do our best to ascertain what annual surplus Greece can now possibly dispose of to provide for the raising of a loan for the indemnity.

Nr. 11859. Grofsbritannien. 5. Juni 1897.

Nr. 11860. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Kapitulationen und Kriegsentschädigung.

Constantinople, June 8, 1897, 7.10 P. M. (June 8.)

Nr. 11860. Grofsbritannien. 8. Juni 1897.

(Telegraphic.) || Tewfik Pasha stated at a meeting to-day, that as regards the frontier he was not yet in a position to make any communication. He accepted the Ambassadors' proposal that a report should be drawn up on the subject of the abuses of the capitulations by the Consular authorities of Greece, and it was agreed that a Delegate should be appointed by each of the Ambassadors for the purpose of examining the question in communication with the legal advisers of the Porte. || The Foreign Minister's language with reference to the indemnity was somewhat indefinite, but he was willing to take advantage of the offer we had made to ascertain the amount which could be obtained from Greece, and it was arranged that we should appoint specialists to report on the sum which Greece could set apart annually to pay for the interest of a loan, and on the mode of payment. || Specialists have been named by my French, German, and Austrian colleagues, and I have telegraphed to Athens for Major Law, who has already drawn up a report on the subject, which will form the basis of the investigation. I am sending your Lordship a copy of it.

Nr. 11861. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Grenzberichtigung in Thessalien.

Constantinople, June 12, 1897, 10.10 P. M. (June 13.)

Nr. 11861. Grofsbritannien. 12. Juni 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 8th instant, I have the honour to report that we held to-day the meeting which was postponed from the 10th instant. In reply to the Foreign Minister's inquiry whether we were prepared to submit to him a sketch of the line of frontier, as proposed at our second meeting (reported to your Lordship in my telegram of the 5th instant), we asked whether the Porte accepted the principle we had laid down. || His Excellency assented after some pressure, and authorized us

Nr. 11861. Grofsbritannien. 12. Juni 1897.

to telegraph to our respective Governments in the following terms: || "The principle of a purely strategic rectification is accepted by the Imperial Government." || On Monday we shall lay before the Foreign Minister a sketch already made by the Military Attachés, marking out a line by which no Greek village is ceded to Turkey. || Law left Athens to-day, and we expect the experts' Report on the indemnity on the 14th instant. || With regard to the Capitulations, we do not anticipate any difficulty. The Embassy Dragomans, in concert with the Porte, are dealing with the question.

Nr. 11862. GRIECHENLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in London. Protest gegen die Konfiskation der Güter thessalischer Flüchtlinge durch die Pforte.

Athènes, le 12 Juin 1897.

Nr. 11862. Griechenland. 12. Juni 1897.

(Télégraphique.) || J'ai l'honneur de vous informer qu'il m'est parvenu à l'instant une Proclamation officielle d'Enver Pacha, Gouverneur Civil et Militaire de Volo, et de ses environs, publiée à Volo, et conçue dans ces termes: || "D'ordre du Gouvernement Impérial Ottoman, les biens mobiliers et immobiliers de tous ceux qui sont partis de Thessalie et sont réfugiés ailleurs, et qui ne reviendraient pas dans leurs foyers dans le délai de quinze jours, à partir d'aujourd'hui, seront confisqués par l'Etat Ottoman." || Le Gouvernement Royal proteste de la façon la plus énergique contre cette mesure qui, arbitraire en elle-même et injustifiable de tout temps, prend le caractère d'une oppression intolérable après le traitement odieux que nombre de ceux qui n'ont pas quitté le pays subissent tous les jours entre les mains des troupes Turques. || Veuillez donner lecture de la présente à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères et en laisser copie. Scouloudis.

Nr. 11863. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Kapitulationsfrage.

Constantinople, June 15, 1897, 10 P. M. (June 16.)

Nr. 11863. Grofsbritannien. 15. Juni 1897.

(Telegraphic.) || In accordance with the arrangement made at our meeting of the 8th instant, reported to your Lordship in my telegram of the same date, a plan was drawn up by the Dragomans of the Six Embassies, in concert with an official of the Ministry for Foreign Affairs, for reforming the abuses of the Capitulations by the Greek Consular authorities, a list of which was furnished by the Porte. On the 12th instant it was agreed with Tewfik Pasha that the Dragomans should formally discuss this plan with the legal advisers of the Porte with a view to coming to a final agreement on the subject. At the meeting, however, which was held accordingly at the Porte

on the 14th instant, the proposed remedies were declared insufficient by the legal adviser, who expressed his opinion that it was only by the suppression of the Greek capitulations that the evil could be eradicated. || The Porte, he added, was still undecided as to the course it would pursue, and was unwilling to accede to the proposal of the Ambassadors. If it ever did so, then would be the time to appoint a Commission of experts, but it was useless to discuss the reform of abuses until the principle was decided upon. The meeting thereupon came to an end. || We had been led by Tewfik Pasha's language to believe that the matter was practically settled, and it bodes ill for the progress of the negociation on other points that a plan drawn up in concert with a Turkish official should have been suddenly repudiated in this manner. || The Dragomans who visited the Foreign Minister to-day report that his Excellency's language was unsatisfactory as regards the frontier.

Nr. 11863. Grofsbritannien. 15. Juni 1897.

Nr. 11864. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Bericht über die Zustände in Thessalien.

Constantinople, June 17, 1897, 8 P. M. (June 18.)

(Telegraphic.) || I have received the following telegram from Mr. Eliot, through Her Majesty's Vice-Consul at Volo, under date yesterday: || "Owing to the threat of confiscation of all property belonging to absentees, the Greek population, which had quitted the districts of Larissa and Tirnavo, is beginning to return, though very gradually. Crops are not actually injured, through, for lack of labour, they will be practically lost. The farms have been burnt for the most part, and there has been a good deal of pillage in the towns. || From what I am able to learn it is agreed on all hands that no outrages have been committed hereabouts, but it is reported that Domoko, Pharsala, and Velestino have suffered. || With regard to the calculations made regarding indemnity, it appears to me that this year Thessaly will not be able to produce any money at all."

Nr. 11864. Grofsbritannien. 17. Juni 1897.

Nr. 11865. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die türkischen Militärs über die Grenzfrage.

Constantinople, June 21, 1897, 10.15 P. M. (June 22.)

(Telegraphic.) || The Foreign Minister stated, at the meeting to-day, that as regards the frontier-line, the Turkish military experts hold that the portion lying to the west of Tirnavo fulfilled the necessary strategical conditions, but o the east of that point they did not consider that it offered the positions required for stopping brigandage. Tewfik Pasha therefore proposed that to the east of Tirnavo the line should follow the Rivers Xerias and Peneus to the sea, an arrangement under which Turkey would acquire a number of

Nr. 11865. Grofsbritannien. 21. Juni 1897.

Nr. 11865. Grofsbritannien. 21. Juni 1897.

towns and villages. The Foreign Minister's argument being based entirely on strategical considerations, we proposed, without holding out any hope that his line will be adopted, that the military experts on both sides should meet and discuss the strategical question to-morrow. His Excellency agreed. || A fresh proposal about the Capitulations was made by the Foreign Minister to-day. It may serve as the basis for a settlement, with modifications. || Our next meeting is fixed for the 24th instant.

Nr. 11866. GROSSBRITANNIEN. — Der Untersuchungskommissar in Thessalien an den Botschafter in Konstantinopel. Bericht über die Zustände bei Pharsalos.

Pharsala, June 23, 1897.

Nr. 11866. Grofsbritannien. 23. Juni 1897.

Dear Sir Philip, || we arrived here yesterday from Larissa, and propose to go on to Domoko in an hour or two. || Since writing to you, we visited the villages directly east of Larissa. In this part nothing has been touched, and the inhabitants have not fled. This is probably due to the fact that the district is out of the line followed by the flight of the Greek and the advance of the Turkish army. Several things seem to indicate that the flight of the country-people was mainly occasioned by the disorderly retreat of the Greek troops, and that where they were left to themselves there was less panic. || The district of Pharsala is in a worse condition than that of Larissa. The Kaïmakam, an Albanian civilian sent from Prisrend, says that out of fifty-four villages only fifteen contain any inhabitants, and those not many. Contrary to the express statements made to me, which I telegraphed to your Excellency, Pharsala has not been burnt. On the contrary, it is almost uninjured, as the battle took place a considerable distance from the town on some low hills which rise in the plain just north of the railway. This shows how careful one must be in accepting statements as to the amount of damage done. Hardly any of the Greek population have returned, and the place is almost exclusively inhabited by Albanian troops. || The villages on the road from Larissa to Pharsala present a melancholy spectacle. They were abandoned by their inhabitants, and every article of furniture has been broken or carried away. The churches have been burnt, and were evidently wilfully profaned. In one church (Bagratscha), where some frescoes remained on the stone walls, the faces had their eyes put out, and were otherwise disfigured. Several houses had also been burnt, and in three villages (Bagratscha, Demeljik, and Karademerji) we saw houses still burning. This must have been done subsequently to the original pillage (which no doubt took place soon after the flight of the Greeks), and it is hard to see what its reason can have been except a desire to destroy. We found the village in question occupied by a few soldiers from Anatolian regiments, who were doubtless responsible for the outrage. I have informed the Kaïmakam here of the matter, and he has

promised to look into it. Like all the officials, he seems genuinely anxious to restore order, and to induce the peasantry to return. The order for the confiscation of the property of absentees will probably not be executed, and will become in practice much like the order for the expulsion of Hellenic subjects from Turkey which gave so much trouble. || It is said that the French Consul at Volo procured the suspension of the order, but it is not clear that the local authorities have been warned it is cancelled. The crops are being cut in this part. Where there are no inhabitants the Government take everything. Where the Greeks have returned they are allowed half, and the other half is bought by the Government with promissory notes.

Nr. 11866. Grofsbritannien. 23. Juni 1897.

C. N. E. Eliot.

Nr. 11867. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verhandlungen der Botschafter mit der Pforte über die Höhe der Entschädigung.

Constantinople, June 28, 1897, 10.10 P. M. (June 29.)

(Telegraphic.) || I informed my colleagues at the preliminary meeting of Ambassadors this afternoon of the instructions, respecting the frontier, which are contained in your Lordship's telegram of yesterday. || It was agreed that we would press the Foreign Minister with a view to obtaining on these points more definite replies than have been hitherto given. || His Excellency, at the subsequent meeting, formally proposed the sum of £ T. 5 000 000 as the sum at which the indemnity should be fixed. He was told, in reply, that according to our information £ T. 4 000 000 was the utmost sum which could be raised by Greece, and we declined to exceed that figure. || We went on to discuss the frontier-line, and pointed out that it was futile for the military experts to meet unless definite instructions had been previously given on both sides. || We handed to Tewfik Pasha a paper embodying in a more formal shape the substance of the Memorandum which is given in my telegram of the 24th instant, and his Excellency promised to submit it to the Council of Ministers, and to let us know the result. || In the event of a favourable reply, the Military Attachés and the Turkish experts will again meet, and our further discussions will be founded upon the Reports, which will be drawn up on both sides. || The Foreign Minister is preparing, as he informs us, a draft of Treaty for our concurrence. As soon as we have agreed upon the principal points the draft can be filled in. || He told us that the Article respecting the Capitulations would be based on our proposals, of which I had the honour to inform your Lordship in my telegram of the 19th instant. || The outlook to-day was more promising on the whole, owing, perhaps, to the answers which have come in to the Turkish Circular. || By Thursday, which is fixed for our next meeting, we hope that the Reports of the military experts will be completed.

Nr. 11867. Grofsbritannien. 28. Juni 1897.

Nr. 11868. **GROSSMÄCHTE.** — Denkschrift der Militärbevollmächtigten in Konstantinopel über die Grenzberichtigung.

Konstantinopel, 10. Juni 1897.

Nr. 11868. Grofsmächte. 10. Juni 1897.

La nouvelle ligne-frontière projetée entre la Turquie et la Grèce, commençant à l'embouchure du Palopotamos et passant par le Karalik Derbend pour remonter à la crête des versants sud de l'Olympe, sur tout le parcours, jusqu'au fleuve Xerias, dessine en faveur du Gouvernement Ottoman les positions topographiques suivantes ayant une grande importance au point de vue des avantages stratégiques. || La passe de Karalik Derbend, les hauteurs de Aegani, de Sopoton, de Pnakia, et d'Analipsis, le versant sud d'Analipsis, jusqu'à une distance de 500 mètres environ de la ville de Nézéros, appartiendra à la Turquie, présentant l'avantage de dominer entièrement la vallée de Nézéros. Pendant la première période de la guerre les hauteurs d'Analipsis et de Pnakia auraient pu avoir une importance capitale à l'avantage des Hellènes, si ces derniers avaient su en profiter. || Les versants sud des hauteurs de Tabouria, Godamon, Psilorachi, la passe de Meluna, les hauteurs de Papalivado et de Kritiri sont indiqués par la nouvelle ligne-frontière en faveur du Gouvernement Ottoman. L'importance de ces positions a été démontrée par les récentes batailles; l'ancienne ligne-frontière passant par la crête de ces hauteurs, l'avantage de la défensive et de l'attaque était entièrement aux Hellènes. La nouvelle ligne cède à la Turquie non seulement la crête des hauteurs énumérées plus haut, mais aussi tout le versant sud, ce qui rend à l'avenir les positions militaires du côté de la Turquie, dominantes sur toutes les positions opposées. Du reste, la partie de la frontière de la Mer d'Égée à Tirnavos qui offrait, avec l'ancien tracé, une série d'excellentes positions tactiques pour l'armée Hellène, avec le nouveau tracé n'en offrirait aucune sur tout le parcours de la rive gauche du Pénée, la Vallée de Larisse demeure, par conséquent, entièrement sans défense. || A partir du point où l'ancienne frontière traverse le fleuve Xérias, la nouvelle ligne descend directement au sud, traverse le fleuve Salamvria et continue à descendre au sud pour laisser à la Turquie tout le défilé de Kalamaki avec les deux rives du fleuve et remonter ensuite sur les hauteurs de Zarkos, dessinant toujours le versant sud des hauteurs de Zarkos et de Kutra en faveur de la Turquie. Ici encore la cession d'une superficie de 89 kilom. carrés environ présente au Gouvernement Ottoman les avantages extrêmement importants de dominer sur les hauteurs de Sidéropoluki Gunica et Kutra, toute la vallée de Larisse, et de posséder tout le défilé de Kalamaki. || Entre Zarkos et la hauteur de Bozovo la nouvelle ligne-frontière descend de la crête des chemins d'Oxya et Chassia, sur leurs versants sud, présentant toujours les mêmes avantages à la Turquie de dominer les positions opposées à la Grèce. || Enfin, de Bozovo à Dokimi, la nouvelle ligne-frontière annexe à la Turquie une superficie d'environ 116 kilom. carrés, embrassant l'importante chaîne des montagnes du Lakuron avec la

hauteur Zygos, le point le plus élevé de toute la région. Le nouveau tracé offrirait au Gouvernement Ottoman l'énorme avantage militaire de pouvoir par sa position dominante s'assurer à l'avenir la possession à l'abri de toute attaque de Bozovo, point stratégique excessivement important pour la Turquie, car il forme la seule route existante, donnant à l'ennemi l'accès de l'Épire sur Janina de la vallée de Kalabaka, et sert en même temps de point de jonction sur la route la plus courte entre la Thessalie et l'Épire par Krania et Milia. Il est à noter qu'au début des hostilités, l'armée Grecque a commencé l'attaque de la ligne-frontière par un mouvement offensif sur Milia et Krania. || En outre, la position stratégique des hauteurs de Zygos donnant à la Turquie tous les avantages de la défensive, lui présente en même temps de réelles facilités pour l'offensive, car à l'avenir tout mouvement des colonnes Turques descendant dans la vallée de Kalabaka, sera facilité par les conditions topographiques de cette région, si importante au point de vue stratégique.

Nr. 11868. Grofsmächte. 10. Juni 1897.

Nr. 11869. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter der Grofsmächte an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Kapitulationen.

Konstantinopel, 19. Juni 1897.

Les privilèges et immunités dont les Hellènes jouissaient avant la guerre seront maintenus sous les réserves suivantes:— || 1. Il sera inséré dans le Traité de Paix une clause stipulant que la Turquie et la Grèce signeront, en ce qui concerne les questions de nationalité contestée, une Convention ayant pour base celle qui est intervenue en 1876 entre la Sublime Porte et la Légation Hellénique à Constantinople et qui n'avait pas été ratifiée. || 2. En dehors du Traité de Paix, les deux Gouvernements signeront une Convention ayant pour but de régler les rapports entre les Consulats de Grèce et les autorités judiciaires Ottomanes. || Cette Convention établira les mesures jugées nécessaires pour que les dits Consulats ne puissent entraver le cours régulier de la justice et porter atteinte aux droits et aux intérêts des sujets Ottomans dans leurs différends avec les sujets Hellènes. || 3. Les deux Conventions cidessus mentionnées seront conclues dans un délai de trois mois, à partir de la signature des préliminaires de paix. || 4. Dans le cas où des divergences de vues viendraient à se produire lors de la négociation des dites Conventions, les deux Gouvernements intéressés choisiront chacun un Arbitre parmi les Puissances Médiatrices, lesquelles en cas de désaccord en choisiront un troisième pour les départager. || La décision arbitrale qui interviendra sera obligatoire pour les deux Gouvernements.

Nr. 11869. Grofsmächte. 19. Juni 1897.

Nr. 11870. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Denkschrift über die Notwendigkeit, die Kapitulationsbestimmungen abzuändern.

Konstantinopel, 19. Juni 1897.

Nr. 11870. Türkei. 19. Juni 1897.

La note des Puissances Médiatrices relativement au maintien du régime des Capitulations en faveur des sujets Hellènes résidant en Turquie s'appuie, en substance, sur les deux points suivants qu'il importe d'examiner attentivement. || Les Puissances Médiatrices pensent en effet:— || 1. Que le droit des Hellènes au bénéfice des Capitulations dans l'Empire Ottoman est antérieur au Traité de Canlidja, et rentre dans la catégorie des immunités concédées aux Grecs en vertu d'arrangements avec les Grandes Puissances sur lesquels l'état de guerre entre la Turquie et la Grèce demeure sans effet; et 2. Que l'assimilation des Hellènes aux nationaux des autres Puissances Européennes découle non pas d'une Convention librement débattue entre la Turquie et la Grèce, mais de l'intervention directe des Puissances Garantes de l'indépendance du Royaumé Hellénique. Le premier point constitue une assertion qui ne paraît pas être conforme à la réalité des choses. Depuis 1832, date de la formation du Royaume Hellénique jusqu'à l'année 1855, c'est-à-dire à la conclusion du Traité de Canlidja, la situation des Hellènes en Turquie et des Ottomans en Grèce a dû être fort mal définie et faire l'objet de réclamations et de plaintes des deux Parties. D'une part les Tribunaux Civils et de commerce n'étaient pas encore institués pour que les Hellènes aient dû jouir de fait de l'assistance Consulaire, et d'autre part, les Consulats Ottomans et Hellènes tardaient d'être érigés dans les pays respectifs faute d'entente au sujet de leurs attributions, qualités, honneurs, et privilèges. Nombreuses sont les preuves à l'appui de ce fait. Il suffira de rappeler que le Code de Commerce Ottoman n'a été promulgué qu'après 1855, et que l'organisation des Tribunaux de commerce a eu lieu en 1860, et que le Code de Procédure Commerciale date de 1862. Antérieurement à ces lois les affaires civiles étaient retenues par les Kadis et les affaires commerciales étaient de la compétence du chef des négociants Bératlis et des Wékils commerciaux sans Juges Assesseurs étrangers, et souvent même sans assistance Consulaire. || En tout cas, soit parce que la nationalité Hellénique était en principe contestée à tous ceux qui originèrent de la nouvelle Grèce continuaient cependant d'habiter l'Empire et étaient par conséquent traités comme Ottomans, soit aussi parce qu'aucun Firman de privilège, aucun Édit n'avait été octroyé en leur faveur pendant cette période transitoire, les Hellènes ont dû relever directement des autorités Ottomanes jusqu'à ce que le Traité de Canlidja ait eu à régulariser leur situation. On trouvera des éléments convainquants en faveur de cette présomption dans le fait que les Grecs ont été alors assujettis aux impôts à l'instar des nationaux, ce dont ils se sont plaints itérativement; et aussi dans les difficultés qui ont surgi maintes fois lors des négociations du Traité de

Canlidja par rapport aux privilèges sollicités par eux. || Au surplus, il n'est pas exact que les Puissances Garantes aient eu l'intention, et la volonté de faire bénéficier les Hellènes du régime privilégié des Capitulations. Dans les Actes qui ont précédé ou suivi la création du Royaume de Grèce, elles ont eu soin de stipuler en faveur de celui-ci une indépendance complète avec tous les droits qui en dérivent; elles ont déclaré lui laisser, ainsi qu'à la Turquie, la faculté de déterminer leurs rapports commerciaux et maritimes à base de réciprocité, et d'établir des Consulats dans les pays respectifs, et malgré la demande du côté Ottoman elles se sont même abstenues de s'occuper de l'extradition réciproque des criminels par crainte d'empiéter sur les droits de l'indépendance du nouvel État. Nulle part donc dans les dits Actes, Traités, Arrangements, ou Protocoles elles n'ont spécifié que la Grèce aurait le droit de jouir du régime privilégié des Capitulations, et partout, au contraire, elles ont reconnu qui'l appartiendrait seul aux deux Parties intéressées de régler entre eux les bases définitives de leurs relations futures. || Cependant, à l'appui de leur manière de voir les Puissances Médiatrices croient devoir invoquer maintenant l'Article IV du Protocole de Londres du 3 Février, 1830, qui dispose que "les sujets des deux États seront traités réciproquement sous le rapport des droits de commerce et de navigation comme ceux des autres États en paix avec l'Empire Ottoman et la Grèce." || Au fond cette disposition n'ajoute rien de particulier à la discussion. En effet, indépendamment de la teneur même de cet Article IV, qui n'a trait qu'aux droits de commerce et de navigation, et non au régime Consulaire des Capitulations, le Protocole susmentionné dans son ensemble n'était qu'une proposition à communiquer à la Porte Ottomane. || Celle-ci y ayant donné son assentiment le Protocole en question a fait place à un nouvel Acte et l'Arrangement bilatéral du 21 Juillet, 1832, dont l'Article VIII dispose qu'il est laissé aux deux Parties, soit à la Turque et à la Grèce, la faculté de régler par un Traité leurs rapports de commerce et de navigation à la base réciproque; il s'ensuit que les trois Puissances Médiatrices ont voulu non seulement ne pas imposer ni préconiser le régime des Capitulations au profit des Hellènes, mais encore elles ont désiré que le Traité de Commerce fût conclu directement entre les Parties à base de réciprocité. || Faut-il ajouter qu'à cette époque l'Europe admettait déjà le principe de l'abolition graduelle des Capitulations, et promettait de conclure de nouveaux Actes plus en accord avec le régime du droit public moderne (*vide* Protocole du Congrès de Paris de 1856)? Et faut-il aussi rappeler que la Sublime Porte n'avait pas encore à cette époque à sa disposition les juridictions nécessaires pour appliquer les règles du droit international aux sujets Hellènes en Turquie? Ce sont là sans doute les véritables considérations qui ont permis d'introduire dans le Traité de Canlidja que les sujets Hellènes pourraient bénéficier du traitement privilégié appliqué aux sujets Européens résidant en Turquie.

Le deuxième point de la note des Puissances Médiatrices, à savoir que

Nr. 11870. Türkei. 19. Juni 1897.

le Traité de Canlidja est la résultante de l'intervention directe des États Garants de l'indépendance du Royaume Hellénique, ne paraît pas, au point de vue du droit pur, comporter l'importance qu'on veut lui attribuer. || Sans vouloir méconnaître la haute valeur de l'intervention des Grandes Puissances qui parfois, sur la demande même de la Sublime Porte, s'est produite dans les Actes Internationaux la concernant, on ne peut se refuser d'observer qu'en l'espèce cette intervention ne s'est pas exercée sur une très grande échelle, et avec la portée qu'on lui prête. Les archives de la Sublime Porte sont muettes sur la part qu'ont prise l'Angleterre et la France dans la conclusion du Traité de Canlidja. Que ces deux Puissances amies et alliées de la Turquie aient pris connaissance du projet du dit Traité, qu'elles aient même donné quelques conseils et avis pour la prompte solution des différends existants, il n'y a là rien qui puisse paraître improbable. Mais vouloir attribuer à ces conseils, voire même à la médiation—si jamais médiation a existé—un caractère contractuel, et en déduire des droits de participant dans un Traité, cela ne pourrait guère s'accorder avec les principes et les précédents internationaux. Les droits et les obligations naissent avec des contre-parties, et pour qu'on puisse les présumer existants, il faut qu'ils se fondent sur des données autres que celles se résumant en des conseils des intéressées. || D'ailleurs, les trois Puissances en créant le Royaume Hellénique ont à plus d'une reprise solennellement déclaré que cet État jouirait d'une indépendance absolue, et par cette affirmation elles se sont refusées tout droit de garantie ou d'intervention positive dans un sens strict. Aussi le Traité de Canlidja a-t-il été un Acte bilatéral directement conclu entre la Turquie et la Grèce et les divergences résultant de l'application de ses dispositions sont-elles restées exclusivement dans le domaine seul des relations des deux Parties Contractantes. || La haute autorité dont sont revêtues à juste titre les décisions des Grandes Puissances permet d'invoquer à ce propos les stipulations même du Congrès de Berlin relativement à la Roumanie, à la Serbie, et au Monténégro dans la question du traitement à appliquer à leurs ressortissants voyageant ou séjournant en Turquie. || L'illustre assemblée qui a alors erigé les susdits pays en États indépendants n'a pas hésité à statuer que pour les sujets Roumains le régime privilégié serait tout provisoire en attendant la conclusion d'une Convention Consulaire, et que les Serbes et les Monténégrins seraient traités en Turquie suivant les principes généraux du droit international. || Il est donc permis d'inférer de ce qui précède que du moment qu'il est reconnu et avéré que la Grèce depuis 1855 a abusé du régime des Capitulations, qu'elle en a fait usage au détriment des populations Ottomanes de l'Empire, et que, pour l'avenir, elle ne peut offrir aucune garantie efficace à ce sujet, soit par les qualités négatives même de son personnel Consulaire, déjà habitué depuis nombre d'années à l'application irrégulière et abusive des privilèges en question, soit par la tendance naturelle que les Consuls Helléniques ne manqueront pas d'avoir en vue de s'ingérer dans les affaires contentieuses afin d'étendre leur

propre influence sur les populations de race Grecque de l'Empire, il est permis d'inférer—disons-nous—que les Puissances Médiatrices, dans leurs sentiments de haute équité, voudront bien reconnaître qu'il n'y a pas de motif sérieux à l'heure qu'il est pour faire admettre au profit des sujets Hellènes un régime différent de celui appliqué déjà avec succés et la régularité voulue aux sujets Serbes, Monténégrins, et à quelques autres étrangers dans l'Empire à la base des règles du droit international moderne de l'Europe.

Nr. 11870. Türkei. 19. Juni 1897.

Nr. 11871. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel. Vorschläge für eine neue Abkunft über die Kapitulationen.

Konstantinopel, 21. Juni 1897.

Nr. 11871. Türkei. 21. Juni 1897.

La Notice remise par les Ambassadeurs des Six Grandes Puissances relativement à la question du renouvellement des Traités entre le Gouvernement Impérial et la Grèce, commence par un exposé de principe établissant le maintien intégral des privilèges et immunités dont les sujets Hellènes jouissaient avant la guerre. En dehors de la question de principe qui avait amené le Gouvernement Impérial à déclarer son intention de ne pas renouveler les dits priviléges et immunités, l'impossibilité évidente de mettre un terme aux abus systématiques des privilèges Capitulaires par les Consulats Helléniques, était un fait digne d'attirer l'attention bienveillante des Puissances Médiatrices sur la nécessité le remédier à un état de choses si préjudiciable aux intérêts Ottomans. Toutefois, dans le cas où l'on désirerait assurer aux sujets Helléncs la jouissance de certains avantages découlant des Capitulations, il serait plus équitable et plus conforme au but de justice poursuivi par les Grandes Puissances, de trouver une solution intermédiaire qui, tout en laissant à la Grèce certains avantages, soit de nature à sauvegarder les intérêts Ottomans contre les empiètements systématiques des autorités Consulaires Helléniques. MM. les Ambassadeurs préconisent, dans ce but, l'idée du maintien intégral des privilèges Capitulaires en faveur des Hellènes, à la condition de la signature entre les deux États d'un Convention ayant pour but de régler les rapports entre les Consulats de Grèce et les autorités judiciaires Ottomanes. D'après la Notice de MM. les Ambassadeurs cette Convention établira les mesures jugées nécessaires pour que les dits Consulats ne puissent entraver le recours régulier de la justice et porter atteinte aux droits et intérêts des sujets Ottomans dans leurs différends avec les sujets Hellènes. || On na qu'à étudier de près les diverses difficultés et questions qui surgissent de certains privilèges, tels que l'assistance du Drogman et des membres étrangers, la signification des actes judiciaires et des assignations, les recherches domiciliaires, l'exécution des jugements, &c., pour se former une idée de la difficulté, voire même de l'impossibilité qu'il y aurait à trouver des moyens efficaces

Nr. 11871. Türkei. 21. Juni 1897.

pratiques pour mettre fin aux abus, tout en maintenant les privilèges dans leurs intégralité. En revanche, il serait beaucoup plus convenable de maintenir intactes les immunités et privilèges où les intérêts Ottomans ne seraient directement pas en cause, comme procès entre nationaux Hellènes ou entre Hellènes et autres étrangers, affaires de succession et autres, et de les supprimer complètement quand ils sont en relation directe avec des intérêts Ottomans et de nature à les menacer sérieusement. Comme il n'est pas probable que le Gouvernement Hellénique se départisse d'une ligne de conduite tracée en connaissance de cause, cette solution serait plus en conformité des vues bienveillantes de MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances et de leur désir sincère de sauvegarder les intérêts Ottomans contre l'attitude abusive des autorités Consulaires Hellèniques. Cette Convention devant énumérer les privilèges qui sont à maintenir et ceux qui ne devront pas subsister, il serait juste d'y traiter des priviléges personnels des Consuls et de mettre un terme à l'inégalité flagrante qui existait avant la guerre entre les Consuls Ottomans en Grèce et les Consuls Hellèniques en Turquie en ce qui concerne leurs immunités et exemptions personnelles sans nuire, bien entendu, aux privilèges qui seraient expressément renouvelés en faveur des sujets Hellènes. || En vertu de cette Convention, il y aurait lieu de conclure avec la Grèce une Convention de Commerce et de Navigation à la base d'une reciprocité parfaite de traitement. Cette seconde Convention pourra aussi régler la question trés importante de la contrebande dans l'Archipel et servir de base pour le renouvellement des relations postales entre les deux pays. || Quant à la question des nationalités, il y aurait certainement lieu de conclure avec le Gouvernement Hellénique une Convention spéciale à ce sujet. Ainsi que la Notice susdite de M.M. les Ambassadeurs le précise, on pourrait prendre pour base de cette entente celle non ratifiée de 1876, mais à la condition de prendre en considération les reserves formulées alors sur nombre des nationalités contestées ainsi que sur quelques autres points, et de subordonner sans restrictions les changements de nationalité survenus après 1869 à la Loi Ottomane des nationalités. || Les paragraphes 3 et 4 de la Notice des Ambassadeurs témoignent du désir sincère qu'ils ont de voir conclure au plus vite possible les Conventions en question. Seulement, comme il est à présumer que le Gouvernement Hellènique cherche par tous les moyens en son pouvoir à entraver les négociations dont le but évident est de restreindre ses droits et immunités et d'empêcher les abus commis par ses agents, il serait plus conforme au but visé de sanctionner d'un manière efficace l'obligation d'arriver à une entente. Ainsi il y aurait lieu de stipuler: — || 1. Que jusqu'à la conclusion de la Convention concernant les affaires Consulaires et judiciaires, les Consuls et les sujets Hellènes dans l'Empire soient traités d'après les principes généraux du droit public Européen et non d'après le systéme des Capitulations. || 2. Que jusqu'à la conclusion d'une Convention de Commerce et de Navigation chacun des deux Parties ait le droit de soumettre le commerce de l'autre à un Tarif

spécial; et || 3. Que jusqu'à la conclusion d'une Convention sur l'indigénat Hellénique, ceux dont la nationalité Hellénique est contestée soient traités comme sujets Ottomans.

Nr. 11871. Türkei. 21. Juni 1897.

Nr. 11872. **GROSSMÄCHTE.** — Zweite Denkschrift der Militärbevollmächtigten in Konstantinopel über die Grenzberichtigung. Vgl. Nr. 11868.

Nr. 11872. Großmächte. 22. Juni 1897.

Les Attachés Militaires d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie, et de Russie, se sont réunis sur l'invitation de leurs Ambassadeurs respectifs pour étudier encore une fois le tracé de la nouvelle frontière entre la Grèce et la Turquie, qu'ils avaient proposé dans leur réunion du 10 Juin, ainsi que les contre-propositions du Gouvernement Ottoman. || Leurs conclusions sont les suivantes:— || 1. La ligne-frontière projetée offre à la Turquie tous les avantages qu'elle peut désirer au point de vue tactique pour sa défense. Elle lui donne en outre dans le cas de l'offensive, la possession de tous les débouchés qui conduisent en Thessalie. || 2. L'importance de cette ligne serait encore augmentée au point de vue stratégique et tactique par la cession éventuelle de la plaine du Lac de Nézéros en partant du sommet d'Analipsis Rapsaniotikos pour aboutir à la hauteur de Kokinopetra. La cession de la région du Lac de Nézéros donnerait à la Turquie les hauteurs d'Analipsis, Sopoto, Pictalo, Kokinopetra, qui commandent les versants sud de la chaîne de l'Olympe jusqu'à la Vallé du Pénée. Elle assurerait en outre à la Turquie l'entrée et le débouché de la route de Koskieuy (Karya) à Nézéros, Derclé, et Larisse. || 3. Cette cession éventuelle comprendrait un territoire ayant une superficie d'environ 50 kilom. carrés. || 4. Le Gouvernement Ottoman désirerait faire descendre la ligne de frontière sur les lignes du Pénée et du Xérias jusqu'à Tirnavo. || Les Attachés Militaires estiment que l'abandon de la plaine au nord du Xérias, n'ajoute rien aux avantages stratégiques et tactiques données à la Turquie par le tracé qu'ils ont déjà proposé. Cet abandon présenterait même certains inconvénients, notamment celui de rendre le passage de la frontière plus facile aux bandes qui pourraient tenter de pénétrer sur le territoire Ottoman. Il serait facile à ces bandes de franchir une rivière sans importance, il est au contraire assez difficile de gravir les pentes sud des derniers contreforts de l'Olympe pour franchir la nouvelle frontière. || 5. En dehors de tous les avantages assurés à la Turquie par le nouveau tracé, les Attachés Militaires attirent l'attention de M.M. les Ambassadeurs sur les avantages que donnent aux Turcs la possession des hauteurs situées sur la rive droite du Salamvrios, à l'ouest de Gunitza; elle leur assure les défilés de Kalamaki et du Kérias et met les Grecs dans l'impossibilité complète de défendre la Vallé du Salamvrios et la ville de Larisse. || 6. Par consequent, les Attachés Militaires estiment d'un avis unanime qu'aucun changement ne devrait être apporté dans

Nr. 11872. Grofsmächte. 22. Juni 1897.

la nouvelle ligne-frontière, comprenant la plaine de Nézéros, et qu'au point de vue militaire les propositions du Gouvernement Ottoman ne sont nullement fondées.

Constantinople, le 22 Juin, 1897.

(Signé) Colonel Peschkoff.
Lieutenant-Colonel v. Trombi.
Lieutenant-Colonel Baron Giesl.
Capitaine Dupont.
Capitaine Mengen.

Nr. 11873. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Ansicht der deutschen Regierung über die Kriegsentschädigung und griechische Finanzkontrolle.

Berlin, July 2, 1897. (July 5.)

Nr. 11873. Grofsbritannien. 2. Juli 1897.

My Lord, || I have the honour to report that, in conversation this morning with Baron von Rotenhan, his Excellency alluded to the peace negotiations which were still proceeding at Constantinople. He stated that, although the progress was slow, there was now some hope that they would lead to a satisfactory result, and the German Ambassador had reported that he was in hopes that they would terminate in two or three weeks. He did not anticipate any serious difficulty with regard to the frontier, and the Turks would, no doubt be induced to accept an indemnity of 4 000 000 l., which, in the opinion of the financial experts, would be within the capabilities of Greece to pay. The question of the Capitulations might also be settled in principle, leaving the details to be settled by a Convention between Turkey and Greece. It was possible that some difficulty might arise on this point, and also in securing the consent of Greece to a financial control. || This gave me the opportunity of asking Baron von Rotenhan whether any definite proposals had been made with regard to financial control. His Excellency replied that he was not aware that any definite proposals had been formulated, but that it was evident that Greece would be compelled to consent to some form of control, without which it would be impossible for her to raise the loan which she would require.

Nr. 11874. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Frage der Räumung Thessaliens.

Constantinople, July 3, 1897, 3.45 P. M. (July 3.)

Nr. 11874. Grofsbritannien. 3. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 1st instant, I have the honour to report that the Ambassadors received a visit yesterday from the Foreign Minister, who stated that he had not yet received the authority

required to permit of the strategic frontier being discussed by the military experts. It was useless, under these circumstances, to invite the Ambassadors to a meeting. His Excellency begged, therefore, that we would wait until he was in a position to discuss the question of the frontier to some purpose. || I gathered that the Foreign Minister had represented to the Sultan how futile it was to continue to hold meetings which could lead to no result, and that he had received instructions from His Majesty to ascertain the individual opinions of the Ambassadors by visiting them separately. || All my colleagues have declared that they held out no hopes to his Excellency of any change in the policy of the Powers. || This morning we met a Buyukdere, in the Austrian Embassy. The prevailing view of the situation was that Thessaly will not be evacuated unless the Powers are prepared to apply strong pressure. We sent the Porte a Memorandum pressing for an early and categorical reply as to whether authority will be given to military experts to bring the strategical frontier under discussion, in order that, in the contrary event, we may consider what other means there are of bringing the mediation to a successful issue.

Nr. 11874. Grofsbritannien. 3. Juli 1897.

Nr. 11875. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Grofsmächte sollten über die Grenzberichtigung offiziell beschliefsen.

Saint-Pétersbourg, le 21 Juin (3 Juillet), 1897.

(Télégraphique.) || Approuvant les projets de rectification de frontière Gréco-Turque élaborés par les Agents Militaires et proposés à la Porte par les Ambassadeurs, nous pensons que les Puissances devraient maintenir fermement leur accord à ce sujet et charger leurs Représentants à Constantinople de notifier solidairement et catégoriquement cette décision au Gouvernement Turc en l'invitant à ne plus retenir la marche des négociations de paix.

Nr. 11875. Rufsland. 21. Juni / 3. Juli 1897.

Nr. 11876. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Grenzberichtigung.

En se chargeant de la médiation entre la Turquie et la Grèce, les Gouvernements des Six Grandes Puissances ont posé comme une des bases de la paix future une rectification purement stratégique de la frontière de la Thessalie. || Ce principe semblait avoir été accepté par la Sublime Porte et à la suite d'une proposition de rectification présentée par les Ambassadeurs, son Excellence Tewfik Pacha avait annoncé lui-même une contre-proposition. Toutefois les détails de la rectification ayant dû être examinés par les Attachés Militaires des Ambassades conjointement avec des Délégués Ottomans, ces derniers ont déclaré ne pouvoir discuter sur les bases proposées, et ont de-

Nr. 11876. Grofsmächte. 3. Juli 1897.

Nr. 11876. Grofsmächte. 3. Juli 1897.

mandé la cession de tout le territoire au nord du Pénée. || Comme une pareille solution, absolument contraire aux principes fondamentaux de la médiation, ne saurait en aucun cas être admise par les Puissances, et les négociations se trouvant arrêtées par ce fait, les Ambassadeurs croient devoir demander à son Excellence Tewfik Pacha de vouloir bien leur dire dans le plus bref délai, et d'une façon catégorique, si des instructions dans le sens de la notice dressée dans la dernière séance, conformément au texte ci-joint, seront données sans retard aux Délégués Ottomans. || Dans le cas contraire, les Ambassadeurs se verraient obligés d'en référer à leurs Cabinets afin de les mettre en mesure d'aviser à d'autres moyens pour rendre efficace la médiation dont ils se sont chargés, et qu'ils considèrent comme devant au plus tôt être menée à terme.

Constantinople, le 3 Juillet, 1897.

Nr. 11877. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte in London. Antwort auf das Vorige.

Constantinople, le 4 Juillet, 1897.

Nr. 11877. Türkei. 4. Juli 1897.

En ayant l'honneur d'accuser réception à leurs Excellences MM. les Ambassadeurs des Grandes Puissances du dernier Mémorandum qu'ils ont bien voulu lui adresser, le Ministre des Affaires Étrangères s'empresse de les informer qu'il ne manquera pas de leur faire connaître le jour de leur prochaine réunion aussitôt qu'une décision aura été prise par le Gouvernement Impérial concernant les négociations en cours.

Nr. 11878. ÖSTERREICH-UNGARN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Die Botschafter fordern eine bestimmtere Antwort.

Constantinople, le 5 Juillet, 1897.

Nr. 11878. Österreich-Ungarn. 5. Juli 1897.

Mon cher Ministre, || J'ai communiqué à mes collègues votre réponse au Mémorandum qui vous a été remis Samedi par M. Pogatscher. Nous trouvons cette réponse trop vague et nous désirons savoir quand des instructions formelles seront envoyées à vos Délégués militaires. Nous serions obligés, mes collègues et moi, d'en référer à nos Gouvernements si une réponse précise se faisait plus longtemps attendre.

Calice.

Nr. 11879. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg.*) Antwort auf den russischen Vorschlag Nr. 11875.

Foreign Office, July 6, 1897.

Nr. 11879. Grofsbritannien. 6. Juli 1897.

Sir, A Telegram from the Russian Minister for Foreign Affairs, of which I inclose a copy herewith, was communicated to me on the 5th instant by M. de Staal.

---

*) Substance telegraphed.

Nr. 11879. Grofsbritannien. 6. Juli 1897.

In reply I have informed his Excellency that Her Majesty's Government share fully the desire to preserve a united attitude towards the Porte; but that at present I have not sufficient particulars as to the number of Christian and especially of Greek inhabitants who would be transferred to Turkey under the arrangements submitted to the Ambassadors by de Military Attachés to enable me to decide whether Her Majesty's Government can accept their proposals. || Three alternatives have been brought forward by the Military Attachés. The first is their original proposal; next a further concession, including in Turkey the Plain of Nezeros and the village of that name; and thirdly, an addition which would give to Turkey the district of Rapsani and the coast line as far as the mouth of the Peneus. || We have been informed that the original proposal would transfer to Turkey about 3,000 Christians, of whom about nine-tenths are Vlachs and the remaining 300 are Greeks. If this should prove to be correct Her Majesty's Government would be prepared to accept and to join in insisting upon this proposal. But they consider that a stipulation should be inserted in the Treaty that any of the inhabitants who might wish to leave the ceded districts should be free to do so, and should receive proper compensation for their property, which should be awarded by some impartial authority. I added that I was endeavouring to obtain precise information on the statistics of population and hoped to have them in a few days.

Salisbury.

Nr. 11880. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11878.

Constantinople, le 7 Juillet, 1897.

Nr. 11880. Türkei. 7. Juli 1897.

M. l'Ambassadeur, || En réponse à la lettre que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 5 de ce mois, j'ai honneur de l'informer que c'est précisement dans le but de transmettre à nos Délégués militaires des instructions circonstanciées que la Sublime Porte croit devoir étudier la question d'une façon approfondie. || Aussitôt qu'une décision sera prise je ne manquerai pas d'en aviser immédiatement votre Excellence.

Tewfik.

Nr. 11881. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die türkische Regierung fordert den Peneus als Grenze.

Constantinople, le 7 Juillet, 1897.

Nr. 11881. Türkei. 7. Juli 1897.

(Télégraphique.) Bien que le Gouvernement Impérial et les Grandes Puissances soient animés du désir de voir les négociations de paix, poursuivies à Constantinople avec les Ambassadeurs, aboutir à un résultat favorable, certains points importants de la question semblent en retarder la solution si im-

Nr. 11881. Türkei. 7. Juli 1897.

patiemment attendue. Aussi, en vue d'amener les Cabinets Européens à nous prêter, dans leur esprit d'équité, le concours et les facilités nécessaires pour le réglement de la question, croyons-nous devoir entrer dans de plus amples développements sur nos intentions et déclarations qui ne tendent qu'à écarter tout retard et difficulté et à arriver à la conclusion d'une paix durable, ardemment désirée aussi bien par la Sublime Porte que par les Grandes Puissances, et exposer avec preuves à l'appui, les considérations qui militent en faveur du respect des droits et de l'intégrité de l'Empire. On sait que la dernière guerre a été provoquée par les événements de Crète. Or, ces événements eux-mêmes étaient le résultat des agissements et intrigues Helléniques. Cela est si vrai que le Cabinet d'Athènes ne s'était pas borné à laisser aux insurgés Crétois qu'il avait incités à prendre les armes, le soin de poursuivre l'agitation, mais avait aussi envoyé dans l'île des bandes de volontaires formées sur son propre territoire, appuyées par des troupes régulières et expédié des bâtiments de guerre dans les eaux Crétoises dans la pensée de s'emparer de l'île. Par ses empiètements manifestes le Gouvernement Hellénique a provoqué sur divers points de l'île le massacre féroce et barbare des Musulmans ainsi que des garnisons Ottomanes là où elles étaient faibles et donné lieu, dans des conditions atroces et telles qu'aucune nation polie ne pourrait les tolérer, à des meurtres de femmes et d'enfants Musulmans. || Le premier devoir de tout État étant de défendre son intégrité et ses droits de souveraineté, le Gouvernement Impérial était évidemment en droit d'adopter toute sorte de mesures énergiques contre ces actes de brigandage et d'usurpation du Gouvernement Hellénique; néanmoins, par déférence pour l'accord des Puissances et confiant dans leurs sentiments de justice, il a consacré tous ses efforts au maintien de la paix, s'est rallié à leur action et a accueilli avec empressement tous les conseils qu'elles lui ont donnés, à la condition bien entendu du maintien de son intégrité territorial. Au moment où les complications crétoises préoccupaient à juste titre tant le Gouvernement Impérial que les Grandes Puissances, les Hellènes ont ouvert les hostilités sur la frontière. || Mais la Sublime Porte, agissant avec calme et patience, a tâché d'établir son bon droit et ce n'est qu'à la suite des agressions répétées des Hellènes qu'elle s'est vue dans l'obligation d'accepter les hostilités. L'appel sous les armes d'une partie considérable des troupes de ses provinces depuis les frontières Helléniques de Roumélie jusqu'aux frontières orientales d'Anatolie, a causé de grands dommages à l'agriculture et au commerce et imposé les plus lourdes charges au Trésor Impérial. D'autre part, cette guerre, provoquée par les seuls faits de la Grèce, a coûté la vie à un grand nombre de nos soldats. Le but des Hellènes était de provoquer un mouvement insurrectionnel en Macédoine, en profitant des points inaccessibles de la frontière qui leur sont favorables, et de créer ainsi un état de choses préjudiciable aux intérêts tant du Gouvernement Impérial que des Grandes Puissances avec l'intention d'en retirer quelques avantages. Il est superflu de relever que c'est grâce aux victoires de

nos armes qu'un pareil danger redouté par l'Europe elle-même a pu être matériellement évité. || Quant aux points qui font l'objet des négociations de paix, le plus important étant celui de la question territoriale, nous croyons nécessaire d'entrer à ce propos dans certains détails:—

1. A notre proposition concernant la question de frontière, les Ambassadeurs opposent notre précédente déclaration comme quoi le Gouvernement Impérial en acceptant la guerre ne nourrissait aucune visée de conquête. Or, le but de cette déclaration était simplement d'établir que le Gouvernement Impérial, qui n'avait aucune intention agressive contre la Grèce, n'avait été entraîné à la guerre que par les agressions du Gouvernement Hellénique, qui avait ainsi commencé les hostilités.

2. La Résolution du Congrès de Berlin, en vertu de laquelle la Thessalie avait été cédée à la Grèce, avait pour but d'établir des relations amicales entre les deux pays et d'écarter toutes les questions et complications de nature à provoquer dans la suite des conflits. Le contenu des Protocoles du Congrès prouve que les Plénipotentiaires des Grandes Puissances avaient appuyé et confirmé ce principe. De son côté, le Gouvernement Impérial confiant dans cette intention pacifique, s'était résigné à l'abandon de la Thessalie à la Grèce. Les événements qui s'étaient produits antérieurement et surtout la dernière guerre ont prouvé jusqu'à l'évidence que le Gouvernement Hellénique n'a jamais eu l'intention sincère d'entretenir des relations amicales avec la Sublime Porte. En outre, la Convention conclue entre les deux Etats lors de la cession de la Thessalie à la Grèce, imposait à cette dernière une série d'obligations. Cependant, le Gouvernement Hellénique, qui s'était engagé à ne porter aucune atteinte à l'organisation des communautés Musulmanes et à leurs rapports avec leurs chefs spirituels, à ne point restreindre la compétence des Tribunaux religieux et à maintenir intact les Vakoufs Musulmans, a promulgué des Lois et Règlements contraires à ces engagements, démoli des édifices religieux Musulmans qui auraient dû être respectés, frappé de nullité des titres valables se trouvant entre les mains des Musulmans, refusé de payer les indemnités dûes au Gouvernement Impérial pour les biens de l'État, ainsi que la part de la Dette Publique Ottomane qu'il avait assumée et s'est abstenu de renouveler la Convention précédemment conclue pour la poursuite et l'anéantissement des brigands qui passeraient du territoire d'un pays sur le sol de l'autre. || Dans ces circonstances, considérant que d'après les principes généraux du droit international, la non-exécution par l'une des Parties d'un engagement bilatéral entraîne la nullité du contrat; que les conditions posées par le Congrès pour la cession de la Thessalie n'ont pas été observées et que rien ne garantit la sécurité de la frontière de l'Empire contre les empiètements futurs des Hellènes, le Gouvernement Impérial est justifié en vertu même des règles du droit des gens et des arguments qui précèdent, à ne point se dessaisir d'une contrée réoccupée par la force des armes et qui constitue entre ses mains une garantie pour l'avenir. || Toutefois, par pure défé-

Nr. 11881. Türkei. 7. Juli 1897.

rence pour le voeu exprimé par les Puissances Médiatrices, il a consenti à la fixation d'une frontière suivant le cours du Pénée depuis sa source jusqu'à son embouchure en y englobant la ville de Larisse. Ceci ne constitue point une extension territoriale, mais une simple rectification stratégique de frontière de nature à garantir pour l'avenir la sécurité de nos provinces limitrophes, demande que nous opposons à la proposition de rectification stratégique de frontière formulée par les Ambassadeurs et qui, ainsi que l'a démontré l'examen qui a eu lieu entre nos Délégués et les Attachés Militaires des Ambassades, loin de représenter pour nous une garantie future, nous obligera à entretenir une force encore plus considérable que par le passé pour en assurer la surveillance même en temps de paix. La rectification proposée par nous est la seule qui pourrait établir réellement entre les deux pays des relations de paix comme l'ont toujours désiré les Grandes Puissances.

3. Le Gouvernement Impérial est prêt à assurer, au moyen de sommes prélevées sur les revenus des territoires qui lui reviendraient par suite de cette rectification, le service d'une part proportionelle des emprunts contractés par le Gouvernement Hellénique en Europe sur la garantie des revenus de la Thessalie, et à reprendre à sa charge la portion y afférente de la quote-part de la Dette Publique Ottomane qui devait être assumée par la Grèce, à la suite de la cession de la Thessalie, quote-part dont la fixation reste encore en suspens, et à assurer le service de la dite portion par l'Administration de sa Dette Publique. Les intérêts restés en souffrance des capitalistes Européens qui ont avancé de l'argent à la Grèce se trouvant ainsi préservés de toute atteinte, nous nous plaisons à espérer que ce point important sera pris en considération par les Cabinets Européens. En ce qui concerne les questions de l'indemnité de guerre et du renouvellement des Traités, nous n'hésitons pas, dans les négociations en cours avec les Ambassadeurs des Puissances, à discuter avec modération le réglement des détails y afférents. || Mais dans la question de la rectification de frontière, le Gouvernement Impérial, se trouvant, en raison de ses droits et de ses intérêts sacrés, dans une position très difficile vis-à-vis de l'opinon publique, ne peut qu'insister sur la rectification qu'il juge la plus propre à sauvegarder la paix et à garantir sa frontière, et attend avec une pleine confiance les effets de la justice des Grandes Puissances Médiatrices. || Conformément à une décision du Conseil de Ministres sanctionnée par Iradé Impérial vous aurez à faire part de ce qui précède à M. le Ministre des Affaires Étrangères.

Nr. 11882. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Kategorische Aufforderung der Grofsmächte an die Pforte.

Constantinople, July 8, 1897, 8 P. M. (July 8.)

Nr. 11882. Grofsbritannien. 8. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of yesterday, I have the honour to state that a meeting of the Ambassadors was held this afternoon,

and that, in accordance with the Russian proposal, we drew up and signed the following note:—

Nr. 11882. Grofsbritannien. 8. Juli 1897.

"In view of the evasions (tergiversations) of the Sublime Porte on the question of the rectification of the frontier of Thessaly, the undersigned have the honour to inform the Minister for Foreign Affairs that they have received instructions from their Government to make the following declaration jointly and categorically: || „The line of strategic rectification of frontier which the Military Attachés have elaborated, and which has been communicated to the Sublime Porte, has the approval of the Great Powers. || The latter have consequently agreed to inform the Imperial Ottoman Government that they are firmly determined to bring to an end an obstruction which has no other result than that of delaying the conclusion of a peace in which all Europe is interested."

I wished to add to this a stipulation to the effect that the option of emigrating with proper compensation should be offered to all the inhabitants of the territory ceded to Turkey. My colleagues, however, objected for the reason that formal notification of the original line had been made already to Tewfik Pasha without any mention of such a stipulation; they also pointed out that this line only transferred one small village inhabited by Vlachs. || I gave way on this point. But I reserved my right to insist on the insertion of the stipulation in the event of the Powers agreeing to any extension of the line now fixed upon.

Nr. 11883. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Kritik von Nr. 11881.

Foreign Office, July 9, 1897.

Nr. 11883. Grofsbritannien. 9. Juli 1897.

Sir, || The Turkish Ambassador called to-day and read the inclosed telegram from his Government, of which his Excellency left a copy, with regard to the rectification of the Greek frontier. || I have informed the Turkish Ambassador that I considered the communication which his Excellency had made to be entirely inadmissible, but that I must reserve any more detailed answer until I have had time to consider it carefully in connection with the reports which were sent to me by your Excellency.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11884. RUSSLAND — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Kritik von Nr. 11881.

Saint-Pétersbourg, le 27 Juin (9 Juillet), 1897.

Nr. 11884. Rufsland. 27. Juni / 9. Juli 1897.

(Télégraphique.) || Ce matin l'Ambassadeur de Turquie s'est acquitté de la communication relative à la rectification de la frontière en Thessalie dont il avait été chargé par son Gouvernement. J'ai répondu à Husni Pacha que

Nr. 11884. Rufsland. 27. Juni / 9. Juli 1897.

la Russie avait donné trop de preuves de ses dispositions amicales envers la Turquie pour qu'il soit permis au Gouvernement Turc d'en douter. Que dans la question de la frontière en Thessalie l'Empereur était fermement résolu à maintenir l'accord établi entre les Grandes Puissances et formulé dans la notification faite solidairement par leurs Ambassadeurs à Constantinople. Après avoir soutenu dans la mesure du possible la Turquie en toutes les circonstances nous ne pouvions lui donner actuellement que le conseil sincère et réellement amical de se conformer sans retard aux vœux exprimés par les Grandes Puissances, toutes les résistances et les lenteurs devant infailliblement entraîner les conséquences les plus dangereuses pour l'Empire Ottoman.

Nr. 11885. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Erneute kategorische Aufforderung an die Pforte.

Constantinople, July 13, 1897, 4 P. M. (July 13.)

Nr. 11885. Grofsbritannien. 13. Juli 1897.

(Telegraphic.) || The Ambassadors met at Buyukderé this morning at the Austrian Embassy. The Porte has taken no notice whatever of our note of the 8th instant, and the demands of the Powers are evidently meeting with opposition, which is growing in intensity. || The following note has been sent to the Minister for Foreign Affairs by the Austrian Ambassador:—

"No answer having been received to their last communication, the Ambassadors have decided to hold a meeting at the Austrian Embassy in Pera on Thursday morning at 10 o'clok in order to agree upon the Resolution which they will submit to their Governements respectively. || "My colleagues have charged me to inform your Excellency of this decision, so that you may be enabled to attend the meeting if you should have any communication to make to us as to the intentions of the Sublime Porte."

Nr. 11886. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Allgemeine Einigkeit der Mächte in der Grenzfrage.

Vienna, July 14, 1897. (July 14.)

Nr. 11886. Grofsbritannien. 14. Juli 1897.

(Telegraphic.) || Mahmoud Nedim Bey, the Turkish Ambassador here, called upon Count Goluchowski this afternoon and showed him a Circular in which the Porte expressed the hope that the negotiations with regard to Crete might be accelerated. Count Goluchowski requested the Ambassador to telegraph to the Turkish Government saying that he declined all discussion of the subject as long as no settlement of the terms of peace had been arrived at. His Excellency trusts that a similar reply will be given by the other Powers. ||

Count Goluchowski mentioned to me that the complete agreement of Germany with the other Powers with regard to the strategical frontier had been made clear at Constantinople by the German Government.

Nr. 11887. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte verspricht eine bestimmte Antwort.

Constantinople, July 14, 1897, 10.20 P. M. (July 14.)

Nr. 11887. Grofsbritannien. 14. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of yesterday, I have the honour to report that the Dragoman of the Austrian Embassy, who was charged to deliver Baron Calice's letter, found the Turkish Foreign Minister at the Palace, where the Council of Ministers had been sitting all day. || After reading the letter, Tewfik Pasha said that the delay in answering our last communication was caused by the inability of the Porte to come to a decision until they knew what were the answers of the Sovereigns and Cabinets to the Circulars addressed to them from Constantinople. These answers had now all been received, and the Council, which meets to-day, would adopt a final decision. His Excellency believed that this decision would enable him to make such a communication to the Ambassadors as would lead to the resumption of the negotiations and to their conclusion within a few sittings.

Nr. 11888. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Deutschland rät der Pforte dringend zur Annahme der Grenzberichtigung.

Constantinople, July 15, 1897, 5.15 P. M. (July 15.)

Nr. 11888. Grofsbritannien. 15. Juli 1897.

(Telegraphic.) || The following message, as sent to-day to the Sultan by order of the German Government, has been communicated to his colleagues by Baron de Saurma Jeltsch;— || "There is agreement between all the Powers as to the principles by which they should be guided in the question of the rectification of the frontier between Turkey and Greece. If the Porte persists in refusing to accept the limit unanimously regarded by Europe as the utmost that can be conceded, Turkey will find herself politically isolated, and, in the event of its becoming necessary to take military or naval measures against her, she will not be able to count on the support of any Power."

Nr. 11889. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Die Pforte hat der Grenzlinie zugestimmt.

Constantinople, July 15, 1897, 5.45 P. M. (July 16.)

Nr. 11889. Grofsbritannien. 15. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 14th instant, I have the honour to inform your Lordship that the Ambassadors' meeting this morning was attended by the Foreign Minister, who came to inform us that our proposals respecting the frontier were accepted by the Turkish Government. His Excellency invited us to a meeting at Tophané on Saturday, and proposed that a meeting should be held at the same time in another room by

Nr. 11889. Grofsbritannien. 15. Juli 1897. the Military Attachés, who might thus be at hand, if necessary, for consultation. Tewfik Pasha stated, in reply to an inquiry, that the purely strategical frontier drawn up by the Military Attachés was accepted as a basis, and he intimated that there would be no difficulty as regards the capitulations and the indemnity. He added that he would submit the draft Treaty which he had alluded to on a former occasion. || Assuming the satisfactory settlement of the three points, there is still likely to be trouble over the arrangement of the date and conditions of evacuation.

Nr. 11890. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter über die griechische Kriegsentschädigung und Finanzkontrolle.

Constantinople, July 21, 1897, 3.15 P. M. (July 21.)

Nr. 11890. Grofsbritannien. 21. Juli 1897. (Telegraphic.) || This morning we commenced drafting the Preliminaries of Peace at a meeting of the Ambassadors. The German Ambassador, in accordance with instructions from his Government, was anxious to introduce into the draft of Article 2 clauses protecting the rights of the holders of Greek bonds, and providing for the establishment at Athens of an International Commission of Control. || It was pointed out to Baron Saurma that the security to be given by Greece must be arranged between that country and its creditors, and that this point was not a matter of negotiation with the Porte. After a long discussion the other five Ambassadors accepted the following wording of the Article, which his Excellency consented to refer to Berlin, although it did not satisfy him:—

“A war indemnity of £ T. 4,000,000 will be paid by Greece to Turkey. Indemnities of every kind claimed on account of losses arising out of the war are to be included in this sum. The good offices of the Powers will be exerted with a view to bringing about an arrangement calculated to facilitate the rapid payment of the indemnity, while taking into account the rights of the prior creditors of the Greek Government.”

Nr. 11891. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Die Pforte nimmt die Grenzlinie definitiv an.

Constantinople, July 22, 1897, 10.30 A. M. (July 22.)

Nr. 11891. Grofsbritannien. 22. Juli 1897. (Telegraphic.) || The following is a translation of a note received last night at 11 o'clock from the Porte:— || “The line of delimitation of the frontier of Thessaly elaborated by the Military Attachés of the Embassies, communicated to the Minister for Foreign Affairs by the Ambassadors, and approved unanimously by the Great Powers, is accepted by the Imperial Ottoman Government. || “When the line is traced on the spot, it is understood

that slight modifications may be introduced into it for strategic purposes to the advantage of the Turkish Government by mutual agreement." ‖ Our next meeting is to take place at the Imperial Kiosk at Tophané at 2 o'clock to-day.

Nr. 11891. Grofsbritannien. 22. Juli 1897.

Nr. 11892. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Die Türken sollen bei dem Friedensschlusse sich auf wenige Punkte konzentrieren.

Constantinople, July 24, 1897, 2.10 P. M. (July 24.)

(Telegraphic.) ‖ We have drafted the following Article of the Peace Preliminaries relating to the withdrawal of the Turkish troops from Thessaly. Subject to your Lordship's approval, I have agreed to it. I should be glad to learn your Lordship's wishes as soon as possible:—

Nr. 11892. Grofsbritannien. 24. Juli 1897.

"Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié l'état de guerre cessera en Thessalie. Les troupes Turques se retireront derrière la Rivière Salambria où elles détiendront certains points stratégiques jusqu'au paiement de l'indemnité de guerre. Le mode d'évacuation et les points où devront se concentrer les forces Ottomanes seront déterminés par des Délégués des deux Parties intéressées avec le concours de Délégués des Grandes Puissances agissant en qualité de médiateurs. Mais la concentration des troupes Ottomanes et la remise aux autorités Helléniques des localités évacuées commenceront sans retard."

Nr. 11893. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Widerspruch der deutschen Regierung gegen Nr. 11890.

Constantinople, July 24, 1897, 2.20 P. M. (July 24.)

(Telegraphic.) ‖ The German Government did not approve our draft Article respecting the war indemnity which I communicated to your Lordship in my telegram of the 21st instant. ‖ Subject to the approval of our Governments we have agreed to the following draft in order to meet the views of the German Government:—

Nr. 11893. Grofsbritannien. 24. Juli 1897.

"La Grèce paiera à la Turquie une indemnité de £ T. 4,000,000. Dans cette somme seront comprises les indemnités de tout ordre réclamées pour dommages provenant du fait de la guerre. L'arrangement nécessaire pour faciliter le paiement rapide de l'indemnité sera fait avec l'assentiment des Puissances de manière à ne pas porter atteinte aux droits acquis des anciens créanciers, détenteurs de titres de la Dette Publique de la Grèce."

Nr. 11894. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an Denselben. Deutschland verlangt eine internationale Kontrolle der griechischen Finanzen.

Constantinople, July 26, 1897, 2.30 P. M. (July 26.)

Nr. 11894. Grofsbritannien. 26. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 24th instant, I have the honour to report further that my German colleague has been instructed to insist that a stipulation providing for the establishment of an international control in Greece shall be inserted in the Preliminaries of Peace. || The majority of the Ambassadors did not consider that they had authority to agree to this proposition. Greece, we believe, will be unable to borrow 4 millions without granting a control. But we do not feel that the question of control in Greece can properly form the subject of a stipulation between Turkey and the Powers. We think the difficulties of the Greek Government would be increased by the introduction of this question into the Preliminaries. || It was suggested, therefore, that a direct understanding should be come to between the German Government and the Powers, and the German Ambassador will refer to Berlin the following addition to the draft Article contained in my telegram to your Lordship of the 24th instant. It will doubtless be proposed to the Cabinets if accepted:—

"A cet effet les revenus affectés par la Grèce au payement de l'ancienne et de la nouvelle dette seront administrés sous la surveillance de Délégués des Puissances."

Nr. 11895. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 11892.

Foreign Office, July 27, 1897, 5.15 P. M.

Nr. 11895. Grofsbritannien. 27. Juli 1897.

(Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of the 24th instant, submitting the draft of an Article of the Preliminaries of Peace relative to the withdrawal of the Turkish troops from Thessaly after the conclusion of the Treaty of Peace. || In reply, I have to inform you that Her Majesty's Government are ready to agree to a provision that the Turkish forces shall remain in occupation of certain strategic points to the north of the River Peneus until Greece has paid the war indemnity. It should be a condition that the Powers shall settle what these points are to be, and by what number of troops they shall be held. Herr Majesty's Government are not prepared to consent to a Turkish occupation of the towns of Trikkala or Tirnavo.

Nr. 11896. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Österreich und Rufsland stimmen dem deutschen Vorschlage (Nr. 11894) zu.

Constantinople, July 28, 1897, 8.5 P. M. (July 28.)

Nr. 11896. Grofsbritannien. 28. Juli 1897.

(Telegraphic.) || Question of financial control. || Referring to my telegram of the 26th instant. || The addition to Article 2 will be supported by the Austrian Ambassador, and Russia has agreed to it. Does your Lordship wish me to concur? I shall be glad of instructions by telegraph as soon as possible. If we do not all receive instructions our meeting with the Foreign Minister, fixed for 3 o'clock to-morrow, must be postponed.

Nr. 11897. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland und England über die griechische Finanzkontrolle.

Berlin, July 29, 1897, 1.20 P. M. (July 29.)

Nr. 11897. Grofsbritannien. 29. Juli 1897.

(Telegraphic.) || The German Government has received a Report from Count Hatzfeldt to the effect that your Lordship, while acknowledging the necessity of a control of Greek finances, is of opinion that the question should be settled between the Powers and the Greek Government, and is not one for the Ambassadors at Constantinople. || I am informed by Baron von Rotenhan that his Government is unable to share your Lordship's views; on the contrary, they are strongly of opinion that the question is one which ought to be included in the Treaty of Peace. The interests of Greece have been placed in the hands of the Powers by the Greek Government; and his Excellency hears that the Greek Minister for Foreign Affairs is reported to have recently assured the Austro-Hungarian Chargé d'Affaires that the Greek Government would accept the control on which the Powers might come to an agreement. What the Powers were aiming at, as their principal object, was the evacuation of Thessaly as soon as possible: but the Powers could not insist that Turkey should withdraw her troops unless they could give her an assurance that the indemnity would be paid. It therefore becomes necessary to provide Greece with means to enable her to pay the indemnity, and the only way to do this was by establishing the control. The Ambassadors should therefore be in a position to give to the Porte, by an Article in the Treaty of Peace, the necessary assurance as to the establishment of a control. || I was assured by Baron von Rotenhan of his belief that the opinion of the German Government on this point would be shared by the Russian Government.

Nr. 11898. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Frankreich und Italien stimmen dem deutschen Vorschlage zu.

Constantinople, July 29, 1897, 2.30 P. M. (July 29.)

Nr. 11898. Grofsbritannien. 29. Juli 1897.

(Telegraphic.) || In continuation of my telegram of the 28th instant, I have the honour to report that the Representatives of Italy and France have now received from their Governments the necessary authority to accept the addition proposed by Germany to Article II. || At our meeting this morning the German Ambassador informed us that, by direction of his Government, he must insist on an addition likewise to Article VI, the object of which appeared to be to prevent the final evacuation taking place until the Greek Government had concluded arrangements for an indemnity loan. || The Russian Ambassador thereupon suggested the following formula for insertion at the end of sentence 3 of the draft contained in my telegram to your Lordship of the 24th instant:—

"De façon à ce que l'évacuation ne soit faite que lorsque le payement de l'indemnité aura été assuré d'une manière effective."

This text was accepted by the German Ambassador for reference to Berlin, and it was agreed to by the other Representatives. I see no objection to it, but I reserved my acceptance pending the receipt of instructions from your Lordship. || Not being in a position to furnish the Foreign Minister with a complete draft of the Peace Preliminaries, we postponed our meeting with his Excellency till Saturday, on the ground that we were waiting for further information on the financial question.

Nr. 11899. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Artikel 2 und 6 des Präliminarfriedens sind angenommen.

Constantinople, July 31, 1897, noon. (July 31.)

Nr. 11899. Grofsbritannien. 31. Juli 1897.

(Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegrams of the 29th and 30th instant, I have the honour to report that Articles 2 and 6 of the Peace Preliminaries were finally agreed to at a meeting of the Ambassadors this morning. We shall communicate them this afternoon to Tewfik Pasha. || I requested my colleagues to take note that the authority given me to accept the addition to Article 2 does not impose upon Her Majesty's Government any financial or material responsibility.

---

*) Darin hatte Salisbury die Zustimmung Englands zu den deutschen Vorschlägen ausgesprochen. Red.

Nr. 11900. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Aufnahme des Friedensentwurfs durch die Pforte.

Constantinople, August 2, 1897, 11.50 A. M. (August 2.)

Nr. 11900. Grofsbritannien. 2. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || In continuation of my telegram of the 31st ultimo, I have the honour to inform your Lordship that we sent to the Foreign Minister yesterday, by the Dragoman of the Austrian Embassy, amended drafts of the Peace Preliminaries. He was told at the same time that we had gone to the utmost limits of what we could accept in introducing these modifications to meet his views. || His Excellency read them through, and said he thought the Council of Ministers would accept them as satisfactory. Of the two Articles which we communicated on Saturday, he observed that no objection would be raised to No. 2, but that a modification in Article 6 would be proposed. This point, he hoped, might be settled at our meeting to-morrow. In that case it would only remain for the Preliminaries to be voted by the Council of Ministers. They might then be signed immediately.

Nr. 11901. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Mächte in Konstantinopel. Entwurf zu einem Präliminarfrieden.

Konstantinopel, 22. Juli 1897.

Nr. 11901. Türkei. 22. Juli 1897.

Les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, et de Russie, ayant offert à la Sublime Porte leur médiation au nom et pour le compte du Gouvernement Hellénique en vue de rétablir la paix entre la Turquie et la Grèce, leurs Excellences le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan et les Représentants à Constantinople des Grandes Puissances susdésignées, se sont réunis au Kiosque Impérial de Tophané ce jourd'hui

et ont dressé le présent Protocole à l'effet d'y consigner les décisions qui sont intervenues entre la Sublime Porte et les Puissances médiatrices comme bases principales et définitives devant régler les relations futures entre la Turquie et la Grèce, savoir:—

Article Ier. La frontière qui sépare les deux pays est rectifiée et fixée conformément à la carte ci-annexée et de la manière suivante:—

Les détails de cette délimitation seront fixés sur les lieux par une Commission composée des Délégués des deux Parties intéressées et des Attachés Militaires des Ambassades des Six Grandes Puissances à Constantinople. Il est entendu que lors de l'application du tracé sur le terrain, des modifications à l'avantage du Gouvernement Impérial pourront y être faites d'une façon conciliante. || La Commission de Délimitation devra se réunir dans un délai de quinze jours à partir de la date du présent Protocole et prendra ses résolutions à la majorité des voix.

Nr. 11901. Türkei. 22. Juli 1897.

Art. II. Le Gouvernement Hellénique paiera à la Sublime Porte £ T. à titre d'indemnité de guerre et une somme de £ T. 440,000 destinée aux sujets et institutions Ottomans qui ont souffert des faits de guerre. || Le paiement de ces sommes sera effectué en espèces or à Constantinople.

L'évacuation par les troupes Impériales des territoires Helléniques ne devant s'effectuer qu'au fur et à mesure de ces paiements, une Commission spéciale composée de Délégués Ottomans et de Délégués des Ambassades arrêtera l'ordre d'évacuation de ces territoires.

Art. III. Comme tous les Traités, Conventions, et autres Actes se rapportant aux relations entre la Turquie et la Grèce ont été annulés par la guerre, les deux Parties conclueront dans les trois mois qui suivront la date présent Protocole, les Actes suivants:—

(A.) Un Traité de Paix contenant, en dehors des stipulations formulées dans le présent Acte, des clauses pour l'échange des prisonniers de guerre, pour l'amnestie, pour la libre émigration des habitants des territoires rétrocédés, pour le rétablissement sans conditions de leurs relations postales et télégraphiques directes en conformité de la Convention de l'Union Postale et Télégraphique Universelle, &c. || (B.) Une Convention précisant les privilèges et attributions de leurs Consuls sur les bases énumérées ci-après. || Les privilèges et immunités dont les sujets Hellènes jouissaient en Turquie avant la guerre sont déterminés et limités ainsi qu'il suit:— 1. L'exemption douanière dont jouiront les Consuls Hellènes en Turquie sera exercée dans les limites et conditions qui seront fixées après délibération. || 2. Les consuls Hellènes en Turquie et les Consuls de Turquie en Grèce seront justiciables des Tribunaux Locaux. || 3. Les cas de faillite des sujets Hellènes en Turquie seront de la compétence des Tribunaux Ottomans. || 4. Les crimes et délits commis par des sujets Hellènes entre eux ou sur la personne d'un sujet étranger seront également de la compétence des juridictions Ottomanes. || 5. Les jugements rendus par les Tribunaux Ottomans envers les sujets Hellènes seront exécutés par les autorités Ottomanes. || 6. La Convention Consulaire établira en outre les mesures jugées nécessaires pour que les Consulats Hellènes ne puissent point entraver le cours régulier de la justice et porter atteinte aux intérêts des sujets Ottomans et étrangers dans leurs différends avec les sujets Hellènes, soit comme demandeurs, soit comme défendeurs. || (C.) Une Convention de Commerce et de Navigation assimilant notamment les sujets Hellènes en Turquie aux nationaux en matière d'impôts, droits, et taxes sauf en ce qui concerne la taxe d'exonération militaire. || (D.) Un Traité d'Extradition pour la remise réciproque des criminels de droit commun et qui contiendra en outre des mesures pour la répression du brigandage et des menées sur les frontières Turco-Helléniques. || (E.) Un arrangement établissant les règles nécessaires à l'examen sur la base de la loi de nationalité Ottomane des titres d'indigénat Hellénique produits par les personnes d'origine Ottomane.

Art. IV. Dans le cas où des divergences viendraient à se produire lors de la négociation des dites Conventions les deux Gouvernements intéressés choisiront chacun un arbitre parmi les Puissances médiatrices lesquels, en cas de désaccord, en choisiront un troisième pour les départager. La décision arbitrale sera obligatoire pour les deux Gouvernements. || Toutefois, si à l'expiration du terme de trois mois sousconvenu les Parties ne tombent pas d'accord et les Traités et Conventions dont il s'agit n'ont pas été signés, les Consuls et sujets Ottomans et Hellènes seront, dans ce cas, jusqu'au prononcé de la sentence arbitrale, en ce qui concerne l'acte qui n'aurait pas été conclu, assimilés aux nationaux du pays où ils se trouvent, en sorte que chacun des deux États deviendra libre d'appliquer aux Consuls, sujets, et provenances de l'autre le régime interne avec la simple observation des principes du droit public international de l'Europe.

Nr. 11901. Türkei. 22. Juli 1897.

Art. V. Le Gouvernement Hellénique s'engagera d'une manière formelle à dissoudre et à ne point tolérer les Sociétés qui, organisées secrètement ou ostensiblement sur son territoire, ont pour but de fomenter des troubles en Crète, et dans les autres îles ainsi que dans d'autres parties du territoire de l'Empire, et de préparer des incursions sur les frontières communes.

Art. VI. Les stipulations de la Convention du 24 Mai, 1881, sont renouvelées et maintenues sauf celles qui sont modifiées par le présent Acte. || La Grèce s'engagera en conséquence à les observer scrupuleusement, à n'expropier sous aucun prétexte les propriétaires Musulmans sans le paiement préalable d'une indemnité équitable et conciliante, à rapporter dans le sens des observations de la Sublime Porte, les Lois et Règlements qui avaient été édictés contrairement à l'Article . . . de la dite Convention sur l'organisation hiérarchique des communautés Musulmanes et sur le régime des Vacoufs. || La Grèce se conformera sans objection à la décision qui interviendra entre la Sublime Porte et les Représentants des Grandes Puissances en ce qui concerne le montant et le paiement de la part de la Dette Publique Ottomane restée à sa charge pour les territoires cédés en 1881, ainsi que pour l'indemnité due par elle au Gouvernement Impérial Ottoman en exécution de l'Article IX de la dite Convention.

Nr. 11902. **GROSSMÄCHTE.** — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Gegenentwurf zu einem Präliminarfrieden.

Konstantinopel, 28. Juli 1897.

La Grèce ayant confié aux Grandes Puissances le soin de ses intérêts en vue du rétablissement de la paix avec la Turquie, et le Gouvernement Ottoman ayant accepté leur médiation, les conditions suivantes ont été arrêtées entre les Représentants de l'Allemagne, de l'Angleterre, de l'Autriche-Hongrie, de la

Nr. 11902. Grofsmächte 28. Juli 1897.

France, de l'Italie, et de la Russie d'une part, et de son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan de l'autre.

Article I.

La frontière Turco-Grecque sera rectifiée conformément au tracé indiqué sur la carte ci-jointe accompagné d'une description détaillée. || Il est bien entendu que de légères modifications au point de vue stratégique peuvent y être introduites d'un commun accord à l'avantage du Gouvernement Impérial lors de l'application du tracé sur les lieux. || Les détails de cette délimitation seront faits sur les lieux par une Commission composée de Délégués des deux Parties intéressées et de Délégués Militaires des Ambassades des Six Grandes Puissances à Constantinople. || La Commission de Délimitation devra se réunir dans un délai de quinze jours à partir de la date du présent Acte et prendra ses résolutions à la majorité des voix.

Article II (*Conditionnel*).*

La Grèce paiera à la Turquie une indemnité de guerre de £ T. 4,000,000. L'arrangement nécessaire pour faciliter le paiement rapide de l'indemnité sera fait avec l'assentiment des Puissances de manière à ne pas porter atteinte aux droits acquis des anciens créanciers, détenteurs de titres de la Dette Publique de la Grèce.

Article III.

Les privilèges et immunités dont jouissaient avant la guerre les sujets Hellènes en Turquie sont maintenus. Des arrangements spéciaux seront conclus dans le but d'assurer le cours régulier de la justice, et de sauvegarder les intérêts des sujets Ottomans et étrangers.

Article IV.

Quinze jours après la ratification des présents Préliminaires de Paix, ou plus tôt si faire se peut, des négociateurs Hellènes munis des pouvoirs nécessaires arriveront à Constantinople pour procéder avec les Plénipotentiaires Ottomans à l'élaboration du Traité de Paix Définitif. Ce Traité sera conclu sur la base des stipulations du présent Acte, et contiendra, en outre, des clauses pour l'échange des prisonniers de guerre, pour l'amnistie, pour la libre émigration des habitants des territoires rétrocédés, pour la répression du brigandage, ainsi que pour le mode d'indemnisation des particuliers en raison des pertes subies par eux du fait de la guerre.

Article V.

Des négociations seront en même temps entamées pour la conclusion dans un délai de trois mois des arrangements suivants:— || 1. Une Convention

---

*) Addition proposée. — A cet effet les revenus affectés par la Grèce au paiement de l'ancienne et de la nouvelle dette seront administrés sous la surveillance de Délégués des Puissances.

réglant les questions de nationalités contestées, sur les bases du projet négocié en 1876 entre la Turquie et la Grèce. || 2. Une Convention réglant les rapports entre les Consulats de Grèce et les autorités judiciaires et administratives Ottomanes dans les conditions prévues par l'Article III. || 3. Une Convention d'Extradition pour les crimes de droit commun commis sur le territoire de l'un des deux États par des sujets de cet État réfugiés sur le territoire de l'autre.

Article VI.

Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié, l'état de guerre cessera en Thessalie. Les troupes Turques se retireront derrière la Rivière Salamvria, où elles détiendront certains points stratégiques qui seront évacués au fur et à mesure du paiement des termes de l'indemnité de guerre. Le mode d'évacuation, et les points où devront se concentrer les forces Ottomanes seront déterminés par des Délégués des deux Parties intéressées avec le concours de Délégués des Grandes Puissances, agissant en qualité de médiateurs. Mais la concentration des troupes Ottomanes, et la remise aux autorités Helléniques des localités évacuées commencera sans retard.

Article VII.

Dès que le présent Acte aura été signé et ratifié, des relations normales entre la Turquie et la Grèce seront reprises; les sujets de chacun des deux États pourront séjourner et circuler librement comme par le passé sur le territoire de l'autre et la liberté de commerce et de navigation sera rétablie d'une manière réciproque.

Article VIII.

Jusqu'au rétablissement du service Consulaire régulier dans les deux pays des agents provisoires pourront être envoyés dans les anciennes résidences Consulaires, et y exercer leurs fonctions sous la protection et la surveillance des Puissances qui s'étaient chargées de la défense des intérêts de leurs nationaux pendant la guerre. || En attendant la conclusion et la mise en vigueur de la Convention spéciale prévue par l'Article V, § (*b*), les affaires judiciaires entre sujets Ottomans et sujets Hellènes dont l'origine remonte à une date antérieure à la déclaration de guerre continueront à être traitées conformément au régime en vigueur avant la guerre; les affaires qui auront surgi postérieurement à la déclaration de guerre seront traitées conformément aux principes du droit Européen sur la base de la Convention Turco-Serbe du 26 Février (9 Mars), 1896.

Article IX.

En cas de divergences dans le cours des négociations entre la Turquie et la Grèce, les points contestés pourront être soumis par l'une ou l'autre des Parties intéressées à l'arbitrage des Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, dont les décisions seront obligatoires. Cet arbitrage pourra s'exercer collectivement ou par désignation spéciale des intéressés, et soit directement, soit par l'entremise de Délégués spéciaux.

Nr. 11902. Grofsmächte. 28. Juli 1897.

Article X.

La Sublime Porte se réserve de saisir les Puissances d'une proposition pour le réglement des questions découlant des stipulations de la Convention du 24 Mai, 1881, qui restent en vigueur en tant qu'elles ne sont pas modifiées par le présent Acte.

Article final.

Le présent Acte sera soumis à l'approbation de Sa Majesté Impériale le Sultan. Cette approbation sera donnée dans le délai de huit jours, à l'expiration duquel les stipulations qu'il contient seront portées par les Représentants des Grandes Puissances à la connaissance du Cabinet d'Athènes et deviendront exécutoires.

Nr. 11903. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verhandlungen mit der Pforte über Art. 6.

Constantinople, August 7, 1897, 7.50 P. M. (August 8.)

Nr. 11903. Grofsbritannien. 7. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || I have the honour to report, with reference to my telegram of the 6th August, that, at a meeting held to-day in response to a telegraphic invitation received yesterday evening from the Foreign Minister, we discussed Article 6 of the Peace Preliminaries. || His Excellency accepted, *ad referendum*, the following modifications which were introduced into the text with a view to satisfying his demauds as much as possible:— || Paragraph 3 to run as follows:—

"Le mode d'évacuation et les points où devront se concentrer les forces Ottomanes ainsi que les échéances des paiements; seront déterminés par un arrangement à conclure entre les Délégués," &c.

Paragraph 4:—

"La concentration des troupes Ottomanes et la remise aux autorités civiles Helléniques des localités évacuées commenceront sans retard et se poursuivront graduellement sans que ses localités puissent être occupées par des forces Helléniques autres que celles indispensables pour le maintien de l'ordre public. || Les troupes Ottomanes qui ne sont pas nécessaires pour l'occupation des points stratégiques au nord du Salamvria pourront être évacuées par la voie de Volo."

(I venture to urge the acceptance of this last paragraph, which I agreed to *ad referendum*. The sooner the 180,000 Turkish soldiers now in Thessaly are withdrawn the better it will be for Greece. The occupation of the strategic points ought not to require more than a small force.) || Tewfik Pasha again stated that an engagement on our part that one-third of the indemnity would be paid as soon as the Preliminaries had been signed, would greatly facilitate a settlement of the points at issue.

Nr. 11904. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Übersendet den Artikel 6 nach der Fassung der Botschafter und den Gegenvorschlag der Pforte.

Constantinople, August 4, 1897. (August 9.)

Nr. 11904. Grofsbritannien. 4. Aug. 1897.

My Lord, || With reference to my immediately preceding despatch I have the honour to state the only Article of the Preliminaries of Peace on which a final Agreement has not yet been arrived at between the Foreign Minister and the Representatives of the Six Powers in Article No. 6, referring to the conditions under which the evacuation of Thessaly will take place. || I inclose a copy of the Article as finally drafted by Representatives, and communicated to Tewfik Pasha at the meeting of the 31st ultimo, and also of the Turkish Counter-Proposal. || As we understood from the Foreign Minister that the main object of their demand that Greece should pay the indemnity in three instalments, commencing fifteen days after the conclusion of the preliminaries, was that the Porte might obtain money of which they stood in urgent need, and without which they would be unable to move their troops, we pointed out to Tewfik Pasha that the easiest solution of this difficulty was to be found in the speedy ratification of the Preliminaries of Peace, as the Turkish Government would no doubt be able to borrow the amount necessary on the security of the engagement taken on behalf of Greece, that she would pay £ T. 4,000,000 as a war indemnity. || Tewfik Pasha promised to submit the views expressed to the Council of Ministers, and to send us an answer. Philip Currie.

Beilage I.

Vorschlag der Botschafter.

Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié, l'état de guerre cessera en Thessalie. Les troupes Turques se retireront derrière la Rivière Salamvria, où elles détiendront certains points stratégiques qui seront évacués au fur et à mesure du paiement des termes de l'indemnité de guerre. || Le mode d'évacuation et les points où devront se concentrer les forces Ottomanes seront déterminés par des Délégués des deux parties intéressées avec le concours des Délégués des Grandes Puissances agissant en qualité de médiateurs, de façon à ce que l'évacuation ne soit faite que lorsque le paiement de l'indemnité aura été assuré d'une manière effective. Mais la concentration des troupes Ottomanes et la remise aux autorités Helléniques des localités évacuées commenceront sans retard.

Beilage 2.

Gegenvorschlag der Pforte.

Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié, l'état de guerre cessera entre la Turquie et la Grèce. || Les troupes Ottomanes évacueront le

Nr. 11904. Grofsbritannien. 4. Aug. 1897.

territoire Hellénique au fur et à mesure du paiement de l'indemnité de guerre, lequel aura lieu en trois termes successifs et à quinze jours d'intervalle en espèces or à Constantinople. || Le premier tiers sera versé dans la première quinzaine à partir de la ratification des présents, et les troupes Ottomanes évacueront alors Phourka, Domokos et Halmyros en se concentrant sur la ligne de Karadjadagh (Cynocephalæ) à Volo, Velestino et Pharsala. || Lors du versement du deuxième tiers, elles quitteront ces villes et se retireront à Larissa et sur le long de la Rivière Salamvrias; après le paiement du dernier tiers elles évacueront tout le territoire occupé et rentreront en deçà des lignes de la nouvelle frontière. || Ces deux derniers paiements doivent avoir lieu dans les quinzaines suivantes, passé lesquelles l'entretien des troupes Ottomanes dans les localités occupées sera à la charge du Gouvernement Hellénique. || Les détails de l'évacuation dans les conditions et termes ci-dessus prescrits seront arrêtés entre les Commandants d'Armée des deux Parties intéressées avec le concours, le cas échéant, des Délégués des Puissances médiatrices agissant en qualité de médiateurs. || L'armée Ottomane conservera pendant les deux dernières périodes de l'évacuation la faculté de se servir librement de la voie de Volo.

Nr. 11905. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Mehrzahl der Botschafter will die Räumung Thessaliens von der Bezahlung abhängig machen.

Constantinople, August 10, 1897, 2.20 P. M. (August 11.)

Nr. 11905. Grofsbritannien. 10. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || The Dragoman of the Austrian Embassy has been informed by Tewfik Pasha that although the value of the modifications introduced into Article VI, reported to your Lordship in my telegram of the 7th instant, is recognized by the Council of Ministers, yet they are still regarded as insufficient, no security being given for the payment of the indemnity. Such security, he said, would not, in the opinion of the Council, be afforded by the concession of the right to garrison certain points north of the Peneus, the only result of which would be to impose an extra charge on the Turkish Government. Certainty of payment could only be secured by a formal guarantee of the Powers, or by the adoption of the scheme proposed by the Porte for the gradual evacuation of Thessaly as the payments are made. This decision of the Council has received the approval of the Sultan. || This morning the Ambassadors met to discuss the above communication. No help is afforded by the reply from Athens,* and my colleagues were generally of opinion that, pending the payment of the first instalment, the Turkish army might

*) In Athen war angefragt worden, ob die griechische Regierung Sicherheit über die Bezahlung der Entschädigung geben könne. Die Antwort Nr. 11621. Red.

be allowed to remain on a line running east and west from Velestino, and that they should retire then to the country north of the Peneus until the payment of the remainder; I, however, informed my colleagues that until I had received authority from your Lordship I could not join in such a proposal. || A meeting with Tewfik Pasha is fixed for this afternoon, but we agreed to make no new proposals, and merely to hear what he has to say. || It seems clear that something must be done to meet the Turkish demand that the payment of the indemnity shall be assured. Either the evacuation must be made to depend on the payment, or Greece must make the necessary financial arrangements.

Nr. 11905. Grofsbritannien. 10. Aug. 1897.

Nr. 11906. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Die englische Regierung kann Nr. 11905 nicht zustimmen.

Foreign Office, August 13, 1897.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government have had under consideration your Excellency's telegrams of the 10th and 12th instant respecting the Preliminaries of Peace between Greece and Turkey, as well as Sir E. Egerton's telegram of the 9th instant relative to the resources of the Greek Gouvernment. || As Greece cannot raise L. T. 4,000,000, and there is no prospect of her beeing able to do so, it is evident that the new Turkish proposal, communicated to me in your telegram of the 11th instant, practically means that Larissa and Volo wil remain permanently in the possession of the Turks. || The effect of the proposal would therefore be definitively to alienate Larissa from Greece. For this arrangement Her Majesty's Government cannot accept the responsibility, and they can take no part in the proposed Treaty unless some other mode is found of providing security for the payment of the indemnity which may be ultimately determined.

Nr. 11906. Grofsbritannien. 13. Aug. 1897.

Nr. 11907. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Gründe für die Annahme von Nr. 11905*).

Constantinople, August 14, 1897, 9.40 P. M. (August 15.)

(Telegraphic.) || The following arguments in support of the Turkish proposal telegraphed by me on the 11th instant are being submitted by my colleagues to the Governments by telegraph in the hope that they will be used to induce your Lordship to adopt their view:— || 1. The immediate signature of the Preliminaries can be secured by no other way. || 2. It will

Nr. 11907. Grofsbritannien. 14. Aug. 1897.

*) Die übrigen Mächte hatten den Artikel acceptiert. Red.

Nr. 11907. Grofsbritannien. 14. Aug. 1897. produce the evacuation of the most fertile parts of Thessaly without any payment being made. || 3. If such an arrangement is not adopted the Powers have no means of inducing the Turks to retire except coercion. The rejection of the proposal may have disastrous results for Greece, and would lead to the indefinite occupation of the whole of Thessaly and to the prolongation of the present state of uncertainty. || At the meeting held this afternoon Tewfik Pasha stated his intention of making the proposal formally in writing, but he was requested to defer doing so until the Ambassadors had ascertained the views of their Governments upon it.

Nr. 11908. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte. Entwurf für Artikel 6.

Konstantinopel, 5. August 1897.

Nr. 11908. Türkei. 5. Aug. 1897. Aussitôt après la signature et la ratification du présent Acte, il sera versé au Trésor Ottoman le tiers de l'indemnité de guerre fixée par l'Article II, et l'armee Imperiale se retirera alors à Larisse, et sur le long de la ligne de la Rivièreg de Salambria. || Au versement intégral de la partie restante de l'indemnité, elle évacuera également ces localités et entrera en deçà de la nouvelle frontière. || Si les deux tiers en question ne sont pas payés dans les quarante-cinq yours à dater des présentes, l'entretien des troupes Ottomanes de l'occupation sera, dans ce cas, à la charge du Gouvernement Hellénique. || Il est entendu que l'armée Ottomane pourra se servir librement de la voie de Volo jusq'uà sa complète évacuation.

Nr. 11909. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Gegenentwurf zu Nr. 11908.

Konstantinopel, 7. August 1897.

Nr. 11909. Grofsmächte. 7. Aug. 1897. Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié, l'état de guerre entre la Turquie et la Grèce cessera. Les troupes Turques se retireront derrière la Rivière Salambria où elles détiendront certains points stratégiques, qui seront évacués au fur et à mesure du paiement des termes de l'indemnité de guerre. || Le mode de l'évacuation et les points où devront se concentrer les forces Ottomanes ainsi que les échéances des paiements seront déterminés par un arrangement à conclure entre les Délégués des deux Parties intéressées avec le concours de Délégués des Grandes Puissances agissant en qualité de médiateurs, de façon à ce que l'évacuation ne soit faite que lorsque le paiement de l'indemnité aura été assuré d'une manière effective. || Mais la concentration des troupes Ottomanes et la remise aux autorités civiles Helléniques des localités évacuées commenceront sans retard et se poursuivront graduellement sans que ces localités puissent être occupées par des forces Helléniques

autres que celles indispensables pour le maintien de l'ordre public. || Les troupes Ottomanes qui ne sont pas nécessaires pour l'occupation des points stratégiques au nord de Salambria pourront être évacuées par la voie de Volo.

Nr. 11909. Grofsmächte. 7. Aug. 1897.

Nr. 11910. GROSSMÄCHTE. — Die Botschafter der Grofsmächte in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Neuer Vorschlag für Artikel 6.*)

Konstantinopel, 10. August 1897.

Nr. 11910. Grofsmächte. 10. Aug. 1897.

Aussitôt que le présent Acte aura été signé et ratifié, l'état de guerre cessera entre la Turquie et la Grèce. Les troupes Turques se retireront au nord de la Rivière Salambria et à l'est de la ligne ferrée de Larisse à Volo en occupant ces deux villes. || Le terme et les échéances du paiement de l'indemnité de guerre seront fixés dans le Traité Définitif de façon à ce que le paiement intégral ait lieu dans le plus bref délai possible, et les Puissances prêteront leurs bons offices à cet effet. || Après le versement du premier tiers de l'indemnité, les troupes Ottomanes évacueront les territoires situés au nord du Salambria depuis sa source jusqu'à la position de Gonitza. || Après le versement d'un second tiers, elles évacueront les territoires situés entre la position de Gonitza et Larisse et se concentreront vers Volo, par où se fera l'évacuation finale après le paiement intégral de l'indemnité. || La remise aux autorités civiles Helléniques des localités évacuées commencera sans retard et se poursuivra graduellement sans que ces localités puissent être occupées par des forces Helléniques autres que celles indispensables au maintien de l'ordre public. || Les limites des territoires occupés ainsi que le mode d'évacuation et de remise des localités évacuées seront déterminés par les Délégués des deux Parties intéressées avec le concours de Délégués des Grandes Puissances agissant en qualité de médiateurs.

Nr. 11911. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Petersburg, Berlin, Wien, Rom. Zu Nr. 11910. Die Zahlungsfähigkeit Griechenlands mufs zuerst festgestellt sein.

Foreign Office, August 19, 1897, 6 P. M.

Nr. 11911. Grofsbritannien. 19. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || At the interviews which I had yesterday with the Representatives of the five Great Powers, I have spoken to the following effect with regard to Article VI of the Preliminaries of Peace between Turkey and Greece:—

---

*) Diese Fassung war infolge einer erneuten Vorstellung der Pforte beschlossen worden.

Nr. 11911. Grofsbritannien. 19. Aug. 1897.

1. Unless Greece can pay the sum fixed for the indemnity, Article VI amounts to the retrocession in disguise of Larissa and Volo to Turkey, and Her Mayesty's Government cannot be parties to such a proceeding.

2. Until we know whether Greece is able to raise a loan to pay this indemnity we cannot know wheter the Article is open to the above objection.

3. There are authorities in whose opinion Greece could not, even if she did surrender an adequate revenue to international control, raise the necessary loan, but there is no one who believes that she can raise it without such a control.

4. Before discussing Article VI the Powers should, therefore, in the first place take steps to obtain the definite assent of Greece to the control of, say, 200,000 l. or 250,000 l. of revenue by an International Commission, and to settle the details of such control.

It will be easy when that is done to ascertain from financial authorities whether or not it would be possible to float such a loan. || It will be impossible to discuss Article VI to any useful purpose until this knowledge is obtained. || I request your Excellency to make a representation in the above sense to the Minister for Foreign Affairs at the Court to which you are accredited.

Nr. 11912. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Pforte hat Nr. 11912 offiziell angenommen.

Constantinople, August 17, 1897, 7.55 P. M. (August 20.)

Nr. 11912. Grofsbritannien. 17. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of 17th August: || The Minister for Foreign Affairs has summoned the Ambassadors to a meeting on Saturday in order to propose to us formally the Turkish draft of Article VI, which was approved yesterday by the Council of Ministers, and sanctioned by the Sultan.

Nr. 11913. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow über die Notwendigkeit einer griechischen Finanzkontrolle.

Berlin, August 20, 1897. (August 23.)

Nr. 11913. Grofsbritannien. 20. Aug. 1897.

My Lord. || I handed this morning to M. de Bülow a paraphrase of your Lordship's telegram of yesterday's date, expressing the views of Her Majesty's Government on the subject of the proposals with regard to the payment of the Greek indemnity and the evacuation of Thessaly by the Turkish troops. || M. de Bülow read the paraphrase carefully, and said that he would consider

it with the attention it deserved, and would give me the views of the German Government later. At present he could only give me his personal opinion, which was that the necessary money for the payment of the indemnity would be forthcoming if some sort of international financial control, or, as he preferred to call it, "surveillance," were established at Athens. He had been given to understand that the great financial houses at Berlin, and he believed also at Paris, would be prepared to undertake the loan. He quite agreed with your Lordship that without this "surveillance" it would be impossible for Greece to obtain any money at all on the foreign markets. || His Excellency then went on to say that he had good reason to believe that nearly all the leading statesmen in Greece were convinced of the necessity of some sort of control or supervision, but that no Greek Government could consent to it if applied to beforehand. The matter, however, would assume a different character if the establishment of the "surveillance" were provided for in the Treaty drawn up by the Powers. In that case the Greek Government could not do otherwise than yield to the united will of Europe, and would accept the whole Treaty without the fear of reproach. || I pointed out to M. de Bülow that your Lordship doubted whether it would be possible for Greece to obtain the necessary money, even with the establishment of a control, and that until this point were cleared up it would be impossible for Her Majesty's Government, in view of the strong public opinion in England, to take part in a Treaty which might practically have the effect of allowing the Turks to retain possession of a large portion of Thessaly.

Nr. 11913. Grofsbritannien. 20. Aug. 1897.

Nr. 11914. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Wien, Berlin, Petersburg, Rom. Die griechische Regierung soll sich über ihre Finanzen äufsern.

Foreign Office, August 21, 1897, 3.10 P. M.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government propose that the Powers should instruct their Representatives at Athens to ask the Greek Government: | || 1. What revenues they are prepared to hypothecate for the payment of the interest of the loan required to meet the indemnity to be given to Turkey. || 2. In what manner they propose to organize the International Control which will be required in order to assure the holders of the loan that the interest will be regularly paid. || I request you to make this proposal on behalf of Her Majesty's Government to the Minister for Foreign Affairs at the Court to which you are accredited.

(Repeated to Constantinople and Athens.)

Nr. 11914. Grofsbritannien. 21. Aug. 1897.

Nr. 11915. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow will Griechenland nicht befragen.

Berlin, August 23, 1897, 2.30 P. M. (August 23.)

Nr. 11915. Grofsbritannien. 23. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || Herr von Bülow, to whom I have communicated the substance of your Lordship's telegram of the 21st instant, repeated to me, in reply, the views which he had expressed on the 20th instant, and which I had the honour to report to your Lordship in my telegram and my despatch of that date. || His Excellency said that he was averse, for the reasons he had then given me, to asking the Greek Government the two questions proposed by your Lordship, and he summed up in the following words the views of the Imperial Government on the subject:— || "The effect of imposing the control on Greece by inserting it in the Peace Preliminaries would be to re-establish order in the country, to consolidate the throne, and to assure peace. On the other hand, to ask the consent of Greece to this measure, would only delay the conclusion of peace, and consequently the evacuation of Thessaly, which was desired by all the Great Powers."

Nr. 11916. **GROSSBRITANNIRN.** — Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die italienische Regierung stimmt der Befragung Griechenlands zu.

Rome, August 23, 1897. (August 24.)

Nr. 11916. Grofsbritannien. 23. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || On my communicating to the Foreign Minister the proposal contained in your Lordship's telegram of the 21st instant, his Excellency informs me that the Italian Government will adhere to the proposal made by Her Majesty's Government, provided that the other Cabinets do so also, meaning thereby that, on learning the adhesion of other Governments, the Italian Representative at Athens will receive instructions in the sense desired by Her Majesty's Government. || I here informed the Marquis Visconti-Venosta that according to my information France and Russia would be in favour of Lord Salisbury's proposal. || His Excellency then said that, in his opinion, it would be more easy to obtain adherence of some Powers, mentioning Germany, if it could be established, in the first place, that the control over certain Greek revenues has already been arranged in the IInd Article of the Preliminaries of Peace, which had been unanimously accepted by the Powers; secondly, that there was, therefore, no question of discussing with Greece whether or not she would accept a control, but only as to the form of carrying it out.

Nr. 11917. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris und Petersburg. Schlägt die Garantie einer griechischen Anleihe vor.

Foreign Office, August 24, 1897, 4.30 P. M.

Nr. 11917. Grofsbritannien. 24. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government, recognizing the great difficulties which will attend the raising in the open market of a loan to cover the indemnity to be paid by Greece, are willing, in concert with the French and Russian Governments, should they be willing to join in doing so, to guarantee the sum that may be found necessary for that purpose. They consider that the amount required should certainly not exceed 4 millions, but that a much smaller sum would probably suffice. || The guarantee would be conditional on the hypothecation of Greek revenues to meet the interest on the loan, and their submission to the financial control of a Commission to be named by the three Powers in question. || Should Austria, Italy, and Germany be willing to join, Her Majesty's Government would welcome their co-operation, but the concurrence of the three Powers by whom the Hellenic Kingdom was founded would be sufficient. || (Repeated to Constantinople.)

Nr. 11918. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rufsland und Frankreich nehmen den englischen Vorschlag Nr. 11914 an.

St. Petersburgh, August 25, 1897. (August 26.)

Nr. 11918. Grofsbritannien. 25. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || Count Mouravieff has been informed by the German and Austrian Ambassadors that their Governments do not agree to the proposal communicated to me in your Lordship's telegram of the 21st instant. However, Count Mouravieff and M. Hanotaux, after conferring together, have instructed the Representatives of Russia and France at Athens to address, in a confidential and unofficial manner to the Greek Government, the two questions which your Lordship has proposed.

Nr. 11919. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Graf Murawiew ist nicht für Garantie der Kriegsanleihe.

St. Petersburgh, August 27, 1897. (August 27.)

Nr. 11919. Grofsbritannien. 27. Aug. 1897.

(Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of the 24th instant, I have the honour to state that I am informed by Count Mouravieff that the Imperial Government is not disposed to guarantee the Greek loan for the payment of the war indemnity, and, further, that his Excellency had been informed by M. Hanotaux that the Continental Parliamentary countries

Nr. 11919. Grofsbritannien. 27. Aug. 1897. would find it difficult, without previously applying to their Chambers, to guarantee the loan. || Count Mouravieff has informed the German Ambassador of the suggestion made by your Lordship, as well as of his reply to it. His Excellency proposes conveying the same information to the Representatives of Austria and Italy. || Count Mouravieff told me, however, that a further discussion of the question between the Cabinets is not precluded by his answer to your Lordship's suggestion.

Nr. 11920. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow erklärt die Unterzeichnung der Präliminarien für das Wichtigste.

Berlin, August 27, 1897, 4 P. M. (August 27.)

Nr. 11920. Grofsbritannien. 27. Aug. 1897. (Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of the 26th instant, I have the honour to report that I saw Herr von Bülow this morning, and that his Excellency, referring to the conversation which your Lordship had had with the German Ambassador, said that it led him to hope that some arrangement might be arrived at for the prompt signature of the Peace Preliminaries. || His Excellency stated that he doubted the efficacy of the confidential inquiries which the French and Russian Representatives at Athens had been instructed to make, and did not think that any useful result would follow. Nor was he inclined to agree to the proposal made by Russia that the Continental Powers should sign without England, but if there were no hope of inducing Her Majesty's Government to join, he would be prepared to consider it. || His Excellency expressed his strong opinion that the signature of the Preliminaries was now the most important point, and he feared, according to the news from Crete, that complications would arise unless they were signed without delay. The efficacy of the concert of Europe he believed in, and hoped sincerely that it would be maintained. || Referring to the question of a guarantee of the loan by the Powers, Herr von Bülow said that under present circumstances the German Government would certainly not entertain the idea, but that, if a control were established which would protect the rights of the former creditors of Greece, it might be possible to obtain the consent of the Reichstag. On this point, however, he was by no means confident.

Nr. 11921. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Die Verzögerung des Friedens ist schädlich.

Le 26 Août, 1897.

Nr. 11921. Türkei. 26. Aug. 1897. (Télégraphique.) || Depuis l'éclosion de l'insurrection Crétoise qui a marqué le début des agressions Helléniques et le commencement de la guerre qu'elle a engendrée, le Gouvernement Impérial ne s'est point départi de l'attitude

pacifique adoptée par les Grandes Puissances, et n'a pas hésité à accepter l'armistice proposé par elles en vue de leur prouver que le Gouvernement Impérial considérait comme devant hâter une solution tout en garantissant les droits qui découlaient pour lui de ses victoires. L'acquiescement du Gouvernement Impérial à toutes les modifications proposées de concert par les Puissances Médiatrices pendant les négociations de paix touchant des points offrant la plus haute importance quant à ses droits et à sa situation prouve d'une façon manifeste combien il s'est rallié à leurs vues pour hâter le rétablissement de la paix. C'est ainsi que tous les points des Préliminaires de Paix avaient été réglés et il ne restait plus qu'à signer l'Acte arrêté avec les Ambassadeurs lorsque l'une des Puissances Médiatrices fit ressortir la nécessité de s'adresser au Cabinet d'Athènes pour la désignation et la fixation des revenues à affecter, par suite de l'établissement du contrôle financier que la Grece doit naturellement accepter au service tant de son ancienne dette que du nouvel emprunt à contracter pour le paiement de l'indemnité de guerre. Cette proposition inattendue vint de soulever de nouvelles difficultés et retarder la signature des Préliminaires. || Il est cependant à remarquer que si le Gouvernement Impérial s'était empressé d'accepter par déférence pour les Puissances leur médiation, c'est parce que la Grèce avait sollicité leurs bons offices en vue du rétablissement de la paix en leur confiant le soin de ses intérêts et en leur donnant plein pouvoir à cet effet. || Dans ces conditions les retards, qu'on peut considérer comme inutiles, contrariés par les décisions auxquelles ont abouti les négociations menées d'accord avec les Puissances, ne peuvent, eu égard à l'autorité et à la nature de la médiation et aux exigences de la situation, qu'empêcher le rétablissement de la paix désiré tant par le Gouvernement Impérial que par les Grandes Puissances et porter atteinte aux droits et intérêts moraux et matériels de l'Empire. || Aussi, le Gouvernement Impérial se trouve-t-il dans l'obligation impérieuse de hâter la signature du dit Acte en écartant ces nouvelles difficultés, qui sont des plus nuisibles pour ses intérêts, et d'accélérer la mise à exécution des décisions prises d'un commun accord. || Nous ne doutons pas que les Cabinets Européens ne veuillent, comme nous, mettre un terme à cette situation intolérable, qui va à l'encontre des dispositions pacifiques des Puissances, et c'est dans cette conviction que je vous prie de faire les démarches nécessaires auprès de M. le Ministre des Affaires Étrangères du Gouvernement près duquel vous êtes accrédité pour l'amener à inviter son Représentant à Constantinople à signer sans plus de retard les Préliminaires arrêtés. || Vous voudrez bien laisser à son Excellence copie du présent télégramme, et me communiquer immédiatement sa réponse.

Nr. 11921. Türkei. 26. Aug. 1897.

Nr. 11922. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bülow über die Notwendigkeit der Finanzkontrolle.

Berlin, August 27, 1887. (August 30.)

Nr. 11922. Grofsbritannien. 27. Aug. 1897.

My Lord, || On the 23rd instant I called upon M. de Bülow for the purpose of communicating to his Excellency the substance of your Lordship's telegramm of the 21st instant, of which I handed him a paraphrase. || His Excellency repeated to me at length the language which I had already the honour to report to your Lordship in my despatch of the 20th instant, and said that the view of the German Government might be summed up in the following phrase, which formed part of a telegram which he had addressed to Count Hatzfeldt: — || "To impose the control upon Greece would be to restore order in the country, to assure peace, and to consolidate the throne of King George. On the other hand, to ask the consent of the Greek Government to the control would retard the conclusion of peace, and consequently the evacuation of Thessaly, which it was the desire of the Powers to bring about as soon as possible."

In the course of this conversation, M. de Bülow said that Germany had no direct interests in the East, but it would be impossible, in view of the strongly-expressed public opinion in Germany, for any German Government to neglect the interests of holders of Greek bonds, a very large number of which were held by German investors.

(Signed) Frank C. Lascelles.

Nr. 11923. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Schlägt eine internationale Finanzkommission in Athen vor.

Foreign Office, September 3, 1897.

Nr. 11923. Grofsbritannien. 3. Sept. 1897

(Telegraphic.) || The Greek Government appear to be prepared to agree to the establishment of an international control of hypothecated revenues, and to assign for that purpose revenues which they consider to be free from encumbrance, in lieu of the disputed portion of Article VI of the Preliminaries of Peace. || Suggest to your colleagues the adoption of the following provisions:—

1. The appointment of an International Commission to sit at Athens. Each Power to be represented by one Delegate. || 2. That the Greek Government shall obtain the passage through the Greek Chamber of a Law to place under the complete control of the International Commission the receipt and expenditure of revenues adequate to the payment of the interest on the loan for the indemnity payable to Turkey, and on other national debts as approved by the Powers. || 3. That, subject to the agreed modification of the frontier, Thessaly shall thereupon be evacuated within one month by the Turkish forces.

Nr. 11924. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hanotaux stimmt der internationalen Kommission zu.

Paris, September 4, 1897, 5.20 P. M. (September 4.)

Nr. 11924. Grofsbritannien. 4. Sept. 1897.

(Telegraphic.) || M. Hanotaux is evidently relieved by your Lordship's conciliatory proposal concerning Article VI, as contained in telegram of yesterday to Her Majesty's Ambassador at Constantinople. || His Excellency is inclined to think that all the Powers should be willing to accept your Lordship's suggestion; but he inclines to altering paragraph 1 to read as follows: "An International Commission shall be appointed as soon as this law has been passed," and to placing paragraph 2 before it. || M. Hanotaux is still of opinion that 1,000,000*l* in cash will have to be paid down to enable the evacuation to be commenced by the Turks.

Nr. 11925. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Vorschlag der Botschafter über Artikel 2 und 6.

Constantinople, September 6, 1897, 4.30 P. M. (September 6.)

Nr. 11925. Grofsbritannien. 6. Sept. 1897.

(Telegraphic.) || I have the honour to report that, at an Ambassadors' meeting this morning, M. de Nélidow read to us a telegraphic instruction which he had received from his Government directing him to confer with his colleagues with a view to drawing up a modified draft of the Peace Preliminaries in a form that would be acceptable to all, on the basis of your Lordship's last proposals. || My colleagues agreed to recommend accordingly to their respective Governments that the Mediating Powers should propose to the Porte the following modifications:—

Article II. In place of last paragraph: "A cet effet il sera constitué à Athènes une Commission Internationale composée des Représentants des Puissances Médiatrices à raison d'un membre nommé par chaque Puissance. Le Gouvernement Hellénique fera adopter une Loi d'après laquelle la perception et l'emploi des revenus suffisants au paiement de l'intérêt de l'emprunt pour l'indemnité de guerre et des autres dettes nationales seront placés sous le contrôle absolu de la dite Commission, le tout avec l'approbation des Puissances Médiatrices."

Nr. 11926. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Verhandlung mit dem deutschen Botschafter über die Fassung des Artikel 6.

Foreign Office, September 8, 1897, 7.30 P. M.

Nr. 11926. Grofsbritannien. 8. Sept. 1897.

(Telegraphic.) || Your telegram of the 6th September. || I have seen the German Ambassador, and have proposed to his Excellency that the words "époque du paiement," in the new draft of Article VI should be replaced by

Nr. 11926. Grofsbritannien. 8. Sept. 1897. the words "époque de la publication de l'emprunt pour l'indemnité." || It is possible that a controversy may arise on the meaning of these words. I do not think, however, that any real danger is involved in their use, and they will be the means of bridging over what is, I hope, our last difficulty in these negotiations. || Count Hatzfeldt took my suggestion *ad referendum*, but appeared to entertain it favourably. || Some other modifications of the language of the new draft Articles were suggested by his Excellency, which did not appear to me to be open to objection. He desired that the draft of law for assignment and control of the revenue affected to the service of the debt should, in the first place, be communicated to, and approved by, the Ambassadors before being laid before the Greek Chamber.

Nr. 11927. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Der deutsche Botschafter hat noch keine Instruktionen.

Constantinople, September 9, 1897, 6 P. M. (September 10.)

Nr. 11927. Grofsbritannien. 9. Sept. 1897. (Telegraphic.) || I communicated to my colleagues to-day the amendment proposed in your Lordship's telegram of the 8th September to their draft of Article VI. || The German Ambassador had been told to await further instructions. Nothing, therefore, could be settled, though most of the Ambassadors were authorized to agree to any wording that was approved by all. || The last sentence of Article II, as drafted by the Ambassadors, meets the wish expressed to your Lordship by the German Ambassador in London, that the Greek law should be approved by the Powers.

Nr. 11928. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Verständigung mit Deutschland und Rufsland.

Foreign Office, September 13, 1897.

Nr. 11928. Grofsbritannien. 13. Sept. 1897. (Telegraphic). || The following is the French text of the second paragraph of Article II and of Article VI of the Preliminaries of Peace, as amended: —

"Article II, alinéa 2. A cet effet il sera institué à Athènes une Commission Internationale des Représentants des Puissances Médiatrices à raison d'un membre nommé par chaque Puissance. Le Gouvernement Grec fera adopter une Loi, agréée préalablement par les Puissances, réglant le fonctionnement de la Commission, et d'après laquelle la perception et l'emploi des revenus suffisants au service de l'emprunt pour l'indemnité de guerre et les autres Dettes Publiques seront placés sous le contrôle absolu de la dite Commission."

"Article VI. L'état de guerre cessera entre la Turquie et la Grèce aussitôt que l'Acte de la Paix Préliminaire aura été signé. || Lorsque les Puissances auront reconnu comme remplies les conditions prévues à l'Article II, et que l'époque de l'issue de l'emprunt pour l'indemnité de guerre aura été établie par la Commission Internationale en conformité avec les dispositions de l'arrangement financier mentionné dans l'alinéa 2 de l'Article II, l'évacuation de Thessalie s'effectuera dans le délai d'un mois à partir de ce terme."

Nr. 11928. Grofsbritannien. 13. Sept. 1897.

The above wording is, I understand, acceptable to the Governments of Germany and Russia, and I am prepared also to accept it. || I would propose, as the simplest course, that the Ambassadors at Constantinople should agree to adopt it and report it to their respective Governments, as agreed to between them without any formal proposal by any one of them. || If, however, it should be considered advisable that some one should move the adoption of the new text at the Ambassadors' meeting, I have no objection to your Excellency proposing the last sentence of Article VI, while the other amendments might be moved by the German and Russian Ambassadors. || Article VI provides that the evacuation of Thessaly shall take place one month after the day on which the date of publication, or issue of the indemnity loan, is fixed by the International Commission. So long as this is made quite clear, it is not material which of the three words: "émission," "publication," or "issue" is employed.

Nr. 11929. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Verständigung der Botschafter über Artikel 2 und 6.

Constantinople, September 13, 1897, 7.10 P. M. (September 14.)

(Telegraphic.) || Fresh drafts of Articles II and VI were agreed upon at the Ambassadors' meeting to-day, on the basis arranged between Count Hatzfeldt and your Lordship. || I made a point of the word "publication" being used, and my colleagues accepted it. || We are communicating draft to the Minister for Foreign Affairs, and have proposed to him a meeting for to-morrow. || The draft, we hope, may possibly then be initialled, and on Saturday the Preliminaries signed.

Nr. 11929. Grofsbritannien. 13. Sept. 1897.

Nr. 11930. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Antwort auf Nr. 11928.

Constantinople, September 14, 1897, 2.25 P. M. (September 14.)

(Telegraphic.) || Your Lordship's telegram of yesterday. || As I telegraphed to your Lordship yesterday, the Ambassadors agreed upon the wording of Articles Nos. II and VI, and communicated them to the Porte unofficially yesterday, requesting the Foreign Minister to meet us to-day. || So far we have

Nr. 11930. Grofsbritannien. 14. Sept. 1897.

Nr. 11930. Grofsbritannien. 14. Sept. 1897.

received no answer. || The wording adopted is identical with that contained in your Lordship's telegram of yesterday's date, with the exception of slight verbal modifications.

Nr. 11931. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Athen an den Minister des Auswärtigen. Griechenland hat einen Unterhändler in Konstantinopel ernannt.

Athens, October 6, 1897. (October 6.)

Nr. 11931. Grofsbritannien. 6. Okt. 1897.

(Telegraphic.) || I have received a note from the Minister for Foreign Affairs, officially acknowledging the collective note of the 15th (27th) September, and informing me that in conformity with the stipulations of Article IV of the Preliminaries, M. N. Mavrocordato has been appointed Hellenic Plenipotentiary to negotiate the definitive peace. || M. Mavrocordato is the late Hellenic Minister in Constantinople.

Nr. 11932. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die griechisch-türkischen Verhandlungen haben begonnen.

Constantinople, October 19, 1897, 11 A. M. (October 19.)

Nr. 11932. Grofsbritannien. 19. Okt. 1897.

(Telegraphic.) || As announced in my telegram of the 17th instant, a meeting took place yesterday between the Foreign Minister and the Greek Plenipotentiaries. || Tewfik Pasha, whom I saw after the meeting, spoke hopefully as to an early conclusion of the definitive Treaty of Peace and the reestablishment of normal relations with Greece. || The Conventions referred to in Article V would no doubt take time to negotiate. He hoped, however, that the Consular one, which offered most difficulties, would be speedily settled on the basis of the unsigned Convention of 1876, subject to some modifications. || The position of Second Turkish Plenipotentiary has been given to Hassan Fehmi Pasha.

Nr. 11933. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Kapitulationsfrage macht Schwierigkeiten.

Constantinople, October 23, 1897, 5 P. M. (October 23.)

Nr. 11933. Grofsbritannien. 23. Okt. 1897.

(Telegraphic.) || I hear that favourable progress is being made with the Greek negotiations, and that the Turks are conciliatory and apparently anxious to sign the definitive Treaty of Peace as soon as possible. || In the opinion of the Greek Plenipotentiaries the Consular Convention and the indemnity for damage inflicted on private property are the only points likely to present

any serious difficulty. As regards the latter the Turks want themselves to fix the amount of each claim and the time of payment, a maximum total of 10,000,000 fr. being the only limit to their demands. That sum is considered excessive by the Greeks, who desire that a joint Commission should deal with the question. || On the question of the Consular Convention the Greeks object to signing the Treaty without knowing what the demands of Turkey will be. The Turks, on the other hand, propose that a simple agreement that the Convention will be signed should be inserted in the Treaty. Other unacceptable demands made by the Turks have been withdrawn. || Prince Mavrocordato has appealed to me for my support in regard to the above two points.

Nr. 11933. Grofsbritannien. 23. Okt. 1897.

Nr. 11934. TÜRKEI und GRIECHENLAND. — Entwurf eines definitiven Friedensvertrages.

Konstantinopel, 23. Oktober 1897.

Nr. 11934. Türkei und Griechenland. 23. Okt. 1897.

Article I.

(Derselbe Inhalt wie Art. I des Präliminarfriedens.)

Article II.

. . . . £ T. 4,000,000, conformément aux conditions prévues à l'Article II des Préliminaires de Paix. || L'arrangement nécessaire pour assurer le paiement rapide de cette indemnité sera arrêté avec le concours des Grandes Puissances, ainsi qu'il est stipulé dans l'Article précité.

(Rest fortgelassen.)

Article III.

(Derselbe Inhalt wie in Art. VI des Präliminarfriedens.)

Article IV.

(Austausch der Gefangenen.)

Article V.

Une amnistie pleine et entière est accordée à toutes les personnes qui ont été compromises dans les événements qui ont précédé ou suivi la guerre.

Article VI.

Chacune des Parties Contractantes se réserve la faculté de refuser l'accès de son territoire à ceux des sujets de l'autre partie qui ne justifieraient pas d'avoir des moyens de subsistance ou une profession, qui auraient subi des condamnations judiciaires ou qui auraient été l'objet d'une décision d'expulsion à raison de leurs antécédents et méfaits de droit commun.

Article VII.

Les habitants, de même que les individus originaires des territoires occupés par les troupes Ottomanes par suite de la dernière guerre et restitués à la Grèce, seront libres d'émigrer ou de fixer leur domicile en Turquie, et y ac-

Nr. 11934. Türkei und Griechenland. 23. Okt. 1897.

querront par ce fait la nationalité Ottomane, tout en continuant de jouir pleinement et sans aucune entrave de leurs propriétés immobilières sises en Grèce et de les administrer.

Article VIII.

La Grèce s'engage à payer, au fur et à mesure que lui sera notifié par la Sublime Porte, les indemnités qui seraient fixées et allouées par le Gouvernement Impérial aux sujets et institutions, tant Ottomans qu'étrangers, qui ont souffert des faits de la guerre. Toutefois le montant total de ces indemnités ne devra pas dépasser le chiffre de 10,000,000 fr.

Article IX.

Artikel III des Vorfriedens mit der Änderung "Une Convention Consulaire" für "des arrangements spéciaux. . . . . faillite."

Hierauf folgt Article VIII (unter Weglassung des ersten Paragraphen "dès la ratification . . . . de leurs nationaux) "jusqu'à la conclusion . . . . . 1896."

(Neu.)

Quant aux Consuls Ottomans en Grèce ils y jouiront, comme par le passé, du régime assuré aux Consuls des Puissances les plus favorisées.

Article X.

Les Conventions et autres Actes réglant les rapports entre la Turquie et la Grèce ayant été annulés par la guerre les Parties Contractantes conviennent de remettre en vigueur la Convention du 24 Mai, 1881, et de conclure au plus tôt et simultanément outre la Convention Consulaire dont il est parlé dans l'Article précédent, les Traités suivants:—

A. = V. (*a*) "Arrangement" statt "Convention."

B. Un Traité d'Extradition pour la remise réciproque des criminels politiques et de droit commun.

C. = D. + et de la contrebande ainsi que pour la fixation des règles de la police maritime en vue de la régularité et du développement des relations maritimes entre les deux pays.

Article XI.

Il sera également conclu entre les deux Parties Contractantes un Traité de Commerce et de Navigation. En attendant, les sujets de chacun, &c. (voir Article VII), ... et de navigation est rétablie à la base de la plus parfaite réciprocité.

Article XII.

(Erneuerung des Postverkehrs.)

Article XIII.

De même, les Administrations des Télégraphes des deux Parties Contractantes devront prendre les mesures nécessaires pour rétablir les communications entre leurs réseaux respectifs pour les entretenir convenablement de

manière à imprimer un cours ininterrompu et rapide aux échanges des dépêches télégraphiques.

Article XIV.

Le Gouvernement Hellénique s'engage d'une manière formelle à observer scrupuleusement les stipulations de la Convention du 24 Mai, 1881, qui n'ont pas été modifiées par le présent Acte et à en assurer l'exécution stricte et parfaite.

En conséquence, tenant compte des observations déjà faites, ou à faire, le cas échéant, par la Sublime Porte, il rapportera tous Lois, Règlements et Arrêtés qui sont ou qui seraient contraires à la teneur ou à l'esprit de la dite Convention, notamment en tout ce qui touche l'organisation des communautés Musulmanes, les rapports de celles-ci avec leur chef spirituel, le régime de loi et d'administration des biens Vacoufs, le droit de propriété des Musulmans et autres dans les territoires cédés par la dite Convention.

Les titres anciens de propriété seront reconnus par les autorités Helléniques et personne ne sera dépossédée de sa ferme et de son immeuble sans son consentement.

La décision qui interviendrait entre la Sublime Porte et les Puissances Médiatrices en exécution de l'Article X de la dite Convention concernant la part à payer par la Grèce à la Dette Publique Ottomane sera acceptée par elle et exécutée sans objection.

Article XV.

L'indemnité que la Grèce devait payer à la Turquie en exécution de l'Article IX de la Convention du 24 Mai, 1881, pour les biens-fonds appartenant à l'État Ottoman, et cédés à elle est fixée à forfait à la somme de £ T. 100,000.

Le payement en sera effectué . . . . . .

Article XVI.

(Artikel XI der Präliminarien.)

Article XVII.

Artikel IX der Präliminarien, aber er beginnt:

"En cas de divergences dans le cours des négociations entre la Turquie et la Grèce pour la conclusion des Conventions prévues par le présent Acte les points contestés," &c., bis zu Ende.

Article XVIII.

(Ratifikation in 15 Tagen nach der Unterzeichnung.)

Nr. 11935. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Ausw. Übersendet eine gemeinsame griechisch-türkische Proklamation, um die geflüchteten Thessalier zurückzurufen.

Constantinople, October 25, 1897, 4.25 P. M. (October 25.)

Nr. 11935. Grofsbritannien. 25. Okt. 1897.

(Telegraphic.) || Mr. Bigham telegraphs to-day from Domoko as follows: || "The Turkish and Greek Delegates here have agreed upon the following Proclamation: || "1. Refugees may return by way of Larissa, Volo, Musaki, and the Furka Pass. || "2. Until Thessaly has been entirely evacuated they will be nourished by the Hellenic Government. || "3. They must be unarmed, free from contagious disease, and of good character. || "4. They will not be reinstated in any village or town occupied at present by Turkish troops. || "5. Before the return commences, this Convention shall be signed by the Delegates of both sides at each point of re-entry. || "The above Convention requires a Local Commission to sit at each of the points of re-entry. In the opinion of both parties, a European Delegate should also be present. The Turks desire this to prevent false reports, and the Greek refugees consider that it would be some guarantee against plundering and murder. The matter is very pressing, and I venture so suggest going myself to Furka pending the arrival of my colleagues. Furka, with Volo, will be the main place of entry. The Consuls could act at Volo. || "I feel very doubtful whether a sufficient food supply will be forthcoming. The country is absolutely bare, and the villages stripped and roofless, yet the Greeks are evidently under the impression that they will find everything in their houses.

"According to the Greek Delegate here the refugees will bring with them a ten days' supply of corn and flour, and food from the Hellenic military stores will be sent to them afterwards. || "The Turks are to supply escort, but not transport, but the arrangements are all very haphazard. || "There has been exaggeration as to the mortality among the soldiers, which amounts in reality to about twenty deaths a-week; but there is much sickness, mainly fever, nearly 20,000 men being on the sick list. Weather is getting cold, and dispatch is urgent. The army appears quiet, and anxious to get back." || This intelligence has been repeated to Her Majesty's Minister at Athens.

Nr. 11936. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Die Kapitulationsfrage macht Schwierigkeiten.

Constantinople, November 4, 1897, 11.50 A. M. (November 4.)

Nr. 11936. Grofsbritannien. 4. Nov. 1897.

Telegraphic.) || I sent the following telegram to-day to Her Majesty's Minister at Athens:— || "Prince Mavrocordato having communicated to me the points at issue between the Porte and the Greek Plenipotentiaries, I called on the Foreign Minister on the 2nd instant, in order to endea-

vour to facilitate a settlement. I have now received a message from the Sultan, stating that he is most anxious for the signature of peace on the basis of the Preliminaries, but that the Greek Plenipotentiaries will not come to an agreement, and declare that they are without instructions. The only serious difficulty, so far as I can unterstand, is the matter of the Consular Convention, as to which the Greeks fear that, if they sign the Treaty without knowing what are the precise demands of Turkey in regard to the reform of abuses, they may be committed to the Servian régime for an indefinite time. Tewfik Pasha told me he was willing to state the Turkish demands, but that the real object of the Greeks was to get rid of the transitional period altogether. I gather from what he said that the Porte will not consent to this, as they consider that the last sentence of Article 8 was inserted in the Preliminaries as a set-off against the continuance of the old régime in cases which arose before the war broke out. || "The Foreign Minister also demands that the conclusion of the Consular Convention shall take place, as implied in Article 5, after the signature of peace. || "I have offered my good offices to the Greek Plenipotentiaries, informing them of the Sultan's message, and asking them to let me know what is the minimum that will be accepted by Greece."

Nr. 11936. Grofsbritannien. 4. Nov. 1897.

Nr. 11937. **GRIECHENLAND.** — Der Bevollmächtigte in Konstantinopel an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Denkschrift über die Differenzen zwischen der Pforte und Griechenland.

Les divergences entre les Plénipotentiaires Ottomans et Hellènes portent principalement sur trois points:—

Nr. 11937. Griechenland. 5. Nov. 1897.

1. Article VII du projet de Traité Définitif (qui est un développement de la phrase de l'Article IV des Préliminaires parlant de la *"libre émigration des habitants des territoires rétrocédés."*) D'après le sens véritable du mot, l'expression rétrocéder ne pourrait s'appliquer qu'à la bande de la Thessalie, qui, appartenant aujourd'hui à la Grèce, doit revenir à la Turquie, en vertu de la rectification des frontières. D'ailleurs, la stipulation du droit d'émigration appliquée aux habitants du Royaume Hellénique n'aurait pas de sens, puisqu'il y a pleine et entière liberté à cet égard, d'après les lois du Royaume. Aussi un grand nombre de propriétaires Musulmans de Thessalie qui habitent aujourd'hui Constantinople ou d'autres villes de l'Empire ont indifféremment la nationalité Ottomane ou Hellénique, et vont et viennent librement sans aucune entrave ni molestation. Nous devons noter aussi qu'après la cession de la Thessalie en 1881 des Consuls et des Agents Ottomans ont déployé de grands efforts pour pousser la population Musulmane à émigrer, en faisant miroiter à leurs yeux de nombreux avantages. Un véritable exode eut lieu alors. Il est juste d'ajouter que peu après en voyant l'ordre régner, la justice

Nr. 11937. Griechenland. 5. Nov. 1897

égale pour tous, et la hausse de la valeur des propriétés, un grand nombre de ces mêmes Musulmans sont revenus s'établir de nouveau en Thessalie, où ils jouissent de la plus complète sécurité et de la plus grande liberté.

2. Article VIII du Projet Définitif. Nous avons demandé et obtenu le rétablissement du texte des Préliminaires qui parle (Article IV) *"du mode d'indemnisation des particuliers en raison des pertes causées par les forces Grecques."* Mais quel est ce mode d'indemnisation ? Évidemment ce ne pourrait être qu'une Commission Mixte dans laquelle nous serions heureux de voir participer des Délégués des Puissances.

3. L'Article IX du projet de Traité Définitif est une fusion des Articles III et VIII des Préliminaires de Paix. Or, l'Article III des Préliminaires stipule que *des arrangements spéciaux seront conclus* pour rendre plus prompte et plus facile l'application de la juridiction Consulaire. Ces arrangements doivent être aussi contenus dans la Convention Consulaire, d'après l'Article V, alinéa 6, des Préliminaires de Paix. Mais ce même Article V ordonne que: "Les négociations seront en même temps entamées à Constantinople pour la conclusion dans un délai de trois mois," &c. Nous sommes prêts, sur la demande des Plénipotentiaires Ottomans, à remettre à plus tard la conclusion des Conventions prévues dans l'Article V des Préliminaires, mais nous ne saurions rester dans l'ignorance de l'interprétation donnée aux clauses de l'Article III des Préliminaires de Paix. Nous demandons dont à connaître soit la Convention Consulaire tout entière, soit seulement les principaux points, et notamment ce qui se rapporte aux arrangements spéciaux prévus par l'Article III. Or, on nous refuse catégoriquement tout éclaircissement à ce sujet.

Il est bien entendu que le régime Turco-Serbe, qui nous sera appliqué pendant trois mois, jusqu'à la conclusion de la Convention Consulaire, ne vise que les affaires judiciaires entre sujets Ottomans et sujets Hellènes, les affaires entre sujets Hellènes devant être traitées comme par le passé, et celles entre Hellènes et étrangers revelant de leur juridiction Consulaire respective.

Le 5 Novembre, 1897.

Nr. 11938. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Rückkehr der thessalischen Flüchtlinge.

Constantinople, November 19, 1897, 12.30 P. M. (November 19.)

Nr. 11938. Grofsbritannien. 19. Nov. 1897.

(Telegraphic.) || I hear privately from Mr. Bigham, writing from Volo, that the arrangements for the return of the refugees are now complete, and that about 35,000 have actually crossed the frontier. Some 20,000 more are expected at Volo. He states that the provision made for the supply of food is quite inadequate, and that there must be fearful mortality from starvation

and exposure, especially among the children, unless relief is promptly sent from England. My despatch of the 11th November contains information on the subject.

Nr. 11938 Grofsbritannien. 19. Nov. 1897.

Nr. 11939. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Fortgang der Friedensverhandlungen.

Constantinople, November 20, 1897, 6.30 P. M. (November 20.)

Nr. 11939. Grofsbritannien. 20. Nov. 1897.

(Telegraphic.) ‖ Peace negotiations between Greece and Turkey. ‖ My telegram of the 9th instant. ‖ On the question of the indemnities to be paid to private persons, the Turkish Plenipotentiaries have agreed, *ad referendum*, to accept a lump sum of £ T. 100,000. ‖ As regards the reform of abuses under the capitulations, a Protocol has been signed stating the Turkish demands. There now remains to be settled only the question of the terms on which commercial relations shall be renewed between the two countries.

Nr. 11940. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Übersendet ein Protokoll der Kommission für die Heimkehr thessalischer Flüchtlinge.

Constantinople, November 19, 1897. (November 20.)

Nr. 11940. Grofsbritannien. 19. Nov. 1897.

My Lord, ‖ With reference to my despatch of the 11th instant, I have the honour to forward to your Lordship herewith copy of a despatch which I have received from the British Delegate on the Commission for the return of Thessalian refugees, inclosing the Protocol on the subject and a list of the villages occupied by Turkish troops.

Philip Currie.

Beilage 1.

Protokoll über die Rückkehr der thessalischen Flüchtlinge.

Article I[er]. La rentrée s'effectuera par trois portes à la fois: Mousaki, Derven-Fourka, et Volo. Dans le cas où les Délégués Helléniques trouveraient utile d'ouvrir la porte de Mitzella-Almyro, cela aura lieu à la condition que celle de Volo reste fermée pour un nombre égal de jours. ‖ Dès que les Délégués des deux Parties se trouveront sur les lieux, le mouvement de la rentrée devra commencer. Chaque porte sera ouverte au passage des émigrés tous les jours du lever du soleil au coucher, excepté à Derven-Fourka, où personne ne sera admise après 11 heures.

Art. 2. Le Gouvernement Hellénique se charge de pourvoir à la nourriture des rapatriés par les mesures suivantes:— ‖ (*a.*) Chaque individu recevra de quoi se nourrir pendant huit jours à partir de la rentrée. ‖ (*b.*) Trois dépôts de provisions seront établis dans le plus court délai à Volo, Karditza,

ot Topouslar. La distribution des provisions pourra avoir lieu sur d'autres points également au choix du fonctionnaire civil Grec préposé à chaque dépôt. || (*c.*) Le Gouveruement Ottoman fournira une escorte à chaque convoi de provisions et ne mettra aucune entrave à la circulation et la sortie des bêtes de somme.

Art. 3. Les émigrés rentrants doivent être de bonne conduite, sans armes, et pas atteints de maladie contagieuse. || Les individus qui ont été libérés du service militaire après la dernière guerre ne seront pas admis à rentrer.

Art. 4. Les émigrés ne seront pas admis dans les endroits occupés par des troupes Turcs. || Ces endroits, actuellement au nombre de trente-huit, sont énumérés dans la liste ci-jointe.

Art. 5. La taxe prélevée éventuellement par les autorités Ottomanes sur les brebis des rapatriés ne pourra dépasser 50 paras par brebis, ou en nature, une brebis sur quarante. Il ne sera prélevé aucune autre taxe de rentrée sur les personnes ni la propriété des rapatriés. || Les Délégués Hellènes se réservent à faire des démarches à Constantinople pour obtenir l'abrogation de la restriction mentionnée dans le deuxième alinéa de l'Article 3, ainsi que de l'Article 4 et de la taxe sur le brebis.

Au nom du Commandant-en-chef, Chef d'État-Major de l'Armée Impériale Ottomane *ad interim* Colonel:
(Signé) M. Sabit.

Au nom du Gouvernement Hellénique pour les Délégués spéciaux:
(Signé) S. Hoesshi.

Les Délégués des Grandes Puissauces veilleront à l'exécution du présent Protocole.

Le Délégué Russe:
(Signé) A. Schtcherbatsky.

Le Délégué Anglais:
(Signé) Clive Bigham.

Beilage 2.

Liste der von den Türken besetzten Städte und Dörfer.

Larissa, Pharsala, Velestino, Palama, Furka, Domoko, Daouklen, Nezeros, Dereli, Eureke, Tchamach, Djioba, Bekisler, Hadji Omer, Vasili, Chechi, Lazar Boga Ohnan Magoula, Derenkeli, Djeflikion, Barakli, Ousha Magouba Tatar, Kara Demirdji, Sen Bashi, Bakraj, Hissarlik, Luebekler, Hassan Tatar, Hadji Haler, Kiunoti, Dendira, Dorsennades, Tirnavo, Karachali, Karadéré, Kaïtche, Nevkhere.

Nr. 11941. **GRIECHENLAND und TÜRKEI.** — Protokoll der Bevollmächtigten in Konstantinopel über eine Beratung der Konsularfrage.

Nr. 11941. Griechenland und Türkei. 7./19. Nov. 1897.

Sur la demande de leurs Excellences les Plénipotentiaires Hellènes de connaître les bases principales qui formeront les propositions du Gouvernement Impérial en ce qui concerne les arrangements prévus par l'Article III des Préliminaires de Paix, leurs Excellences les Plénipotentiaires Ottomans acceptent de leur communiquer dès à présent, à titre de renseignement, et sans qu'aucune discussion puisse être entamée à ce sujet avant la ratification du Traité de Paix Définitif, les bases principales des dits arrangements, telles qu'elles ont été arrêtées dans la pensée du Gouvernement Impérial et qui consisteront dans les points suivants. ‖ Fixer les limites de la franchise douanière des Consuls; assurer l'exécution des jugements rendus par les Tribunaux Ottomans envers les Consuls Hellènes, en matière civile et commerciale; définir le domicile du sujet Hellène et préciser les conditions à observer lors des perquisitions domiciliaires, surtout pour les cas où le Drogman ne se rendrait pas à l'invitation des autorités Ottomanes; préciser également les conditions à observer pour les cas où les Délégués Consulaires ne se rendraient pas aux Tribunaux compétents en matière mixte; reconnaître la compétence de la Cour de Cassation Ottomane, d'après les lois en vigueur; déclarer également la compétence des Tribunaux Ottomans pour les cas de faillite des sujets Hellènes, ainsi qu'en matière pénale, soit entre eux, soit avec les sujets des autres Puissances; régulariser la signification des pièces judiciaires destinées aux sujets Hellènes, et assurer l'exécution, par les autorités Ottomanes, des jugements rendus par les Tribunaux Ottomans dans les procès mixtes. ‖ Leurs Excellences les Plénipotentiaires Hellènes, prenant acte de cette communication, déclarent faire leurs réserves les plus formelles, soit sur son contenu, au sujet duquel des discussions et négociations ultérieures devront avoir lieu, immédiatement après la ratification du Traité de Paix Définitif, soit sur le recours, en cas de divergence, à l'arbitrage des Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, prévu par l'Article IX des Préliminaires de Paix.

(Signé) Tewfik.
Hassan Fehmi.
Mavrocordato.
Stéphanos.

Constantinople, le 7 (19) *Novembre*, 1897.

Nr. 11942. TÜRKEI. — Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter der Grofsmächte und die griechischen Bevollmächtigten. Differenz über den Abschlufs eines Handels- und Schiffahrtsvertrags.

Konstantinopel, 24. November 1897.

Nr. 11942. Türkei. 24. Nov. 1897.

Tous les points du Traité Définitif de Paix ont été arrêtés conformément au texte des Préliminaires de Paix, sauf seulement le dernier paragraphe de l'Article VII concernant la conclusion d'un Traité de Commerce et de Navigation. || Les termes des Préliminaires de Paix touchant cette question sont les suivants:—

" . . . . La liberté de commerce et de navigation sera rétablie d'une manière réciproque. || "Les deux Parties se réservent de conclure ultérieurement un Traité de Commerce et de Navigation" (fin de l'Article VII).

Les Plénipotentiaires Ottomans insistent pour reproduire tel quel ce texte dans le Traité Définitif. || Les Plénipotentiaires Hellènes prétendent ajouter après les mots: "d'une manière réciproque," les mots: "comme par le passé." || Les Plénipotentiaires Ottomans n'admettent point cette addition, qui change aussi bien les termes que le sens des Préliminaires de Paix arrêtés et signés par leurs Excellences les Ambassadeurs. || Il est à remarquer que sur la demande des Plénipotentiaires Hellènes les Plénipotentiaires Ottomans ont éliminé tous les passages et mots qui n'étaient pas textuellement conformes aux Préliminaires et rétabli tels quels les termes mêmes de l'Acte de Tophané.

Nr. 11943. GRIECHENLAND. — Der Bevollmächtigte in Konstantinopel an den englischen Botschafter in Konstantinopel. Derselbe Gegenstand.

Nr. 11943. Griechenland. 15./27. Nov. 1897.

Les négociations entre les Plénipotentiaires Ottomans et Hellènes pour le Traité de Paix Définitif ont subi un arrêt momentané, par suite d'une interprétation différente du dernier alinéa de l'Article XI du projet de Traité préparé par les soins de la Sublime Porte. || Cet Article, à la suite des différentes modifications, auxquelles il a été soumise, est ainsi conçu:—

"Article XI. Les deux Hautes Parties Contractantes conviennent de conclure, dans un délai de trois mois à partir de la ratification du présent Traité, les arrangements suivants:— || "(A.) Une Convention réglant les questions de nationalités contestées sur les bases du projet négocié en 1876 entre la Turquie et la Grèce; || "(B.) Une Convention Consulaire dans les conditions prévues au premier paragraphe de l'Article IX (Article III des Préliminaires de Paix); || "(C.) Un Traité d'Extradition pour la remise réciproque des criminels de droit commun; et || "(D.) Une Convention pour la répression du brigandage sur les frontières communes. || "Les deux Parties se

Nr. 11943. Griechenland. 15./27. Nov. 1897.

réservent de conclure ultérieurement un Traité de Commerce et de Navigation. "En attendant la conclusion de ce dernier Traité, la liberté de commerce et de navigation est rétablie d'une manière réciproque." || Il est résulté des discussions que les Plénipotentiaires Ottomans aux mots "est rétablie d'une manière réciproque" une interprétation autre que celle donnée par les négociateurs Hellènes. Ceux-ci soutiennent, en effet, que par cette phrase les négociateurs qui ont rédigé les Préliminaires de Paix à Tophané, entendaient remettre les questions qui concernent le commerce et la navigation sur le pied normal et pacifique antérieur. C'est pourquoi les Plenipotentiaires Hellènes ont réclamé l'addition des mots "comme par le passé" afin d'éviter tout malentendu ultérieur et afin de se conformer au sens de l'Article VII des Préliminaires de Paix. Ils s'appuient pour soutenir leur point de vue sur les considérations suivantes:—

1. *Rétablir* ne peut avoir qu'un sens—remettre dans son premier état, établir comme auparavant. Aussi, les Hautes Parties qui négociaient à Tophané après avoir, dans les premiers Articles des Préliminaires, stipulé les charges auxquelles la Grèce devait se soumettre (indemnité de guerre, rectification de frontières, obligations financières, arrangements spéciaux. &c.) lorsqu'elles sont arrivées à régler la reprise des relations, ont eu, à partir de ce point, évidemment pour but de les remettre sur l'ancien pied, sauf si le contraire était expressément stipulé.

2. Les mots "d'une manière réciproque" ne sauraient être séparés de l'expression "rétablie"; ils ne pouvaient donc, dans la pensée des négociateurs de Tophané, s'appliquer qu'à la réciprocité telle qu'elle existait avant la guerre. C'est cet état de choses qui est rétabli jusqu'à ce que, conformément aux Préliminaires de Paix, par une entente ultérieure, un Traité de Commerce et de Navigation soit conclu; autrement le mot "rétablie" n'aurait pas de sens. Tel était, d'ailleurs, le régime auquel étaient soumis les rapports commerciaux et maritimes entre les deux États, depuis la création du Royaume de Grèce (en vertu des Protocoles de 1830 et du Traité de 1832) jusqu'en 1855, ainsi que depuis le Traité de Canlidja jusqu'à la déclaration de guerre. Il est impossible d'admettre que les Hautes Parties réunies à Tophané aient voulu, en changeant l'état de choses préexistant, laisser la porte ouverte à des représailles sur le terrain commercial et douanier, et aller à l'encontre du but pacifique des négociations.

3. Afin de retrouver le sens des mots "rétablie d'une manière réciproque" il faut les replacer dans leur véritable cadre et se reporter à l'Article VII des Préliminaires de Paix ainsi conçu: — || "Article VII. Dès que le présent Acte aura été signé et ratifié, les relations normales entre la Turquie et la Grèce seront reprises. Les sujets de chacun des deux États, dont la situation est régulière devant la loi, pourront séjourner et circuler librement, comme par le passé, sur le territoire de l'autre, et la liberté de commerce et de navigation sera rétablie d'une manière réciproque. Les deux Parties se

Nr. 11943. Griechenland. 15./27. Nov. 1897.

réservent de conclure ultérieurement un Traité de Commerce et de Navigation." || Ainsi, dans un premier paragraphe les négociateurs de Tophané ont résolue d'une manière large, absolue, et pratique toutes les questions relatives aux rapports entre les sujets des deux États et aux droits de leurs commerçants et navigateurs. Le tout est remis dans son véritable état du *statu quo ante* "comme par le passé." Ce n'est que dans un second alinéa, par une phrase séparée et sans stipulation du terme, que la réserve de conclure un Traité a été inscrite. En intervertissant les deux dernières phrases, en les plaçant dans l'Article XI et d'une manière différente, le projet de Traité Définitif a semblé vouloir enlever son véritable sens à la stipulation relative à l'état provisoire, auquel seront soumis le commerce et la navigation des deux États jusqu'à la conclusion du Traité de Commerce et aller ainsi à l'encontre de l'esprit de haute sagesse et de bonne politique qui inspirait les négociateurs de Tophané, lorsqu'ils rédigeaient l'Article VII des Préliminaires de Paix. Les négociateurs Hellènes, au contraire, voudraient y rester fidèles.

4. Il est en effet nécessaire de remarquer que ce n'est pas la première fois que durant les négociations pour le Traité de Paix Définitif on a développé, modifié, ou interprété les termes du Traité des Préliminaires de Paix, tout en restant fidèle à son esprit. On peut même dire que, sauf quatre Articles textuellement répétés, tous les autres ont subi quelques modifications admises d'un commun accord. Une des phrases de l'Article IV des Préliminaires (celle relative à la libre émigration des habitants des territoires rétrocédés) a même subi un changement plus radical, les Plénipotentiaires Hellènes s'étant ralliés à la demande de leurs collègues Ottomans et, contrairement au sens grammatical du mot, ayant admis que, dans ce cas, en parlant "de l'émigration des habitants des territoires rétrocédés" on entendait parler des Musulmans de la Thessalie (Article VII du Traité de Paix Définitif). On aurait donc tort de croire que les Plénipotentiaires Hellènes ont toujours invoqué en leur faveur les termes des Préliminaires de Paix.

Telles sont les principales raisons qui empêchent les Plénipotentiaires Hellènes de parapher l'Article XI et qu'il est rédigé. Après les déclarations faites par les Plénipotentiaires Ottomans ils se voient obligés de demander une interprétation précise, qu'ils considèrent comme absolument nécessaire d'autant plus qu'ils ne pourraient pas, une fois le Traité signé, bénéficier sur ce point de l'avantage qu'ils tiennent de l'Article IX des Préliminaires, et avoir recours à l'arbitrage.

Péra, le 15 (27) *Novembre*, 1897.

Nr. 11944. TÜRKEI und GRIECHENLAND. — Definitiver Friedensvertrag.

Konstantinopel, 4. Dezember 1897.

Nr. 11944. Türkei und Griechenland. 4. Dez. 1897.

Sa Majesté le Roi des Hellènes et Sa Majesté Impériale le Sultan, Empereur des Ottomans, s'étant mis d'accord pour compléter et convertir en Traité de Paix Définitif les Préliminaires de Paix du 6 (18) Septembre, 1897,

signés par leurs Excellences les Représentants de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, et de la Russie, agissant au nom de la Grèce, d'une part,. et par son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, d'autre part, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires savoir: || Sa Majesté le Roi des Hellènes, son Excellence M. Nicolas Mavrocordato, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Grand Officier de l'Ordre Royal du Sauveur, &c.; et son Excellence M. Denis M. Stéphanos, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, Commandeur de l'Ordre Royal du Sauveur, &c.; et || Sa Majesté Impériale le Sultan, son Excellence Tevfik Pacha, son Ministre des Affaires Étrangères, décoré des Ordres Impériaux de l'Osmanié et du Médjidié en brillants et de médailles d'or et d'argent de l'Imtiaz, &c.; et son Excellence Hassan Fehmy Pacha, Président de la Cour des Comptes, décoré des Ordres Impériaux de l'Iftihar, de l'Osmanié et du Médjidié en brillants ainsi que des médailles d'or et d'argent de l'Imtiaz, &c. || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté ce qui suit:—

Nr. 11944. Türkei und Griechenland. 4. Dez. 1897.

Article I.

Beschreibung der neuen griechisch-türkischen Grenze. Wortlaut Nr. 11647, Bd. 61, S. 219. Hierauf folgt:

Cette délimitation sera fixée sur les lieux par une Commission composée de Délégués des deux Parties intéressées et de Délégués Militaires des Ambassades des Puissances Médiatrices. || La Commission de Délimitation devra se réunir incessamment, se rendre sur le terrain et commencer ses travaux sans retard et elle prendra ses résolutions à la majorité des voix des trois parties intervenantes. || Lors de l'application du tracé sur les lieux, de légères modifications au point de vue stratégique peuvent y être indroduites à l'avantage de l'Empire Ottoman, par un accord entre les Délégués de la Sublime Porte et des Puissances. || L'Acte Définitif de Délimitation avec la carte y annexée, qui seront dressés et signés par la Commission de Délimitation, feront partie intégrante du présent Traité.

Article II.

La Grèce payera à la Turquie une indemnité de guerre de £T. 4,000,000, conformément aux conditions prévues à l'Article II des Préliminaires de Paix.

Article III.

L'évacuation de la Thessalie s'effectuera suivant les conditions posées dans l'Article VI des Préliminaires de Paix; elle aura lieu dans le délai d'un mois à partir du moment où les Puissances auront reconnu comme remplies les conditions prévues aux deux derniers alinéas de l'Article II des Préliminaires de Paix et où l'époque de la publication de l'emprunt pour l'indemnité de guerre aura été établie par la Commission Internationale, en conformité avec les dispositions de l'arrangement financier mentionné dans cet Article. ||

Nr. 11944. Türkei und Griechenland. 4. Dez. 1897.

Le mode d'évacuation et de remise aux autorités Helléniques des localités évacuées sera déterminé par les Délégués des deux Parties intéressées avec le concours de Délégués des Grandes Puissances.

Article IV.

Les prisonniers de guerre seront rendus de part et d'autre immédiatement après la ratification du présent Traité.

Article V.

Une amnistie pleine et entière est accordée de part et d'autre à toutes les personnes qui ont été compromises dans les événements qui ont précédé ou suivi la déclaration de guerre.

Article VI.

Les sujets de chacun des deux États, dont la situation est régulière devant la loi, pourront séjourner et circuler librement, comme par le passé, sur le territoire de l'autre, chacune des deux Hautes Parties Contractantes se réservant la faculté de refuser l'accès de son territoire à ceux des sujets de l'autre partie, qui auraient subi des condamnations judiciaires d'ordre pénal ou qui auraient été l'objet d'un arrêté d'expulsion à raison de leurs antécédents et méfaits de droit commun. || Avis préalable en sera donné aux Légations respectives.

Article VII.

Les Musulmans habitants ou originaires de Thessalie, qui, en vertu de l'Article XIII de la Convention du 24 Mai, 1881, avaient acquis ou non la nationalité Hellènique seront libres d'émigrer ou de fixer leur domicile en Turquie. Ceux qui ont acquis la nationalité Hellénique auront, en vertu d'une déclaration préalable à faire à l'autorité compétente, dans un délai de trois ans à partir de l'échange des ratifications du présent Acte, la faculté d'opter pour la nationalité Ottomane. || Tous ces émigrés continueront à jouir pleinement et sans aucune entrave, conformément à la dite Convention, de leurs propriétés immobilières sises en Grèce et à les administrer. || Les mêmes avantages sont accordés par réciprocité aux habitants ainsi qu'aux individus originaires des territoires rétrocédés à la Turquie par suite de la nouvelle rectification de la frontière, ou bien actuellement domiciliés dans ces localités.| Ces mêmes habitants ou bien originaires des territoires rétrocédés à la Turquie, ainsi que les représentants des institutions ou communes sises dans ces localités qui auraient des propriétés immobilières en Thessalie, seront libres de passer la frontière pour les cultiver, les administrer et les affermer, comme par le passé, sans qu'aucune entrave puisse leur être suscitée de ce chef. || Des avantages identiques sont accordés tant aux habitants ou originaires de Thessalie qu'aux représentants des institutions ou communes s'y trouvant qui posséderaient des propriétés immobilières dans les territoires rétrocédés à l'Empire Ottoman.

Article VIII.

En exécution de l'Article IV des Préliminaires de Paix, la Grèce payera à la Turquie pour l'indemnisation des particuliers en raison des pertes causées par les forces Grecques la somme de £ T. 100,000. || Le payement de cette somme sera effectué en même temps que l'indemnité de guerre.

Article IX.

Sans toucher au principe des immunités et privilèges dont les Hellènes jouissaient avant la guerre sur le même pied que les nationaux des autres États, des arrangements spéciaux seront conclus entre la Grèce et la Turquie en vue de prévenir l'abus des immunités Consulaires, d'empêcher les entraves au cours régulier de la justice, d'assurer l'exécution des sentences rendues et de sauvegarder les intérêts des sujets Ottomans et étrangers dans leurs différends avec les sujets Hellènes, y compris les cas de faillite. || Jusqu'à la conclusion et à la mise en vigueur de la Convention prévue par l'Article V (§ *b*) des Préliminaires de Paix, les Consuls Hellènes en Turquie et les Consuls Ottomans en Grèce, exerceront leurs fonctions administratives sur les mêmes bases qu'avant la guerre. || Quant aux affaires judiciaires entre sujets Hellènes et sujets Ottomans, celles qui ont été portées par-devant le Tribunal à une date antérieure à la declaration de guerre continueront à être traitées en Turquie conformément au régime en vigueur avant la guerre; les affaires qui auront surgi postérieurement à la déclaration de guerre seront traitées, conformément aux principes du droit Européen, sur la base de la Convention Turco-Serbe du 26 Février, (9 Mars) 1896.

Article X.

Les stipulations de la Convention du 24 Mai, 1881, pour la cession de la Thessalie à la Grèce sont maintenues, sauf celles qui sont modifiées par le présent acte. || La Sublime Porte se réserve de saisir de ses propositions pour le réglement des questions découlant de la dite Convention les Puissances qui en sont Signataires et dont les décisions doivent être acceptées par la Grèce.

Article XI.

Les deux Hautes Parties Contractantes conviennent de conclure, dans un délai de trois mois à partir de la ratification du présent Traité, les arrangements suivants:— || (*a.*) Une Convention réglant les questions de nationalité contestées sur les bases du projet négocié en 1876, entre la Grèce et la Turquie; || (*b.*) Une Convention Consulaire dans les conditions prévues au premier paragraphe de l'Article IX (Article III des Préliminaires de Paix); || (*c.*) Un Traité d'Extradition pour la remise réciproque des criminels de droit commun; et || (*d.*) Une Convention pour la répression du brigandage sur les frontières communes. || Les deux Parties se réservent de conclure ultérieurement un Traité de Commerce et de Navigation. || En attendant la conclusion de ce dernier Traité, la liberté de commerce et de navigation est rétablie d'une manière réciproque.

Nr. 11944. Türkei und Griechenland. 4. Dez. 1897.

Article XII.

Les relations postales entre l'Empire Ottoman et la Grèce, qui avaient été interrompues depuis quelques années, seront rétablies, conformément aux accords généraux qui règlent la matière, aussitôt que les Administrations Postales des deux pays auront conclu une Convention spéciale à ce sujet. || En attendant, les deux Administrations Postales pourront échanger directement, dans les localités qu'elles désigneront comme sièges d'échange, leurs valises et colis dûment scellés et expédiés par voie de terre ou de mer à destination des deux pays ou pour le transit.

Article XIII.

Les Administrations des Télégraphes des deux pays devront prendre les mesures nécessaires pour rétablir les communications entre leurs réseaux respectifs et pour entretenir convenablement leurs lignes télégraphiques de manière à imprimer un cours ininterrompu et rapide aux échanges des dépêches.

Article XIV.

En vue d'assurer le maintien des rapports de bon voisinage entre les deux États, les Gouvernements de la Grèce et de la Turquie s'engagent à ne pas tolérer sur leurs territoires des agissements de nature à troubler la sécurité et l'ordre dans l'État voisin.

Article XV.

En cas de divergences dans le cours des négociations entre la Grèce et la Turquie, les points contestés pourront être soumis, par l'une ou l'autre des Parties intéressées, à l'arbitrage des Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, dont les décisions seront obligatoires pour les deux Gouvernements. || Cet arbitrage pourra s'exercer collectivement ou par désignation spéciale des intéressés et soit directement, soit par l'entremise de Délégués spéciaux. || En cas de partage égal des voix, les Arbitres choisiront un Surarbitre.

Article XVI.

Les ratifications du présent Traité Définitif de Paix par Sa Majesté le Roi des Hellènes et par Sa Majesté Impériale le Sultan seront échangées à Constantinople dans le délai de quinze jours à partir d'aujourd'hui ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en double à Constantinople le 22 Novembre (4 Décembre), 1897.

(L.S.) Mavrocordato.
(L.S.) Stéphanos.
(L.S.) Tevfik.
(L.S.) Hassan Fehmy.

Nr. 11944. Türkei und Griechenland. 4. Dez. 1897.

Protocole (A).

Gleichlautend mit Nr. 11941.

Protocole (B).

Le Traité de Commerce et de Navigation prévu par l'Article XI du Traité Définitif de Paix (Article VII des Préliminaires) devra être conclu dans le délai de deux ans à partir de l'échange des ratifications du dit Traité de Paix.

Pendant ce délai, le régime en vigueur avant la guerre relatif aux Tarifs Douaniers, au cabotage, et à la pêche des éponges est maintenu sur la base de la réciprocité.

Si toutefois, jusqu'à l'expiration du délai susvisé de deux ans, le Traité de Commerce et de Navigation n'est pas conclu et ratifié, les deux Parties reviendront au régime établi par l'Article XI du Traité de Paix (Article VII des Préliminaires).

Il est entendu que dans le cas où le nouveau Traité de Commerce et de Navigation étant conclu et ratifié dans le dit délai, ne pourrait pas, par suite de motifs indépendants de la volonté des deux Hautes Parties Contractantes, être mis en application, le régime susindiqué en vigueur avant la guerre sera maintenu toujours sur la base de la réciprocité jusqu'à la mise en vigueur du nouveau Traité.

(Signé) Mavrocordato.
Stéphanos.
Tevfik.
Hassan Fehmy.

Die Vorgänge auf Samoa Anfang 1899.

Nr. 11945. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia über die politischen Ereignisse in Samoa von Erlafs der Entscheidung in der Königswahl bis zur Errichtung der provisorischen Regierung (31. Dezember 1898 bis 4. Januar 1899.)

Apia, 23. Januar 1899.

Nr. 11945. Deutsches Reich. 23. Jan. 1899.

Die Streitigkeiten anläfslich der Königswahl hatten allmählich eine Bedeutung gewonnen, die über das Interesse, das einer reinen Eingeborenenangelegenheit geschenkt zu werden pflegt, hinausgewachsen war. || Je mehr die Verhandlungen vor dem Oberrichter sich ihrem Ende näherten, umsomehr wurde die Überzeugung gefestigt, dafs die Entscheidung zu Gunsten Tanus fallen würde. Trotzdem erregte es ziemlich allgemeine Verwunderung, als der Oberrichter am Vormittag des 31. Dezember seinen Schiedsspruch dahin abgab, dafs Tanu deshalb König von Samoa sei, weil der einzige Gegenkandidat Mataafa nach den Verhandlungen der Berliner Konferenz die Wählbarkeit zum König von Samoa nicht besitze. Denn erst am 5. Oktober hatte der Oberrichter in einer schriftlichen, allgemein bekannt gewordenen Erklärung geäufsert, dafs kein Grund vorliegen würde, Mataafa den Platz des Königs vorzuenthalten, falls derselbe rechtsgültig zum König gewählt sein würde. || Angesichts dieses Vorgangs rief die Feststellung der Entscheidung, dafs Mataafa unwürdig sei, den samoanischen Königssitz einzunehmen, bei seinen Anhängern besondere Erbitterung hervor. || Nach der Verkündigung der Entscheidung fand eine Beratung der Konsuln, der Kommandanten und des Präsidenten im deutschen Konsulat statt. Der Kommandant des englischen Kriegsschiffes Sturdee legte ein Schreiben vor, worin er die Konsuln um Erlafs einer Proklamation zu Gunsten Tanus und einer Aufforderung an die in der Municipalität und Nachbarschaft versammelten Krieger zur Rückkehr in ihre Heimat ersuchte und im Fall der Ablehnung seines Antrags die Verantwortung für den Verlust von Leben Weifser ablehnte. Nachdem der englische Konsul Maxse den Antrag des Kapitäns Sturdee zu dem seinigen gemacht hatte, gab ich die Erklärung ab, dafs ich mich zu dem Erlafs der vorgeschlagenen Proklamation ablehnend stellen müsse, weil eine Verpflichtung für mich, an einem solchen Schritt teil-

zunehmen, in der Berliner Generalakte (Artikel 3 Abschnitt 6) nicht ausgesprochen sei und ich keine Veranlassung hätte, in diesem Fall, wo eine nach meiner Ansicht ungerechtfertigte Entscheidung erlassen sei, über das Mafs des ausdrücklich Vorgeschriebenen hinauszugehen. || Was die Aufforderung an die Samoaner, sich in ihre Heimatsbezirke zurückzubegeben, anlangt, so wurde beschlossen, dafs die Konsuln mündlich oder schriftlich Häuptlinge beider Parteien ersuchen sollten, ihre Mannschaften zur Heimkehr zu veranlassen. Nach dieser Richtung konnte wegen des raschen Ganges der folgenden Ereignisse erfolgreich nicht mehr gewirkt werden.

Bei Besprechung etwaiger militärischer Mafsnahmen äufserten Konsul Maxse und Kapitän Sturdee, trotzdem die beiden hier befindlichen Kriegsschiffe zusammen nur etwa 100 Mann landen können, die Absicht, das Vordringen der Mataafa-Leute in dem von ihren Gegnern besetzten städtischen Teil der Municipalität mit Gewalt abzuwehren und die Partei des Tanu durch thätigen Beistand zu schützen. Korvetten-Kapitän Schönfelder und ich äufserten die Ansicht, dafs durch Vermeidung jeder thätigen Anteilnahme des Militärs an einem Kampfe zwischen Samoanern dem Interesse der Weifsen am besten gedient werde. Das Erscheinen weifser Truppen auf dem Kampfplatz sei zu sehr geeignet, die Samoaner zu erregen und sie zu Angriffen auf Leben und Eigentum der Fremden zu reizen. Von deutscher Seite würden daher nur solche militärische Schritte gethan werden, die durch die Rücksicht auf den Schutz von Leben und Eigentum der Weifsen bedingt seien. Nach den Wohnsitzen der Engländer einer-, der Deutschen andererseits ergab sich als Bereich für Schutzerteilung seitens der deutschen Marine der westliche Teil der Stadt. || Die Mafsnahmen, die der Kommandant S. M. S. „Falke“ vorsah, beschränkten sich darauf, dafs auf ein bestimmtes Signal vom Konsulat eine Abteilung von zwei Offizieren und 25 Mann, unterstützt durch den mit dem Maschinengewehr bewaffneten Kutter, in der Nähe der deutschen Schule eine Verteidigungsstellung aufnehmen sollte. Weifse, die sich in den Schutz der Landungsabteilung begäben, sollten aufgenommen und nach Ermessen des kommandierenden Offiziers an Bord gesandt werden. Jeder Weifse, der in irgend einem Boote längsseits S. M. S. „Falke“ käme, finde Aufnahme. || Den Deutschen war die Schule als Sammelplatz, falls jemand sich in seiner Behausung unsicher fühlte, bezeichnet. || Die Mataafapartei hatte den ungünstigen Ausgang des Verfahrens vorausgesehen und die Entscheidung in geschlossener Zahl abgewartet. Ein am 31. Dezember Nachmittags etwa 3 Uhr aufkommendes Gerücht, am Vaiaberg (Süden der Stadt) seien Schüsse gefallen, gab dann, wie es heifst, den in Mulinuu angesammelten Mataafaleuten das Signal, sich in Bewegung zu setzen. Starke Abteilungen rückten von Mulinuu landeinwärts und nahmen ausgedehnte Stellungen gegen die Tanuleute von der Hauptstrafse bis zum Vaiaberg ein. Um 4 Uhr setzte eine in zahlreichen Booten eingeschiffte starke Abteilung von Mataafaleuten über den Hafen und landete in den östlich der Municipalität belegenen Dörfern Mootaa und Matafagatele. Bei Einbruch der Dunkelheit

Nr. 11945. Deutsches Reich. 23. Jan. 1899.

war bei der grofsen Überzahl der Mataafaleute die Municipalität von allen Seiten eingeschlossen. Die Zahl der Mataafakrieger belief sich auf rund 5000 bis 6000 Mann, während die Tanuleute, deren Zahl nach später erfolgter Übergabe genau festgestellt wurde, über etwa 1100 Streiter verfügten. || Der englische Kriegsschiffs-Kommandant entsandte eine Abteilung von 24 Mann unter einem Offizier zu der Wohnung des Oberrichters. Nach Lage der Örtlichkeit wäre diese Wache beim Ausbruch der Feindseligkeiten mitten in den Kampf der Eingeborenen hineingezogen. Sie verliefs am Vormittag des 1. Januar unter Einziehung der Flaggen den Platz, nachdem der Oberrichter sich zuvor nach Apia begeben hatte. Auch in das englische Konsulat wurde bereits am 31. Dezember eine militärische Wache gelegt. —

Am 1. Januar bei Tagesanbruch waren gegenüber dem Stande vom Tage vorher die Vorposten der Mataafaleute überall im Vorgehen begriffen, die Malietoastreiter zogen sich immer mehr auf denjenigen Teil der Municipalität, der sich mit der eigentlichen Ortschaft Apia deckt, zurück. Man lag sich gegenüber, ohne zu entscheidenden Schritten überzugehen. || Im sogenannten englischen Viertel hatte man das Grundstück der Londoner Mission als Zufluchtsort für schutzbedürftige Weifse bestimmt und eine starke Abteilung englischer Matrosen dorthin gelegt. || Die abwartende Haltung der sich auf kurze Entfernungen gegenüberliegenden Abteilungen der beiden Parteien dauerte bis nachmittags 4 Uhr, als die auf der Malietoaseite stehenden Leute von Iva (Savaii), etwa 150 an der Zahl, ohne einen Schufs abgefeuert zu haben, auf die Mataafaseite übergingen. Dieser Vorgang veranlafste einen Teil der Malietoaleute, der sich auf der Hauptstrafse am rechten Ufer des Mulivaiflüfschens verschanzt und das Vorgehen der Mataafaleute aufgehalten hatte, ihre Stellung aufzugeben. Hierdurch entstand eine Öffnung in der Westseite der Malietoaleute, durch welche die Mataafaleute in übergrofser Anzahl nach Apia eindrangen. Viele Ansiedler gaben sich schon der Hoffnung hin, dafs eine allgemeine Übergabe der Malietoaleute erfolgen und den Unruhen ein Ende machen würde. An verschiedenen Stellen hatten sich Anhänger der beiden Parteien schon die Hände zur Versöhnung (sootaga) gereicht. || Wie viele Weifse, machte auch ich mich auf, Zeuge dieser Scenen zu sein. Ich liefs mein Pferd satteln und ritt zunächst auf der Hauptstrafse entlang zum Tivolihotel im eigentlichen Stadtteil Apia (Ostbezirk), hin und wieder hatte ich Haufen von Mataafaleuten zu durchqueren, was ich ohne mit ihnen zu sprechen that. Vor dem Tivolihotel traf ich — etwa um 4 Uhr nachmittags — den englischen Konsul und den englischen Kommandanten, beide zu Fufs. In der Nähe derselben hielt zu Pferde der Leutnant zur See Frielinghaus von S. M. S. „Falke". Nach kurzer Unterhaltung mit Kapitän Sturdee ritt ich mit Herrn Frielinghaus zurück und westlich etwa 1 km jenseits des Konsulats nach dem Stadtteil Songi, wo wir uns mit dem deutschen Arzt vor dessen Haus einige Minuten unterhielten. Von dort ritt ich nach Hause. Etwa auf halbem Wege hörte ich fern in der Gegend des eigentlichen Apia (Ostbezirk)

den ersten Schufs fallen. Ich begab mich nach dem Konsulat und bin an jenem Tage nicht wieder in dem eben erwähnten Ostbezirk — Apia — gewesen. Zwischen meinen Abritt vom Tivolihotel und dem ersten Schufs lag ein Zeitraum von 20 Minuten. || Oberrichter Chambers hat in seinem amtlichen telegraphischen Bericht vom 11. Januar gemeldet, ich sei um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags an der Spitze einer Truppe von mehreren hunderten Mataafaleuten geritten, als diese einen Angriff auf das Tivolihotel machten, wohin sich etwa eine halbe Stunde zuvor Malietoa (Tanu) geflüchtet hätte. Diese Angabe entspricht, wie das Vorstehende beweist, nicht dem wirklichen Sachverhalt. || Der eben erwähnte und ein zweiter Schufs, welche beide von zwei namentlich bekannten Malietoaleuten abgefeuert sind, gaben das Signal zu einem Strafsenkampf in Apia und zum allgemeinen Vordringen der im Kreise um Apia aufgestellten Streitkräfte der Mataafaleute. || Abends etwa 11 Uhr hielt die Tanupartei eine Fortsetzung des Kampfes am folgenden Morgen für aussichtslos, brachte ihre Boote zu Wasser und flüchtete sich längsseits des englischen Kriegsschiffes „Porpoise“; einige angesehene Häuptlinge, darunter Tanu und Tamasese, wurden an Bord aufgenommen. || Etwa fünfzig Häuptlinge fanden in der englischen Mission Zuflucht.

Am frühen Morgen des 2. Januar erkannten die Mataafaleute, dafs sie vollständig Herren der Situation waren, sämtliche Abteilungen, die die Stadt umzingelt hatten, vereinigten sich jetzt. Tausende von Kriegern ihrer Partei wogten durch die Hauptstrafse, um nach samoanischem Kriegsgebrauch mit Plünderung der Häuser der Gegner zu beginnen. || Trotz der grofsen Anzahl der Sieger sind Beschädigungen des Eigentums der Weifsen nur in vereinzelten Fällen vorgekommen. Auch in diesen konkurriert fast ausnahmslos eigene Unvorsichtigkeit der Geschädigten, die Sachen von Anhängern der Tanupartei in Verwahrung genommen hatten. || Wie für ihr Eigentum waren die Fremden auch für ihr Leben nur geringer Gefahr ausgesetzt gewesen. Die Samoaner erwiesen sich, wie bei frühern Kriegen, als unerfahrene Schützen, die in der Mehrzahl blindlings drauf los und zu hoch schossen. Auf diese Weise sind jedoch allerdings zahlreiche Kugeln in die Häuser der Fremden eingedrungen. Auch im Konsulat wurden die beiden Doppelwände meines Schlafzimmers von einer Kugel durchbohrt, die beim Aufschlagen auf die dritte Wand ihre Kraft verlor und niederfiel. || Die Feststellung der Toten und Verwundeten, die bei der bekannten Verschwiegenheit der Samoaner in diesem Punkte sehr schwierig war, hat annähernd zuverlässig ergeben:

auf der Mataafaseite 13 Tote, 14 Verwundete,
„ „ Malietoaseite 4 „ 8 „

Die in den Schutz I. M. S. „Porpoise“ geflüchteten Tanuleute waren von abends 11 Uhr ab in ihren Booten, dicht gedrängt, angemessener Bewegung nicht fähig, von häufigen heftigen Regengüssen erkältet, in einer sehr bedauernswerten Lage. || Bei einer am 2. Januar im Hafen aufgekommenen schweren See waren die Tanuleute aus ihren Booten auf das englische Kriegsschiff „Porpoise“ und,

Nr. 11945. Deutsches Reich. 23. Jan. 1899.

da der Raum dort nicht ausreichte, auf S. M. S. „Falke“ aufgenommen. || Präsident Raffel schloſs die Verhandlungen zwischen den beiden Kriegsschiffs-Kommandanten und der Mataafapartei noch am Nachmittag des 2. Januar ab. Die Bedingungen, die in einem Schreiben von fünf Häuptlingen der Mataafapartei vom 2. Januar enthalten sind, besagen im wesentlichen: || a) Die auf den Kriegsschiffen und in der Londoner Mission befindlichen Anhänger der Tanupartei ergeben sich der siegreichen Partei unter der Bedingung, daſs ihr Leben geschont und ihnen körperliches Leid nicht zugefügt wird: || b) Die Feuerwaffen und Munition der Flüchtlinge werden von den Kriegsschiffen zurückgehalten bis zur Verfügung der beiden betreffenden Regierungen.

Betreffs der Auslieferung von Tanu und Tamasese, die von der Mataafapartei dringend gewünscht wurde, fand am 3. Januar eine Verhandlung zwischen jenen und drei Häuptlingen der Mataafapartei unter Anwesenheit des Präsidenten Dr. Raffel statt. Der englische Konsul und Kommandant hatten vorher erklärt, daſs Tanu und Tamasese unter den besonderen Schutz der britischen Flagge derart gestellt seien, daſs sie nur im Fall ihres freien, völlig unbeeinfluſsten Willens von Bord der „Porpoise“ gelassen werden könnten. Beide antworteten, daſs sie an Bord des Kriegsschiffs zu verbleiben gedächten; auch als am 3. Januar die Häuptlinge der ausgelieferten Tanuleute, die inzwischen nach Mulinuu überführt waren, an Tanu und Tamasese schrieben, um sie zur Vereinigung mit der Mataafapartei zu vermögen, lautete die Antwort wieder ablehnend dahin, daſs sie an Bord des Kriegsschiffes verweilen würden, bis die Entscheidung der Mächte über die schwebende Streitigkeit erfolgt sei. Der Kommandant I. M. S. „Porpoise“ benachrichtigte bei der Übersendung der Antwort den Präsidenten, daſs er Tanu und Tamasese bis zu weiterer Bestimmung der englischen Regierung an Bord behalten werde und dabei die Garantie übernähme, daſs sie sich in die Politik Samoas nicht einmischen würden. || Mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Tage erschien es erforderlich, die Verhältnisse in Samoa vorläufig bis zum Eintreffen von Instruktionen der Vertragsregierungen zu regeln. Die Konsuln beschlossen im Einverständnis mit dem Präsidenten Dr. Raffel, die anliegende Proklamation zu erlassen, durch welche die Mataafapartei als provisorische Regierung mit dem Präsidenten als erstem Vollziehungsbeamten an der Spitze anerkannt wurde. Präsident Raffel hatte sich in den unruhigen Tagen durch seine Thätigkeit die allgemeine Anerkennung erworben. Die hier erscheinende englische Zeitung bemerkt hierüber unterm 7. Januar:

> „Dr. Raffel verwendete sich dafür, von der Mataafapartei für die Besiegten menschliche Bedingungen zu erwirken. Bei dieser Gelegenheit und sonst waren Dr. Raffels gute Dienste höchst wertvoll, und er verdient das höchste Lob für seine humanen und versöhnlichen Bemühungen als Vermittler.“

In demselben Sinne bewegten sich die Dankesäuſserungen des englischen Konsuls und des englischen Kapitäns. — So kam es, daſs die Einsetzung der

Nr. 11945. Deutsches Reich. 23. Jan. 1899.

provisorischen Regierung mit Raffel an der Spitze schon am 3. Januar beschlossene Sache war. || Es erübrigt noch, über das Verhalten der beiderseitigen Kriegsschiffe ein Wort zu sagen. || Von dem englischen Kommandanten wurde bereits am 31. Dezember eine Abteilung Matrosen in das englische Konsulat gelegt. Bis auf den heutigen Tag, wo die Ruhe schon seit länger als zwei Wochen vollkommen wiederhergestellt ist, ist noch eine militärische Wache dort. || Die Abteilung, die von der Wohnung des Oberrichters zurückgezogen war, wurde in die Gebäude der Londoner Mission, die als Sammelpunkt für schutzbedürftige Engländer und Amerikaner bezeichnet war, gelegt und im Laufe der Tage auf vierundvierzig Mann unter einem Offizier verstärkt. Gerade die Mission hatte grossen Reiz für die Beute machenden Mataafaleute. Dorthin waren von den mit der Mission verwachsenen Häuptlingen, die das Herz der Tanupartei bildeten, Gegenstände des Eigentums, insbesondere feine Matten, in Sicherheit gebracht worden. So fehlte es nicht an ständigen Beunruhigungen der englischen Militärwache. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar war von Mataafaleuten in ein auf Missionsgrund, also auf britischem Eigentum stehendes Haus eingedrungen, in dem eine Anzahl Eingebornenmissionare mit Frauen und Kindern und Familien von Tanuleuten Zuflucht gesucht hatten. Die militärische Wache, obwohl nur fünfzig Schritte entfernt, hatte nach Lage der Sache nichts zu thun vermocht. Präsident Raffel wurde am Morgen des 3. herangerufen und stiftete Ordnung, indem er einem einflufsreichen Häuptling der Mataafapartei den Schutz des bedrohten Hauses übertrug. || Am Abend des 4. begannen die Beunruhigungen der Mission wiederum und führten dazu, dafs am Morgen des 5. die englische Wache, nachdem der Präsident die in der Mission befindlichen, Samoanern gehörigen Sachen übernommen und in den Schutz von Mataafaleuten gestellt hatte, eingezogen und an Bord I. M. S. „Porpoise“ wiedereingeschifft wurde. || Ein grofser Teil von Engländern und Amerikanern war während der unruhigen Tage an Bord eingeschifft. Der Oberrichter, der, abgesehen von seinem ältesten Sohn, seine Familie nach Auckland gesandt hat, und der Advokat Gurr, einer der beiden Vertreter Tanus in dem die Königswahl betreffenden Prozefs, halten sich seit Ausbruch des Krieges an Bord I. M. S. „Porpoise“ auf. || Von S. M. S. „Falke“ sind Truppen nicht gelandet worden. In der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar haben einige deutsche Frauen und Kinder auf dem Kriegsschiff verweilt. || Eine Eigentümlichkeit der jetzt beendeten Unruhen ist, im Unterschied von frühern Vorgängen gleicher Art, ihre kurze Dauer. So haben die gewöhnlichen Begleiterscheinungen samoanischer Wirren: die Unsicherheit des Eigentums der Weifsen, die Beraubung der fremden Pflanzungen, gefehlt. || Mataafa hat an den Kämpfen nicht teilgenommen, und auch von englischer Seite wird in einer in der hiesigen Zeitung veröffentlichten Zuschrift besonders anerkannt, dafs er für den Krieg nicht verantwortlich und bis zuletzt bemüht gewesen sei, denselben zu verhindern.

(gez.) Rose.

Nr. 11945. Deutsches Reich. 23. Jan. 1899.

Anlage zu No. I. Übersetzung.

Proklamation.

Infolge der Ereignisse der letzten Tage und der dringenden Notwendigkeit, eine starke provisorische Regierung für Samoa zu errichten, erklären wir, die unterzeichneten konsularischen Vertreter der drei Vertragsregierungen, was folgt: || 1. Die Mataafapartei, vertreten durch den Oberhäuptling Mataafa und die nachstehenden dreizehn Häuptlinge, Lemana, Moefaauo, Lauaki, Toelupe, Molioo, Fue, Laufa, Autagavaia, Asiata, Leiataua, Tufuga, Leiato, Suatele, welche letzthin im Namen der besagten Partei auftraten und welche gegenwärtig im thatsächlichen (de facto) Besitz der samoanischen Regierung sind, werden anerkannt als provisorische Regierung von Samoa bis zum Eingang von Instruktionen der drei Vertragsmächte. || 2. Der Präsident soll der oberste Exekutivbeamte der besagten provisorischen Regierung sein. || 3. Diese Proklamation soll nicht dahin ausgelegt werden, dafs dadurch die Rechte und Privilegien der drei Vertragsmächte in Samoa, sei es einer jeden einzelnen derselben, oder in ihrer Gesamtheit, oder ihrer konsularischen Vertreter, in ihrem gegenwärtigen Bestande abgeändert oder aufgehoben würden.

Gegeben Apia, den 4. Januar 1899.

(Unterschriften der drei Konsuln.)

Nr. 11946. DEUTSCHES REICH. — Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia über die Vorgänge vom 4. bis 9. Januar 1899.

Apia, 24. Januar 1899.

Nr. 11946. Deutsches Reich. 4. Jan. 1899.

Die provisorische Regierung liefs es sich angelegen sein, die Ordnung baldthunlichst wiederherzustellen. In einer Bekanntmachung vom 6. Januar, namens der Häuptlinge, die die Regierung vertreten, wurde vor Fortsetzung des Plünderns und Stehlens, insbesondere vor allen Ausschreitungen gegen das Eigentum der Weifsen gewarnt. Am gleichen Tage machte Präsident Raffel öffentlich bekannt, dafs die provisorische Regierung Schritte gethan hätte, um Frieden und Ordnung in Samoa wiederherzustellen, und erbat hiefür die Unterstützung aller Einwohner. Rasch wurde das Ziel erreicht. Die grofsen Massen der Krieger der Mataafapartei wurden in ihre Heimat zurückgesandt. Den Trupps, die sich Beute machend umhertrieben, wurde entgegengetreten, Wachen wurden an vielen Stellen ausgesetzt, um Ausschreitungen zu steuern. || Sorge verursachte der provisorischen Regierung die Bestimmung des Schicksals der kriegsgefangenen Tanuanhänger. || In einem Brief, den der Oberrichter am 4. Januar von Bord des englischen Kriegsschiffs an den kriegsgefangenen Dolmetscher des Obergerichts Auanae, einen der einflufsreichsten Anhänger der Tanupartei, geschrieben hatte, war die Ansicht ausgesprochen, dafs seine Entscheidung, betreffend die Königswahl, von den drei Vertragsmächten aufrecht erhalten werden würde. Unter diesen Umständen erschien es der provisorischen Regierung als ein Gebot der Selbsterhaltung, die Leute der Vaimauga

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899

(des Bezirks um Apia), die durch ihre nahen Beziehungen zu verschiedenen Fremden Umtriebe gegen die neue Einrichtung angezettelt hätten, von der Rückkehr in ihre Wohnsitze abzuhalten. Einige sechzig kriegsgefangene Häuptlinge sind nach Tutuila verschickt, die gemeinen Leute der Vaimauga nach den Inseln Manono und Apolima. Allen übrigen Kriegsgefangenen ist die Rückkehr in ihre Heimat gegen die Verpflichtung, ein Lösegeld von zwei Dollar für den Kopf zu erlegen, gestattet. || Am 5. Januar liefs Herr Chambers einen Anschlag an die Thür des Obergerichts heften, wonach: „auf Anordnung des Oberrichters Chambers die Thätigkeit des Obergerichts bis auf weitere Bestimmung vertagt sei."

Dem gegenüber vertrat Dr. Raffel den Standpunkt, dafs eine Wahrnehmung des Oberrichterpostens durch Mr. Chambers für die Dauer des Bestehens der entgegen der Entscheidung vom 31. Dezember v. J. entstandenen Regierung rechtlich ausgeschlossen sei. Dr. Raffel erliefs daraufhin die abschriftlich beigefügte Bekanntmachung vom 6. Januar, durch welche das Obergericht bis auf weitere Anordnung der provisorischen Regierung geschlossen wurde. (Anlage 1.) Zugleich wurde von dem Gebäude Besitz genommen und eine Wache von Kriegern der provisorischen Regierung um dasselbe postiert. || Der englische Konsul erblickte in diesem Vorgehen der provisorischen Regierung eine Beleidigung der britischen Flagge. Herr Maxse hatte am 22. Dezember v. J. die britische Flagge über der Privatwohnung des Oberrichters gehifst und durch Proklamation erklärt, diese Flaggenhissung sei das Zeichen dafür, dafs der Oberrichter, seine Familie, seine Privatwohnung und das Obergericht unter den Schutz der britischen Flagge gestellt seien. Die gehifste Flagge war indessen während der Unruhen am 1. Januar wieder eingezogen. || Am 7. Januar, $8^1/_2$ Uhr vormittags, erhielt ich die abschriftlich anliegenden Schreiben des Oberrichters und des englischen Konsuls, aus denen ich ersah, dafs Herr Chambers an diesem Tage mittags eine Sitzung zur Wiedereröffnung des Obergerichts abhalten würde, unter Zurückweisung etwaigen Widerstandes durch bewaffnete Macht des englischen Kriegsschiffs. (Anlagen 2, 3, 4.) Zugleich drohte der englische Konsul schriftlich mit der Eröffnung von Feuer von I. M. S. „Porpoise", was im Ernstfall eine Brandgefahr für die ganze Stadt Apia bedeutet haben würde. Milder gefafst war die anliegende Bekanntmachung des englischen Kriegsschiffs-Kommandanten. (Anlage 5.) Infolge der Androhung des Herrn Maxse liefs ich unter den Deutschen folgende Bekanntmachung verbreiten: „Nach einer amtlichen Mitteilung des englischen Konsuls Ernest G. B. Maxse kann erwartet werden, dafs um 11 Uhr 30 Minuten vormittags Feuer von I. M. S. „Porpoise" auf Apia eröffnet wird."

Apia, den 7. Januar 1899.

Der Kaiserliche General-Konsul. (gez.) Rose."

Kurz nach 12 Uhr wurden der amerikanische General-Konsul in einem, der englische Konsul mit dem Oberrichter in einem anderen Boot von I. M. S.

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

„Porpoise“ an Land gesetzt. Aufserdem wurden 24 bewaffnete englische Matrosen unter Führung eines Offiziers bereitgehalten, um jeden Augenblick an das Obergericht heranzurücken, in dessen Nähe ich, Korvetten-Kapitän Schönfelder und Dr. Raffel standen. || Der englische Konsul erklärte Herrn Raffel die Wiedereröffnung als den Zweck seines Kommens. Dr. Raffel erwiderte unter Ausführung der Gedanken, die in seinem an den englischen Konsul gerichteten, abschriftlich beigefügten Schreiben niedergelegt sind. (Anlage 6.) Ich schlofs mich Raffels Ausführungen an. Als Raffel erklärt hatte, dafs er den Schlüssel zum Obergerichtshause nicht herausgeben, sondern nur der Gewalt weichen werde, erwiderte der englische Konsul, dafs er Gewalt anwenden werde. Hierauf wurde von dem Gerichtsschreiber des Obergerichts die Thür zum Sitzungszimmer des Obergerichts mit Gewalt erbrochen. Die militärische Abteilung war inzwischen, obgleich nirgends Bewaffnete zu sehen waren, herangezogen, und zwar, nachdem ich namens meiner Regierung gegen die Anwendung militärischer Mafsnahmen Verwahrung eingelegt hatte. || Korvetten-Kapitän Schönfelder, Dr. Raffel und ich gingen fort, während Chambers mit den beiden andern Konsuln das Obergericht betrat. || Kurze Zeit darauf fand sich anliegende Erklärung von Herrn Chambers am Obergericht angeheftet. (Anlage 7.) || Mit einer Frist von drei Stunden war die Beschiefsung der Stadt angedroht; zur Zeit der Eröffnung des Obergerichts waren die Geschütze des englischen Kriegschiffs „Porpoise“ auf das Obergerichtsgebäude gerichtet. || Ich selbst hatte dem naheliegenden Gedanken, den Kommandanten S. M. S. „Falke“ um Gestellung bewaffneter Macht zum Schutz des Präsidenten Dr. Raffel zu ersuchen, von vornherein keinen Raum gegeben; denn ich wollte nicht dazu beitragen, dafs der Fall des feindlichen Gegenüberstehens bewaffneter Abteilungen zweier befreundeter Staaten aus so minimer Veranlassung einträte. || Am 7. Januar erhielt ich von meinen Kollegen Proteste gegen die Warnung, die ich an die Deutschen hierselbst wegen der vom englischen Konsul angedrohten Beschiefsung gerichtet hatte. Ich habe diese in zwei Schreiben, unter Hinweis auf das oben angeschlossene Schreiben des englischen Konsuls (Anlage 3), als nicht gerechtfertigt bezeichnet. || Durch eine zweite Proklamation vom 7. Januar erklärte der Oberrichter Chambers unter Zustimmung der beiden Konsuln, dafs die Einrichtung des Obergerichts unabhängig sei von dem Bestehen irgend einer zeitweiligen oder provisorischen Regierung. || Zugleich mit dieser Proklamation erschien eine gemeinsame Kundgebung des englischen und amerikanischen Konsuls, die Chambers für den einzigen rechtmäfsigen Oberrichter erklärte, auch während des Bestehens der provisorischen Regierung, mit der Begründung, bei der Errichtung der provisorischen Regierung sei von allen Beteiligten ausdrücklich vereinbart worden, dafs der Akt in keiner Weise die Anwendung irgend einer Vorschrift des Berliner Vertrages aufheben, aussetzen oder einschränken sollte. In einer am 3. Januar stattgehabten Beratung der drei Konsuln, des Präsidenten und der beiden Kriegsschiffs-Kommandanten wurde auf Vorschlag des Präsidenten allseitig vereinbart, dafs || 1. Mataafa

und die dreizehn Häuptlinge seiner Partei als provisorische Regierung bis zum Eintreffen von Instruktionen der Vertragsmächte anerkannt würden, || 2. der Präsident an der Spitze der vollziehenden Gewalt dieser Regierung stehen solle.

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

Englischer Kommandant und Konsul standen damals unter dem Eindruck eines grofsen Dienstes, den am Morgen des 3. Januar der englischen Wache in der Mission durch das energische Eingreifen Raffels geleistet war, überschütteten ihn mit Lobeserhebungen und waren zu jedem Entgegenkommen bereit. Wegen dringender dienstlicher Inanspruchnahme des Präsidenten wurde die Zeichnung der Proklamation auf den folgenden Tag verschoben. An diesem war die günstige Stimmung des englischen Konsuls gewichen. Er bestand, als der Präsident einen nach der Verabredung vom vorhergehenden Tage aufgestellten Proklamationsentwurf zur Zeichnung vorlegte, auf Hinzufügung folgenden Vermerks: || „Nichts, was hierin enthalten ist, soll ausgelegt werden als eine von den Vertretern der drei Vertragsmächte dahin getroffene Vereinbarung, dafs die Berliner Generalakte oder ein Teil derselben aufgehoben würde."

Der Präsident erwiderte, dafs in der Vereinbarung vom Tage vorher eine solche Bestimmung nicht vereinbart worden sei, was Herr Maxse zugestand. Darauf der Präsident: „Dann haben Sie Ihre Meinung geändert", folgend die Antwort Maxses: „Ich habe meine Meinung geändert, bestehe aber auf Hinzufügung des Zusatzes". Der Präsident, dem die Schwierigkeiten, die ihm in seiner lediglich beratenden Stellung unter der Berliner Generalakte bereitet worden waren, noch allzu gegenwärtig sind, erklärte mit aller Bestimmtheit, dafs er unter einer Proklamation mit dem Maxseschen Zusatz unter keinen Umständen amtlich thätig sein würde, es vielmehr dann vorzöge, ohne Proklamation weiter zu wirken, wie in der Zeit seit dem 31. Dezember v. J. Daraufhin schlug der amerikanische General-Konsul vor, dafs in die Proklamation eine Bestimmung aufgenommen würde, dafs die Vorschriften des Berliner Vertrages „soweit als möglich" während der Dauer der provisorischen Regierung beachtet werden sollten. Aus dieser Anregung entstand die Fassung, die die Nummer 3 der Proklamation erhalten hat, dafs „durch keine Bestimmung der Proklamation die Rechte und Privilegien der Vertragsmächte in Samoa oder ihrer Vertreter abgeändert oder aufgehoben würden."

Es war meines Erachtens eine Verkehrung des Sinns dieser Worte, zu behaupten, dafs des Oberrichters Chambers Stellung auf Grund der Proklamation von der Umwälzung der jüngsten Vergangenheit unberührt geblieben sei. || Ich antwortete am 9. Januar mit der anliegenden Proklamation, in der ich meinen Standpunkt dahin präcisierte, dafs ich eine Wahrnehmung des Oberrichterpostens durch Chambers während des Bestehens der provisorischen Regierung für rechtlich ausgeschlossen hielt und das Vorhandensein einer zeitweiligen Vakanz, in der der Municipal-Präsident an Stelle des Oberrichters träte, annähme. (Anlage 8.) (gez.) Rose.

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

Anlagen zu No. II.

Anlage 1. Übersetzung.

Öffentliche Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daſs das Obergericht geschlossen ist und nicht wieder eröffnet werden wird bis auf weitere Bestimmung von seiten der Regierung.

Die Provisorische Regierung von Samoa.

Apia, den 6. Januar 1899.

Anlage 2. Übersetzung.

Obergericht von Samoa.

Apia, Samoa, 7. Januar 1899,

An Bord I. M. S. „Porpoise", Apia-Hafen.

(An die drei Konsuln gleichlautend.)

Mein Herr!

Ich beehre mich, Sie zu benachrichtigen, daſs der Gerichtsschreiber des Obergerichts von Samoa mir gemeldet hat, die provisorische Regierung in Mulinuu habe das Gericht für suspendiert erklärt, bewaffnete Eingeborene seien auf die Veranda gekommen und hätten ihm erklärt, sie seien auf Befehl des Präsidenten gekommen, Besitz zu ergreifen; der Anschlag, betreffend Vertagung, der auf meinen Befehl an der Gerichtsthür befestigt gewesen, sei heruntergerissen worden; drei bewaffnete Leute seien seitdem auf dem Platz zurückgeblieben, hinter den bewaffneten Eingeborenen sei Herr Marquardt gekommen und habe erklärt, von der provisorischen Regierung gesandt zu sein; Gerichtsschreiber Denvers habe Marquardt benachrichtigt, daſs er Befehle mit Bezug auf das Gericht nur von dem Oberrichter entgegennehmen werde; dann habe er die Thür abgeschlossen und sei zum Schiff gekommen, um mir Meldung zu erstatten. || Ich bitte Ihre Aufmerksamkeit auf die Thatsache lenken zu dürfen, daſs ich, da ich der Oberrichter des Obergerichts von Samoa bin, indem ich dies ehrenvolle Amt auf Grund des Berliner Vertrages innehabe und öffentliche Geschäfte wahrzunehmen habe, welche meine Anwesenheit im Gerichtsgebäude erforderlich machen, dazu schreiten werde, das Gerichtsgebäude heute um 12 Uhr Mittag zu eröffnen. Ich ersuche ergebenst um solchen Schutz in der Sache, den Sie sich in der Lage fühlen mir zu gewähren.

Ergebenst

(gez.) W. L. Chambers, Oberrichter von Samoa.

Anlage 3. Übersetzung.

I. B. M. Konsulat, Apia, 7. Januar 1899.

Mein Herr!

Ich beehre mich, Abschrift eines Schreibens anzuschlieſsen, welches ich heute an den obersten Exekutivbeamten der provisorischen Regierung von Samoa gerichtet habe, und zu erklären, daſs ich unter normalen Verhältnissen

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

natürlich um eine Zusammenkunft der Konsuln und gemeinsame Entschliefsung derselben ersucht haben würde, dafs ich indessen angesichts der Stellung, die Sie einnehmen zu sollen geglaubt haben, und angesichts Ihrer neuerlichen Amtshandlungen nicht in der Lage bin, im Hinblick auf den Meiner Souveränin Flagge durch die Handlungsweise der provisorischen Regierung bezüglich des Obergerichts angethanen Schimpf mich auf irgend welche Erörterung in der Sache mit Ihnen einzulassen. || Die endgiltige Erledigung mufs unseren Regierungen überlassen werden, welche sicherlich den wahren Sachverhalt der jetzigen Verwicklungen auf Samoa und deren Gründe zu würdigen wissen werden.

Ich habe die Ehre u. s. w.

(gez.) Ernest G. B. Maxse.

Herrn F. Rose,
Kaiserlich Deutschen General-Konsul
Apia.

Anlage 4 (Unteranlage zu Anlage 3.)

Übersetzung.

I. B. M. Konsulat, Apia, 7. Januar.

Mein Herr!

Ich beehre mich, Sie zu benachrichtigen, dafs Herr Oberrichter Chambers mich amtlich unterrichtet hat (und im Begriff ist, die beiden anderen konsularischen Vertreter in gleicher Weise zu unterrichten), dafs die Provisorische Regierung von Samoa seinen Gerichtshof für geschlossen erklärt, eine Bekanntmachung des Oberrichters heruntergerissen, eine bewaffnete Wache vor das Gericht gelegt und von dem Gerichtsschreiber Herrn Denvers die Schlüssel zum Gericht verlangt hat. || Ich gestatte mir, Sie daran zu erinnern, dafs Herr Oberrichter Chambers der alleinige richterliche Beamte der Samoanischen Schlufsakte und das Haupt der wichtigsten von dieser Akte geschaffenen Einrichtung ist, und dafs er als solcher unter dem Schutz meiner Regierung nicht allein in deren Eigenschaft als einer der drei Vertragsregierungen in Samoa, die dort gleiche Rechte und Privilegien haben, sich befindet, sondern noch ganz besonders infolge meiner Proklamation vom 22. Dezember, von der ich Ihnen bereits Abschrift übersandt habe, und worin nicht allein der Oberrichter und seine Familie, sondern auch seine Privatwohnung und sein Gerichtshof unter Britischen Schutz gestellt worden sind. Ich gestatte mir Ihnen mitzuteilen, dafs Herr Oberrichter Chambers sein Gericht heute um 12 Uhr eröffnen wird und dafs jede Behinderung seiner Person oder seines Gerichts als offene Herausforderung der Britischen Flagge angesehen und von den bewaffneten Streitkräften der Britischen Krone zurückgewiesen werden wird. || Ich möchte Sie bitten, die Europäischen Bewohner von Apia (mit Ausnahme der Britischen Staatsangehörigen) zu warnen, dafs heute jederzeit nach 11 Uhr 30 Minuten vormittags zum gedachten Zweck Feuer von I. M. S. „Porpoise“ eröffnet werden kann, falls irgend einem Widerstande begegnet werden sollte. ||

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

Ich beehre mich ferner, Sie zu benachrichtigen, dafs, falls irgend jemand von denen, die gegenwärtig dabei sind, in der Municipalität Eigentum zu zerstören, oder sonst jemand dabei erblickt wird, wenn er es unternimmt, in das Obergericht einzudringen, nachdem der Oberrichter heute dasselbe vertagt haben wird, auf den Betreffenden von I. M. S. „Porpoise" gefeuert werden wird. || Kommandant Sturdee bittet mich, Sie zu benachrichtigen, dafs er dazu rät, die Eingeborenen-Wache zurückzuziehen, um der Notwendigkeit, auf dieselbe Feuer zu geben, vorzubeugen. || Abschrift dieses Schreibens ist dem Deutschen General-Konsul übersandt worden.

Ich beehre mich u. s. w.

(gez.) Ernest G. B. Maxse, I. Br. M. Konsul.

Anlage 5. Übersetzung.

An Bord I. M. S. „Porpoise", Apia, 7. Januar 1899.

Nachdem das Obergericht, welches sich gegenwärtig unter dem Schutz der Vereinigten Staaten und Grofsbritanniens befindet — vgl. Proklamation vom 22. Dezember —, ungesetzlicher Weise von der provisorischen Regierung geschlossen worden ist, und die Befehle des Oberrichters, welche am Gerichtsgebäude angeschlagen waren, durch bewaffnete Trupps der gedachten Regierung heruntergerissen worden sind, — wird der Oberrichter, unterstützt von dem Amerikanischen General-Konsul und dem Konsul Ihrer Britischen Majestät, unter dem Schutze bewaffneter Streitkräfte I. M. S. „Porpoise" heute Mittag eine Gerichtssitzung abhalten. Falls auf Widerstand gestofsen wird — was hoffentlich nicht der Fall sein wird —, so wird Feuer eröffnet werden, um die Rechte dieser beiden Grofsmächte zu schützen. In Anbetracht möglicher Ereignisse werden deshalb Britische wie Amerikanische Unterthanen ersucht, falls sie dies wünschen, an Bord der „Porpoise" Zuflucht zu suchen.

(gez.) F. C. D. Sturdee, Kommandant, Ältester Offizier der N. O. Division.

Anlage 6. Abschrift.

Apia, den 7. Januar 1899.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage, betreffend die Wiedereinsetzung des Oberrichters Chambers in den *Supreme Court*, zu erwidern, wie folgt: — Euer Hochwohlgeboren hatten am 22. Dezember v. J. die Britische Flagge über der Privatwohnung des Oberrichters gehifst und durch eine Proklamation vom selben Tage hierdurch die Person des *Chief Justice* sowie auch den *Supreme Court* unter den Schutz der Britischen Flagge gestellt. Wie aus Euer Hochwohlgeboren Schreiben an den Deutschen General-Konsul vom heutigen Tage hervorgeht, sehen Euer Hochwohlgeboren in der gestrigen Verfügung der provisorischen Regierung, betreffend

Schliefsung des *Supreme Court* bis auf weiteres, eine Verletzung der Britischen Flagge. || Namens der samoanischen Regierung protestiere ich hiermit nachdrücklichst gegen eine derartige Annahme, welche thatsächlich und rechtlich unhaltbar ist. Die Britische Flagge wurde am 31. Dezember eingezogen, und war schon aus diesem Grunde eine Verletzung derselben ausgeschlossen, rechtlich und thatsächlich. || Wie Euer Hochwohlgeboren bekannt, wurde das Urteil des Oberrichters, welches Tanu zum König gemacht hatte, durch die Gewalt der Thatsachen umgestürzt, und wurde nunmehr die *de facto* Regierung Mataafas durch die Proklamation der Vertreter der drei Vertragsmächte vom 4. Januar ausdrücklich als provisorische Regierung anerkannt. Nach den Protokollen zum Berliner Vertrage (Seite 45) unterliegt es keinem Zweifel, dafs die Stellung des Oberrichters einer der wichtigsten Bestandtteile der Samoanischen Verfassung ist (.... *that these officers — — — President and Chief Justice — — — would virtually constitute de Samoan government*). Es ist rechtlich und thatsächlich ausgeschlossen, dafs Oberrichter Chambers noch einen verfassungsmäfsigen Bestanteil der gegen seine Entscheidung unter Zustimmung der drei Konsularvertreter zustande gekommenen provisorischen Regierung bilden kann. Nach dem Berliner Vertrage soll der Oberrichter von den drei Vertragsmächten gemeinschaftlich vorgeschlagen (*named*) und von der samoanischen Regierung ernannt (*appointed*) werden. Es ist bei der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage ausgeschlossen, dafs die provisorische Regierung Herrn Chambers zum Oberrichter ernennen kann. Dem Oberrichter Chambers werden bis zum Eintreffen von Instruktionen seitens der drei Vertragsregierungen seine Kompetenzen fortgezahlt werden. || Rechtlich und thatsächlich ist eine Vakanz des Oberrichterpostens eingetreten, und sind daher die Befugnisse dieses Amtes von dem Präsidenten auszuüben. —

Euer Hochwohlgeboren erkläre ich hiernach: || 1. Ich protestiere namens der provisorischen Regierung, dafs eine Verletzung der britischen Flagge stattgefunden hat, || 2. die Schliefsung des *Supreme Court* durch die provisorische Regierung ist in vollster Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völker- und Staatsrechts erfolgt, || 3. Euer Hochwohlgeboren begehen durch das Vorhaben, Herrn Chambers durch Waffengewalt wieder in sein Amt einzuführen, einen Bruch der von Ihnen mitunterzeichneten Proklamation, betreffend Anerkennung der provisorischen Regierung, || 4. Ich protestiere hiermit namens der provisorischen Regierung gegen die von Euer Hochwohlgeboren in dem heutigen Schreiben angedrohten Mafsnahmen, || 5. Ich protestiere, dafs diese Mafsnahmen und ihre sofortige Ausführung angedroht sind, ohne dafs zuvor, wie dies nach völkerrechtlichen Grundsätzen unbedingt erforderlich ist, ein Einvernehmen zwischen den Beteiligten auch nur versucht worden ist, || 6. Euer Hochwohlgeboren schlage ich hiermit vor, Sich zu einer gemeinschaftlichen Konferenz der drei Konsuln und der beiden Kriegsschiffs-Kommandanten um 11.30 am *Supreme Court* einzufinden, woselbst der völkerrechtlich unbedingt erforderliche Versuch eines friedlichen Einvernehmens zunächst zu machen

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

ist. || 7. Inzwischen treffe ich die erforderlichen militärischen Mafsregeln, um Leben und Eigentum von Weifsen innerhalb der Municipalität gegen etwaige Marodeure seitens der Eingebornen zu schützen.

Bitte Empfang sofort durch Überbringer zu bestätigen.

(gez.) Dr. Raffel.

An etc. Konsul Maxse, Apia.

Anlage 7. Übersetzung.

Obergericht von Samoa.

Vor Seiner Ehren dem Oberrichter Chambers.

Den 7. Januar 1899.

In Erwägung, dafs die Einfriedigungen dieses Gerichts von bewaffneten Kräften unterm Befehl der sogenannten provisorischen Regierung von Samoa betreten sind, und (— Hauptwort fehlt; zu ergänzen: „die bewaffneten Kräfte"?) gewaltsam das Gebäude besetzt gehalten haben gegen den Protest des Gerichtsschreibers, welcher zugegen war, als besagte bewaffnete Gewalt eindrang; und in Erwägung, dafs ein gewisser Marquardt, der sich als Beamter der sogenannten provisorischen Regierung ausgab, im Namen besagter Regierung dem besagten Gerichtsschreiber die Schlüssel zum Hause abforderte; in Erwägung, dafs die erwähnte Handlung unerlaubt, ungesetzlich und aufrührerisch gegen den Berliner Vertrag vom 14. Juni 1889 war, unter welchem dieser Gerichtshof steht; in Erwägung, dafs die sogenannte provisorische Regierung keine Aufsichtsbefugnis oder Kontrole über das Obergericht von Samoa oder den Oberrichter desselben hat, und jeder Versuch, den Gerichtsschreiber oder einen andern Gerichtsbeamten zu behindern, nicht allein ungesetzlich und unverantwortlich ist, sondern auch ein Angriff auf die drei Vertragsmächte, welche den Vertrag mit der Regierung von Samoa geschlossen haben, || so wird befohlen, erkannt, entschieden und bestimmt, dafs jedweder, sei es für seine Person oder unter angeblicher amtlicher Ermächtigung, irgend eine thatsächliche oder sogenannte Regierung irgend welcher Art vertretend, ausgenommen einen Beamten oder die Behörden der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, England und Deutschland bei gemeinschaftlichem Auftreten, dies auf seine Gefahr und gegen die Befehle dieses Gerichts thut. (Der Satz lautet im englischen Text: It is ordered, adjudged, decreed and directed that any person whether individually or under alleged official authority representing any actual or so called Government whatsoever except an Officer or the Authorities of the Governments of the United States of America, England or Germany acting in joint accord will be doing so at their peril and against the orders of this Court.) || Alle Bücher, Urkunden, Protokolle, desgleichen alle Papiere der Landkommission, Registerbücher, Landeigentumsurkunden des Obergerichts und alle sonstigen Bücher, Papiere, Urkunden oder Inventarienstücke des Obergerichts

von Samoa und, was zu irgend einer Zeit unter der Kontrolle und Bestimmung des Oberrichters von Samoa gewesen, sind weiter unter seiner Kontrolle.

Nr. 11946. Deutsches Reich. 24. Jan. 1899.

(gez.) W. L. Chambers, Oberrichter von Samoa.

Anlage 8.

Bekanntmachung.

Ich bringe hiermit zur allgemeinen Kenntnis:

1. Die durch Proklamation der drei Konsuln von 4. d. M. anerkannte provisorische Regierung ist zur Erfüllung aller Aufgaben eines Staatswesens berufen. Eine Beschränkung ihrer Befugnisse auf die Ausübung polizeilichen Schutzes ist von den Beteiligten weder beabsichtigt noch ausgesprochen. || 2. Die provisorische Regierung ist hervorgegangen aus dem gewaltsamen Umsturz der Entscheidung des Oberrichters Herrn Chambers in der Königsfrage, durch welche die Mataafapartei für regierungsunfähig erklärt wurde. Eine Fortführung der oberrichterlichen Geschäfte durch den Oberrichter Herrn Chambers als Bestandteil dieser gegen seine Entscheidung zu stande gekommenen Regierung ist hiernach rechtlich ausgeschlossen. || 3. Es ist somit eine zeitweilige Vakanz im Amt des Oberrichters eingetreten, für welchen Fall die Bestimmung in Artikel III Abschnitt 2 der Berliner Generalakte Anwendung findet:

„Die Befugnisse des Oberrichters sollen im Fall, dafs dieses Amt aus irgend einem Grunde unbesetzt ist, durch den Vorsitzenden des Municipalrats ausgeübt werden.“

4. Hiernach können vor Eingang weiterer Instruktionen amtliche Akte, die der Oberrichter Herr Chambers vornehmen möchte, nicht als rechtsverbindlich angesehen werden.

Apia, den 9. Januar 1899.

Der Kaiserlich Deutsche General-Konsul.
Rose.

Nr. 11947. DEUTSCHES REICH. — Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Apia, betreffend den Fall Grevsmühl.

Apia, 25. Januar 1899.

Nr. 11947. Deutsches Reich. 25. Jan. 1899.

Der in der Matrikel des Konsulats eingetragene Hamburgische Staatsangehörige Kaufmann Emil Grevsmühl hat in stark angetrunkenem Zustande am 19. Januar die Scheiben in den Fenstern des Obergerichtsgebäudes zerschlagen. Grevsmühl ist ein gut situierter Geschäftsmann. || Die That wurde vormittags zwischen 10 und 11 Uhr verübt, zu einer Zeit, zu welcher niemand

Nr. 11947. Deutsches Reich. 25. Jan. 1899.

sich im Gericht befand. Der Municipal-Magistrat ordnete die Inhaftnahme Grevsmühls wegen des Polizeivergehens „Trunkenheit und unordentlichen Betragens“ an. Nach der Verhaftung von Grevsmühl erschien im Obergericht der Oberrichter Chambers, begleitet von Konsul Maxse und einem Offizier des englischen Kriegsschiffs. Nachdem dieser die samoanische Flagge auf dem Mast vor dem Obergerichtsgebäude hatte hissen lassen, ordnete der Oberrichter an, dafs Grevsmühl ihm vorgeführt würde. Er verurteilte ihn zu einer Strafe von 100 Dollar und 100 Tagen Gefängnis und schritt, wie der anliegende Strafantrittsbefehl zeigt, sofort zur Vollstreckung der Freiheitsstrafe. || Als ich nachmittags von diesem Vorfall Kenntnis erhielt, und Grevsmühl meine Hilfe erbat, nahm ich mit Dr. Raffel Rücksprache. Derselbe erklärte sich bereit, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Oberrichter die Vollstreckung der über Grevsmühl unzuständiger Weise verhängten Freiheitsstrafe aufzuheben und ihn dem Kaiserlich deutschen Konsulat als allein zuständiger Gerichtsbehörde zuzuführen. Abends 11 Uhr befand sich Grevsmühl im Konsulat, wo er sich noch jetzt aufhält. || Am 20. Januar wurde von mir das Strafverfahren gegen Grevsmühl wegen Sachbeschädigung (§ 303 R.-Str.-G.-B.) eröffnet. || An demselben Tage hatte ich in der Meinung, dafs ein Eingriff in die Gerichtsbarkeit seitens des Oberrichters als eine Sache, die sämtliche Konsuln interessiere, zu betrachten sei, meine Kollegen zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen. Die Antwort lautete ablehnend. || Das konsulargerichtliche Urteil gegen Grevsmühl erging am 21. Januar und lautete in Anbetracht der schweren Umstände seiner Vergehung auf 600 Mark Geldstrafe. Grevsmühl verzichtete auf Berufung und leistete noch am Tage des Urteils Zahlung.

(gez.) Rose.

Anlage zu Nr. III. Übersetzung.

Obergericht von Samoa.

Strafgerichtsbarkeit,
in Sachen einer Anklage gegen E. A. Grevsmühl aus Apia, Samoa,
deutschen Unterthan.

Apia, 19. Januar 1899.

Vor Oberrichter Chambers.

Der oben genannte E. A. Grevsmühl, welcher der Ausführung eines gewaltsamen Angriffs auf das Obergerichtsgebäudes und der vorsätzlichen Zerstörung eines Teiles des Gebäudes, sowie insbesondere des Zerschlagens der Glasfenster beschuldigt worden war, ist in öffentlicher Sitzung unter Anklage gestellt und nach Beweis der That durch drei Zeugen und das Geständnis des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 $, und, da er sich bei besagtem Angriff und Unfug, wie auch bei der Verhandlung der Sache der Mifsachtung des Gerichts schuldig gemacht hat, ist derselbe zu 100 Tagen Gefängnis, im

Municipalgefängnis, verurteilt worden. || Ihnen wird hierdurch jetzt befohlen, die Person des besagten E. A. Grevsmühl an den Polizeimeister und Municipalgefängnis-Wärter zu überliefern, um in diesem Gefängnis einhundert Tage lang vom heutigen Tage ab gefangen gehalten zu werden.

Nr. 11947. Deutsches Reich. 25. Jan. 1899.

An den Gerichtsmarschall

Herrn J. H. Denvers.

(gez.) J. H. Denvers, Gerichtsschreiber.

Obigen Gefangenen eingeliefert erhalten. Der Gefängniswärter.

Für richtige Abschrift
J. H. Denvers,
Gerichtsmarschall.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 11948. **DEUTSCHES REICH.** — Vertrag über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffs-Verbindungen mit Ostasien und Australien.

Berlin, 30. Oktober 1898.

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30.Okt.1898.

Zwischen dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe, handelnd im Namen des Reichs, einerseits, und dem Norddeutschen Lloyd in Bremen, vertreten durch die Direktoren Dr. Wiegand und Bremermann andererseits, ist heute nachstehender Vertrag abgeschlossen worden.

Artikel 1.

Der Norddeutsche Lloyd in Bremen verpflichtet sich, in Fortsetzung und Erweiterung der bisher auf Grund des Vertrags vom 3./4. Juli 1885 nebst Nachtrag vom 15./10. Mai 1893 unterhaltenen Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien die nachbezeichneten Postdampfschiffslinien während des im Artikel 39 näher bestimmten fünfzehnjährigen Zeitraums zu unterhalten:

A. Für den Verkehr mit Ostasien: || 1. eine Hauptlinie von Bremerhaven oder Hamburg nach China, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, Genua, Neapel, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapore, Hongkong nach Shanghai und zurück über dieselben Häfen; || 2. eine Hauptlinie von Bremerhaven oder Hamburg nach Japan, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, Genua, Neapel, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapore, Hongkong nach Yokohama und zurück über Hiogo, Nagasaki, Hongkong und die übrigen auf der Hinfahrt angelaufenen Häfen; || 3. eine Anschlufslinie an die Linie zu 2 von Hongkong nach Shangai und zurück; || 4. eine Anschlufslinie von Singapore nach dem deutschen Neuguinea-Schutzgebiet und zurück, und zwar über Batavia, sonstige Häfen des Sunda-Archipels, Berlinhafen, Friedrich Wilhelmshafen, Stephansort, Finschhafen beziehungsweise Langemak-Bucht, Herbertshöh und Matupi, Stephansort, Friedrich Wilhelmshafen, Berlinhafen und Häfen des Sunda-Archipels.

B. Für den Verkehr mit Australien: || eine Hauptlinie von Bremerhaven nach dem Festlande von Australien, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, Genua, Neapel, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Adelaide, Melbourne nach Sydney und zurück über dieselben Häfen.

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

Der Ausgangspunkt der Linien A 1 und 2 wird durch den Fahrplan in der Weise festgesetzt, daſs die Dampfer abwechselnd von Bremerhaven und von Hamburg abfahren. Die Bestimmung des niederländischen und des belgischen Anlaufhafens, sowie der anzulaufenden Häfen des Sunda-Archipels erfolgt durch den Reichskanzler. || Der Unternehmer ist verpflichtet, auf Verlangen und nach Bestimmung des Reichskanzlers ohne besondere Entschädigung die Dampfer der Hauptlinien (A 1, 2 und B) einen niederländischen und einen belgischen Hafen anlaufen zu lassen. || Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, auf Verlangen des Reichskanzlers gegen eine nach den Grundsätzen des Artikels 35, letzter Absatz, zu berechnende Entschädigung die Fahrten der chinesischen Anschluſslinie (A 3) über den Endpunkt bis nach Kiautschou auszudehnen. || Auf Grund besonderer Vereinbarung können die Linien A 1 und 2 unter Wegfall der Linie A 3 über Shanghai nach Japan geleitet werden.

Artikel 2.

Auf den unter A 1, 2 und 3, sowie B genannten Linien sind die Fahrten in Zeitabständen von je vier Wochen in jeder Richtung, auf der Neuguinea-Linie (A 4) in Zeitabständen von je acht Wochen in jeder Richtung auszuführen. || Auf den Linien A 1, 2 und 3 sind die Fahrten so zu legen, daſs durch sie eine regelmäſsige Verbindung mit China (Shanghai) in vierzehntägigen Zwischenräumen hergestellt wird.

Artikel 3.

Die Dampfer haben die Post an den fahrplanmäſsig hierzu zu bestimmenden Häfen (Posthäfen) aufzunehmen und abzuliefern. In den europäischen Posthäfen müssen die Dampfer bei der Ausreise zu der fahrplanmäſsig festgesetzten Stunde bereit liegen, um sogleich nach Empfang der Post die Fahrt antreten zu können. Die Abfahrt darf nicht früher erfolgen, als bis die Post an Bord ist.

Artikel 4.

Die Geschwindigkeit der Fahrten muſs im Durchschnitt mindestens betragen:

	für ältere Schiffe	für die nach dem 1. April 1893 und vor dem 1. April 1899 gebauten und eingestellten Schiffe	für neuerbaute nach dem 1. April 1899 eingestellte Schiffe
	Knoten		
a) auf der chinesischen und der japanischen Hauptlinie (A 1 und 2)			
zwischen dem Abgangshafen und dem europäischen Posthafen	12	12	12
zwischen dem europäischen Posthafen und dem ostasiatischen Endpunkte	13	13,5	14
b) auf der chinesischen Anschluſslinie (A 3)	12,6	12,6	12,6
c) auf der Anschluſslinie nach Neuguinea (A 4)	9	9	9
d) auf der australischen Linie (B)			
zwischen dem Abgangshafen und dem europäischen Posthafen, sowie zwischen dem letzten australischen Posthafen und dem australischen Endpunkte . . .	12	12	12
zwischen dem europäischen und dem letzten australischen Posthafen	12,2	13,5	13,5

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

Bei Fahrten gegen den Monsun ist ein Abschlag von einem Knoten für die Stunde gestattet; für die Durchfahrt durch den Suezkanal wird eine den Verhältnissen entsprechende Zeit eingesetzt. || Hiernach wird die Zeitdauer der Reise unter Berücksichtigung des Aufenthalts in den Häfen ermittelt und durch den Fahrplan festgesetzt.

Artikel 5.

Der Unternehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Reichskanzlers innerhalb der Vertragsdauer auf den Hauptlinien für neu zu erbauende Schiffe eine Erhöhung der im Artikel 4 angegebenen Fahrgeschwindigkeit eintreten zu lassen, soweit auf einer ausländischen Konkurrenz-Postlinie eine Steigerung der vertragsmäfsigen Fahrgeschwindigkeit erfolgt. Diese Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit hat ohne besondere Gegenleistung des Reichs zu erfolgen, soweit der Unternehmer der ausländischen Postlinie die für seine Dampfer vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit ohne Erhöhung der vertragsmäfsigen Gegenleistung steigert.

Artikel 6.

Auf Verlangen des Reichskanzlers müssen die für die chinesische und die japanische Hauptlinie neu zu erbauenden Schiffe mit solcher Maschinenkraft ausgestattet werden, dafs sie imstande sind, in voll beladenem Zustand und bei einem Tiefgange von 7,6 m eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 15 Knoten zu entwickeln.

Artikel 7.

Der Unternehmer hat den Fahrplan aufzustellen und dem Reichskanzler zur Genehmigung und endgültigen Feststellung zu unterbreiten. Der Entwurf des Fahrplans mufs mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkte der Einführung eingereicht, die Genehmigung zu Fahrplanänderungen mindestens zwei Monate vor dem Zeitpunkte, zu welchem sie eintreten sollen, eingeholt werden. || Der Reichskanzler ist berechtigt, zu jeder Zeit unter den im Artikel 35, letzter Absatz, festgesetzten Bedingungen eine Änderung des bestehenden Fahrplans, sowie das Anlaufen noch anderer, als der im Artikel 1 benannten Häfen anzuordnen. Für diejenigen Fälle, in denen es sich um eine Änderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Anzahl der Fahrten handelt, finden die Bestimmungen der Artikel 5 und 41 Anwendung. Die angeordnete Änderung ist dem Unternehmer mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkte, zu welchem sie in Kraft treten soll, schriftlich mitzuteilen.

Artikel 8.

Andere als die fahrplanmäfsigen Häfen dürfen, vorbehaltlich besonderer Genehmigung des Reichskanzlers im Einzelfalle, von den Dampfern nicht angelaufen werden. Sind letztere infolge schlechten Wetters oder eines anderen Umstandes, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, gezwungen, dem Fahrplan zuwider einen Nothafen anzulaufen, so ist die gesetzlich vorgeschriebene Verklarung, falls sie im Auslande zu bewirken ist,

wenn thunlich, vor dem deutschen Konsul abzulegen. Kann ein genügender Entschuldigungsgrund für das fahrplanwidrige Anlegen in glaubhafter Weise, insbesondere durch die abgelegte Verklarung und durch den Inhalt des Schiffstagebuchs nicht nachgewiesen werden, so ist für das erste Anlegen eine Strafe von 1000 (eintausend) Mark und für das zweite Anlegen auf derselben Fahrt eine solche von 2000 (zweitausend) Mark verwirkt; bei einer drittmaligen und jeder ferneren Zuwiderhandlung auf ein und derselben Fahrt liegt es in der Befugnis des Reichskanzlers, eine Strafe in Höhe von 2000 bis 5000 (fünftausend) Mark einschliefslich festzusetzen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden sinngemäfse Anwendung auf diejenigen Fälle, in welchen fahrplanmäfsige Häfen nicht angelaufen werden.

Artikel 9.

Jede Verspätung in der Abgangs- oder der Ankunftszeit an den Anfangs- oder Endpunkten der Haupt- und Anschlufslinien wird, sofern sie nicht erwiesenermafsen durch einen Umstand, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, oder durch verspätete Zuführung der Post verursacht ist, mit einer Strafe von 50 (fünfzig) Mark für die Stunde belegt. Bei einer nicht gerechtfertigten Verspätung von über 12 (zwölf) hintereinander folgenden Stunden erhöht sich die Strafe von der dreizehnten Stunde ab auf das Doppelte. || Diese Strafbeträge können verdoppelt werden, wenn eine derartige Verzögerung in der Abfahrt durch Verladung von Gütern herbeigeführt worden ist. || Der Reichskanzler ist berechtigt, Strafen bis zu gleicher Höhe auch für Verspätungen der Abfahrt an den Zwischenhäfen festzusetzen. || Die in diesem und dem vorhergehenden Artikel vorgesehenen Strafen sollen in keinem Falle die Höhe der Vergütung übersteigen, welche auf die betreffende Fahrt bei Zugrundelegung des im Artikel 35 bestimmten Satzes für die Seemeile entfallen würde. || Zur Prüfung der planmäfsigen Ausführung der Fahrten ist nach dem jedesmaligen Wiedereintreffen eines Dampfers am Anfangspunkte des Kurses ein alle erforderlichen Angaben enthaltender beglaubigter Auszug aus dem Schiffstagebuch an den Reichskanzler einzureichen. Letzterer ist berechtigt, die bezeichnete Prüfung auch in anderer Weise ausüben zu lassen. Sollte aus dem Umstande, dafs die Dampfer nicht zur fahrplanmäfsigen Zeit abgehen, die Notwendigkeit eintreten, die Post auf einem anderen Wege zu befördern, so hat der Unternehmer in allen Fällen die baren Auslagen zu ersetzen, welche durch diese Beförderung entstehen.

Artikel 10.

Der Unternehmer hat zur Ausführung der im Artikel 1 bezeichneten Fahrten Dampfer in einer den Anforderungen des Reichskanzlers genügenden Zahl einzustellen und zu unterhalten. || Von diesen Dampfern sind neu zu erbauen und in die chinesische oder die japanische Hauptlinie spätestens einzustellen:

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

1 Dampfer am 1. Oktober 1899,
1 „ „ 1. Januar 1900,
1 „ „ 1. September 1900,
1 „ „ 1. November 1900.

Die in die Fahrt eingestellten Dampfer dürfen ohne Genehmigung des Reichskanzlers zu Fahrten auf anderen als den im Vertrage bezeichneten Linien nicht verwendet werden.

Artikel 11.

Der Bruttoraumgehalt der neu einzustellenden Dampfer, soweit sie zur dauernden Verwendung auf den Linien bestimmt sind, soll wenigstens betragen:

6000 Registertons für die chinesische und die japanische Hauptlinie,
5300 Registertons für die australische Hauptlinie,
2200 Registertons für die Anschlufslinien.

Artikel 12.

Sämtliche in die Linien einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Bauart und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Sicherheit, Bequemlichkeit und Komfort für die Reisenden, sowie hinsichtlich der Verpflegung den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen und müssen insbesondere den nachstehenden Anforderungen entsprechen. || Die Dampfer sollen, abgesehen von den für die Schiffsbesatzung und den zur Aufnahme der Post und deren etwaigen Begleiter bestimmten Räumlichkeiten, Einrichtungen zur Beförderung von Reisenden dreier verschiedener Klassen haben. Die Räume müssen mit allen für die Reisenden notwendigen Gegenständen ausgerüstet sein. In den Räumlichkeiten der dritten Klasse sind Schlafeinrichtungen, bestehend aus Matratze und Kopfkissen, in genügender Anzahl herzurichten. Für einzeln reisende Personen weiblichen Geschlechts sind besondere Abteilungen herzurichten, welche verschliefsbar sein müssen. || An Bord der Dampfer der Hauptlinien soll sich ein in Deutschland approbierter Arzt befinden. || Hinsichtlich der Einteilung des Schiffsraums in wasserdichte Abteilungen, der Ausrüstung mit Booten, Rettungsgeräten und Sicherheitsrollen, der Feuerlöscheinrichtungen, der Einrichtung zur Herstellung von Frischwasser, der Ausstattung mit Arzneimitteln müssen die Dampfer den Vorschriften des Bundesrats über Auswandererschiffe und zwar bezüglich der Schotteinteilung den Vorschriften für Schnelldampfer entsprechen. Soweit danach bezüglich der Prüfung der Schotteinteilung der Seeberufsgenossenschaft oder deren Organen Befugnisse vorbehalten sind, stehen dieselben für die Reichspostdampfer dem Reichskanzler zu. Der Reichskanzler ist befugt, in allen Fällen die Vorlage von Schwimmfähigkeitsberechnungen zu verlangen. || Die Dampfer müssen die von der Marineverwaltung als erforderlich bezeichneten Schiffspläne an Bord führen. || Rücksichtlich der Anschlufslinien bleibt dem Reichskanzler die Be-

fugnis zur Ermäfsigung der in diesem Artikel gestellten Anforderungen vorbehalten.

Artikel 13.

In die Linien einzustellende neue Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials gebaut werden. Hinsichtlich des Baues und der Verwendbarkeit im Kriege müssen sie den dem Unternehmer im einzelnen bekannt gegebenen Anforderungen der Reichs-Marineverwaltung entsprechen, welche auch bei Umbauten, soweit möglich, zu berücksichtigen sind. || Die Pläne für den Bau unterliegen der Genehmigung des Reichskanzlers und sind in drei Exemplaren einzureichen. || Die Schiffe sind zur höchsten Klasse beim Germanischen Lloyd zu klassifizieren. Die an den Dampfern vorzunehmenden gröfseren Instandsetzungen müssen, soweit thunlich, ebenfalls auf deutschen Werften zur Ausführung gelangen.

Artikel 14.

Der Kohlenbedarf für die in die Linien einzustellenden Dampfer ist, soweit die Einnahme desselben in deutschen Häfen oder in dem nach Artikel 1 anzulaufenden niederländischen oder belgischen Häfen erfolgt, ausschliefslich durch deutsches Erzeugnis zu decken. Abweichungen hiervon sind nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. In denselben Häfen ist der Proviant thunlichst aus deutschen Quellen zu beziehen.

Artikel 15.

Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige, welche der Reichskanzler ernennt, geprüft und als den Anforderungen genügend anerkannt sein. || Der Reichskanzler ist berechtigt, diese Prüfung während der Vertragsdauer jederzeit wiederholen zu lassen und auf Grund des Ergebnisses der Prüfung ein Schiff für ungeeignet zu erklären. In letzterem Falle ist der Unternehmer verpflichtet, binnen der ihm gestellten Frist das betreffende Schiff zurückzuziehen und für einen geeigneten Ersatz nach Mafsgabe der im Artikel 16 getroffenen Festsetzungen zu sorgen. Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so hat derselbe für jeden Tag der verspäteten Einstellung eines geeigneten Schiffes eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark zu zahlen. || Die in Deutschland und den betreffenden ausländischen Häfen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die amtlichen Besichtigungen etc. der zur Personenbeförderung dienenden Dampfschiffe hat der Unternehmer unter eigener Verantwortlichkeit und auf seine Kosten zu erfüllen.

Artikel 16.

Im Falle ein auf den Vertragslinien verwendetes Schiff in Verlust gerät, hat der Unternehmer einen neuen Dampfer zu beschaffen und bis zu dessen Fertigstellung für den ungestörten Fortgang des Dienstes Sorge zu tragen. Vorübergehend können in solchem Falle sowie bis zur Fertigstellung der nach

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

Artikel 10 neu zu erbauenden Schiffe an Stelle der letzteren mit Genehmigung des Reichskanzlers auch Schiffe eingestellt werden, welche nicht allen vertragsmäfsigen Bedingungen entsprechen. || Zum Ersatz eines in Verlust geratenen Schiffes durch einen allen Bedingungen Genüge leistenden neuen Dampfer wird eine Frist von 20 Monaten gewährt. Erfolgt der Ersatz in dieser Zeit nicht, so hat der Unternehmer eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark für jeden Tag der verspäteten Einstellung des Schiffes zu zahlen.

Artikel 17.

Im Falle einer teilweisen oder vollständigen Mobilmachung der Marine steht es dem Reichskanzler frei, die auf den Linien verwendeten Dampfer gegen Erstattung des vollen Wertes anzukaufen oder gegen Vergütung sonst in Anspruch zu nehmen. Die Ermittelung des Wertes, beziehungsweise die Feststellung der Vergütung erfolgt in Gemäfsheit der Bestimmungen im § 24 (beziehungsweise § 23) des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873. || Ein Verkauf oder eine mietsweise Überlassung der Dampfer an eine fremde Macht darf ohne Genehmigung des Reichskanzlers nicht stattfinden.

Artikel 18.

Die Dampfer führen die deutsche Postflagge nach Mafsgabe der über die Führung derselben durch derartige Schiffe bestehenden Allerhöchsten Bestimmungen und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung. Letztere sind auch unentgeltlich zu verpflegen, und zwar Beamte wie Reisende I. Klasse und Unterbeamte wie Reisende II. Klasse. Jedem Postbegleiter ist ein besonderes Zimmer mit angemessener Ausstattung zur Benutzung zu überweisen. || Unter Post sind alle Briefbeutel, Zeitungssäcke, Wertsendungen und Postpackete zu verstehen, welche den Dampfern von der deutschen Reichs-Postverwaltung oder von den in Betracht kommenden ausländischen Postverwaltungen zur Beförderung übergeben werden. || Alle aus dem Postbeförderungsdienste herrührenden Einnahmen bezieht das Reich. Werden die Dampfer von Postbeamten nicht begleitet, so ist die Post seitens des Schiffsführers am Anfangspunkte der Fahrt und an den Unterwegsorten gegen Quittung zu übernehmen und in einem eigens zu diesem Zwecke hergerichteten, gegen Nässe, Feuersgefahr und sonstige Beschädigung geschützten und gehörig gesicherten Raume während der Fahrt unter Verschlufs aufzubewahren. Ingleichen hat der Schiffsführer in dem bezeichneten Falle die Verpflichtung, die übernommenen Postsachen an den betreffenden Unterwegsorten beziehungsweise am Endpunkte der Fahrt an die zur Empfangnahme derselben berechtigten Personen abzuliefern. || Die Übernahme und die Ablieferung der Postsachen hat unter Beachtung der in dieser Beziehung von der Reichs-Postverwaltung erteilten Vorschriften zu erfolgen. Findet eine Begleitung der Post durch Postbeamte statt, so ist den Beamten aufser dem erwähnten Aufbewahrungsraum ein geeigneter, den Anforderungen der Reichs-

Postverwaltung entsprechender heller Raum zur Bearbeitung der Post während der Fahrt postdienstmäfsig einzurichten und zur Verfügung zu stellen; die Erleuchtung, Heizung und Reinigung dieses Raumes hat der Unternehmer auf seine Kosten bewirken zu lassen. Die Übernahme und Ablieferung der Postsachen liegt in diesem Falle den Postbeamten ob. Jedoch ist der Unternehmer verpflichtet, auf Verlangen der Postbeamten die zur Beförderung der Postsäcke zwischen dem Postdienstraum und dem Aufbewahrungsraum etc. erforderliche Hilfe durch die Schiffsmannschaft zu gewähren. || Wenn der Postbeamte während der Fahrt aus irgend einem Grunde verhindert werden sollte, seinen Dienst weiter fortzusetzen, so hat der Unternehmer die volle Verantwortlichkeit für die Postladung zu übernehmen und den Postdienst bis auf weiteres nach Mafsgabe der für derartige Fälle von der Reichs-Postverwaltung erteilten besonderen Vorschriften besorgen zu lassen. || Auf jedem Schiffe mufs auf Kosten des Unternehmers mindestens ein verschliefsbarer Briefkasten angebracht werden. Sofern eine Begleitung der Dampfer durch Postbeamte nicht stattfindet, hat der Schiffsführer durch einen von ihm zu bestimmenden Schiffsoffizier den Briefkasten rechtzeitig leeren und die darin vorgefundenen Sendungen nach Mafsgabe der von der Reichs-Postverwaltung gegebenen bezüglichen Bestimmungen behandeln zu lassen. || Die Einschiffung und Landung der Post hat in allen Häfen auf Gefahr und Kosten des Unternehmers zu erfolgen. || Die Landung der Post hat sofort nach dem Eintreffen der Dampfer in dem betreffenden Hafenorte beziehungsweise auf der zugehörigen Rhede zu geschehen. Wenn der Dampfer durch Postbeamte begleitet wird, so ist der erste Beamte in jedem Hafen oder Platze, wo Posten abzuliefern oder einzunehmen sind, sobald und so oft er es im dienstlichen Interesse für notwendig hält, ans Land zu befördern und von dort an das Schiff zurückzubringen, entweder gleichzeitig mit der Post oder, wenn der Beamte dies für zweckmäfsig halten sollte, ohne die Post, und zwar in einem angemessenen, seetüchtigen, mit gehöriger Mannschaft und Ausrüstung versehenen Boote.

Artikel 19.

Der Unternehmer darf mit den Dampfern keine anderen Briefe oder sonstigen postzwangspflichtigen Gegenstände befördern lassen, als solche, welche ihm entweder von den Postbehörden überwiesen, oder die mittelst der im vorhergehenden Artikel erwähnten Briefkasten eingeliefert worden sind. || Der Unternehmer ist auch dafür verantwortlich, dafs weder von den Schiffsführern noch von der übrigen Schiffsmannschaft Briefe und sonstige postzwangspflichtige Gegenstände mitgenommen werden. Für jede Zuwiderhandlung hat der Unternehmer den Betrag des hinterzogenen Portos und aufserdem nach näherer Festsetzung der Reichs-Postverwaltung eine Strafe bis zu fünfzig Mark zu entrichten. || Dem Unternehmer bleibt es jedoch gestattet, mit seinen Agenten und Beauftragten im Auslande mittelst der Schiffe Briefsendungen auszutauschen, ohne dieselben der Post zur Beförderung zu übergeben.

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

Artikel 20.

Falls ein Dampfer unterwegs einen Unfall erleidet und aus diesem Grunde die Reise unterbrechen mufs, hat, wenn an Bord sich ein Postbeamter befindet, dieser in Benehmen mit dem Schiffsführer, in allen anderen Fällen letzterer allein für die Weiterbeförderung der Postladung mit dem nächsten deutschen oder fremden, nach dem Bestimmungsorte der Postsachen fahrenden oder mit Zwischen- beziehungsweise Ankunftsplätzen in Verbindung stehenden Dampfer zu sorgen. Da sich in dieser Beziehung ein für allemal bestimmte Vorschriften nicht erteilen lassen, so müssen der Postbeamte an Bord und der Schiffsführer, beziehungsweise letzterer allein, je nach Lage des einzelnen Falles die schnellste Weiterbeförderungsgelegenheit für die Post wählen. || Die für diese Weiterbeförderung etwa entstehenden Kosten fallen stets dem Unternehmer zur Last.

Artikel 21.

Der Unternehmer haftet dem Reiche für den Schaden, welcher durch Verlust, Beschädigung oder verzögerte Beförderung von Postsachen in der Zeit zwischen der Einladung und der Ausladung entsteht, in demselben Umfange, in welchem die Reichs-Postverwaltung durch Gesetze oder Verträge den Absendern von Postsendungen gegenüber zum Schadenersatze verpflichtet ist. Die die Haftverbindlichkeit beschränkenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs finden hierbei keine Anwendung. Insbesondere wird die Haftpflicht des Unternehmers für Kostbarkeiten, Gelder und Wertpapiere nicht dadurch bedingt, dafs dem Schiffsführer beziehungsweise Schiffsoffizier diese Beschaffenheit oder der Wert bei der Einladung angegeben worden ist. Immerhin wird die Postverwaltung nach Thunlichkeit dafür Sorge tragen, dafs den Schiffsführern von dem Vorliegen bedeutender Wertsendungen bei Zeiten Mitteilung gemacht wird. Sofern sich ein mit der Beaufsichtigung der Postladung beauftragter Postbeamter an Bord befindet, soll der Unternehmer jedoch für Verlust oder Beschädigung von Postsachen nur dann haften, wenn der Schaden entstanden ist: || 1. durch Schiffs- oder Seeunfall, ausgenommen allein die unabwendbaren Folgen eines Naturereignisses, oder || 2. durch Handlungen oder Unterlassungen des Unternehmers, seiner Leute oder der Schiffsbesatzung, oder || 3. durch Handlungen der auf dem Schiffe befindlichen Reisenden.

Artikel 22.

Für die Fahrten auf den im Vertrage bezeichneten Linien dürfen Vereinbarungen mit fremden Regierungen wegen der Postbeförderung ohne Genehmigung des Reichskanzlers nicht abgeschlossen werden.

Artikel 23.

Falls der Unternehmer auf den im Vertrage bezeichneten Linien Schiffe für besondere eigene Rechnung fahren läfst, oder sich an dem Schiffahrtsbetriebe anderer Rhedereien beteiligt, und der Reichskanzler Mafsnahmen für

notwendig erachtet, um die Vertragslinien vor Beeinträchtigung in ihren Erträgnissen zu schützen, ist der Unternehmer verpflichtet, diese Maßnahmen durchzuführen. Bei dauernden Zuwiderhandlungen des Unternehmers gegen die vom Reichskanzler getroffenen Anordnungen ist dieser berechtigt, ohne Entschädigung vom Vertrage zurückzutreten.

Artikel 24.

Die Einnahme an Fracht- und Überfahrtgeldern fällt dem Unternehmer zu. Die Festsetzung der Tarife erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichskanzler. || Hinsichtlich der Veröffentlichung der Tarife, sowie deren Abänderungen hat der Unternehmer die etwa ergehenden Bestimmungen des Reichskanzlers zu befolgen.

Artikel 25.

Der Tarif für die Güterbeförderung soll für Bremen und Hamburg völlig gleich gehalten werden. Demgemäß hat der Unternehmer die Güter zwischen Hamburg und Bremen bis zum Postdampfer oder von demselben auf dem Wasserwege kostenfrei und ohne Verzögerung zu befördern. || Der Unternehmer verpflichtet sich, an denjenigen Orten, welche der Reichskanzler bezeichnen wird, Agenturen zu errichten und zu unterhalten, welche als Sammelstellen für die zur Beförderung mit den Postdampferlinien aufgegebenen Waren bestimmt sind. Diese Agenturen müssen ermächtigt sein, auf Verlangen des Absenders den Vertrag über die ganze Beförderung von der Sammelstelle bis zu dem überseeischen Bestimmungsorte der Frachtgüter abzuschließen. Hierbei sind die Tarife so zu gestalten, daß die Gesamtfracht, einschließlich der Eisenbahnfracht von der Sammelstelle zum Einschiffungshafen, sich bei der Beförderung über Bremen oder Hamburg nicht höher stellt, als bei der Beförderung über den nach Artikel 1 anzulaufenden niederländischen oder belgischen Hafen. || Die in das Konnossement aufzunehmenden allgemeinen Bedingungen für die Güterbeförderung sind dem Reichskanzler zur Genehmigung vorzulegen. || Für die Beförderung gefährlicher Güter sind die einschlägigen Vorschriften des Bundesrats über Auswandererschiffe maßgebend.

Artikel 26.

Der Reichskanzler ist befugt, landwirtschaftliche Erzeugnisse, die mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr durch die Reichs-Postdampfer nach deutschen, niederländischen und belgischen Häfen auszuschließen. Zuwiderhandlungen gegen die vom Reichskanzler getroffenen Bestimmungen unterliegen im Einzelfalle einer vom Reichskanzler festzusetzenden Strafe bis zu 3000 (dreitausend) Mark, und berechtigen bei dauernder Wiederholung den Reichskanzler, ohne Entschädigung vom Vertrage zurückzutreten.

Artikel 27.

Wo deutsche oder für Deutschland bestimmte Güter neben ausländischen oder für das Ausland bestimmten Gütern zur Versendung gelangen, haben bei gleichzeitiger Anmeldung die ersteren den Vorzug in der Beförderung.

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

Artikel 28.

Der Unternehmer ist verpflichtet, || a) die im Dienste des Reichs oder eines Bundesstaats reisenden Beamten, einschliefslich der im Auslande stehenden Beamten, die sich auf Urlaub begeben oder davon zurückkehren, || b) die Ablösungsmannschaften der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen in den deutschen Schutzgebieten, sowie die wegen Krankheit oder aus dienstlichen Gründen zurückgesandten Angehörigen der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen, || c) Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Proviant der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen, sowie sonstige Sendungen für Rechnung der Reichsverwaltung || gegen um 20 Prozent ermäfsigte Sätze zu befördern. Jedoch darf die Zahl der unter b erwähnten Mannschaften auf demselben Schiffe ohne Zustimmung des Unternehmers nicht über 65 (fünfundsechszig) hinausgehen. || Die Versendungen unter a, b und c sind, wenn ihre Anmeldung mindestens vier Wochen vor Abgang der Schiffe erfolgt, unter allen Umständen zu berücksichtigen und haben auch nach dieser Frist ein Vorrecht vor anderen gleichzeitig oder später zur Beförderung angemeldeten Personen oder Sachen. || Eine gleiche Preisermäfsigung für die Beförderung von Personen und Sachen ist denjenigen Vereinen, die für Zwecke der Krankenpflege oder der Mission in den deutschen Schutzgebieten wirken und für welche der Reichskanzler diese Vergünstigung in Anspruch nimmt, sowie für wissenschaftliche Sendungen zu gewähren.

Artikel 29.

Der Unternehmer ist verpflichtet, Personen, welche zum Zwecke der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einer deutschen Behörde, oder deutscherseits einer fremden Behörde überliefert werden sollen, unter nachfolgenden Bedingungen zu befördern. || Diese Personen, mögen sie von einem Polizeibeamten begleitet sein oder nicht, sind während der Fahrt der Regel nach in einer verschlossenen Kammer unterzubringen. || Dem Schiffsführer (oder im Falle einer amtlichen Begleitung, dem begleitenden Beamten nach vorherigem Benehmen mit dem Schiffsführer) bleibt es überlassen, ein zeitweiliges Verweilen dieser Personen auf Deck unter Aufsicht zu gestatten. || Die Beförderung derartiger Personen nebst etwaigem Begleiter ist auf Verlangen der zuständigen inländischen Behörden oder im Auslande der Gesandten und Konsuln des Reichs zu den tarifmäfsigen Sätzen zu übernehmen. Auf ein und derselben Fahrt sollen ohne Zustimmung des Unternehmers mehr als vier derartige Personen nicht befördert werden. || Aufser den Gefangenen sind auf Ersuchen der genannten Behörden auch die Untersuchungsakten und beschlagnahmten Beweisstücke mitzubefördern, ohne dafs hierfür eine besondere Vergütung gewährt wird.

Artikel 30.

Die von dem Unternehmer für den Betrieb der Postdampferlinie angestellten Personen, einschliefslich der in ausländischen Plätzen bestellten

Agenten, sollen, soweit durch besondere Verhältnisse nicht Ausnahmen geboten sind, deutsche Reichsangehörige sein. || An solchen Orten des Auslandes, in denen der Unternehmer Agenten unterhält, sollen letztere auf Verlangen des Reichskanzlers verpflichtet sein, Postdienstgeschäfte nach Mafsgabe der von der Reichs-Postverwaltung zu erteilenden näheren Vorschriften wahrzunehmen. Die für solche Dienstverrichtungen unter Umständen zu gewährende Vergütung wird von der Reichs-Postverwaltung festgesetzt. || Schiffsführer und sonstige im Betriebe der Postdampferlinien Angestellte, welche einer erheblichen Verletzung oder Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten sich schuldig machen, sind aus dem Dienstbetriebe der Postdampferlinien zu entfernen, sofern der Reichskanzler auf Grund des Ergebnisses der anzustellenden Untersuchung dies verlangt.

Artikel 31.

Die zur Deckmannschaft und zum Maschinenpersonale gehörige Besatzung der Dampfer, soweit sie im Inland angemustert ist und nicht aus Minderjährigen besteht, mufs aus Angehörigen des Beurlaubtenstandes der Kaiserlichen Marine oder aus solchen Personen bestehen, die sich schriftlich verpflichten, als Kriegsfreiwillige in den Dienst der Marine überzutreten, wenn der Dampfer bei einer teilweisen oder vollständigen Mobilmachung von der Marine gekauft, gemietet oder requiriert wird. || Farbige Mannschaften dürfen auf der australischen Hauptlinie überhaupt nicht, auf der chinesischen und japanischen Hauptlinie aber nur für den Dienst in den Maschinen- und Kesselräumen insoweit verwendet werden, als die Verwendung europäischer Mannschaften aus gesundheitlichen Rücksichten unthunlich ist. || Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen sind nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. || Für jede Person der Besatzung, die nach dem 1. April 1899 diesen Bestimmungen zuwider länger als drei Monate hintereinander oder in Zwischenräumen an Bord der Dampfer Dienst thut, verwirkt der Unternehmer eine Strafe von 100 (einhundert) Mark für den Kopf und die Zeitdauer von je drei, auch nur angefangenen, Monaten. || Der Unternehmer ist verpflichtet, zur Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen den Seemannsämtern auf deren Verlangen die Musterrollen und die Personalausweise der Mannschaft jederzeit vorlegen zu lassen.

Artikel 32.

Auf jedem Dampfer wird ein Beschwerdebuch ausgelegt. || Bei Verabreichung neuer Beschwerdebücher werden die alten eingefordert und zurückgelegt, sobald alle in denselben befindlichen Beschwerden ihre Erledigung gefunden haben. || Das Beschwerdebuch wird von dem mit der Aufbewahrung desselben beauftragten Schiffsoffizier den Reisenden auf Verlangen verabfolgt. Die niedergeschriebenen Beschwerden sind von dem Schiffsführer sogleich gründlich zu untersuchen. Demnächst hat derselbe unter Einreichung der Beschwerde in beglaubigter Abschrift und der etwaigen Verhandlungen an den Reichskanzler Bericht zu erstatten, damit der Sachverhalt geprüft und die Er-

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

ledigung der Beschwerde veranlaſst werden kann. ‖ In allen für die Reisenden der verschiedenen Klassen bestimmten gemeinsamen Räumen ist durch einen Anschlag ersichtlich zu machen, welcher Schiffsoffizier mit der Aufbewahrung des Beschwerdebuchs und der Verabfolgung desselben an die Reisenden beauftragt ist.

Artikel 33.

Der Reichskanzler behält sich vor, jederzeit — in Häfen oder auf der Fahrt — den Zustand des Dienstes durch einen Beauftragten prüfen zu lassen. Letzterem ist auf sein Verlangen ungehinderter Zutritt zu allen Schiffsräumen zu gestatten und in allen geforderten Beziehungen Aufschluſs zu erteilen. ‖ Die Beförderung und Verpflegung des Beauftragten auf den Schiffen erfolgt gegen Entrichtung des Überfahrtgeldes (Artikel 28, Ziffer a); jedoch ist dem Beauftragten stets ein besonderes Zimmer zuzuweisen.

Artikel 34.

Die regelmäſsigen Fahrten auf der neu einzurichtenden japanischen Hauptlinie müssen spätestens im Laufe des April 1899 beginnen. Geschieht solches nicht, so hat der Unternehmer für jeden Tag der Verspätung eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark zu zahlen.

Artikel 35.

Für die Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten empfängt der Unternehmer vom 1. April 1899 ab aus der Reichskasse eine Vergütung von jährlich 5 590 000 (fünf Millionen fünfhundert und neunzigtausend) Mark, zahlbar in monatlichen Teilbeträgen am letzten Tage jedes Monats. ‖ Diese Vergütung wird insoweit gekürzt, als die vertragsmäſsig bedungenen Fahrten nicht zur Ausführung gekommen sind. Die Kürzung erfolgt — sei es, daſs eine Fahrt ganz oder teilweise ausgefallen ist — in der Weise, daſs für jede gegenüber dem Fahrplane zu wenig zurückgelegte Seemeile der Betrag von 5,40 Mark von den nächstfälligen Monatsbeträgen zur Reichskasse einbehalten wird. Für die Berechnung der Entfernungen sind die im Fahrplan enthaltenen Festsetzungen der Seemeilenzahl maſsgebend. ‖ Die von dem Unternehmer eintretendenfalls auf Grund der Artikel 8, 9, 15, 16, 19, 26, 31 und 34 zu zahlenden Geldstrafen, welche der Reichskanzler endgültig festsetzt, sowie die nach Artikel 20 und 21 zu erstattenden Beförderungskosten und Entschädigungen werden — unbeschadet der Bestimmung im Artikel 37 — von dem zunächst fällig werdenden Vergütungsbetrage einbehalten. ‖ Wenn der Reichskanzler das Anlaufen noch anderer als der im Artikel 1 benannten Häfen anordnet, so soll, wenn die dadurch entstehende Verlängerung oder Verkürzung des Kurses (die Hin- und Rückreise zusammengenommen) gegenüber dem beim Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Fahrplane nicht mehr als 250 Seemeilen beträgt, eine Änderung in der Höhe der Vergütung nicht eintreten. Beträgt dagegen die Verlängerung oder Verkürzung des Kurses mehr als 250 Seemeilen, so wird für jede im Vergleiche zu dem bezeichneten Fahr-

plane mehr oder weniger zurückzulegende Seemeile die Vergütung um 5,40 Mark erhöht beziehungsweise gekürzt.

Artikel 36.

Der Unternehmer hat über die Schiffe, welche auf den nach diesem Vertrage zu unterhaltenden Linien verwendet werden, gemäfs den bisher bei ihm üblich gewesenen Grundsätzen eine Sonderrechnung zu führen. In dieser sind den Einnahmen (Einnahmen aus dem Personen- und Frachtverkehr, etwaige Vergütungen für das Anlaufen fremder Häfen und Reichsbeihülfe) folgende Ausgabebeträge gegenüberzustellen. || 1. die laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten, || 2. 1 Prozent vom Buchwerte der Schiffe als Generalunkosten, || 3. 4 Prozent Versicherungsprämie vom Buchwerte der Schiffe. || 4. 5 Prozent Abschreibung vom Anschaffungswerte der Schiffe und 20 Prozent Abschreibung vom Anschaffungswerte der Ausrüstung der Schiffe. || 5. 5 Prozent von dem nach Vornahme der Abschreibungen (4.) verbleibenden Überschusse für den gesetzlichen Reservefonds des Unternehmers, so lange dieser Fonds die gesetzlich vorgeschriebene Höhe nicht erreicht hat, || 6. $1^1/_2$ Prozent vom Anschaffungswerte der Schiffe für den Erneuerungsfonds des Unternehmers. || Ergiebt sich hiernach ein Überschufs, so verbleibt derselbe bis zur Höhe von 5 Prozent des Buchwerts der Schiffe dem Unternehmer. An einem etwaigen Mehrbetrage des Überschusses nimmt das Reich zur Hälfte teil, insoweit nicht in den beiden voraufgegangenen Jahren der dem Unternehmer verbliebene Überschufs weniger als jährlich 5 Prozent vom Buchwerte der Schiffe betragen hat. In letzterem Falle ist zunächst der Minderbetrag aus dem Überschusse des abgelaufenen Jahres zu decken. Der Gewinnanteil des Reichs ist, sofern der Reichskanzler nicht anderes bestimmt, am Schlusse jedes Jahres an die Reichskasse abzuführen. || Bis zur Höhe des dem Reiche im Durchschnitte der letzten drei Jahre zugeflossenen Gewinnanteils kann der Reichskanzler für die Zukunft weitere oder erhöhte Leistungen zur Durchführung der in diesem Vertrage verfolgten Zwecke vom Unternehmer verlangen. || Dem Reichskanzler steht es jederzeit frei, von den Geschäftsbüchern des Unternehmers Einsicht zu nehmen.

Artikel 37.

Zur Sicherstellung der Erfüllung der aus diesem Vertrage sich ergebenden Verbindlichkeiten bestellt der Unternehmer dem Reiche eine Kaution von 500 000 (fünfhunderttausend) Mark durch Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaats, welche nach dem Nennwerte zu berechnen sind. Die Schuldverschreibungen sind nebst Talons und den über vier Jahre hinausreichenden Zinsscheinen bei der Reichs-Hauptkasse zu hinterlegen. || Diese Kaution soll dem Reiche dergestalt haften, dafs der Reichskanzler berechtigt ist, wegen der Forderungen des Reichs aus dem gegenwärtigen Vertrag an Kapital und Zinsen, nötigenfalls auch wegen der Strafen, sowie wegen der durch Ermittelung der Schäden entstehenden gerichtlichen

Nr. 11948. Deutsches Reich. 30. Okt. 1898.

und aufsergerichtlichen Kosten durch sofortigen aufsergerichtlichen Verkauf der Wertpapiere an einer innerhalb des Reichsgebiets belegenen Börse Befriedigung zu suchen, insofern der Unternehmer der schriftlichen Aufforderung des Reichskanzlers zur Zahlung nicht innerhalb eines von dem letzteren festzusetzenden Zeitraums nachkommen sollte. Der Unternehmer ist in solchem Falle verpflichtet, die ihm belassenen, noch nicht fälligen Zinsscheine dem Reichskanzler auszuantworten. || Die Kaution ist von dem Unternehmer demnächst binnen Monatsfrist wieder auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Im Unterlassungsfalle ist der Reichskanzler berechtigt, die Ergänzung durch Einbehaltung des erforderlichen Betrags von der zunächst fällig werdenden Vergütung zu veranlassen. || Nach Ablauf dieses Vertrags wird die Kaution oder der nicht in Anspruch genommene Teil derselben dem Unternehmer zurückgegeben, sobald feststeht, dafs derselbe aus dem Vertrage nichts mehr zu vertreten hat.

Artikel 38.

Der Unternehmer darf ohne schriftliche Genehmigung des Reichskanzlers das Unternehmen weder an Andere überlassen noch ganz oder teilweise in Afterpacht geben. Geschieht solches dennoch, so ist der Reichskanzler — unbeschadet der von ihm etwa zu erhebenden Schadenersatzansprüche — berechtigt, sofort ohne jede Entschädigung des Unternehmers von dem Vertrage zurückzutreten.

Artikel 39.

Dieser Vertrag erstreckt sich vom 1. April 1899 ab auf fünfzehn Jahre und tritt zu diesem Zeitpunkte an die Stelle des unterm 3./4. Juli 1885 abgeschlossenen Vertrags und des dazu gehörigen Nachtrags vom 15./10. Mai 1893. || Die Verpflichtungen des Unternehmers aus diesem Vertrage sind jedoch erst dann beendigt, wenn die Aus- und die Rückreise des letzten bis zum Schlusse des Monats März 1914 aus einem der deutschen Abgangshäfen abgelassenen Dampfers, sowie die zugehörigen Fahrten auf den Anschlufslinien ausgeführt sind. || Über die etwaige Fortsetzung des Vertrags über den Zeitraum von fünfzehn Jahren hinaus wird eintretendenfalls eine besondere Verständigung mit dem Unternehmer stattfinden.

Artikel 40.

Sofern sich der Unternehmer Vertragswidrigkeiten irgend einer der in den Artikeln 8 und 9 bezeichneten Arten auf einer Linie in einem Jahre bei mehr als der Hälfte der fahrplanmäfsigen Fahrten hat zu schulden kommen lassen, oder sobald auf einer Linie mehr als drei fahrplanmäfsige Fahrten hintereinander ausgefallen sind, und dieses Ausfallen nicht durch Krieg oder höhere Gewalt, oder einen ungeachtet der Anwendung gehöriger Sorgfalt unvermeidlich gewesenen Unfall verursacht ist, steht dem Reichskanzler das Recht zu, entweder den Betrieb mit den in die Linien eingestellten Schiffen für Rechnung und auf Gefahr des Unternehmers zu übernehmen oder aber

ohne jede weitere Entschädigung des Unternehmers als für die ausgeführten Fahrten von dem gegenwärtigen Vertrage zurückzutreten.

Artikel 41.

Erachtet der Reichskanzler in der Zahl der Fahrten oder, abgesehen von dem Falle des Artikels 5, in der Fahrgeschwindigkeit der Dampfer eine Änderung für notwendig, so ist der Unternehmer verpflichtet, die entsprechenden Einrichtungen gegen angemessene Vergütung zu treffen. || Kann in diesem, sowie in dem im Artikel 36, vorletzter Absatz, vorgesehenen Falle eine Einigung zwischen den vertragschliefsenden Teilen über die Höhe der für die anderweit auszuführenden Leistungen zu zahlenden Vergütung nicht erzielt werden, so soll hierüber ein Schiedsgericht endgültig entscheiden. Letzteres soll eintretendenfalls in der Weise gebildet werden, dafs jeder Teil zwei Schiedsrichter bestellt und von sämtlichen Schiedsrichtern ein Obmann gewählt wird. Können die Schiedsrichter sich über die Person des Obmanns nicht einigen, so wird derselbe von dem Präsidenten des hanseatischen Oberlandesgerichts ernannt.

Artikel 42.

Der Reichskanzler kann sich in der Ausübung der ihm durch diesen Vertrag eingeräumten Befugnisse durch Beamte oder Behörden des Reichs ganz oder teilweise vertreten lassen. Die betreffenden Beamten oder Behörden werden von dem Reichskanzler eintretendenfalls dem Unternehmer schriftlich bezeichnet werden.

Artikel 43.

Streitigkeiten, welche aus dem gegenwärtigen Vertrag entspringen, sind von den vertragschliefsenden Teilen einem Schiedsgerichte zur Entscheidung zu unterbreiten, welches in der im Artikel 41 angegebenen Weise zu bilden ist.

Artikel 44.

Den gesetzlichen Stempel für die Ausfertigungen und Ergänzungen des Vertrags trägt der Unternehmer. || Urkundlich ist gegenwärtiger Vertrag zweifach gleichlautend ausgefertigt und von beiden Teilen unterschrieben und untersiegelt worden.

So geschehen

Berlin, den 30. Oktober 1898.
(L.S.) Der Reichskanzler.
Fürst zu Hohenlohe.

Bremen, den 12. September 1898.
(L.S.) Norddeutscher Lloyd.
Wiegand. Bremermann.

Nr. 11949. DEUTSCHES REICH und PERU. — Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und Peru, betreffend die Stellung der deutschen Konsuln in Peru und der peruanischen Konsuln in Deutschland.

Lima, 28. Juni 1897.

Nr. 11949. Deutsches Reich und Peru. 28. Juni 1897.

Nachdem die Unterzeichneten, Otto G. Zembsch, Ministerresident des Deutschen Reichs, und Enrique de la Riva Agüero, Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Peru, zusammengekommen waren, erklärte der erstere: dafs die Stellung, in welcher sich gegenwärtig die konsularischen Beamten Deutschlands in Peru und Perus in Deutschland befinden, nicht ganz geregelt sei, weil die beiden Staaten keine Konsularkonvention oder anderen Vertrag, der sie ersetzte, abgeschlossen haben, was geeignet sei, die Ausübung der Dienstobliegenheiten der genannten Beamten zu erschweren; dafs er glaube, wie die wohlverstandenen Interessen beider Länder erfordern, dafs, unbeschadet der Diskussion des Projekts eines Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrags, welches er die Ehre gehabt habe vorzulegen, und in welchem das auf den Konsulardienst Bezügliche enthalten sei, weil diese Diskussion ihrer Natur gemäfs langwierig sei, dieser Dienst inzwischen geregelt werde; dafs er zu diesem Zwecke und mit der erforderlichen Ermächtigung im Namen seiner Regierung beantrage, die folgende Erklärung abzugeben, wie dies in analogen Fällen schon früher geschehen sei: „Die konsularischen Beamten aller Kategorien Deutschlands in Peru und Perus in Deutschland sollen in dem Gebiete des anderen Staates, solange bis zwischen beiden Ländern ein ausdrücklicher Vertrag über diesen Gegenstand geschlossen wird und gesetzlich in Kraft tritt, gegenseitig die gleichen Gerechtsame, Befreiungen und Vergünstigungen geniefsen, wie sie denjenigen der meistbegünstigten Nation gewährt worden sind oder hinfort gewährt werden mögen.“ Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte: dafs er, die Zweckmäfsigkeit der vorstehenden Erklärung anerkennend, diese im Namen seiner Regierung annehme, und infolge dessen kamen die Unterzeichneten überein, sie in dem gegenwärtigen Protokolle niederzulegen unter der Voraussetzung, dafs sie nur Wirkung haben werde von dem Zeitpunkte an, in welchem durch einen besonderen Akt ihre Ratifikation, gemäfs den betreffenden Gesetzen der beiden Staaten, stattfinde. Die Unterzeichneten kamen ebenfalls darin überein, dafs, falls, während diese Übereinkunft in Kraft sei, einer der Verträge oder eine Konvention aufser Kraft träte, welche in dem einen oder anderen Lande als Regel für die Anwendung der genannten Erklärung dienen könnte, diese Übereinkunft von selbst aufhören solle, wirksam zu sein mit Bezug auf jenen Vertrag. Doppelt ausgefertigt in deutscher und spanischer Sprache, in Lima, am acht und zwanzigsten Juni des Jahres Eintausend Achthundert Sieben und Neunzig.

(L. S.) Zembsch.
(L. S.) E. de la Riva Agüero.

Denkschrift,
dem Deutschen Reichstage bei Einbringung vorstehenden Vertrages vorgelegt.

Nr. 11949. Deutsches Reich und Peru. 28. Juni 1897.

Zwischen der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und der Regierung des Freistaates Peru sind Verhandlungen wegen Abschlusses eines Handelsvertrags eingeleitet. Diese Verhandlungen haben zu einem abschliefsenden Ergebnisse bisher noch nicht geführt. Dagegen ist von den Unterhändlern die hier vorliegende Vereinbarung geschlossen worden, durch welche die Stellung der beiderseitigen Konsuln vorab geregelt werden soll. Den Konsuln werden darin gegenseitig die gleichen Gerechtsame, Befreiungen und Vergünstigungen zugestanden, wie sie denjenigen der meistbegünstigten Nation gewährt worden sind oder hinfort gewährt werden mögen. || Diese Vereinbarung hat inzwischen die Genehmigung des peruanischen Kongresses und die Zustimmung des Präsidenten des Freistaates erhalten.

Berlin, den 28. April 1898.

Nr. 11950. ÖSTERREICH und SACHSEN. — Vertrag betreffend mehrere Eisenbahnanschlüsse an der österreichisch-sächsischen Grenze.

Wien, 27. November 1898.

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn || und || Seine Majestät der König von Sachsen, || geleitet von dem Wunsche, die Eisenbahnverbindungen zwischen den beiden Staatsgebieten zu erweitern, haben zum Behufe einer hierüber zu treffenden Vereinbarung zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn || Allerhöchstihren geheimen Rat, Eisenbahnminister Dr. Heinrich Ritter v. Wittek und || Allerhöchstihren Ministerialrat im Finanzministerium Dr. Friedrich Freiherrn von Raymond || und || Seine Majestät der König von Sachsen || Allerhöchstihren aufserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apostolischen König von Ungarn Rudolf Karl Caspar Grafen Rex, || Allerhöchstihren Ministerialdirektor im Finanzministerium, geheimen Rat Otto Theodor Meusel und || Allerhöchstihren vortragenden Rat im Finanzministerium, geheimen Rat Dr. Paul Hermann Ritterstädt, || von welchen nach geschehener Mitteilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten unter dem Vorhalte der Ratifikation der nachstehende Vertrag verabredet und abgeschlossen worden ist.

Artikel I.

Die kaiserlich-königlich österreichische und die königlich sächsische Regierung sind übereingekommen, Eisenbahnverbindungen, und zwar: || 1. von Rofsbach nach Adorf, || 2. von Friedland über Hermsdorf nach Markersdorf, || 3. von Nixdorf über Karolinsthal nach Sebnitz, || 4. von Schluckenau

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

nach Sohland und || 5. von Rumburg nach Warnsdorf || zuzulassen und zu fördern.

Artikel II.

Für den Fall, als die kaiserlich-königlich österreichische Regierung die im Artikel I, Z. 1 genannte Eisenbahnverbindung auf Grund einzuholender gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung des Staates auszuführen und zu betreiben beabsichtigen sollte, erklärt die königlich sächsische Regierung ihre Zustimmung, dafs der Bau und Betrieb der auf sächsischem Staatsgebiete gelegenen Strecke bis zur Grenze von der kaiserlich-königlich österreichischen Staatseisenbahnverwaltung geführt werde. || Sollte jedoch die kaiserlich-königlich österreichische Regierung vorziehen, zunächst den Bau dieser Bahnlinie im Wege der Konzessionserteilung an eine Privatunternehmung sicherzustellen, so wird die königlich sächsische Regierung dem Unternehmer der österreichischen Strecke die Konzession unter den jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen und den noch festzusetzenden näheren Bedingungen, sowie unter Gewährung der zulässigen Erleichterungen und Begünstigungen für die auf sächsischem Staatsgebiete auszuführende Strecke bis zur Grenze erteilen und ihre Zustimmung dazu geben, dafs der Betrieb dieser Strecke auf Konzessionsdauer von der kaiserlich-königlich österreichischen Staatseisenbahnverwaltung geführt werde. || Der Bau der in Rede stehenden Eisenbahnverbindung soll entweder nach Erwirkung der einschlägigen gesetzlichen Ermächtigung und nach Erfüllung der Bedingungen, von welchen dieser Bau gesetzlich etwa abhängig gemacht werden sollte, oder nach erfolgter Konzessionserteilung, unverweilt in Angriff genommen und von diesem Zeitpunkte an gerechnet binnen längstens einem und einem halben Jahre vollendet werden. || Die kaiserlich-königlich österreichische Regierung wird der königlich sächsischen Regierung von dem Eintritte der obigen Voraussetzungen unverweilt Kenntnis geben und zugleich den Zeitpunkt bezeichnen, bis zu welchem die betriebsfähige Herstellung der Bahnlinie zu erfolgen haben wird.

Artikel III.

Der Bau der zwischen der Station Friedland der k. k. priv. Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn und der nächst der Grenze zu errichtenden Station Hermsdorf gelegenen Teilstrecke der im Artikel I, Z. 2 genannten schmalspurigen Eisenbahnverbindung wird seitens der kaiserlich-königlich österreichischen Regierung zu dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkte im Wege der Konzessionserteilung sichergestellt, und wird hierbei dem Konzessionär die Verpflichtung auferlegt werden, diese Bahnstrecke unter thunlichster Annäherung an den Ort Dittersbach auszuführen und dieselbe längstens binnen zwei Jahren, vom Tage der Konzessionserteilung an gerechnet, zu vollenden und dem Betriebe zu übergeben. || Die königlich sächsische Regierung erklärt ihrerseits die Bereitwilligkeit, nach Empfang einer Mitteilung der kaiserlich-königlich österreichischen Regierung über die bewirkte konzessionsmäfsige Sicherstellung der im vorigen Absatze bezeichneten Teilstrecke den Bau der Fortsetzungs-

strecke von der Station Hermsdorf nach Markersdorf auf Staatskosten auszuführen und denselben derart zu beschleunigen, dafs die fertige Linie thunlichst gleichzeitig mit der österreichischen Anschlufsstrecke in Betrieb gesetzt werde.

Artikel IV.

Der Bau der im Artikel I, Z. 3 genannten normalspurigen Eisenbahnverbindung Nixdorf—Sebnitz soll der k. k. priv. böhmischen Nordbahngesellschaft auf Grund der von den beiderseitigen Regierungen für die auf ihrem Gebiete gelegenen Teilstrecken zu erteilenden Konzessionen übertragen und soll hierbei der genannten Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt werden, die Eisenbahnlinie längstens binnen zwei Jahren vom Tage der Konzessionserteilung zu vollenden und dem Betriebe zu übergeben.

Artikel V.

Die kaiserlich-königlich österreichische Regierung behält sich vor, die Ausführung einer normalspurigen Eisenbahn von der Station Schluckenau der k. k. priv. Böhmischen Nordbahn bis zur beiderseitigen Grenze in der Richtung gegen Sohland in dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkte entweder im Wege der Konzessionserteilung an eine Privatunternehmung sicherzustellen, oder auf Grund einzuholender gesetzlicher Ermächtigung für Rechnung des Staates auszuführen und zu betreiben. || Über die erfolgte Sicherstellung des Baues der vorangeführten Eisenbahn wird die kaiserlich-königlich österreichische Regierung der königlich sächsischen Regierung rechtzeitig Mitteilung machen und wird sodann die königlich sächsische Regierung entweder dem Unternehmer der österreichischen Strecke die Konzession für die auf sächsischem Gebiete auszuführende Strecke von der Grenze bis Sohland unter den auf ihrem Gebiete geltenden gesetzlichen Bestimmungen und den noch festzusetzenden näheren Bedingungen sowie unter Gewährung der zulässigen Erleichterungen und Begünstigungen erteilen oder ihre Zustimmung dazu geben, dafs der Bau und Betrieb der auf sächsischem Gebiete gelegenen Teilstrecke von der Grenze bis Sohland von der kaiserlich-königlich österreichischen Regierung für eigene Rechnung geführt werde.

Artikel VI.

Falls die kaiserlich-königlich österreichische Regierung in die Lage kommen sollte, für die auf ihrem Gebiete gelegenen Teilstrecken einer als normal- oder schmalspurige Kleinbahn auszuführenden Bahnverbindung zwischen den Städten Rumburg und Warnsdorf einer Privatunternehmung die Konzession zu erteilen, wird die königlich sächsische Regierung nach erhaltener Mitteilung über diese Konzessionserteilung keinen Anstand nehmen, den Konzessionären der österreichischen Teilstrecke auch die Konzession für die in Sachsen gelegene Zwischenstrecke unter den jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen und den noch festzusetzenden näheren Bedingungen, sowie unter Anwendung der zulässigen Erleichterungen zu erteilen.

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

Artikel VII.

Die beiden hohen Regierungen verpflichten sich, zuzulassen und anzuordnen, dafs die im Artikel I, ZZ. 1, 3 und 4 bezeichneten Eisenbahnen an ihren Endpunkten in angemessene, den Übergang der Betriebsmittel gestattende Schienenverbindung mit den zur Zeit daselbst anschliefsenden Eisenbahnen gesetzt werden. || Bezüglich der im Artikel I, Z. 2 genannten, mit der Spurweite von 0.75 m auszuführenden Eisenbahn Friedland — Markersdorf ist in der Station Markersdorf für eine unmittelbare Schienenverbindung mit der nach Zittau führenden Schmalspurbahn und in der Station Friedland für derartige bauliche Anlagen und Betriebseinrichtungen Vorsorge zu treffen, dafs der wechselseitige Übergang von Personen und Gütern zwischen den in Betracht kommenden Eisenbahnen thunlichst vereinfacht, beschleunigt und verwohlfeilt werde. || Bezüglich der im Artikel I, Z. 5 genannten Kleinbahn wird bestimmt, dafs dieselbe, falls sie für den lokalen Güterverkehr benützt und zu diesem Zwecke mit den Linien der Böhmischen Nordbahn in unmittelbare oder mittelbare Geleiseverbindung gebracht werden sollte, eine gleichartige Verbindung auch mit der Haltestelle Alt-Warnsdorf der königlich sächsischen Staatsbahnen erhalten soll.

Artikel VIII.

Die Punkte, wo die im Artikel I bezeichneten Eisenbahnen die Grenze überschreiten sollen, werden im Wege gemeinsamer Verhandlung durch beiderseitige Kommissarien bestimmt werden. || Zum Zwecke der Erwerbung der zur Anlage der im Artikel I angeführten Eisenbahnen erforderlichen Grundstücke soll den Unternehmern in jedem der beiden Staatsgebiete das Enteignungsrecht nach den dort jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen eingeräumt werden.

Artikel IX.

Der Betriebswechsel auf den im Artikel I, ZZ. 1 bis 4 bezeichneten Eisenbahnen findet statt: a) bezüglich der Eisenbahnlinie von Rofsbach nach Adorf in dem auf sächsischem Gebiete gelegenen, nach Mafsgabe der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse zu erweiternden Bahnhofe Adorf; || b) bezüglich der Eisenbahnlinie von Friedland nach Markersdorf in dem auf österreichischem Gebiete in unmittelbarer Nähe der Grenze anzulegenden Bahnhofe bei Hermsdorf; || c) bezüglich der Eisenbahnlinie von Nixdorf nach Sebnitz in dem auf sächsischem Gebiete gelegenen Bahnhofe Sebnitz; || d) bezüglich der Eisenbahnlinie von Schluckenau nach Sohland in dem auf sächsischem Gebiete gelegenen, nach Bedürfnis zu erweiternden Bahnhofe Sohland.

Die Grenzzollämter sind für die Eisenbahnlinie Rofsbach — Adorf in der Station Rofsbach, für die Linie Friedland — Markersdorf in der Betriebswechselstation Hermsdorf, für die Linie Nixdorf — Sebnitz in der auf österreichischem Gebiete anzulegenden Station Niedereinsiedel und für die Linie Schluckenau — Sohland in der zu erbauenden Haltestelle Äufserstmittelsohland zu errichten. || Die Einrichtung der vorbezeichneten Grenz- und Wechsel-

stationen erfolgt nach den in dem bezüglichen Staatsgebiete geltenden Grundsätzen. || Die Signaleinrichtungen der auf sächsischem Gebiete gelegenen Teilstrecken der im Artikel I, ZZ. 1, 3, 4 und 5 bezeichneten Bahnverbindungen sollen, unter Wahrung der vollen Gegenseitigkeit bezüglich der auf österreichischem Gebiete gelegenen, von der königlich sächsischen Regierung auszuführenden Teilstrecke der Linie Friedland — Markersdorf, mit denjenigen Einrichtungen übereinstimmen, welche in dieser Beziehung für die auf österreichischem Gebiete gelegenen Strecken der obbezeichneten Linien genehmigt werden.

Artikel X.

In Bezug auf die zum Teile auf österreichischem, zum Teile auf sächsischem Gebiete zu führende Kleinbahn Rumburg — Warnsdorf werden die Bedingungen und Modalitäten der zollamtlichen und sonstigen Überwachung einer späteren Vereinbarung zwischen den beiden hohen vertragschliefsenden Regierungen unter Berücksichtigung der besonderen Anlage und Verkehrsverhältnisse dieser Bahnlinie vorbehalten.

Artikel XI.

Über die näheren Bedingungen der Mitbenützung der Bahnhöfe Adorf, Sebnitz und Sohland und insbesondere über die der königlich sächsischen Staatseisenbahnverwaltung hierfür zu leistenden Vergütungen sind die erforderlichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen unter dem Vorbehalte der Genehmigung der beiden hohen Regierungen zu treffen. || In gleicher Weise und unter demselben Vorbehalte wird die königlich sächsische Staatseisenbahnverwaltung die näheren Bedingungen wegen Mitbenützung des Bahnhofes Hermsdorf mit dem Konzessionär der Bahnlinie Friedland — Hermsdorf vereinbaren. || Beim Mangel eines Einverständnisses werden die vertragschliefsenden hohen Regierungen bezüglich der Mitbenützung der Betriebswechselstationen und der zu leistenden Vergütung sich verständigen und werden die auf Grund dieser Verständigung zu erlassenden Anordnungen für die betreffenden Bahnverwaltungen mafsgebend sein. || Es wird aber schon jetzt vereinbart, dafs die in Betracht kommenden fremden Eisenbahnverwaltungen und Konzessionäre die Anlagekosten der ihnen nach Mafsgabe des Bedürfnisses zur ausschliefslichen Benützung zu überlassenden Teile der bezeichneten Bahnhöfe durch Kapitalszahlung zu begleichen und die Instandhaltung, einschliefslich der nach den Verwaltungsgrundsätzen des betreffenden Staatsgebietes erforderlich werdenden Erneuerungen der gedachten Bahnhofsteile, auf eigene Kosten zu übernehmen haben werden. || Dagegen werden die wirklich aufgewendeten und gehörig nachgewiesenen Anlagekosten der in den genannten Betriebswechselstationen von den beteiligten Verwaltungen gemeinsam benützten Bahnhofsteile der bauausführenden Verwaltung anteilig nach Mafsgabe der Benützung, im Zweifel aber je zur Hälfte, durch eine jährliche, auf Grund der Verzinsung des Anlagekapitals berechnete Vergütung zu erstatten sein. Der Zinsfufs wird zunächst mit vier Prozent auf fünf Jahre festgesetzt und unter-

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

liegt dieser Zinsfufs einer Revision von fünf zu fünf Jahren. Welche Objekte als gemeinschaftliche anzusehen sind, wird besonderer Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen vorbehalten. || Die Kosten, welche durch die Unterhaltung dieser gemeinsam benützten Objekte der dieselbe besorgenden Verwaltung erwachsen, werden ihr durch die andere Verwaltung anteilig erstattet. || Für die Kosten, welche den betreffenden Eisenbahnverwaltungen durch die nach Artikel XIII dieses Vertrages zu übernehmende Verpflichtung zur Herstellung und Erhaltung baulicher Anlagen (Amtslokalitäten und Wohnungen) für Zwecke der Zollverwaltung, sowie für Zwecke der Post-, Telegraphen- und Polizeiverwaltung des fremden Landesgebietes erwachsen, ist von der Verwaltung der fremdländischen Anschlufsbahn unter sinngemäfser Anwendung der im fünften und sechsten Absatze dieses Artikels enthaltenen Bestimmungen Ersatz zu leisten. || Unter Anlagekapital im Sinne dieses Artikels sind nur die wirklich aufgewendeten Kosten ohne Einrechnung etwaiger Kosten der Geldbeschaffung und etwaiger Kursverluste zu verstehen. || Die vorstehenden Bestimmungen haben auch auf etwa notwendig werdende Ergänzungs- und Erweiterungsbauten Anwendung zu finden. || Falls über die Notwendigkeit derartiger Ergänzungs- und Erweiterungsbauten, sowie überhaupt über die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen eine Einigung nicht erzielt werden sollte, haben sich dieselben der im gegenseitigen Einvernehmen zu treffenden Entscheidung der beiden hohen Regierungen zu unterwerfen.

Artikel XII.

In der Grenzstation Rofsbach wird der Zolldienst auch fernerhin durch die daselbst von beiden Seiten errichteten zusammengelegten Zollabfertigungsstellen besorgt werden. || Auf der Grenz- und Wechselstation bei Hermsdorf, sowie auf den Grenzstationen Niedereinsiedel und Äufserstmittelsohland wird zur Erreichung des im Artikel 8 des Handels- und Zollvertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vom 6. Dezember 1891 bezeichneten Zweckes von beiden Seiten je ein Grenzzollamt mit den den Verkehrsverhältnissen entsprechenden Abfertigungsbefugnissen errichtet werden. || Die vertragschliefsenden hohen Regierungen erklären sich bereit, die Befugnisse der vorgenannten Zollämter zu erweitern, sobald und so weit die Ausdehnung des Verkehres dies erfordern sollte.

Artikel XIII.

Derjenigen Eisenbahnverwaltung, welcher nach dem gegenwärtigen Vertrage der Bau des bezüglichen Grenzbahnhofes obliegt, ist durch die betreffende Regierung die Verpflichtung aufzuerlegen, sofern nicht mit Genehmigung der beiden hohen Regierungen eine anderweitige Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen getroffen wird, die baulichen Einrichtungen für die Diensträume der im siebenten Absatze des Artikels XI genannten Verwaltungen herzustellen und zu erhalten, sowie für die Herstellung der von den betreffenden fremdländischen Beamten benötigten, diesen zu überweisenden

Wohnungen oder für die Überweisung von angemessenen derartigen Miethwohnungen Sorge zu tragen, wogegen ihr die diesfalls im Artikel XI festgesetzte Entschädigung gebührt und der diese Entschädigung leistenden Bahnverwaltung derjenige Mietsabzug der Beamten zufliefst, welchen dieselben im Falle der Beistellung von Wohnungen nach den Bestimmungen des Heimatlandes zu erleiden haben.

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

Artikel XIV.

Alle näheren Bestimmungen zum Zwecke der Regelung der im vorstehenden Artikel erwähnten und aller sonstigen Verhältnisse der beiderseitigen Ämter und insbesondere wegen der im beiderseitigen Zollinteresse zu treffenden Einrichtungen, sowie in betreff der Förmlichkeiten der zollamtlichen Revision und Abfertigung des Passagiergepäckes und der ein- und ausgehenden Güter bleiben der besonderen Festsetzung durch Beauftragte der beiderseitigen Zollverwaltungen überlassen. Jedenfalls ist aber den Bediensteten derselben, soweit sie nach zu treffenden näheren Vereinbarungen Strecken der im Artikel I genannten Eisenbahnverbindungen zu dienstlichen Zwecken bereisen, freie Fahrt zu gewähren.

Artikel XV.

Die wegen Handhabung der Pafs- und Fremdenpolizei im Eisenbahnverkehr schon bestehenden und noch zu vereinbarenden Bestimmungen sollen auf die den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnverbindungen Anwendung finden. || Die Amtsbefugnisse der Polizeibeamten, welche von der königlich sächsischen Regierung in den Grenzstationen Rofsbach, Hermsdorf und Niedereinsiedel, sowie von der kaiserlich-königlich österreichischen Regierung in der Grenzstation Äufserstmittelsohland etwa bestellt werden sollten, werden durch besondere Verständigung unter den beiden hohen Regierungen festgesetzt. Die diesfällige Verhandlung soll mindestens drei Monate vor Inbetriebsetzung der betreffenden Eisenbahn beginnen und vor der Eröffnung des Betriebes thunlichst vollständig zum Abschlusse gebracht werden.

Artikel XVI.

Die Regelung des Post- und Telegraphendienstes auf den den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnverbindungen bleibt der besonderen Verständigung der beiderseitigen Post- und Telegraphenverwaltungen vorbehalten. Falls in Gemäfsheit dieser Verständigung der Wechsel des Postbetriebes ebenfalls auf die Wechselstationen Adorf, Sebnitz und Sohland verlegt wird, werden die betreffenden betriebführenden österreichischen Unternehmungen verpflichtet sein, diesen Betrieb auf den Strecken zwischen der Wechselstation und der beiderseitigen Grenze zu Gunsten der Postverwaltung des Deutschen Reiches auszuführen, während der Postbetrieb auf der Strecke zwischen der Grenze und der Wechselstation Hermsdorf seitens der königlich sächsischen Staatseisenbahnverwaltung zu Gunsten der kaiserlich-königlich österreichischen Postverwaltung zu übernehmen sein wird.

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

Artikel XVII.

Die volle Landeshoheit bleibt in Ansehung der auf sächsischem Gebiete gelegenen Bahnstrecken der Linien Rofsbach — Adorf, Nixdorf — Sebnitz, Schluckenau — Sohland und der Kleinbahn Rumburg — Warnsdorf Seiner Majestät dem König von Sachsen und in Ansehung der auf österreichischem Gebiete gelegenen Bahnstrecke der Linie Friedland — Markersdorf Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apostolischen König von Ungarn ausschliefslich vorbehalten.

Artikel XVIII.

Unbeschadet des Hoheits- und Aufsichtsrechtes der hohen vertragschliefsenden Teile über die in ihren Gebieten gelegenen Bahnstrecken und über den darauf stattfindenden Betrieb verbleibt die Ausübung des Oberaufsichtsrechtes über die den Betrieb führenden Eisenbahnverwaltungen im allgemeinen derjenigen Regierung, in deren Gebiete dieselben ihren Sitz haben.

Artikel XIX.

Die Bahnpolizei wird unter Aufsicht der dazu in jedem Staatsgebiete kompetenten in Gemäfsheit der für jedes Gebiet geltenden Vorschriften und Grundsätze zunächst durch die Beamten der den Betrieb der betreffenden Bahnstrecke führenden Eisenbahnverwaltung gehandhabt werden.

Artikel XX.

Reichsangehörige des einen der hohen vertragschliefsenden Teile, welche von den Eisenbahnverwaltungen beim Betriebe der Bahnstrecke im Gebiete des anderen Teiles angestellt werden, scheiden dadurch nicht aus dem Unterthanenverbande ihres Heimatlandes aus. || Die Stellen der Lokalbeamten, mit Ausnahme der Bahnhofsvorstände, der Telegraphen- und derjenigen Beamten, welche mit der Erhebung von Geldern betraut sind, sollen jedoch thunlichst mit einheimischen Staatsangehörigen besetzt werden. || Die beiden hohen Regierungen leisten sich gegenseitig die Zusage, dafs für den im Sinne des gegenwärtigen Vertrages innerhalb des anderseitigen Staatsgebietes stattfindenden Dienst solche Beamte, Diener und Arbeiter, welche wegen gemeiner Verbrechen und Vergehen, wegen Schleichhandels oder schwerer Gefällsübertretungen verurteilt worden sind, zum Dienste, beziehungsweise zur Arbeit wissentlich nicht verwendet werden sollen. || Sämtliche Beamte sind ohne Unterschied des Ortes ihrer Anstellung der Dienst- und Disciplinargewalt ihrer vorgesetzten Verwaltung, im Übrigen aber den Gesetzen und Behörden des Staates unterworfen, in welchem sie ihren Wohnsitz haben.

Artikel XXI.

Die Feststellung und Genehmigung der Tarife bleibt derjenigen Regierung vorbehalten, in deren Gebiete die betriebführende Eisenbahnverwaltung ihren Sitz hat. Jedoch soll die Feststellung der Tarifsätze für diejenigen Strecken

der im Artikel I, Z. 1 bis 4 bezeichneten Eisenbahnen, welche zwischen den beiderseits zunächst der Grenze befindlichen Stationen gelegen sind, nach gleichen Grundsätzen erfolgen. || Beide hohen vertragschliefsenden Teile verpflichten sich, dahin zu wirken und daran zu halten, dafs auf jeder der den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnen und deren unmittelbaren Anschlufslinien möglichst im Anschlusse an die Züge der angrenzenden Bahnstrecken für die Personenbeförderung mindestens zwei Züge täglich in beiden Richtungen, und auf den im Artikel I, Z. 1 bis 4 bezeichneten Linien überdies auch für den Güterverkehr so viele Züge eingerichtet werden, als zur Bewältigung desselben erforderlich sind, sowie dafs die sonstigen Betriebsanordnungen den Verkehrsbedürfnissen entsprechend geregelt werden. || Im Übrigen haben die im Interesse der Erleichterung des gegenseitigen Eisenbahnverkehres zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche jeweilig bestehenden Vertragsbestimmungen, insbesondere jene der Artikel 15—18 des Handels- und Zollvertrages zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vom 6. Dezember 1891, insolange dieser in Wirksamkeit bleibt, auch auf die den Gegenstand dieses Vertrages bildenden Eisenbahnanschlüsse Anwendung zu finden.

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

Artikel XXII.

Die königlich sächsische Regierung wird den Betrieb der innerhalb ihres Gebietes gelegenen Teilstrecken der im Artikel I, ZZ. 1, 3, 4 und 5 bezeichneten Bahnverbindungen mit keinen anderen oder höheren Abgaben belegen, als solchen, welche den unter gleichen Verhältnissen stattfindenden Bahnbetrieb auf sächsischem Gebiete im allgemeinen treffen sollten. || Der gleiche Grundsatz hat auch in Bezug auf die Betriebsführung der königlich sächsischen Staatseisenbahnverwaltung auf der Strecke von der Grenze nach Hermsdorf zu gelten.

Artikel XXIII.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages, insbesondere hinsichtlich des Betriebswechsels und der Grenzstationen, sowie der Betriebführung auf den betreffenden Bahnstrecken bleiben auch in dem Falle aufrecht, wenn die kaiserlich-königlich österreichische Regierung das Eigentum oder den Betrieb der auf österreichischem Gebiete gelegenen Strecke einer der im Artikel I bezeichneten Eisenbahnen übernehmen oder die königlich sächsische Regierung von dem ihr etwa konzessionsmäfsig vorbehaltenen Einlösungsrechte bezüglich der auf ihrem Gebiete gelegenen Strecke Gebrauch machen sollte. In einem solchen Falle werden die beiden hohen Regierungen sich über die Art der Durchführung im Einzelnen einigen.

Artikel XXIV.

Gegenwärtiger Vertrag soll beiderseits zur Allerhöchsten Genehmigung vorgelegt und die Auswechslung der darüber auszufertigenden Ratifikationsurkunden spätestens acht Wochen nach Vollziehung des Vertrages in Wien

Nr. 11950. Österreich und Sachsen. 27. Nov. 1898.

bewirkt werden. || Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Übereinkunft in zwei Ausfertigungen unter Beifügung ihrer Siegel eigenhändig unterzeichnet.

Wien, am 27. November 1898.

(L. S.) Wittek m. p. (L. S.) Rex m. p.
(L. S.) Raymond m. p. (L. S.) Meusel m. p.
(L. S.) Dr. Ritterstädt m. p.

Nr. 11951. GROSSBRITANNIEN und VEREINIGTE STAATEN. — Vertrag über die Einsetzung eines allgemeinen Schiedsgerichts.*)

Washington, 11. Januar 1897.

Nr. 11951. Grofsbritannien u. Vereinigte Staaten. 11. Jan. 1897.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the United States of America, being desirous of consolidating the relations of amity which so happily exist between them and of consecrating by Treaty the principle of international arbitration, have appointed for that purpose as their respective Plenipotentiaries: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Sir Julian Pauncefote, a member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, and of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, and Her Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the United States; || And the President of the United States of America, the Honourable Richard Olney, Secretary of State of the United States; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, which were found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:—

Article I.

The High Contracting Parties agree to submit to arbitration, in accordance with the provisions and subject to the limitations of this Treaty, all questions in difference between them which they may fail to adjust by diplomatic negotiation.

Article II.

All pecuniary claims, or groups of pecuniary claims, which do not, in the aggregate, exceed 100,000 *l.* in amount, and which do not involve the determination of territorial claims, shall be dealt with and decided by an Arbitral Tribunal constituted as provided in the next following Article. || In this Article and in Article IV the words "groups of pecuniary claims" mean pecuniary claims by one or more persons arising out of the same transactions or involving the same issues of law and of fact.

*) Der Vertrag wurde vom Senat der Vereinigten Staaten abgelehnt. Vgl. Europ. Geschkal. Jahrg. 1897. S. 326. Red.

Article III.

Each of the High Contracting Parties shall nominate one Arbitrator, who shall be a jurist of repute, and the two Arbitrators so nominated shall, within two months of the date of their nomination, select an Umpire. In case they shall fail to do so within the limit of time above mentioned, the Umpire shall be appointed by agreement between the Members for the time being of the Judicial Committee of the Privy Council in Great Britain and the Members for the time being of the Supreme Court of the United States, each nominating body acting by a majority. In case they shall fail to agree upon an Umpire within three months of the date of an application made to them in that behalf by the High Contracting Parties, or either of them, the Umpire shall be selected in the manner provided for in Article X. || The person so selected shall be the President of the Tribunal, and the Award of the majority of the members thereof shall be final.

Article IV.

All pecuniary claims, or groups of pecuniary claims, which shall exceed 100,000 *l.* in amount, and all other matters in difference, in respect of which either of the High Contracting Parties shall have rights against the other under Treaty or otherwise, provided that such matters in difference do not involve the determination of territorial claims, shall be dealt with and decided by an Arbitral Tribunal, constituted as provided in the next following Article.

Article V.

Any subject of arbitration described in Article IV shall be submitted to the Tribunal provided for by Article III, the Award of which Tribunal, if unanimous, shall be final. If not unanimous, either of the High Contracting Parties may, within six months from the date of the Award, demand a review thereof. In such case the matter in controversy shall be submitted to an Arbitral Tribunal, consisting of five jurists of repute, no one of whom shall have been a member of the Tribunal whose Award is to be reviewed, and who shall be selected as follows, viz., two by each of the High Contracting Parties, and, one to act as Umpire, by the four thus nominated and to be chosen within three months after the date of their nomination. In case they shall fail to choose an Umpire within the limit of time above mentioned, the Umpire shall be appointed by Agreement between the nominating bodies designated in Article III, acting in the manner therein provided. In case they shall fail to agree upon an Umpire within three months of the date of an application made to them in that behalf by the High Contracting Parties, or either of them, the Umpire shall be selected in the manner provided for in Article X. || The person so selected shall be the President of the Tribunal, and the Award of the majority of the members thereof shall be final.

Article VI.

Any controversy which shall involve the determination of territorial claims shall be submitted to a Tribunal composed of six members, three of whom (subject to the provisions of Article VIII) shall be Judges of the British Supreme Court of Judicature or members of the Judicial Committee of the Privy Council, to be nominated by Her Britannic Majesty, and the other three of whom (subject to the provisions of Article VIII) shall be Judges of the Supreme Court of the United States or Justices of the Circuit Courts to be nominated by the President of the United States, whose Award, by a majority of not less than five to one, shall be final. In case of an Award made by less than the prescribed majority, the Award shall also be final unless either Power shall, within three months after the Award has been reported, protest that the same is erroneous, in which case the Award shall be of no validity. || In the event of an Award made by less than the prescribed majority, and protested as above provided, or if the members of the Arbitral Tribunal shall be equally divided, there shall be no recourse to hostile measures of any description until the mediation of one or more friendly Powers has been invited by one or both of the High Contracting Parties.

Article VII.

Objections to the jurisdiction of an Arbitral Tribunal constituted under this Treaty shall not be taken except as provided in this Article. || If, before the close of the hearing upon a claim submitted to an Arbitral Tribunal constituted under Article III or Article V, either of the High Contracting Parties shall move such Tribunal to decide, and thereupon it shall decide, that the determination of such claim necessarily involves the decision of a disputed question of principle of grave general importance affecting the national rights of such Party, as distinguished from the private rights whereof it is merely the international representative, the jurisdiction of such Arbitral Tribunal over such claim shall cease, and the same shall be dealt with by arbitration under Article VI.

Article VIII.

In cases where the question involved is one which concerns a British Colony or possession, it shall be open to Her Britannic Majesty to appoint a judicial officer of such Colony or possession to be one of the Arbitrators under Article III, or Article V, or Article VI. || In like manner, in cases where the question involved is one which concerns a particular State or territory of the United States, it shall be open to the President of the United States to appoint a judicial officer of such State or territory to be one of the Arbitrators under Article III, or Article V, or Article VI.

Article IX.

Territorial claims in this Treaty shall include all claims to territory and all claims involving questions of servitudes, rights of navigation and of access,

fisheries, and all rights and interests necessary to the control and enjoyment of the territory claimed by either of the High Contracting Parties.

Article X.

If in any case the nominating bodies designated in Articles III and V shall fail to agree upon an Umpire in accordance with the provisions of the said Articles, the Umpire shall be appointed His Majesty the King of Sweden and Norway. || Either of the High Contracting Parties, however, may at any time give notice to the other that, by reason of material changes in conditions as existing at the date of this Treaty, it is of opinion that a substitute for His Majesty should be chosen, either for all cases to arise under the Treaty, or for a particular specified case already arisen, and thereupon the High Contracting Parties shall at once proceed to agree upon such substitute to act, either in all cases to arise under the Treaty, or in the particular case specified, as may be indicated by said notice; provided, however, that such notice shall have no effect upon an arbitration already begun by the constitution of an Arbitral Tribunal under Article III. || The High Contracting Parties shall also at once proceed to nominate a substitute for His Majesty in the event that His Majesty shall at any time notify them of his desire to be relieved from the functions graciously accepted by him under this Treaty, either for all cases to arise thereunder, or for any particular specified case already arisen.

Article XI.

In case of the death, absence, or incapacity to serve of any Arbitrator or Umpire, or in the event of any Arbitrator or Umpire omitting or declining or ceasing to act as such, another Arbitrator or Umpire shall be forthwith appointed in his place and stead in the manner provided for with regard to the original appointment.

Article XII.

Each Government shall pay its own Agent, and provide for the proper remuneration of the Counsel employed by it and of the Arbitrators appointed by it, and for the expense of preparing and submitting its Case to the Arbitral Tribunal. All other expenses connected with any arbitration shall be defrayed by the two Governments in equal moieties. Provided, however, that if in any case the essential matter of difference submitted to arbitration is the right of one of the High Contracting Parties to receive disavowals of, or apologies for, acts or defaults of the other not resulting in substantial pecuniary injury, the Arbitral Tribunal finally disposing of the said matter shall direct whether any of the expenses of the successful Party shall be borne by the unsuccessful Party, and, if so, to what extent.

Article XIII.

The time and place of meeting of an Arbitral Tribunal, and all arrangements for the hearing and all questions of procedure, shall be decided by the

Nr. 11951. Grofsbritannien u. Vereinigte Staaten. 11. Jan. 1897.

Tribunal itself. || Each Arbitral Tribunal shall keep a correct record of its proceedings, and may appoint and employ all necessary officers and agents. || The decision of the Tribunal shall, if possible, be made within three months from the close of the arguments on both sides. || It shall be made in writing and dated, and shall be signed by the Arbitrators who may assent to it. || The decision shall be in duplicate, one copy whereof shall be delivered to each of the High Contracting Parties through their respective Agents.

Article XIV.

This Treaty shall remain in force for five years from the date at which it shall come into operation, and further until the expiration of twelve months after either of the High Contracting Partics shall have given notice to the other of its wish to terminate the same.

Article XV.

The present Treaty shall be duly ratified by Her Britannic Majesty, and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the mutual exchange of ratifications shall take place in London or in Washington within six months of the date hereof, or earlier if possible.

In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Treaty, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate at Washington, the 11th day of January, 1897.

(Signed) Julian Pauncefote. (Seal.)
Richard Olney. (Seal.)

Nr. 11952. GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, GRIECHENLAND, RUSSLAND. — Vertrag zur Begünstigung einer griechischen Anleihe.

Paris, 29. März 1898.

Nr. 11952. Grofsbritannien, Frankreich, Griechenland, Rufsland. 29. März 1898.

En vue de faciliter au Gouvernement Hellénique la conclusion d'un emprunt destiné, pour partie, à pourvoir aux indemnités dues par la Grèce à l'Empire Ottoman en vertu des Articles II et VIII du Traité de Paix, conclu à Constantinople le 22 Novembre (4 Décembre), 1897, et pour le surplus, à pourvoir aux besoins énumérés dans l'Article 10 de la Loi sur le Contrôle les Gouvernements de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, de la République Française, de Sa Majesté le Roi des Hellènes, et de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, ont arrêté d'un commun accord les dispositions suivantes: —

I. — *Émission de l'Emprunt.*

Article I.

Le Gouvernement Hellénique pourra créer, sous la garantie résultant de la présente Convention, à un taux réel d'intérêt qui n'excédera pas $2^{3}/_{4}$ pour

cent et pour une durée qui ne sera pas supérieure à soixante ans, la quantité de titres nécessaire pour produire une somme effective maxima de 170,000,000 fr., 6,800,000 *l.*, ou 63,750,000 roubles, qui recevra les emplois prévus par les Articles 7 et 10 de la Loi sur le Contrôle. || Les conditions de cet emprunt seront arrêtées d'un commun accord, par les trois Puissances Garantes et par le Gouvernement Hellénique. Elles feront l'objet d'un Règlement qui sera sanctionné par Décret Royal, rendu en Conseil des Ministres, en vertu d'une autorisation législative spéciale.

Article II.

Sur le capital fixé par l'Article Ier, il sera émis immédiatement la quantité de titres nécessaire pour produire une somme effective de 150,000,000 fr., 6,000,000 *l.*, ou 56,250,000 roubles. || Les obligations destinées éventuellement à couvrir les déficits des années 1898 et suivantes, dans la limite d'un maximum de 20,000,000 fr., seront émises au fur et à mesure des besoins, en vertu d'autorisations législatives spéciales préalablement soumises à l'approbation de la Commission Internationale, conformément à l'Article 10 de la Loi sur le Contrôle. || La faculté d'émettre ces obligations ne s'étendra pas au delà de l'année 1903.

Article III.

Les frais d'émission, de négociation, et de remise seront ajoutés au capital des emprunts visés dans l'Article précédent.

II. — *Service de l'Emprunt.*

Article IV.

Le service de l'emprunt sera assuré au moyen d'une annuité fixe calculée, amortissement compris, à 3·60 pour cent du capital nominal et fournie par les revenus affectés au service de la Dette Publique Hellénique, d'après les dispositions de la Loi sur le Contrôle. Toutefois, l'amortissement ne commencera qu'à partir de l'année 1903, et pendant les cinq premières années, l'annuité à la charge du Gouvernement Hellénique sera de 2·50 pour cent du capital nominal des emprunts émis.

Article V.

Les coupons seront payés en or, le 1er Avril et le 1er Octobre de chaque année, sur les places qui seront désignées ultérieurement.

Article VI.

La portion de l'annuité fixée par l'Article IV qui ne sera pas absorbée par le service de l'intérêt sera affectée à l'amortissement de l'emprunt. L'amortissement s'effectuera au pair par voie de tirage. Toutefois, si le cours était inférieur au pair, il pourrait s'effectuer au moyen de rachats sur le marché.

Nr. 11952. Grofsbritannien, Frankreich, Griechenland, Rufsland. 29. März 1898.

III. — *Emploi du Produit de l'Emprunt.*

Article VII.

Le produit de l'emprunt sera employé par la Commission Internationale dans les conditions prévues par les Articles 7 et 10 de la Loi sur le Contrôle.

Article VIII.

Les conditions de la conversion ou du remboursement de la dette flottante en or feront l'objet d'un Décret Royal préalablement soumis à l'approbation de la Commission Internationale. || Les obligations destinées à couvrir les banques d'émission des sommes en or qui leur ont été empruntées en vertu des lois sur le cours forcé ainsi que de leurs autres avances en or, resteront déposées à la Banque de France, qui ne pourra s'en dessaisir que sur l'avis conforme de la Commission Internationale. || Les coupons de ces obligations seront détachés et remis aux banques d'émission.

IV. — *Garantie de l'Emprunt.*

Article IX.

Les Gouvernements Britannique, Français, et Russe, s'engagent, soit à garantir conjointement et solidairement, soit à demander à leurs Parlements l'autorisation de garantir conjointement et solidairement le service régulier de l'annuité fixé par l'Article IV.

Article X.

Une Convention ultérieure déterminera les conditions dans lesquelles s'effectueraient les avances, si la garantie devenait effective, ainsi que le mode de remboursement qui leur serait applicable.

Article XI.

Le Gouvernement Hellénique aura le droit, avec l'assentiment des trois Puissances Garantes, d'opérer la conversion de l'emprunt à toute époque, à partir du 1er Avril, 1918. || Il sera tenu d'exercer cette faculté sur la demande collective des trois Puissances Garantes, qui s'entendront sur les conditions dans lesquelles cette demande devra lui être adressée.

V. — *Dispositions Générales.*

Article XII.

Le capital et les intérêts des obligations émises conformément aux Article I et II de la présente Convention seront exempts de tous impôts droits, ou charges au profit du Gouvernement Hellénique.

Article XIII.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Nr. 11952. Grofsbritannien, Frankreich, Griechenland, Rufsland. 29. März 1898.

Fait à Paris, en quatre exemplaires, le 29 Mars, 1898.

L'Ambassadeur de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes,
(L. S.) (Signé) Edmund Monson.

Le Ministre des Affaires Étrangères de la République Française.
(L. S.) (Signé) G. Hanotaux.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Hellènes,
(L. S.) (Signé) N. Delyanni.

L'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies,
(L. S.) (Signé) L. Ouroussoff.

Procès-verbal de Dépôt.

Les Soussignés s'étant réunis pour procéder au dépôt des ratifications de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, de M. le Président de la République Française, de Sa Majesté le Roi des Hellènes, et de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, sur la Convention signée à Paris le 29 Mars, 1898, en vue de faciliter au Gouvernement Hellénique la conclusion d'un emprunt, les instruments de ces ratifications ont été produits, et trouvés en bonne et due forme; ils ont été remis entre les mains de son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères de la République Française pour être déposés aux archives de ce Ministère, ce dépot devant tenir lieu d'échange.

En foi de quoi les Soussignés ont dressé le présent procès-verbal qu'ils ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Paris, en quadruple exemplaire, le 18 Mai, 1898.

(L. S.) Edmund Monson.
(L. S.) G. Hanotaux.
(L. S.) N. P. Delyanni.
(L. S.) L. Ouroussoff.

Nr. 11953. GROSSBRITANNIEN und CHINA. — Vertrag über Ausdehnung des Hongkong-Territoriums.

Peking, 9. Juni 1898.

Whereas it has for many years past been recognized that an extension of Hong Kong territory is necessary for the proper defence and protection of the Colony, || It has now been agreed between the Governments of Great Britain and China that the limits of British territory shall be enlarged under lease to the extent indicated generally on the annexed map. The exact boundaries shall be hereafter fixed when proper surveys have been made by

Nr. 11953. Grofsbritannien u. China. 9. Juni 1898.

Nr. 11953. Grofsbritannien u. China. 9. Juni 1898.

officials appointed by the two Governments. The term of this lease shall be ninety-nine years. || It is at the same time agreed that within the city of Kowloon the Chinese officials now stationed there shall continue to exercise jurisdiction except so far as may be inconsistent with the military requirements for the defence of Hong Kong. Within the remainder of the newly-leased territory Great Britain shall have sole jurisdiction. Chinese officials and people shall be allowed as heretofore to use the road from Kowloon to Hsinan. || It is further agreed that the existing landing-place near Kowloon city shall be reserved for the convenience of Chinese men-of-war, merchant and passenger vessels, which may come and go and lie there at their pleasure; and for the convenience of movement of the officials and people within the city. || When hereafter China constructs a railway to the boundary of the Kowloon territory under British control, arrangements shall be discussed. || It is further understood that there will be no expropriation or expulsion of the inhabitants of the district included within the extension, and that if land is required for public offices, fortifications, or the like official purposes, it shall be bought at a fair price.

If cases of extradition of criminals occur, they shall be dealt with in accordance with the existing Treaties between Great Britain and China and the Hong Kong Regulations. || The area leased to Great Britain, as shown on the annexed map, includes the waters of Mirs Bay and Deep Bay, but it is agreed that Chinese vessels of war, whether neutral or otherwise, shall retain the right to use those waters. || This Convention shall come into force on the first day of July, eigtheen hundred and ninety-eight, being the thirteenth day of the fifth moon of the twenty-fourth year of Kuang Hsü. It shall be ratified by the Sovereigns of the two countries, and the ratifications shall be exchanged in London as soon as possible. || In witness whereof the Undersigned, duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement. || Done at Peking in quadruplicate (four copies in English and four in Chinese) the ninth day of June, in the year of our Lord eighteen hundred and ninety-eight, being the twenty-first day of the fourth moon of the twenty-fourth year of Kuang Hsü.

(L. S.) Claude M. MacDonald.
(L. S.) Seal of the Chinese Plenipotentiary.

Nr. 11954. GROSSBRITANNIEN und CHINA. — Vertrag über Wei Hai Wei.

Peking, 1. Juli 1898.

Nr. 11954. Grofsbritannion u. China. 1. Juli 1898.

In order to provide Great Britain with a suitable naval harbour in North China, and for the better protection of British commerce in the neighbouring seas, the Government of His Majesty the Emperor of China agree to lease to the Government of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland Wei hai wei, in the Province of Shantung, and the adjacent waters, for so

long a period as Port Arthur shall remain in the occupation of Russia. || The territory leased shall comprise the Island of Liu Kung, and all the islands in the Bay of Wei hai wei, and a belt of land 10 English miles wide along the entire coast-line of the Bay of Wei hai wei. Within the above-mentioned territory leased Great Britain shall have sole jurisdiction. || Great Britain shall have in addition the right to erect fortifications, station troops, or take any other measures necessary for defensive purposes at any points on or near the coast of the region east of the meridian, 121° 40′ east of Greenwich, and to acquire on equitable compensation within that territory such sites as may be necessary for water supply, communications, and hospitals. Within that zone Chinese administration will not be interfered with, but no troops other than Chinese or British shall be allowed therein. || It is also agreed that within the walled city of Wei hai wei Chinese officials shall continue to exercise jurisdiction, except so far as may be inconsistent with naval and military requirement for the defence of the territory leased. || It is further agreed that Chinese vessels of war, whether neutral or otherwise, shall retain the right to use the waters herein leased to Great Britain. || It is further unterstood that there will be no expropriation or expulsion of the inhabitants of the territory herein specified, and that if land is required for fortifications, public offices, or any official or public purpose, it shall be bought at a fair price. || This Convention shall come into force on signature. It shall be ratified by the Sovereigns of the two countries, and the ratifications shall be exchanged in London as soon as possible. || In witness whereof the Undersigned, duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement.

Nr. 11954 Grofs-britannien u. China. 1. Juli 1898.

Done at Peking in quadruplicate (four copies in English and four in Chinese), the 1st day of July, in the year of our Lord 1898, being the 13th day of the 5th moon of the 24th year of Kuang Hsü.

(L. S.) Claude M. MacDonald.
(L. S.) (Seal of the Chinese Plenipotentiary.)

Nr. 11955. GROSSBRITANNIEN und ETHIOPIEN. — Handels- und Freundschaftsvertrag. Mit Beilagen.

Adis Abbaba, 14. Mai 1897.
(Ratified by the Queen, July 28, 1897.)

[English version.]

Her Majesty Victoria, by the grace of God, Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty Menelek II, by the grace of God, King of Kings of Ethiopia, being desirous of strengthening and rendering more effective and profitable the ancient friendship which has existed between their respective kingdoms; || Her Majesty Queen Victoria having appointed as her Special Envoy and Representative to His Majesty the Emperor Menelek II,

Nr. 11955. Grofs-britannien u. Ethiopien. 14. Mai 1897.

Nr. 11955. Grofsbritannien u. Ethiopien. 14. Mai 1897.

James Renell Rodd, Esq., Companion of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, whose full powers have been found in due and proper form, and His Majesty the Emperor Menelek, negotiating in his own name as King of Kings of Ethiopia, they have agreed upon and do conclude the following Articles, which shall be binding on themselves, their heirs and successors:

Article I.

The subjects of or persons protected by each of the Contracting Parties shall have full liberty to come and go and engage in commerce in the territories of the other, enjoying the protection of the Government within whose jurisdiction they are; but it is forbidden for armed bands from either side to cross the frontier of the other on any pretext whatever without previous authorization from the competent authorities.

Article II.

The frontiers of the British Protectorate on the Somali Coast recognized by the Emperor Menelek shall be determined subsequently by exchange of notes between James Rennell Rodd, Esq., as Representative of Her Majesty the Queen, and Ras Maconen, as Representative of His Majesty the Emperor Menelek, at Harrar. These notes shall be annexed to the present Treaty, of which they will form an integral part, so soon as they have received the approval of the High Contracting Parties, pending which the *status quo* shall be maintained.

Article III.

The caravan route between Zeyla and Harrar by way of Gildessa shall remain open throughout its whole extent to the commerce of both nations.

Article IV.

His Majesty the Emperor of Ethiopia, on the one hand, accords to Great Britain and her Colonies, in respect of import duties and local taxation, every advantage which he may accord to the subjects of other nations. || On the other hand, all material destined exclusively for the service of the Ethiopian State shall, on application from His Majesty the Emperor, be allowed to pass through the port of Zeyla into Ethiopia free of duty.

Article V.

The transit of fire-arms and ammunition destined for His Majesty the Emperor of Ethiopia through the territories depending on the Government of Her Britannic Majesty is authorized, subject to the conditions prescribed by the General Act of the Brussels Conference, signed the 2nd Juli, 1890.

Article VI.

His Majesty the Emperor Menelek II, King of Kings of Ethiopia, engages himself towards the Government of Her Britannic Majesty to do all in his

power to prevent the passage through his dominions of arms and ammunition to the Mahdists, whom he declares to be the enemies of his Empire. ‖ The present Treaty shall come into force as soon as its ratification by Her Britannic Majesty shall have been notified to the Emperor of Ethiopia, but it is understood that the prescriptions of Article VI shall be put into force from the date of its signature. ‖ In faith of which His Majesty Menelek II, King of Kings of Ethiopia, in his own name, and James Rennell Rodd, Esq., on behalf of Her Majesty Victoria, Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, have signed the present Treaty, in duplicate, written in the English and Amharic languages identically, both texts being considered as official, and have thereto affixed their seals.

Done at Adis Abbaba, the 14th day of Mai, 1897.

(L. S.) (Signed) James Rennell Rodd.

(Seal of His Majesty the Emperor Menelek II.)

Annexes to Treaty signed at Adis Abbaba on the 14th May, 1897, by His Majesty the Emperor Menelek, and by Mr. James Rennell Rodd.

Annex 1.

Mr. Rodd to the Emperor Menelek.

Adis Abbaba, May 14, 1897.

Your Majesty. = With reference to Article II of the Treaty which we are to sign to-day, I am instructed by my Government, in the event of a possible occupation by Ethiopia of territories inhabited by tribes who have formerly accepted and enjoyed British protection in the districts excluded from the limits of the British Protectorate on the Somali Coast, as recognized by your Majesty, to bring to your knowledge the desire of Her Majesty the Queen to receive from your Majesty an assurance that it will be your special care that these tribes receive equitable treatment, and are thus no losers by this transfer of suzerainty. ‖ In expressing the hope that your Majesty will enable me to give this assurance, I have, &c.

(Signed) Rennell Rodd.

The Emperor Menelek to Mr. Rodd.

(Translation.) The Conquering Lion of the Tribe of Judah, Menelek II, by the grace of God, King of Kings of Ethiopia, to Mr. Rennell Rodd, Envoy of the Kingdom of England.

Peace be unto you. ‖ Your letter, written in Genbot 1889, respecting the Somalis, has reached me. With regard to the question you have put to me, I give you the assurance that the Somalis who may by boundary arrangements become subjects of Ethiopia shall be well treated and have orderly government. ‖ Written at Adis Abbaba, the 6th Genbot, 1889 (14th May, 1897).

(Seal of His Majesty the Emperor Menelek II.)

Nr. 11955. Grofsbritannien u. Ethiopien. 14. Mai 1897.

Annex 2.

The Emperor Menelek to Mr. Rodd.

(Translation.) From Menelek II, by the grace of God, King of Kings of Ethiopia, Conquering Lion of the tribe of Judah.

May this reach James Rennell Rodd.

Peace be unto you. || With reference to the Treaty which we have written in the Amharic and English languages at Adis Abbaba, as I have no interpreter with me who understands the English language well enough to compare the English and Amharic version, if by any possibility in the future there should ever be found any misunderstanding between the Amharic and English versions in any of the Articles of this Treaty, let this translation, which is written in the French language, and which I inclose in this letter, be the witness between us, and if you accept this proposal, send me word of your acceptance by letter.

Dated 7th Genbot, 1889 (14th May, 1897).

(Seal of His Majesty the Emperor Menelek II.)

Mr. Rodd to the Emperor Menelek.

Your Majesty. || I have the honour to acknowledge the receipt of your Majesty's letter inclosing the French translation of the Treaty which we are to sign this day in English and Amharic, and I agree, on behalf of my Government, to the proposal of your Majesty, that, in case a divergency of opinion should arise hereafter as to the correct interpretation to be given either to the English or Amharic text, the French translation, which has been agreed to on both sides as adequate, should be accepted as furnishing a solution of the matter under dispute. || In recording this assurance, I have, &c.

(Signed) Rennell Rodd.

Annex 3.

Mr. Rodd to Ras Makunan.

Harrar, June 4, 1897 (28 Genbot, 1889).

Peace be unto you. || After friendly discussion with your Excellence, I have unterstood that His Majesty the Emperor of Ethiopia will recognize as frontier of the British Protectorate on the Somali Coast the line which, starting from the sea at the point fixed in the Agreement between Great Britain and France on the 9th February, 1888, opposite the wells of Hadou, follows the caravanroad, described in that Agreement, through Abbassouen till it reaches the hill of Somadou. From this point on the road the line is traced by the Saw mountains and the hill of Egu to Moga Medir; from Moga Medir it is traced by Eylinta Kaddo to Arran Arrhe, near the intersection of latitude 44° east of Greenwich with longitude 9° north. From this point a straight line is drawn to the intersection of 47° east of Greenwich with 8° north. From

here the line will follow the frontier laid down in the Anglo-Italian Protocol of the 5th May, 1894, until it reaches the sea. || The tribes occupying either side of the line shall have the right to use the grazing-grounds on the other side, but during their migrations it is understood that they shall be subject to the jurisdiction of the territorial authority. Free access to the nearest wells is equally reserved to the tribes occupying either side of the line. || This understanding, in accordance with Article II of the Treaty signed on the 14th May, 1897 (7th Genbot, 1889), by His Majesty the Emperor Menelek and Mr. Rennell Rodd, at Adis Abbaba, must be approved by the two High Contracting Parties. I have, &c.

(Signed) Rennell Rodd.

Ras Makunan to Mr. Rodd.

(Translation.) || Sent from Ras Makunan, Governor of Harrar and its dependencies:

May this reach the Honourable Mr. Rennell Rodd,
Envoy of the British Kingdom.

I inform you to-day that, after long friendly discussion, the boundary of the British Somali Protectorate upon which we have agreed is as follows: || Starting from the sea-shore opposite the wells of Hadou (as on which the French and the English Governments agreed in February 1888), it follows the caravan-road by Abbassouen till Mount Somadou; from Mount Somadou to Mount Saw; from Mount Saw to Mount Egu; from Mount Egu to Moga Medir; starting from Moga Medir, it goes in a direct line to Eylinta Kaddo and Arran Arrhe on 44° east of Greenwich and 9° north, and again in a direct line until 47° east and 8° north. After this the boundary follows the line on which the English and the Italians agreed on the 5th May, 1894, until the sea. || The subjects of both the Contracting Parties are at liberty to cross their frontiers and graze their cattle, but these people, in every place where they go, must obey the Governor of the country in which they are, and the wells which are in the neighbourhood shall remain open for the two parties. || These two letters on which we have agreed, according to Article II of the Treaty of His Majesty the Emperor of Ethiopia and Mr. Rennell Rodd of the 7th Genbot, 1889 (14th May, 1897), the two Sovereigns having seen them, if they approve them, shall be sealed again (ratified). || Written at Harrar, the 28th Genbot 1889 (4th June, 1897).

(Signed) Ras Makunan.

Mr. Rodd to the Emperor Menelek II.

Cairo, August 30, 1897.

From Mr. Rennell Rodd, Special Envoy of Her Majesty Queen Victoria, to His Majesty Menelek II, by the grace of God, King of Kings of Ethiopa.

Peace be unto your Majesty. || I have the honour to announce that The Queen my gracious Sovereign, has been pleased to approve and ratify the

Nr. 11955. Grofsbritannien u. Ethiopien. 14. Mai 1897.

Treaty which I had the honour to sign with your Majesty on the 14th May last. || Her Majesty has also been pleased to approve of the arrangement which, in accordance with the terms of Article II of the Treaty, was agreed upon between Ras Makunan, as Representative of your Majesty, and myself by exchange of notes relative to the frontier of the British Protectorate in the Somali Coast; and it is presumed by Her Majesty's Government that your Majesty has also approved of it, as they have received no notification to the contrary. || The notes exchanged have accordingly been annexed to the Treaty which has received ratification, signifying Her Majesty's approval of all these documents. || I have now the honour to return herewith the copy of the Treaty intrusted to me by your Majesty, with its ratification in due form. || When I shall have received from your Majesty a letter signifying that this Treaty, thus ratified and approved, has come safely to your Majesty's hands, it will be made public by the Government of the Queen, that all her subjects may observe it and abide by it, and that it may strengthen the ties of friendship between our countries, and increase the feelings of esteem and good-will towards your Majesty which the reception of the British Mission in Ethiopia has awakened in my country. || I pray that your Majesty's life and health may long be preserved, and that your people may have peace and prosperity.

(Signed) Rennell Rodd.

The Emperor Menelek to The Queen.

(Translation.) || Menelek II, Elect of God, King of Kings of Ethiopia, to Her Most Gracious Majesty Queen Victoria, Queen of Great Britain and Ireland, and Empress of India, Upholder and Keeper of the Christian Religion.

May peace be unto you. || Your Majesty's letters of the 28th Hamlé (3rd August) and 22nd (23rd) Mascarem (1st (2nd) October), 1897, and the Treaty with the Great Seal, dated the 28th Hamlé (3rd August), 1897, have reached me, and We received it with joy. The Treaty of Peace which is now between your Government and our Government, We hope it will ever increase in firmness and last for ever. || We ask God to give your Majesty health, and to your kingdom quietness and peace. || Written at Adis Abbaba, the 8th December, 1897, A.D.

(Seal of His Majesty the Emperor Menelek II.)

Nr. 11956. NIEDERLANDE und ARGENTINIEN. — Auslieferungsvertrag.

Buenos Aires, 7. September 1893.

Nr. 11956. Niederlande und Argentinien. 7. Sept. 1893.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et le Gouvernement de la République Argentine ayant jugé utile de conclure, conformément aux législations respectives, une convention pour l'extradition des malfaiteurs, ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté

la Reine des Pays-Bas et en Son nom Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume: || Monsieur Léonard van Riet, consul-général des Pays-Bas à Buenos Aires; || Le Président de la République Argentine: || Monsieur Valentin Virasoro, Ministre des Affaires Etrangères; || lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à se livrer réciproquement, suivant les règles déterminées par la présente convention, les individus prévenus ou condamnés à raison d'un des faits énumérés à l'article 2 et qui se sont réfugiés sur le territoire de l'autre Etat.

Article 2.

Les faits qui peuvent donner lieu à l'extradition sont les suivants: || 1°. meurtre, pourvu qu'il n'ait pas été commis en légitime défense ou par imprudence; || 2°. assassinat; || 3°. parricide; || 4°. meurtre ou assassinat commis sur un enfant; || 5°. empoisonnement; || 6°. avortement volontaire; || 7°. blessures volontaires ayant causé la mort sans l'intention de la donner ou la mutilation grave et permanente de quelque membre ou organe du corps; || 8°. viol ou tout autre attentat à la pudeur commis avec violence; || 8°. attentat à la pudeur, commis avec ou sans violence envers des enfants de l'un ou de l'autre sexe au dessous de quatorze ans; || 10°. bigamie; || 11°. enlèvement, recel, suppression ou substitution d'enfants; || 12°. enlèvement de mineurs; || 13°. contrefaçon ou altération de monnaies ou de papier-monnaie entreprise dans le dessein d'émettre ou de faire émettre ces monnaies ou ce papier-monnaie comme non-contrefaits et non-altérés; émission ou mise en circulation de monnaies ou de papier-monnaie contrefaits ou altérés; contrefaçon ou falsification de timbres et de marques de l'Etat, pour autant que les lois des deux pays permettent l'extradition de ce chef; || 14°. faux en écriture publique ou privée dans des lettres de change, les papiers de crédit ayant cours légal ou autres effets de commerce, et usage fait à dessein de ces documents falsifiés, pour autant que les lois des deux pays permettent l'extradition pour ces faits; || 15°. faux témoignage, subornation de témoins ou faux serment en matière civile ou criminelle; || 16°. corruption de fonctionnaires publics, pour autant que les lois des deux pays permettent l'extradition de ce chef; || 17°. détournement ou malversation de valeurs publiques, concussion, commis par des fonctionnaires ou des dépositaires publics; || 18°. incendie allumé à dessein, lorsqu'il peut en résulter un danger commun pour des biens ou un danger de mort pour autrui; incendie allumé dans le dessein de se procurer ou de procurer à un tiers un profit illégal au détriment de l'assureur ou du porteur légal d'un contrat à la grosse; || 19°. entraves volontaires à la circulation sur les chemins de fer ayant eu pour résultat de mettre en péril la vie des voyageurs; || 20°. actes de violence commis en public, à forces réunies,

contre des personnes ou des biens; || 21°. vol commis avec violence envers les personnes ou les propriétés; || 22°. le fait illégal commis à dessein de faire couler à fond, de faire échouer, de détruire, de rendre impropre à l'usage ou de détériorer un navire, lorsqu'il peut en résulter un danger pour autrui; || 23°. émeute et insubordination des gens de l'équipage ou des passagers à bord d'un navire; || 24°. escroquerie; || 25°. détournement de valeurs, biens, documents et tous titres de propriété publique ou privée, commis par les personnes à la garde desquelles ils étaient confiés ou soustraction frauduleuse de ces choses par ceux qui étaient associés ou employés dans l'établissement où le fait a été commis; || 26°. banqueroute frauduleuse. || Sont comprises dans les qualifications précédentes la tentative et la complicité lorsqu'elles sont punissables d'après la législation pénale des pays contractants. || L'extradition sera accordée pour les faits énumérés ci-dessus, lorsque les faits incriminés sont punissables de peine corporelle d'au moins un an de prison au maximum.

Article 3.

L'extradition n'aura pas lieu: || 1°. lorsque l'individu réclamé est sujet par naissance ou par naturalisation de la nation requise; || 2°. pour les délits politiques ou faits connexes à des délits politiques; || 3°. dans le cas où les faits auraient été commis sur le territoire de la nation, à laquelle l'extradition est demandée; || 4°. lorsque la demande d'extradition sera motivée par le même fait pour lequel l'individu réclamé a été jugé et condamné ou absous dans le pays requis; || 5°. si la prescription de la peine ou de l'action est acquise, d'après les lois de l'état requis ou de l'état requérant avant l'arrestation de l'individu réclamé, ou, si l'arrestation n'a pas encore eu lieu, avant qu'il ait été cité judiciairement.

Article 4.

L'extradition n'aura pas lieu aussi longtemps que l'individu réclamé est poursuivi et jugé pour le méme fait dans le pays auquel l'extradition est demandée.

Article 5.

Si l'individu réclamé est poursuivi ou subit une peine pour un autre fait que celui qui a motivé la demande d'extradition, il ne sera livré qu'après la fin du jugement définitif dans le pays auquel l'extradition est demandée, et en cas de condamnation, qu'après qu'il ait subi sa peine ou qu'il ait été gracié. || Néanmoins, si d'après les lois du pays qui demande l'extradition, la prescription de la poursuite pouvait résulter de ce délai, son extradition sera accordée, si des considérations spéciales ne s'y opposent et sous l'obligation de renvoyer l'extradé aussitôt que la poursuite dans ce pays sera finie.

Article 6.

L'individu, dont l'extradition a été accordée, ne pourra être poursuivi ou puni à raison de délits politiques antérieurs à l'extradition, ni à raison de

faits, connexes à ces délits. || Il ne pourra être jugé ni puni dans le pays auquel l'extradition a été accordée pour un fait punissable quelconque non prévu par la présente convention, ni extradé à un Etat tiers sans le consentement du pays qui l'a livré. || Ces restrictions ne seront pas applicables lorsque l'individu extradé est resté dans le pays, où il a été jugé, pendant trois mois après avoir subi sa peine, ou après avoir été gracié et mis en liberté ou lorsqu'il est revenu postérieurement sur le territoire de l'Etat réclamant. || Les individus condamnés pour des faits auxquels, d'après la législation de l'Etat requérant, est applicable la peine de mort, ne seront extradés qu'à la condition que la dite peine ne leur sera pas infligée.

Article 7.

Dans les cas où, conformément aux dispositions de la présente convention, l'extradition ne doit pas être accordée, l'individu réclamé sera jugé, s'il y a lieu, par les tribunaux du pays requis, selon les lois de cet Etat. La sentence définitive devra être communiquée au Gouvernement réclamant.

Article 8.

Lorsque le fait, qui motive la demande d'extradition, aura été commis sur le territoire d'un pays tiers, qui n'a pas sollicité l'extradition du criminel, il sera donné suite à cette demande dans le cas, où la législation du pays requis autorise la poursuite des mêmes infractions, commises hors de son territoire.

Article 9.

Si l'individu, dont l'extradition est demandée conformément à la présente convention par une des parties contractantes, est réclamé également par un autre ou plusieurs autres Gouvernements, à raison de faits commis sur leurs territoires respectifs, l'extradition sera accordée à celui sur le territoire duquel le fait le plus grave, selon la législation du pays requis, aura été commis, et, dans le cas de gravité égale, à celui qui aura présenté le premier la demande d'extradition.

Article 10.

Si l'individu réclamé n'est pas sujet du pays requérant et que le Gouvernement de son propre pays le réclame à raison du même fait, le Gouvernement, auquel l'extradition est demandée, aura la faculté de livrer cet individu à celui qui lui conviendra le mieux.

Article 11.

L'extradition sera toujours demandée par la voie diplomatique et, à défaut d'un agent diplomatique, par l'intermédiaire du fonctionnaire consulaire le plus élevé en rang du pays, qui fait la demande. || La demande d'extradition doit être accompagnée: || 1°. de l'original ou d'une copie authentique soit d'une ordonnance de mise en accusation ou de renvoi devant la justice répressive

Nr. 11956. Niederlande und Argentinien. 7. Sept. 1893.

avec mandat d'arrêt, soit d'un mandat d'arrêt, soit de tout autre acte ayant la même force, soit du jugement de condamnation, délivré par l'autorité compétente dans la forme prescrite dans le pays qui réclame l'extradition. || Ces documents doivent indiquer suffisamment le fait dont il s'agit, pour mettre le pays requis à même de juger s'il constitue, d'après sa législation, un cas prévu par la présente Convention; || 2°. d'une copie de dispositions pénales applicables au fait dont il s'agit; || 3°. de tous les renseignements nécessaires pour constater l'identité de l'individu réclamé; || 4°. d'une traduction française de tous ces actes et des dispositions pénales.

Article 12.

L'étranger dont l'extradition peut être demandée pour l'un des faits compris dans l'article 2, pourra être détenu provisoirement d'après les formes prescrites par la législation du pays requis, en vertu d'un avis transmis par la poste ou le télégraphe par l'intermédiaire du Ministre des Affaires Etrangères de l'Etat requérant et du représentant diplomatique ou consulaire de cet Etat dans l'autre pays et émané de l'autorité compétente du pays qui fait la réclamation, savoir: || du côté des Pays Bas, de tout officier de justice ou tout juge d'instruction (juge commissaire); || du côté de la République Argentine de tout juge d'instruction et tout juge au pénal. || Cet avis doit annoncer l'existence et la remise d'une ordonnance de mise en accusation ou de renvoi devant la justice répressive avec mandat d'arrêt, d'un mandat d'arrêt ou d'un jugement de condamnation. || L'individu détenu de cette façon sera, à moins que son arrestation ne doive être maintenue pour un autre motif, mis en liberté, si dans le délai de deux mois après la date de son arrestation la demande d'extradition par la voie diplomatique ou consulaire n'a pas été faite dans la forme déterminée par l'article 11.

Article 13.

Il est expressément stipulé que le transit à travers le territoire de l'une des parties contractantes, d'un individu livré par une tierce puissance à l'autre partie, et qui n'est pas sujet du pays de transit, sera accordé sur la simple production par la voie diplomatique ou consulaire de l'ordonnance de mise en accusation ou de renvoi devant la justice répressive avec mandat d'arrêt, du mandat d'arrêt ou du jugement de condamnation, pourvu qu'il ne s'agisse pas de délits politiques ou de faits connexes à ces délits, mais de ceux énumérés à l'article 2 de cette Convention. || Les frais du transit seront à la charge de l'Etat requérant.

Article 14.

Les objets provenant d'un délit, qui auraient été saisis en la possession de l'individu réclamé ou que celui-ci aurait cachés et qui seraient découverts postérieurement; les outils ou intruments dont il se serait servi pour com-

mettre l'infraction, ainsi que toutes les autres pièces de conviction seront livrés en même temps que l'individu réclamé, si le Gouvernement requérant en fait la demande et si l'autorité compétente de l'état requis en ordonne la remise. || Sont cependant réservés les droits des tiers sur lesdits objets qui doivent leurs être rendus sans frais après la fin du procès.

Article 15.

Lorsque dans la poursuite d'une affaire pénale, non politique, l'un des deux Gouvernements jugera nécessaire l'audition de témoins, se trouvant dans l'autre état, une commission rogatoire, accompagnée d'une traduction française, sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique ou consulaire au Gouvernement du pays où l'audition doit avoir lieu, et il y sera donné suite dans le pays requis, en observant les lois qui sont applicables à ce cas dans le pays où les témoins doivent comparaître.

Article 16.

Si dans une cause pénale, non politique, la comparution personnelle d'un témoin est nécessaire ou désirée, le Gouvernement du pays, où il se trouve, l'engagera à se rendre à l'invitation qui lui sera faite, et en cas de consentement, il lui sera accordé par le Gouvernement requérant des frais de voyage et de séjour à partir du jour où il aura quitté son domicile, d'après les tarifs en vigueur dans le pays où sa comparution doit avoir lieu, sauf le cas où le Gouvernement requérant estimera devoir allouer au témoin une plus forte indemnité. || Aucune personne, quelle que soit sa nationalité, qui, citée en témoignage dans l'un des deux pays, comparaîtra volontairement devant les tribunaux de l'autre pays, ne pourra y être poursuivie ni détenue pour des crimes ou délits ou pour des condamnations civiles, criminelles ou correctionelles antérieures à son départ du pays requis, ni sous prétexte de complicité dans les faits, objets du procès où il figurera comme témoin.

Article 17.

Les Gouvernements respectifs renoncent de part et d'autre à toute réclamation pour la restitution des frais d'entretien, de transport et autres, qui pourraient résulter, dans les limites de leurs territoires respectifs, de l'extradition des prévenus, accusés ou condamnés, ainsi que de ceux résultant de l'exécution de commissions rogatoires et de l'envoi des pièces de conviction ou des documents. || L'individu à extrader sera conduit au port que désignera l'agent diplomatique ou consulaire du Gouvernement requérant, aux frais duquel il sera embarqué.

Article 18.

La présente convention ne sera exécutoire qu'à dater du vingtième jour après sa promulgation qui aura lieu, aussitôt que faire se pourra, dans la forme prescrite par les législations des deux pays. || Elle continuera à sortir

Nr. 11956. Niederlande und Argentinien. 7. Sept. 1893.

ses effets jusqu'à six mois après le jour qu'elle aura été dénoncée par l'un des deux Gouvernements. || La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Buenos Aires aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Buenos Aires, le 7 septembre 1893.

(L.S.) L. van Riet.
(L.S.) Valentin Virasoro.

Nr. 11957. NIEDERLANDE und BELGIEN. — Eisenbahnvertrag. Brüssel, 23. April 1897.

Nr. 11957. Niederlande und Belgien. 23. Apr. 1897.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, et en Son nom Sa Majeste la Reine-Régente du Royaume, || et Sa Majesté le Roi des Belges, désirant s'entendre sur la reprise de quelques lignes de chemins de fer situées en Belgique et dans les Pays-Bas, ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume des Pays-Bas: || M. le Jonkheer de Pestel, Docteur en droit, Chevalier de l'Ordre du Lion néerlandais, Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas près Sa Majesté le Roi des Belges, || et Sa Majesté le Roi des Belges, || M. de Favereau, Chevalier de l'Ordre de Léopold et de l'Ordre de la Couronne de Chêne, Grand Cordon de l'Ordre du Soleil Levant du Japon, Membre de la Chambre des Représentants, Son Ministre des Affaires Etrangères, || et M. J. Vandenpeereboom, Chevalier de l'Ordre de Léopold, Grand Cordon des Ordres de Charles III d'Espagne, du Christ de Portugal et de la Couronne de Roumanie, Grand Officier de l'Ordre de la Légion d'honneur, Membre de la Chambre des Représentants, Son Ministre des Chemins de fer, Postes et Télégraphes, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Le Gouvernement néerlandais consent à ce que le Gouvernement belge rachète la concession des lignes de chemins de fer suivantes pour autant qu'elles soient situées sur le territoire des Pays-Bas: || *a.* de Tilbourg à Tornhout; || *b.* d'Anvers à la frontière prussienne vers Gladbach; || *c.* de Hasselt à Maestricht et de Maestricht à Aix-la-Chapelle, non compris l'embranchement de Simpelveld à la houillère de Kerkrade; || *d.* de Hasselt à Eindhoven.

Article II.

Le Gouvernement belge s'engage à céder au Gouvernement néerlandais, dans un délai de quatre mois après l'échange des ratifications de la présente Convention, les parties des lignes mentionnées ci-dessus situées sur le terri-

toire des Pays-Bas. || Cette cession comporte le chemin de fer et ses dépendances immobilières par nature ou par destination avec tous les terrains à leur usage, même ceux non portés aux plans approuvés par le Gouvernement néerlandais pour l'établissement des lignes, à moins qu'il ne s'agisse d'excédents non utilisés pour l'exploitation: ne sont pas compris dans la cession: || 1°. le matériel de traction, le matériel de transport, le mobilier, l'outillage des ateliers, magasins, stations, bureaux, remises, de la route etc., enfin tous objets mobiliers quelconques affectés à l'exploitation des lignes; 2°. les approvisionnements, marchandises et objets en fabrication ou en magasin.

Article III.

Quelle que soit la date de la remise effective au Gouvernement néerlandais des parties de lignes visées dans l'article premier, la cession sera considérée comme conclue et effectuée à la date du 1er janvier 1897, pour les lignes désignées sub *a*, *b* et *c* à cet article, et au 1er janvier 1896 pour la ligne désignée sub *d*.

Article IV.

Le Gouvernement néerlandais s'engage à payer au Gouvernement belge le prix de rachat des parties néerlandaises des lignes désignées sub *a*, *b* et *c* à l'article 1er ci-dessus, dans le délai de deux ans après que ce prix aura été déterminé de commun accord, cette participation du premier de ces Gouvernements ne pouvant d'ailleurs dépasser treize millions de francs. || Le Gouvernement néerlandais paiera au Gouvernement belge, en termes semestriels, un intérêt de 3. p. c. l'an sur le capital de rachat depuis le 1er janvier 1897, jusqu'au jour du paiement de ce capital; en attendant que celui-ci soit déterminé, cet intérêt sera liquidé sur la somme ci-dessus indiquée. || Le premier paiement comprendra la période écoulée depuis le 1er janvier 1897 jusqu'à l'expiration du semestre qui précèdera la reprise effective des lignes par le Gouvernement néerlandais; ce paiement devra être effectué dans un délai d'un mois après cette reprise. || Le Gouvernement belge restituera au Gouvernement néerlandais les intérêts que celui-ci aura payés en trop, si le prix de rachat est inférieur à treize millions de francs.

Article V.

Le prix de rachat de la section néerlandaise de la ligne de Hasselt à Eindhoven est fixé à la somme de trois millions de francs, que le Gouvernement des Pays-Bas versera au Gouvernement belge dans le délai d'un an après la reprise effective de cette section. || Le Gouvernement néerlandais paiera en outre au Gouvernement belge un intérêt à 3 p. c. l'an de cette somme à partir du 1er janvier 1896 jusqu'au jour du paiement du capital. Cet intérêt sera soldé en termes semestriels. Le premier paiement comprendra la période écoulée depuis le 1er janvier 1896 jusqu'à l'expiration du semestre qui

Nr. 11957. Niederlande und Belgien. 23. Apr. 1897.

précèdera la reprise effective de cette ligne par le Gouvernement néerlandais: ce paiement devra être effectué dans le délai d'un mois après cette reprise.

Article VI.

Aussitôt que le Gouvernement belge aura communiqué au Gouvernement néerlandais son intention de racheter la partie du chemin de fer de Liège à Maestricht située sur le territoire belge et pourvu que cette communication ait lieu dans les trois années de la ratification de la présente Convention, les deux Gouvernements, agissant de concert, notifieront à la société du dit chemin de fer l'exercice simultané du droit de rachat des parties situées sur le territoire des deux pays, en exécution de la clause du cahier des charges du 17 juillet 1856 relative à ce rachat. || Le Gouvernement belge traitera avec la Compagnie et prendra les dispositions nécessaires pour assurer l'éntrée en possession simultanée du chemin de fer par les deux Gouvernements. Il fera toutes les diligences nécessaires en vue de la détermination du prix de rachat, tant de la partie néerlandaise que de la partie belge du chemin de fer et versera à la Compagnie, aux conditions qu'il règlera avec elle, le prix total du rachat. || Le Gouvernement néerlandais paiera au Gouvernement belge sa part contributive dans ce prix dans le délai d'une année après que cette part aura été fixée de commun accord entre les deux Gouvernements, celle-ci ne pouvant dépasser d'ailleurs trois millions de francs. Le premier de ces Gouvernements paiera au second, en termes semestriels, un intérêt de 3 p. c. l'an sur le prix de rachat de la section néerlandaise, depuis la date de la prise de possession du chemin de fer jusqu'au jour du paiement de ce prix; en attendant que celui-ci soit déterminé, cet intérêt sera calculé sur la somme de trois millions de francs ci-dessus indiquée. Le Gouvernement belge restituera au Gouvernement des Pays-Bas les intérêts que celui-ci aura payés en trop si le prix de rachat est inférieur à trois millions de francs. || En cas de reprise du matériel roulant de la Compagnie de Liège—Maestricht il est entendu que cette reprise se fera pour le compte exclusif du Gouvernement belge.

Article VII.

Sans préjudice des droits de souveraineté appartenant au Gouvernement belge sur les parcelles de son territoire enclavées dans le territoire des Pays-Bas, le contrôle supérieur sur l'exploitation des tronçons de chemins de fer, situés sur ces parcelles et faisant partie de la ligne de Turnhout à Tilbourg, mentionnée à l'article premier est, en général, dévolu au Gouvernement néerlandais à partir de la date de la cession visée à l'article II de la présente Convention. || Le Gouvernement belge approuve qu'à partir de la même date cette exploitation se fasse par l'administration qui exploitera les sections néerlandaises, à la condition que le Gouvernement des Pays-Bas lui paie une redevance annuelle de deux mille francs pour l'exploitation de ces tronçons; cette redevance sera liquidée en termes semestriels. || Le Gouvernement belge

consent aussi à ce que les horaires et les tarifs se rapportant à ces tronçons soient approuvés et arrêtés par le Gouvernement néerlandais.

Article VIII.

Les actes de rachat desdites concessions par le Gouvernement belge sont exempts des droits d'enregistrement et de transcription dûs en vertu des lois néerlandaises. || Les paiements effectués par le Gouvernement néerlandais au Gouvernement belge, en vertu de la présente convention et les restitutions à faire éventuellement par ce dernier au Gouvernement des Pays-Bas seront exempts de tous droits tant en Belgique qu'aux Pays-Bas.

Article IX.

Les deux Gouvernements règleront par des arrangements ultérieurs tout ce qui intéressera l'exploitation internationale des chemins de fer rachetés.

Article X.

La présente Convention est conclue sous la réserve de l'approbation des Pouvoirs législatifs. || Elle sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Bruxelles aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé en double la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Bruxelles, le 23 avril 1897.

(L. S.) R. de Pestel. (L. S.) P. de Favereau.
(L. S.) J. Vandenpeereboom.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue à la date de ce jour entre les Pays-Bas et la Belgique, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Pour arriver au commun accord visé à l'article IV de la Convention, le calcul sera établi sur les bases suivantes: || *a*. Recettes brutes. Ces recettes seront calculées d'après les bases de partage indiquées dans l'Annexe au présent Protocole, appliquées aux années 1891—1895. || *b*. Recettes nettes: 1°. Coëfficient d'exploitation. On déduira des recettes brutes la moyenne des frais d'exploitation desdites années de la Société d'exploitation de chemins de fer de l'Etat néerlandais, soit 64,462 p. c. || 2°. Intérêts intercalaires. Après cette déduction, le reste sera majoré de la part afférente aux sections néerlandaises dans la somme de 89 570 francs, fixée à titre transactionnel entre le Gouvernement belge et le Grand Central Belge. Cette part sera calculée dans le rapport des recettes brutes desdites années sur les sections néerlandaises comparées aux recettes de même catégorie sur le réseau Grand

Nr. 11957. Niederlande und Belgien. 23. Apr. 1897.

Central Belge portées au compte d'exploitation de ce réseau. || 3°. Déduction pour le matériel roulant, l'outillage, etc. Les recettes brutes réduites et majorées comme il est dit aux 1° et 2° seront diminuées de la part afférente aux sections néerlandaises dans la somme de 351 870 francs, fixée à titre transactionnel entre le Gouvernement belge et le Grand Central Belge. Cette part sera calculée dans le rapport indiqué sub 2°. || Le resultat de ces opérations donnera le produit net. || *c*. Prix de rachat. Le produit net sera multiplié par le nombre 23, conformément au mode de calcul prévu à l'article 49 de la loi néerlandaise du 9 avril 1875 (Bulletin des lois n. 67).

II.

Pour arriver au commun accord visé à l'article VI de la Convention, le calcul sera établi sur les bases suivantes: || *a*. Recettes brutes. Ces recettes seront calculées d'après des bases de partage analogues à celles figurant à l'Annexe, appliquées aux cinq années qui serviront de base au calcul du prix de rachat, conformément à la clause du cahier des charges. || *b*. Recettes nettes. || 1°. Coëfficient d'exploitation. On déduira des recettes brutes la moyenne des frais d'exploitation des années visées sub *a* de la société d'exploitation de chemins de fer de l'Etat néerlandais; || 2°. On déduira en outre une part de l'intérêt du capital, immobilisé par la fourniture du matériel d'exploitation, du mobilier et des approvisionnements, part qui sera proportionnelle aux recettes brutes de la section néerlandaise, calculées comme il est indiqué ci-dessus et comparées aux recettes de même catégorie de la ligne entière. Cet intérêt sera calculé au taux minimum de 3 p. c.; || 3°. Au cas où le Gouvernement belge se verrait obligé d'accorder à la Société du chemin de fer Liège—Maestricht une majoration du prix qu'il aurait fixé, soit du chef d'un accroissement de recettes provenant de produits que ledit Gouvernement aurait cru ne pas devoir lui porter en compte, soit du chef d'une diminution des sommes qu'il aurait cru devoir porter au compte des dépenses, la part de cette majoration afférente à la section néerlandaise comprendra les sommes correspondant aux modifications qui intéresseront exclusivement cette section et une quote-part calculée d'après le principe développé au 2° ci-dessus des sommes correspondant aux modifications qui concerneront la ligne entière. || Le résultat de ces opérations donnera le produit net. || *c*. Prix de rachat. Le produit net sera multiplié comme il est dit sub I, *c*.

III.

Pour établir la part revenant au Gouvernement néerlandais dans les produits de l'exploitation effectuée par le Grand Çentral Belge pour la période du 1er janvier 1897 jusqu'à la date de la reprise effective des lignes, visées à l'article I sub *a*, *b* et *c* de la Convention, par les deux Gouvernements, l'on suivra les règles suivantes: || Recettes brutes. Les recettes brutes des sections néerlandaises seront établies d'après les bases de partage ci-annexées. || Dépenses d'exploitation. Ces dépenses seront calculées d'après le coëfficient

d'exploitation de la Compagnie néerlandaise pour l'année 1896 si l'exploitation provisoire effectuée par le Grand Central Belge prend fin dans le courant de l'année 1897 et d'après le coëfficient de la Compagnie néerlandaise pour l'année 1897 si cette exploitation ne se termine qu'au 31 décembre 1897 ou dans le courant de l'année 1898. || Déduction pour le matériel roulant etc. Les sections néerlandaises supporteront pour chaque année ou partie d'année de l'exploitation provisoire une part de l'intérêt à 3 p. c. l'an du capital de 23355000 francs qui représente le prix du rachat; par le Gouvernement belge, du matériel d'exploitation, du mobilier, de l'outillage et des approvisionnements. || Cette part sera proportionnelle aux recettes brutes de ces sections, établies comme il est dit ci-dessus et comparées aux recettes brutes de même catégorie portées au compte d'exploitation du réseau Grand Central Belge. || Intérêts intercalaires. Le Gouvernement néerlandais n'intervenant pas dans la charge supportée par le Gouvernement belge du chef du paiement d'un intérêt sur le montant des intérêts échus et non payés du capital de rachat, des intérêts intercalaires sur les recettes nettes de la période de l'exploitation provisoire ne seront pas portés en compte pour les sections néerlandaises. || La répartition du produit net de la ligne de Hasselt à Eindhoven à restituer par le Liègeois-Limbourgeois pour la période du 1er janvier 1896 jusqu'au jour de la reprise effective, se fera au pro rata de la longueur des sections de cette ligne situées sur chaque territoire.

IV.

La quote-part définitive des Pays-Bas dans le prix total du rachat du chemin de fer d'Anvers au Hollandsch-Diep avec embranchement de Rosendael à Bréda n'ayant pas atteint le chiffre de six millions de florins, le Gouvernement belge remboursera, en exécution du dernier alinéa de l'article 16 de la convention du 31 octobre 1879, au Gouvernement néerlandais la somme de 140968 francs avec les intérêts à 4 p. ct., à partir du 1er juillet 1880. || Ce paiement s'effectuera à la date prévue au troisième alinéa de l'article IV de la Convention, pour le premier paiement par le Gouvernement néerlandais des intérêts du capital de rachat des sections néerlandaises du réseau Grand Central Belge. || En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés ont dressé en double le présent Protocole, qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Gouvernements respectifs sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications de la Convention à laquelle il se rapporte et y ont apposé leurs signatures.

Faite à Bruxelles, le 23 avril 1897.

(L. S.) R. de Pestel. (L. S.) P. de Favereau.

(L. S.) J. Vandenpeereboom.

Nr. 11857.
Niederlande
und Belgien.
23. Apr. 1897.

Annexe au Protocole final.

Bases de partage à admettre pour l'établissement des parts de recettes à attribuer aux sections néerlandaises du Grand Central Belge.

A. *Voyageurs.*

Les prix des barêmes en vigueur sur les sections néerlandaises, appliquées en raison des longueurs parcourues à partir des points frontières, sont multipliés par le nombre des voyageurs.

B. *Bagages.*

Les taxes minima sont partagées par parts égales entre les parcours belges et néerlandais du Grand Central Belge. Pour les relations avec Aix-la-Chapelle, la part attribuée au parcours néerlando-allemand est partagée par moitié entre les sections néerlandaise et allemande. || Les recettes provenant des expéditions taxées au poids sont partagées d'après les principes énoncés ci-dessus pour la répartition des produits des voyageurs.

C. *Marchandises, équipages, tapissières, chevaux et bestiaux.*

Les sections néerlandaises du Grand Central Belge doivent recevoir: || 1. du chef des transports effectués en service interieur du Grand Central Belge (Tarif général, tome III) et régis par des tarifs de couture formés par l'addition de barêmes divers, les taxes spécialement fixées pour les sections néerlandaises. || 2. du chef des transports régis par des tarifs à barême unique applicables entre les points extrêmes ou par des taxes de concurrence (sauf les exceptions stipulées au 3 et au 4 de la présente littéra): || *a.* la moitié des frais fixes alloués au Grand Central Belge: || *b.* une part de frais variables au pro rata des distances: || 3. du chef des transports effectués en service belge-néerlandais: || I. de et vers une station belge du Grand Central Belge: || frais fixes: néant; || frais variables: une part au pro rata des distances; || II. de et vers une station néerlandaise du Grand Central Belge: || le fixe frais entier revenant au Grand Central Belge et une part variable au pro rata des distances; || III. en transit par les sections belge et néerlandaise du Grand Central Belge: || la moitié du frais fixe revenant au Grand Central Belge et une part variable au pro rata des distances; || 4. du chef des transports effectués en service franco-belge-néerlandais: || I. de et vers une station néerlandaise du Grand Central Belge: le droit fixe entier et une part variable au pro rata des distances; || II. en transit par les sections belge et néerlandaise du Grand Central Belge: || la moitié du droit fixe revenant au Grand Central Belge et une part variable au pro rata des distances; || 5. du chef des transports empruntant seulement une section néerlandaise du Grand Central Belge: || toute la recette revenant à cette administration.

D. *Transports de toute nature empruntant simultanément les sections néerlandaise et allemande de la ligne de Lanaeken frontière à Aix-la-Chapelle.*

Le sous-partage entre les deux sections doit se faire en allouant à chacune d'elles une part correspondant à la longueur du trajet parcouru, la part

totale revenant à la section néerlando-allemande étant considerée comme ne comprenant aucun droit fixe.

Nr. 11957. Niederlande und Belgien. 23. Apr. 1897.

E. *Taxes uniformes.*

Le partage des taxes uniformes doit suivre le régime indiqué pour les frais fixes sous les littéras C et D.

F. *Produits extraordinaires.*

Ces produits sont attribués intégralement à la section (belge, néerlandaise ou prussienne) dont dépend le bureau de perception.

Fait en double à Bruxelles, le 23 avril 1897.

R. de Pestel. P. de Favereau.
J. Vandenpeereboom.

Voor eensluidend afschrift,
De Secretaris-Generaal van het Departement van Waterstaat, Handel en Nijverheid,
de Bosch Kemper.

Nr. 11958. SCHWEIZ und CHILE. — Handelsvertrag.

Buenos Ayres, 31. Oktober 1897.

(Übersetzung.) || Der Bundesrat der schweizerischen Eidgenossenschaft | und || Die Regierung von Chile, || von dem Wunsche geleitet, die zwischen den beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen enger zu gestalten, sind übereingekommen, einen Handelsvertrag abzuschliefsen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigen ernannt: || Der Bundesrat der schweizerischen Eidgenossenschaft || Herrn Emil Rodé, schweizerischer Minister-resident und Generalkonsul bei der argentinischen Republik, || Seine Excellenz der Präsident der Republik Chile, || Herrn Joachim Walker-Martinez, aufserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Chiles bei der argentinischen Republik; || die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Nr. 11958. Schweiz und Chile. 31. Okt. 1897.

Artikel 1.

Die Bürger und die Erzeugnisse der Schweiz sollen in Chile und die Bürger und Erzeugnisse Chiles sollen in der Schweiz künftig ohne irgend welche Beschränkung auf dem Fufse der meistbegünstigten Nation behandelt werden und folglich alle Begünstigungen, Vorrechte und Freiheiten geniefsen, die in Chile oder in der Schweiz den Bürgern und Erzeugnissen irgend einer andern Nation zugestanden werden.

Artikel 2.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sind nicht anwendbar auf die Fälle, in denen Chile den Erzeugnissen anderer lateinischer Staaten des

Nr. 11958. Schweiz und Chile. 31.Okt.1897.

amerikanischen Kontinents besondere Begünstigungen, Befreiungen oder Vorrechte einräumen sollte. Man ist darüber einverstanden, dafs diese Zugeständnisse von seiten der Schweiz als meistbegünstigte Nation nur beansprucht werden können, wenn sie einem Staate, der nicht zum lateinischen Amerika gehört, gewährt werden.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Vertrag soll am Tage des Ratifikationsaustausches in Kraft treten und bis zum Ablauf eines Jahres, von dem Tage an, an welchem die eine oder andere der hohen Vertragsparteien ihn gekündet haben wird, vollziehbar sein. || Er soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Santiago (Chile) ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Schweiz und Chiles die vorstehenden, in französischer und spanischer Sprache niedergeschriebenen Vereinbarungen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Buenos-Ayres, in doppelter Ausfertigung, am 31. Oktober 1897.

(Gez.): E. Rodé.
(Gez.): Joaq. Walker.

Nr. 11959. SCHWEIZ. — Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung, betreffend den am 31. Oktober 1897 mit Chile abgeschlossenen Handelsvertrag.

Bern, 3. Juni 1898.

Nr. 11959. Schweiz. 3. Juni 1898.

Die Vereinbarung von Verträgen mit den südamerikanischen Staaten bildet schon seit langer Zeit den Gegenstand unserer Bemühungen. Die Wünschbarkeit solcher Verträge wurde auch in der Bundesversammlung wiederholt betont. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates schrieb in ihrem Bericht über das Jahr 1894 u. a.:

„Wir hoffen, der Bundesrat werde alles aufbieten, um die angefangenen Verhandlungen zum Abschlufs von Freundschafts-, Handels- und Niederlassungsverträgen mit den südamerikanischen Staaten, wo so viele unserer Landsleute wohnen, möglichst bald zu einem guten Ziele zu führen. Die Vereinigten Staaten Brasiliens, dieses von der Natur so reich ausgestattete Land, würden unserem Handel und unseren Ausfuhrindustrien ein weites Feld der Thätigkeit bieten. || Wir dürfen hoffen, dafs solche Freundschafts- und Niederlassungsverträge den zahlreichen, in diesen fernen Ländern niedergelassenen Schweizern die ihnen gebührende Sicherheit für Leben und Eigentum bringen werden, während bis jetzt diese Sicherheit allzu oft durch jähen Regierungswechsel und Volksaufstände gefährdet war."

Wir konnten Ihnen in unserm Geschäftsbericht über das Jahr 1896 bereits den Abschlufs von Meistbegünstigungskonventionen mit Argentinien (12. August 1896) und Paraguay (1. September 1896) mitteilen; wir ge-

wärtigen immer noch die Ratifikation dieser Übereinkünfte durch die Parlamente der genannten Länder, um Ihnen dieselben vorzulegen; bis jetzt hat erst der argentinische Senat die Annahme erklärt. || Heute können wir Ihnen einen Vertrag mit Chile unterbreiten, der durch unsern Ministerresidenten in Buenos Ayres, Herrn Emil Rodé, mit dem dortigen chilenischen Gesandten vermittelt und am 31. Oktober 1897 abgeschlossen worden ist. Derselbe ist von beiden chilenischen Kammern schon genehmigt und bedarf also nur noch Ihrer Zustimmung, um in Kraft zu erwachsen. || Der Vertrag ist in kürzester Form abgefaſst.

Nr. 11959. Schweiz. 8. Juni 1898.

Art. 1 sichert den Angehörigen der beiden Staaten, sowie ihren Erzeugnissen, die gleiche Behandlung und die gleichen Begünstigungen zu, welche die Angehörigen und die Erzeugnisse irgend einer andern Nation genieſsen. || In einem Handelsvertrage mit Bolivia vom Jahr 1895 hat Chile den Angehörigen dieses Staates alle Rechte eingeräumt, die die Chilenen selbst oder die Angehörigen der meistbegünstigten Nation genieſsen, namentlich den Schutz der Person und des Eigentums, das Recht des Erwerbs von Eigentum aller Art, der freien Ausübung von Handel und Industrie, der Errichtung von Konsulaten, die Befreiung von Militärdienst etc. || Art. 1 unseres Vertrages sichert uns den Mitgenuſs dieser Vertragsrechte, wie auch alle Rechte und Begünstigungen, die andern Staatsangehörigen thatsächlich zugestanden werden.

Art. 2 macht einen Vorbehalt hinsichtlich solcher spezieller Begünstigungen, die Chile für Erzeugnisse anderer Staaten des lateinischen Amerika gewährt. Die chilenische Regierung verfolgt nämlich die Idee der Gründung eines südamerikanischen Zollvereins und hat im Jahre 1895 die alten Verträge gekündet, um für jenen Zweck freie Hand zu haben. Wir konnten den genannten Vorbehalt zu gunsten der Erzeugnisse des lateinischen Amerika unbedenklich zugestehen, weil wir gegenwärtig und voraussichtlich noch lange Zeit keine Artikel nach Chile exportieren, denen von südamerikanischen Erzeugnissen eine nennenswerte Konkurrenz bereitet wird. Auch gilt der Vorbehalt, wie im Art. 2 ausdrücklich gesagt wird, nur so lange, als er auch auf andere Staaten angewendet wird, die nicht zum lateinischen Amerika gehören.

Art. 3 läſst die Dauer des Vertrages unbestimmt und stipuliert eine zwölfmonatliche Kündigungsfrist. || Die chilenischen Zölle werden durch den Vertrag für keinen unserer Exportartikel gebunden oder ermäſsigt. Chile hat bis jetzt nie Tarifverträge abgeschlossen, und es wäre aussichtslos gewesen, irgend eine Tarifforderung zu stellen, abgesehen davon, daſs wir kaum in der Lage gewesen wären, Chile eine Gegenkonzession zu machen. Es werden gröſstenteils sehr hohe Finanzzölle erhoben, für die wichtigeren schweizerischen Artikel z. B. folgende: Schuhwaren, Käse, Konserven 60%, Stickereien, Seidenwaren, Wirkwaren, Musikdosen, Chokolade 35%, Taschenuhren, Strohgeflechte 15%, Bijouterien, Seidenbeuteltuch, Schuhelastiques 5%. Zollfrei sind u. a. Maschinen, wissenschaftliche Instrumente, Webgarn aus Baumwolle, Leinen und Wolle.

Nr. 11959. Schweiz. 3. Juni 1898.

Die Gröfse unseres Handelsverkehrs mit Chile kennen wir nicht genau. In unserer Warenstatistik sind Chile und Peru zusammengefafst. Abgesehen davon, erfolgt ein grofser Teil unseres Handels mit Chile, wie mit andern überseeischen Ländern, auf indirektem Wege und wird daher auf andere Rechnung gesetzt. || Für Chile und Peru zusammen giebt unsere Warenstatistik folgende Summen an:

	Gesamtausfuhr nach Chile und Peru	Gesamteinfuhr aus Chile und Peru
1893	Fr. 2,028,155	Fr. 365,967
1894	„ 1,408,903	„ 454,871
1895	„ 2,928,004	„ 384,789
1896	„ 2,335,053	„ 475,769

Hauptartikel der schweizerischen Ausfuhr nach Chile und Peru:

	Ausfuhr 1896.		Ausfuhr 1896.
Baumwollgewebe	Fr. 105,764	Taschenuhren	Fr. 262,557
Stickereien	„ 560,067	Bijouterie	„ 90,400
Seidenstoffe	„ 255,133	Glaswaren	„ 31,015
Seidenbänder	„ 110,344	Bilder	„ 31,537
Elastische Gewebe . . .	„ 89,880	Käse	„ 43,639
Strohhüte und -tressen . .	„ 67,592	Kondensierte Milch . . .	„ 82,817
Schuhwaren	„ 313,113	Kindermehl	„ 15,376
Maschinen	„ 75,575	Spirituosen	„ 21,390

Hauptartikel der Einfuhr aus Chile und Peru:

	Einfuhr 1896.		Einfuhr 1896.
Salpeter	Fr. 285,538	Rohe Edelmetalle . . .	Fr. 20,906
Guano	„ 42,980	Kupfer	„ 7,168
Honig	„ 66,980	Kaffee	„ 18,480

Eine Änderung unseres Verkehrs mit Chile wird der vorliegende Vertrag nicht bewirken. Seine Bedeutung besteht hauptsächlich darin, dafs er uns die Behandlung auf dem Fufse der meistbegünstigten Nation, die sich beide Staaten bis jetzt thatsächlich und stillschweigend gewährten, in rechtsverbindlicher Form garantiert. Der Vertrag sichert uns also namentlich vor Überraschungen, wie sie durch zollpolitische Ereignisse eintreten können. Er verleiht einerseits unserem Handel eine Sicherheit, der er bisher entbehrte, wie er anderseits ganz besonders auch für die Sicherheit der Person und des Eigentums unserer Landsleute in Chile mehr Gewähr bietet als der bisherige, völlig vertragslose Zustand.

Wir empfehlen Ihnen hiermit den Vertrag zur Genehmigung.

Bern, den 3. Juni 1898.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,
Der Bundespräsident: Ruffy.
Der Kanzler der Eidgenossenschaft: Ringier.

Nr. 11960. ITALIEN und MONTENEGRO. — Postvertrag.

Cettinge, 18. Oktober 1898.

Nr. 11960. Italien und Montenegro. 18. Okt. 1898.

Il Ministro delle Poste e dei Telegrafi d'Italia da una parte; || Il Direttore Generale delle Poste e dei Telegrafi del Montenegro dall'altra parte; || Visti gli articoli 20 e 21 della Convenzione dell'Unione postale universale; || Nell' intento di migliorare e completare gli accordi che regolano i rapporti postali fra i due Stati, hanno convenuto in ciò che segue:

Art. 1.

Tra gli Ufizi dipendenti dalle Amministrazioni contraenti avrà luogo uno scambio regolare, non solo di corrispondenze ordinarie, ma anche di corrispondenze raccomandate ed assicurate, di scatolette con valore dichiarato e di pacchi postali, si ordinarii che con valore dichiarato. || Gli accennati oggetti, escluse le corrispondenze ordinarie, potranno essere gravati d'assegno e per essi potrà essere anche chiesta la ricevuta di ritorno (*avis de réception*), || È in facoltà di ciascuna delle due Amministrazioni di ammettere, indipendentemente dall'altra, il recapito per espresso di tutte, od alcune categorie di tali oggetti. || Saranno attivati inoltre il cambio dei vaglia internazionali, sia ordinarii che telegrafici, con o senza ricevuta di ritorno (*avis de payement*), il servizio delle riscossioni di titoli per conto di terzi ed il servizio delle associazioni ai giornali.

Art. 2.

Tutti i servizi di cui nel precedente art. 1 saranno sottoposti alle condizioni, alle formalità ed alle tasse in vigore nell'Unione postale universale, salvo quanto sia diversamente indicato negli articoli seguenti.

Art. 3.

La somma massima degli assegni sulle corrispondenze, comprese le scatolette con valore dichiarato, o sui pacchi postali, sarà di lire 1000. || Gli oggetti gravati d'assegno dovranno portare sull'indirizzo: || a) l'annotazione: *Remboursement*, manoscritta oppure stampata sopra una etichetta; || b) l'indicazione dell'ammontare dell'assegno, espresso in franchi e centesimi; || c) il nome e l'indirizzo del mittente. || L'ammontare dell'assegno deve essere scritto *in tutte lettere*, in caratteri appariscenti latini ed in lingua francese, e ripetuto *in cifre arabe* senza raschiature, nè sovrapposizioni.

Art. 4.

Eseguita la consegna dell'oggetto di corrispondenza gravato d'assegno, l'ammontare di questo, diminuito della tassa del vaglia e di un diritto fisso di centesimi 10, sarà convertito in un vaglia internazionale ordinario postale, avente in testa la parola manoscritta o stampata: *Remboursement.* || L'Ufizio mittente deve apporre sul talloncino del vaglia una annotazione avente la seguente formula:

Nr. 11960. Italien und Montenegro. 18.Okt.1898.

»Somme encaissée sur l'objet récommandé ou avec valeur déclarée n° .
provenant de . . . .
à l'adresse de . . . .
fr.s . . . .
Droits postaux . . . .
Différence correspondant au montant de ce mandat:
Fr.s . . . .

Art. 5.

Le disposizioni relative al cambio dei vaglia postali saranno applicabili a quelli rilasciati per la liquidazione degli invii gravati di assegni, salvo che, quando siano caduti in rifiuto, non saranno rinviati e rimborsati, ma resteranno a disposizione dell'Amministrazione del Paese d'origine dell'oggetto assegnato, ove saranno trattati a tenore delle disposizioni relative alla prescrizione dei vaglia. || L'Amministrazione stessa ne addebiterà sul conto dei vaglia l'Amministrazione corrispondente in base ad una dichiarazione contenente i dati necessarii.

Art. 6.

Gli oggetti gravati di assegno, non ritirati dai rispettivi destinatarii entro il termine di 7 giorni, non compreso il giorno di arrivo, saranno rispediti all'Ufizio di origine e restituiti al mittente. || Questo rinvio avrà luogo immediatamente per gli oggetti rifiutati dal destinatario.

Art. 7.

Il peso massimo dei campioni sarà di 350 grammi.

Art. 8.

Le corrispondenze di servizio scambiate tra le Amministrazioni e gli Ufizi di posta dei due Paesi saranno ammesse in franchigia, giusta le norme vigenti nell'Unione postale Universale.

Art. 9.

Oltre quanto è stabilito nel precedente art. 8, è accordata la franchigia postale alle corrispondenze ordinarie e raccomandate impostate in Italia, con regolare contrassegno, dai Gabinetti delle LL. MM. il Re e la Regina e delle LL. AA. RR. il Principe e la Principessa di Napoli, dai Ministeri, compreso quello della Casa Reale, dalle Autorità Prefettizie e dalle Rappresentanze diplomatiche e consolari Montenegrine all'indirizzo del Principe del Montenegro, della sua Augusta Famiglia, delle Autorità governative Montenegrine e delle Rappresentanze diplomatiche e consolari del Montenegro. || La franchigia stessa è accordata alle corrispondenze ordinarie e raccomandate impostate nel Montenegro con regolare contrassegno dai Gabinetti delle LL. AA. il Principe e la Principessa e di S. A. il Principe Ereditario, dai Ministeri, compresa l'Amministrazione della Corte Principesca, dalle Autorità Prefettizie e dalle rap-

presentanze diplomatiche e consolari italiane allo indirizzo del Re d'Italia, della Sua Augusta Famiglia, delle Autorità Governative Italiane e delle rappresentanze diplomatiche e consolari nell'Italia.

Art. 10.

Le due Amministrazioni provvederanno, secondo le circostanze, al pronto avviamento delle corrispondenze ordinarie e di quelle raccomandate, allo scoperto pel tramite dell'Austria-Ungheria, ed in pieghi chiusi per mezzo dei piroscafi italiani. || Le lettere assicurate e le scatolette con valore dichiarato avranno corso esclusivamente in pieghi chiusi per la via di Brindisi, a mezzo dei piroscafi della Società «Puglia» in partenza quindicinalmente da quel porto.

Art. 11.

Il cambio dei pacchi postali con o senza assegno e con o senza dichiarazione di valore ha luogo pel tramite dell'Austria-Ungheria o direttamente coi piroscafi italiani. || I pacchi hanno corso per l'una o l'altra di tali vie a seconda che i mittenti pagano la tassa di trasporto per ciascuna di esse stabilita. || Le due Amministrazioni designano il proprio Ufizio di cambio nelle loro relazioni per la via diretta. || Anche per i pacchi l'ammontare degli assegni deve essere espresso in franchi e centesimi.

Art. 12.

Il limite massimo dell'importo di un vaglia è fissato a 1000 franchi.

Art. 13.

I vaglia d'ufizio relativi al servizio delle Poste sono esenti da ogni tassa.

Art. 14.

L'Amministrazione del paese di emissione garantisce all'Amministrazione del paese di destinazione gli importi dei vaglia depositati negli Ufizi della prima e pagati per suo conto dagli Ufizi della seconda. || I saldi dei conti generali saranno pagati in franchi e centesimi, mediante gruppi contenenti moneta effettiva, o mediante cambiali a breve scadenza, pagabili su piazze italiane, od anche su Parigi. || Il pagamento del saldo dovrà aver luogo al più tardi 30 giorni dopo la trasmissione del conto generale e senza alcuna perdita per l'Amministrazione creditrice, restando le spese relative a carico dell'Amministrazione debitrice. Non effettuandosi il pagamento del saldo di un conto nel termine prescritto, l'importo del saldo darà l'interesse del 5 per $^0/_0$ all'anno a datare dal giorno in cui è spirato il detto termine.

Art. 15.

La validità dei vaglia è quella fissata dal Regolamento internazionale dell'Unione postale. || I vaglia scaduti non possono più essere pagati, se prima non sieno stati rivestiti di nuova validità dall'Amministrazione che li ha emessi scrivendovi sopra le parole: *Visé pour date.* || Ciascuna delle due Amministrazioni contraenti hanno però facoltà di sostituire i proprii vaglia scaduti con nuovi titoli.

Nr. 11960. Italien und Montenegro. 18. Okt. 1898.

Art. 16.

I vaglia telegrafici sono trasmessi dagli Ufizi di origine in lingua francese e colla formula stabilita dal Regolamento internazionale relativo al cambio dei vaglia postali.

Art. 17.

Tanto i vaglia ordinarii, quanto quelli telegrafici recheranno l'ammontare in franchi e centesimi. || La riduzione della Moneta Montenegrina in franchi e centesimi per i vaglia in partenza dal Montenegro, e la riduzione dei franchi e centesimi in Moneta Montenegrina per i vaglia in arrivo, sarà fatta dagli stessi Ufizi del Montenegro, giusta il ragguaglio che ogni tre mesi sarà fissato dalla competente Autorità di quel Principato.

Art. 18.

Nei conti mensili, i vaglia saranno inscritti da ambedue le Amministrazioni per il loro importo in franchi e centesimi e così in franchi e centesimi saranno pagati i saldi in qualunque caso, cioè tanto se essi sono a favore dell'Italia, quanto se a favore del Montenegro.

Art. 19.

Nell servizio delle riscossioni l'importo complessivo degli effetti compresi in ciascun invio potrà giungere a 2000 franchi o ad una somma equivalente in moneta diversa.

Art. 20.

Nel servizio delle riscossioni non sono ammessi pagamenti parziali, salvo per quei titoli, sui quali, secondo la legislazione interna dell'Italia o del Montenegro, sia obbligatoria l'accettazione di acconti.

Art. 21.

I vaglia emessi in dipendenza del servizio delle riscossioni possono raggiungere l'importo massimo di lire 2000.

Art. 22.

Gli speditori i quali desiderino che gli effetti non pagati o pagati in parte sieno fatti protestare o consegnare a persona di loro fiducia, debbono dichiararlo nella distinta di accompagnamento dei titoli stessi. || Tale dichiarazione deve essere fatta dagli speditori, mediante analoga annotazione sulla distinta che accompagna i titoli. || Essi speditori sono anche in facoltà di designare la persona alla quale i titoli debbono essere consegnati dall'Ufizio di destinazione per il protesto, in difetto di tale indicazione il detto Ufizio consegna gli effetti ad un ufficiale pubblico di sua scelta, competente a levarne il protesto con le norme stabilite dalla legislazione interna dell'Italia o del Montenegro. || Dopo tale consegna però le due Amministrazioni rimangono sia l'una verso l'altra, sia di fronte agli speditori, esonerate da ogni responsabilità od obbligo ulteriore.

Art. 23.

Nella distinta di accompagnamento i mittenti debbono inoltre obbligarsi a rimborsare all'Amministrazione che ha fatto eseguire il protesto tutte le spese all'uopo occorse.

Art. 24.

Le spese di protesto debbono risultare da una nota da farsi pervenire all'Ufizio d'origine unitamente ai titoli protestati. || Questa nota, che è considerata come un effetto da riscuotere, deve avere la indicazione precisa: || a) delle competenze dovute all'ufficiale pubblico esecutore del protesto; || b) dell'importo della francatura e della raccomandazione dei pieghi contenenti i titoli protestati, importo che, come tutte le altre spese occorrenti per il protesto, è anticipato dagli Ufizi incaricati dello incasso di quei dati titoli; || c) della tassa del vaglia da emettersi successivamente dagli Ufizi di origine degli effetti in rimborso dell'ammontare della nota medesima, più i 10 centesimi del diritto fisso di riscossione; || d) della tassa di bollo stata applicata sui titoli protestati.

Art. 25.

Tutti gli Ufizi postali delle due Amministrazioni accetteranno ed effettueranno reciprocamente abbonamenti ai giornali pubblicati sia nel proprio paese, sia all'estero. || Ciascuna Amministrazione comunicherà all'altra l'elenco dei giornali del proprio paese coi relativi prezzi di abbonamento, i quali non potranno essere superiori a quelli che sono imposti agli abbonati dell'interno del paese. || Tuttavia al prezzo di abbonamento potranno essere aggiunti i diritti di transito.

Art. 26.

Gli Ufizi di cambio per mezzo dei quali deve effettuarsi il servizio delle associazioni ai giornali sono i seguenti: || Per l'Italia: || Ministero delle Poste e dei Telegrafi — Roma. || Pel Montenegro: || Direzione Generale delle Poste e dei Telegrafi — Cettigne.

Art. 27.

Per la chiusura dei conti trimestrali relativi al servizio delle associazioni ai giornali, è fissata la data del 20 del primo trimestre.

Art. 28.

I giornali Montenegrini a destinazione dell'Italia debbono essere diretti al nome degli associati e non agli Ufizi postali di destinazione. || Quelli italiani a destinazione del Montenegro, sono inviati invece allo indirizzo degli Ufizi di quel Principato.

Art. 29.

La corrispondenza relativa all'esecuzione dei varii servizi e specialmente quella che riguarda questioni di indennità, di abbonamenti a giornali, di liquidazione di conti ecc. ecc., sarà scambiata tra le due Amministrazioni centrali. || Le domande di rinvio, di correzione di indirizzi, di ricerca di corrispondenze,

Nr. 11960. Italien und Montenegro. 18. Okt. 1898.

e gli avvisi per i pacchi postali o rifiutati o venduti per deperimento del contenuto, saranno scambiati direttamente tra gli Ufizi postali che si sono trasmessi gli oggetti in questione.

Art. 30.

Le disposizioni legislative e regolamentari interne di ciascun paese, restano applicabili in tutto ciò che non è previsto dal presente Accordo.

Art. 31.

Il presente Accordo sarà messo in vigore a datare dal giorno 1° novembre 1898 ed avrà la durata indefinita, salvo il caso di disdetta che ambedue le parti si riservano la facoltà di dare in qualunque tempo; come ugualmente si riservano di potervi apportare in qualunque tempo le modificazioni che di comune consenso giudicheranno necessarie. || In caso di disdetta, l'Accordo stesso cesserà di avere effetto un anno dopo la notificazione di tale atto. Fatto in doppio originale e firmato in Roma li 13 settembre 1898, ed in Cettigne li 18 ottobre 1898.

Per il Ministro delle Poste e dei Telegrafi d'Italia
Luigi Capaldo.

Il Direttore Generale delle Poste e dei Telegrafi del Montenegro
S. Popovic.

Nr. 11961. DEUTSCHES REICH und SPANIEN. — Vertrag über die Abtretung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln an das Deutsche Reich und die Regelung der Handelsbeziehungen.*) — Notenwechsel und Denkschriften als Anlagen.

Déclaration.

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne et le Gouvernement Royal d'Espagne sont tombés d'accord sur les points suivants:

I. L'Espagne cédera à l'Allemagne les îles Carolines avec les Palaos ainsi que les Mariannes (excepté Guam) contre une indemnité pécuniaire fixée à vingt-cinq millions de pesetas.

II. L'Allemagne accordera au commerce et aux entreprises agricoles espagnoles aux Carolines, aux Palaos et aux Mariannes le même traitement et les mêmes facilités qu'elle y accordera au commerce allemand et reconnaîtra dans les îles susdites aux missions des Ordres religieux espagnols les mêmes droits et les mêmes libertés qu'aux missions des Ordres religieux allemands.

*) Ratifikation 30. Juni 1899. Red.

III. L'Espagne pourra établir et conserver, même en temps de guerre, un dépôt de charbon pour la Marine Royale et marchande dans l'Archipel des Carolines, un autre dans l'Archipel des Palaos et un autre dans l'Archipel des Mariannes.

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899

IV. Cet arrangement sera le plus tôt possible soumis à l'approbation constitutionnelle prescrite par les lois des deux Pays et ratifié aussitôt que cette approbation sera acquise.

Madrid, le douze Février mil huit cent quatre-vingt-dix-neuf.

Signé: Radowitz. Signé: El Duque de Almodovar del Rio.
(L. S.) (L. S.)

Anlage I.

Denkschrift, betreffend die Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen. Administratives, dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Die Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen sind unter spanischer Herrschaft in drei von einander unabhängige Verwaltungsbezirke eingeteilt gewesen, die alle dem Generalkapitanat der Philippinen in Manila unterstellt waren. Die gesamten Kosten der Verwaltung einschliefslich der Subvention für die regelmäfsige spanische Postdampferverbindung von und nach Manila mit zweimonatlichen Rundfahrten durch den ganzen Archipel wurden aus den Einkünften der Philippinen bestritten. ‖ Diese drei Verwaltungsbezirke, rein militärisch organisirt und einem eigenen Gouverneur mit grofsem Beamtenapparat unterstellt, dem zwei eigens für diese Inseln gebaute kleine Kanonenboote zur Verfügung standen, waren:

1. die östlichen Karolinen mit dem Regierungssitz in Ponapé, umfassend die hohen Basaltinseln Ponapé, Kusaie, Ruck und die Korallenatolle dieses Teiles der Karolinen bis zum 148° östl. Länge Greenwich, also einschliefslich der Atolle Namonnito, Ollap, Enderby und Suk;
2. die westlichen Karolinen und die Palau-Inseln mit dem Regierungssitz in Yap, umfassend die Korallenatolle jenseit des 148° östl. L. Greenwich und die hohen Inseln Yap, Fais, Baobelthaob, Korror und die übrigen Basalt-Inseln der Palaugruppe bis zur südlichsten Karolinen-Insel Mapia (fast unter dem Aequator);
3. die Marianen mit dem Regierungssitz in Guam (etwa 10 hohe Inseln und den Anson-Atoll umfassend).

Nach dem Übergange der Inselgruppen in deutschen Besitz würde es ratsam erscheinen, an dieser Einteilung in drei Verwaltungsbezirke, die eine durchaus natürliche und durch die geographische Lage gebotene ist, mit der einen Änderung festzuhalten, dafs in dem dritten Verwaltungsbezirke, der die Marianen umfafst, an Stelle der in amerikanischen Besitz übergegangenen Insel Guam die Insel Saipan mit dem Hafen Tanapag zum Sitze der deutschen Regierung bestimmt wird. Ferner wird es auch im Interesse der Vereinfachung

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

des Verwaltungsapparats und zur Ersparung des hohen Gehalts eines besonderen Gouverneurs sich voraussichtlich als zweckdienlich erweisen, dafs diese drei Verwaltungsbezirke, wie sie in spanischer Zeit von dem Generalkapitanat in Manila ressortierten, so unter deutscher Herrschaft, wenigstens bis auf weiteres dem Kaiserlichen Gouvernement für das Schutzgebiet von Neu-Guinea unterstellt werden. Der Gouverneur von Neu-Guinea würde zugleich mit den Funktionen eines Oberrichters (II. Instanz) für die gesamten Inselgruppen betraut werden können. Dabei würde aber den einzelnen leitenden Beamten dieser Verwaltungsbezirke, wie es ihre Entfernung von Herbertshöhe, dem Sitze des Kaiserlichen Gouvernements für das Schutzgebiet von Neu-Guinea, naturgemäfs mit sich bringt, möglichste Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit innerhalb der ihnen unterstellten Inselgebiete zuzulassen sein. || Dagegen wird die deutsche Verwaltung der Inselgruppen von vornherein auf den kostspieligen militärischen Apparat der spanischen Regierung, wie er namentlich in Ponapé zur Anwendung gebracht worden ist, verzichten können. Die Kaiserliche Regierung ist davon überzeugt, dafs es erfahrenen Beamten mit einer Anzahl eingeborener Polizeisoldaten gelingen wird, die Eingeborenen, die in Ponapé unausgesetzt mit den Spaniern in Fehde gelebt haben, bald wieder zu beruhigen. || Dem z. Z. bedeutendsten Verwaltungsbezirk in Ponapé sollen ausser dem leitenden Beamten ein Arzt, ein Sekretär und ein Polizeimeister, der zugleich Lootse und Unterbeamter für eine Reihe anderweitiger amtlicher Funktionen sein soll, zugeteilt werden. Der leitende Beamte wird auch die richterlichen Geschäfte des Eingeborenengerichts und des Gerichts über Weifse erster Instanz, der Sekretär das Amt des Gerichtsschreibers, wie es auch sonst in den Schutzgebieten der Südsee üblich ist, zu übernehmen haben. Die Organisation der Verwaltung in Yap soll ähnlich sein; nur wird dort an Stelle des Arztes ein Lazarettgehülfe genügen. Für den Verwaltungsbezirk Saipan, wo man bei der höheren Kulturstufe und der aufserordentlich friedlichen Gesinnung der Marianen-Bewohner auf irgend welche gröfsere Verwaltungsschwierigkeiten nicht zu rechnen haben wird, dürfte namentlich auch im Hinblick auf den verhältnismäfsig geringeren Umfang ein leitender Beamter und zwei Unterbeamte (— ein Lootse und ein Lazarettgehülfe —) genügen. Alle Beamte ohne Ausnahme sollen zunächst nur kommissarische sein. Die Auswahl der betreffenden Persönlichkeiten soll in erster Linie von dem Gesichtspunkte erfolgen, dafs sie Männer praktischer, womöglich bereits in der Südsee gewonnener Erfahrung sind. || Im übrigen wird von der Vorlegung eines spezialisierten Etats, für dessen Aufstellung zur Zeit noch die notwendigen Grundlagen fehlen, bis die Neu-Organisation in den Inselgruppen im allgemeinen zur Durchführung gelangt ist, Abstand genommen werden müssen. Bis zu diesem Zeitpunkte soll die Wirtschaftsführung nach Mafsgabe des vorstehenden Etats mit einem Pauschquantum geführt werden.

Anlage II.

Notenwechsel, betreffend die Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Spanien. Vom 12. Februar 1899.

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

— — **DEUTSCHES REICH.** — Der Botschafter in Madrid an den spanischen Minister des Auswärtigen.

Madrid, le 12 Février 1899.

Monsieur le Duc, || Comme complément de l'arrangement signé aujourd'hui relativement à la cession des îles dans le Pacifique, je suis autorisé à déclarer à Votre Excellence, au nom de mon Gouvernement, qu'il s'engage à demander au Conseil Fédéral et au Parlement Allemand l'autorisation de concéder à l'Espagne, pour son importation en Allemagne et en échange de son tarif conventionnel, les droits de la nation la plus favorisée et qu'il est entendu que cette autorisation doit précéder la ratification de l'arrangement en question. || A moins d'une nouvelle entente sur les relations commerciales entre les deux pays, ces concessions mutuelles devront rester en vigueur pendant cinq ans et seraient, après ce terme, considérées comme prolongées d'année en année tant qu'il n'y aura pas d'opposition de la part de l'une des parties contractantes. || Veuillez agréer, Monsieur le Duc, l'expression réitérée de ma haute considération.

Radowitz.

— — **SPANIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Madrid.

Staatsministerium. || (Übersetzung.)

Schlofs, den 12. Februar 1899.

Excellenz! || In Ergänzung des heute unterzeichneten Abkommens über die Abtretung der Inseln im Stillen Ozean bin ich ermächtigt, Eurer Excellenz namens meiner Regierung zu erklären, dafs diese verspricht, in Gegenleistung für die Behandlung als meistbegünstigte Nation den deutschen Importen bei ihrem Eintritt in Spanien den Konventionaltarif unseres Zolltarifs zu gewähren, und zwar sobald das erwähnte Abkommen ratifiziert ist. || Falls nicht inzwischen ein neues Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Nationen vereinbart wird, sollen die besagten gegenseitigen Zugeständnisse fünf Jahre in Kraft bleiben und nach Ablauf dieser Frist als von Jahr zu Jahr verlängert gelten, so lange nicht einer der beiden vertragschliefsenden Teile hiergegen Widerspruch erhebt. || Ich benutze diesen Anlafs, um Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Herzog von Almodóvar del Rio.

Denkschrift über die Handelsbeziehungen, dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Gleichzeitig mit dem am 12. Februar 1899 geschlossenen deutsch-spanischen Abkommen, durch das Spanien die Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen mit Ausnahme von Guam an Deutschland abtritt, ist zwischen den beiderseitigen Regierungen in dem vorliegenden Notenwechsel

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Febr. 1899.

eine Vereinbarung getroffen worden, der zufolge Deutschland und Spanien sich künftig hinsichtlich der Einfuhr wechselseitig die Meistbegünstigung zu gewähren haben. || Nachdem feststand, dafs der am 8. August 1893 unterzeichnete deutsch-spanische Handelsvertrag von den spanischen Cortes nicht angenommen werden würde, brach bekanntlich im Mai 1894 zwischen Deutschland und Spanien ein Zollkrieg aus. Dieser Zollkrieg wurde im Sommer 1896 durch eine auch noch gegenwärtig mafsgebende Verständigung beendigt, auf Grund deren die beiden Länder sich gegenseitig ihre niedrigsten autonomen Zollsätze gewähren, dagegen einander den Mitgenufs der anderen Ländern eingeräumten vertragsmäfsigen Zollermäfsigungen vorenthalten. Deutschland wendet also auf die Einfuhr aus Spanien den allgemeinen deutschen Zolltarif, nicht aber die Zollermäfsigungen an, die es in den Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, Italien u. s. w. bewilligt hat. Andererseits wird in Spanien die Einfuhr aus Deutschland nach der zweiten Spalte des spanischen Zolltarifs (Minimaltarif) behandelt, bleibt aber von den Zollermäfsigungen ausgeschlossen, die Spanien in verschiedenen Verträgen, insbesondere in dem Handelsvertrage mit der Schweiz vom 13. Juli 1892 (Deutsches Handelsarchiv 1893, Teil I, S. 708) zugestanden hat. || Nach der im vorliegenden Notenwechsel getroffenen Vereinbarung soll diese wechselseitige Differenzierung nunmehr in Wegfall kommen. || Spanien wird von der Neuregelung der Handelsbeziehungen namentlich für seine Ausfuhr von Apfelsinen, anderen Südfrüchten, frischen Weinbeeren, Wein und Olivenöl Nutzen ziehen. || Für Deutschland dagegen kommen insbesondere folgende Artikel in Betracht: Theerfarbstoffe, emaillierte Haushaltungsgegenstände aus Schmiedeeisen oder Stahl, landwirtschaftliche Maschinen und andere Maschinen verschiedener Art, Kabel für öffentliche elektrische Leitungen, Stickereien, gewisse Sorten Gewebe aus Baumwolle, Leinen, Wolle und Seide sowie elastische Gewebe zur Schuhfabrikation. Für diese Artikel sind in dem spanisch-schweizerischen Handelsvertrage mehr oder minder weitgehende Ermäfsigungen der Sätze der zweiten Spalte des spanischen Zolltarifs vorgesehen, die schon gegenwärtig nicht blofs der Schweiz, sondern auf Grund der Meistbegünstigung auch fast allen übrigen, mit Deutschland auf dem spanischen Markte in Wettbewerb tretenden Ländern, insbesondere Frankreich, Grofsbritannien, Italien und Österreich-Ungarn, zu gute kommen. Die gegenüber Deutschland bisher geübte unterschiedliche Behandlung ist von den deutschen Interessenten als nachteilig empfunden worden und hat zu mehrfachen Vorstellungen von Seiten der letzteren Anlafs gegeben. Es ist anzunehmen, dafs diese die nunmehr getroffene Vereinbarung mit Befriedigung aufnehmen werden, und dafs die Vereinbarung dazu beitragen wird, die deutsche Ausfuhr nach Spanien wieder zu heben, nachdem dieselbe, allerdings hauptsächlich aus anderen Gründen als wegen der unterschiedlichen Zollbehandlung, in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist (vergl. die anliegende Übersicht).

Anlage zur Denkschrift.

Übersicht über den Spezialhandel des deutschen Zollgebiets mit Spanien. (Nach der deutschen Statistik.)

Jahr	Einfuhr des deutschen Zollgebiets aus Spanien Wert in Mark	Ausfuhr des deutschen Zollgebiets nach Spanien Wert in Mark
1889	32 091 000	44 615 000
1890	34 068 000	53 071 000
1891	34 872 000	49 260 000
1892	40 743 000	40 558 000
1893	35 935 000	33 051 000
1894	39 349 000	30 567 000
1895	28 607 000	31 158 000
1896	35 942 000	39 428 000
1897	42 118 000	29 960 000
1898	48 148 000	24 725 000

Anlage III.

Denkschrift, betreffend die Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen. Wirtschaftliches. Dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Nach den Bedingungen des zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika am 10. Dezember 1898 zu Paris abgeschlossenen Friedens blieben im Stillen Ozean die östlich vom 128° östl. Länge von Greenwich gelegenen Inselgruppen der Karolinen, Palau und Marianen mit Ausnahme der Insel Guam (Guajan) in spanischem Besitze. || Der Archipel der Karolinen, zu denen auch die Palauinseln geographisch gerechnet werden, umfafst in einem von Stürmen nur selten heimgesuchten Meeresbecken von der Gröfse des Mittelländischen Meeres drei Inselgruppen: die östlichen Karolinen, die Ruckgruppe mit den umliegenden Atollen und die westlichen Karolinen mit den Palauinseln im Nordosten der holländischen Kolonien. Nach ungefährer Schätzung hat der Archipel der Karolinen einen Flächeninhalt von 1450 Quadratkilometer mit etwa 40 000 Einwohnern. Nach Norden gliedern sich die Marianen an die zentralen Karolinen an und bilden eine Brücke bis zu den südlichsten japanischen Besitzungen. Die in Frage kommenden Inseln der Marianen weisen schätzungsweise einen Flächeninhalt von 626 Quadratkilometer mit etwa 2000 Einwohnern auf.

Die Marianen sind im Gegensatze zu den Karolinen altes christliches Kulturland, das, ehedem von dem kraftvollen Volksstamme der Chamorros dicht bewohnt, später als spanischer Verbannungsort benutzt, jetzt nur noch

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

eine sehr mäfsige Bevölkerung zählt. Die heutigen Bewohner, die Nachkommen der nach Beendigung der blutigen Kämpfe im 17. Jahrhundert noch übrig gebliebenen geringen Reste der Urbevölkerung, von zwangsweise angesiedelten Tagalen aus den Philippinen und von eingewanderten Spaniern, zeichnen sich durch Genügsamkeit, friedliche Gesinnung, Arbeitsamkeit und Anstelligkeit aus. Aufser Guam sind die bemerkenswertesten Inseln Saipan mit der Hauptstadt Garapanag und dem Hafen Tanapag, Tinian und Rota. Wie Guam zeichnen sich diese südlichen Inseln der Marianen im Gegensatze zu den gewaltigen, schwer zugänglichen Vulkaninseln der nördlichen Marianen, deren Beschaffenheit, Bodenverhältnisse und Gröfse im übrigen so gut wie unbekannt sind, ohne Ausnahme durch sehr gesundes Klima mit gemäfsigter Temperatur, üppige Vegetation, Fruchtbarkeit und guten Wildbestand aus. Seit langen Jahren wird auf der Insel Tinian Viehzucht in gröfserem Stile getrieben, und die klimatische Lage und Bodenbeschaffenheit sind nach dem Urteil aller Kenner des Landes der Anlage niedriger tropischer Kulturen namentlich auch der Anpflanzung von Zuckerrohr günstig. Wenn von deutscher Seite nach dieser Richtung die Marianen bisher vernachlässigt worden sind, so ist dies mit Rücksicht auf die unvorteilhafte Lage des deutschen Kaufmanns in diesem altspanischen Besitze, in dem die günstigen Bestimmungen des Karolinenprotokolls von 1885 nicht zur Geltung kamen, und aus Besorgnis vor den die Inseln von Zeit zu Zeit verheerenden Stürmen geschehen. Indessen besteht auch für die Fidjigruppe, die Tongainseln und Samoa die gleiche Sturmgefahr, ohne dafs man sich dort deswegen von Anlagen tropischer Kulturen hätte abhalten lassen. Die Erträge der bestehenden Kokosnufskulturen sind in jüngster Zeit, nachdem die deutschen Händler unter dem Drucke der Verhältnisse sich aus den Marianen zurückgezogen hatten, dem japanischen Handel zu gute gekommen. Es steht aber mit Sicherheit zu erwarten, dafs unter deutscher Herrschaft der deutsche Handel es sich nicht entgehen lassen wird, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen und sein Handelsgebiet von den Karolinen aus auch auf die Marianen auszudehnen.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse auf den Karolinen- und Palauinseln. Obgleich diese Inselgruppen ebenfalls seit über 300 Jahren bekannt sind, war doch bis zum Jahre 1885 hier nichts im Interesse der Kultur oder zur Erschliefsung von Handel und Verkehr geschehen, und die Eingeborenen stehen, mit Ausnahme desjenigen Teiles von ihnen, der zum Christentume bekehrt worden ist, im Gegensatze zu der Bevölkerung der Marianen noch fast auf der niederen Kulturstufe des uncivilisierten Naturvolkes. || Die Hauptinseln der östlichen Karolinen sind: Ponapé, zugleich Hauptsitz der katholischen Mission (Kapuziner), mit einem Areal von 340 Quadratkilometern und etwa 3000 Einwohnern, und Kusaie (Ualan oder Strong-Island), wo sich die Hauptniederlassung der evangelischen Mission für ganz Mikronesien befindet, 110 Quadratkilometer grofs mit etwa 500 Einwohnern, die der zentralen: der 132 Quadratkilometer mit 5000 Einwohnern umfassende Atoll von Ruck (auch

Truck oder Hogoluinsel) mit seinen aus der Lagune sich erhebenden hohen, mit kräftiger Vegetation bedeckten Basaltinseln, die der westlichen: Yap mit einem Flächeninhalt von 207 Quadratkilometern und gegen 3000 Einwohnern; und die der Palauinseln: Baobelsaob (300 Quadratkilometer, 8000 Einwohner) und Korror, nicht umfangreich, aber mit einem sichern und bequemen Hafen. Die meist sanft ansteigenden Berglehnen der längst erloschenen mächtigen Vulkane dieser Inseln weisen weite Flächen nur wenig angebauten Plantagenlandes von üppigster Fruchtbarkeit auf, die bei der günstigen Bodenbeschaffenheit schon heute, ohne systematische Anpflanzung, die besten tropischen Früchte von der Ananas bis zur Kokosnuſs und der Elfenbeinnuſs in reichster Fülle hervorbringen. Der deutsche Forscher Kubary hatte auf seinem Besitztum in Ponapé Philippinenkaffee angepflanzt und mit diesem ersten Versuche vorzügliche Erfolge erzielt. Die Frage, warum auf diesem fruchtbaren, reich bewässerten Lavaboden und unter einem rein tropischen, regenreichen, gleichmäſsigen Klima, also unter ähnlichen Verhältnissen, wie sie nur die besten Inseln der Philippinen aufweisen, bei dem gänzlichen Mangel an Erdbeben und an thätigen Vulkanen und namentlich bei den für europäische Ansiedler auſserordentlich günstigen gesundheitlichen Verhältnissen, die keinerlei perniziöse Fieber aufweisen, so überaus wenig für den Plantagenbau und die Anlage von tropischen Kulturen in diesen Gebieten geschehen ist, beantwortet sich aus den überaus nachteiligen Wirkungen der unruhigen Zustände in den Karolinen während der letzten fünfzehn Jahre. Durch diese wurde jede wirtschaftliche Erschlieſsung der Inseln zur Unmöglichkeit, und so ist es gekommen, daſs die Axt bisher kaum einen Stamm des dichten Urwaldes gefällt hat, der die bis zu 2—3000 Fuſs sich erhebenden, mit schwerem Humus überzogenen Höhenzüge bedeckt. Bei dieser Unsicherheit hat selbst die rührige deutsche Jaluitgesellschaft auf die Ausführung ihres ursprünglich gefaſsten Planes, auf den gröſseren, gebirgigen Karolineninseln durch deutsche Ansiedler tropischen Plantagenbau betreiben zu lassen, bisher verzichten müssen. Der Aufruhr der ihrer ganzen Natur nach sonst friedfertigen und gutmütigen Eingeborenen, der die Thätigkeit der spanischen Verwaltungen in den Karolinen völlig in Anspruch nahm, lieſs es auch nicht zu, daſs die Aufmerksamkeit der spanischen Behörden sich der Förderung des Anbaues der Kokosnuſspalme auf den für solche Kulturen wie geschaffenen groſsen Korallenatollen der Gruppe und der Sicherung von Handel und Verkehr daselbst widmete. Nur so erklärt es sich, daſs das Gebiet der Karolinen, das dreimal so ausgedehnt ist, als dasjenige des benachbarten Schutzgebiets der Marshallinseln, bisher nur einen so verhältnismäſsig geringen Jahresertrag an Kopra — etwa 1500 bis 2000 Tons — geliefert hat; unter friedlicher deutscher Verwaltung wird es nur eines Zeitraums von zehn Jahren — die Zeit bis zur ersten Ertragsfähigkeit der Kokosnuſspalme — bedürfen, um ein weit günstigeres und dem der Marshallinseln ähnliches Ergebnis herbeizuführen.

Die Jaluitgesellschaft, deren Vorgängerinnen, das Haus Godeffroy und

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

später Hernsheim & Co., die ersten kaufmännischen Beziehungen zu den Eingeborenen angeknüpft und in den Karolinen und Palau den Boden für den deutschen Handel gewonnen haben, hat auch nach dem Jahre 1885 unter der spanischen Regierung es verstanden, den ersten Platz unter den Handelsunternehmungen des Inselgebiets zu behaupten. Die einzige spanische Firma Factoria Espanola, welche in den letzten fünfzehn Jahren sich in den Karolinen niedergelassen und in Yap eine Handelsstation errichtet hat, konnte sich zu irgend welcher Bedeutung nicht entwickeln. Ausgedehnter war der Arbeitskreis des amerikanischen Händlers O'Keefe, der namentlich auch in den Palau festen Fufs gefafst hatte. Ein zweiter kleinerer amerikanischer Händler safs in Kusaie und bereiste mit einem Schuner die benachbarten Inseln. Die Versuche unternehmungslustiger Japaner, seit einigen Jahren auf Ponapé und anderen Inseln sich festzusetzen und Kopra und Schildpatt gegen japanische Waren umzutauschen, haben bisher keinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Die Jaluitgesellschaft hat alljährlich beinahe drei Viertel der gesamten geernteten Kopra zur Verschiffung erhalten und eine dieser Ausfuhr entsprechende Wareneinfuhr, meist deutschen Ursprungs, umgesetzt. || Die deutsche Gesellschaft besitzt heute auf allen wichtigeren Inseln Handelsniederlassungen, und sie hat die ausgesprochene Absicht, dem oben bereits erwähnten ursprünglichen Plan, auch Plantagenbau auf den gröfseren Karolineninseln zu treiben, sofort näher zu treten, sobald das Inselgebiet thatsächlich in den Besitz Deutschlands übergegangen ist. Sie gedenkt, kleinere Kolonialgesellschaften mit mäfsigem Kapitale für Plantagenbau auf den am geeignetsten scheinenden Inseln, wie Kusaie, Ponapé, Ruck und in der Palaugruppe, zu gründen und einzelnen deutschen Ansiedlern Gelegenheit zur Niederlassung und Plantagenbetrieb daselbst zu geben. Sie ist davon überzeugt, dafs diese genannten Inseln aufserordentlich günstige Bedingungen für den Plantagenbau bieten. Zwar läfst sich der Nachteil der grofsen Entfernung vom Mutterlande für einen solchen Betrieb und die Heimschaffung der gewonnenen Produkte nicht übersehen, aber derselbe wird durch den günstigen Umstand aufgehoben, dafs die Schaffung kostspieliger Verkehrsmittel auf den Inseln bei ihrem verhältnismäfsig geringen Umfange nicht erforderlich wird, und das Meer eine billige Beförderung sichert. Auf jeden Fall glaubt die Jaluitgesellschaft — und sie kann auf eine langjährige Erfahrung in jenen Gegenden zurückblicken und hat mit der Bewirtschaftung der Marshallinseln beste Erfolge erzielt —, dafs auch der Plantagenbau neben dem seit langer Zeit üblichen Handelsbetrieb in den Karolinen eine aussichtsvolle Unternehmung ist, mag derselbe nun von kleineren Gesellschaften oder unternehmungslustigen Privaten ausgeführt werden. Denn es trifft auf den Karolinen der für tropische Gegenden aufserordentlich seltene, günstige Fall zu, dafs das fast ganz fieberfreie und durch die Seeluft sehr gemäfsigte Klima es gesunden deutschen Familien sehr wohl gestattet, sich dort auf lange Zeit nieder zu lassen. Was die Arbeiterfrage betrifft, die für den Plantagenbau in tropischen Kolonien von so grofser Bedeutung ist, so sind die hohen

Nr. 11961. Deutsches Reich und Spanien. 12. Feb. 1899.

Inseln zwar nicht stark bevölkert, aber die tieferliegenden Atolle mit grofser Bevölkerungsziffer bewirken, dafs die Lösung dieser Frage hier keine Schwierigkeit machen wird; versorgt doch schon jetzt die Karolineninsel Pingelap Jaluit mit einer genügenden Zahl von Arbeitern. Neben der Anlage von Kokosnufsanlagen und der systematischen Anpflanzung der Sagopalme würden beim Plantagenbetrieb auf den hohen Inseln besonders Baumwollpflanzungen, mit denen man in Neu-Pommern sehr gute Erfolge erzielt hat, zu empfehlen sein. Auch wird Bodenbeschaffenheit und klimatische Lage den Anbau von Tabak und Kulturen von feineren Kaffeesorten gestatten. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, dafs man in jüngster Zeit mit dem Anbau des Ylang-Ylang-Baumes und der Fabrikation des bekannten Parfums in Manila ganz vorzügliche Geschäfte gemacht hat. Der Ylang-Ylang-Baum aber findet sich auf vielen der Karolineninseln und seine Kultur erfordert nur sehr geringe Arbeit. Gerade Mikronesien ist aber ein ganz besonders günstiges Absatzgebiet für ätherische Öle, da die Eingeborenen solche in grofsen Mengen verbrauchen.

Von besonderer Wichtigkeit für die wirtschaftliche Erschliefsung dieser entlegenen Gebiete wird ihre möglichst baldige Einbeziehung in den australischen Weltverkehr sein. Sowohl der Norddeutsche Lloyd in Bremen wie die Jaluitgesellschaft in Hamburg haben sich, wie aus der anliegenden Kartenskizze*) zu ersehen ist, bereits mit Entwürfen zur Verwirklichung dieses Gedankens beschäftigt. Von hoher Bedeutung dafür ist die grofse Anzahl sicherer Häfen in den Karolinen- und Palauinseln. Während die Marshallinseln bei ihrer geringen Erhebung über dem Meere keinen einzigen sturmsicheren Hafen und namentlich kein frisches Wasser besitzen, weisen die hohen Inseln der Karolinen fast ohne Ausnahme vortreffliche Häfen mit Süfswasserzuflüssen auf. So Kusaie mit seinem Berghafen Chabrol im Westen, den Häfen Coquille und Bèrard im Osten und dem Lottinhafen im Süden, so Ponapé an der Nordseite mit dem sehr geschützten Hafen Metalanim, an der Südwestseite mit dem Hafen Ronkiti, an der Südspitze mit dem Hafen Ponatik und an der Nordwestküste mit dem spanischen Regierungshafen Jokoits. Ebenso hat die Hauptinsel der westlichen Karolinen, Yap, an der Südostküste einen guten Hafen Tomil, der eine sehr tief einschneidende Bucht bildet, und auch die Palaugruppe verfügt über einige recht gute Häfen, deren Bedeutung wesentlich erhöht werden dürfte, wenn sich bestätigen sollte, dafs, wie mit grofser Bestimmtheit erst in jüngster Zeit wieder gemeldet worden ist, sich dort Kohlenlager befinden. || Vom Standpunkte unserer politischen, wirtschaftlichen und maritimen Interessen erscheint die Erwerbung der Inselgruppen für uns gleich nützlich und notwendig.

*) Hier weggelassen. Red.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.








UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 2579

